



NACH CORONA REFLEXIONEN FÜR ZUKÜNFTIGE KRISEN

ERGEBNISSE AUS DEM CORONA-
AUFARBEITUNGSPROZESS

HERAUSGEGEBEN VON ALEXANDER BOGNER

NACH CORONA

REFLEXIONEN FÜR ZUKÜNFTIGE KRISEN

**ERGEBNISSE AUS DEM CORONA-
AUFARBEITUNGSPROZESS**

HERAUSGEGEBEN VON ALEXANDER BOGNER

WIEN, 2023

INHALT

VORWORT	5
ULRIKE DIEBOLD	
KAPITEL I: EINLEITUNG	6
ALEXANDER BOGNER	
KAPITEL II: SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FALLSTUDIEN	9
FALLSTUDIE 1:	
POLARISIERUNG IN MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT	10
TEIL 1: MEDIALE KOMMUNIKATION WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE: EIN SCOPING REVIEW	11
GABRIELE MELISCHEK UND JOSEF SEETHALER	
TEIL 2: VERTRAUEN IN DER KRISE: DIE VOLATILE MEDIENREZEPTION WÄHREND DER PANDEMIE	22
ANDY KALTENBRUNNER, SONJA LUEF UND RENÉE LUGSCHITZ	
TEIL 3: JOURNALISMUS IN DER KRISE: EINE INTERVIEWSTUDIE MIT MEDIENSCHAFFENDEN WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE	35
TOBIAS EBERWEIN, MARIE RATHMANN UND FLORIAN WOSCHNAGG	
FALLSTUDIE 2:	
ZUM POLITISCHEN UMGANG MIT ZIELKONFLIKTEN I: DIE IMPFPFLICHT	44
ALEXANDER BOGNER UND ANDREAS ALBIEZ	
FALLSTUDIE 3:	
ZUM POLITISCHEN UMGANG MIT ZIELKONFLIKTEN II: DISTANCE LEARNING / SCHULSCHLIESSUNGEN	56
URSULA HOLTGREWE, ANNA DEUTSCHMANN, LEONIE DWORSKY, LINA KLINGBACHER, MARTINA LINDORFER UND TATJANA NEUHUBER	
FALLSTUDIE 4:	
EVIDENZ UND EINDEUTIGKEIT – HERAUSFORDERUNGEN DER ORGANISATION WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG	72
ALEXANDER BOGNER UND PAUL BUNTFUSS	
FALLSTUDIE 5:	
WISSENSCHAFTSSKEPSIS	88
JULIA PARTHEYMÜLLER, JAKOB-MORITZ EBERL, SYLVIA KRITZINGER UND ALEXANDER BOGNER	
KAPITEL III: „ÖSTERREICH AM WORT“ – EIN DIALOGPROZESS ZUR AUFARBEITUNG DER CORONA-KRISE	117
ULRIKE BECHTOLD, ALEXANDER BOGNER UND KATHARINA GANGL	
KAPITEL IV: KURZFASSUNG DES GESAMTBERICHTS	141
KAPITEL V: ANHANG	147
1. WISSENSCHAFTLICHES PROJEKT	149
2. DIALOGPROZESS	153
AUSFÜHRLICHES INHALTSVERZEICHNIS	172

VORWORT

Nach drei Jahren Pandemie steht der Begriff „Corona“ nicht nur für eine neuartige Virus-Erkrankung, sondern auch für eine krisenhafte Situation, die uns Anfang 2020 völlig unerwartet getroffen hat. Niemand konnte sich zuvor vorstellen, dass wir unsere Wohnungen nur in Ausnahmefällen verlassen dürfen, die Kinder zuhause unterrichtet werden müssen und das öffentliche Leben so gut wie stillsteht. Das alles geschah, um uns vor einem Virus zu schützen, das wir noch nicht richtig einschätzen konnten.

Politiker:innen waren während der Pandemie gezwungen, meist unter Zeitdruck weitreichende Entscheidungen zu treffen. Diese wurden von der Bevölkerung zunehmend weniger akzeptiert. Oft war von „Gräben“ die Rede, die durch die Pandemie und die umstrittenen Maßnahmen aufgerissen worden seien.

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) möchte mit der vorliegenden Studie zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie – im Sinne der „krisenhaften Situation“ – beitragen. Projektleiter Alexander Bogner, Soziologe an der ÖAW, hat mit Wissenschaftler:innen mehrerer Institutionen unterschiedliche Aspekte der Pandemie wie die Impfpflicht, den Heimunterricht oder die zunehmende Polarisierung analysiert. Diese wissenschaftlichen Fallstudien bilden den ersten Teil dieses Berichts.

Der zweite Teil fasst einen Dialogprozess mit Bürger:innen zusammen, die von ihren Erfahrungen aus der Zeit der Pandemie berichten und Empfehlungen für einen besseren Umgang mit zukünftigen Krisen an Politik, Medien, Wissenschaft und die Bevölkerung abgeben.

Die Studie ist keine „Abrechnung“ mit der Politik oder den Medien. Schließlich ist die Wissenschaft nicht durch Rachegefühle motiviert, sondern einzig durch den Wunsch, ein vertieftes Verständnis für komplizierte Problemzusammenhänge zu entwickeln, die sich dem bloßen Auge nicht so leicht erschließen. Auch wenn es also nicht darum geht, einzelne Schuldige zu identifizieren, so machen die Analysen gleichwohl deutlich, was man mit Blick auf zukünftige Krisen besser machen kann.

Ein kontroverses Thema in der Corona-Zeit war auch die Frage der gegenseitigen Beeinflussung von Politik und Wissenschaft. Deswegen sei hier ausdrücklich angemerkt, dass diese Studie in wissenschaftlicher Unabhängigkeit entstanden ist. Es gab keine Einflussnahme auf die Arbeit des wissenschaftlichen Projektteams, weder von Seiten der Bundesregierung noch von Seiten des ÖAW-Präsidiums. Innerhalb der ÖAW hatten Personen, die in der Pandemie auf politischer oder wissenschaftlicher Seite selbst eine Rolle spielten, keine Verantwortung für die Analyse der jeweiligen Themenfelder.

Die ÖAW hat sich im Rahmen ihrer Leistungsvereinbarung zur Corona-Aufarbeitung verpflichtet. In Krisen ist die Akademie eine wichtige Ansprechpartnerin. Sie hat sich oft als wissenschaftliche Beraterin von Politik und Gesellschaft bewiesen und tut das mit dieser Studie neuerlich.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ulrike Diebold

Vizepräsidentin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

EINLEITUNG

ALEXANDER BOGNER

Nach Corona: Dass die nächste Krise nicht unbedingt eine Pandemie sein wird, ist keine riskante Prognose. Aber auch wenn wahrscheinlich andere Probleme im Mittelpunkt stehen werden, so sind es doch immer noch die **gleichen Institutionen**, die mit künftigen Krisen zurechtkommen werden müssen. Weil sich in diesem Sinne für die Zukunft lernen lässt, lohnt ein Blick zurück. Dabei liegt es nahe, jene gesellschaftlichen Bereiche in den Mittelpunkt zu rücken, die in der Corona-Krise aufgrund ihrer zentralen Rolle auch die stärkste Aufmerksamkeit erhalten haben, nämlich **Wissenschaft, Medien und Politik**. Vom Vertrauen in diese Institutionen hängt viel ab. Denn ohne jedes Institutionenvertrauen sind Vielfalt und Komplexität moderner Gesellschaften nicht vorstellbar. Wir wären unablässig damit beschäftigt, jede Nachricht, jede Tatsache und jede Entscheidung auf die Art und Weise ihres Zustandekommens zu prüfen.

Krisen können fragmentierte, pluralistische Gesellschaften zu Gefahrengemeinschaften zusammenschweißen. Krisen können aber auch Konflikte so extrem anheizen, dass eine tragfähige Vertrauens- und Verständigungsgrundlage erodiert. Das hat die Pandemie eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Die akute **Frühphase** war zunächst von den schockierenden **Bildern aus Bergamo** bestimmt. Solidarität wurde großgeschrieben, und die Zustimmung zu politischen Maßnahmen war so hoch, dass sich die Politik weitgehend darauf beschränken konnte, die Krise auf der Basis von Notstandsverordnungen zu administrieren. Der Schutz von Leben vor dem neuen Virus erhielt – abstimmungsfrei und kompromisslos – oberste Priorität. Über die Krise informierte man sich fast ausschließlich über den ORF. Die Wissenschaft genoss hohes Ansehen. Kurz gesagt: Der Beginn der Pandemie war durch eine stark empfundene Bedrohung und einen weitreichenden gesellschaftlichen Wertekonsens charakterisiert. Dies ist für **akute Krisen** typisch.

In der Pandemie ebte die allgemeine Solidarität mit der Zeit allerdings merklich ab. **Konkurrierende Werte und Interessen** traten auf den Plan, der öffentliche Streit um die richtigen Zielsetzungen und Maßnahmen intensivierte sich. Die Zeit des nationalen Schulterchlusses war vorbei. Es wurde deutlich, dass eine Pandemie nicht nur ein medizinisches oder virologisches Phänomen, sondern ein vielschichtiges Problem mit ökonomischen, rechtlichen, psychosozialen und bildungspolitischen Facetten darstellt. Es wurde deutlich, dass die Krise ein gesamtgesellschaftliches Ereignis ist und viele Gesichter hat. Der Medienkonsum orientierte sich verstärkt an den individuellen politischen Präferenzen. Die Wissenschaftsskepsis wuchs. Kurz gesagt:

Langwierige oder **chronische Krisen** sind durch ein intensives Konfliktgeschehen bei gleichzeitiger Gewöhnung an die Bedrohungslage charakterisiert; gestritten wird über die richtige Kriseninterpretation und die richtige Krisenpolitik. Manche Konflikte heizen sich dabei derart auf, dass der Anschein einer gesellschaftlichen Spaltung entsteht.

Der allgemeine Eindruck, dass Österreich von zunehmender Polarisierung betroffen sei, war gewissermaßen der Startpunkt für dieses Projekt. Insbesondere die Impfpflichtdebatte wurde als **Motor der Polarisierung** wahrgenommen. Dass diese Einschätzung nicht trügt, zeigen die einschlägigen Analysen dieser Studie. Dass es sich dabei um eine „begrenzte“, **themenspezifische Polarisierung** handelt, muss man allerdings auch betonen. Denn Österreich ist nicht von Polarisierung in sozialstruktureller Hinsicht betroffen. Andernfalls hätten wir eine Situation, in der sich zwei **weltanschaulich homogene Großgruppen** feindlich gegenüberstehen, wobei die eine Gruppe exakt all das ablehnt, was die andere Gruppe bevorzugt, und dies dürfte sich nicht nur auf ein einziges Thema beschränken (z. B. Impfen), sondern müsste eine **ganze Palette politischer Themen** umfassen. Beide Gruppen wären dementsprechend durch verschiedene politische Parteien repräsentiert. Diese Form sozialer Strukturbildung ist **in Österreich bislang nicht gegeben**.

Die vorliegende Studie nimmt die Corona-Krise als Brennglas, um gesellschaftliche Reaktionen auf (teilweise extreme) Stresssituationen zu analysieren. Es geht darum, ein **tieferes Verständnis** für Krisen zu entwickeln. Für die hier angelegte sozialwissenschaftliche Perspektive heißt das: individuelles Denken und Handeln durch Rekurs auf den gesellschaftlichen Kontext zu erklären, in dem verschiedene Diskurse, Institutionen und Praktiken wirksam sind. Dieser Umweg ist wichtig, weil andernfalls die Neigung stark ist, alles, was passiert, dem Wirken einzelner Akteure zuzuschreiben. Dies heißt das Interesse an der **Schuldfrage** an und führt zur Erwartung, die Wissenschaft sei dazu da, die Regierung zu benoten. Nun will diese Studie nicht dabei stehen bleiben, ausgewählte Probleme der Pandemiezeit sozialwissenschaftlich zu erklären, sondern auch Möglichkeiten aufzeigen, wie Krisenbewältigung (besser) funktionieren kann und wo **Verständigungschancen** liegen. Um es auf eine Kurzformel zu bringen: Nur Verständnis für die Komplexität von Krisen kann Verständigung fördern.

Der Anstoß zu diesem Projekt kam aus der Politik. Im Frühjahr 2023 kündigte die österreichische Bundesregierung einen **„Corona-Aufarbeitungsprozess“** an. Diese Initiative nahm die Österreichische Akademie der Wissenschaften

(ÖAW) zum Anlass, ihre Forschung zur Corona-Krise, die in der Leistungsvereinbarung mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) beschlossen wurde, zu intensivieren. Der Autor dieser Zeilen, Soziologe an der ÖAW, setzte ein Projekt auf, das sich zum Ziel nahm, Lehren aus der Pandemie zu ziehen, um künftigen Krisen besser begegnen zu können.

Das Projekt bestand aus zwei großen Teilen: Im **ersten Teil** wurden in fünf **sozialwissenschaftlichen Fallstudien** Kernaspekte des gesellschaftlichen Umgangs mit der Pandemie untersucht, und zwar anhand der Themen *Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit* (II.1.); *politischer Umgang mit Zielkonflikten wie der Impfpflicht* (II.2) und dem *Distance Learning/Schulschließungen* (II.3.); *wissenschaftliche Politikberatung* (II.4.) und *Wissenschaftsskepsis* (II.5.). **Fünf Projektteams** mit institutionellen Wurzeln an der ÖAW, dem Zentrum für Soziale Innovation (ZSI), dem Medienhaus Wien und der Universität Wien führten die Untersuchungen im Zeitraum von **April bis November 2023** durch. Die Festlegung der Themenstellungen, die Zusammenstellung des Projektteams, die Auswahl der Methoden, die Erhebung und Auswertung der Daten, kurz: der gesamte wissenschaftliche Prozess verlief **völlig unabhängig von der Politik**.

Im zweiten Teil des Projekts wurde ein groß angelegter **Dialogprozess** aufgesetzt. Unter dem Titel „*Österreich am Wort*“ veranstaltete das Bundeskanzleramt auf Basis eines Konzepts von ÖAW und dem Institut für Höhere Studien (IHS) im Zeitraum von **Mitte Oktober bis Anfang November 2023** eine Reihe von eintägigen Dialogveranstaltungen in allen neun Bundesländern. Insgesamt nahmen 319 Bürger:innen daran teil. Ziel war es, eine **vertiefende Diskussion** über Krisenerfahrungen und den erwünschten Umgang mit künftigen Krisen zu ermöglichen, *nicht* aber wissenschaftlich repräsentative Aussagen zu erzielen. Die Auseinandersetzung der Bürger:innen mit Themen, die teilweise auch in den sozialwissenschaftlichen Fallstudien behandelt wurden, stellte eine fruchtbare Verknüpfung zwischen den beiden – methodisch sehr verschiedenen – Projektteilen her.

Dieser Bericht dokumentiert die Ergebnisse dieses Projekts. Kapitel II umfasst **fünf Fallstudien**, die sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive mit den oben genannten Themen beschäftigen. Kapitel III berichtet vom **Dialogprozess** und den von den Bürger:innen erarbeiteten Empfehlungen für den Umgang mit zukünftigen Krisen. Kapitel IV beinhaltet eine **Kurzfassung des gesamten Berichts** mit abschließendem Fazit und kurzem Ausblick. Kapitel V schließlich bietet in Form eines Anhangs weiterführende

Informationen zu einzelnen Fallstudien und dem Dialogprozess.

Wissenschaft ist ein **Team sport**. Die Entwicklung guter Argumente und robusten Wissens ist nur in ständiger Auseinandersetzung mit den Einwänden aus dem Kollegenkreis möglich. Ein internationaler Beirat hat die Aufgabe übernommen, die Projektarbeit in kritischer Distanz kontinuierlich zu begleiten und dafür zu sorgen, dass der Fokus auf Österreich nicht zur Nabelschau wird. Der Dank des gesamten Projektteams für kritische Lektüre und Kommentare geht an die Mitglieder des internationalen Beirats: **Eva Barlösius**, Professorin für Soziologie an der Universität Hannover und Mitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften; **Alena Buyx**, Professorin für Medizinethik an der TU München und Vorsitzende des Deutschen Ethikrats; **Armin Grunwald**, Professor für Technikphilosophie und Technikethik am Karlsruhe Institut für Technologie und Leiter des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, und **Caspar Hirschi**, Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen und Vorstandsmitglied der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Die Corona-Krise in einem Dreivierteljahr „aufarbeiten“ zu wollen, ist ein ambitioniertes, sicher allzu ambitioniertes Vorhaben, selbst wenn man den engen disziplinären Fokus dieses Projekts in Rechnung stellt. Niemand wird glauben, dass die Wissenschaft in kurzer Zeit ein Rezeptbuch für die Bewältigung der nächsten Krise liefern kann. Es wäre aber viel gewonnen, wenn sich herausstellen sollte, dass die hier präsentierten Projektergebnisse interessante Anregungen für (unbedingt notwendige) weitere Diskussionen bieten. Diese Diskussionen dürfen nicht innerhalb der Wissenschaft verbleiben, sondern müssen in der Öffentlichkeit und Politik geführt werden. Ein großer Fehler wäre es, jetzt die Bücher zu schließen und die Geschichte mit der Pandemie für überstanden und beendet zu erklären. In diesem Sinne versteht sich dieser Bericht als öffentlicher Weckruf. Er will daran erinnern, dass man sich trotz der vielen Ablenkungen durch das Tagesgeschäft immer wieder mit jenen Dingen befassen sollte, die wirklich wichtig sind. Denn es geht um nichts weniger als die bewusste Gestaltung der Zukunft.

KAPITEL II
SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
FALLSTUDIEN

FALLSTUDIE 1

POLARISIERUNG IN MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT

TOBIAS EBERWEIN, GABRIELE MELISCHEK UND JOSEF SEETHALER

Österreichische Akademie der Wissenschaften und Universität Klagenfurt,
Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung

1. EINLEITUNG

Dass Medien und Journalismus bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie eine zentrale Rolle gespielt haben, ist weitgehend unbestritten. Unklar ist bislang jedoch, inwieweit zwischen der medialen Kommunikation über COVID-19 und Prozessen gesellschaftlicher Polarisierung ein Zusammenhang besteht. Die erste Fallstudie im hier dokumentierten Forschungsprojekt nimmt daher eine **medien- und kommunikationswissenschaftliche Perspektive** ein. Unter dem Titel „Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit“ werden drei parallel realisierte Teilstudien gebündelt, die sich ihrem Untersuchungsgegenstand mit jeweils unterschiedlichen Zugängen annähern.

Gemeinsam ist den Teilstudien ihr **theoretischer Ausgangspunkt**, denn in allen Untersuchungen wird analytisch zwischen **themen- und gruppenbezogener Polarisierung** differenziert (vgl. Eilders, Kelm & Weinmann, 2022). *Themenbezogene Polarisierung* bezieht sich dabei auf extreme politische Ansichten oder Positionen, während der unbesetzte Raum in der Mitte immer breiter wird. Demgegenüber bezeichnet *gruppenbezogene Polarisierung* eine Abneigung zwischen unterschiedlichen politischen/sozialen Gruppen, deren Abgrenzung voneinander zunimmt („Wir“ vs. „Sie“ – Ingroup vs. Outgroup).

Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht unterscheiden wir zudem zwischen **Polarisierung in und durch Medien**: Hinsichtlich der Polarisierung in Medien lassen sich Faktoren beschreiben, die beiden Formen der Polarisierung Vorschub leisten und damit Polarisierungspotenzial haben können. Themenbezogen werden hier Phänomene wie *false balance* und Filterblasen diskutiert, gruppenbezogen sind es Phänomene wie *partisan reporting* und *othering* (= identitätsstiftende Konstruktion und Abwertung einer Outgroup). Hinsichtlich der Polarisierung durch Medien gerät vor allem die gruppenbezogene Polarisierung in den Fokus. Anhand von Nutzungsdaten lässt sich beispielsweise untersuchen, inwiefern die Zuwendung zu unterschiedlichen Medientypen und Informationsangeboten einer politischen/sozialen Spaltung Vorschub leistet. Im Mittelpunkt

stehen dabei unter anderem Aspekte des Medienvertrauens, der *news avoidance* und der Umgang mit Falschinformationen.

Um derartige Phänomene angemessen beleuchten zu können, sind **unterschiedliche Zugänge** notwendig. Die Fallstudie „Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit“ umfasst daher ein Scoping Review, das bislang vorliegende Forschungsergebnisse zur medialen Kommunikation der Pandemie nach themen- und gruppenbezogenem Polarisierungspotenzial sichtet und ordnet (Teil 1 von *Gabriele Melischek und Josef Seethaler*), sowie eine Sekundäranalyse von Umfragedaten zur Mediennutzung im Hinblick auf eine Polarisierung der Öffentlichkeit (Teil 2 von *Andy Kaltenbrunner, Sonja Luef und Renée Lugschütz*). Die beiden Untersuchungen werden um eine qualitative Interviewstudie mit Medienpraktiker:innen zur Einordnung der Rolle österreichischer (Nachrichten-)Medien in der COVID-19-Krise (Teil 3 von *Tobias Eberwein, Marie Rathmann und Florian Woschnagg*) ergänzt. Gemeinsam ermöglichen die Teilstudien einen vielschichtigen Blick auf Polarisierungsprozesse während der Pandemie – und erlauben zudem die Ableitung von Empfehlungen für künftige Dialogprozesse.

2. LITERATUR

Eilders, C., Kelm, O., & Weinmann, C. (2022). Politische Polarisierung in und durch Massenmedien und soziale Medien auf Mikro-, Meso- und Makro-Ebene. *Forschungs-journal Soziale Bewegungen*, 35(2), 351–366. DOI: 10.1515/fjsb-2022-0024

TEIL 1

MEDIALE KOMMUNIKATION WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE

EIN SCOPING REVIEW

GABRIELE MELISCHEK UND JOSEF SEETHALER

*Österreichische Akademie der Wissenschaften und Universität Klagenfurt,
Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung*

1. EINLEITUNG UND PROBLEMSTELLUNG: MEDIEN IN KRISENSITUATIONEN

Der erste Teil der Fallstudie zu Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit geht der Frage nach, inwieweit die Medien während der COVID-19-Krise gesellschaftlichen Zusammenhalt gestützt oder polarisierend gewirkt haben könnten. „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ kann verstanden werden als ein Gefühl der Zugehörigkeit und der freiwilligen sozialen Teilhabe aller an einer demokratisch strukturierten Gesellschaft, die eine Vielzahl von Werten und Kulturen toleriert und fördert und gleichzeitig auf gleichen Rechten, Chancen und Pflichten aufbaut (vgl. z. B. Fonseca et al., 2019). Daraus lässt sich ableiten, dass Polarisierung nicht infolge einer (durchaus auch konfliktreichen) Vielfalt von Werten und Kulturen entsteht, sondern dann, wenn die gemeinsamen Grundlagen gleicher Rechte, Chancen und Pflichten in Frage gestellt werden und so Zugehörigkeitsgefühl und Teilhabe nicht mehr auf die Gesamtgesellschaft, sondern nur auf eine Ingroup bezogen sind.

Die Frage nach der Rolle der Medien während der COVID-19-Krise kann zunächst dahingehend präzisiert werden, ob die medienvermittelten Ereignisse und Themen in Deutungsmuster eingebettet waren, die über die Zeit immer stärker auseinanderdrifteten und mit Mediennutzungseffekten verbunden waren, die dieses Auseinanderdriften unterstützt haben könnten (**themenbezogene Polarisierung**). Diese Deutungsmuster werden häufig über mentale Shortcuts, also leicht fassbare und sinnstiftende Heuristiken („cues“) vermittelt, die eine Einordnung eines Ereignisses oder Themas ermöglichen – oder vorgeben zu ermöglichen – ohne detaillierte Kenntnisse darüber haben zu müssen. Cues können verschiedene sprachliche Formen annehmen wie Reizwörter, Metaphern, Slogans oder Narrative, aber auch durch Bildinhalte transportiert werden. Ihr Potenzial zur Beeinflussung der Wahrnehmung eines Ereignisses oder Themas kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn sie bei Rezipient:innen auf gespeicherte Informationen ähnlicher Natur treffen und diese aktualisieren (vgl. u. a. Gilens & Murakawa, 2002; Baum, 2003; Flores et al., 2022). Gera-

de dann, wenn eine Situation unübersichtlich und verunsichernd ist, sind Menschen mit der Anforderung konfrontiert, möglichst rasch Orientierung zu gewinnen. Dies gilt zweifellos für eine Krise, die zahlreiche gesellschaftliche Bereiche durchdringt, den Rahmen traditionellen Krisenmanagements sprengt und daher bei vielen Menschen zu einem Verlust der Fähigkeit führt, dem Geschehen einen Sinn zu geben (vgl. z. B. Boin et al., 2017; Boin 2019). Je komplexer, unvorhersehbarer oder bedrohlicher sich die Situation entwickelt, desto wahrscheinlicher wird es überdies, dass sie Gegenstand eines öffentlich ausgetragenen Interpretationskampfes wird, in dem unterschiedliche Akteur:innen um Akzeptanz und Dominanz ihrer Deutungs- und Lösungsangebote ringen (Nelson & Kinder, 1996; Seeger & Sellnow, 2016). Daran schließt die weiterführende Frage an, ob es wissenschaftliche Befunde dafür gibt, dass sich dieser medial vermittelte und beeinflusste Kampf zu einer Ausgrenzung der jeweils Andersdenkenden als „Outgroup“ entwickelt hatte (**gruppenbezogene Polarisierung**).

2. METHODE

Im Folgenden wird mit Hilfe eines Scoping Reviews versucht, aus der Fülle der vorhandenen wissenschaftlichen Detailkenntnisse zur Rolle der traditionellen und der sozialen Medien während der COVID-19-Pandemie Hinweise zur Beantwortung der oben genannten Forschungsfragen zu gewinnen. Die Erhebung bezog sich auf den Publikationszeitraum von März 2020 bis Juni 2023 und erfolgte über die Online-Portale von vier der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Verlage (Elsevier, Sage, Springer und Taylor & Francis), ergänzt um die Datenbank PubMed und die deutschsprachigen kommunikationswissenschaftlichen Fachzeitschriften *m&k*, *MedienJournal*, *SCM* und *SComS*. Folgende Suchstrings wurden verwendet:

(covid* OR corona) AND (media OR television
OR newspaper*) AND austria
(covid* ODER corona) UND (Medien ODER Fernsehen
ODER Zeitung*) UND Österreich

SCOPING REVIEW – FLOWCHART

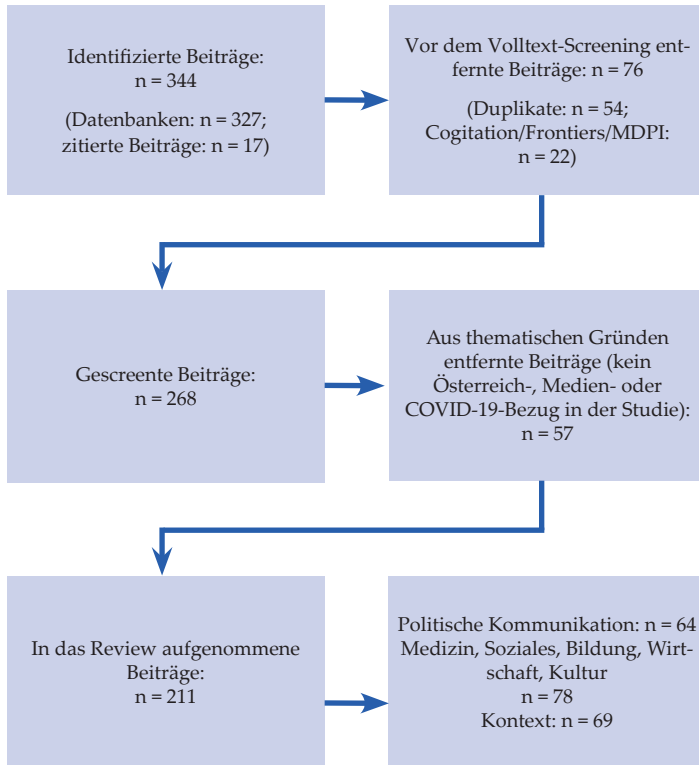


Abbildung 1

ÜBERSICHT ÜBER DIE BEITRÄGE IN POLITIK, MEDIZIN, SOZIALES, KULTUR (N = 142)

Publikationsjahr	2020: 11; 2021: 40; 2022: 56; 2023: 35
Analytischer Zugang	quantitativ: 87 qualitativ: 25 theoretisch/deskriptiv: 30
Methodischer Zugang	Argumentations-/Diskurs-/ Inhaltsanalyse: 29 Interview: 12 Panel/Survey: 59 Experiment: 4: Umfrage + Experiment: 3 Review: 8 anderer: 27

Tabelle 1

Berücksichtigt wurden ausschließlich in Fachzeitschriften mit Peer Review veröffentlichte Beiträge, also Beiträge, deren Veröffentlichung ein Qualitätssicherungsprozess vorausgegangen ist.¹ In der PubMed-Auswertung enthaltene Beiträge in Zeitschriften von Cogitatio, Frontiers und MDPI wurden wegen der fragwürdigen Geschäftsmodelle dieser Verlage und der nicht ausreichend verfügbaren Informationen über den Stellenwert des Peer-Review-Verfahrens in den einzelnen Zeitschriften ausgeschlossen.²

Im nächsten Schritt wurden die so ermittelten Beiträge durch Volltext-Screening einerseits in Bezug auf ihre Relevanz überprüft, d. h., ob es sich um empirische oder theoretisch-deskriptive Arbeiten über die Rolle von in Österreich verbreiteten Medien im Kontext der COVID-19-Pandemie handelt. Europäisch bzw. global vergleichende Studien wurden dann aufgenommen, wenn diese Prämisse erfüllt war. Beiträge, die sie nicht erfüllt haben, wurden ausgeschieden oder, wenn sie Erklärungen von Medieneffekten boten, als Kontextstudien gezählt und in Einzelfällen in dieser Funk-

tion herangezogen. Andererseits konnten anhand der in den Beiträgen zitierten Publikationen Hinweise auf weitere Studien mit Peer Review gewonnen werden (Abbildung 1). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Art der ermittelten Beiträge. Die Verteilung nach Erscheinungsjahren lässt vermuten, dass 2023 (und wohl auch danach) noch weitere Studien veröffentlicht werden. Möglicherweise verschiebt sich dadurch die Verteilung der methodischen Zugänge, da Medieninhaltsanalysen häufig zeitintensiv sind.

Von den 211 in das Scoping Review aufgenommenen Beiträgen beschäftigen sich 142 Beiträge mit den Medien in Österreich, wobei 64 Beiträge im engeren Sinn auf politische Kommunikation bezogen sind; 69 weitere sind für die Ausleuchtung des Kontextes hilfreich. In der folgenden Darstellung der Ergebnisse sind die in der Forschung nachgewiesenen Medieneffekte fett und kursiv gedruckt. Die im Anschluss an die Ergebnisdarstellung formulierten, ebenfalls aus der Forschung ableitbaren Empfehlungen beziehen sich auf diese Effekte.

¹ In das Review gingen sowohl die Beiträge als auch die dazugehörigen, auf den Verlagswebsites verfügbaren Datenanhänge ein.

² Vgl. u. a. <https://predatoryreports.org>; <https://researchwhisperer.org/2023/03/07/unsustainability-of-pay-as-you-go>; Amrein (2022).

3. EMPIRISCHE ERGEBNISSE

3.1 „RALLYING AROUND THE FLAG“ ALS ANTWORT AUF DEN AUSBRUCH DER PANDEMIE

Zu Beginn der Krise ließ das naturgemäß hohe Informationsbedürfnis das Ausmaß der Mediennutzung ansteigen. Vor allem (journalistische wie soziale) Online-Medien und Fernsehsender hatten allein aufgrund schnellerer und unmittelbarer kommunizierter Informationen einen Startvorteil, von dem sie kurzfristig profitieren konnten, während die Krise für die Printmedien eine weitere Verschlechterung ihrer ohnehin angeschlagenen wirtschaftlichen Situation bedeutete. Der Startvorteil konnte von traditionellen Medien vor allem dann genutzt werden, wenn ihnen die Menschen schon vor der Krise vertraut hatten (Van Aelst et al., 2021). Die eigentlichen Treiber hinter der erhöhten Mediennutzung waren aber die von der Pandemie ausgelösten Sorgen und Ängste, die in der Regel das Informationsbedürfnis ansteigen und das individuelle Repertoire an Nachrichtenquellen vielfältiger werden lassen (Van Aelst et al., 2021). In Österreich zeigte sich der letztgenannte Effekt jedoch signifikant abgeschwächt, was im Vergleich zu den anderen 16 untersuchten Ländern an der Stärke der demokratischen Institutionen (gemessen am Freedom in the World Index³) gelegen sein könnte (Zoizner et al., 2022). Dazu passt, dass insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk von dem erhöhten Informationsbedürfnis profitierte (Kittel et al., 2021).

Wie in vielen Ländern war jedenfalls auch in Österreich zu Beginn der Pandemie unter dem Eindruck der plötzlichen Bedrohung der Gesundheit die Zufriedenheit mit der Regierung im Vertrauen, dass sie die gesundheitliche Besorgnis entkräften könne, angestiegen (Matthes et al., 2022). Dieses **rallying around the flag** wurde, wenn man den einschlägigen Studien folgt, unter den erwähnten Prämissen eines eher schmäleren Repertoires an Informationsquellen und des für Journalist:innen erschwerten Zugangs zu Informationen, durch die Kommunikationsstrategien der Regierung und die ziemlich einhellige Ausrichtung der Medienberichterstattung unterstützt. So konnte eine Analyse der Berichte und dazugehörigen Nutzerkommentare in zwei führenden Online-Medien mit aktiven User Communities (derstandard.at, krone.at) nicht nur ein *rallying*, sondern ein *emotional rallying* hinter der in einem überwiegend positiven Licht erscheinenden Regierung belegen – und das trotz unterschiedlicher journalistischer Routinen und unterschiedlicher redaktioneller Linien (Eisele et al., 2022). In diesem in der Studie als Prozess der kollektiven Sinnfindung beschriebenen Geschehen kam den politisch führenden Personen und insbesondere dem damaligen Bundeskanzler Sebastian

Kurz eine strategisch propagierte zentrale Rolle zu (*visibility bias*), und zwar im Sinne einer **emotional untermauerten Konstruktion einer kollektiven (Krisen-)Identität** (Berrocal et al., 2021), die – im Unterschied zur damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel – nicht nur auf Profilierung, Kontinuität und Eigenaufwertung, sondern auch auf Fremdadwertung setzte (Spieß, 2021).

3.2 ERSTE ANZEICHEN EINER POLARISIERUNG

Einerseits ist also festzuhalten, dass, wie für Österreich im internationalen Vergleich gezeigt werden konnte, auch ein kurzzeitiger Effekt eines *rallying around the flag* in einem Land mit einem grundsätzlich hohen Polarisierungsgrad kaum denkbar gewesen wäre (Altiparmakis, 2021). Andererseits wurde bereits früh Polarisierungstendenzen Vorschub geleistet. So verengte die nur marginale Präsenz der Oppositionsparteien und vor allem von Stimmen aus der Zivilgesellschaft in der Medienberichterstattung die öffentliche Diskussion (Eisele et al., 2022), sodass es nicht verwundert, dass **die Fokussierung auf die Regierungsspitze** schon bald in den sozialen Medien **in parteipolitisch motivierte Deutungen der Maßnahmen umschlug** (Michel & Pfurttscheller, 2021). Schließlich war erwartbar, dass nach dem Höhepunkt der regierungsunterstützenden Welle Ende März die Bürger:innen sukzessive zu ihren früheren Einstellungen gegenüber der Regierung zurückkehren würden – und auch zurückgekehrt sind (Kittel et al., 2021; Kritzinger et al., 2021): Die Zufriedenheit mit der COVID-19-Politik der Regierung begann zu sinken, blieb jedoch zumindest bis Ende 2020 im internationalen Vergleich mit rund 60 Prozent der Befragten, die sehr oder ziemlich zufrieden waren, am oberen Ende der Skala (Brouard et al., 2022). Ähnliches gilt für die Zufriedenheit mit der Demokratie, die 2020 ebenfalls zurückging, aber über dem mittleren Wert einer 5-stufigen Skala verblieb (Rump & Zwiener-Vollins, 2023).

Jedenfalls erweiterte sich in den Folgemonaten das in den Medien präsente Spektrum der Akteur:innen, und es kamen auch Vertreter:innen der Wirtschaft und der Interessenverbände zu Wort, was zu diesem Zeitpunkt die Diskussion über die Folgewirkungen der Maßnahmen auf eine breitere Basis stellte. In der Literatur wird dies als Zeichen einer funktionierenden Interessenvertretung in einem demokratischen System und als Fähigkeit der Gatekeeper – und damit auch der Medien – bewertet, den betroffenen Gruppen eine Stimme zu geben (Junk et al., 2022). Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, dass zumeist parteipolitisch weniger punzierte NGOs und zivilgesellschaftliche Initiativen aufgrund ihres geringeren wirtschaftspolitischen Gewichts in den Medien weiterhin randständig geblieben sind (Junk et al., 2022). Im internationalen Vergleich zeigte sich, dass die Dominanz von „cues from partisan elites“ polarisierend wirkte, während sich Parteiunabhängigkeit als depolarisierendes Element des öffentlichen Diskurses erwies (Flores et al.,

³ <https://freedomhouse.org/country/austria/freedom-world/2020>

2022, S. 4). Dies trifft auch auf die Medienpräsenz von Expert:innen zu, wobei sich in ihrem Fall allerdings eine medienvermittelte Dissonanz von Positionen als kontraproduktiv erwies (Amann et al., 2021; Mascherini & Nivakoski, 2022; Stamm et al., 2023).

Wer jedenfalls auf der Informationssuche **professionellen medizinischen Websites** vertraute, konnte damit rechnen, Antworten auf persönliche Sorgen und Ängste zu finden, die unmittelbar und anhaltend **angstreduzierend** wirkten (Mertens et al., 2023). Im Allgemeinen führten jedoch sowohl Medienvertrauen (Matthes et al., 2022) als auch **intensivierte Informationssuche** (Mertens et al., 2023) zu **steigenden gesundheitlichen Sorgen** und Ängsten, und zwar auch dann, wenn sie in der Bevölkerung generell sanken. Anders als die Nutzung medizinischer Websites konnte die Nutzung traditioneller Medien diesen Zusammenhang nicht auflösen, so eine länderübergreifende, aber nicht länderspezifische, von April 2020 bis Juni 2021 durchgeführte Langzeitstudie. Eher gelang dies sozialen Medien, die bei kontinuierlicher Nutzung über die Zeit zu einem Abbau von Ängsten beitragen konnten (Mertens et al., 2023). Voraussetzung dafür war, dass die sozialen Medien unter Lockdown-Bedingungen eine Vielzahl von Funktionen übernommen hatten, die es Menschen erleichterten, mit sozialer Isolation (Sayin Kasar & Karaman, 2021), der Neuartigkeit des Fernunterrichts (Ortner et al., 2020; Trültzsch-Wijnen & Trültzsch-Wijnen, 2022) oder verschärften Arbeitsbedingungen (Leiblfinger et al., 2021) umzugehen. Als Ersatz für persönliche Kommunikation (Matthes et al., 2021) und infolge der digital, etwa durch die Gestaltung von Memes, eröffneten Ausdrucks- und Vernetzungsmöglichkeiten (Ajanović & Fritsch, 2023) dienten die sozialen Medien der Stimmungsregulierung und Stärkung des Wohlbefindens – und veränderten das Kommunikations- und Informationsverhalten an sich. Doch die Konfrontation mit scheinbar gleichwertigen Informationen und Deutungsangeboten unterschiedlichster Herkunft und Intention setzt Medienkompetenz voraus, die selbst bei „digital natives“ nicht ausreichend gegeben ist (Trültzsch-Wijnen & Trültzsch-Wijnen, 2022). Darin mag ein Erklärungsansatz dafür liegen, dass sich – wie zwei Studien übereinstimmend zeigen – bereits im Sommer 2020 als Kehrseite der **Nutzung sozialer Medien**, insbesondere von WhatsApp (Klösch et al., 2023), ein Zusammenhang mit einer **ablehnenden Haltung gegenüber gesundheitspolitischen Maßnahmen** abzeichnete (Schnell et al., 2022). Ein relativ großer Teil der ablehnend eingestellten Personen bzw. rund 15 Prozent der Befragten lehnten auch Klimaschutzmaßnahmen ab, was auf eine weltanschaulich relativ verfestigte Haltung schließen lässt, die aufgrund der Maßnahmen manifest geworden war. Die Autor:innen der Studie verorteten daher eine „one-sided polarization“ (Klösch et al., 2023). Schon damals spielte die Akzeptanz von Verschwörungstheorien eine signifikante Rolle (Schnell et al., 2022).

3.3 DESINFORMATION UND VERSCHWÖRUNGS- THEORIEN DESTABILISIEREN

Zweifellos stellen verschwörungstheoretisch „untermauert“ Falschinformationen über den Ursprung der Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung einen der für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohlichsten mentalen Shortcuts dar, die in Österreich wie auch in anderen mittel- und nordeuropäischen Staaten vor allem von politisch rechten Gruppierungen verbreitet wurden (Imhoff et al., 2022; Zehring & Domahidi, 2023). Hier haben Forschungen einen signifikanten **Zusammenhang des Glaubens an Verschwörungstheorien mit der Nutzung einiger der in Österreich meistfrequentierten Social-Media-Plattformen** aufgezeigt. Dieser gilt insbesondere für WhatsApp und Facebook, während für Twitter (heute X) kein Zusammenhang dieser Art nachgewiesen werden konnte (Eberl & Lebernegg, 2022; Theocharis et al., 2022). Während der Bevölkerungsanteil, der in hohem Maße an Falschinformationen und Verschwörungen glaubt, eher gering einzuschätzen ist – in der zweiten Jahreshälfte 2020 wird er mit um die 5 Prozent beziffert –, umfassen die Gruppen der gegenüber einer Bedrohung skeptischen und informationsverweigernden Personen weitere 17 und die Gruppe der Unentschlossenen rund 24 Prozent (Stubenvoll, 2022). Interessanterweise hatte sich der harte verschwörungstheoretische Kern, der in Social-Media-Gruppen eine extremistische Sprache pflegt (Marko, 2022), mit dem Anstieg der COVID-19-Fallzahlen im Herbst 2020 in erhöhtem Ausmaß – und entgegen bisherigem Verhalten – traditionellen Medien zugewandt, um Informationen über lokale COVID-19-Ausbrüche und politische Reaktionen zu erhalten: Er bewegte sich also nicht in einer „Echokammer“ (Stubenvoll, 2022). Menschen, die gegenüber Verschwörungstheorien zumindest weniger skeptisch eingestellt sind, haben sich einen solchen Informationsnutzen vor allem von Servus TV, dem von Red Bull betriebenen Fernsehsender, und den beiden Gratistageszeitungen *Heute* und *oe24* erwartet (Woschnagg et al., 2023).

Entscheidender als die Größe der Gruppe der Anhänger von Verschwörungstheorien ist jedoch die **destabilisierende Wirkung von Desinformation**. So konnten allein gehäufte Medienberichte über Falschinformationen – unabhängig vom tatsächlichen, in Österreich eher geringen Ausmaß an Desinformation (Al-Zaman, 2022) – schon im ersten Jahr der Pandemie in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, dass diese weit verbreitet wären, und damit die Überzeugung fördern, dass die Pandemie außer Kontrolle geraten könnte, was wiederum die Besorgnis erhöhte (*perceived uncontrollability*) und das Vertrauen in die Politik senkte (Matthes et al., 2022). Dazu kommt, dass Menschen in sozialen Medien aufgrund eines medienbedingt anderen Nutzungsverhaltens anders als bei den traditionellen Medien zufällig auf Falschinformationen stoßen können (*incidental news exposure*), was, zumindest kumulativ, Fehleinschätz-

zungen oder sogar Vertrauen in Verschwörungstheorien verstärken könnte (Schäfer et al., 2022). Dafür sprechen jedenfalls US-amerikanische Untersuchungen, wobei dies vor allem für Menschen mit einer selbst als gering wahrgenommenen Medienkompetenz gilt (Borah et al., 2022).

3.4 SELEKTIVE NACHRICHTENNUTZUNG BEGÜNSTIGT POLARISIERENDE TENDENZEN

So sehr der auf die sozialen Medien gerichtete Fokus der Forschungen angesichts des tiefgreifenden Medienwandels berechtigt ist, so wenig entspricht die oft damit einhergehende Gegenüberstellung zu den traditionellen Medien der Mediennutzungsrealität vieler Menschen, deren Informationsrepertoires beide Medientypen, wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten, umfassen. Da man auch nicht von „den“ traditionellen Medien sprechen kann, lohnt sich ein Blick auf die Mechanismen der Auswahl und Verarbeitung medienvermittelter Informationen. So zeigt eine Analyse der Kommentare in den Nachrichtensendungen der beiden Fernsehsender ORF und Servus TV im Oktober und November 2020 eine sehr unterschiedliches Framing der Pandemie, wobei sich die **nachdrückliche Betonung der Risiken auf der einen Seite** und ihre **Bagatellisierung auf der anderen Seite** gegenüberstanden (Arendt et al., 2023). Der Bezug zu parallel erhobenen Befragungsdaten legt einen *Selective-News-Exposure*-Effekt offen: Die bereits vorhandene Wahrnehmung der gesundheitlichen Gefährdung, die Einstellung zu den Maßnahmen und die eigenen Verhaltensabsichten begünstigen eine **dissonanzvermeidende Nachrichtenauswahl**. Die Rezeption der so gewählten, den eigenen Prädispositionen entsprechend geframten Nachrichten hat wiederum eine verstärkende Wirkung auf Wahrnehmungen, Einstellungen und Verhaltensabsichten in die dem jeweiligen Framing entsprechende Richtung. Bei den in einer Kontrollstudie nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Teilnehmer:innen, die angehalten wurden, eine bestimmte Nachricht zu sehen, waren hingegen keinerlei Effekte zu beobachten, die in die gleiche Richtung wie das Framing wiesen (Arendt et al., 2023). Das schon von Paul F. Lazarsfeld (1948) in den späten 1940er-Jahren entdeckte Verhaltensmuster, sich primär Botschaften auszusetzen, die den eigenen Überzeugungen nicht zuwiderlaufen und daher die persönliche Stabilität nicht gefährden, kann in Krisenzeiten grundsätzlich zu einer stärker polarisierten öffentlichen Kommunikation beitragen (Stubenvoll, 2022).

3.5 WELTANSCHAULICH BEGRÜNDETE GRUPPENBILDUNG IM IMPFDISKURS

Folgt man den vorliegenden Forschungsergebnissen, so dürfte sich die schwelende Polarisierung nicht aufgrund der immer deutlicher werdenden wirtschaftlichen Implikationen (Rump & Zwiener-Collins, 2023), sondern insbesondere

im Zuge des Einsatzes des wichtigsten Instruments zur Bekämpfung der Pandemie verstärkt manifestiert haben: der Impfung.

Von Anfang an – am 27. Dezember 2020 wurde die erste Impfung verabreicht – war die Impfbereitschaft umstritten und parteipolitisch konnotiert mit einem signifikant hohen Anteil von Wähler:innen der Regierungsparteien unter den Befürworter:innen der Impfung (Schernhammer et al., 2021). An die politische Spitze der Gegner:innen stellte sich nach einem radikalen Politikwechsel die FPÖ, die der Regierung am Beginn der Pandemie zu laxer und später, begleitet von einem antielitistischen Diskurs über ihre Social-Media-Accounts (Schwörer & Fernández-García, 2022), übertriebene und freiheitsberaubende Reaktionen vorgeworfen hatte. Dadurch konnte sie ihr potenzielles Elektorat – im Unterschied zu den meisten europäischen rechtsradikalen Parteien (Crulli, 2023) – stärker an sich binden und weiter ausbauen (Mellacher, 2023).⁴ Das war auch deshalb möglich, weil die Impfung, für deren Ablehnung immer schon die weltanschaulich begründete Zurückweisung altruistischer Motive eine Rolle gespielt hatte (Alfano & Ercolano, 2022), unter Krisenbedingungen stärker polarisierte als die Maskenpflicht oder das Contact Tracing (Reiter-Haas et al., 2022): Die **Haltung zur Impfung** war schließlich **zu einer Frage politischer Gruppenzugehörigkeit geworden** (Thürmer et al., 2022), die überdies mit einem antielitistischen Sentiment einherging (Kohler & Koinig, 2023).

Die öffentliche, medienvermittelte Diskussion war von zwei mentalen Shortcuts geprägt, welche die Spannung zwischen gemeinschaftlichen und persönlichen Interessen repräsentieren: **solidarisches Handeln versus Bedrohung der persönlichen Freiheit** (Paul et al., 2022; Saumer et al., 2022). Auf der einen Seite hat die Angst, andere anzustecken, die Impfung als Erfüllung eines gesellschaftlichen Vertrags empfinden lassen, der von der anderen Seite nicht eingehalten würde, obwohl von dessen Auswirkungen alle profitieren würden („Trittbrettfahrerproblematik“). Auf der anderen Seite wurde dieses Ansinnen als Bevormundung und Bedrohung der individuellen Freiheit erlebt, wobei die bloße Möglichkeit einer Impfpflicht die Reaktanz noch erhöht hat. Beide Gruppen, so konnte experimentell gezeigt werden, sahen in der jeweils anderen die Outgroup; beide Gruppen trennte auch der Schwerpunkt ihrer Mediennutzung: Die einen nutzten primär traditionelle journalistische Medien, die anderen soziale Medien (Henkel et al., 2022).

Die vorhandenen Forschungen zu Bevölkerungsreaktionen lassen auf eine in dieser Frage **fragmentierte Öffentlichkeit** schließen: Während der über traditionelle Medien – mit einigen Ausnahmen – geführte öffentliche Impfdiskurs von der überwiegenden Mehrheit der Ungeimpften als unfair, moralisierend, bevormundend und letztlich als

⁴ <https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/austria>

diskriminierend empfunden wurde, teilte nur eine Minderheit der Geimpften diese Einschätzung (Henkel et al., 2022). Auch wenn es dafür bislang kaum inhaltsanalytische Evidenz gibt, kann mit einiger Berechtigung vermutet werden, dass der (massen)mediale Diskurs eher geschlossen geführt wurde – und die „Störungen“ dieses Diskurses durch Medien wie Servus TV eher zu einer Verhärtung der Fronten (Woschnagg et al., 2023) als zu einer offenen, respektvollen Diskussion geführt haben. Demgegenüber schlug sich der schon im Sommer 2020 beobachtbare Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Medien als Hauptnachrichtenquelle und der Leugnung des Corona-Virus nun im Widerstand gegen die Impfung nieder (Carrieri et al., 2023; Mascherini & Nivakoski, 2022; Toshkov, 2023). Die Ungeimpften sahen schließlich in signifikantem Ausmaß in der Ablehnung der traditionellen Medien, dem Misstrauen gegenüber der Regierung und der Unterstützung rechter Parteien die effizientesten Mittel zur Stärkung ihrer Bekenntnisbereitschaft als Ungeimpfte und damit zur Identitätsbildung als Ingroup (Henkel et al., 2022). Diese parteipolitisch forcierte Gruppenzugehörigkeit ließ sich, wie Stamm et al. (2022) mit Hilfe einer über 1.500 ungeimpfte Personen umfassenden Umfrage, in die zwei Conjoint-Experimente eingebettet waren, zeigen konnten, durch Kommunikationsmaßnahmen allein kaum mehr beeinflussen. Lediglich jene Menschen, die aufgrund gesundheitlicher Bedenken der Impfung gegenüber skeptisch waren, wären, weil gegenüber vor allem über soziale Medien verbreitete Falschinformationen eher immun (Mascherini & Nivakoski, 2022), durch geeignete Informationskampagnen am ehesten ansprechbar gewesen.

Die Situation war angespannt und stellte, wie Experimente zeigen, Journalist:innen und Kommunikationsexpert:innen vor schwierige Aufgaben, da beide Gruppen Abwehrmechanismen entwickelt hatten. So waren es einerseits vor allem ungeimpfte Personen, die geimpften Kommunikator:innen von Medienbotschaften, die zur Impfung aufriefen, weniger konstruktive Motive und schlechtere Persönlichkeitsmerkmale als ungeimpften Personen zuschrieben, die denselben Kommentar präsentierten. Ebenso wurde ein und dieselbe Botschaft, wenn sie eine geimpfte Person vortrug, bedrohlicher empfunden, als wenn sie von einer ungeimpften Person vermittelt wurde (*vaccination rift effect*; vgl. Thürmer & McCrea, 2022). Andererseits hatten nur Mediennachrichten, die sich auf die Wirksamkeit des Impfstoffes konzentrierten, einen signifikant positiven Einfluss auf die Haltung impfwilliger Personen, verglichen mit Nachrichten, in denen auch von Durchbruchinfektionen die Rede war, und zwar selbst dann, wenn die gemeldete Zahl der Durchbruchinfektionen so gewählt wurde, dass sie die gleiche Wirksamkeitsrate und Impfquote in der Bevölkerung widerspiegelte (Stamm et al., 2022; 2023). Die Beispiele lassen erkennen, dass professionelle journalistische Kriterien der Nachrichtengestaltung in einem **angespannten Mei-**

nungsklima durchaus nichtintendierte Effekte hervorrufen können. Gerade in einer solchen Situation spielt daher das Vertrauen in Medien eine nicht zu unterschätzende, aber nicht detailliert genug beforschte Rolle (Toshkov, 2023).

4. FAZIT: KANN MAN VON EINER POLARISIERUNG DURCH MEDIEN SPRECHEN?

Das Gesamtbild, das sich zu Beginn des Jahres 2022 bot, war trotz der zahlreichen politischen Initiativen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abzuschwächen, besorgniserregend. Die **gesunkene Zufriedenheit mit der Regierung, schwindendes Vertrauen in Politik und Gesundheitswesen** und **ein als erodierend wahrgenommener gesellschaftlicher Zusammenhalt** hatten letztlich zu einem **Rückgang der Zufriedenheit mit der Demokratie** geführt. Bis Anfang 2022 kam ihr Wert auf einer 5-stufigen Skala unter 3 zu liegen und war damit seit Ausbruch der Pandemie eine ganze Skalenstufe nach unten gefallen (Rump & Zwiener-Collins, 2023).

Eine mögliche Erklärung dafür bieten zwei unabhängig voneinander durchgeführte Bevölkerungsumfragen. So konnte im Hinblick auf die Rolle einer demokratischen Öffentlichkeit gezeigt werden, dass die Einschränkung von Protesten und die Einschränkung der Medienfreiheit, wie etwa der für Journalist:innen erschwerte Zugang zu Informationen am Beginn der Pandemie (Holtz-Bacha, 2022), unabhängig vom Ausmaß des Vertrauens in die Regierung abgelehnt wurden (Suzansky et al., 2023). Dieses Mitte 2021 gemessene, also trotz rückläufiger Zufriedenheit mit der Regierung offenkundig nicht so leicht zu erschütternde **Bekenntnis zu demokratischen Grundwerten** wurde jedoch **nicht von den Unterstützer:innen der Demonstrationen gegen die COVID-19-Maßnahmen geteilt**: Die Daten des Corona-Panels⁵ der Universität Wien zeigen, dass mit zunehmender Stärke der Unterstützung der Anliegen der Demonstrationen ein stärkerer negativer Effekt auf die Demokratiezufriedenheit einherging – dieser Effekt hing aber **nicht** von der Überzeugung ab, dass in einer Demokratie Proteste grundsätzlich möglich sein sollten (Rump & Zwiener-Collins, 2023). Diese unterschiedlichen Grundsatzpositionen deuten im Sinne eines auf gleichen Rechten und Pflichten aufbauenden gesellschaftlichen Zusammenhalts darauf hin, dass eine kleine, je nach Eingrenzungskriterien um die 20 Prozent liegende Bevölkerungsgruppe den demokratischen Grundkonsens nicht mehr oder nicht mehr zur Gänze mitgetragen hat.

Einen weiteren Anhaltspunkt zur Einschätzung des Ausmaßes gruppenbezogener Polarisierung gibt eine Langzeitanalyse der gesellschaftlichen Akzeptanz der weltanschaulichen Orientierungen der parlamentarischen Parteien.

⁵ <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/>

POLARISIERUNG IN ÖSTERREICH

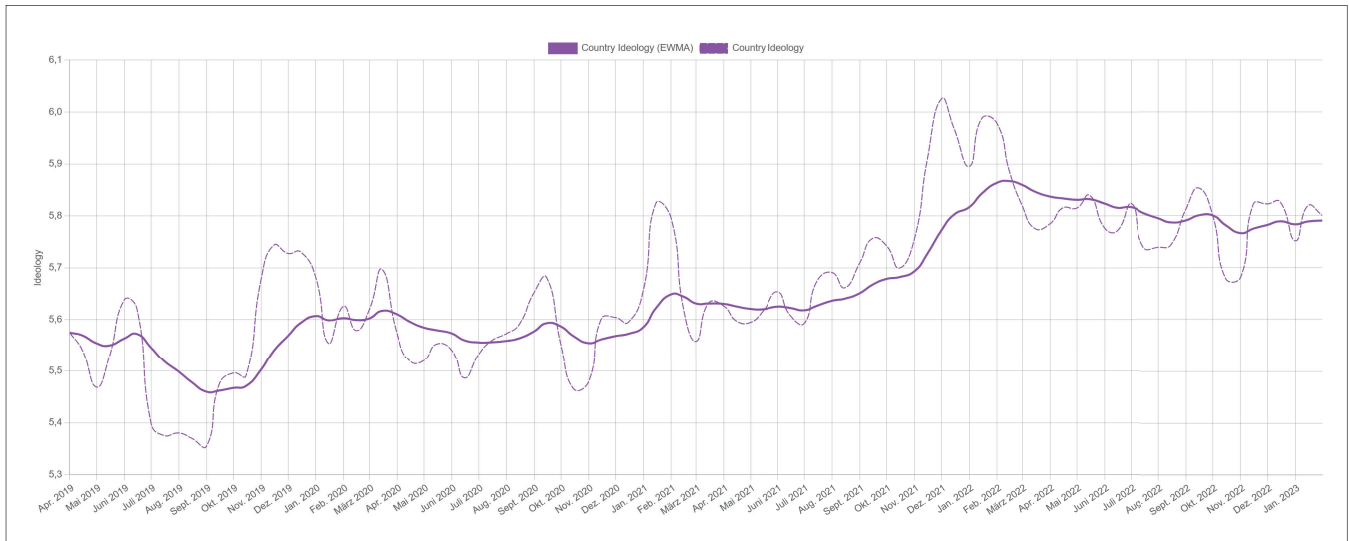


Abbildung 2: Polarisierung in Österreich, gemessen anhand der auf Parteien-Posts bezogenen Facebook-Kommunikation, 2019–2023

EWMA = exponentially weighted moving average/exponentiell gewichtete gleitende Mittelwerte; Skala von 0 (extrem links) bis 10 (extrem rechts)

Quelle: <https://eupoliticalbarometer.uc3m.es/dashboard/country/Austria>

In einer repräsentativen Demokratie ist es naheliegend, sowohl die Parteien als wichtigste politische Gruppierungen als auch ihre Unterstützung durch die Bevölkerung als Bezugspunkte einer Polarisierungsmessung zu wählen. Die Analyse von Caravaca et al. (2022) greift dafür auf den Dalton-Index zurück, der darüber Auskunft gibt, wie weit die auf einer Links-Rechts-Skala⁶ relativ zu ihrem Mittelwert verorteten und mit ihrem jeweiligen Stimmen- oder Mandatsanteil gewichteten weltanschaulichen Positionen der Parteien auseinander liegen (Dalton, 2008). Er hat einen Wert von 0, wenn sich das gesamte Elektorat um die auf ein und derselben Skalenposition befindlichen Parteien schart, und einen Wert von 10, wenn sich die Wähler:innen auf die ausschließlich auf den beiden Endpunkten der Skala positionierten Parteien gleichgewichtig verteilt. Im letztgenannten Fall handelt es sich um eine gruppenbezogene Polarisierung in extremer Ausprägung.

Um über ein Instrument für eine zeitlich engmaschige Beobachtung politischer Polarisierung zu verfügen, haben Caravaca et al. (2022) für das **EU Political Barometer** in der Dalton-Formel den Stimmen- bzw. Mandatsanteil der Parteien durch eine komplexe Kombination von Nutzungsmetriken ihrer Facebook-Seiten ersetzt. Das erlaubt, den er-

mittelten Polarisierungsgrad als Ausdruck der öffentlichen Kommunikation auf den Parteien-Seiten eines von rund 60 Prozent der österreichischen Bevölkerung genutzten sozialen Mediums zu verstehen. Im Zeitraum von April 2019 bis Januar 2023 haben über 18.000 Facebook-Posts der fünf parlamentarischen Parteien über 10 Millionen Reaktionen (*comments, shares, likes*) und über 273 Millionen Videoaufrufe generiert.

Die Ergebnisse eines Übereinstimmungstests mit den Dalton-Werten weisen den Index des EU Political Barometer als recht guten Schätzer zur Messung gruppenbezogener Polarisierung in EU-Ländern aus.⁷ Im Monat der Nationalratswahl 2019 lag er zwischen 4,03 und 4,21 und damit nahe dem zu dieser Wahl errechneten „klassischen“ Dalton-Wert von 4,27 (Emanuele & Marino, 2023). Es handelt sich also um einen **Polarisierungsgrad im unteren Mittelfeld**. Unter dieser Prämisse lässt sich Abbildung 1 dahingehend lesen, dass ein Polarisierungsgrad von 4,12 zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Pandemie schon in den Monaten davor (mit Schwankungen) gegeben war und dann bis Anfang 2021 ziemlich stabil auf diesem Niveau verblieb. Der danach beobachtbare kontinuierliche Rückgang hielt bis März 2022 an, ehe danach ein Aufwärtstrend einsetzte.

⁶ Der Index von Caravaca et al. (2022) verwendet für die weltanschaulichen Positionierungen der Parteien die auf Expertenumfragen basierenden ParlGov-Daten: <https://www.parlgov.org>

⁷ <https://eupoliticalbarometer.uc3m.es>

IDEOLOGIE IN ÖSTERREICH

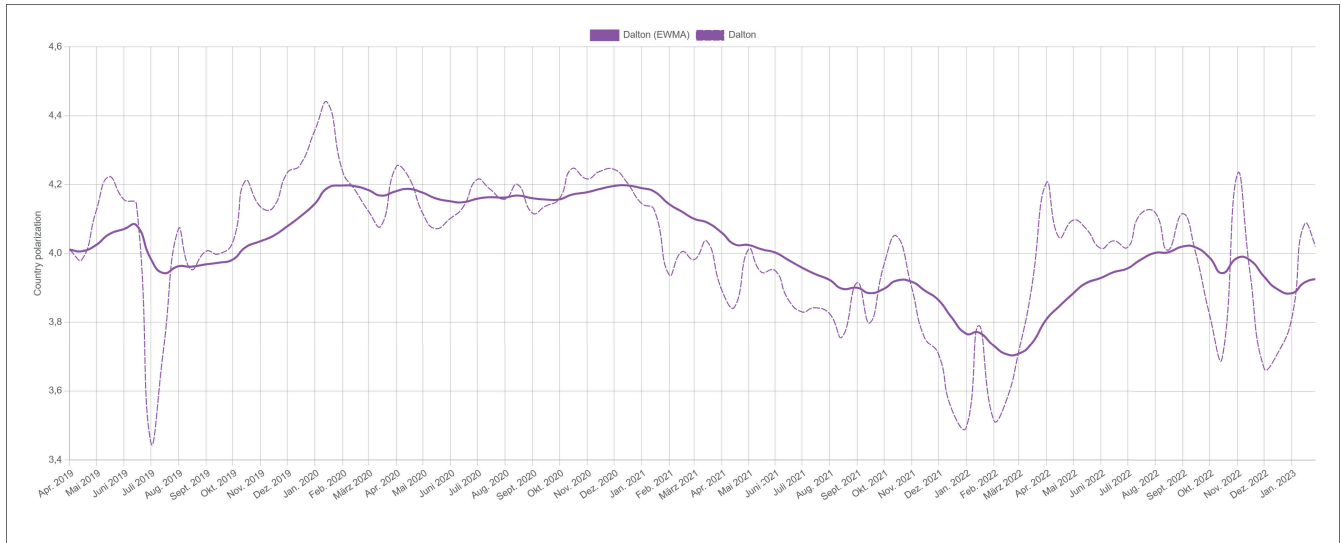


Abbildung 3: Ideologie in Österreich, gemessen anhand der auf Parteien-Posts bezogenen Facebook-Kommunikation, 2019–2023

EWMA = exponentially weighted moving average / exponentiell gewichtete gleitende Mittelwerte; Skala von 0 (keine Polarisierung) bis 10 (hohe Polarisierung)

Quelle: <https://eupoliticalbarometer.uc3m.es/dashboard/country/Austria>

Um den Polarisierungsgrad interpretieren zu können, muss er in Relation zum ideologischen Schwerpunkt eines Landes gesetzt werden, denn ein Rückgang der Polarisierung sagt noch nichts darüber aus, ob der Grund dafür in einer breiter gewordenen Mitte oder in einer Verschiebung des generellen politischen Meinungsklimas nach rechts oder links liegt. Für die Messung des ideologischen Schwerpunkts („ideological center of gravity“; vgl. Gross & Sigelman, 1984) wird der Durchschnittswert aller Parteienpositionen gebildet, die wiederum mit kombinierten Facebook-Nutzungsmetriken anstelle der ursprünglich vorgesehenen Wahlanteile gewichtet werden (Caravaca et al., 2022). Demnach lässt sich in der Facebook-Kommunikation, von einem mittleren Level ausgehend, seit Anfang 2021 eine zunächst leichte und um die Jahreswende 2021/22 stärker ansteigende **Verschiebung der weltanschaulichen Orientierung nach rechts** beobachten (vgl. Abbildung 3). Sie vollzieht sich in einer gegenläufigen Bewegung zum Rückgang gruppenbezogener Polarisierung und entspricht dem in den zitierten Studien mehrfach aufgezeigten Rechtsruck in Österreich.

Der von Caravaca et al. (2022) analysierte Teil der Facebook-Kommunikation kann als weiteres Indiz dafür interpretiert werden, dass sich in der medienvermittelten Diskussion während der COVID-19-Pandemie keineswegs ein Polarisierungsgrad abbildet, der in Richtung einer generellen Aufkündigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts weisen würde, während hingegen das sich nach rechts verschobene Meinungsklima parallel zu der

vor allem von rechten Parteien propagierten Anti-Corona-Haltung zu sehen sein dürfte, die – wie oben gezeigt – mit sinkender Demokratiezufriedenheit einherging. Für eine schlüssige Diagnose bedürfte es jedoch interdisziplinär angelegter Langzeitstudien, wie sie Mau et al. (2023) für Deutschland vorgelegt haben. Der von ihnen geprägte Begriff einer „gefühlten Polarisierung“ scheint allerdings auch für Österreich nicht von der Hand zu weisen zu sein. Er meint, dass Meinungsverschiedenheiten, die das Wesen einer lebendigen Demokratie ausmachen, bei umstrittenen Themen von „Polarisierungsunternehmer[n] an den ideologischen Rändern“ (Mau et al., 2023, S. 395) dann in der öffentlichen Diskussion zugespitzt und instrumentalisiert werden, wenn sie in diesen Themen ein ihnen nützendes Mobilisierungspotenzial sehen – wodurch weithin konsensuelle Themen zugedeckt und desintegrative Tendenzen verstärkt werden können. Dass dies während der COVID-19-Krise geschehen ist, legt auch eine Studie über die Einstellungen der Bevölkerung zu Impfungen nahe, die im Jahr 2019 auf der Basis von Eurobarometer-Daten durchgeführt wurde (Alfano & Ercolano, 2022). Auch ein Jahr vor der Pandemie war dies ein kontroversiell diskutiertes Thema, bei dem sich insbesondere hinsichtlich altruistischer Gründe die politisch Mitte-links-orientierten Befürworter:innen und die Mitte-rechts-Gegner:innen gegenüberstanden, doch daraus ließ sich damals – anders als während der COVID-19-Krise – keine Polarisierung ableiten (vgl. auch Kohler & Koinig, 2023).

Die **Polarisierung verblieb aber auch während der Pandemie in Medien und Öffentlichkeit weitgehend themenbezogen**, ließ also in Bezug auf heikle und umstrittene Themen deutlicher als bisher Risse quer durch die Bevölkerung hervortreten, die in der Impfdebatte unter bestimmten individuellen Prädispositionen selbst in Ingroup-Outgroup-Verhalten begünstigen konnten. Doch auch dieses war, wie gezeigt werden konnte, für die meisten Menschen Anlass- und themenbezogen. Allerdings waren für etwa jeden siebten Verquickungen mit anderen Themen wie der Klimakrise zu beobachten, und es zeigte sich ein Zusammenhang zwischen Anti-Corona-Haltung, Unzufriedenheit mit der demokratischen Ordnung und Geringschätzung demokratischer Rechte. Darin können Indizien für eine **aufkeimende gruppenbezogene Polarisierung** gesehen werden.

5. PRAKTISCHE EMPFEHLUNGEN

Aus den durch das Scoping Review erfassten Studien lassen sich einige Anhaltspunkte für konsensbildende und integrative Kommunikationsstrategien in Krisenzeiten ableiten.

Wie vielfach nachgewiesen wurde, ist Vertrauen die Basis jedes Kommunikationserfolges (bspw. Stamm et al., 2023). Menschen neigen zwar gerade in einer Krisensituation dazu, Entscheidungsträger:innen einen Vertrauensbonus einzuräumen, doch kann dieser rasch verspielt werden. Insbesondere unter den Bedingungen einer viele Lebensbereiche erfassenden Krise finden Maßnahmen dann eher Unterstützung, wenn dahinter keine einseitigen, oft parteipolitisch motivierten Interessen vermutet werden können, sondern wenn sie von **überparteilichen Koalitionen politischer Entscheidungsträger:innen** und **unparteiischen Expert:innen** vermittelt werden (bspw. Flores et al., 2022; Stamm et al., 2022). Damit könnte eine breitere Akzeptanz von Maßnahmen über ein kurzfristiges, letztlich **kontraproduktives rallying around the flag** hinaus gesichert werden.

Das ist aber nur ein Aspekt. Die einer politischen Entscheidung vorausgehende Meinungs- und Willensbildung ist in der Demokratie ein Aushandlungsprozess, an dem möglichst alle Betroffenen teilhaben können sollten. Medien könnten insofern dazu beitragen, indem sie – **anstelle eines visibility bias** der Regierungsspitze – die Einbindung wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen in eine **breite öffentliche Diskussion** forcieren, in der Anliegen und Interessen, Situationsbeschreibungen und Handlungskonsequenzen kommuniziert und so an die Politik rückgebunden werden (Junk et al., 2022; Schaffler-Schaden et al., 2021; Schernhammer et al., 2021). Auf Seiten der Wissenschaft ist die Bereitschaft dazu, wie eine Studie am Beispiel der Medienerfahrungen österreichischer Mediziner:innen im ersten Jahr der Pandemie belegt, trotz negativer Erfahrungen mit Online-Belästigungen vorhanden (Nölleke et al., 2023).

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht darum, gegensätzliche oder als gegensätzlich präsentierte Positionen oder gar Fakten und Fakes aufeinanderprallen zu lassen, sondern unterschiedliche Facetten eines Problems und unterschiedliche, legitime Interessen zu diskutieren, um wechselseitiges Verständnis und eine möglichst breite Konsensfindung zu fördern. Mehr **demokratische Vielfalt an Themen, Akteur:innen und Meinungen** in der Berichterstattung würde bei der Nutzung traditioneller Medien auch ein polarisierend wirkendes *selective news exposure* erschweren und einen Beitrag zu einer realistischen und damit Unsicherheiten reduzierenden Einschätzung einer Krisensituation leisten (Zoizner et al., 2022). Der Vielfaltsbegriff wäre aber dann falsch verstanden, wenn er missbraucht werden würde, um den demokratischen Grundkonsens unserer Gesellschaft in Frage zu stellen.

Kontraproduktiv ist jedoch nicht nur eine Kommunikation, die von den Menschen als einseitig und oppositionelle Ansichten diskreditierend wahrgenommen wird, sondern auch eine mit Angstappellen arbeitende Kommunikation, die zwar zunächst im Sinne einer Unterstützung gesundheitspolitischer Maßnahmen wirkt, doch letztlich – und insbesondere bei rückläufigem Vertrauen – zu einer geringeren Akzeptanz und Beachtung beiträgt (Saumer et al., 2022). Bei der Vermittlung potenziell bedrohlicher Faktoren ist daher größte Sensibilität angebracht. Das gilt für die Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie für den Journalismus, schon allein deshalb, weil Menschen Nachrichten meiden, wenn sie sich von deren Negativität und der Menge an Informationen emotional überfordert fühlen (Schäfer et al., 2022b). Es würde daher einer **Kontextualisierung von bedrohlich wirkenden Informationen** über den Fortgang und mögliche Folgewirkungen der Pandemie bedürfen, um Verständnis für das Krankheitsgeschehen und die Bereitschaft zur Übernahme persönlicher Verantwortung im Sinne eines gesellschaftlichen Zusammenhalts zu erzeugen. Dies kann, wie Experimente gezeigt haben, auch dadurch unterstützt werden, wenn Menschen in einem kollektiv als notwendig erachteten Verhalten **einen persönlichen Wert erkennen** (Spahl et al., 2022), wenn positive Auswirkungen ebenso wie Risiken transparent und in einem zielgruppenspezifisch adäquaten Setting kommuniziert werden. Damit ließe sich eine schon in der Kommunikation implizit angelegte Ingroup-Outgroup-Zuordnung bzw. hätte sich im konkreten Fall ein **vaccination rift effect** vermeiden lassen (Stamm et al., 2022, 2023).

Von Beginn der Pandemie an waren es vor allem die sozialen Medien, die den Nutzer:innen die Möglichkeit boten, auf ihre eigene Art und Weise, abhängig von ihrem emotionalen Zustand und ihrer motivationalen Orientierung, mit dem Erleben von Bedrohung kommunikativ umzugehen und Handlungspräferenzen zu entwickeln, die durchaus bis zur Reaktanz als Abwehrstrategie gegenüber Einsamkeit und subjektiv als ungerecht empfundenen Freiheitsbe-

schränkungen reichen konnten (Reiss et al., 2021). An diesem Punkt gelang es Botschaften, welche die Existenz des Virus leugneten, und verschwörungstheoretisch begründeten Falschinformationen einzuhaken, begünstigt durch ein medienbedingt anderes Nutzungsverhalten, das eine zufällige Rezeption von (Falsch)Informationen wahrscheinlicher macht als bei traditionellen Medien. Verstärkte, zielgruppenspezifisch konzipierte Informationskampagnen über einschlägige Social-Media-Kanäle (Goreis & Kothgassner, 2020) sind zweifellos anstrebenswert, schon wegen der damit verbundenen Möglichkeit, Veränderungen des Meinungsklimas zu beobachten (Eibensteiner, 2021). Ein *kritischer Umgang mit incidental news exposure* kann allerdings nur langfristig durch eine **Stärkung von Gesundheits- und Medienkompetenz** erreicht werden, die das Auffinden, Verstehen und Bewerten von gesundheitlichen Erklärungen und Empfehlungen und das Beurteilen ihrer Vertrauenswürdigkeit unterstützt – insbesondere in einer Krisensituation, in der sich große Mengen an Informationen schnell verbreiten (De Gani et al., 2022; Mascherini & Nivakoski, 2022).

Dennoch kann der Gefahr, dass sich Menschen in digitale Echokammern zurückziehen, auch kurzfristig begegnet werden, indem ihre Bedenken in der öffentlichen Diskussion ernst genommen (Amann et al., 2021) und Ängste, etwa im Hinblick auf Einschränkungen der persönlichen Freiheiten, aufgegriffen werden (Till & Niederkrotenthaler, 2022). Das ist deshalb nicht aussichtslos, weil die Informationsrepertoires großer Bevölkerungsgruppen aus einem – wenn auch unterschiedlich breiten – Medienmix bestehen, der unterschiedliche Medientypen umfasst (Beaufort, 2020). Daher sollten auf Seiten der traditionellen Medien Kommunikations- und Vermittlungsformen überlegt werden, die eine stärkere, auch Emotionen zulassende Inklusion der Bürger:innen in den öffentlichen Diskurs ermöglichen (Koinig, 2022). Dazu gehören beispielsweise **moderierte Online-Foren** und **ein auf Coping-Strategien und Storytelling fokussierender journalistischer Zugang** (Schäfer et al., 2022a; Stubenvoll, 2022). Beide Formen – die im Sinne eines respektvoll geführten Diskurses notwendige Moderationsfunktion wie auch die Erzählung der Erfahrungen von Betroffenen in der Bewältigung von Krisen – stellen zweifellos Journalist:innen vor neue Anforderungen. Dafür brauchen sie sowohl einen uneingeschränkten Zugang zu Informationen als auch entsprechende Schulungen, um ihr Publikum sowohl im Umgang mit Ängsten als auch mit Falschinformationen zu unterstützen: beides wurde während der Pandemie auf Seiten des Journalismus als Herausforderung erlebt (Perreault et al., 2022). Informationsfreiheit und die Erschließung neuer journalistischer Ansätze würden jedoch nicht nur zu seiner Legitimation und Glaubwürdigkeit in einer veränderten Medienumwelt beitragen, sondern lägen auch im Interesse der Gesamtgesellschaft und würden daher staatliche Regelungen bzw. Förderungen rechtfertigen.

Freilich ist zu betonen, dass sich all diese Kommunikationsstrategien an Menschen mit persönlich motivierten Sorgen und Ängsten richten, nicht an jene mit ideologisch verfestigten Einstellungen (Stamm et al., 2022), die in vielen Fällen über den aktuellen Anlass hinausgehen (Mascherini & Nivakoski, 2022). Die damit verbundene Verbreitung von Falschinformationen, die, wenn sie verstärkt in den öffentlichen Diskurs einsickern und dadurch den Eindruck der Unkontrollierbarkeit einer Krise erzeugen (*perceived uncontrollability*), ist freilich auf nationaler Ebene nur begrenzt durch Fact-checking-Initiativen zu neutralisieren; sie bedarf supranationaler Steuerungsinstrumente, wie sie im *Digital Service Act* der Europäischen Union einen ersten, wenn auch erweiterungsbedürftigen Ausdruck gefunden haben (Bleyer-Simon et al., 2023; für Österreich: Seethaler et al., 2023).

6. LITERATUR

Scoping Review: zitierte Studien

Eine Bibliografie der in das Scoping Review einbezogenen Beiträge ist online abrufbar: <https://www.oeaw.ac.at/cmc/research/media-politics-democracy-mepd/exploring-communication-spaces/communicating-science-current-problems-and-future-imperatives/medical-news-in-the-headlines>

Zusätzliche zitierte, erläuternde Literatur

- Amrein, M. (2022). Profit statt Qualität. *NZZ am Sonntag*, 6. November 2022, 45–46.
- Baum, M. A. (2003). Soft news and political knowledge: Evidence of absence or absence of evidence? *Political Communication*, 20: 173–190.
- Beaufort, M. (2020). *Medien in der Demokratie – Demokratie in den Medien: Ein demokratietheoretisch fundierter Ansatz zur Erforschung der demokratischen Qualität von Medienrepertoires unterschiedlicher Nutzungsklassen, dargelegt am Beispiel einer zeitvergleichenden Analyse des politischen Informationsangebots in den österreichischen Medien*. Universität Hamburg: https://ediss.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/8998/1/Dissertation_Beaufort_Publ_f.pdf
- Bleyer-Simon, K., Brogi, E., Carlini, R., Nenadic, I., Palmer, M., Parcu, P. L., Verza, S., & Žuffová, M. (2023). *Monitoring media pluralism in the digital era: Application of the Media Pluralism Monitor in the European Union, Albania, Montenegro, the Republic of North Macedonia, Serbia and Turkey in the year 2022*. Florence: European University Institute. DOI: 10.2870/087286
- Boin, A. (2019). The transboundary crisis: Why we are unprepared and the road ahead. *Journal of Contingencies and Crisis Management*, 27(1), 94–99. DOI: 10.1111/1468-5973.12241
- Boin, A., 't Hart, P., Stern, E., & Sundelius, B. (2017). *The politics of crisis management* (2. Aufl.). Cambridge: Cambridge University Press.

- Dalton, R. J. (2008). The quantity and the quality of party systems. *Comparative Political Studies*, 41(7), 899–920. DOI: 10.1177/0010414008315860
- Emanuele, V., & Marino, B. (2023). *Dataset of ideological polarization in Western Europe*. Rom: Italian Center for Electoral Studies. DOI: 10.7802/2592
- Fonseca, X., Lukosch, S., & Brazier, F. (2019). Social cohesion revisited: A new definition and how to characterize it. *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, 32(2), 231–253. DOI: 10.1080/13511610.2018.1497480
- Gilens, M., & Murakawa, N. (2002). Elite cues and political decision-making. In von M. X. Delli Carpini, L. Huddy & R. Y. Shapiro (Eds.), *Political decision-making, deliberation and participation* (Research in micropolitics, vol. 6) (S. 15–49). Bingley: Emerald.
- Gross, D. A., & Sigelman, L. (1984). Comparing party systems: A multidimensional approach. *Comparative Politics*, 16(4), 463–479.
- Lazarsfeld, P. F., Berelson, B., & Gaudet, H. (1948). *The people's choice: How the voter makes up his mind in a presidential campaign* (2. Aufl.). New York: Columbia University Press.
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Nelson, T. E., & Kinder, D. R. (1996). Issue frames and group-centrism in American public opinion. *Journal of Politics*, 58(4), 1055–1078. DOI: 10.2307/2960149
- Salomonsen, H. H., & 't Hart, P. (2020). Communicating and managing crisis in the world of politics. In F. Frandsen & W. Johansen (Eds.), *Crisis communication* (S. 439–460). Berlin: de Gruyter.
- Seeger, M. W., & Sellnow, T. L. (2016). *Narratives of crisis: Telling stories of ruin and renewal*. Stanford: Stanford University Press.
- Seethaler, J., Beaufort, M., & Schulz-Tomančok, A. (2023). *Monitoring media pluralism in the digital era: Application of the media pluralism monitor in the European Union, Albania, Montenegro, the Republic of North Macedonia, Serbia and Turkey in the year 2022. Country report Austria*. Florence: European University Institute. DOI: 10.2870/087286.

TEIL 2

VERTRAUEN IN DER KRISE

DIE VOLATILE MEDIENREZEPTION WÄHREND DER PANDEMIE

ANDY KALTENBRUNNER, SONJA LUEF UND RENÉE LUGSCHITZ

Medienhaus Wien

1. EINLEITUNG: SPEZIFIKA DES ÖSTERREICHISCHEN MEDIENMARKTES WÄHREND DER KRISE

Der Beginn der Pandemie traf auch Österreichs Medien und Journalismus unvorbereitet. Zwischen der ersten, in Österreichs Medien nur kurz und cursorisch weiter verbreiteten Meldung der Austria Presse Agentur über eine „mysteriöse Lungenkrankheit“ in Zentralchina am Silvestertag 2019 und dem ersten totalen Corona-Lockdown lagen nur elf Wochen. Auf die Wucht der Ereignisse waren Verlage, Sender und deren Redaktionen **weder quantitativ noch qualitativ vorbereitet** (siehe dazu auch Teil 3 von Eberwein et al.). Die Newsrooms waren schon zuvor ausgedünnt: Eine damals neue nationale Gesamterhebung zeigte, dass zwischen 2006 und 2019 fast exakt ein Viertel der journalistischen Arbeitsplätze in Österreich verlorengegangen war (Kaltenbrunner et al., 2020), vor allem im Printjournalismus. Der ORF war mit Publikumsabwanderung konfrontiert und mit redaktionellen Sparprogrammen unter Druck – gegenüber dutzendfacher Konkurrenz im linearen TV und im Radio.

Die größten privaten TV-Anbieter mit österreichischen Lizenzen wie Puls4 und ATV (zu 100 % Töchter der deutschen ProSiebenSat.1 Media) und ServusTV (als Corporate Media Brand überwiegend vom Getränkehersteller Red Bull finanziert) waren aufgrund ihrer Eigentümerstruktur in ihren nationalen publizistischen Spielräumen auch damals schon limitiert. Österreichs Medien erlebten zudem seit Jahren den **rasch wachsenden digitalen und globalen Wettbewerb** vor allem mit den US-Online-Plattformen Meta (Facebook, Instagram), Alphabet (Google, YouTube) und während des Corona-Verlaufs unter den Jüngsten wachsend ByteDance (TikTok) et al. um Aufmerksamkeit – und Anzeigenlöse. 2022 kam es erstmals dazu, dass aus Österreich mehr Werbebudget an die internationalen Plattformen als an die heimischen Medien ging (Der Standard, 2022).

Letztere bemühten sich während der Pandemie um Inhalte in noch mehr Kanälen, mit neuen Apps und Tools, und nutzten auch selbst noch **stärker Social-Media-Plattformen für ihre Legacy-Media-Inhalte**. Sie suchten also ein „Publikum als Aggregat von Medienkontakten“ (Hasebrink, 2008, S. 520). Die Rezipient:innen kamen aber sehr individuell auf Basis des jeweiligen eigenen sozialen und kulturellen Hinter-

grundes zu höchst unterschiedlichen Einschätzungen der Pandemie – und des Journalismus.

Vor allem die Printmedien – 2019 gab es (nur) noch 14 Tageszeitungen, davon zwei Gratisblätter – waren in unterschiedlichen Stadien der digitalen Transformation ihres Journalismus und der Geschäftsmodelle verfangen (Stark & Magin, 2009). Just in den Jahren vor und noch stärker während der Pandemie war die Abhängigkeit zahlreicher Medienhäuser von öffentlichen Geldern aus Förderprogrammen und vor allem aus Inseratenzahlungen gewachsen (Kaltenbrunner, 2021). Während der wirtschaftlich besonders schwierigen Pandemiephasen, etwa der Lockdowns, in denen Zeitungsvertrieb nur eingeschränkt möglich war, konzipierte die Bundesregierung zusätzliche Unterstützungen, insbesondere für Österreichs Verlage: zum einen durch 2020 temporär reduzierte Umsatzsteuersätze, zum anderen durch Direktzahlungen entsprechend früheren Druckauflagen, gleichwohl, ob Zeitungen dann verkauft oder verschenkt wurden. Dieses neue Fördermodell der Regierung kam überproportional den Gratiszeitungen zugute. Österreichs **Journalist:innen**, ihre Redaktionen und Herausgeber:innen waren ab Frühjahr 2020 also **in vielen Rollen in die Corona-Pandemie involviert**: als Beobachter:innen, Berichterhalter:innen, selbst Betroffene und Bittsteller:innen. Wie trotz knapper Ressourcen einerseits traditionelles Publikum weiter erreicht und andererseits, durch entsprechende publizistische Leistung, neues gewonnen werden konnte, wurde zu einer zentralen Frage der Medienunternehmen.

Zur spezifischen Qualität der Corona-Berichterstattung österreichischer Medien gibt es viele Forschungsdesiderate. In der Frühphase der Pandemie war etwa der selbstkritische Fachdiskurs mit allfälliger Forschungsbegleitung in Österreich sehr gering. Im D-A-CH-Raum wurden eher in Deutschland und der Schweiz die qualitativen Fragen zu Aufgaben, Leistungsfähigkeit und Defiziten der Krisenberichterhalter:innen zeitnah und durchaus emotional an der Theorie-Praxis-Schnittstelle diskutiert (Meier & Wyss, 2020). Schon Ende 2020 wurden erste umfassende Inhaltsanalysen hunderter Medienbeiträge zur publizistischen Leistung in der Pandemie vorgelegt (Eisenegger et al., 2020). In Österreich blieben solche Studien in den ersten Pandemienmonaten rar. Aufmerksam beobachtet wurde aber die **Medienleistung durch die Publikumsbrille**: In den 34 Wellen des

TIMELINE DER 13 ERHEBUNGSWELLEN UND IHRE ZEITLICHE EINBETTUNG IN ZENTRALE ÖSTERREICHISCHE CORONA-DATEN

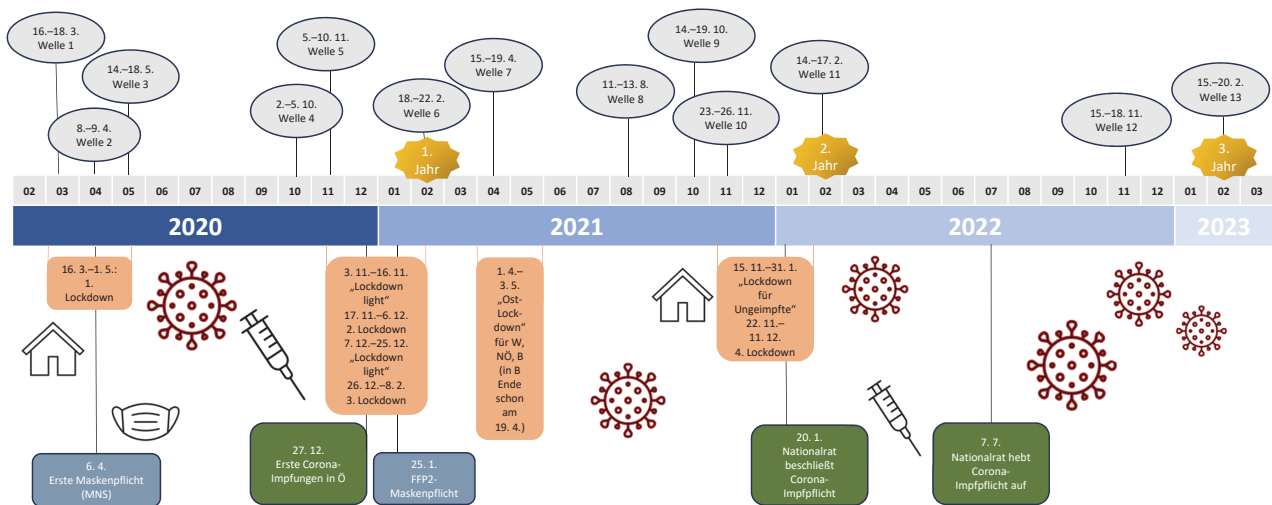


Abbildung 1: Quelle: Medienhaus Wien

thematisch umfassenden „Corona-Panels“ der Universität Wien wurden auch Fragen zu Mediennutzung integriert. Medienhaus Wien und das Österreichische Gallup-Institut führten ab den allerersten Tagen des ersten Lockdowns 2020 und dann bis 2023 insgesamt 13 Repräsentativbefragungen zu vielen spezifischen Aspekten der Mediennutzung in der Pandemie, insbesondere zur Beurteilung der Leistung des österreichischen Journalismus vis-à-vis der Bewertung der jeweils konkreten Pandemie-Maßnahmen, durch. Abgefragt wurden mehrfach das Vertrauen der Menschen in die zum jeweiligen Zeitpunkt konkrete Krisenpolitik, die eigene Betroffenheit durch die Krise und persönliche Reaktionen auf Pandemie-Pläne wie Impfaufrufe. Erhoben wurden parallel das Vertrauen in etablierte Medien als Träger des gesellschaftlichen Fachdiskurses, in Social-Media-Kanäle als relevante Pandemie-Informanten und in Diskussionsforen sowie der jeweilige Umgang mit Corona-Fakenews. Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse aus drei Jahren mit Interpretationen von Hunderten Datensätzen zu einer Gesamtbetrachtung der massenmedialen Kommunikation während der Pandemie verdichtet.¹

¹ Zentrale Befragungsergebnisse werden in Grafiken im Text dargestellt. Weitere Tabellen und Grafiken, die Schlussfolgerungen dieses zusammenfassenden Berichts illustrieren, sind im Online-Anhang abrufbar. Ein Link zum Online-Anhang findet sich zu Beginn von Kapitel V in diesem Band.

2. METHODE

Unmittelbar ab dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie führten Medienhaus Wien und das Österreichische Gallup-Institut die Studie „COVID-19-Krise und Medien“ durch. Für den Studienkern wurde ein quantitatives Vorgehen gewählt. Vom 16. März 2020 bis zum 20. Februar 2023 wurden in insgesamt **13 Erhebungswellen Mediennutzung und Bewertung der medialen Leistungen während der Pandemie, persönliche Betroffenheit und generelle Einschätzungen der COVID-19-Entwicklungen, Bewertung der begleitenden politischen Maßnahmen sowie Vertrauen in Medien und Institutionen** erhoben. Die ersten Befragungen (März, April 2020) fielen in die erste Lockdown-Phase. Die Feldarbeit zur Pandemieentwicklung wurde vor allem entlang relevanter exogener Faktoren geplant (beispielsweise Erkrankungszahlen, Einführung von Maskenpflicht, Reiseeinschränkungen, Lockdowns, Schulschließungen, zentrale Momente der Impfdebatte) und der Fragenkatalog jeweils um konkrete Reaktionen auf diese Faktoren erweitert bzw. vertieft. Die zentralen Aussagen der nationalen Pandemiepolitik, internationale Corona-Entwicklungen, Einführung konkreter Maßnahmen und Pandemiezahlen wurden fortlaufend dokumentiert, um die spätere Interpretation der Befragungsergebnisse im gesellschafts- und gesundheitspolitischen Umfeld zu erleichtern.

Zwei der Befragungen (14. bis 17. Februar 2022/zwei Jahre nach Pandemiebeginn und 15. bis 20. Februar 2023/drei Jahre nach Pandemiebeginn) erhoben in den Fragestellungen jeweils auch **spezifisch rückblickende Bewertungen** der Bevölkerung zu Rezeption und Qualitätsbewertung von Corona-Berichterstattung und Corona-Politik.

Pro Erhebungswelle wurden **1.000 in Österreich wohnhafte Personen ab 16 Jahren** über das im Forschungszeitraum gleichbleibende Online-Access-Panel des Österreichischen Gallup-Instituts (Gallupforum, betrieben nach ISO-Norm 26362) befragt. Die Daten werden nach Geschlecht, Alter und Region gewichtet und erlauben repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren mit Internetzugang. Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass Bevölkerungssegmente, die kein Internet nutzen, in der Untersuchung nicht vertreten sind. Die maximale Schwankungsbreite für die Ergebnisse liegt bei +/-3,2 %.

3. EMPIRISCHE ERGEBNISSE

3.1 MEDIENNUTZUNG IM PANDEMIEVERLAUF: HOCHSAISON IM LOCKDOWN

In den ersten Tagen des Corona-Lockdowns im März 2020 saßen 88 % der in Österreich lebenden Menschen über 16 Jahre zumindest irgendwann, vielfach aber stundenlang, vor einem Bildschirm, um sich zur COVID-19-Lage zu informieren. Die zwangsläufige Ortsgebundenheit machte lineare Fernsehsender und deren Online-Versionen selbst unter Jüngeren, die diese sonst immer weniger nutzen, gewissermaßen über Nacht zusätzlich populär. Erhoben wurde das vom Österreichischen Gallup-Institut und Medienhaus

Wien ab 16. März 2020, also ab dem ersten Tag des ersten Lockdowns. Es zeigte sich: Auch 80 % der unter 30-Jährigen nutzten TV-Programme unmittelbar zur Pandemie-Information. **Fernsehbilder des öffentlich-rechtlichen ORF mit COVID-19-Information** erreichten in jenen allerersten Tagen des Lockdowns irgendwann **81 % der Bevölkerung**.

Traditionelle **Tageszeitungsmarken** registrierten ebenfalls **Rekordbesucherszahlen**, sie starteten als Corona-Berichter:innen während der Pandemie mit 56 % nationaler Reichweite, gedruckt und online. Das entsprach im Wesentlichen den nationalen Zeitungsleserszahlen (von rund 60 % Reichweite) laut den Media-Analysen 2019. Was sich aber sonst inhaltlich an Interesse auf viele Ressorts und Themen verteilt, fokussierte nun auf COVID-19. Die Nutzung stieg im April 2020 sogar auf zwei Drittel der Bevölkerung, die in einem Zeitungstitel nach Pandemie-News gesucht hatten. Deutlich wurde zugleich die Relevanz von Social-Media-Kanälen: 41 % der Bevölkerung gaben an, dort Information zu COVID-19-Fragen zu finden.

In den drei folgenden Jahren, von März 2020 bis Februar 2023, ging die **Nutzung für Pandemie-Information** in Reichweiten-Prozent bei TV (von 88 auf 48), Hörfunk (von 56 auf 29), Tageszeitungen (von 54 auf 39) und Social Media (von 41 auf 21) **zurück** (siehe Abb. 2). Ausschläge nach oben gab es, durchaus erwartbar, jeweils in Perioden neuer (gesundheits-)politischer und administrativer Maßnahmen: 79 % TV-Reichweite etwa Anfang November 2020, als sich der „Lockdown light“ zu einem zweiten, recht kategorischen Lockdown verfestigte, weil neue Rekordwerte von rund 10.000 täglichen COVID-19-Neuerkrankungen erreicht wurden. Hohe 62 % Reichweite wiederum hatte die Pandemie-Berichterstattung der Tageszeitungen auch während des viel diskutierten „Ost-Lockdowns“ Mitte April 2021.

Welche Medien haben Sie in den vergangenen Tagen genutzt, um sich über das Coronavirus und die Entwicklungen im Zusammenhang mit dieser Erkrankung zu informieren?

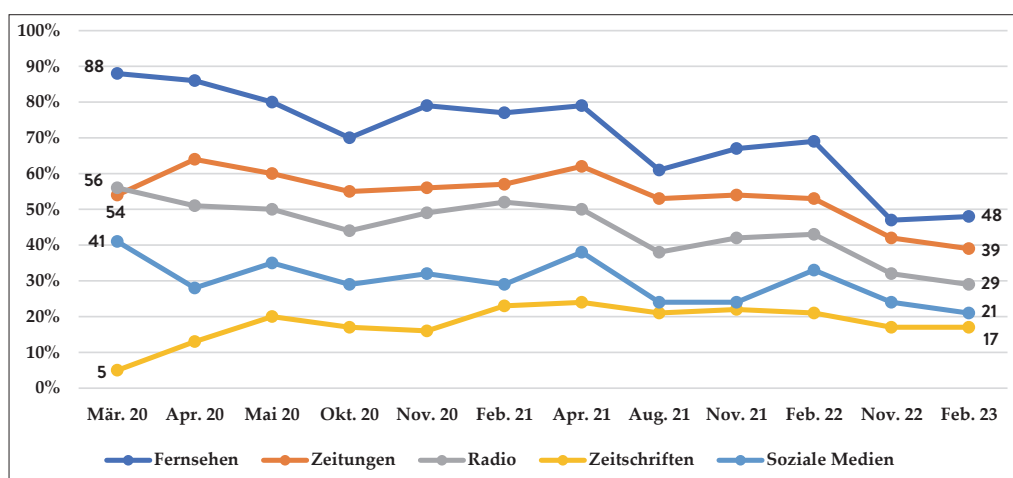


Abbildung 2: %-Werte, n = 1.000. Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut/Medienhaus Wien

Anders war die Verlaufskurve bei Zeitschriften und Magazinen. Die Erwartung an sie war in den ersten Pandemiewochen gering. Offensichtlich wurde (noch) keine aktuelle Relevanz, auch nicht der Online-Angebote der Zeitschriften-Brands, angenommen. Nur 5 % bis 13 % der Befragten hatten während der Befragungswellen im März und April 2020 Magazine und Zeitschriften für Corona-Information genutzt. Die Zahl stieg aber mit wachsendem Interesse an Rückblick, Analyse, tiefergehender Berichterstattung auf rund 20 %. Dieser Nutzungswert für Zeitschriften und Magazine blieb drei Corona-Jahre lang mit nur kleinen Schwankungen nach oben und unten bis 2023 fast stabil. In **Krisenphasen** gibt es also ein **kontinuierliches Publikum** von rund einem Fünftel der Bevölkerung, das sich **vertiefende journalistische Information eines Printmagazins** erwartet, allenfalls, aber seltener, von diesen Magazinmarken auch online.

Sehr rasch hatten die Menschen zudem **institutionelle Primärquellen** mit Corona-Verweisen, -services und -daten gefunden. 41 % der Bevölkerung über 16 Jahre nutzten im Frühjahr 2020 Websites von Behörden und Organisationen, je jünger die User:innen waren, desto öfter. Noch 2023, drei Jahre später, gab fast ein Viertel der Befragten an, dass sie bei offenen Fragen zu Corona amtliche Angaben online suchten (siehe Abb. I im Online-Anhang).

Die **Zeitinvestition für Nachrichtenkonsum** war jedenfalls **hoch**: Im ersten Lockdown hatten 91 % der Befragten täglich Zeit für Corona-Information aufgewendet, mehr als die Hälfte sogar mehr als zwei Stunden. Hohe Werte wurden auch rund um den zweiten Lockdown im November 2020 sowie erneut ab Beginn der Debatte und schließlich Beschlussfassung für eine verpflichtende Corona-Impfung zu Jahresbeginn 2022 gemessen. Zwischen solchen Aufmerksamkeits-Peaks hatte allerdings im Sommer 2021 bereits die Hälfte der Befragten gemeint, dass Corona für sie am Vortag gar kein mediales Thema mehr war. In den Befragungswellen zum Jahreswechsel 2022/2023 schließlich war das Thema Pandemie vom Beobachtungsradar von rund zwei Dritteln der Bevölkerung als Tagesaktualität verschwunden (Details siehe Abb. II im Online-Anhang). Neue Themen wie Ukraine-Krieg, Energiekrise und Inflation wurden nun vor der Pandemie als zentrale Interessen genannt.

3.2 AUF DER SUCHE NACH VERTRAUER QUALITÄT: MEDIENNUTZUNG NACH KANÄLEN UND MARKEN

Der Nutzungsverlauf von Nachrichtenquellen zu Corona lässt sich in den 13 Befragungswellen über drei Jahre mit **Entwicklung der Nutzung etablierter und neuer Medienmarken** verfolgen.

Im **ersten Lockdown** fand die Bevölkerung recht unmittelbar zu **traditionellen Medienmarken**. Der öffentliche Rundfunk in TV, Radio und online wurde ganz rasch zentraler Nachrichtenanker des Landes. Zu Beginn der Pandemie nutzten 80 % TV-Angebote des ORF (siehe Abb. V im On-

line-Anhang). Auch traditionelle Medienmarken im tagesaktuellen Printsektor und deren Online-Angebote verzeichneten einen sprunghaften Anstieg der Leser- und Userzahlen. Bei jungen Altersgruppen, die für diese Medien davor als Konsument:innen bereits weitgehend verloren schienen, registrierten die Legacy Media des Printsektors einen rapiden Publikumsgewinn (Kaltenbrunner et al., 2021). Die Wahrnehmung der Nutzung der Printmarken hing aber auch wesentlich von deren crossmedialen Strategien ab. Die Kronen Zeitung als meistgelesene gedruckte Zeitung des Landes führte über die verschiedenen Erhebungswellen bei der Frage nach Markennutzung zu Corona-Themen und wurde unmittelbar nach Lockdown-Start „in den vergangenen Tagen“ von 58 % der Zeitungsläser:innen (entspricht rund 31 % der Gesamtbevölkerung über 14 Jahre) als Quelle zum Thema genutzt. Das lag ein Stück über den in der nationalen Media-Analyse in jenen Jahren ausgewiesenen tagesaktuell abgefragten Leserzahlen der Kronen Zeitung (rund 25 % nur für Print) (Media-Analyse, 2020). Der Standard als zweitmeist genutzte Zeitungsmarke zum Pandemiestart hatte eine Markenreichweite unter Zeitungsläser:innen von 29 % (16 % der Gesamtbevölkerung, siehe Abb. 3). Das lag bei gut dem Doppelten der durch die Media-Analyse sonst ausgewiesenen Leserzahl (Media-Analyse, 2020).

Während am Zeitungsboulevard bei Kauf- und Gratiszeitungen, also bei Kronen Zeitung, Heute, Österreich/oe24, die Publikumskontakte zu mehr als der Hälfte über die jeweiligen Papierausgaben stattfanden, war bei anderen Titeln (Die Presse, Kurier, Tiroler Tageszeitung) mehr als die Hälfte des Publikums ausschließlich oder zumindest teilweise online mit den Corona-Nachrichten verbunden. Bei Der Standard erfolgten sogar bis zu drei Viertel der Corona-Informationsabfragen auf Online-Kanälen (siehe Abb. IV im Online-Anhang). Pandemie-Nachrichten mit höheren journalistischen Standards als jenen der Boulevard- und Gratispresse wurden also online gezielt von neuem oder sonst nur sporadisch anwesendem Publikum dieser Medientitel aufgesucht. Eine solche **Suche nach** individuell als relevant eingeschätzten, den User:innen bekannten, aber **sonst weniger genutzten Quellen**, lässt sich als **Grundmuster für alle Corona-Phasen** feststellen. In der Krise gewannen auch Medien wie die öffentlich-rechtlichen TV-Kanäle Deutschlands, ARD und ZDF, zusätzliche Reichweiten und Bedeutung. Nach Generationen zeigte sich dann, dass der ältere Publikumsanteil in den öffentlich-rechtlichen Sendern auch beim Corona-Nachrichtenkonsum in der Regel deutlich höher war als bei den Privat-TV-Anbietern, mit Ausnahme von ServusTV (siehe Abb. V bis VIII im Online-Anhang).

Auch die Bundesländerzeitungen erhöhten temporär ihre regionale Printleserschaft, aber vor allem den Traffic auf ihren Websites deutlich. Jene länger soziologisch diskutierte „**Glokalisierung**“ (Beck, 1997) wurde in der Mediennutzung während der Pandemie deutlich wie nie zuvor: Die Publikumsinteressen folgten globalen Phänomenen und loka-

Welche Tageszeitungen haben Sie genutzt, um sich über Corona zu informieren – egal, ob gedruckt oder online (Websites/Apps)?

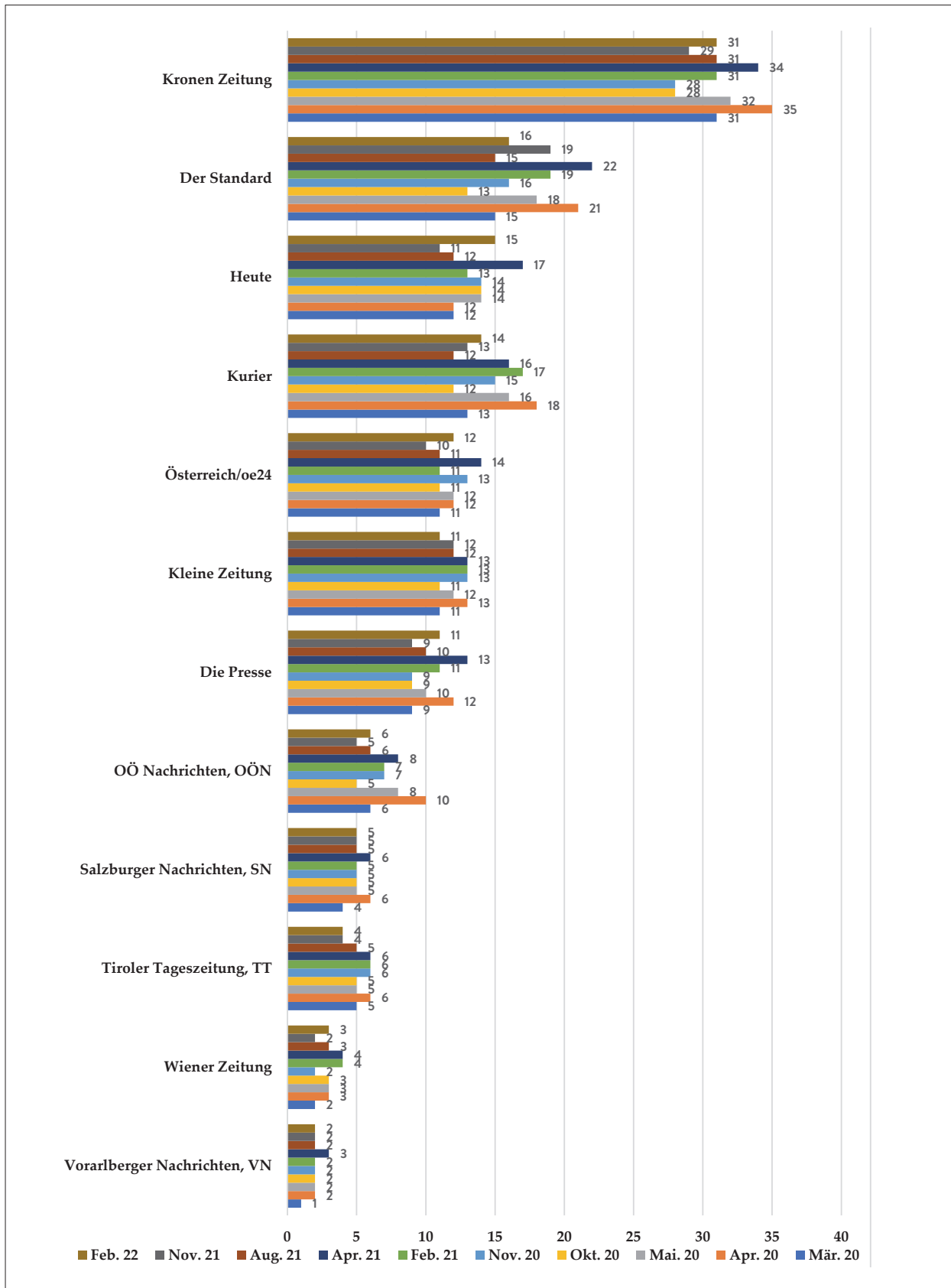


Abbildung 3: %-Werte, n = 1.000. Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut/Medienhaus Wien

len Entwicklungen, sie reichten von Reportagen und Fragen zur Herkunft der Viren aus dem chinesischen Wuhan zum hyperlokalen Bericht über Betroffenheit und konkrete Maßnahmen im eigenen Bezirk, Tal, Dorf.

Radio, in den ersten Corona-Monaten 2020 von etwa jedem:jeder Zweiten als Nachrichtenquelle genutzt, war dabei ein weiterer **relevanter Wegbegleiter**. Die nationalen Leitprogramme wuchsen allerdings im Gegensatz zu zahlreichen TV- und Printmarken kaum über vor der Pandemie übliche Reichweiten hinaus. Der ORF blieb im Hörfunk marktdominant. Information auf Ö3 erreichte in den ersten beiden Corona-Jahren von ersten Interessenshöhepunkten absteigend zwischen 32 % und 23 % der Österreicher:innen als Hörer:innen „in den vergangenen Tagen“. Der an Nachrichteninhalten stärkste journalistische Anker im Hörfunk, Ö1, oszillierte über die Jahre zwischen 7 % und 10 % Publikumsreichweite, auf etwa gleicher Höhe wie Kronehit, das größte Privatrado (siehe Abb. IX im Online-Anhang).

Solche **Radio-Hörerzahlen** wurden **von Social-Media-Kanälen** ab 2020 **übertroffen**: Facebook erreichte in den ersten beiden Corona-Jahren je nach akuten Themenkonjunkturen bis zu 35 % der Bevölkerung mit Pandemie-Information (siehe Abb. X im Online-Anhang). Von jenen in Österreich lebenden Menschen über 50 Jahre, die Social-Media-Kanäle nutzen, war Facebook für vier Fünftel der zentrale Kanal des COVID-19-Interesses. Instagram wiederum bediente fluktuierend zwischen 9 % und 14 % der Menschen mit Corona-Nachrichten, darunter aber fast drei

Viertel der österreichischen Social-Media-Nutzer:innen unter 30 Jahren (siehe Abb. XI im Online-Anhang).

Als ein zentraler Befund zur Relevanz verschiedener Pandemie-Nachrichtenquellen kann also festgehalten werden, dass in der ersten Pandemiephase sehr rasch eine starke Informationsbeschaffung über Legacy Media, die traditionellen Nachrichtenmarken, stattfand – auch bei jungem Publikum, das in den Jahren davor linearem Rundfunk und Printmedien systematisch verloren gegangen war.

Auch in Österreich wurde ein „**rallying around the flag**“ als gesellschaftliche Reaktion auf die Pandemie in deren ersten Wochen festgestellt und im Mediennutzungsverhalten sichtbar. Der Boom des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als „objektiver“ Berichterstatte und zugleich als zentraler Präsentator der Regierungsmaßnahmen kann unter diesem Aspekt diskutiert werden. Erste Studien zu Online-Diskursen in den meistgenutzten Foren von Printmarken, auf krone.at und derstandard.at, weisen zudem auf eine ebensolche emotionale Zustimmung zur Unterstützung der Regierung in der akut krisenhaften Situation in den ersten Pandemienmonaten 2020 hin (Eisele et al., 2022).

Gleichzeitig bildet sich in den Nutzungsdaten die **digitale Transformation von Medienproduktion und -rezeption** ab. So verzeichneten jene Printmedien – wenigstens temporär – deutlichen Userzuwachs, die online offensiv positioniert waren, auf vielen Kanälen Informationsangebote machten, Pandemiedaten gut visualisierten, „Nachrichten-Ticker“ einrichteten, dazu Userforen moderierten etc. Die insgesamt als (Print/Online-)Marken mit Pandemie-Informationen

Für wie glaubwürdig halten Sie die Nachrichten über das Coronavirus/ die COVID-19-Erkrankung in diesem Medium/dieser Informationsquelle?

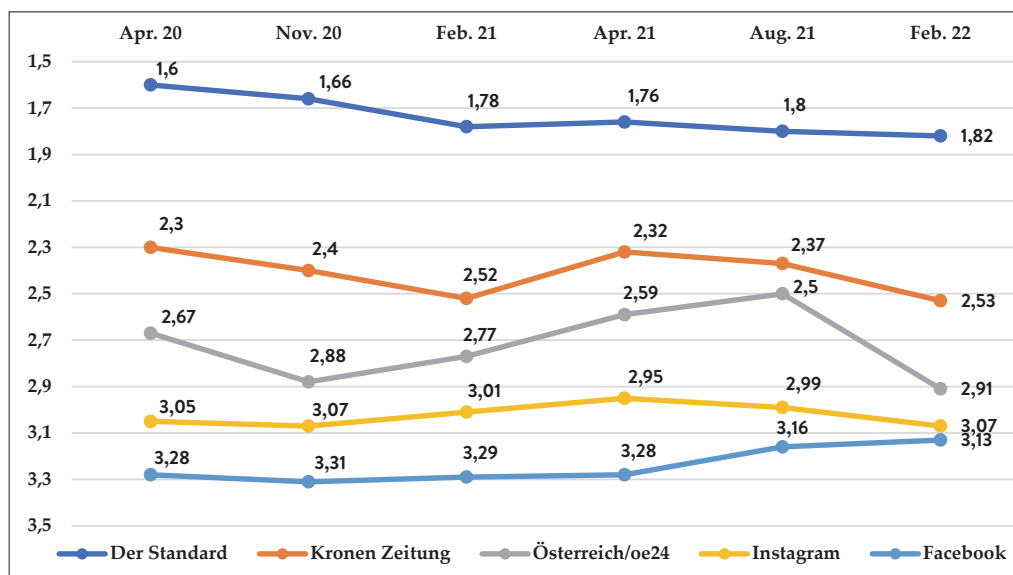


Abbildung 4: Durchschnittswerte, Skala: 1 = sehr glaubwürdig, 5 = überhaupt nicht glaubwürdig. Basis: Haben Sie dieses Medium/diese Informationsquelle genutzt, um sich über Corona zu informieren: n = Der Standard/Kronen Zeitung/Österreich bzw. oe24/Instagram/Facebook: 207/347/116/90/205 (April 2020), 163/280/127/99/272 (November 2020), 186/311/111/107/208 (Februar 2021), 215/340/141/140/285 (April 2021), 152/314/111/105/177 (August 2021), 162/310/117/135/226 (Februar 2022). Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut/Medienhaus Wien

on reichweitenstärksten Kronen Zeitung/krone.at und Der Standard/derstandard.at verzeichneten dabei in den ersten beiden Pandemie Jahren bei ihrem Publikum im Verlauf jeweils ebenso leichte Verluste an „Glaubwürdigkeit“ ihrer Berichterstattung wie traditionelle Medienmarken schlechthin. Stetig war der Befund, dass die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung der Qualitätstitel und der Regionalzeitungen von deren Publikum ein gutes Stück höher eingeschätzt wurde als jene des Marktleaders Kronen Zeitung und sehr viel höher als jene der Gratiszeitungen Heute und der Print- und Onlineversionen von Österreich/oe24. Auch die beiden meistgenutzten Social-Media-Kanäle Facebook und Instagram rangieren in dieser Skala weit dahinter.

Die **Social-Media-Nutzung** zur Corona-Information war also hoch, blieb aber **quantitativ** im Bevölkerungsdurchschnitt doch **hinter** der von **etablierten journalistischen Medienorganisationen** und weit **weniger vertrauenswürdig**. Die Nutzung war generational unterschiedlich (siehe Abb. XI im Online-Anhang). Wenn etwa während der Befragung im Februar 2022 – am Höhepunkt der Impfdiskussionen – rund ein Drittel der Menschen Social-Media-Kanäle als Quelle nannte, verteilte sich das sehr ungleich nach Alter: Für Menschen unter 30 war Instagram klar dominierend, für alle Älteren war es Facebook. Zugleich fehlen jedoch Studien, welche Inhalte in Österreich dabei vor allem wahrgenommen wurden.

Die **Corona-Berichterstattung verlor mit Jahreswechsel 2022/23 erheblich an Bedeutung**. Für nur wenige Medienmarken auf Traditionskanälen – lineares TV, Hörfunk, Printmedien – war nach dem Interessen-Boom für ihre spezifischen Nachrichtenangebote während der Pandemie ein Mitnahmeeffekt post Corona für die Leserschaft (Media-Analyse 2022/23) und die Zuseherzahlen (etwa in Teletest 2023, Oktober) zu registrieren. Medientitel, die ihre Wahrnehmung über die ersten beiden Pandemiejahre hinaus weiter ausbauen konnten, waren etwa Der Standard und ServusTV.

3.3 VON INFORMATIONSIÜBERFLUTUNG ZUR NACHRICHTENVERWEIGERUNG: DIE WACHSENDE SKEPSIS GEGENÜBER MEDIEN UND JOURNALISMUS

Als die zweite Corona-Befragungswelle von Gallup und Medienhaus Wien am 8. und 9. April 2020 ins Feld ging, durften Supermärkte seit einigen Tagen nur noch mit Mund-Nasen-Schutz betreten werden, drei „harte“ Lockdown-Wochen waren absolviert, es zeichnete sich aber eine baldige Lockerung der Ausgeh- und Arbeitsregeln ab. Die **Medienperformance** zur Pandemie-Berichterstattung in Österreich wurde in dieser Frühphase von der Bevölkerung in besonders **günstigem Licht** gesehen: Sie hätte „geholfen, die Gefahren zu erkennen und die Krise einzudämmen“, bejahten 31 % der Befragten ganz generell, weitere 56 % meinten, das sei von den jeweiligen Marken abhängig „teils, teils“ der Fall gewesen, nur 11 % sagten: „Die Medien haben Panik verbreitet und maßgeblich zur Eskalation der Krise beige-

tragen.“ So überwiegend positiv wurde der journalistische Beitrag zum Pandemie-Verständnis in Österreich nie wieder bewertet. Ab Herbst 2020 **kippte die Stimmungslage** (siehe Abb. XII im Online-Anhang). Der Anteil jener Menschen, die **Medien als Corona-Panikmacher** erlebten, stieg ab Oktober 2020 über 20 %. In dieser Phase von Maskenpflicht, Corona-Tests in den Schulen, einer Statistik-Austria-Ankündigung des größten Einbruchs der Wirtschaft seit dem 2. Weltkrieg sahen erstmals mehr Menschen (21 %) die Medien als „Panikmacher“ denn als Krisenhelfer (nur 17 %). Mit etwas Fluktuation blieb das in Folge eine Grundstimmung: Während etwa eine Hälfte der Bevölkerung die Krisenkommunikation der Medien je nach Typen und persönlich präferierten Marken differenziert beurteilte, wuchs der Anteil derjenigen, die dachten, dass Österreichs Medien zur Eskalation der Krise beigetragen hätten. Drei Jahre nach Beginn der Pandemie, im Februar 2023, bejahten das in ihrer persönlichen Corona-Bilanz 31 % der Bevölkerung.

Die wachsende Skepsis gegenüber der journalistischen Leistung trug auch zur **wachsenden Zahl der Corona-News-Avoider** bei. Schon als im November 2020 erstmals danach gefragt wurde, erklärten 35 % der Befragten, dass sie (sehr) häufig Corona-Nachrichten „aktiv meiden“ würden (siehe Abb. XIII im Online-Anhang). Ab 2022 waren es dann schon mehr als 40 %.

Solche Verweigerung war deutlich höher als jene generelle „Nachrichtenverweigerung“, wie sie schon davor in Österreich erhoben worden war. Im Digital News Report 2019, dem letzten vor der Pandemie (Gadringer et al., 2019), erklärten 6,2 % der Bevölkerung einen häufigen „aktiven Verzicht auf Nachrichten“, weitere 24,2 % einen gelegentlichen. Mehr als ein Drittel der Befragten sagte dementsprechend aber ausdrücklich, „nie“ auf aktuelle Nachrichten verzichten zu wollen. Corona ließ dann ab 2020, so zeigen die Befragungen, die (bewusste) News-Avoidance in die Höhe schnellen. Die Begründungen dafür verändern sich im Zeitverlauf (siehe Abb. 5): Unter all jenen, die (zumindest gelegentlich) Pandemie-Nachrichten bewusst umgehen, war im Jahr 2020 das Hauptmotiv (für 45%) noch Informationsüberflutung und die Schwierigkeit, „den Überblick zu behalten und die wirklich wichtigen Informationen zu erhalten“. Dieser erste Rückzug von Corona-Informationen wegen gefühlter Überfülle der Berichterstattung wurde im Pandemieverlauf weniger, dagegen stieg das **allgemeine Misstrauen gegenüber den Medien** als Motiv der Nachrichtenverweigerung von ursprünglich nur 14 % auf rund ein Viertel der Befragten ab Ende 2021. Zugleich gab es vermehrt inhaltliche Kritik: Die Nachrichten wären „einseitig und oberflächlich“, stellten deutlich mehr als ein Drittel der befragten Corona-News-Verweiger:innen ebenfalls ab Ende 2021 fest. Kontinuierlich wuchs die emotionale Belastung durch Pandemie-Nachrichten. Diese „beeinträchtigen mein psychisches Wohlbefinden“, sagten im November 2021 bereits 40 % jener, die abschalteten oder umblättern, sobald Corona im Titel vorkam.

Warum versuchen Sie, die Corona-Nachrichten zu meiden?

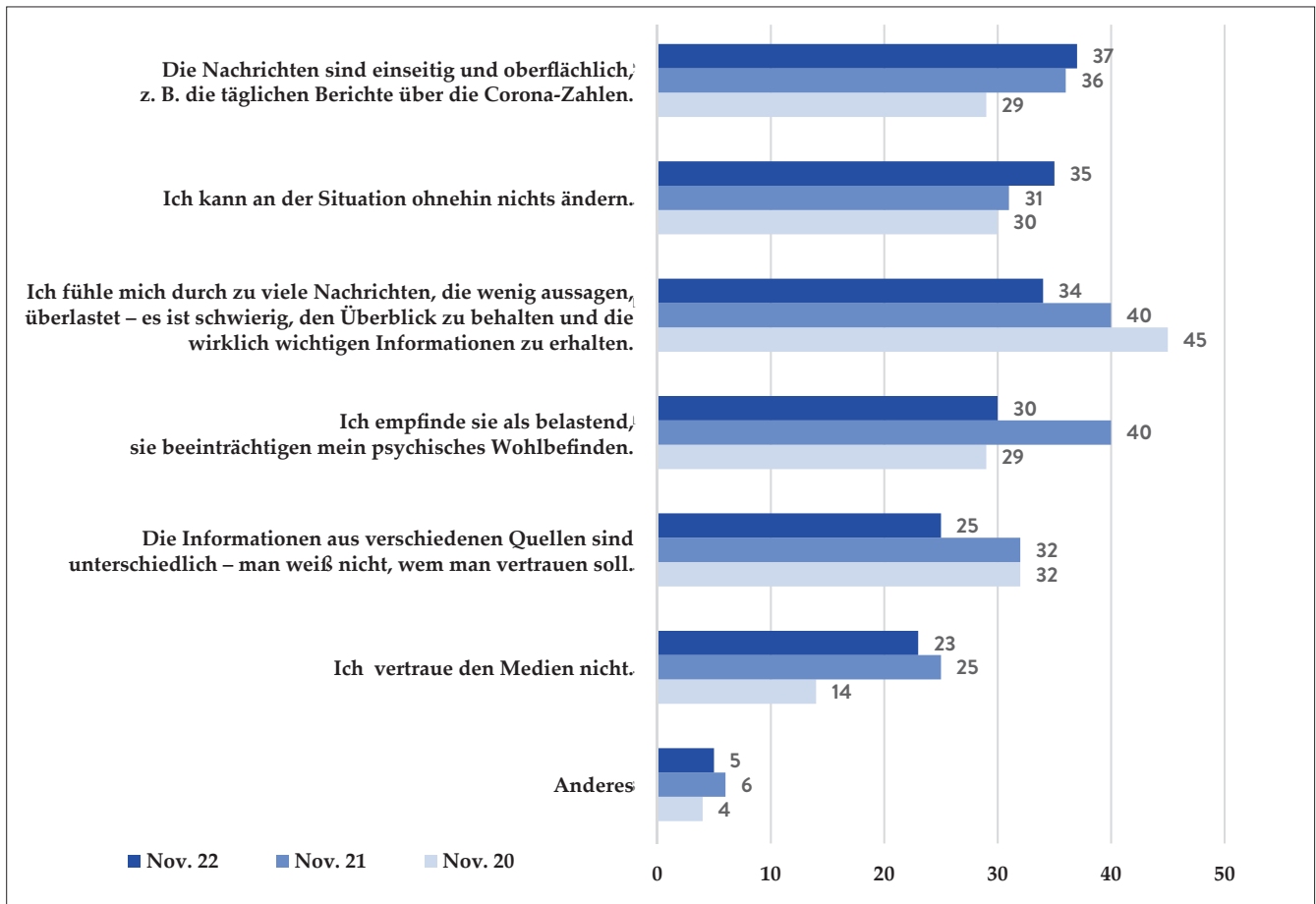


Abbildung 5: Basis: Meiden Corona-Nachrichten zumindest gelegentlich. %-Werte, n = 809 (November 2020), 840 (November 2021), 793 (November 2022).
Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut/Medienhaus Wien

Starke **Frustration und Resignation** wurden in der gesamten Bevölkerung deutlich, als Österreichs Journalismus immer öfter über ein Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps berichtete, als Triage in manchen Spitälern vorbereitet wurde und zwei Drittel der Befragten außerdem sagten, ihr persönliches Leben hätte sich seit der Pandemie wahrnehmbar verschlechtert. In der Befragung zeigten sich zuerst wachsende **ökonomische Existenzängste**, diese wurden bald als manifeste finanzielle Schwierigkeiten beschrieben. In der Befragungswelle im November 2021, fünf Tage nach der Ankündigung eines neuerlichen Lockdowns und einer geplanten Impfpflicht, erklärten 31 % der Befragten, also fast ein Drittel, dass ihr Haushaltseinkommen gesunken sei. Jede:r Achte meinte, dass ganz individuell „ein wichtiger Teil des Einkommens verloren“ gegangen wäre. In einem solchen Konglomerat aus gesundheitlichen und ökonomischen Ängsten und unmittelbar spürbaren Auswirkungen der Krise

ist (weiter) wachsende Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung erklärbar.

Eine **Division der Gesellschaft** wurde entlang soziodemografischer Merkmale deutlich: Vor allem Menschen in mittleren Altersgruppen, etwa zwischen 30 und 50 Jahren, Arbeiter:innen und solche, die sich nach Eigendefinition als „Unterschicht“ oder „mittlere Unterschicht“ charakterisierten, präsentierten sich als Verlierer:innen der Pandemie und zugleich schärfste Kritiker:innen der Regierung – und der Traditionsmedien. Sogar fast die Hälfte jener Befragten, die eine „Nähe“ zur ÖVP als größerer Koalitionspartei in den Befragungen deklarierten, konnte Ende 2021 der Aussage, die Corona-Regierungspolitik sei richtig, nicht (mehr) zustimmen. Unter den Sympathisant:innen des kleineren Koalitionspartners, den Grünen, lehnten Ende 2021 sogar mehr als zwei Drittel die Entscheidungen der Bundesregierung ab. Unter FPÖ-Sympathisant:innen war gerade einmal jede:r Zwanzigste mit der Regierungsarbeit einverstanden.

3.4 SYMBIOTISCHER VERTRAUENSVERLUST: DER IMAGEWANDEL VON POLITIK UND MEDIEN IN DER KRISENKOMMUNIKATION

Mehr und vertiefende qualitative Inhaltsanalysen zur Informationsleistung österreichischer Medien während der Pandemie sind ein Forschungsdesiderat. Aber schon Momentaufnahmen der Titelsprache an Kreuzungspunkten geben klare Hinweise, warum die Corona-Kommunikation von Regierung und jene von gerade den größten Medien des Landes oft symbiotisch wahrgenommen werden konnten. Einen **Diskurs-Wendepunkt** illustriert hierbei die Rede von Bundeskanzler Sebastian Kurz am 28. August 2020,² in der er „Licht am Ende Tunnels“ sah. Die Rede wurde mit großem Aufwand in Printausgaben, online und TV von Österreich/oe24 mit Livetickern ab dem Vortag, Übertragung des Auftritts und Textwiedergabe der Rede im Wortlaut begleitet. Die sehr dichte crossmediale Inszenierung mündete in einem Titel-Fazit der Gratiszeitung zur Kanzler-Erklärung: „Die Krise wird uns nicht aufhalten.“³ Die noch etwas reichweitenstärkere Gratiszeitung Heute lobte den Regierungschef als richtungsweisend: „Kanzler sagt, wie wir zur ‚Normalität‘ zurückkehren.“⁴ Das reichweitenstärkste Informationsmedium, der ORF, hatte in den Titel seiner Berichterstattung die Metapher vom „Licht am Ende des Tunnels“⁵ in Headlines oder auch „Analysen“ des Innenpolitik-Leiters übernommen. Diese Narration behielt die Kronen Zeitung auch noch zwei Monate danach, am 18. Oktober 2020, als Titelseite nach einem Interview mit Sebastian Kurz bei – während gleichzeitig die bis dahin höchsten Ansteckungs- und Letalitätsraten durch Corona bereits vorlagen: „Kurz: Lage ernst, aber Licht am Ende des Tunnels.“⁶

Diese als **Parallelschlalom** von reichweitenstarkem Boulevard und öffentlich-rechtlichem Rundfunk wahrnehmbare Pandemie-Kommunikation der ersten Monate ließ die anfangs positive Stimmungslage in der Bevölkerung gegenüber Regierungspolitik und das Vertrauen in das Mediensystem ebenso parallel laufend kippen. Im Oktober 2021, im Gefolge der innenpolitischen „Inseratenaffäre“, die zum Rücktritt von Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel führte, erreichte das Image des österreichischen Journalismus einen Tiefpunkt: 21 % der Befragten glaubten, „man kann alle privaten Medien einfach ‚kaufen‘, damit ihre Journalist:innen berichten, was man will“. Weitere 36 % glaubten das von der Berichterstattung „in den meisten pri-

vaten Medien“. Jene Menschen in Österreich, welche die meisten Medien für käuflich hielten, bewerteten auch die Regierungspolitik zu Corona besonders schlecht. Es wurde hier offensichtlich eine stark **symbiotische Beziehung von Regierung und Medien** angenommen. Die Befragungen im Februar 2022 und Februar 2023, zwei bzw. drei Jahre nach Corona-Beginn, mit retrospektiven Bewertungen, bei welchen Institutionen und Berufsgruppen sich während der Pandemie der persönliche Eindruck verbessert oder verschlechtert hätte, dokumentierten solche Image-Entwicklungen (siehe Abb. 6).

Klassische Medien (Radio, TV, Printmedien) **verloren sehr deutlich an Sympathie**, Social Media (Facebook, Instagram, YouTube etc.) noch mehr. Bei politischen Institutionen wie EU oder auch Landesregierungen war die Dimension des verschlechterten Eindrucks während der Pandemie ähnlich hoch. Die Performance der Bundesregierung wurde als nachgerade desaströs kommentiert: Ihr gegenüber hatte sich der persönliche Eindruck bis Anfang 2022, in zwei Corona-Jahren, bei zwei Dritteln der Bevölkerung verschlechtert und bei gerade einmal 3 %, also etwa jedem:jeder 30., verbessert. Während damit Journalist:innen und Politiker:innen Schlusslichter im Pandemie-Leistungsspektrum wurden, hielten Wissenschaftler:innen mit Corona-Expertise, Ärzt:innen und Krankenpflegepersonal eine leicht positive oder zumindest ausgeglichene Bilanz.

Das Vertrauen in die Berichterstattung der traditionellen Medien war dann auch im längeren Corona-Rückblick in der Drei-Jahres-Bilanz-Befragung im Februar 2023 gering (siehe Abb. XV und XVII im Online-Anhang). In dieser Beurteilung sind kaum Gender-Differenzen feststellbar, aber generational valide Unterschiede (siehe dazu Abb. XVI im Online-Anhang). Vor allem Menschen im Alter zwischen 30 und 50 Jahren, jene in Familien mit Kindern lebend, die nach Selbstbeschreibung besonders stark ökonomisch von der Pandemie geschädigt wurden, stellten den österreichischen Medien ein schlechteres Zeugnis aus als jüngere und ältere Bevölkerungsgruppen. Die **Kritik an der Kritikfähigkeit** des österreichischen Journalismus gegenüber Regierung, Parteien und Interessengruppen wurde bei diesen Befragten in der Lebensmitte besonders deutlich.

3.5 MEDIENTITEL UND POLARISIERUNG: DIE IMPFDEBATTE ALS DISTINKTIONSMERKMAL FÜR PUBLIKUM – UND PRODUZENT:INNEN

Besonders klare Unterschiede bei der Beurteilung der Pandemielagen wurden im Kontext der Corona-Impfungen deutlich. Wie in der Teilstudie 1 von Melischek und Seethaler dargestellt, hat die COVID-19-Krise (politische) Polarisierung, die lange vorhanden war, zwar wohl nicht zusätzlich befeuert, aber öffentlich sichtbar gemacht. Teils sehr gegensätzliche Positionen zu Impfungen, so zei-

2 Redeaufzeichnung abrufbar unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=718345098720197> (30.11.2023)

3 <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/kurz-die-krise-wird-uns-nicht-aufhalten/443887910> (30.11.2023)

4 <https://www.heute.at/s/kurz-rede-zur-lage-der-nation-uns-stehen-schwierige-monate-bevor-100099158> (30.11.2023)

5 <https://orf.at/stories/3179146/> (30.11.2023)

6 <https://www.krone.at/2255495> (30.11.2023)

Hat sich Ihr Eindruck von den folgenden Institutionen und Berufsgruppen durch die Corona-Krise in den vergangenen zwei bzw. drei Jahren verbessert oder verschlechtert? Oder ist er gleich geblieben?

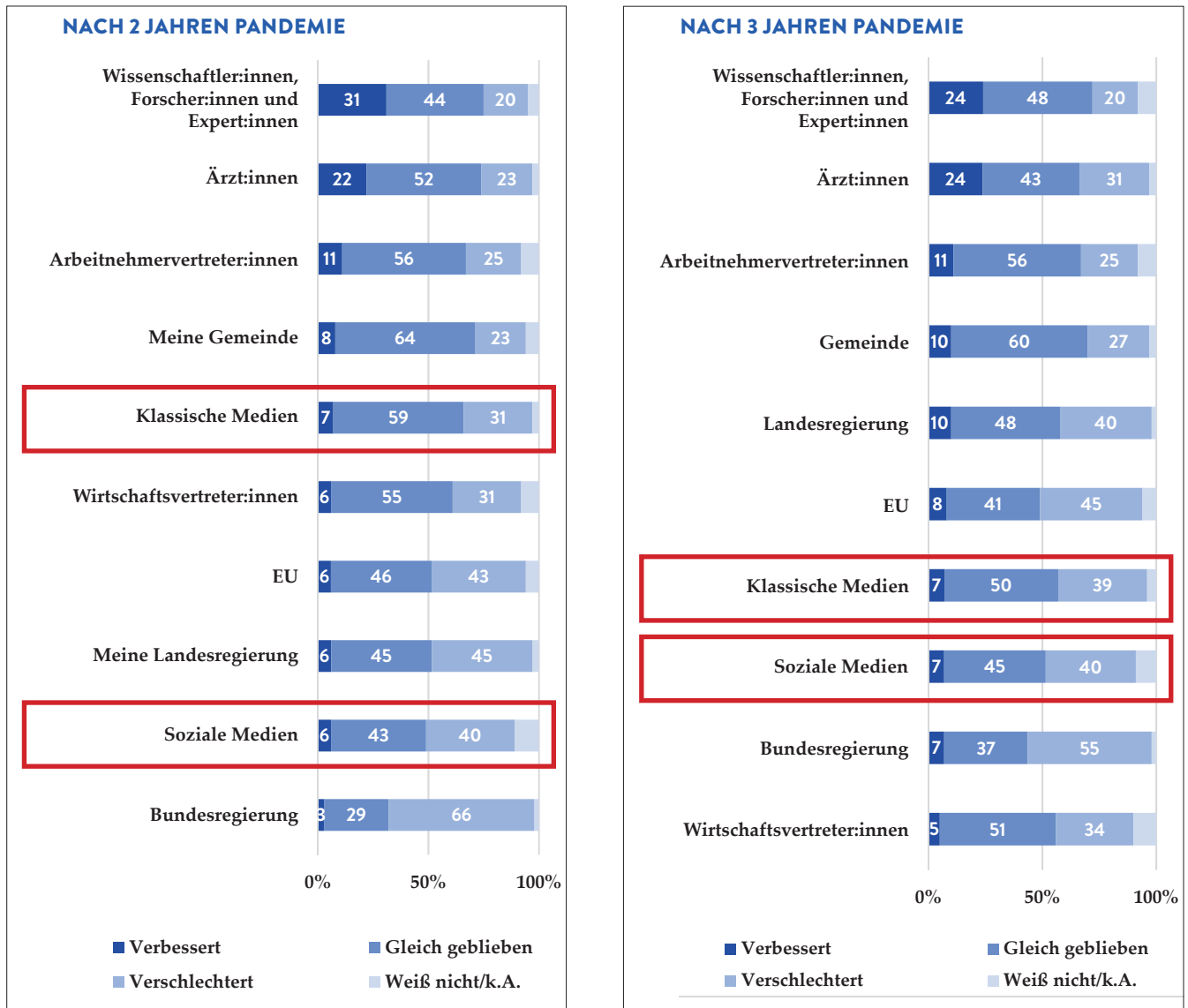


Abbildung 6: Befragungszeiträume: 14.–17. Februar 2022 bzw. 15.–20. Februar 2023. %-Werte, n = 1.000. Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut/Medienhaus Wien

gen auch Auswertungen mit Eurobarometer-Daten, gab es schon 2019, vor Corona. Die Nutzung von bestimmten Medientiteln konnte in der Pandemie aber dann jedenfalls sehr deutlich eigene Pandemie-Positionen verstärken, wie Arendt et al. (2022) nach vergleichender Inhaltsanalyse von stark personalisierten, kommentierenden Programmteilen von ServusTV (von Intendant Ferdinand Wegscheider) und solchen des ORF (von Wissenschafts-Ressortleiter Günther Mayr) und anhand einer darauf Bezug nehmenden Publikumsbefragung zeigen. Klare Differenzen wurden auch in unserem Gallup-Panel, bei den Befragungen des Publikums

der beiden Sender, evident. Ihr jeweiliges Stammpublikum brachte Anfang 2020 in Sachen Corona-Berichterstattung beiden TV-Angeboten sehr hohes Vertrauen entgegen (ORF: Note 1,7, ServusTV Note 1,72) – mit kontinuierlich etwas Verlust in den folgenden beiden Jahren. Unterschiedlich entwickelten sich aber die Nutzungszahlen der beiden TV-Sender: Während der ORF von seinen Rekordreichweiten im Jahr 2020 als Corona-Informationsquelle für gut 80 % der Bevölkerung auf 57,8 % im Jahr 2022 fiel, konnte ServusTV eine Reichweite von über 20 % als Informationsquelle „der vergangenen Tage“ zu Pandemie-Fragen im Corona-Ver-

lauf erzielen und damit weitgehend stabil bleiben. Die Detailanalyse zeigt dabei eine systematische anteilige Zunahme von ServusTV-Zuseher:innen, die eher bereit waren, die Existenz von Corona generell in Frage zu stellen, die den Maßnahmen der Regierung besonders kritisch gegenüberstanden und die insbesondere gegen Lockdowns und andere individuelle Freiheitsbeschränkungen besonders hohe Vorbehalte hatten. Zum Zeitpunkt der besonders aufgeheizten Corona-Impfdebatte im Februar 2022, als die Impfpflicht eben beschlossen war, aber Modalitäten unklar blieben und Impferweigerung faktisch nicht exekutiert wurde, erklärten in der Befragungswelle 18 % der österreichischen Bevölkerung jedenfalls ServusTV zu einer ihrer drei wichtigsten Corona-Medieninformationsquellen. Hinter dem als Informationsanker weiter dominierenden ORF (45 %) hat damit der TV-Sender der Red-Bull-Gruppe mehr Nennungen als individuell „wichtigste“ Corona-Informationsquelle als alle sonstigen Sender, Printmedien und Social-Media-Kanäle. Der Vergleich der **Zusammensetzung des Publikums** der beiden führenden TV-Sender **ORF und ServusTV** bei den Positionen zum Thema Corona-Impfung zeigt dann **eklatante Unterschiede**.

Im Februar 2022 hatten nach den Angaben der Statistik Austria 69 % der Bevölkerung ein gültiges Impfbzertifikat (Statistik Austria 2022). Das stimmte mit dem Anteil der Geimpften/Genesen im Gallup-Panel (70 %) bei der Befragungswelle zu diesem besonders kritischen Impfdebatte-Zeitpunkt fast exakt überein. Weitere 10 % erklärten damals, allenfalls „impfbereit“ zu sein, 18 % lehnten eine Corona-Impfung grundsätzlich ab. Unter jenen **Menschen, die regelmäßig TV-Berichte zur Pandemie konsumierten**, war die **Impfablehnung** allerdings ein gutes Stück **geringer** (13 %). Von jenen rund 58 % aller Befragten, die in den Vortagen der Februar-Erhebung 2022 ORF-Corona-Berichterstattung gesehen hatten, waren wiederum nur 9 % kate-

gorisch gegen eine Impfung. Anders bei ServusTV, das mit seiner Coverage und zahlreichen Diskussionen zur Pandemie rund 23 % der Bevölkerung über 16 Jahre erreichte. Von diesen erklärten 22 %, dass sie eine Corona-Impfung eindeutig ablehnen (siehe Abb. 7). Allgemeiner betrachtet: Obwohl ServusTV in der nationalen Marktanteilmessung für sein Gesamtprogramm 2022 laut Teletest nur etwa ein Achtel des Publikums der ORF-TV-Kanäle erreichte (Teletest, 2022), gelangte es in der heißesten Phase der Impfdebatten mit seiner Corona-Berichterstattung, linear und online, auf etwa 40 % der Reichweite des öffentlichen Rundfunks. Vor den Bildschirmen, an PCs und Smartphones erreichte der Red-Bull-Sender damit in absoluten Zahlen sogar knapp mehr Impferweiger:innen als der ORF.

Im Printsektor zeigte Österreich/oe24, das online zu Corona-Themen stark auch seine TV-Sendungen und -Diskussionen auf oe24.tv einband und Bewegtbild-Clips via Social-Media-Kanäle vermarktete, in der Verschiebung der Corona-Impfakzeptanz eine zu ServusTV vergleichbare Entwicklung: Der Anteil der Gegner:innen und Pandemie-Skeptiker:innen im Publikum stieg kontinuierlich. Die Printprodukte von Österreich/oe24 – weit überwiegend als Gratiszeitung und damit zu Pandemiephasen mit weniger Publikumsmobilität weniger leicht im Straßenvertrieb zu verschenken – erlebten parallel aber insgesamt einen Publikumsrückgang, von 2020 bis 2022 auch in den allgemeinen Reichweitzahlen der österreichischen Media-Analyse (von 7,5 % auf 6,1 % nationale Reichweite) (Media-Analyse, 2020, 2022/23). In den Befragungen zur Glaubwürdigkeitswahrnehmung der Corona-Berichterstattung durch das jeweils eigene Publikum der Medientitel verzeichnete Österreich/oe24, ausgehend von deutlich niedrigeren Vertrauenswerten als Kaufzeitungen, zusätzlich starke Vertrauensverluste im Pandemieverlauf. Wie weit dies ab Ende 2021 vorrangig mit der Pandemie-Berichterstattung zu tun hatte oder mit

In Österreich wird seit Ende 2020 gegen Corona (COVID-19) geimpft. Werden Sie sich impfen lassen?

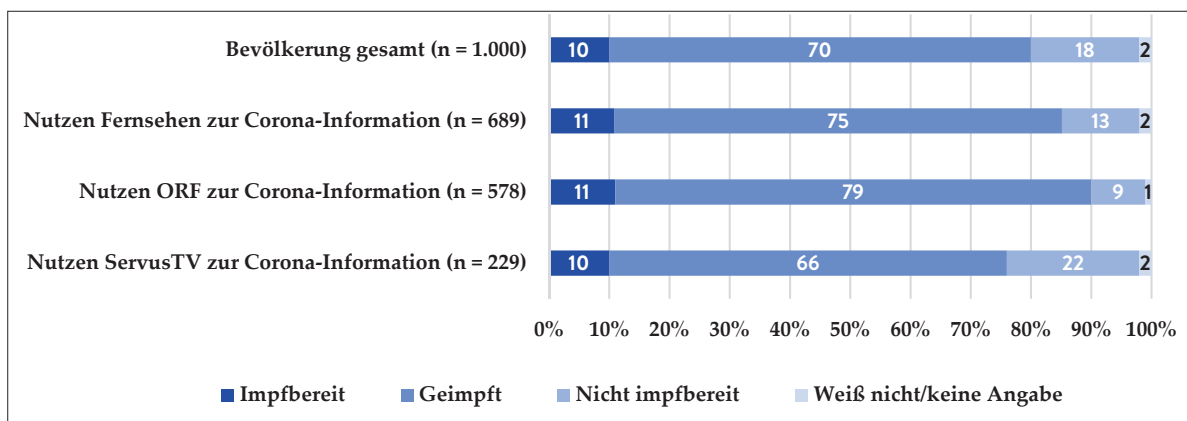


Abbildung 7: Befragungszeitraum: 14.–17. Februar 2022. %-Werte. Quelle: Das Österreichische Gallup-Institut/Medienhaus Wien

der bekannt gewordenen Involvierung der Mediengruppe Österreich in jene Korruptionsermittlungen der Staatsanwaltschaft, vulgo „Inseratenaffäre“, die zum Rücktritt des Bundeskanzlers und in Folge des Finanzministers und der Landwirtschaftsministerin führten, ist allerdings schwer abgrenzbar. Beim **Österreich/oe24-Publikum** wurde also das **Konzentrat an Impfgegner:innen und Corona-Skeptiker:innen** im schrumpfenden Publikum stärker. Beim größeren Nachrichtenzentrum dieser Gruppen, bei ServusTV, konnte dagegen ein deutlicher Zuwachs bei den TV-Marktanteilen erzielt werden. Auch mit seinem linearen TV positionierte sich der Sender als stärkstes österreichisches Privat-TV-Angebot und überholte die davor führenden Sender Puls4 und ATV der ProSiebenSat.1-Mediengruppe (Teletest, 2022). Es ist sehr plausibel, dass dieser Reichweitenerfolg (auch und insbesondere) ein Ergebnis der spezifischen Corona-Linie des Senders ist.

Es war sohin im Zeitverlauf nicht nur ein Vertrauensverlust des Publikums in die Pandemie-Berichterstattung ganz generell festzustellen, sondern auch eine **Ausdifferenzierung bei der Nutzung der Medientitel nach persönlichen Corona-Einschätzungen** der jeweiligen Rezipient:innen. Am augenscheinlichsten wird das in den Daten während der Diskussionen zur Impfpflicht, bei der sich ein wachsender Teil der vehementen Gegner:innen entweder ganz von traditionellem Medienkonsum abwandte oder in nur wenigen Titeln, wie ServusTV, einen Heimathafen suchte.

4. ZUSAMMENFASSUNG UND KONKLUSIONEN

Die **Kommunikationsleistung** österreichischer Medienhäuser wurde in den verschiedenen Phasen der Corona-Pandemie vom Publikum sehr **unterschiedlich wahrgenommen**. Nutzungsintensität und Beurteilung der journalistischen Leistungen der Krisenkommunikation sind zugleich Ausdruck einer Medienlandschaft, die selbst unter großem Druck in einer Transitionsphase auf eine neue, unerwartete Herausforderung reagieren musste.

Sehr rasch, unmittelbar ab dem ersten Lockdown im März 2020, fanden die Menschen dabei in Österreich zu etablierten Medientiteln auf allen Verbreitungskanälen. Auch jüngeres Publikum, das sich sonst von Printmedien oder linearem TV systematisch zurückzieht, zeigte großes Interesse an der Pandemie-Berichterstattung von Legacy Media. Dies ist Hinweis auf eine (noch) **generationenübergreifende Vertrautheit mit etablierten Medienmarken** und deren Journalismus.

Sehr große Reichweiten vor allem in den ersten Pandemienmonaten waren Ausdruck einer „**Glokalisierung**“ der **Publikumsinteressen** in der Krise, die globale und nationale Pandemie-Fragen mit umfangreicher Nachrichtensuche zu den unmittelbaren lokalen Auswirkungen von Corona verband. Erfolgreiche Ausweitungen des Publikums erzielten dabei vor allem Medientitel, die schon vor der Pandemie eine starke Online- und Social-Media-Präsenz erreicht

hatten. Rekordreichweiten, wo mehr als 80 % der Bevölkerung (vor allem öffentlich-rechtliches) Fernsehen für Corona-Information nützten und zeitungsbasierende Inhalte (bei einigen Titeln überwiegend online) bis zu zwei Drittel der Bevölkerung erreichten, gingen in den Folgejahren bei den meisten Traditionsmarken aber wieder zurück.

Das schon vor Corona latent vorhandene Phänomen einer **News-Avoidance**, also der bewussten Verweigerung, sich mit aktuellen Nachrichten auseinanderzusetzen, **wuchs** im Pandemieverlauf kontinuierlich. Anfang 2022 gaben bereits mehr als 40 % der Bevölkerung an, Corona-Nachrichten (sehr) häufig bewusst zu meiden. Die Motive dafür stehen im Einklang mit einem anderen generellen Trend der Bewertung der Kommunikationsleistungen: Einer anfangs starken Desorientierung in der (Über-)Fülle an Pandemie-News, die zu individuellem Rückzug führen konnte, folgte eine wachsende Skepsis gegenüber der Glaubwürdigkeit der Medien und des Journalismus. Während vor allem öffentlicher Rundfunk und einzelne Printqualitätsmarken recht günstige Bewertungen ihres jeweiligen Publikums zur Kreditibilität ihrer Pandemie-Berichterstattung bekamen, waren die Nutzer:innen von großen Boulevardmedien und Gratiszeitungen deutlich skeptischer. Ähnlich tief waren die Glaubwürdigkeitsbewertungen der individuell aber dennoch gut besuchten Social-Media-Kanäle.

Der kontinuierliche leichte Imageverlust für praktisch alle etablierten Medientitel bei den eigenen Nutzer:innen wurde im Pandemieverlauf übertroffen durch eine systematisch **wachsende Skepsis gegen Mediensystem und Journalismus** schlechthin. Ab Anfang 2021 überzog der Anteil der Menschen in Österreich, die meinten, Medien hätten „Panik verbreitet“ und „zur Eskalation der Krise beigetragen“, sehr deutlich den Anteil jener, die erklärten, Medien hätten „geholfen, die Gefahren zu erkennen und die Krise einzudämmen“. Diese Erosion des Vertrauens, der Glaubwürdigkeit und der Hoffnung auf Hilfeleistung der Medien lief parallel zur wachsenden Ablehnung der konkreten Corona-Politik und vor allem der Regierungsarbeit. Im Februar 2023, drei Jahre nach offiziellem Pandemiestart, hatte sich für 39 % der Menschen der Eindruck von klassischen Medien, TV, Hörfunk, Print verschlechtert und bei nur 7 % verbessert. Noch desaströser war diese Imagebilanz bei politischen Entscheidungsträger:innen, insbesondere der Bundesregierung, von der 55 % der Befragten einen schlechteren Eindruck hatten (und nur 7 % einen besseren) als vor der Corona-Krise.

Die Daten dokumentieren eine stark als **sympiotisch angenommene Beziehung von Politik und Journalismus**, die sich jeweils auch an neuralgischen Punkten der Pandemie- und Politikentwicklung gut erkennen lässt: Als nach dem Sommer 2020 eine vom Bundeskanzler als „Licht am Ende des Tunnels“ angekündigte Entspannung der Corona-Situation im Gegenteil zu einem Höhepunkt der Pandemiekrise wurde, verfielen nicht nur Regierungsvertrauenswerte, sondern auch jene der Medienhäuser, die als Transporteure

dieser (falschen) Botschaft gesehen wurden. Zum starken Vertrauensverlust in die Medien trugen dann – in der Wirkmächtigkeit nicht von der Einschätzung der Corona-Berichterstattung abgrenzbar – auch jene Korruptionsermittlungen bei, die insbesondere Kanzler Sebastian Kurz und einige seiner engsten Vertrauten betrafen. Journalismus wurde nun noch stärker als Teil eines Beziehungsgeflechts mit Politik verstanden. Das wirkte auch auf die allgemeine Glaubwürdigkeit der aktuellen Pandemie-Berichterstattung.

In der ab Ende 2021 besonders emotional diskutierten Frage der Corona-Impfpflicht wurde eine weitere deutliche Spaltung des Publikums traditioneller Medientitel deutlich: zwischen jenen, die – überproportional nicht impfbereit – Nachrichtenkonsum aus traditionellen Quellen immer öfter verweigerten; jenen, die – zu einem hohen Prozentsatz geimpft – weiter, aber mit wachsender Skepsis den Informationen von Legacy Media auch im dritten Corona-Jahr folgten; und jenen, die sich allenfalls in neuen Kanälen und Foren wiederfanden oder sich auf einzelne Medientitel stärker konzentrierten und limitierten als vor der Pandemie, etwa auf den Red-Bull-Privatsender ServusTV mit einem besonders hohen Anteil an Impfgegner:innen in seinem Publikum.

Zahlreiche Verschiebungen an Marktanteilen erfolgten in dieser Phase besonders herausfordernder Medienproduktion wiewohl auch logisch entlang des unterschiedlichen (digitalen) Transformationstatus von Medienunternehmen und redaktioneller, crossmedialer Möglichkeiten. Neben der Analyse auf umfassender Datenbasis nach drei Jahren Begleitung der Rezeption von medialer Corona-Information in Österreich scheint auch eine Prognose zulässig: Eine **transparente Auseinandersetzung** mit der während der Pandemie in der Bevölkerung deutlich gewachsenen Kritik an der Kritikfähigkeit und mit den steigenden Zweifeln an der (politischen und wirtschaftlichen) Unabhängigkeit der Medien wird für Österreichs Journalismus entscheidend sein.

5. LITERATUR

- Arendt, F., Forrai, M., & Mestas, M. (2022). News Framing and Preference-Based Reinforcement: Evidence from a Real Framing Environment During the COVID-19 Pandemic. *Communication Research*, 50(2), 179–204. DOI: 10.1177/00936502221102104
- Beck, U. (1997). *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Der Standard. (2022). *Digitalkonzerne wie Google und Facebook verdoppelten Werbeumsatz in Österreich*. Abgerufen von <https://www.derstandard.at/story/2000138954272/digitalkonzerne-wie-google-und-facebook-verdoppelten-werbeumsatz-in-oesterreich> (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Eisele, O., Litvyak, O., Brändle, V. K., Balluff, P., Fischeneder, A., Sotirakou, C., Syed Ali, P., & Boomgaarden, H. G. (2022). An Emotional Rally: Exploring Commenters' Responses to Online News Coverage of the COVID-19 Crisis in Austria. *Digital Journalism*, 10(6), 952–975. DOI: 10.1080/21670811.2021.2004552
- Eisenegger, M., Oehmer, F., Udriș, L. & Vogler, D. (2020). Die Qualität der Medienberichterstattung zur Corona-Pandemie. In FÖG (Hrsg.), *Qualität der Medien. Schweiz – Suisse – Svizzera. Jahrbuch 2020* (S. 29–50). Basel: Schwabe.
- Gadringer, S., Holzinger, R., Nening, I., Sparviero, S. & Trapel, J. (2019). *Digital News Report 2019: Network Austria*. Reuters Institute for the Study of Journalism. Abgerufen von https://zenodo.org/record/3228145/files/DNR_2019.pdf?download=1 (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Hasebrink, U. (2008). Das multiple Publikum. Paradoxien im Verhältnis von Journalismus und Mediennutzung. In B. Pörksen, W. Loosen & A. Scholl (Hrsg.), *Paradoxien des Journalismus*. (S. 513–530). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-91816-7_29
- Kaltenbrunner, A. (2021). *Scheinbar transparent. Inserate und Presseförderung der österreichischen Bundesregierung*. Wien: Delta X.
- Kaltenbrunner, A., Fronaschütz, A., & Luef, S. (2021). Sehr konfliktär: Nachrichtennutzung junger RezipientInnen zu Covid-19. *MedienJournal*, 45(2), 35–52.
- Kaltenbrunner, A., Lugschitz, R., Karmasin, M., Luef, S. & Kraus, D. (2020). *Der österreichische Journalismus-Report. Eine empirische Erhebung und eine repräsentative Befragung*. Wien: Facultas.
- Media-Analyse (2020). Abgerufen von <https://www.media-analyse.at/table/3533> (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Media-Analyse (2022/23). Abgerufen von <https://www.media-analyse.at/table/3898> (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Meier, K. & Wyss, V. (2020). Journalismus in der Krise: die fünf Defizite der Corona-Berichterstattung. *Meedia*. Abgerufen von <https://www.meedia.de/publishing/journalismus-in-der-krise-die-fuenf-defizite-der-corona-berichterstattung-b46ac6494b045c357d6a750eab60d6fa> (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Radiotest. (2022). Abgerufen von https://der.orf.at/medienforschung/radio/radiotest2022_4_Radiodaten100.html (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Stark, B., & Magin, M. (Hrsg.). (2009). *Relation: Bd. 3. Die österreichische Medienlandschaft im Umbruch*. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Statistik Austria. (2022). Abgerufen von <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/05/20220222COVID19Impfstatus.pdf> (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Teletest. (2022). Abgerufen von https://teletest.at/show_content.php?sid=95 (letzter Zugriff am 30.11.2023).
- Teletest. (2023). Abgerufen von https://www.agtt.at/show_content.php?sid=93 (letzter Zugriff am 30.11.2023).

TEIL 3

JOURNALISMUS IN DER KRISE

EINE INTERVIEWSTUDIE MIT MEDIENSCHAFFENDEN WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE

TOBIAS EBERWEIN, MARIE RATHMANN UND FLORIAN WOSCHNAGG

Österreichische Akademie der Wissenschaften und Universität Klagenfurt,
Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung

1. EINLEITUNG UND PROBLEMSTELLUNG: DIE PERSPEKTIVE DER MEDIENPRAXIS

Die dritte und letzte Teilstudie zu „Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit“ beschäftigt sich mit der **Leitfrage**, wie journalistische Praktiker:innen die Rolle österreichischer Nachrichtenmedien während der Pandemie und ihren Einfluss auf Prozesse gesellschaftlicher Polarisierung und Integration bewerten. Obwohl Medien und Journalismus in der öffentlichen Debatte über COVID-19 eine zentrale Rolle eingenommen haben, handelt es sich bei dieser Studie um eine der ersten ihrer Art für Österreich.

In der kommunikationswissenschaftlichen Fachliteratur häufen sich derzeit die Stimmen, die in der COVID-19-Pandemie eine Chance zur Ableitung etwaiger Lehren für den Umgang mit anderen krisenhaften Ereignissen, wie beispielsweise der Klimakrise, sehen: „Considering the pandemic as a unique crisis might illicit more insights into the adaptability of journalists during smaller and more time-delineated compounding crises like natural disasters.“ (Perreault & Perreault, 2021, S. 987) An dieser Stelle setzt die vorliegende Studie an, indem die Erkenntnisse aus der ersten und zweiten Teilstudie untermauert und in den Kontext der journalistischen Berufspraxis in Zeiten von Krisen gestellt werden. **Ziel der Forschung** ist es, die gesellschaftlichen Leistungen journalistischer Krisenberichterstattung und mögliche Versäumnisse des österreichischen Journalismus im Zuge der COVID-19-Krise zu identifizieren. Ferner sollen Handlungsoptionen für die Medienpraxis in künftigen Krisenszenarien entwickelt und konkrete Empfehlungen für Dialogprozesse abgeleitet werden.

2. METHODE UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHER HINTERGRUND

Um diese Anliegen zu erreichen, wurden im Juli und August 2023 **zwölf problemzentrierte Interviews** (Witzel, 2000) mit österreichischen Medienpraktiker:innen durchgeführt. Der qualitative Forschungsansatz ermöglicht es, Einblicke in die subjektive Wahrnehmung der interviewten Personen zu erhalten (Lindlof & Taylor, 2011; Meyen, Löblich, Pfaff-

Rüdiger & Riesmeyer, 2019). Mit der Ausnahme eines schriftlichen Interviews haben die via Zoom realisierten Gespräche durchschnittlich 46 Minuten gedauert. Für das Sample wurde die Vielfalt der österreichischen Medienlandschaft bestmöglich in einen **Quotenplan** übersetzt. Dieser diente als Strukturvorlage für die Rekrutierung, damit die unterschiedlichen journalistischen Arbeitsfelder und auch das Geschlechterverhältnis im österreichischen Journalismus möglichst passgenau abgebildet werden konnten. Aktuelle Studien zufolge (Hanitzsch, Seethaler & Wyss, 2020; Kaltenbrunner, Lugschitz, Karmasin, Luef & Kraus, 2020) ist mehr als die Hälfte der österreichischen Journalist:innen hauptsächlich im Printsektor tätig; etwa ein Drittel kann dem Rundfunk zugeordnet werden. Um dem gerecht zu werden, wurden Vertreter:innen von Qualitätspresse, Regionalzeitungen und Boulevardmedien ebenso befragt wie die des öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunks. Auch freie Journalist:innen – unter anderem aus dem Online- und Datenjournalismus – waren Teil des Samples. Da Nachrichtenagenturen eine zentrale Informationsschnittstelle darstellen, wurde zudem eine Stimme von der Austria Presse Agentur (APA) inkludiert. Unter den Befragten waren fünf Frauen und sieben Männer, was der leicht männlich dominierten Geschlechterverteilung in der Grundgesamtheit (59 %) entspricht (Hanitzsch et al., 2020, S. 53).¹

Nicht erst seit der Pandemie durchlaufen das berufliche Rollenverständnis und die professionelle Identität von Journalist:innen einen Wandel, was mitunter technologischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zugeschrieben wird (Hanitzsch et al., 2020, S. 13). Auf der Grundlage einer systematischen Literaturanalyse (siehe auch Hanitzsch & Vos, 2018; Woschnagg, Kaltenbrunner & Karmasin, 2023; Nölleke, Hanusch & Leonhardt, 2022) wurden übergeordnete Themen herausgearbeitet, welche die hier dokumentierte

¹ Für die Ergebnisdarstellung werden individuelle Codes bei Zitaten der Interviewpartner:innen benutzt, die sich aus einer fortlaufenden Nummer (von 01 bis 12) und einem Kürzel für das Geschlecht („w“ für weiblich, „m“ für männlich) zusammensetzen. Zudem wird auf die konkrete Position im jeweiligen Transkript verwiesen. Ein Rückschluss auf das jeweilige Mediensegment ist nicht möglich.

Interviewstudie strukturieren sollten: (1) Journalismus in Krisenzeiten, (2) das Rollenverständnis von Medienpraktiker:innen sowie (3) gesellschaftliche Polarisierung und Integration. Diese Themen wurden mit den Erkenntnissen aus den parallel erarbeiteten Teilstudien verdichtet und in einen **Interviewleitfaden** übersetzt. Zum Gesprächseinstieg wurden die Interviewpartner:innen nach Veränderungen der journalistischen Arbeitsweise in der Anfangszeit sowie im Laufe der Pandemie gefragt. Im Sinne der spezifischen Sondierung lag ein Fokus auf der Rolle von Journalist:innen für die Gesellschaft und der Debatte rund um Glaubwürdigkeit. In weiterer Folge wurden gelungene Dialogprozesse identifiziert und der eigene Beitrag der Gesprächspartner:innen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt erörtert. Abschließend wurden Lehren aus der Pandemie behandelt und in allgemeine Strategien für Krisenberichterstattung übertragen.

Im Folgenden sind die wichtigsten Befunde der Interviewstudie in **zwei Ergebnisblöcken** dargestellt: Zunächst werden zentrale Herausforderungen für den österreichischen Journalismus während der Pandemie diskutiert; im Anschluss daran werden einige mögliche Lösungsansätze reflektiert.

3. ERGEBNISSE 1: HERAUSFORDERUNGEN WÄHREND DER PANDEMIE

3.1 JOURNALISMUS IN KRISENZEITEN

„Es war ein Orkan, der auf einmal über uns hereingebrochen ist. Es hat sich langsam aufgebaut – und dann auf einmal war man mittendrin in einem Informationsstrudel, wo du die ganze Zeit versuchst, neue Informationen zu binden, zu sammeln, zu bewerten, weiterzugeben. (...) Das Arbeiten hat sich eigentlich komplett verändert.“ (04_w, Pos. 9)

Ein Gros der interviewten Journalist:innen hatte vor der Pandemie **nur eine geringe Schnittmenge mit Themen aus Medizin und Wissenschaft** (siehe auch Perreault, Perreault & Mares, 2022, S. 3), doch die Sondersituation machte ein Umdenken notwendig und verlangte von Praktiker:innen aus verschiedensten Ressorts, sich auf den Stand der Wissenschaft einzulassen (02_m, Pos. 15; 10_m, Pos. 17). Die Akteur:innen aus dem tagesaktuellen Nachrichtenjournalismus mussten nach Einschätzung einer Interviewpartnerin binnen kürzester Zeit gewissermaßen selbst zu Expert:innen werden (11_w, Pos. 13). Die föderalen Unterschiede bei der Coronapolitik und den diesbezüglichen Kennzahlen hätten die journalistische Arbeit weiter erschwert (12_w, Pos. 22; 11_w, Pos. 13; 08_m, Pos. 16; 10_m, Pos. 11).

Ein Befragter führte umfangreich aus, dass ein **Austausch mit Behörden und Ministerien nur eingeschränkt möglich** gewesen sei und relevante Daten sowie fachliche Begründungen für Verordnungen von den Entscheidungsträger:innen zurückgehalten worden wären (10_m, Pos. 9, 11, 61, 63, 81 und 85) – umso wichtiger wurde für ihn der informelle

Austausch mit Kolleg:innen (10_m, Pos. 11 und 85). Solche Netzwerke waren einer anderen Befragten zufolge auch für den Kontakt mit Expert:innen unerlässlich (04_w, Pos. 9).

Doch nicht nur die Journalist:innen wurden beansprucht. Auch die **Schwierigkeit einer angemessenen Informationsvermittlung durch wissenschaftliche Expert:innen** wurde in den Interviews wiederholt problematisiert. Wissenschaft sei einigen Gesprächspartner:innen zufolge kein abgeschlossener Prozess (06_w, Pos. 15; 08_m, Pos. 20 und 77), und die Aussagen von Wissenschaftler:innen wurden mitunter als ambivalent wahrgenommen (12_w, Pos. 22). Das könne in der Bevölkerung zu Verunsicherung führen:

„Mein Eindruck war, dass es für viele Menschen massiv irritierend war, dass es von Seiten der Wissenschaft (...) keine klaren, unbestrittenen und sich nicht mehr verändernden Ansagen gegeben hat – und das hat, glaube ich, bei großen Teilen der Bevölkerung zu einer massiven (...) Verunsicherung geführt und dann auch eine Debatte befeuert, die bis in die Wissenschaftsfeindlichkeit hineingegangen ist.“ (12_w, Pos. 28)

In ihrer Arbeit zur Risikokommunikation bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie beziehen sich Loss et al. (2021) auf die sogenannte *mental noise theory* (Minamyer, 2008, S. 180). Diese besagt, dass die Fähigkeit der Informationsverarbeitung von Rezipient:innen in Gefahren- und Stresssituationen stark eingeschränkt wird. Um dem entgegenzuwirken, sei bei der Informationsvermittlung durch Wissenschaftler:innen ein hohes Maß an Klarheit und Glaubwürdigkeit anzustreben (Loss et al., 2021, S. 295). Ein anderer Aspekt betrifft vor allem journalistische Akteur:innen. Laut Perreault et al. (2022, S. 373) haben Medien im Verlauf der Krise zunehmend serviceorientiert gearbeitet und die Vorlieben des Publikums berücksichtigt. Abseits von eigenen Marktchancen könne es ihrer Studie zufolge besonders bei Themen wie Social Distancing und Quarantäne vorteilhaft sein, in der Berichterstattung auf zielgruppenspezifische Bedürfnisse einzugehen und so die Wogen zu glätten.

Einige Interviewpartner:innen honorierten, dass sich eine Mehrheit der österreichischen Medien bemüht habe, das eigene Publikum bestmöglich zu informieren (01_m, Pos. 11; 06_w, Pos. 17; 10_m, Pos. 73). Allerdings seien einer Gesprächspartnerin zufolge mitunter auch **Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit** des Journalismus geschürt worden (11_w, Pos. 37). Eine andere Stimme gab zu bedenken, dass die Glaubwürdigkeit von Medien zum Teil auch aus politischen Gründen in Frage gestellt wurde (02_m, Pos. 21):

„Die Freiheitlichen haben das ja sehr gut gespielt, (...) es wurde gezielt die Glaubwürdigkeit von Medien hinterfragt, in Frage gestellt, untergraben (...). Das ist natürlich auch ein politisches Instrument. Das war für die FPÖ (...) und andere Bewegungen (...) ein großartiger Hebel, um die klassischen Medien zu hinterfragen. Ihre Glaubwürdigkeit zu hinterfragen ist auch ein zentrales Instrument der so genannten alternativen Medien, von AUF1 bis Exxpress.“ (02_m, Pos. 21)

Die Pandemie war jedoch nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch ein großes Thema. Die **veränderten Arbeitsbedingungen** sind eines der meistdiskutierten Themen in journalistischen Branchenmedien (Perreault et al., 2022, S. 373). Wie viele andere Branchen waren auch die österreichischen Medienhäuser von Kurzarbeit- und Homeoffice-Regeln betroffen, was einige Befragte vor Herausforderungen gestellt habe. Gleichwohl sei ein weiterer Schritt weg vom „Kästchendenken“ hin zu ressortübergreifender Teamarbeit getan worden (01_m, Pos. 5 und 9; 03_m, Pos. 29; 12_w, Pos. 14, 22 und 64), da gerade bei komplexen Querschnittsthemen ein multiperspektivischer Zugang von großer Bedeutung ist (Hooffacker & Meier, 2017, S. 27).

3.2 ROLLENVERSTÄNDNIS VON JOURNALIST:INNEN

Neben den Herausforderungen, denen Journalismus in Krisensituationen begegnen muss, wurde in unserer Interviewstudie auch das Rollenverständnis journalistischer Akteur:innen diskutiert. Dafür ist ein kurzer Blick auf das Selbstbild österreichischer Journalist:innen prä-COVID-19 notwendig. Gemäß der jüngsten Erhebungswelle der Worldsof-Journalism-Studie stehen für die Journalist:innen in Österreich grundsätzlich eine realitätsnahe Berichterstattung sowie Analysen des aktuellen Geschehens im Vordergrund. Hierbei sollte eine distanzierte Beobachterrolle eingenommen werden; eine blinde Unterstützung der Regierungspolitik wird abgelehnt (Lohmann & Seethaler, 2016, S. 2).

Die **Pandemie hat das journalistische Rollenverständnis** der meisten Befragten **kaum verändert** (02_m, Pos. 15; 03_m, Pos. 23). Für die Mehrheit der Studienteilnehmer:innen stand zu Beginn der Krise insbesondere die Informationsweitergabe und Erklärung von Inhalten an erster Stelle (02_m, Pos. 15; 03_m, Pos. 21; 09_w, Pos. 7; 11_w, Pos. 15, 17 und 29; 12_w, Pos. 18). Aus einer österreichischen Studie zur Wissenschaftskommunikation in der Pandemie geht hervor, dass die sachliche Vermittlung von Fakten von den befragten Expert:innen überaus positiv beurteilt wurde (Nölleke et al., 2022, S. 12). In weiterer Folge der Pandemie wurde dann die kritische Begleitung politischer Prozesse immer wichtiger (01_m, Pos. 7 und 9; 03_m, Pos. 23; 04_w, Pos. 15; 06_w, Pos. 13; 08_m, Pos. 12 und 16; 10_m, Pos. 17, 19 und 59) – auch wenn zunächst für einige die bloße Informationsweitergabe überwog (02_m, Pos. 15; 03_m, Pos. 21 und 23; 11_w, Pos. 17).

„Ich denke, dass die Pandemie (...) natürlich eine andere Situation ist, die eine gesamte Gesellschaft fordert. Und bis zu einem gewissen Grad haben die Medien da auch eine Informationspflicht. Diese Informationspflicht darf aber nicht einfach eine Weitergabe an Regierungsmaßnahmen sein.“ (01_m, Pos. 9)

Mehrere Praktiker:innen thematisierten überdies den öffentlichen Diskurs, demzufolge **Medien zu unkritisch** waren und als „mouthpiece of the government“ ausschließlich den Standpunkt der Regierung vertreten hätten (03_m, Pos.

21; 08_m, Pos. 20; 11_w, Pos. 19; 12_w, Pos. 22). Diese Anschuldigung, so fanden drei Befragte, sei in der Anfangsphase der Pandemie fallweise gerechtfertigt gewesen (07_m, Pos. 4; 08_m, Pos. 20; 11_w, Pos. 19), dem Eindruck anderer Studienteilnehmer:innen nach in Summe aber überzogen (02_m, Pos. 21; 11_w, Pos. 19). Auch war es einigen Stimmen ein Anliegen hervorzuheben, dass Medien nicht überreden, sondern verlässliche Inhalte bereitstellen sollen, sodass Mediennutzer:innen informierte Entscheidungen treffen können („Mündigkeit herstellen“; 10_m, Pos. 9 und 11; 01_m, Pos. 7; 12_w, Pos. 18; 06_w, Pos. 13 und 15) und sich dadurch nicht blind auf Autoritäten verlassen müssen (12_w, Pos. 18). Die Erwartungen der Österreicher:innen an die Kernfunktion von Medien stimmen grundsätzlich mit dem Selbstverständnis der Journalist:innen überein. Es gibt empirische Hinweise darauf, dass das Vertrauen in Medien maßgeblich von der gemeinsamen Basis zwischen Journalist:innen und den Erwartungen des Publikums abhängt. Veränderungen im Medienvertrauen müssen daher immer auch im Lichte (un)erfüllter Publikumsbedürfnisse gesehen werden (Riedl & Eberl, 2022, S. 1694).

3.3 POLARISIERUNG UND INTEGRATION

An dieser Stelle setzt der zweite Teil unserer Ausgangsfrage an, der adressiert, wie der eigene Einfluss journalistischer Akteur:innen auf Prozesse gesellschaftlicher Polarisierung und Integration bewertet wird. Einer Interviewpartnerin zufolge sei im Verlauf der Krise alles multifaktorieller geworden; anfängliche Anzeichen für einen gesellschaftlichen Konsens wurden zunehmend diffus (06_w, Pos. 11). Insbesondere die **Berichterstattung über Maßnahmen wie Schulschließungen, Masken- und Impfpflicht** wurde von vielen Medienpraktiker:innen als Kippunkt im öffentlichen Diskurs hervorgehoben (01_m, Pos. 7; 02_m, Pos. 21; 04_w, Pos. 17 und 41; 05_m, Pos. 9, 11 und 13; 06_w, Pos. 11; 07_m, Pos. 4). Einige österreichische Expert:innen lasten in diesem Zusammenhang auch den politischen Entscheidungsträger:innen – unter anderem auf Pressekonferenzen – eine undifferenzierte Kommunikation an (Nölleke et al., 2022, S. 8).

Alle Studienteilnehmer:innen berichteten direkt oder indirekt darüber, dass sich die österreichische Bevölkerung im Laufe der Pandemie zunehmend polarisiert habe. Die **Meinungsdifferenz zwischen Befürworter:innen oder Gegner:innen** der Corona-Maßnahmen (Stichwort: In- und Outgroup) bildet einen Nährboden für gruppenbezogene Polarisierung (Neumann, Kelm & Dohle, 2021, S. 334; siehe auch Teil 1 von Melischek und Seethaler), was von einigen Befragten mit dem Narrativ einer „gespaltenen Gesellschaft“ beschrieben wurde (04_w, Pos. 11; 05_m, Pos. 9 und 11; 06_w, Pos. 43 und 77; 09_w, Pos. 7; 10_m, Pos. 77).

„Ich denke, dass man als Journalistin oder Journalist immer extrem aufpassen muss, wenn eine Polarisierung entsteht – und

wir hatten in der Pandemie eine ganz starke Polarisierung, die auch, finde ich, politisch vorangetrieben wurde zwischen dann geimpften und ungeimpften Menschen.“ (06_w, Pos. 43)

Überdies wurden von den Studienteilnehmer:innen konkrete Treiber für Polarisierung identifiziert. Ein wahrgenommener **Konnex zwischen Medien und Politik** könne bei Teilen der Bevölkerung „Skepsis, Distanz, Vertrauensverlust [und] Nachrichtenvermeidung“ (02_m, Pos. 13) hervorrufen. Zudem würden wahrgenommene Uneinigheiten zwischen Autoritäten zu einer kognitiven Dissonanz führen (12_w, Pos. 32). Die kognitive Dissonanz äußert sich in Unbehagen und Frust. Dies führt dazu, dass sich Menschen mit Personen und Medienangeboten umgeben, die mit der eigenen Kognition im Einklang stehen und Widersprüche vermeiden. Insbesondere im Zusammenspiel mit einer fragmentierten Medienlandschaft kann Polarisierung dadurch begünstigt werden (Neubaum, 2020, S. 415).

Zwei Gesprächspartner:innen hoben darüber hinaus die **persönlichen Ängste** der Menschen hervor (04_w, Pos. 11; 08_m, Pos. 66). Diese Annahme knüpft an die Theorie der Risikowahrnehmung (*theory of risk perception*) an. Neben dem tatsächlichen Schweregrad einer Gefahr wirken sich oftmals auch sogenannte Empörungsfaktoren (*outrage factors*) – etwa das Gefühl von Hilflosigkeit und moralische Empörung – auf die Wahrnehmung von Gefahren aus (Loss et al., 2021, S. 295).

Als weitere Katalysatoren wurden **Falschnachrichten** (12_w, Pos. 32) und **Filterblasen** in sozialen Medien (09_w, Pos. 21) genannt. Zwar sind die Ursachen von Polarisierung auf eine Vielzahl unterschiedlicher Einflussfaktoren zurückzuführen und unter anderem auch in der interpersonalen Kommunikation auszumachen (Roose & Steinhilper, 2022, S. 290; Bruns, 2022, S. 33); trotzdem erleichtern soziale Medien die Kommunikation mit Gleichgesinnten, wodurch die eigenen Standpunkte bekräftigt und die Nutzer:innen vor Konfrontationen mit gegensätzlichen Blickwinkeln abgeschirmt werden (Bruns, 2022, S. 33). Ein Teil der Gesellschaft konnte laut Einschätzung mehrerer Interviewpartner:innen im Zuge der Corona-Pandemie von den klassischen Medien nicht mehr erreicht werden (siehe auch Teil 1 von Melischek und Seethaler) – und ist schwer zurückzugewinnen (01_m, Pos. 29; 02_m, Pos. 35).

„Das ist so wie Teflon. (...) Da kann man Wahres sagen, so viel man will – es perlt einfach ab.“ (02_m, Pos. 35)

Aus den österreichischen Daten der Values-in-Crisis-Studie geht allerdings hervor, dass nur eine verschwindende Minderheit in der Krise überhaupt nicht von Nachrichten erreicht wurde. Einen weitaus größeren Anteil machen Menschen aus, die den vermittelten Informationen **nur wenig Vertrauen** schenken (Prandner, 2022, S. 114). Die Befürworter:innen von Demonstrationen nutzen seltener die klassischen Medien zur Informationsbeschaffung und greifen wesentlich häufiger auf soziale Medien zurück als der österreichische Durchschnitt (Fronaschütz & Kaltenbrunner,

2021). Informationsquelle für jene Menschen, die von den „Systemmedien“ enttäuscht sind, sind zwei Befragten zufolge vor allem die sozialen Medien (05_m, Pos. 25; 07_m, Pos. 8). Diese sind für andere Gesprächspartner:innen eine der wenigen Möglichkeiten, jene Menschen anzusprechen, die sich gezielt vom Journalismus abgewandt haben (06_w, Pos. 31; 11_w, Pos. 61). Für einige Studienteilnehmer:innen bleibt es eine offene Frage, inwieweit diese Gruppe überhaupt noch erreicht werden kann oder ob ein gewisser Teil nicht längst „verloren“ ist (06_w, Pos. 19; 09_w, Pos. 25; 10_m, Pos. 79).

4. ERGEBNISSE 2: LÖSUNGSANSÄTZE

Unsere Interviewstudie hat nicht nur Probleme benannt, mit denen sich österreichische Journalist:innen während der Pandemie konfrontiert sahen, sondern auch **Beispiele für gelungene Krisenberichterstattung** und potenzielle Lösungsoptionen für die zuvor thematisierten Herausforderungen. Diese sind weitgehend im Einklang mit früheren Studien im deutschsprachigen Raum (z. B. Kramp & Weichert, 2021; Maurer, Reinemann & Kruschinski, 2021).

4.1 GLAUBWÜRDIGKEIT – EIN ZENTRALER ANKERPUNKT

Durch alle bereits diskutierten Themen zieht sich die Frage nach Glaubwürdigkeit. Diese wird neben Sicherheit, Kompetenz, Qualifikation und der Wesensart des:der Kommunikator:in auch durch Vertrauenswürdigkeit gespeist (Jäckel, 2011, S. 174). Gleichzeitig ist die Glaubwürdigkeit, also die Glaubhaftigkeit von Informationen und Nachrichten, eine Voraussetzung für Vertrauen. Vertrauen in Medien bezieht sich auf die Erwartung, dass diese auch in Zukunft gesellschaftliche Aufgaben erfüllen (van Dalen, 2019, S. 4; siehe auch Teil 1 von Melischek und Seethaler sowie Teil 2 von Kaltenbrunner et al.). Das **Vertrauen in die österreichischen Medien hat sich laut Digital News Report in den letzten Jahren stark verringert** (Gadringer, Sparviero, Trappel & Reichenberger, 2023). Fast ein Drittel (31,4 %) der Österreicher:innen vertraut den Nachrichten im Allgemeinen nicht – Tendenz steigend. Der Vertrauensverlust zeigt sich insbesondere bei jüngeren, grundsätzlich nachrichtenaffinen sowie politisch rechts eingestellten Befragten. Überraschenderweise war das Vertrauen in den Corona-Jahren 2021 höher (46,3 %) als es heute ist (2023: 38,3 %) – und es liegt nur knapp unter dem Wert von vor Corona (39,7 %).

Die Teilnehmer:innen unserer Interviewstudie nannten **unterschiedliche Gründe** für die sinkende Glaubwürdigkeit. Primär habe sich Corona von einem Sach- zu einem Meinungsthema entwickelt (10_m, Pos. 25). Zusätzlich war die Pandemie schier so unglaublich, dass die Rezipient:innen die Ereignisse nicht fassen und glauben wollten. Sie wollten ihr altes Leben zurück, nichts mehr von Corona wissen und wandten sich gegen das „Sprachrohr“ – die Medi-

en (04_w, Pos. 25; 02_m, Pos. 21; 03_m, Pos. 33). Allein die Berichterstattung dürfte dabei eine „Angstspirale“ ausgelöst haben, wie eine Interviewte meinte (09_w, Pos. 11). Im Zuge der Krise seien dann auch Falschinformationen in Social Media veröffentlicht worden – möglicherweise gezielt, wie einige Gesprächspartner:innen zu bedenken gaben (02_m, Pos. 21; 11_w, Pos. 37; 03_m, Pos. 33). Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie, vor allem aber 2021, konnten viele Nutzer:innen nicht genau einschätzen, was nun wahre Informationen sind und was nicht (Gadringer et al., 2023; ähnlich auch Melischek und Seethaler in Teil 1). Bei Falschnachrichten können Details bereits einen Unterschied machen. Eine Interviewpartnerin verwies etwa auf die wissenschaftlich belegte Problematik (z. B. Polage, 2012, S. 248), dass sich diese manifestieren können, wenn von den Medien darüber berichtet wird (11_w, Pos. 61).

In den Interviews wurden unterschiedliche **Strategien** diskutiert, **um die Glaubwürdigkeit in Zeiten der Krise zu steigern**. Neben klassischen journalistischen Handwerksregeln wie zum Beispiel Check, Re-Check und Double-Check, einem Bekenntnis zu Transparenz oder Fehlermanagement werden auch ein verstärkter Dialog mit Rezipient:innen und eine Abbildung unterschiedlicher Meinungen gefordert.

„Ich glaube, man kann gegen die Spaltung nur agieren, wenn man sein Publikum ernst nimmt, zuhört, die Möglichkeit des Diskurses schafft – und ja: Meinungen auch abwägt und im Austausch bleibt. Das ist, glaube ich, das Wichtigste.“ (01_m, Pos. 31)

Dieser Punkt hängt mit der „Artikulationsfunktion“ des Journalismus zusammen. Diese beschreibt, dass Medien „Akteur:innen gleichberechtigt Raum geben und sie zu Wort kommen lassen“ (Prinzing, 2022, S. 57). Diese Funktion sollte aber nicht einfach „quantitativ“ umgesetzt werden – wie es oft der Fall ist: „Wird einfach die eine Position einer anderen gegenübergestellt, kann dies den Eindruck einer Gleichgewichtigkeit erzeugen, die gar nicht der Wirklichkeit entspricht.“ (Prinzing, 2022, S. 57) Die Akteur:innen erhalten nicht die angemessene gesellschaftliche Aufmerksamkeit entsprechend ihrer Bedeutung, sondern entweder weniger oder mehr. Dies führt zu einem Ungleichgewicht, einer „false balance“.

Zu diesem Aspekt hat die Interviewstudie unterschiedliche Aussagen zu Tage gefördert. Fast allen Teilnehmer:innen war es wichtig, unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen zu lassen, um die Glaubwürdigkeit von Medien zu steigern (02_m, Pos. 23; 04_w, Pos. 27; 05_m, Pos. 23; 07_m, Pos. 6; 03_m, Pos. 47). Manche betonten allerdings, dass diese Stimmen auf Fakten beruhen müssten – sie achteten also darauf, dass vor allem die Kritik an Maßnahmen eine verlässliche Grundlage hat (01_m, Pos. 13; 02_m, Pos. 35; 08_m, Pos. 35). Welche Stimmen zu Wort kommen, hängt auch vom Selbstverständnis der Journalist:innen ab. So gibt es diejenigen, die „Ausgewogenheit und Neutralität“ der Berichterstattung betonen (Prinzing, 2022, S. 64). Diesen sei es wichtig,

aktuelle Diskurse und Debatten sichtbar zu machen – und sie würden somit auch Kritiker:innen ein Forum geben, deren Inhalte für einen Großteil der Bevölkerung eventuell nicht relevant sind. Wenn es um „false balance“ in der Corona-Berichterstattung geht, besteht bei diesem Selbstverständnis aber die Gefahr, dass manche Meinungen eine zu große Bühne bekommen. Auf der anderen Seite stehen jene, die stärker „aktivierend, politisierend und meinungsstark“ vorgehen und wahrscheinlich eher Gewichtungen der Meinungen vornehmen (Prinzing, 2022, S. 64). Hier könnte es allerdings passieren, dass bestimmte Positionen einen zu kleinen Stellenwert in der Berichterstattung erhalten.

4.2 DAS KRISENNARRATIV ALS GRATWANDERUNG

Der bisherige Diskurs zur COVID-19-Berichterstattung konzentrierte sich stark auf das Gegenwortpaar „**Alarmismus**“ und „**Verharmlosung**“ (siehe z. B. Kramp & Weichert, 2021; Röhrlich, 2020), was einige Gesprächspartner:innen nicht unkommentiert ließen (04_w, Pos. 15; 05_m, Pos. 23; 10_m, Pos. 21; 11_w, Pos. 19 und 21). Nur ein Interviewpartner erwähnte eine unnötige „Panikmache“ der Medien zu Beginn der Pandemie (05_m, Pos. 23). Weitaus mehr Stimmen argumentierten, dass der Krisenverlauf nicht absehbar war und sich mit Fortschreiten der Pandemie ein Wissensvorsprung ergeben habe (04_w, Pos. 15; 10_m, Pos. 20; 11_w, Pos. 19 und 21). Eine Interviewpartnerin kritisierte die Debatte als einseitig, da sich Medien zwar für einen etwaigen Alarmismus, nicht aber für eine Verharmlosung rechtfertigen müssten (11_w, Pos. 19 und 21).

Ferner wurde in den Gesprächen der starke Pandemiefokus in der Berichterstattung hervorgehoben (02_m, Pos. 21; 03_m, Pos. 29 und 43; 06_w, Pos. 7; 09_w, Pos. 11; 10_m, Pos. 41) – wobei dieser aber gewissermaßen naturgegeben sei (06_w, Pos. 7). Krisenbezogene Nachrichten wie der Krieg in der Ukraine und der Klimawandel verursachen besonders häufig eine themenbezogene **Nachrichtenvermeidung** (Gadringer et al., 2023). Umso wichtiger sei daher ein Mittelweg beim Umgang mit einem Krisennarrativ, um genügend Raum für Einordnungen zu lassen (12_w, Pos. 14; 11_w, Pos. 23; 01_m, Pos. 33) und zu reflektieren (09_w, Pos. 13). Zudem wurde empfohlen, auf reißerische Berichterstattung zu verzichten (09_w, Pos. 51) und nicht gezielt zu emotionalisieren (06_w, Pos. 31; 11_w, Pos. 63).

„Diese übermäßige Berichterstattung (...) hat einfach die Ängste geschürt in sehr vielen Bevölkerungsgruppen (...). Es war fast zu viel Information. Und so sind viele in die Desinformation geflohen – und das hat die Glaubwürdigkeit von Medien weiter untergraben.“ (09_w, Pos. 11)

Der journalistische Krisen- und Negativfokus wurde bereits umfassend in der Fallanalyse von Kramp und Weichert (2021) zum deutschen Corona-Journalismus behandelt und mit konstruktiven Ansätzen kontrastiert. **Konstruktiver Journalismus** fordert nicht nur in Zeiten von Krisen einen

Narrativwechsel. Inhalte sollten immer handlungs- und lösungsorientiert sein und nicht ausschließlich die Extreme darstellen, sondern ein breites Spektrum abbilden. Bestenfalls sind sie auch auf andere Kontexte übertragbar und stoßen einen Dialog an (Kramp & Weichert, 2021, S. 16). Ein Teil der Medienpraktiker:innen hat im Rahmen unserer Interviews von konkreten (positiven) Projekten berichtet, die genau deswegen während der Pandemie ins Leben gerufen wurden (01_m, Pos. 7; 06_w, Pos. 75; 12_w, Pos. 58 und 60).

4.3 GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Im Zuge der Interviews wurden die Teilnehmer:innen auch gefragt, inwieweit sie als Journalist:innen während Corona zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen haben. Auffallend häufig wurden in diesem Zusammenhang die Begriffe **Dialogfähigkeit** und **Multiperspektivität** genannt.

„Es geht (...) ganz zentral um die Dialogfähigkeit einer Gesellschaft, um die Bereitschaft, sich mit allen Teilen der Bevölkerung auseinanderzusetzen – oder allen Meinungen, allen Sichtweisen, allen Positionen. Man muss sie ja nicht teilen, und man wird sie nie vereinen können. Das ist auch gut so. Aber ich glaube, es geht um die Dialogfähigkeit – und (...) dazu können Medien schon etwas beitragen.“ (02_m, Pos. 53)

Die Pandemie habe durch das große Informationsbedürfnis der Menschen einen **vielfältigen Austausch** befeuert – bestenfalls auf Augenhöhe (06_w, Pos. 35; 10_m, Pos. 41). Das spiegelt sich auch in der Programmgestaltung wider. Formate, die alltagspraktische Fragen des Publikums behandeln, erfreuen sich nach Aussage einzelner Befragter großer Beliebtheit (04_w, Pos. 41). Auch Journalist:innen seien mehrheitlich dialogbereit – „und es kam sehr oft auch die Rückmeldung, dass sich Menschen gewundert haben, dass man antwortet und in den Dialog tritt“ (10_m, Pos. 39 und 41). Der rege Austausch in Foren wird von einigen Interviewten als Feedbackschleife (01_m, Pos. 7, 9 und 25) und eine Art „Investment in Glaubwürdigkeit“ (02_m, Pos. 25, 41 und 45) verstanden.

Für gesellschaftlichen Zusammenhang müssten laut einer Gesprächspartnerin jedoch **alle Perspektiven**, auch von extremen Splittergruppen, **einbezogen** werden. Ein Großteil der Gesellschaft wäre zwar dialogfähig, doch gewisse Gruppen können von Medien nicht mehr erreicht werden (04_w, Pos. 51; siehe auch Teil 1 von Melischek und Seethaler). Getreu der Auffassung zweier Studienteilnehmer sollte der Journalismus dennoch daran festhalten, verbindend zu berichten (03_m, Pos. 63; 05_m, Pos. 47).

„Vielleicht (muss ich) mich noch mehr bemühen, (...) mit den Erfahrungen der Pandemie (...) versuchen, den Dialog am Laufen zu halten.“ (02_m, Pos. 55)

Es gibt wissenschaftliche Hinweise darauf, dass durch den Kontakt zwischen polarisierten Gruppen Aversionen reduziert werden können (Wojcieszak & Warner, 2020, S. 804) und

die Bereitschaft für eine erneute Diskussion steigt (Levendusky & Stecula, 2021, S. 44). Demnach wäre Polarisierung mit **Offenheit, Ehrlichkeit und Verständnis** (06_w, Pos. 79) sowie **sachlichen Informationen** zu begegnen (10_m, Pos. 77; 09_w, Pos. 15). Das setzt einem Gesprächspartner zufolge aber auch eine Kohärenz zwischen der Datengrundlage und den damit verbundenen Maßnahmen seitens der Politik voraus (10_m, Pos. 77).

4.4 VERSTÄNDNIS ALS VERBINDEnde DIMENSION

Weitere lösungsorientierte Ansätze können unter dem Schlagwort **Verständnis** ausgemacht werden. Unsere Interviewpartner:innen verwiesen dabei auf **verschiedene Formen von Verständnis**. Einige von ihnen betonten, dass der psychosoziale Aspekt im öffentlichen Diskurs zeitweise auf der Strecke geblieben sei (03_m, Pos. 51; 04_w, Pos. 37; 11_w, Pos. 63). Aus mehreren Interviews geht hervor, dass die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen nicht länger außer Acht gelassen (09_w, Pos. 33; 01_m, Pos. 23; 06_w, Pos. 57 und 59; 12_w, Pos. 48) und Maßnahmen im Kontext von potenziellen Pendelbewegungen der Bevölkerung gesehen werden sollten (04_w, Pos. 59). Das mündet in den Postulaten, dass **Verständnis** für psychosoziale Faktoren, füreinander und für unterschiedliche Lebensrealitäten geschaffen werden müsse (vgl. auch Dubey et al., 2020).

Ein Interviewpartner führte aus, dass die Krise gezeigt habe, wie wissenschaftliche Erkenntnisse plötzlich alltagsrelevant werden können. Auch hier könne ein Nachholbedarf ausgemacht werden – nicht nur für die Bevölkerung (10_m, Pos. 13 und 41). Um künftig einer etwaigen „Infodemie“ entgegenzusteuern, solle daher seitens der Bevölkerung und Medienschaffenden ein **Verständnis für Zahlen und Daten** entwickelt werden. Ferner wäre es den Medienpraktiker:innen zufolge relevant, die **Arbeitsweise von Journalist:innen zu erklären** (06_w, Pos. 31; 10_m, Pos. 33) – da nicht erst seit der Pandemie bei vielen Menschen das **Verständnis** dafür fehle (11_w, Pos. 49). Mit Blick auf zukünftige Krisen wird auch in der Fachliteratur empfohlen, Schnittstellen zwischen gesellschaftlichen Herausforderungen und dem Alltag der Menschen zu suchen (Klein, Schwalb, Ruhbaum, Fricke & Grotewold, 2020, S. 72). Zudem führte eine Interviewpartnerin aus, dass bei der journalistischen Arbeit im besten Fall eine direkte Verbindung zwischen Wissenschaft, Politik und dem Alltag der Menschen hergestellt wird:

„(Ein Ziel wäre,) dass man (...) einordnet, viel erklärt, nicht so viel voraussetzt, (...) versucht, eben nicht nur bei den Zahlen zu sein, sondern immer mit zu erklären: Was bedeutet denn das, was bedeutet das für die Leute? (Es ist wichtig,) diese Verbindung herzustellen zwischen der wissenschaftlichen Ebene oder der politischen Ebene und dem Alltag der Menschen.“ (11_w, Pos. 87)

4.5 STRATEGIEN FÜR ALLGEMEINE KRISENBERICHT-ERSTATTUNG

Dass sich etwaige Lehren aus der Corona-Pandemie direkt auf andere Krisen der Gegenwartsgesellschaft übertragen lassen, wurde in unserer Interviewstudie mehrfach bezweifelt. So kommentierte eine Gesprächspartnerin mit Blick auf die Klimaberichterstattung:

„Bei Corona würde ich sagen, das ist ein Thema, das hätte niemanden interessiert, wenn es nicht jeden betroffen hätte. Und bei der Klimakrise ist es leider umgekehrt: Es würde theoretisch jeden interessieren, es betrifft die Menschen aber so wenig, dass sie sich am Ende dann doch nicht dafür interessieren.“ (12_w, Pos. 66)

Dennoch lässt sich aus den Interviews ein **breites Repertoire an Empfehlungen** für künftige Krisenszenarien ableiten. So herrschte unter allen Gesprächspartner:innen Einigkeit, dass Medien und Journalismus für die Erklärung von komplexen und alltagsnahen Inhalten in Zeiten von Krisen von größter Bedeutung sind. Auf der anderen Seite wurden während der COVID-19-Pandemie der Druck auf die Branche und der Ressourcenmangel so deutlich wie selten zuvor (11_w, Pos. 61 und 79). Damit künftige Krisen zuverlässig begleitet werden können, müssten Medien über eine sichere finanzielle Grundlage verfügen – zum Beispiel durch **qualitätsorientierte Fördermaßnahmen** (01_m, Pos. 9; 03_m, Pos. 67).

Journalistische Tugenden prägen maßgeblich die Erwartungen dafür, was Medien sollen und wollen. Neben der Bereitstellung verlässlicher („be first, but first be right“; 11_w, Pos. 87) Inhalte ist für viele Befragte bei ihrer täglichen Arbeit die „Watchdog“-Funktion von großer Bedeutung. In einer ressortübergreifenden Arbeitsweise und einem **Narrativwechsel im Sinne des konstruktiven Journalismus** wird zusätzliches Potenzial gesehen (siehe auch Kramp & Weichert, 2021).

Durch alle Abschnitte unserer Interviewstudie ziehen sich die Hinweise darauf, dass die unterschiedlichen Lebensrealitäten der zunehmend heterogenen Bevölkerung und deren reale Ängste in der Berichterstattung nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Toolkits wie die BBC User Needs würden einer Gesprächspartnerin zufolge bei diesen Bedürfnissen ansetzen und eine handlungs- und lösungsorientierte Dimension im Sinne von **Alltagsrelevanz** in die journalistische Arbeit einbeziehen (12_w, Pos. 60).

Dialogbereitschaft nimmt eine Schlüsselfunktion im Kampf gegen eine zunehmende Polarisierung der Bevölkerung ein. Mit Blick auf die laufende Formatentwicklung der österreichischen Medien wird deutlich, dass bereits an Lösungen gearbeitet wird. Die Schaffung von Anlaufstellen und Feedbackschleifen hat in der Pandemie großen Anklang gefunden – es braucht dafür jedoch eine kompetente Moderation.

Abschließend gilt es die Notwendigkeit einer stetigen **Lernbereitschaft** hervorzuheben. Der sorgfältige Umgang

mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Daten ist nicht nur für die Krisenberichterstattung zentral. Einige Interviewpartner:innen begrüßen in diesem Zusammenhang Gastaufenthaltssysteme und konkrete Guidelines für Journalist:innen (06_w, Pos. 71), Redaktionsschulungen (09_w, Pos. 51) oder die Einbeziehung eines Fachbeirates (01_m, Pos. 37). Auf Seiten der Bevölkerung sollte die Medienkompetenz gefördert werden (09_w, Pos. 09).

5. ZUSAMMENFASSUNG

Obwohl journalistischen Akteur:innen auch in Österreich eine tragende Rolle bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit der COVID-19-Krise zukam, lagen bislang noch kaum wissenschaftliche Erkenntnisse zu ihrer Sicht auf die Pandemie vor. Mit der hier vorgestellten empirischen Studie sollte versucht werden, diese **Forschungslücke** wenigstens teilweise zu schließen. Mit Hilfe problemzentrierter Interviews mit österreichischen Journalist:innen wurde es möglich, gesellschaftliche Leistungen journalistischer Krisenberichterstattung ebenso wie Versäumnisse des österreichischen Journalismus während der Pandemie nachzuzeichnen. Darüber hinaus ließen sich Anregungen für die Medienpraxis in künftigen Krisenszenarien ableiten.

Die empirische Studie zeigt, dass die Ereignisse rund um die COVID-19-Pandemie an den Journalist:innen in Österreich nicht spurlos vorbeigegangen sind. Obwohl sich das journalistische Rollenverständnis während der Pandemie nicht grundlegend verändert hat, wurde der **Arbeitsalltag in den Redaktionen** in vielerlei Hinsicht **auf die Probe gestellt**. Nicht nur auf inhaltlicher Ebene offenbarten sich große Herausforderungen, sondern auch praktische Arbeitsabläufe waren einem steten Wandel unterworfen. Überaus ambivalent reflektieren die interviewten Medienpraktiker:innen den eigenen Einfluss auf Prozesse gesellschaftlicher Polarisierung und Integration. Nach anfänglicher Klarheit wurde die Pandemie auch für Journalist:innen mit der Zeit immer schwerer fassbar; Tendenzen einer gesellschaftlichen Spaltung ließen sich im Verlauf der Krise immer deutlicher wahrnehmen. Neben Uneinigkeiten zwischen Autoritäten rund um Corona wurden auch persönliche Ängste und Filterblasen als Treiber für Polarisierung diskutiert.

Gleichzeitig konnten auf der Grundlage der Interviewstudie auch **Strategien zur Bewältigung typischer Herausforderungen** für den Journalismus identifiziert werden. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Kategorie der Glaubwürdigkeit zu, die sich unter anderem mit gezielten Transparenzmaßnahmen und einem verbesserten Fehlermanagement steigern ließe. Bei der Gratwanderung zwischen potenziell alarmistischer Krisenberichterstattung und der stetigen Gefahr einer Verharmlosung aktueller Ereignisse könnte ein Narrativwechsel hin zu einem handlungs- und lösungsorientierten Journalismus (im Sinne des *constructive journalism*) einen sinnvollen Mittelweg darstellen. Chancen zur

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes sehen die interviewten Journalist:innen vor allem in einem Bekenntnis zu einem intensiveren Dialog mit Rezipient:innen und dem Ziel einer multiperspektivischen Berichterstattung, die unterschiedliche Meinungen abbildet, ohne dabei einer „false balance“ Tür und Tor zu öffnen. Immer wieder wurde in den Interviews die Schaffung von Verständnis als verbindendes Element hervorgehoben: Es impliziert, dass auch auf Seiten der Mediennutzer:innen ein Bewusstsein für Prozesse wissenschaftlicher Forschung, aber ebenso auch für redaktionelle Abläufe geschaffen werden muss, um Dialoge zwischen allen beteiligten Akteur:innen zu begünstigen. Die wiederholt formulierte Zielsetzung, in der künftigen Krisenberichterstattung verstärkt gesamtgesellschaftliche Probleme und unterschiedliche Lebensrealitäten in den Blick zu nehmen, könnte dieses Ziel ebenfalls unterstützen.

In der Summe zeichnen die hier gebündelten Einsichten damit ein durchaus differenziertes Bild zum österreichischen Journalismus während der COVID-19-Pandemie, das – in Ergänzung zu den kongruenten Erkenntnissen aus den vorhergehenden Teilstudien zu Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit – neben unterschiedlichen Problemdiagnosen auch vielversprechende Möglichkeiten zur Ausgestaltung eines krisenresistenten Journalismus der Zukunft andeutet. Die Ergebnisse unserer Studie bilden damit ein wichtiges Puzzleteil, das auch bei der **Moderation künftiger Dialogprozesse** im Post-Corona-Österreich hilfreich sein kann.

6. LITERATUR

- Bruns, A. (2022). Echo chambers? Filter bubbles? The misleading metaphors that obscure the real problem. In M. Pérez-Escobar & J. M. Noguera-Vivo (Hrsg.), *Hate speech and polarization in participatory society* (S. 33–48). London, New York: Routledge. DOI: 10.4324/9781003109891-4
- Dubey, S., Biswas, P., Ghosh, R., Chatterjee, S., Dubey, M. J., Chatterjee, S., ... Lavie, C. J. (2020). Psychosocial impact of COVID-19. *Diabetes & Metabolic Syndrome*, 14(5), 779–788. DOI: 10.1016/j.dsx.2020.05.035
- Fronaschütz, A., & Kaltenbrunner, A. (2021). *Medien in der Coronakrise: Panikmacher oder Krisenhelfer?* Gallup-Institut & Medienhaus Wien, 16. 03. 2021. Abgerufen von https://www.gallup.at/fileadmin/documents/PDF/marktstudien/2021/PA_Gallup_Corona_und_Medien_16032021.pdf (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- Gadringer, S., Sparviero, S., Trappel, J., & Reichenberger, P. (2023). *Digital News Report Austria 2023: Detailergebnisse für Österreich*. Fachbereich Kommunikationswissenschaft, Universität Salzburg. DOI: 10.5281/zenodo.8008751
- Hanitzsch, T., Seethaler, J., & Wyss, V. (Hrsg.). (2020). *Journalismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-27910-3
- Hanitzsch, T., & Vos, T. P. (2018). Journalism beyond democracy: A new look into journalistic roles in political and everyday life. *Journalism*, 19(2), 146–164. DOI: 10.1177/1464884916673386
- Hooffacker, G., & Meier, K. (2017). *La Roches Einführung in den praktischen Journalismus: Mit genauer Beschreibung aller Ausbildungswege Deutschland – Österreich – Schweiz* (20. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Jäckel, M. (2011). Die Glaubwürdigkeit der Medien. In M. Jäckel (Hrsg.), *Medienwirkungen* (S. 159–187). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-93191-3_7
- Kaltenbrunner, A., Lugschitz, R., Karmasin, M., Luef, S., & Kraus, D. (2020). *Der österreichische Journalismus-Report: Eine empirische Erhebung und eine repräsentative Befragung*. Wien: Facultas.
- Klein, A., Schwalb, L., Ruhbaum, C., Fricke, C., & Grote-wold, L. (2020). Klimaschutz als Gestaltungsaufgabe für die Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(1), 67–90. DOI: 10.1515/fjsb-2020-0007
- Kramp, L. & Weichert, S. (2021). *Konstruktiv durch Krisen? Fallanalysen zum Corona-Journalismus*. Otto-Brenner-Stiftung. Abgerufen von <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/informationsseiten-zu-studien/konstruktiv-durch-krisen/> (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- Levendusky, M., & Stecula, D. (2021). *We need to talk: How cross-party dialogue reduces affective polarization*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Lindlof, T. R., & Taylor, B. C. (2011). *Qualitative communication research methods* (3. Aufl.). Thousand Oaks: SAGE.
- Lohmann, M.-I., & Seethaler, J. (2016). *Journalists in Austria: Country report*. The Worlds of Journalism Study. Abgerufen von <https://www.worldsofjournalism.org> (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- Loss, J., Boklage, E., Jordan, S., Jenny, M. A., Weishaar, H., & El Bcheraoui, C. (2021). Risikokommunikation bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie: Herausforderungen und Erfolg versprechende Ansätze. *Bundesgesundheitsblatt, Gesundheitsforschung, Gesundheitsschutz*, 64(3), 294–303. DOI: 10.1007/s00103-021-03283-3
- Maurer, M., Reinemann, C., & Kruschinski, S. (2021). *Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie*. Rudolf-Augstein-Stiftung. Abgerufen von <https://rudolf-augstein-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/11/Studie-einseitig-unkritisch-regierungsnah-reinemann-rudolf-augstein-stiftung.pdf> (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- Meyen, M., Löblich, M., Pfaff-Rüdiger, S., & Riesmeyer, C. (2019). *Qualitative Forschung in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-23530-7
- Minamyer, S. (2008). Effective crisis communication during water security emergencies. *Journal AWWA*, 100(9), 180–184. DOI: 10.1002/j.1551-8833.2008.tb09719.x
- Neubauer, G. (2020). Polarisierung. In I. Borucki, K. Kleinen-von Königslöw, S. Marschall & T. Zerback (Hrsg.),

- Handbuch Politische Kommunikation* (S. 411–426). Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-26233-4_57
- Neumann, T., Kelm, O., & Dohle, M., (2021). Polarisation and silencing others during the Covid-19 pandemic in Germany: An experimental study using algorithmically curated online environments. *Javnost – The Public*, 28(3), 323–339.
- Nölleke, D., Hanusch, F., & Leonhardt, B. (2022). *Wissenschaftskommunikation in der COVID-19-Pandemie: Einblicke und Erfahrungen österreichischer Expert:innen*. Universität Wien, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Abgerufen von https://journalismstudies.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_journalismstudies/Report_ExpertInnen_COVID-19-Pandemie.pdf (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- Perreault, M. F., & Perreault, G. P. (2021). Journalists on COVID-19 journalism: Communication ecology of pandemic reporting. *American Behavioral Scientist*, 65(7), 976–991. DOI: 10.1177/00027642211992813
- Perreault, G., Perreault, M. F., & Maares, P. (2022). Metajournalistic discourse as a stabilizer within the journalistic field: Journalistic practice in the Covid-19 pandemic. *Journalism Practice*, 16(2–3), 365–383. DOI: 10.1080/17512786.2021.1949630
- Polage, D. C. (2012). Making up history: False memories of fake news stories. *Europe's Journal of Psychology*, 8(2), 245–250. DOI: 10.5964/ejop.v8i2.456
- Prandner, D. (2022). Informationsverhalten und Glaubwürdigkeit von Medien in der Krise. In W. Aschauer, C. Glatz & D. Prandner (Hrsg.), *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-34491-7_4
- Prinzing, M. (2022). Wirklich ausgewogen oder False Balance? Einschätzungen zu Journalismus und Wissenschaftlichkeit. In C. Paganini, M. Prinzing & J. Serong (Hrsg.), *Wissen kommunizieren* (S. 57–72). Baden-Baden: Nomos.
- Riedl, A., & Eberl, J.-M. (2022). Audience expectations of journalism: What's politics got to do with it? *Journalism*, 23(8), 1682–1699. DOI: 10.1177/1464884920976422
- Roose, J., & Steinhilper, E. (2022). Politische Polarisierung: Zur Systematisierung eines vielschichtigen Konzepts. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 35(2), 283–297. DOI: 10.1515/fjsb-2022-0020
- Röhrlich, D. (2020). Journalismus zwischen Verharmlosung und Alarmismus. *Ärzte Zeitung*, 30. 12. 2020. Abgerufen von <https://www.aerztezeitung.de/Panorama/Journalismus-zwischen-Verharmlosung-und-Alarmismus-415964.html> (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- van Dalen, A. (2019). Journalism, trust, and credibility. In K. Wahl-Jorgensen & T. Hanitzsch (Hrsg.), *The handbook of journalism studies* (S. 356–371). London, New York: Routledge. DOI: 10.4324/9781315167497
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung*, 1(1). Abgerufen von <https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519> (letzter Zugriff am 30. 11. 2023).
- Wojcieszak, M., & Warner, B. R. (2020). Can interparty contact reduce affective polarization? A systematic test of different forms of intergroup contact. *Political Communication*, 37(6), 789–811. DOI: 10.1080/10584609.2020.1760406
- Woschnagg, F., Kaltenbrunner, A., & Karmasin, M. (2023). (Un)believable: the perceived credibility of Covid-19 information in Austria. *Medien Journal*, 46(3), 4–25. DOI: 10.24989/medienjournal.v46i3.2194

FALLSTUDIE 2

ZUM POLITISCHEN UMGANG MIT ZIELKONFLIKTEN I

DIE IMPFPFLICHT

ALEXANDER BOGNER UND ANDREAS ALBIEZ

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgen-Abschätzung

1. EINLEITUNG

Österreich hat Anfang 2022 als einziges EU-Land eine allgemeine COVID-19-Impfpflicht eingeführt. Vorangegangen war ein Herbst, in dem große Sorge übersteigende Inzidenzzahlen und eine zu niedrige Impfquote herrschte – nicht nur in Österreich. Im November 2021 sprach sich in vielen Meinungsumfragen sowohl in Österreich als auch in Deutschland und der Schweiz jeweils eine knappe **Mehrheit für die Einführung einer Impfpflicht** aus (vgl. Abschnitte 3 und 4). Innerhalb der EU blickte man mit Interesse auf das österreichische Experiment. Wie gefährlich die sich damals durchsetzende Omikron-Variante sein würde, war noch nicht absehbar. Obwohl letztlich nur Österreich eine allgemeine Impfpflicht einführt, wurde sie auch in den Nachbarstaaten als ernsthafte Option debattiert. Gleichwohl hat die Impfpflicht wie kaum eine andere Maßnahme zur gesellschaftlichen Spaltung beigetragen. Dass dies mit der besonderen Form der politischen Entscheidung und Begründungsrhetorik zusammenhängt, ist das Thema der folgenden Ausführungen.

Im Folgenden geht es *nicht um eine Bewertung* der in Österreich beschlossenen allgemeinen **Impfpflicht** im Hinblick auf die Wirksamkeit oder Verhältnismäßigkeit dieser politischen Maßnahme. Ob eine allgemeine Impfpflicht unter bestimmten Bedingungen ethisch zulässig (oder geboten) und verfassungskonform ist, ist eine Frage für Ethik, Rechtswissenschaften und Medizin. Aus soziologischer Perspektive ist von Interesse, inwiefern der politische Prozess, der zur Impfpflicht führte, dem Institutionenvertrauen förderlich war. Im Mittelpunkt steht also nicht die Maßnahme selbst, sondern der Weg dorthin. Die **Qualität dieses Prozesses** spielt in pluralistischen Gesellschaften deswegen eine besondere Rolle, weil in Konflikten, die Grundwerte betreffen, Konsens so schwer zu erzielen ist.

Die **zentrale Fragestellung** der vorliegenden Analyse lautet: Was können wir aus dem politischen Umgang mit einem schwierigen Zielkonflikt (Impfpflicht) über gutes Entschei-

den in Krisenzeiten lernen? In der Pandemie stand das Ziel, individuelle Freiheitseinschränkungen zu minimieren, das für liberale Gesellschaft kennzeichnend ist, im Konflikt mit dem Ziel, die Pandemie zu kontrollieren, um die Gesundheit der Bevölkerung zu sichern. Solche politischen Zielkonflikte zeichnen sich durch eine besonders hohe Sprengkraft aus. Schließlich wird über Grundsätzliches gestritten, nämlich über konkurrierende Grundwerte.

Die **These** der folgenden Ausführungen lautet: Politische Entscheidungen können nur dann vertrauensstiftend wirken, wenn sie aus einer offenen, transparenten Abwägung resultieren und sich in ihrer Begründungsrhetorik nicht auf Sachzwänge zurückziehen. Wer auf Sachzwänge rekurriert, legt nahe, dass es keine andere zulässige Meinung gibt. Dadurch wird der Konflikt aufgeheizt, weil Andersdenkenden moralisch unlautere Motive unterstellt werden. In politischer Hinsicht öffnet eine Rhetorik der Alternativlosigkeit einen Raum für Stimmen, sich erfolgreich als einzige Alternative und als letzte Bastion der Freiheit zu inszenieren.

Um diese These zu begründen, werden zunächst die theoretischen Grundlagen für die anschließende Argumentation präsentiert (Abschnitt 2). Darauf folgt eine Darstellung der COVID-19-Impfpflichtdebatte in Österreich (Abschnitt 3) sowie ein Vergleich mit den Debatten in Deutschland und der Schweiz (Abschnitt 4). Den Hauptteil dieses Berichts bildet die empirische Analyse des politischen Diskurses zur Impfpflicht in Österreich (Abschnitt 5). Im Zentrum stehen dabei die Debatten rund um den Beschluss der allgemeinen Impfpflicht sowie deren Begründung. In den Schlussfolgerungen wird skizziert, was sich aus unserer Analyse für zukünftige Zielkonflikte in Krisenzeiten lernen lässt (Abschnitt 6). Die folgende Studie erhebt **nicht den Anspruch**, das Phänomen der Impfpflicht oder auch nur den politischen Diskurs darüber **umfassend** zu analysieren. Dafür ist der fachlich-disziplinäre Zugang viel zu eng. Wünschenswert wäre daher eine vertiefende Erforschung dieser Thematik unter Hinzuziehung weiterer sozialwissenschaftlicher Perspektiven. Wenn die vorliegende Studie zu dem Eindruck

beitragen würde, dass dies ein lohnenswertes Unterfangen wäre, hätte sie ein wichtiges Ziel erreicht.

2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN: ZIELKONFLIKTE, DELIBERATIVE POLITIK UND VERTRAUEN

In *politischen Zielkonflikten* liegen Entscheidungen, die von allen Konfliktparteien als wirklich befriedigend empfunden werden, praktisch außer Reichweite. Dies gilt gerade in Krisenzeiten, wenn die Datenlage unzureichend und die Erkenntnisse unübersichtlich sind. **Politische Zielkonflikte** sind durch **divergierende Werthaltungen** strukturiert, also grundlegend normativ geprägt, und einer konsensualen Lösung daher nur schwer zugänglich. Dass normative Überzeugungen im Zentrum dieser Konflikte stehen, heißt: Der Rekurs auf Grundwerte wie Gleichheit oder Gerechtigkeit dient nicht – wie manchmal in Verteilungskonflikten – instrumentellen Zwecken, etwa dem Versuch, den eigenen Interessen mehr Nachdruck zu verleihen. Diese Werte sind vielmehr Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzungen, auch wenn sie in der Debatte nicht immer explizit sind. Zielkonflikte verlangen eine Priorisierung konfligierender Grundwerte, die allerdings nicht leicht gegeneinander verrechnet werden können. Dies machte der Streit um die Impfpflicht deutlich. Hier stand der Anspruch auf Autonomie dem Wunsch nach Sicherheit gegenüber.

In wertpluralistischen Gesellschaften stellt sich also gerade in politischen Zielkonflikten das Problem rationaler demokratischer Entscheidung. Viele normative Demokratietheorien betonen in diesem Zusammenhang, dass Zustimmung heute in erster Linie über die Form der Entscheidungsfindung organisiert werden muss, weil der Inhalt von Entscheidungen allgemein kaum mehr als autoritativ oder gar als alternativlos gelten kann (vgl. Lembcke et al. 2012). **Politische Entscheidungen**, so argumentieren insbesondere deliberative Demokratietheorien (Landwehr 2012), müssen als Ergebnis **rationaler Abwägung von Gründen** erkennbar sein. Das heißt nicht, dass sich Politik auf die Implementierung wissenschaftlich empfohlener Maßnahmen reduzieren sollte, wie dies manche Vertreter:innen einer epistemischen Demokratie fordern (vgl. Brennan 2017); hinter dieser Position steckt die irriige Annahme, dass es in der Politik sachlich richtige, also „objektiv“ überlegene Entscheidungen gibt, die mittels Deliberation nur gefunden werden müssen (Bogner 2021, S. 41). Der Anspruch auf Rationalität bezieht sich vielmehr auf das Zustandekommen der Entscheidung in Form eines transparenten Verständigungsprozesses, in dem öffentlich um die Abwägung verallgemeinerbarer Gründe gerungen wird (Habermas 1981).

Deliberation soll also sicherstellen, dass jeder am politischen Prozess Beteiligte Einblick in die guten Gründe der Anderen nehmen muss und nicht einfach individuelle Motive und Präferenzen ohne kritische Abwägung über alles stellt. Mit dem Austausch von Argumenten steigt die

Chance, dass Entscheidungen auch problemadäquat sind. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass alle relevanten Standpunkte im Entscheidungsfindungsprozess vertreten sind (Dryzek & Niemeyer 2008). Dieser Anspruch kann im Rahmen etablierter Institutionen (z. B. Parlament) oder durch erweiterte Partizipation und spezielle Beteiligungsformate realisiert werden. Die Vielfalt an Positionen und die konstruktive Auseinandersetzung mit Andersdenkenden, das Aufzeigen von Alternativen, die Ergebnisoffenheit und Transparenz der politischen Debatte – dies sind zentrale Aspekte, die dafür sorgen, dass sich die **Legitimität der Entscheidung durch die Qualität ihrer Genese** ergibt.

Offene demokratische Verfahren steigern auch das **Vertrauen** in die getroffenen Entscheidungen. Dies gilt gerade im Kontext von Impfen und Impfpflicht. Zwar steht jede Impfpflicht, wie Maya J. Goldenberg schreibt, im Gegensatz zu liberalen Grundwerten wie Freiheit und freie Entscheidung. „But laws also function to enable the public good by encouraging collective action, and they do so when they are created using democratic processes to ensure legitimacy and fairness. Not everyone will like the outcome, but fair procedure is valued and conducive to public trust.“ (Goldenberg, 2021, S. 176)

Diese Einschätzung wird durch empirische Studien unterstrichen: Vertrauen in Politik und Wissenschaft steigert die Impfbereitschaft (Cole, Schofer & Velasco, 2023; Zimmermann et al., 2023). Es greift deshalb zu kurz, Impfzögerlichkeit als Folge falscher Information zu verstehen. Denn Fehlinformationen oder Verschwörungsglauben können sich gerade dann festsetzen, wenn das Vertrauen bereits niedrig ist – und umgekehrt wirken auch richtige Informationen nur dann, wenn der Quelle vertraut wird (Kennedy, 2019; Pertwee, Simas & Larson, 2022). Das Gros der **Impfskepsis**, so argumentiert Goldenberg (2021), sollte insofern eher als eine **Vertrauenskrise** verstanden werden denn als Kreuzzug gegen wissenschaftliche Fakten. Hinzuzufügen wäre allerdings, dass diese Vertrauenskrise oft die Form einer Kontroverse über wissenschaftliche Tatsachen annimmt. Impfstudien fragwürdiger Qualität dienen in diesem Zusammenhang als strategisches Instrument, um gesichertes Wissen in Frage zu stellen.

Um das Vertrauen der Bürger:innen zu verdienen, ist die **Qualität des politischen Prozesses** von zentraler Bedeutung. Es muss öffentlich nachvollziehbar sein, dass es um echte Abwägungen geht und Politik sich nicht auf rituelle Handlungen oder die Ausführung anderweitig entworfener Pläne beschränkt. Demokratische Politik ist aus dieser Perspektive also viel mehr als das bloße Tun von Politiker:innen oder eine schlichte Methode zur Übertragung von „Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes“ (Schumpeter, 2005, S. 428).

Entpolitisierung heißt diesem Politikverständnis zufolge, dass die Entscheidungsfindung und -begründung der öf-

fentlichen Debatte entzogen wird. Eine solche Schließung der Debatte lässt sich durch verschiedene Mechanismen bewerkstelligen. Auf sachlicher Ebene liefert die **Rhetorik der Alternativlosigkeit** ein prominentes Beispiel: Die politische Entscheidung wird dem Rechtfertigungszwang entzogen, indem Alternativen – aus bestimmten politischen Motiven heraus – als irrational bzw. illegitim ausgeschlossen werden. Diese – an sich problematische – Entpolitisierung demokratischer Entscheidungen kann in bestimmten Situationen notwendig und gerechtfertigt sein (Pettit, 2004). Solche Ausnahmesituationen fasst Pielke (2007) im Begriff der „Tornado-Politik“ zusammen: Wenn sich der Tornado nähert, wollen wir nicht deliberieren, sondern von den Expert:innen wissen, was zu tun ist. Jedoch: Die Zeiträume, in denen Entpolitisierung legitim erscheint, sind kurz, das hat auch die Corona-Krise gezeigt: Zu Beginn der Krise – unter dem Eindruck der Bilder aus Bergamo – waren kontroverse politische Abwägungen ausgeblieben; dies galt angesichts des weitreichenden Wertekonsenses in der Gesellschaft, nämlich der allgemeinen Verpflichtung auf den Lebens- und Gesundheitsschutz, jedoch als unproblematisch.

Auf sozialer Ebene funktioniert der kategorische Ausschluss von Alternativen zum Beispiel dadurch, dass der politische Kontrahent als moralisch nicht satisfaktionsfähiger Gegner dargestellt wird. Diese **Moralisierung**, also die Vermessung des politischen Feldes nach dem Schema von Gut und Böse, **erschwert sachliche Auseinandersetzungen** extrem, weil sich die Empörung auf die Person des Gegners richtet (Lübbe, 2019). Schließlich bezieht sich moralische Kommunikation, also die Zuerkennung von Achtung oder Missachtung, auf die ganze Person und nicht auf spezifische Leistungen, die man – als Architektin oder Fußballer – in bestimmten Professionskontexten erbringt (Luhmann, 1990, S. 17–18). Moralisierte Konflikte neigen deshalb zur Eskalation, weil mit der Frage der Selbstachtung für alle Beteiligten alles auf dem Spiel steht. So wird der spezifische Streitgegenstand zur Identitätsfrage.

Moralisierung hat zur Voraussetzung, dass man ein bestimmtes Phänomen überhaupt erst einmal als ein moralisches Problem kennzeichnet. Ein aktuelles **Beispiel** dafür wäre der **Fleischkonsum**: Galt Fleischkonsum früher einmal als Indiz ökonomischer Prosperität, so ist er heute eine zutiefst moralische Frage. Damit bietet sich die Gelegenheit, den Ernährungsstil zum Anlass moralischer Bewertung zu machen. Moralisierung ist nicht zu verwechseln mit einer Reflexion über moralisch begründete Positionen. Eine solche reflexive Distanz zur Welt der (konkurrierenden) Werte wäre eher als Ethisierung zu bezeichnen (vgl. Bogner 2013). Moralisierung hingegen basiert auf einem hohen Engagement um die **Verteilung von Achtung und Missachtung**. Gerade in gesellschaftlichen Stresssituationen ergeben sich vielfältige Anlässe zur Moralisierung. Dies wird im Folgenden mit Blick auf die Pandemie deutlich werden.

3. CHRONOLOGIE DER IMPFPFLICHT IN ÖSTERREICH

Zum Jahresende 2020 wurden die ersten Menschen in Österreich mit dem Impfstoff von BioNTech/Pfizer geimpft. Allerdings war bis Mitte 2021 die Verfügbarkeit der Impfstoffe beschränkt; Impfungen wurden priorisiert vergeben. Das allgemeine Unbehagen galt nicht einer möglichen Impfpflicht, sondern der Vorstellung, dass es Privilegierte gäbe, die vorzeitig an die noch knappe Impfung kämen.

Dennoch wurde bereits 2020 – noch ehe ein Impfstoff in Österreich verfügbar war – die Frage der Impfpflicht vereinzelt aufgegriffen. So plädierten unter anderem der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und sein oberösterreichischer Kollege Thomas Stelzer für eine allgemeine Impfpflicht. Ersterer meinte, dass man Ungeimpfte im Zweifelsfall zu ihrem Glück zwingen müsse, und Letzterer, dass die Impfpflicht als letztes Mittel in Erwägung gezogen werden müsse, falls die nötige Impfquote nicht erreicht würde.¹ Die österreichische Bioethikkommission hingegen votierte im Mai 2021 aus Gründen der Verhältnismäßigkeit gegen eine allgemeine Impfpflicht, stellte aber eine Impfpflicht für Pflegeberufe in den Raum (Bioethikkommission, 2021). Auch seitens der Bundesregierung wurde eine allgemeine **Impfpflicht lange Zeit ausgeschlossen**. So sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz noch im Juli 2021: „Eine generelle Impfpflicht wird es nicht geben.“ Damals nahm die Debatte über die Impfpflicht kaum Fahrt auf und verblieb auf dem Niveau vereinzelter Stellungnahmen.²

Im Sommer 2021 wurde die Impfung dann als **Exit-Ticket aus der Pandemie** beworben. So sprach Bundeskanzler Kurz im Juni davon, dass die Pandemie für Geimpfte vorbei sei. Zudem ging man davon aus, dass die Pandemie enden würde, sobald eine ausreichend hohe Impfquote erreicht sei. Das deutsche Robert-Koch-Institut errechnete, dass mindestens 85 Prozent der über 12-Jährigen geimpft sein müssten, um bei minimalen Kontaktbeschränkungen eine Überlastung der Spitäler zu vermeiden (Wichmann et al., 2021). Im Spätsommer 2021 stagnierte jedoch die Impfquote um 75 Prozent, und es schien, als sei ein Ende der Pandemie auf der Basis von Freiwilligkeit nicht zu erreichen. Diese Einschätzung wurde auch innerhalb der österreichischen Bevölkerung geteilt: Lag die Zustimmung für eine Impfpflicht im Dezember 2020 noch auf einem Tiefstwert (60 Prozent dagegen), so stieg sie bis zum November 2021 auf einen Höchstwert (52 Prozent dafür) (Eberl, Partheymüller & Paul, 2021).³

¹ Positionierung Schützenhöfer, 13. Dezember 2020: <https://steiermark.orf.at/stories/3080287/>; letzter Zugriff am 12.11.2023; Positionierung Stelzer, 4. Dezember 2020: <https://kurier.at/politik/inland/covid-19-stelzer-kann-sich-impfpflicht-vorstellen/401120046>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

² Zitat Kurz, 14. Juli 2021: <https://www.puls24.at/news/politik/kurz-ansteckungszahlen-werden-massiv-steigen/239252>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

³ Zitat Kurz, 30. Juni 2021: <https://www.krone.at/2450595>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

Im Herbst 2021 stieg die Corona-Inzidenz bundesweit an, vor allem aber in Salzburg und Oberösterreich. Da die Bundesregierung eine Überlastung der Spitäler fürchtete, verhängte sie am 14. November einen bundesweiten „Lockdown für Ungeimpfte“. Wenige Tage zuvor erklärte Bundeskanzler Alexander Schallenberg auf einer Pressekonferenz die Idee hinter der Maßnahme, nämlich, dass es **keinen Lockdown „der Geimpften aus Solidarität für die Ungeimpften“** geben solle. „Dass zwei Drittel der Gesellschaft, die sozusagen alles richtig gemacht haben, jetzt in einen Lockdown wandern sollten wegen einem Drittel, die zaudern, zögern, oder Fake News aussitzen [...], hielte ich für den vollkommen falschen Weg.“ Darüber hinaus sagte er, dass über eine Impfpflicht nachgedacht werde, erwähnte dabei aber keine allgemeine, sondern nur eine für Gesundheitsberufe geltende Impfpflicht. Nur einen Tag nach dieser Pressekonferenz, am 12. November verkündete Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein eine Impfpflicht für Gesundheitsberufe.⁴

Am 19. November 2021 wurde schließlich auf der Landeshauptleute-Konferenz am Achensee zusammen mit dem vierten Lockdown eine **allgemeine Impfpflicht verkündet**. Die Verkündung der Impfpflicht kam überraschend, selbst für einschlägige Expert:innen, die in zentralen Beratungsgremien saßen und somit nah an der Politik dran waren. Die Entscheidungsträger:innen begründeten ihre Entscheidung damit, dass aufgrund der steigenden Fallzahlen wieder ein Lockdown für alle notwendig sei; weitere Lockdowns ließen sich in Zukunft aber nur mithilfe der Impfpflicht vermeiden. Nachdem den Geimpften das Ende der Pandemie versprochen worden war, diene die Impfpflicht auch symbolisch als Versprechen, dass dies wirklich der letzte allgemeine Lockdown werden würde. Dass die Impfpflicht nach einer Landeshauptleute-Konferenz verkündet wurde, war außergewöhnlich, da noch keine Debatte über die Impfpflicht im Nationalrat geführt wurde und nur dieser formal zu einem solchen Beschluss fähig ist. Insofern handelte es sich hierbei um die Verkündung eines geschlossenen Kompromisses sowie der Absicht, nun ein Gesetz auf den Weg zu bringen.⁵

Nach der Verkündung der Impfpflicht im November 2021 wurde ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet und in den Nationalrat eingebracht. Das **Impfpflichtgesetz** hatte **Rahmencharakter**, weil es nicht umgehend die Impfpflicht einführt, sondern diese von einer Prüfung der Verhältnismäßigkeit abhängig machte. Im Vorfeld der Nationalratsde-

batte fand am 17. Jänner 2022 ein Expertenhearing im Gesundheitsausschuss statt, bei dem drei Jurist:innen und zwei Mediziner:innen gehört wurden. Es ging vor allem um die Frage, ob das Gesetz verfassungskonform sei und die Impfstoffe auch gegen Omikron wirkten. Um der Regierung eine Entscheidungsgrundlage zu geben, wam die Impfpflicht „scharf“ zu stellen sei, wurde eine vierköpfige Kommission zum begleitenden Impfpflicht-Monitoring eingesetzt, mit zwei Fachleuten aus Medizin und Virologie sowie zwei Jurist:innen. Obwohl die Entscheidung letztlich beim Gesundheitsminister verblieb, wäre es realpolitisch schwierig gewesen, sich gegen die Einschätzung dieser Kommission zu stellen. Am 20. Jänner 2022 fand schließlich eine **Debatte im Nationalrat** statt, nach der mit großer Mehrheit das Impfpflichtgesetz verabschiedet wurde. **137 von 170 Abgeordneten** stimmten **dafür**. Gegen das Gesetz stimmten alle Abgeordneten der FPÖ sowie vier Abgeordnete der NEOS und ein Abgeordneter der SPÖ.⁶

Mit Februar 2022, nachdem auch der Bundesrat mehrheitlich zugestimmt hatte, trat das Impfpflichtgesetz in Kraft, jedoch begann vorerst eine Übergangsperiode, in der noch keine Strafen verhängt werden sollten. Gelten sollte die Impfpflicht für alle Volljährigen mit Hauptwohnsitz in Österreich, mit der Ausnahme von Schwangeren, von Genesenen (für die Dauer von 180 Tagen) und jenen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können. Noch bevor die Strafen wie ursprünglich geplant am 15. März 2022 anliefen, beschloss der neu ins Amt gekommene Gesundheitsminister Johannes Rauch, die **Impfpflicht auszusetzen**. Diese Entscheidung wurde mit der milderen pandemischen Lage durch die Omikron-Variante begründet. Die Basis für diese Entscheidung bildete der erste Bericht der Monitoring-Kommission vom 8. März 2022. Letztlich wurde die **Abschaffung des Impfpflichtgesetzes** von der Bundesregierung am 23. Juni 2022 verkündet und zwei Wochen später vom Nationalrat vollzogen. Wiederum war ein Bericht der Impfpflicht-Monitoring-Kommission entscheidend, der am 23. Mai 2022 veröffentlicht worden war. Somit wurde das Impfpflichtgesetz abgeschafft, bevor die Impfpflicht jemals wirksam geworden war.

4. DEBATTEN UM DIE IMPFPFLICHT IN DEUTSCHLAND UND DER SCHWEIZ

Im Folgenden wird in aller Kürze der Ablauf der Impfpflichtdebatte in Deutschland (4.1) und der Schweiz (4.2) dargestellt. Letztlich haben weder die Schweiz noch Deutschland eine Impfpflicht eingeführt. Doch dieses Ergebnis ist in unserem Zusammenhang gar nicht entscheidend. Interessant an dem Dreiländervergleich ist vielmehr die Tatsache, dass der politische Entscheidungsprozess

⁴ Bundesregierung verkündet Lockdown für Ungeimpfte, 14. November, 2021: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/nachrichten-der-bundesregierung/2021/11/bundeskanzler-schallenberg-bundesweiter-lockdown-fuer-ungeimpfte.html>; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Schallenberg transkribiert aus einer Pressekonferenz mit Landeshauptmann Wallner vom 11. November 2021: <https://www.youtube.com/watch?v=Byd-JOleUQcw> [Zitat beginnt bei 13:05]; letzter Zugriff am 12.11.2023.

⁵ Die Begründung lässt sich der Pressekonferenz am Achensee vom 19. November entnehmen: <https://www.youtube.com/watch?v=oDV9sJJ1v0>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

⁶ 137 von 170 Stimmen für das Gesetz, 20. Jänner 2022: https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2022/pk0057/; letzter Zugriff am 12.11.2023.

über eine solche Maßnahme ganz unterschiedliche Formen annehmen kann.

4.1 ERGEBNISOFFENHEIT UND VIELFALT – DIE DEUTSCHE DEBATTE

In Deutschland hatte sich die **Regierung** frühzeitig **gegen eine Impfpflicht** festgelegt und diese Position noch bis in den Herbst 2021 hinein vertreten. Der scheidende Gesundheitsminister Jens Spahn sagte Anfang November 2021 in einem „Spiegel“-Interview: „Wollen Sie im Ernst über eine allgemeine Impfpflicht reden? [...] Das ist absurd, eine allgemeine Impfpflicht wäre nicht durchzusetzen. Das würde unser Land zerreißen.“ In ähnlicher Weise hatte sich auch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel geäußert. „Es wird keine Impfpflicht geben“, erklärte sie im Juli 2021.⁷

Doch schon kurz darauf entwickelte sich in Deutschland eine Debatte darüber, unter welchen Bedingungen und mit welchen Mitteln man Druck auf Ungeimpfte ausüben dürfe. Anlass dafür war die Tatsache, dass mittlerweile – anders als zum Jahresbeginn 2021 – zwar genügend Impfstoff vorhanden war, die **Impfquote** nach Berechnungen des Robert-Koch-Instituts jedoch **zu niedrig** war (Wichmann et al. 2021).

Im Herbst 2021 intensivierte sich die öffentliche Debatte, nicht zuletzt angesichts der steil ansteigenden Zahl von Corona-Patient:innen in den Intensivstationen.⁸ Zahlreiche Beiträge und Stellungnahmen kamen von Seiten der Wissenschaft, der Politik sowie von Interessenverbänden wie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung oder der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Im Dezember 2021 beschloss der Deutsche Bundestag auf Initiative der Länder bereits **eine Impfpflicht in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen**. Diese einrichtungsbezogene Impfpflicht war von März bis Dezember 2022 in Kraft, auf Basis einer Änderung des Infektionsschutzgesetzes.

Zum Jahresende 2021 verzeichnete man einen Höchststand bei der Zustimmung der Bevölkerung zu einer allgemeinen Impfpflicht. Verschiedenen repräsentativen Umfragen zufolge befürworteten rund **70 Prozent der Befragten** zu diesem Zeitpunkt eine **allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren**. Noch im Juli hatte es sich fast genau andersherum verhalten (Rieger, et al. 2022). Der „Spiegel“ berichtete auf Basis einer eigenen Umfrage Ende November, also kurz nach der österreichischen „Achensee-Konferenz“, dass sich die große

Mehrheit der Deutschen genau so etwas wie die gerade in Österreich eingeführte Impfpflicht wünsche. Nur ein Fünftel lehnte eine Maßnahme wie in Österreich ab.⁹

Um die Politik in dieser Orientierungsphase wissenschaftlich zu unterstützen, beauftragte die Bundesregierung Anfang Dezember 2021 den **Deutschen Ethikrat** mit einer ethischen Bewertung der allgemeinen Impfpflicht. Nur drei Wochen später legte der Ethikrat eine umfangreiche und differenzierte Ad-hoc-Stellungnahme vor (Deutscher Ethikrat, 2021). Eine Mehrheit sprach sich für eine allgemeine Impfpflicht aus; andere plädierten für eine Ausweitung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und eine kleine Minderheit gegen jede Ausweitung der Impfpflicht. Doch diese Mehrheitsverhältnisse machen nicht den Kern der Stellungnahme aus. Im Zentrum steht vielmehr eine sorgfältige **Kartierung der zentralen Argumente** (pro und contra), welche die ganze Komplexität des Problems deutlich macht. Darüber hinaus wird auch das Problem zunehmender Polarisierung aufgegriffen.

Schon in einer früheren Stellungnahme hatte der Ethikrat zusammen mit der Leopoldina und der Ständigen Impfkommision (STIKO) angemahnt, dass auf Bedenken gegenüber der Impfung „respektvoll eingegangen werden“ müsse, und zwar auch dann, wenn es sich um wissenschaftliche uninformierte oder unhaltbare Überzeugungen handle (STIKO, Deutscher Ethikrat & Leopoldina, 2020, S. 5). Die **Warnung vor einer weiteren Radikalisierung** im Zuge der Impfpflicht-Kontroverse wurde vom Ethikrat im Dezember 2021 erneuert. Allerdings wies das Gremium auch darauf hin, dass gerade *keine* Impfpflicht ebenfalls zur Polarisierung beitragen könne, weil nämlich neue Pandemiewellen zu wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen könnten, die womöglich die gesellschaftliche Spaltung vorantreiben könnten. Letztlich, so machte der Ethikrat damit deutlich, sei eine genuin politische Entscheidung notwendig.

Die Politik reagierte. Wenige Wochen nach der Empfehlung des Ethikrats, Ende Jänner 2022, wurde im Bundestag eine **kontroverse „Orientierungsdebatte“** abgehalten. Es stand kein spezieller Antrag zur Abstimmung; vielmehr kam es zu einem **breiten Austausch von Argumenten und Bedenken**. 44 Abgeordnete stellten in dieser Debatte ihre Ansichten zur Impfpflicht bzw. zum Verlauf der Krise dar; viele erklärten, sie seien noch unentschieden und daher an einem konstruktiven Austausch der Argumente interessiert. Kurz darauf, am 17. März 2022, berieten die Parlamentarier:innen dann erstmals über konkrete Vorschläge zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht. Fünf Entwürfe standen zur Diskussion, drei fraktionsübergreifende Initiativen sowie zwei Anträge aus den Fraktionen von CDU/CSU sowie der Alternative für Deutschland (AfD).

⁷ Zitat Spahn, 11. November 2021: <https://www.spiegel.de/politik/jens-spahn-cdu-zur-corona-lage-eine-impfpflicht-wuerde-unser-land-zerreißen-a-f1aad520-ed67-4ca1-be47-40a85946399d>; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Merkel, 13. Juli 2021: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-07/angela-merkel-corona-impfung-impfpflicht-pk-rki-jens-spahn>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1181959/umfrage/intensivmedizinische-behandlungen-von-corona-patienten-in-deutschland/>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

⁹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-in-deutschland-grosse-mehrheit-laut-spiegel-umfrage-fuer-impfpflicht-a-efa74ee2-1229-44f9-b07a-a113ad547088>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

Wirtschaftsminister Robert Habeck, der für die allgemeine Impfpflicht eintrat, sprach wohl vielen aus der Seele, als er sagte: „Bringen wir diese Pandemie endlich hinter uns! Erledigen wir das Virus, und kehren wir dann zur Freiheit zurück.“¹⁰

Nach einer öffentlichen Sachverständigenanhörung im Gesundheitsausschuss am 21. März 2022 wurde am 7. April in einer abschließenden Sitzung des Bundestags über vier interfraktionelle Anträge zur Impfpflicht verhandelt. Die Anträge reichten von einer Impfpflicht für alle ab 18 Jahren über eine Pflicht ab 50 Jahren bis zu einem vollständigen Nein zur Impfpflicht. Es war eine **Parlamentsdebatte mit offenem Ausgang** und ohne Fraktionszwang. Das heißt, die Abgeordneten waren explizit nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen. Nach einer fast fünfstündigen Debatte ergab sich in der Abstimmung **keine Mehrheit** für irgendeinen der vorgelegten Anträge, auch nicht für die allgemeine Impfpflicht. Die Idee einer allgemeinen Impfpflicht wurde von der deutschen Regierung nach dieser Debatte nicht mehr aufgegriffen. Mit der Ausbreitung der Omikron-Variante änderte sich außerdem die epidemiologische Beurteilung der Lage.

4.2 „EIN FREIWILLIGER AKT“ – ZUR IMPFPFLICHT IN DER SCHWEIZ

In der **Schweiz** verlief die Debatte um eine Impfpflicht¹¹ **signifikant anders** als in Österreich und Deutschland, trotz einer vergleichbaren Ausgangslage. Die Impfquoten waren in der Schweiz ähnlich oder minimal niedriger als in Österreich, und es gab sowohl Impfpflichter als auch eine radikalisierte Minderheit, für welche die Impfung zu einem roten Tuch geworden war. Rechtlich gesehen ermächtigt das geltende Epidemie-Gesetz Kantone zwar zur Einführung einer Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen, aber weder zu dessen Sanktionierung noch zu einer bevölkerungsweiten Pflicht. Dementsprechend hätte – ähnlich wie in Österreich – ein Gesetz verabschiedet werden müssen, um den Bundesrat oder die Kantone zum Beschluss einer allgemeinen Impfpflicht zu berechtigen. Zu einem Vorstoß mit einem derartigen Gesetzesentwurf kam es jedoch nie. Die Schweiz schlug einen anderen Kurs bezüglich der Impfpflicht ein.

Eine Impfpflicht stand lange kaum zur Debatte. **Gesundheitsminister** Alain Berset betonte die Freiwilligkeit der Impfung und beteuerte schon im Herbst 2020, dass **keine Impfpflicht vorgesehen** sei, und behielt diese Position bis zum Ende der Pandemie bei. Ebenso positionierte sich die Nationale Ethikkommission (NEK-CNE) im Bereich der Hu-

manmedizin klar gegen eine allgemeine sowie gegen eine berufsgruppenbezogene Impfpflicht – anders als der Deutsche Ethikrat und die Österreichische Bioethikkommission (NEK-CNE, 2021). Wie auch die NEK betonte, werden die Werte der Eigenverantwortung und individuellen Freiheit in der Schweiz besonders stark gewichtet; staatliche Eingriffe in die Autonomie mittels restriktiver Maßnahmen sind daher besonders stark begründungspflichtig – und unpopulär. Politiker:innen scheuten sich lange, dieses heiße Eisen in die Hand zu nehmen.¹²

Nachdem Österreich eine Impfpflicht verkündet hatte, nahm die Debatte im Herbst 2021 letztlich doch Fahrt auf. Der Sozialdemokrat Fabio Molina, Mitglied des Nationalrats, trat am 30. November für eine allgemeine Impfpflicht ein. Er argumentierte, dass die **Impfpflicht verhältnismäßiger als weitere Lockdowns** sei und dass sich die Krise mit Eigenverantwortung allein nicht lösen lasse. Am selben Tag äußerte sich Gesundheitsminister Alain Berset in geduldigem Ton, ohne Zeitdruck aufzubauen: „Klar bleibt, dass für die Leute, die sich noch nicht geimpft haben, es ist noch Zeit. Es ist wirklich jetzt Zeit, es noch zu tun für die schwierigen Monate, die wir haben [werden]. [...] Wir haben immer gesagt: Bei uns ist die Impfung ein freiwilliger Akt, und das wollen wir respektieren.“¹³

In den folgenden Wochen entwickelte sich eine lebhaftere Debatte. Die Christdemokratin Ruth Humbel, Mitglied des Nationalrats, argumentierte gegen eine allgemeine und berufsgruppenbezogene Impfpflicht, aber für eine Impfpflicht für über 65-Jährige. Der Basler Präsident der Gesundheitsdirektoren Lukas Engelberger argumentierte gegen jedwede Impfpflicht, weil die damit aufgebaute „Drohkulisse“ die Impfmotivation gefährde, „denn um ein Impfblogitorium durchzusetzen, müssten wir so harte Methoden anwenden, dass das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat langfristig schwer beschädigt würde“. Medial wurden verschiedene Versionen einer Impfpflicht diskutiert, wobei durchweg klar blieb, dass es sich hierbei um eine **ergebnisoffene Debatte** handelte, da niemand auf das Argument eines politisch oder wissenschaftlich begründeten Sachzwangs zurückgriff. Umfragen zufolge waren im November 2021 sogar 57 Prozent der Schweizer:innen für eine Impfpflicht; dennoch verebbte die Debatte über die

¹⁰ Zitat Habeck aus dem Wortprotokoll des Deutschen Bundestags, 20. Wahlperiode, 21. Sitzung, 17. März 2022: <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20021.pdf#P.1503,S.1506>.

¹¹ In der Schweiz wird eine Impfpflicht i. d. R. als *Impfblogitorium* bezeichnet, im Sinne der Einheitlichkeit bleiben wir jedoch beim Begriff der Impfpflicht.

¹² Positionierung Berset, 14. November 2021: <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/es-wird-heiss-diskutiert-und-viel-spekuliert-die-nachricht-vom-impfstoff-elektrisiert-die-coronaskeptiker-ld.1279624>; letzter Zugriff am 12.11.2023; <https://magazin.nzz.ch/schweiz/coronadie-schweiz-ringt-um-die-impfpflicht-ld.1658670>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

¹³ Positionierung Molina, 30. November 2021: <https://www.srf.ch/news/schweiz/heikles-thema-im-club-impfpflicht-fabian-molina-sp-und-operation-libero-sind-dafuer>; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Berset transkribiert aus Video-Interview im SRF, 30. November 2021: <https://www.srf.ch/news/schweiz/corona-verschaerfungen-kommt-eine-impfpflicht-auch-in-der-schweiz-herr-beret> [Zitat beginnt bei 4:25]; letzter Zugriff am 12.11.2023.

Impfpflicht letztendlich in den Wogen der Omikron-Variante.¹⁴

Am 16. Februar 2022 wurden die meisten COVID-19-Maßnahmen aufgehoben. Einen Tag davor veröffentlichte das zentrale Beratungsgremium der Regierung, die COVID-19-Taskforce, eine Lagebeurteilung mitsamt Szenarien und Handlungsoptionen für die nächsten zwölf Monate. Hierin hieß es: „Falls [...] sich abzeichnen würde, dass eine starke epidemische Welle zu einer Überlastung des Gesundheitssystems führen könnte [...], muss die Frage nach einem Impfblogatorium geklärt sein. Dies ist eine gesellschaftliche, rechtliche und ethische Frage, die einen **breiten Diskurs** [...] erfordert“ (Swiss National COVID-19 Science Taskforce, 2022). Neben der Taskforce war die EKIF (Eidgenössische Kommission für Impffragen) beratend tätig, doch auch sie hielt sich bei der Frage eines Obligatoriums zurück und übte diesbezüglich nie Druck auf die Politik aus. Dieser Wille zum ergebnisoffenen Dialog war in der Schweiz selbst in Zeiten greifbar, als sich die Krise zuspitzte und eine Mehrheit in der Bevölkerung für die allgemeine Impfpflicht votierte.

Was macht unser Ländervergleich deutlich? Der Vergleich zeigt, dass die **Schweiz und Deutschland** in politischer Hinsicht mit der Impfpflicht **anders als Österreich umgegangen** sind. Mit Blick auf Deutschland wird deutlich, dass der parlamentarische Prozess als Möglichkeit zu einer offenen, nicht parteigebundenen Auseinandersetzung verstanden und genutzt wurde. Auf diese Weise kam es zu einer gründlichen Abwägung von Pro- und Contra-Argumenten, jenseits parteipolitischer Konfliktlinien, und damit zur Versachlichung. Im Blick auf die Schweiz lässt sich erkennen, dass die Werte der individuellen Freiheit und Eigenverantwortung in der politischen Rhetorik auch noch zu einem Zeitpunkt hochgehalten wurden, als die Mehrheit für eine Impfpflicht votierte. Auf diese Weise wurde selbst in einer zugespitzten Krisenphase ein respektvoller Umgang mit Andersdenkenden beibehalten.

5. DIE IMPFPFLICHT – KOMPROMISS OHNE KONTROVERSE

Mit Blick auf die Impfpflicht geht es im Folgenden um eine Rekonstruktion und Bewertung der politischen Entscheidungs- und Kompromissbildung. Unsere Analyse basiert auf empirischer Forschung sowie auf der in Abschnitt 2 vorgestellten theoretischen Grundlage.¹⁵ Zunächst wird ge-

zeigt, dass dem überraschenden politischen Kompromiss („Achensee“) eine kontroverse, ergebnisoffene Debatte weder vorausging noch nachfolgte (5.1). Anschließend wird gezeigt, dass eine Rhetorik der Alternativlosigkeit die politische Begründung der Impfpflicht dominierte; es werden auch deren Konsequenzen analysiert (5.2). Abschließend wird gezeigt, dass der Streit um das Impfen und die Impfpflicht rasch moralisch aufgeladen war. Dabei wird deutlich, dass Moralisierung das konstruktive Austragen von Zielkonflikten erschwert (5.3).

5.1 DAS BREITE DESINTERESSE AN POLITISCHER DEBATTE

Die Impfpflicht kam als überraschender politischer Kompromiss auf der erwähnten Konferenz der Landeshauptleute am **Achensee** zustande. Diese Entscheidung bildete damit nicht den nachvollziehbaren Abschluss einer vorangegangenen öffentlichen Debatte, sondern erschien als **politische Ad-hoc-Lösung**. Man wollte mit Blick auf die sich abzeichnende Extrembelastung des Gesundheitssystems und wohl auch angesichts der Turbulenzen, in die die Regierungskoalition nach dem Abgang von Kanzler Kurz geraten war, „so rasch wie möglich die inhaltliche Arbeit wieder aufnehmen“, wie es Bundeskanzler Schallenberg bei seiner Regierungserklärung formulierte.¹⁶ Die Situation schien ernst, die Inzidenzzahlen stiegen steil an, und Oberösterreich sowie Salzburg waren bereits in einem Lockdown. Der Achensee-Kompromiss wurde von den Beteiligten wiederholt als ein (notwendiger) „Schulterschluss“ bezeichnet, einerseits zwischen Bund und Ländern, andererseits zwischen ÖVP, SPÖ und Grünen. Damit wollte man einer parteipolitischen Aufladung dieses heiklen Themas zuvorkommen.

Das **Bild des Schulterschlusses** erinnert an den Beginn der Krise, als sich die Regierung auf eine breite Unterstützung verlassen konnte. Im Herbst 2021 war freilich längst offensichtlich geworden, dass es in der Pandemie-Politik unterschiedliche Wege gab. Die Krise wurde – basierend auf divergierenden Werten und Interessen – unterschiedlich interpretiert und die Maßnahmen entsprechend kontrovers beurteilt. In dieser späten Krisenphase muss „Tornado-Politik“ ohne Abwägungsprozess darum als eine Entpolitisierung bezeichnet werden (vgl. Abschnitt 2): als eine Strategie, welche die Legitimation von politischen Entscheidungen nicht in den deliberativen Prozessen offener Debatten sucht.

¹⁴ Positionierung Humbel, 6. Dezember 2021: <https://www.blick.ch/politik/mitte-nationalraetin-ruth-humbel-fordert-impfpflicht-fuer-senior-id17044281.html>; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Engelberger, 4. Dezember 2021: <https://magazin.nzz.ch/schweiz/corona-die-schweizeringt-um-die-impfpflicht-ld.1658670>; letzter Zugriff am 12.11.2023; Umfrage Impfpflicht, 24. November 2021: <https://orf.at/stories/3237678/>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

¹⁵ In unserer Analyse haben wir von insgesamt 17 Interviews profitiert, die wir im Frühjahr und Sommer 2023 mit Fachleuten aus Politik, Verwal-

tung und Wissenschaft geführt haben. Darüber hinaus stützen wir uns auf Pressekonferenzen, insbesondere des Bundeskanzlers und des Gesundheitsministers, bezüglich der Impfpflicht im Zeitraum vor und nach der Verkündung der Impfpflicht. Ebenso ausgewertet wurden Medienberichte österreichischer Zeitungen sowie Parlamentsdebatten und das Expertenhearing zu diesem Thema.

¹⁶ Zitat Schallenberg transkribiert aus der Regierungserklärung, 12. Oktober 2021, https://www.youtube.com/watch?v=IBCSDC_yfLc [Zitat beginnt bei 3:00]; letzter Zugriff am 12.11.2023.

Anstelle eines gesellschaftlichen Verständigungsprozesses und einer Abwägung von Optionen geht es eher um den strategischen Ausschluss von Gegenstimmen.

Im Fall der Impfpflicht fiel die Entscheidung im Rahmen einer nicht-öffentlichen Konferenz. Der Abwägungsprozess war weder transparent noch öffentlicher Deliberation zugänglich. Wichtiger noch: Es gab auch im Vorfeld der Entscheidung **keine strukturierte, plurale und ergebnisoffene Debatte**. War zu Beginn der Pandemie die Impfpflicht von Kanzler Kurz noch gänzlich ausgeschlossen worden, wurde sie im weiteren Verlauf seitens der Politik eher sporadisch behandelt. Erst eine Woche vor ihrer Verkündung wurde die Impfpflicht prominent thematisiert. Am 11. November 2021 sprach Bundeskanzler Schallenberg auf einer Pressekonferenz darüber, dass man über eine sektorale Impfpflicht reden müsse – erwähnte eine allgemeine Impfpflicht aber mit keinem Wort. Am 17. November brachte Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) dann eine allgemeine Impfpflicht ins Spiel und erklärte, dass diese Maßnahme diskutiert werde. Von wem und mit welchen Argumenten blieb dabei allerdings offen.¹⁷

Auch die **Nationalratsdebatte** vom 20. Jänner 2022, in der das Impfpflichtgesetz verabschiedet wurde, war nicht geeignet, eine kontroverse Diskussion unter Abwägung von Alternativen anzustoßen. Dies lag daran, dass in der Nationalratsdebatte nur der Gesetzesantrag der Regierung zur Diskussion stand. Anstatt also in einer ergebnisoffenen Debatte mehrere gut begründete Optionen abzuwägen, beschränkte man sich darauf, **für den Regierungsentwurf zu werben** oder dagegen zu polemisieren. Eine Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang der Beitrag des NEOS-Abgeordneten Gerald Loacker dar. Er war einer von fünf Abgeordneten außerhalb der FPÖ, der gegen den Entwurf stimmte und der einzige, der dazu einen Redebeitrag formulierte. Er kritisierte, dass die plötzliche Durchsetzung einer Impfpflicht das Vertrauen in die Regierung beschädige; außerdem sei gegenwärtig nicht klar, ob die Impfpflicht eine zukünftige Überlastung des Gesundheitssystems verhindern könne.¹⁸ Während also individuelles Interesse an einer konstruktiven Auseinandersetzung durchaus vorhanden war, bildete sich auf der politischen Ebene ein solches Interesse nicht ab. Schließlich wurden Beiträge, die eine sorgfältige Abwägung betrieben und jenseits der bloßen Fraktionsdisziplin operierten, durch die **bereits gefällte Entscheidung** gewissermaßen im Vorhinein entwertet.

¹⁷ Bundeskanzler Schallenberg am 11. November 2021: Pressekonferenz im Anschluss an das Arbeitsgespräch mit Landeshauptmann Wallner: <https://www.youtube.com/watch?v=BydJOleUQcw> [Zitat beginnt bei: 15:15]; letzter Zugriff am 12.11.2023; Elisabeth Köstinger: <https://www.diepresse.com/6062117/regierung-zu-impfpflicht-das-ist-eine-massnahme-die-diskutiert-wird>; letzter Zugriff am 12.11.2023.

¹⁸ Die Rede Gerald Loackers findet sich in der Plenarsitzung des Nationalrates vom 20. Jänner 2022: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/139/fname_1463126.pdf auf Seite 232.

Faktisch hatte man bereits am Achensee die Impfpflicht beschlossen – auch wenn formal gesehen nur der Nationalrat beschlussfähig ist. Dennoch stand außer Frage, dass die Regierungsfractionen ihren eigenen Gesetzesentwurf geschlossen unterstützen würden. Da auch die Opposition keinerlei Initiative ergriff, um den Regierungsentwurf mit tragfähigen Alternativen zu konfrontieren, brachte sie ihrerseits ein begrenztes Interesse an konstruktiver Debatte zum Ausdruck.

Mit Blick auf den politischen Prozess, der zur Verabschiedung der Impfpflicht führte, kann man also sagen: Die Regierung hat mit der **Verkündung der Impfpflicht** *de facto* die **Debatte geschlossen** und den Gegner:innen der Maßnahme dadurch signalisiert, dass ihre Meinungen und Beiträge nicht mehr wichtig sind. Das heißt, während im Vorfeld der LH-Konferenz eine öffentliche Debatte fehlte, war sie nach Verkündung des Quasi-Beschlusses entwertet. Damit wurde die Impfpflicht einer systematischen politischen Deliberation weitgehend entzogen. Diese Entpolitisierung wirkte im weiteren Verlauf der Pandemie auf paradoxe Weise politisierend: Mangels einer kontroversen und ergebnisoffenen Debatte im Vorfeld wurden die Auseinandersetzungen um die Impfpflicht eigentlich erst nach ihrer offiziellen Verkündung wirklich geführt – dann aber in Form eines Protests, der für besonnene Kritik und differenzierte Zwischentöne keinen Platz mehr ließ.

5.2 DIE RHETORIK DER ALTERNATIVLOSIGKEIT

Die Verkündung der Impfpflicht im November 2021 kam plötzlich und ließ damit keinen Raum für eine Abwägung unter Einbeziehung aller maßgeblichen Stimmen aus Wissenschaft, Interessenverbänden und Zivilgesellschaft. Man hatte am Achensee einen Kompromiss gefunden und damit ganz offensichtlich eine politische Entscheidung getroffen. In der politischen Legitimationsrhetorik wurde der politische Charakter dieser Entscheidung allerdings durch Hinweis auf deren „**Alternativlosigkeit**“ verschleiert. Die Regierung wollte, überspitzt formuliert, nicht als Entscheiderin in Erscheinung treten und präsentierte ihre Entscheidung daher als einzig rationale Reaktion auf einen Sachzwang, der sich aus der niedrigen Impfquote ergab. Neben dem Verstecken der politischen Entscheidung lässt sich in der Rhetorik der Alternativlosigkeit noch ein zweites Element finden: Eine Illusion der Ideologiefreiheit. Als Zwang der faktischen Umstände argumentiert, scheint die Entscheidung gleichsam durch eine höhere normative Instanz festgelegt, keinesfalls aber durch Ideologie oder Parteidisziplin.

So erklärte Bundeskanzler Schallenberg am 19. November 2021 auf der Pressekonferenz am Achensee: „Lange Zeit war es politischer Konsens, dass wir in diesem Land keine Impfpflicht wollen. Wir müssen aber der Realität ins Auge schauen. [...] Die Impfquote nachhaltig zu erhöhen – und ich glaube, da sind wir uns alle einig –, die Impfquote nach-

haltig zu erhöhen ist unser einziger Weg, um aus diesem **Teufelskreis von Viruswellen** und Lockdown-Diskussionen endgültig rauszukommen.“ Der damalige Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) diagnostizierte in ähnlicher Weise die Alternativlosigkeit der Entscheidung: „Wir haben [...] erreicht, dass jetzt 67 Prozent der Gesamtbevölkerung geimpft sind [...], aber aus epidemiologischer Sicht reicht das nicht. [...] jetzt gibt es keine andere Möglichkeit, die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ist alternativlos“. Ebenso argumentierte im Nationalrat der Abgeordnete Werner Saxinger (ÖVP): „Ich bin kein Freund und war nie ein Freund der Impfpflicht, aber sie ist aus meiner Sicht alternativlos, weil eben die Durchimpfungsrate nicht so hoch ist, wie sie sein sollte“.¹⁹

Aus den angeführten Zitaten wird auch ersichtlich, welche Bedeutung die zur Beschreibung der Lage gewählten Parameter für eine Rhetorik der Alternativlosigkeit haben. Gesundheitsminister Mückstein beispielsweise zog die **Durchimpfungsquote** der Gesamtbevölkerung zur Beurteilung der pandemischen Lage heran. Dies ist ohne Frage eine wichtige und relevante **Metrik der Epidemiologie**, wirkt in diesem Fall aber auch als *Problem-Framing*. Denn die spezifische Formulierung der Problemstellung ist ausschlaggebend dafür, welche möglichen Lösungen überhaupt sichtbar werden (vgl. Kapitel II, Fallstudie 4, Abschnitt 4.1). Die Rhetorik des Sachzwangs basiert also auf einem Problem-Framing, das die Impfquote zentral stellt – auf Kosten aller anderen Dimensionen der Pandemie. Doch erst die Kombination dieses Problem-Framings mit dem gleichzeitigen Verstecken der politischen Entscheidungsspielräume ließ die Impfpflicht als „wissenschaftlich alternativlos“ erscheinen.

Die politische Debatte zur Impfpflicht ist darüber hinaus in auffälliger Weise von einer **Rhetorik des Bedauerns** geprägt. So führte beispielsweise Bundeskanzler Schallenberg nach der LH-Konferenz am 19. November aus: „Wir haben eine gemeinsame Verantwortung, und wir haben gehofft [...], dass die Menschen freiwillig zu Impfung gehen, [...] wir sind draufgekommen, leider Gottes, dass dem nicht so ist. [...] Weshalb wir jetzt – leider – gezwungen sind, diese Maßnahmen zu treffen“. In ähnlicher Weise erklärte die SPÖ-Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner in der Nationalratsdebatte vom 20. Jänner 2022: „Die verpflichtende Schutzimpfung gegen Corona, die wir uns alle nicht gewünscht haben, ist leider notwendig geworden, um die Impflücke, die es in Österreich noch immer gibt, zu schließen.“ Wenn

Politiker:innen beteuern, „leider“ zu einer Entscheidung gezwungen zu sein, stehen sie sozusagen persönlich – und damit in authentischer Weise – für die Entscheidung ein. Schließlich hätten sie die Entscheidung, wenn es nur irgendwie gegangen wäre, anders gefällt. Mit ihrem Rekurs auf einen gegebenen **Sachzwang** leugnen sie ihren eigenen Handlungsspielraum und entziehen die gegenständliche Maßnahme der politischen Debatte; sie entpolitisieren damit den Prozess.²⁰

Ein letzter Punkt: Die Rhetorik der **Alternativlosigkeit** eröffnet radikalen Maßnahmengegner:innen die Gelegenheit, sich erfolgreich als **einzige Alternative** oder sogar als letzte Bastion der Freiheit zu inszenieren – ohne überhaupt einen sinnvollen Gegenvorschlag machen zu müssen. Diese Chance ergriff FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl in der Nationalratsdebatte zur Impfpflicht und präsentierte seine Partei quasi als „Alternative für Österreich“: „[...] weil wir die Einzigen sind, die bei diesem Irrsinn nicht mitmachen; weil wir Ihren totalitären Anwendungen die Stirn bieten; weil wir dagegen stimmen, und weil wir damit ohne Wenn und Aber die Freiheit der österreichischen Bevölkerung verteidigen.“²¹ Die Regierung erscheint auf diese Weise als eine abgehobene Instanz, die von oben herab eine Politik verkündet, die an den „wahren“ Interessen des „Volkes“ vorbeigeht. Kurzum, eine Politik, die ihre Entscheidungen kategorisch außer Streit stellt, läuft Gefahr, **populistischen Stimmen unfreiwillig die Bühne zu bereiten** und die Kontroverse zu verschärfen. Auch das lehrt die Impfpflichtdebatte: Wer die eigene Position gegen Kritik immunisiert, um politische Zielkonflikte zu vermeiden, ersetzt echte Deliberation durch rhetorischen Schlagabtausch.

5.3. DIE MORALISIERUNG DER IMPFUNG

In der Nationalratsdebatte zur Impfpflicht erklärte Sigrid Maurer, Klubobfrau der Grünen, in ihrer Rede: „Die Impfung ist der Weg aus dieser Pandemie, der Weg zurück in die Freiheit und in ein Leben ohne Beschränkungen.“ Im gleichen Sinn äußerte sich die SPÖ-Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner: „Die Schutzimpfung gegen Corona verpflichtend zu machen ist nun ein Notausgang. Es ist ein Notausgang, um aus den ständigen Einschränkungen und Beschränkungen unserer persönlichen Grund- und Freiheitsrechte, die wir in den letzten zwei Jahren erdulden mussten, rauszukommen.“ Das **Bild des Notausgangs** erscheint treffend, wurde doch die

¹⁹ Zitat Schallenberg transkribiert aus der Pressekonferenz nach der LH-Konferenz am Achensee, 19. November 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=oDV9sJJT1v0> [Zitat beginnt bei 2:10]; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Mückstein transkribiert aus der Pressekonferenz nach dem Runden Tisch zum Thema „Impfpflicht“, 30. November 2021: <https://www.youtube.com/watch?v=T0b2c0iKOis> [Zitat beginnt bei 8:55]; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Saxinger findet sich in der Plenarsitzung des Nationalrates vom 20. Jänner 2022: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/139/fname_1463126.pdf auf Seite 201.

²⁰ Zitat Schallenberg transkribiert aus der Pressekonferenz nach der LH-Konferenz am Achensee, 19. November 2021, <https://www.youtube.com/watch?v=oDV9sJJT1v0> [Zitat beginnt bei 32:15]; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Rendi-Wagner in der Plenarsitzung des Nationalrates vom 20. Jänner 2022: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/139/fname_1463126.pdf auf Seite 194.

²¹ Zitat Kickl findet sich in der Plenarsitzung des Nationalrates vom 20. Jänner 2022: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/139/fname_1463126.pdf auf Seite 172.

Situation Anfang 2022 als dramatisch empfunden. Angesichts allgemeiner Pandemiemüdigkeit und einer Impfquote, die als zu niedrig galt, erschien die Impfpflicht als einzig denkbare Option. Die Notausgangs-Metapher macht neben der Alternativlosigkeit jedoch auch das Erlösungsversprechen deutlich, das darin liegt: Der Notausgang verspricht – nach einer letzten kollektiven Kraftanstrengung – ein Entkommen aus der brenzligen Lage.²²

In der Beschreibung als Notausgang erscheint die Impfpflicht als die „Ultima Ratio“ der Pandemiebewältigung. Daraus wird auch der Zorn der (geimpften) Mehrheit auf die (ungeimpfte) Minderheit erklärbar; aus der Weigerung (oder dem Zögern), sich impfen zu lassen, wird in dieser Argumentation ein Versperren des Notausgangs. Der wachsende Verdruss kam auch in der politischen Rhetorik zum Ausdruck. Die Mehrheit könne sich nicht von der Minderheit in „Geiselhaf“ nehmen lassen, so Kanzler Schallenberg im November 2021. Darüber hinaus sagte er Ungeimpften „ungemütliche Weihnachten“ voraus. Auf diese Weise wurde die Verkündung der Impfpflicht symbolisch aufgeladen – die Impfpflicht wurde zu einer „Erziehungsmaßnahme“ für die Ungeimpften und einer heimlichen Genugtuung für alle Geimpften, die das Gefühl hatten, alles richtig gemacht zu haben. Die **Ungeduld mit den Ungeimpften** brachte zeitgleich auch Tourismusministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) zum Ausdruck: „Die Zeit der Solidarität mit jenen, die sich aus fadenscheinigen Gründen nicht impfen lassen wollen, ist abgelaufen.“²³

Sofern Strategien oder Maßnahmen als **alternativlos** gelten, kann es **keine guten Gründe für Widerspruch** geben. Schließlich müsste jeder und jede – mit etwas gutem Willen – Einsicht in die Notwendigkeit haben. Gegenstimmen verlieren damit radikal an Legitimität. Auf epistemischer Ebene hat dies zur Folge, dass jeder Widerstand gegen das Impfen tendenziell als Ausdruck strategischer Faktenleugnung gilt („Corona-Leugner“). Auf normativer Ebene wird unterstellt, dass sich **jegliche Kritik** einer **schädlichen Gesinnung** verdankt, wie zum Beispiel einem Desinteresse am Allgemeinwohl. Diese Moralisierung, also die Einteilung politischer Positionen in das Schema von Gut und Böse, erschwert das Zusammenleben. Aus dem Impfstatus wird die Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit einem feststehenden Set an Eigenschaften und Überzeugungen abgeleitet. Aus heterogenen Individuen werden auf diese Weise **schematische Typen**

(„Ungeimpfte“), deren Werthaltungen und politische Positionierungen mit diesem Etikett abschließend beschrieben scheinen. Wenn das Impftema dann auch noch als Gelegenheit zur parteipolitischen Profilierung entdeckt wird, ist Verständigung fast unmöglich. Entpolitisierung („Alternativlosigkeit“) ist allerdings deshalb keine wirkungsvolle Strategie gegen eine parteipolitische Instrumentalisierung des Impfens, weil sie die Logik der Moralisierung nicht unterläuft, sondern fördert.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Moralisierung war in der Pandemie kein exklusives Problem der Mehrheit, die sich impfen ließ und die Regierung unterstützte, im Gegenteil. Für die radikalen Impf- und Wissenschafts-skeptiker:innen war die Corona-Politik eine Form totalitärer Herrschaft und die Wissenschaft Teil eines Regimes der organisierten Freiheitsberaubung. Viele Expert:innen, auch in Österreich, berichteten von einem nie dagewesenen Ausmaß an (Mord-)Drohungen und Anfeindungen; manche erhielten Personenschutz oder mussten sich an ihren Arbeitsstätten durch private Sicherheitsdienste schützen lassen (Makri, 2021, Scherndl, 2021). Diese Aggressionen verweisen auf die **Gefahren der Moralisierung**: Wer glaubt, einen Kampf gegen das schlechthin Böse zu führen, wird leicht dazu verleitet, Gewalt für legitim oder sogar geboten zu halten.

Streit und Konflikte tragen zur Dynamik liberal-demokratischer Gesellschaften bei und sind daher nicht von vornherein problematisch. Wenn Gesellschaften jedoch angesichts der Langwierigkeit und Komplexität einer Krise zunehmend unter Stress geraten, drohen Konflikte unversöhnlich zu werden. Schließlich entwickeln sich im Laufe der Zeit – wie die Pandemie gezeigt hat – ganz unterschiedliche Perspektiven auf die Krise und damit auch unterschiedliche politische Programme und Präferenzen. Durch diese Ausdifferenzierung von Wertstandpunkten wird eine weitgehende Einigung aller Beteiligten immer schwieriger. Die Chance auf Verständigung sollte jedoch erhalten bleiben und nicht durch Moralisierung verspielt werden. Andernfalls erodiert die gemeinsame Gesprächsbasis, die das konstruktive Austragen von Konflikten ermöglicht. Es entsteht Polarisierung oder in anderen Worten: Gräben, die später zugeschüttet werden müssen.

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Die vorstehenden Ausführungen hatten zum **Ziel**, den **politischen Prozess** rund um die Impfpflicht in Österreich zu **analysieren**. Im Zentrum standen dabei die Debatten vor und nach dem Beschluss der allgemeinen Impfpflicht sowie die politische Legitimationsrhetorik. Es ging weder darum, die medizinische oder epidemiologische Wirksamkeit der Maßnahme noch ihre ethisch oder rechtswissenschaftlich zu begründende Verhältnismäßigkeit zu untersuchen. Selbst in Hinsicht auf den politischen Diskurs musste die **Analyse zwangsläufig selektiv** bleiben; sollten sich allerdings aufgrund der in Abschnitt 2 dokumentierten Theorieentschei-

²² Zitate aus der Plenarsitzung des Nationalrates vom 20. Jänner 2022: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/139/fname_1463126.pdf; Zitat Rendi-Wagner Seite 195; Zitat Maurer Seite 177.

²³ Zitat Schallenberg 11. November 2021: Pressekonferenz im Anschluss an das Arbeitsgespräch mit Landeshauptmann Wallner: <https://www.youtube.com/watch?v=BydJOleUQcw> [Zitat „Geiselhaf“ beginnt bei 19:30; Zitat „ungemütliche Weihnachten“ bei 14:10]; letzter Zugriff am 12.11.2023; Zitat Köstinger: 10. November, 2021: <https://kurier.at/politik/inland/keine-solidaritaet-mit-ungeimpften-kickl-zeigt-koestinger-wegen-verhettung-an/401802052>; letzter Zugriff am 12.11.2023

dungen sowie der in Abschnitt 5 dargestellten empirischen Rekonstruktion fruchtbare Ansatzstellen für weitere (interdisziplinäre) Untersuchungen bieten, hätte diese Pilotstudie bereits ihren Zweck erfüllt.

In theoretischer Hinsicht basierte die Analyse auf der Annahme, dass Vertrauen eine zentrale Ressource in fragmentierten, pluralistischen Gesellschaften ist. Das gerade auch beim Thema Impfen so wichtige **Institutionenvertrauen** wird in politischen Zielkonflikten, bei denen verschiedene Grundwerte miteinander in Konflikt geraten, vor allem über die Qualität der politischen Entscheidungs- und Kompromissbildung hergestellt (deliberatives Ideal). Zu Legitimationszwecken politische Entscheidungen außer Streit zu stellen und auf **Sachzwänge** zu verweisen wird nur **selten überzeugen**. Natürlich kann es Krisensituationen geben, in denen es aufgrund verschärften Entscheidungsdrucks tatsächlich nur eine vertretbare Option gibt („Tornado-Politik“). Doch schon der Ländervergleich hat deutlich gemacht (Abschnitt 3), dass es im Fall der Impfpflicht Alternativen gab.

Gerade im Fall politischer Zielkonflikte ist eine **plurale, transparente und ergebnisoffene Debatte** unverzichtbar. Schließlich setzt jeder Versuch, die Kontroverse mithilfe eines vermeintlichen Sachzwangs zu unterbinden, bestimmte Werte absolut, weil der dem Zielkonflikt zugrunde liegende Wertkonflikt gar nicht ausgetragen werden kann. Die politische Rhetorik der Alternativlosigkeit setzt außerdem einen Zwang zur Einsicht in die Notwendigkeit frei, der moralisierend wirkt. Schließlich muss in dieser Logik die Weigerung, das Evidente zu sehen und der Politik zu folgen, fragwürdigen moralischen Motiven zugeschrieben werden. Das heißt, die konkrete Form des politischen Diskurses hat letztlich den Eindruck einer gesellschaftlichen Spaltung unterstützt. Schließlich wurde ein politischer Ad-hoc-Kompromiss mangels begleitender Kontroverse durch den Rekurs auf Sachzwänge außer Streit gestellt, was zur Folge hatte, dass die individuelle Einstellung zum Impfen zum Gegenstand moralischer Auf- oder Abwertung wurde. Was also lässt sich aus dem Fall der Impfpflicht über die Gestaltung politischer Prozesse in Krisenzeiten lernen?

Erstens: Debatte fördern, trotz allem! Selbst (oder gerade) in langwierigen Krisen, wenn der Stress steigt und die Geduld mit der Gegenseite abnimmt, sollte man an der politischen Debatte festhalten. Moralisierende Kommunikation sollte man daher sparsam einsetzen, denn sie ist ein Motor der Polarisierung. Schließlich wird im Fall von Moralisierung die (Weiter-)Existenz der Krise der verwerflichen Denk- oder Handlungsweise einer weltanschaulich homogenisierten Gruppe der „Schuldigen“ zugerechnet. Das Interesse an einer pluralen, offenen Debatte wird daher reduziert und muss noch in dem Maße weiter sinken, wie sich die Minderheit zunehmend radikalisiert. Natürlich gibt es ideologisch Verblendete, die man mit rationalen Argumenten nie erreichen wird. Es gibt aber auch Skeptische, Ängstliche und Unentschiedene. Dies gilt für das Impfen genauso wie bei der Debatte um die Energiewen-

de. Man beginnt diese Debatten am besten bereits in ruhigen Zeiten – und nicht erst unter dem Druck einer akuten Krise, wenn sich politische Themen zu Identitätsfragen verhärten. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass es institutionelle Orte für die Austragung dieser Debatten gibt. Hierfür ist in erster Linie das Parlament von Bedeutung und darüber hinaus die Medien, Hochschulen und Akademien, aber auch partizipative Formate zur Gestaltung eines zivilgesellschaftlichen Diskurses wie Bürgerräte oder Dialogprozesse (vgl. Kapitel III).

Zweitens: Begründen, nicht verkünden – das muss das Motto demokratischer Politik sein. Beim Begründen geht es zum einen darum, wissenschaftliches Sachstandswissen als Grundlage der politischen Entscheidung auszuweisen. Dabei sollte nachvollziehbar werden, aus welchen Gründen welche Gruppen von Fachleuten gehört wurden und welchen Einfluss bestimmte Positionen auf die politische Entscheidung hatten. Zum anderen sollte die Begründung deutlich machen, dass ein Abwägungsprozess auf normativer Ebene stattgefunden hat. Es muss deutlich werden, dass die Politik mit sich gerungen hat, dass alle relevanten Stimmen im Willensbildungsprozess repräsentiert waren, dass im konkreten Fall wirklich etwas auf dem Spiel stand. Auch wenn es in akuten Krisenphasen immer wieder alternativlose Entscheidungen geben mag: Im Normalfall sollte die Regierung eine Begründungsrhetorik der Alternativlosigkeit vermeiden. Erstens wird oft schnell deutlich, dass es Alternativen gibt; und zweitens trägt diese Rhetorik zur Moralisierung von Konflikten und damit letztlich zu einer gesellschaftlichen Spaltung bei.

Drittens: Vorsicht vor heroischen Maßnahmen! Heroische Maßnahmen basieren auf dem festen *Glauben* daran, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt die *eine beste Lösung* gibt, um ein Problem *ein für alle Mal* aus der Welt zu schaffen. Eine heikle, unübersichtliche Situation wird auf eine einzige große Entscheidung zugespitzt, die nur zwei Optionen zulässt: verpflichtende Impfung oder ständig wiederkehrender Lockdown. Dieser Perspektive folgend geht es in politischer Hinsicht deswegen um alles oder nichts, jetzt oder nie. Dahinter steht die Überzeugung, dass es für ein komplexes Problem (Pandemie) eine relativ einfache Lösung (Impfstoff) gibt, die aber den großen Wurf (Impfpflicht) benötigt, weil sie sonst nicht greift. Mit dem Impfen bzw. der Impfpflicht glaubte man sozusagen ein geschliffenes Schwert in der Hand zu haben, um den Gordischen Knoten der Pandemie zerschlagen zu können. Die Attraktivität dieser „Alexander-Lösung“ liegt in ihrer Kraft zur ultimativen Komplexitätsreduktion und verführt zu der Schlussfolgerung, dass sie keiner Abwägung bedarf. Oft ist es der Glaube an die Erlösung durch Technik, der zu heroischen Maßnahmen veranlasst. So galt früher einmal Atomstrom als unerschöpfliche Quelle billiger Energie, heute werden die Probleme thematisiert, die mit dieser Lösung einhergingen. *Postheroische Lösungen* hingegen sind weniger spektakulär, dafür aber reversionsoffen und kontextsensibel. Für die Pandemie wäre das Impfpflichtgesetz ein Beispiel, das in diese Richtung geht. Schließlich entwarf die-

ses Gesetz eine flexible Anwendung der Impfpflicht und war von der Überlegung geprägt, dass man heikle normative Entscheidungen auf Basis aktueller Informationen nachjustieren können sollte. Im Gegensatz zur „Jetzt-oder-nie“-Logik des Impfpflichtbeschlusses war das Impfpflichtgesetz nicht von dem Glauben getragen, dass es zum aktuellen Zeitpunkt die eine beste Lösung für alle Zeiten gibt.

7. LITERATUR

- Bioethikkommission. (2021). *Impfung gegen COVID-19 als Berufsausübungserfordernis für die Gruppe der Pflege- und Gesundheitsberufe*. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:b777e891-d79e-4a9a-9cf0-943995263e06/Stellungnahme_Impfung_Gesundheitsberufe_052021.pdf
- Bogner, A. (2013). Ethisierung oder Moralisierung? Technikkontroversen als Wertkonflikte. In A. Bogner (Hrsg.), *Ethisierung der Technik – Technisierung der Ethik. Der Ethik-Boom im Lichte der Wissenschafts- und Technikforschung* (S. 51–65). Baden-Baden: Nomos.
- Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.
- Brennan, J. (2017). *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Berlin: Ullstein.
- Cole, W. M., Schofer, E., & Velasco, K. (2023). Individual Empowerment, Institutional Confidence, and Vaccination Rates in Cross-National Perspective, 1995 to 2018. *American Sociological Review*, 88(3), 379–417.
- Deutscher Ethikrat. (2021). *Ethische Orientierung zur Frage einer allgemeingesetzlichen Impfpflicht. Ad-hoc-Empfehlung*. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/ad-hoc-empfehlung-allgemeine-impfpflicht.pdf>
- Dryzek, J. S. & Niemeyer, S. (2008). Discursive Representation. *American Political Science Review* 102(4), 481–493.
- Eberl, J. M., Partheymüller, J. & Paul, K. T. (2021). *Impfbereitschaft und Einstellungen zu Corona-Maßnahmen*. Austrian Corona Panel Project. <https://viecer.univie.ac.at/en/projects-and-cooperations/austrian-corona-panel-project/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog132/>
- STIKO, Deutscher Ethikrat & Leopoldina. (2020). *Wie soll der Zugang zu einem COVID-19-Impfstoff geregelt werden?* <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/gemeinsames-positions-papier-stiko-der-leopoldina-impfstoff-priorisierung.pdf>
- Goldenberg, M. J. (2021). *Vaccine hesitancy: public trust, expertise, and the war on science*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Habermas, J. (1981). *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kennedy, J. (2019). Populist politics and vaccine hesitancy in Western Europe: an analysis of national-level data. *European journal of public health*, 29(3), 512–516.
- Nationale Ethikkommission. (2021). *Die Covid-19-Impfung: Ethische Erwägungen zu Grundsatzfragen und spezifischen Anwendungsbereichen*. (Stellungnahme Nr. 37/2021). <https://doi.org/10.5167/uzh-209493>
- Landwehr, C. (2012). Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie. In O.W. Lembcke, C. Ritzki & G.S. Schaal (Hrsg.), *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. (S. 355–385). Wiesbaden: Springer VS.
- Lembcke, O. W., Ritzki, C. & Schaal, G. S. (2012). *Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lübke, H. (2019). *Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*. Münster: LIT (Orig. 1985).
- Luhmann, N. (1990). *Paradigm lost: Über die ethische Reflexion der Moral*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Makri, A. (2021). „I had to be with bodyguards with guns“ – attacks on scientists during the pandemic. *Nature Medicine*, 27(4), 564–568.
- Pertwee, E., Simas, C. & Larson, H. J. (2022). An epidemic of uncertainty: rumors, conspiracy theories and vaccine hesitancy. *Nature Medicine*, 28(3), 456–459.
- Pettit, P. (2004). Depoliticizing Democracy. *Ratio Juris*, 17(1), 52–65. <https://doi.org/10.1111/j.0952-1917.2004.00254.x>
- Pielke, R. A. (2007). *The Honest Broker: Making Sense of Science in Policy and Politics*. New York: Cambridge University Press.
- Rieger T., Schmidt-Petri C. & Schröder C. (2022). Attitudes toward mandatory COVID-19 vaccination in Germany – a representative analysis of data from the socio-economic panel for the year 2021. *Deutsches Ärzteblatt Int*. 119, 335–341. DOI: 10.3238/arztebl.m2022.0174
- Scherndl, G. (2021). Die Beschimpfung der Experten. *Der Standard*, 13./14. November 2021, S. 6–7.
- Schumpeter, J. A. (2005). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Tübingen: Francke (UTB), 8. Aufl. (amerik. Orig. 1942).
- Swiss National COVID-19 Science Taskforce. (2022). *Wissenschaftliches Update mit Aspekten zum Umgang mit SARS-CoV-2 in den kommenden 12 Monaten, 15. Februar 2022*. <https://scienctaskforce.ch/wissenschaftliches-update-15-februar-2022/>
- Wichmann O., Scholz S., Waize M., Schmid-Küpke N., Hamouda O., Wieler L. H. & Schaade L. (2021). Welche Impfquote ist notwendig, um COVID-19 zu kontrollieren? *Epidemiologisches Bulletin*, 27, 3–13. <http://dx.doi.org/10.25646/8742>
- Zimmermann, B. M., Paul, K. T., Araújo, E. R., Buyx, A., Ferstl, S., Fiske, A., Kraus, D., Marelli, L., McLennan, S., Porta, V., Prainsack, B., Radhuber I. M. & Saxinger, G. (2023). The social and socio-political embeddedness of COVID-19 vaccination decision-making: A five-country qualitative interview study from Europe. *Vaccine*, 41(12), 2084–2092. DOI: 10.1016/j.vaccine.2023.02.012

FALLSTUDIE 3

ZUM POLITISCHEN UMGANG MIT ZIELKONFLIKTEN II

DISTANCE LEARNING/SCHULSCHLIESSUNGEN

URSULA HOLTGREWE, ANNA DEUTSCHMANN, LEONIE DWORSKY,
LINA KLINGBACHER, MARTINA LINDORFER UND TATJANA NEUHUBER

Zentrum für Soziale Innovation

1. EINLEITUNG

Schulschließungen bzw. die Umstellung des Unterrichts auf Lernen zuhause oder Distanzlernen¹ mit digitaler Unterstützung in der Pandemie stellten einen der massiveren Eingriffe des Staates in den Normalbetrieb von Institutionen und den Alltag ganzer Alterskohorten dar, der nicht nur Kinder und Jugendliche betraf, sondern auch deren Familien. Ebendiese Reichweite lässt Schulschließungen einerseits als **effektive Mittel zur Kontaktbeschränkung** und zum Infektionsschutz erscheinen. Andererseits sind sie folgenreich in vielfachen Dimensionen, weil Schulen eine **zentrale Funktion in der Sozialisation und Bildung von Kindern und Jugendlichen** haben. Dieser Zielkonflikt war in der Pandemie überall vorhanden, er wurde aber unterschiedlich aufgelöst.² In Österreich und Deutschland waren die Schulen wesentlich länger geschlossen als in der Schweiz oder auch in Schweden.

Festzuhalten ist schon einmal, dass die Studie keine Evaluation der österreichischen Schulpolitik in der Pandemie darstellt. Wir rekonstruieren das „Was“ und das „Wie“ der Entscheidungsprozesse und Strategien und zeigen die nichtintendierten Konsequenzen auf.

Gründe für das Ergebnis, dass die Regierung wiederholt und bis in den November 2021 für Infektionsschutz durch Distanzlernen und gegen das Offenhalten von Schulen entschied, sind in den **politischen Entscheidungsprozessen** zu suchen. Wir fragen nach der Art und Weise, wie Entscheidungen ge-

troffen wurden, nach den Konstellationen aus Akteur:innen, Interessen und Zielen in der Politik, nach der Art, wie welche wissenschaftliche Expertise ihren Weg zu den politischen Entscheidungsträger:innen und Gremien fand, und was diese damit angingen. Daraus rekonstruieren wir die Rolle der Bildungspolitik und die Strategien und Handlungsmuster der bildungspolitischen Akteur:innen. Schließlich fragen wir nach den Lehren, welche die Akteur:innen im Feld für künftige Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik ziehen.

Unsere These lautet: In Österreich fand die Politik der Schulschließungen und -öffnungen in einem überwiegenden **Prozess des „muddling through“** oder „Durchwurschtelns“ statt, der **überwiegend auf Infektionszahlen** reagierte. Wissenschaftliche Expertise, die in die Entscheidungen Eingang fand, war von biomedizinischer Evidenz dominiert. Das Bildungsministerium konnte zwar Schulschließungen qua eigener Mission nicht gutheißen und war sich der Gründe dagegen sehr bewusst, konnte sich aber lange Zeit nicht durchsetzen. Es verfolgte Strategien auf mehreren Ebenen: Es griff die Argumente gegen Schulschließungen kommunikativ auf, auch als Schulen geschlossen wurden, und signalisierte so **„Zuhören“**. Zum anderen war es bestrebt (in seiner Rolle als Wissenschaftsministerium), mit Testregimes in den Schulen und Abwasserkontrollen Evidenzen zu mobilisieren, welche die Schulen aus wahrgenommenen Infektionsrisiken in Datenquellen verwandelten. Jedoch hatten das „Durchwurschteln“ und die Strategie, **Evidenzen nach Maßgabe der dominanten virologischen Rahmungen** bereitzustellen, den Preis, dass die bildungs- und sozialwissenschaftliche Expertise wenig eigenständige Geltung bekam und eher auf die Funktion der „Begleitforschung“ festgelegt blieb.

Zuerst skizzieren wir den theoretischen Rahmen, der unsere Untersuchung anleitet, und die Methoden, die zum Einsatz kamen (Abschnitt 2). Der notwendigerweise knappe Vergleich mit Deutschland und der Schweiz ist Gegenstand von Abschnitt 3. Abschnitt 4 rekonstruiert erst den zeitlichen

¹ Unsere Interviewpartner:innen aus der Bildungspolitik wiesen übereinstimmend darauf hin, dass Schulen in Österreich eigentlich nicht komplett „geschlossen“ worden seien, weil es durchgängig ein Betreuungsangebot für Kinder und Jugendliche gab, die keine alternative Betreuungsmöglichkeit hatten. Das Lernen sollte jedoch während der ersten Schließung außerhalb der Schulen stattfinden. In internationalen Vergleichen, in der Presse und auch in den Befragungen des Austria Corona Panel Project firmieren die Maßnahmen unter Schulschließungen.

² Zum Begriff des politischen Zielkonflikts vgl. Kapitel II, Fallstudie 2, Abschnitt 2

Verlauf der Schulschließungen und -öffnungen in Österreich (4.1) und dann die Argumente für und gegen die Schulschließungen (4.2). Abschnitt 4.3 analysiert den Verlauf der Zustimmung der Bevölkerung zu den Schulschließungen in Relation zu den Infektionszahlen.

Abschnitt 5 beantwortet die Forschungsfragen. Abschnitt 5.1 rekonstruiert, auf welche Weise das Bildungsministerium kommunizierte und Argumente für und gegen Schulschließungen und Distanzlernen aufgriff. Abschnitt 5.2 untersucht, auf welche Weise entschieden wurde. Abschnitt 5.3 geht der Frage nach, wie wissenschaftliche Beratung und Expertise mobilisiert und verwendet wurde, und rekonstruiert die politische Strategie des Bildungsministeriums. Die Schlussfolgerungen dieser Studie sind Gegenstand von Abschnitt 6.

Aus Transparenzgründen ist zu erwähnen, dass zwei der Autor:innen gemeinsam mit weiteren Kolleginnen am ZSI eine kleine, vom WWTF finanzierte Studie zu den sozialen Auswirkungen der ersten Schulschließung und -öffnung in Wien auf Schüler:innen, Eltern und Lehrer:innen durchgeführt haben (Holtgrewe, Lindorfer, Salamon, Siller und Vana, 2021; Holtgrewe, Lindorfer, Siller und Vana, 2021a, 2021b). Ursula Holtgrewe war gemeinsam mit Barbara Schober und Mario Steiner in der Untergruppe „Bildung“ der Untergruppe „psychosoziale Auswirkungen“ des „Future Operations Board“ aktiv. Diese Gruppe plädierte im November 2020 für ein Offenhalten der Schulen (Holtgrewe, Schober, & Steiner, 2020).

Unser Dank gilt allen von uns interviewten Expert:innen für die Zeit und die Einsichten, die sie dem Projekt zur Verfügung gestellt haben. Fehler und Missverständnisse verantworten die Autorinnen.

2. THEORIE UND METHODE

2.1 COVID-19-KRISE, POLITISCHE ZIELKONFLIKTE UND POLITISCHES HANDELN

In diesem Abschnitt skizzieren wir die theoretischen Konzepte, welche die Fallstudie zum Distanzlernen bzw. zu den Schulschließungen anleiten. Da sich unsere Leitfragen am „Wie“ von Entscheidungsprozessen, an der Rolle wissenschaftlicher Evidenz und Beratung sowie den Strategien zentraler Akteur:innen orientieren, kombinieren wir **systemtheoretische, neoinstitutionalistische und handlungstheoretische Ansätze**. Diese dienen als „*sensitising concepts*“ im Sinne einer „*grounded theory*“ (Strauss & Corbin, 1990), liefern uns also Vorschläge, wie die Daten zu interpretieren sind. Die Systemtheorie sensibilisiert für **strukturelle und funktionale Gründe für beobachtbare Probleme** und nichtintendierte Folgen von verketteten Entscheidungen (Luhmann, 2002). Die neoinstitutionalistische Sicht bezieht sich auf den **Bedarf von Institutionen und Akteur:innen an Legitimation und erfolgreicher Selbstdarstellung** (Powell,

1991). Eine handlungs- und machttheoretische Sicht (Friedberg, 1995) zeigt das **Wechselspiel zwischen Strategien und Akteur:innen** und den Institutionen und Konstellationen, in denen sie mehr oder weniger eingeschränkt agieren. Weiters brauchen wir einige „kleinere“ klassische Konzepte aus der Perspektive der „begrenzten Rationalität“ (Besio, 2019). Diese Konzepte haben oft umgangssprachliche Bezeichnungen, die abwertend klingen, aber wissenschaftlich wertfrei verwendet werden und durchaus u. U. funktionale Vorgehensweisen beschreiben: Das „*muddling through*“, also **Handeln und Entscheiden ohne fixierten Plan** (Lindblom, 1959), und die organisationale „*hypocrisy*“ (Brunsson 2007), die es Organisationen und auch der Politik ermöglicht, Zielkonflikte zu bearbeiten, indem **Reden, Entscheiden und Handeln getrennt werden**, um unterschiedliche Erwartungen und Interessen unterschiedlicher Akteur:innen parallel zu bedienen.

Den Ausgangspunkt markieren systemtheoretische Konzepte: Zu Beginn der Pandemie stand die funktionale Differenzierung moderner Gesellschaften in Frage. Das politische System musste unter Zeitdruck und Ungewissheit in einer Art Ausnahmezustand „durchregieren“. Die gesamte Gesellschaft wurde auf das Basisziel des Lebens- und Gesundheitsschutzes ausgerichtet. Sowohl individuelles Verhalten und Alltagsroutinen als auch Grundrechte und körperliche Integrität wurden eingeschränkt. Gleichzeitig aber machte die Pandemie deutlich, dass moderne Krisenbekämpfung auf funktionale Differenzierung baut: Das politische System ist verstärkt auf wissenschaftliche Expertise und Evidenz angewiesen, und dies umso mehr, wenn es darum geht, den „Ausnahmezustand“ zu überwinden. Armin Nassehi bemerkte schon im Frühjahr 2020, dass damit die kurzzeitig stillgestellten Eigenlogiken und Prioritäten der Funktionssysteme von Gesundheit, Bildung, Wirtschaft usw. als **politische Zielkonflikte** wieder akut werden würden.³ Das **Bildungssystem** hat nun einige Besonderheiten, die in den Zielkonflikt eingehen: Es ist für universelle Bildung und sekundäre Sozialisation von allen Kindern und Jugendlichen und damit für die Weitergabe gesellschaftlicher Werte und kognitiver Wissensbestände ebenso wie für soziale Inklusion und Integration zuständig (El-Mafaalani, 2020; Lischka-Schmidt, 2022). Dabei inkludiert es alle Angehörigen bestimmter Alterskohorten, ist gesellschaftlich vor allem in der Langfristspektive zentral, lebensweltlich breit verankert und daher ein geeigneter Fall für die Analyse eines lang andauernden politischen Zielkonflikts in der Pandemie.

Neoinstitutionalistische Ansätze haben darauf hingewiesen, dass Organisationen keine reibungslos funktionieren-

³ Nassehi, A. Über die Hyperkomplexität der Corona-Krise: Nicht Einzelne sind infiziert, sondern die ganze Gesellschaft. Der Tagesspiegel vom 11. 4. 2020. <https://www.tagesspiegel.de/politik/nicht-einzelne-sind-infiziert-sondern-die-ganze-gesellschaft-4159816.html>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

den Maschinen sind, sondern soziale Gefüge, die sich zu Legitimationszwecken an gesellschaftlichen Erwartungen orientieren. Dem Anspruch, rational zu handeln, lässt sich etwa durch die **Mobilisierung wissenschaftlicher Expertise durch die Politik** begegnen. Allerdings: Der Versuch, Entscheidungen direkt durch Expert:innen legitimieren zu lassen, kann wiederum deren Legitimation und das erforderliche Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Politik gefährden (Büttner & Laux, 2021; Hirschi, 2021). Gerade zu Legitimationszwecken bedarf es in Wissenschaft und Politik klarer Verantwortlichkeiten und eines klaren Rollenverständnisses auf beiden Seiten (Bogner, 2021).

Da wir in der vorliegenden Fallstudie reale politische Entscheidungsprozesse und Akteursstrategien im Feld der Schulen und der Bildung untersuchen, brauchen wir Konzepte, die unseren Interpretationsrahmen abstecken. Diesen Rahmen bilden Ansätze, welche die „**politische**“ **Dynamik organisierten Handelns** in den Blick nehmen (Crozier & Friedberg, 1979; Friedberg, 1995), also Aushandlungs- und Machtprozesse. Der Gegenstand der Analyse wird als *Handlungsfeld* verstanden. Das muss nicht eine Organisation sein, sondern kann Beziehungen zwischen Organisationen und Institutionen einbeziehen. In einem Handlungsfeld schließen Handlungen der Akteur:innen aneinander an, stabilisieren Muster, reflektieren die Ergebnisse und adaptieren ggf. ihre Handlungen. Es entstehen „Spiele“ mit Regeln und Einsätzen (Friedberg, 1995; vgl. Holtgrewe, 2006).

Macht bezieht sich dann nicht nur auf das Entscheiden selbst, sondern auch auf die **Möglichkeit, über Beteiligung an Entscheidungen und die Verteilung von Verantwortlichkeiten zu verfügen**, zu definieren, was entschieden wird und was nicht, was als relevante Ressource gilt und wie weit eine Regel reicht (vgl. ausführlicher Holtgrewe, 2006, S. 36). Dabei wollen die Akteur:innen kontinuierlich Ungewissheiten kontrollieren und ihre Spielräume erweitern (wenn sie nicht gerade daran interessiert sind, nicht entscheiden oder gestalten zu müssen).

Politische Akteur:innen operieren also auf mehreren Ebenen: Sie haben bestimmte Ziele und streben Entscheidungen in ihrem Sinne an, suchen ihren eigenen Spielraum zu erweitern, mobilisieren eigene Ressourcen, müssen sich aber, um ihre Ziele, Gründe und Ressourcen zur Geltung zu bringen, an die Relevanzen, Deutungen und Entscheidungsmodi anpassen, die im feldspezifischen politischen Prozess dominieren. Nun ist das politische Handeln zwar strategisch, aber nicht durchgängig langfristig und rational angelegt – und auch das lässt sich in der Krise beobachten. Wir finden den Entscheidungsmodus des „*muddling through*“ (Lindblom, 1959), der im demokratischen Normalbetrieb nicht ungewöhnlich ist, aber interessanterweise in der Pandemie in Österreich eine starke hierarchische Komponente bekommt.

2.2 ENTSCHEIDEN UND HANDELN UNTERSUCHEN: METHODISCHES VORGEHEN

In unserer Fallstudie fragen wir nach dem „Wie“ politischer bzw. organisationaler Prozesse, nach der Beteiligung und den Strategien relevanter Akteur:innen. Unser „Fall“ sind die Schulschließungen bzw. das Distanzlernen von März 2020 bis ca. April 2022. Dabei geht es nicht um die empirisch feststellbaren Auswirkungen auf Schüler:innen, Schulen und das Bildungssystem. Wir fokussieren auf die **Entscheidungsprozesse und deren Kommunikation** durch das Bildungsministerium. In diesem Kontext geht es auch um Argumente, die im medialen Diskurs ins Feld geführt wurden, sowie die Beteiligung und Positionen wissenschaftlicher Expert:innen und Interessenvertreter:innen.

Eine **Inhaltsanalyse österreichischer Medienbeiträge** wurde durchgeführt, um sowohl die relevanten Akteur:innen im Diskurs rund um das Distanzlernen ausfindig zu machen als auch Diskursthemen, Argumente und politische Einschätzungen zu identifizieren. Dazu untersuchten wir sechs österreichische Zeitungen, davon vier überregionale Zeitungen („Die Presse“, „Der Standard“, „Kronen Zeitung“ und „Kurier“), eine regionale Tageszeitung („Kleine Zeitung“) und eine Wochenzeitung („Falter“). Per Schlagwortsuche haben wir im Zeitraum März 2020 bis Juni 2022 insgesamt 379 Artikel identifiziert. Deren Inhalte wurden zusammengefasst und auf einer Zeitachse nach unterschiedlichen Kriterien (Entscheidungen, Argumente, Akteur:innen, politische Konstellationen) aufgetragen. Dies erlaubt einen Überblick über den Verlauf der Debatte. Um die Kommunikation des Bildungsministeriums zu beleuchten, wurden fünf Pressekonferenzen und 17 Fernsehinterviews zu den jeweiligen Terminen der Schließung bzw. Öffnung von Schulen gesichtet. Für den Vergleich mit dem Verlauf in Deutschland und der Schweiz wurden zentrale Artikel der „Süddeutschen Zeitung“, der „Neuen Zürcher Zeitung“ und der „Zeit“ herangezogen.

Um die Ebene der öffentlichen Wahrnehmung der Schulschließungen in den Blick zu nehmen, wurde eine **Sekundärdatenanalyse des Austrian Corona Panel Project (ACPP)** der Universität Wien (Kittel et al. 2020) bezüglich der Zustimmung zu Schulschließungen im Verhältnis zu Infektionszahlen und mit Blick auf den Einfluss soziodemographischer Faktoren durchgeführt. Schließlich haben wir **qualitative, problemzentrierte Interviews mit 20 Expert:innen, Interessenvertreter:innen und Repräsentant:innen der Bildungspolitik** durchgeführt, um verschiedene Perspektiven auf die Entscheidungen, Maßnahmen und Argumente im Bildungsbereich zu erheben. Hierzu wurde ein Leitfaden ausgearbeitet und flexibel, gemäß dem Verlauf des Interviews, eingesetzt (Witzel, 2000). Die befragten Fachleute kamen aus der Bildungspolitik und -verwaltung auf Bund- und Länderebene, aus den Interessenvertretungen im Schulwesen sowie aus der Wissenschaft (Bildungs- und Hu-

manwissenschaften, Psychologie, Medizin, Virologie und Mathematik). Wissenschaftliche Expert:innen wurden nach ihren Forschungsaktivitäten zum einschlägigen Thema sowie ihrer Beteiligung am öffentlichen Diskurs ausgewählt, wobei wir auf eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung von Disziplinen achteten. Einige angefragte Fachleute lehnten die Teilnahme ab. Die Gespräche dauerten zwischen einer und zwei Stunden. Sie wurden aufgezeichnet, anonymisiert transkribiert und entlang der Forschungsfragen thematisch kodiert.

3. BILDUNGSPOLITIK IN DER KRISE: SCHULSCHLIESSUNGEN UND ENTSCHEIDUNGSPROZESSE IN DER SCHWEIZ UND IN DEUTSCHLAND

Die Maßnahme, Schulen ganz oder teilweise zu schließen, um der Virusverbreitung entgegenzuwirken, wurde von vielen Ländern ergriffen. Aufgrund der Ähnlichkeiten der Schulsysteme, die in allen drei Ländern föderal organisiert sind, fokussieren wir auf die Unterschiede zu Deutschland und der Schweiz.

Daten der OECD (2021, S. 41f.) zeigen, dass die Schulschließungen zwischen März 2020 und Mai 2021 in verschiedenen Ländern erheblich variierten. In Österreich waren die **Schulen zwischen 125 (Volksschulen) und 195 Tagen (Sekundarstufe 2 und Berufsschulen) teilweise oder vollständig geschlossen**. OECD-weit lag der Durchschnitt bei 78 bzw. 101 Tagen. In Deutschland waren Grundschulen 182 Tage, Oberstufen 186 Tage lang geschlossen, allerdings war für beide Schulstufen der Anteil teilweiser Schließungen höher als in Österreich. Die Schweiz hingegen schloss Primarstufe und Sekundarstufe 1 im Frühjahr 2020 nur 34 Tage lang. Schüler:innen der Sekundarstufe 2 mussten 56 Tage lang zuhause lernen. In der EU blieben Schulen in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Lettland, Litauen und Slowenien länger geschlossen als in Österreich und Deutschland. Finnland, Frankreich, Belgien, Spanien, die Niederlande, Luxemburg und Norwegen lagen im Bereich der Schweizer Zahlen. Deutschland und Österreich zeigten also ähnliche Trends (Freundl, Stiegler, & Zierow, 2021, vgl. auch Bock-Schappelwein & Famira-Mühlberger, 2021), während die Schweiz Schulen deutlich kürzer schloss.

In **Deutschland** sprachen sich Anfang März 2020 wichtige Akteur:innen gegen Schulschließungen aus, darunter die Kultusministerkonferenz, der Deutsche Lehrerverband und auch der Virologe Christian Drosten. Die Kultusministerkonferenz zögerte am 12. März noch, doch schon am 13. März verfügten alle Bundesländer landesweite Schulschließungen (Fickermann & Edelstein, 2020). Bereits im April forderte die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina deren schrittweise Wiederöffnung, wobei jüngere Schüler:innen priorisiert werden sollten. Bund und Länder einigten sich darauf, Schulen ab Ende April schrittweise

wieder zu öffnen, während Kindergärten vorerst geschlossen blieben (Fickermann, Edelstein, Gerick, & Racherbäumer, 2021). Auch die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin forderte die Wiederaufnahme des Schulbetriebs. Davor warnten nun allerdings Christian Drosten und andere Charité-Wissenschaftler:innen aufgrund von neuen Analysen zur Viruslast bei Kindern.

Im August 2020 gab es eine Einigung auf Bund-Länder-Ebene, erneute flächendeckende Schulschließungen zu vermeiden und Bildung als politische Priorität zu wahren. Im „Wellenbrecher-Shutdown“ im November 2020 blieben Schulen und Kindergärten in der Tat geöffnet.⁴ Im Dezember 2020 forderte die Leopoldina in einer Stellungnahme, an der auch Christian Drosten mitwirkte, einen harten Lockdown mit Schulschließungen vor den Weihnachtsferien.⁵ Es wurden dann länderspezifisch Schulen geschlossen oder die Präsenzpflcht aufgehoben. In den Monaten von Dezember 2020 bis Februar 2022 war das Thema weiter umstritten (Blum & Dobrotic, 2021). Es gab wiederholte Lockdowns, Diskussionen über den Präsenzunterricht und auch die Zulassung von Impfstoffen für Jugendliche.

Das Politikberatungssystem in Deutschland war durch den starken **Fokus auf einzelne kommunikationsstarke Expert:innen** – insbesondere Virolog:innen und zentral Christian Drosten – sowie auf **institutionalisierte Beratungsgremien** wie den Deutschen Ethikrat und die Leopoldina gekennzeichnet. Die Leopoldina favorisierte ganz überwiegend Sicherheitsmaßnahmen gegenüber Schließungen. Das Infektionsgeschehen war in Schulen nicht zu unterschätzen, aber Schulen offen zu halten wurde dennoch als sehr wichtig betrachtet. Daher plädierte man für Schutzmaßnahmen und unbürokratische Möglichkeiten der Schulen, diese zu implementieren. Nach dem erklärten Ende der Pandemie veröffentlichte der Deutsche Ethikrat im November 2022 eine Stellungnahme zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die festhielt, dass deren Belange in der Pandemie zu wenig berücksichtigt worden waren. Er plädierte daher für Maßnahmen, um diese Vernachlässigung zu kompensieren (Deutscher Ethikrat, 2022).

In der Schweiz übernahm die Bundesregierung gemäß dem Epidemiegesetz in den ersten Monaten die Kontrolle und konnte umfassende Maßnahmen umsetzen.⁶ Kindergärten

⁴ SPIEGEL vom 27. 10. 2020. *SPD-Gesundheitsexperte Lauterbach wirbt für „Wellenbrecher-Shutdown“*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-pandemie-karl-lauterbach-wirbt-fuer-wellenbrecher-shutdown-a-6f0358fc-e2b0-4747-be11-6ba5f69772db>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023; Süddeutsche Zeitung vom 11. 2. 2022. *Corona und Schulen: Deutschlands Problemzone*. <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/corona-und-die-schulen-deutschlands-problemzone-e671108>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

⁵ https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_12_08_Stellungnahme_Corona_Feiertage_final.pdf, letzter Zugriff am 7. 11. 2023

⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 10. 3. 2023. *Pandemie der Beliebigkeiten: Es fehlen die Antworten zur Corona-Politik*. <https://www.nzz.ch/meinung/corona-und-die-willkuer-ld.1729617>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

ten und Schulen wurden jedoch **nur für etwa acht Wochen im Frühjahr 2020 geschlossen**. In der schweizerischen Debatte um Schulschließungen nahm die Swiss National Task Force, ein ursprünglich an der ETH Zürich neu gegründetes Beratungsgremium, eine zentrale Rolle ein. Diese Task Force hatte explizit zum Ziel, eine große Vielfalt an wissenschaftlichen Disziplinen einzubeziehen (Oxenius & Karrer, 2022; Hirschi et al., 2022). So wurde Ende 2020 „auf Empfehlung der kantonalen Bildungsdirektoren“ ein Bildungsökonom, Stefan C. Wolter, Leiter der Forschungsstelle für Bildungsökonomie an der Universität Bern, in die Task Force kooptiert.⁷ **Akteur:innen der föderalen Bildungspolitik** setzten also (anders als in Österreich oder Deutschland) durch, dass bildungswissenschaftliche Expertise im zentralen Beratungsgremium vertreten war.

Nach dem ersten Lockdown Ende April 2020 übernahmen die 26 Kantone in der Schweiz die Verantwortung für Schulöffnungen und -schließungen. Es herrschte allgemein Einigkeit darüber, dass Präsenzunterricht nur mit Schutzmaßnahmen stattfinden sollte und Quarantänemaßnahmen gezielt sein sollten (vgl. Swiss National COVID-19 Science Task Force, 2020a). Es gab nur wenige, zeitlich begrenzte regionale Schulschließungen, obwohl die Maßnahmen insgesamt im Dezember 2020 verschärft wurden. Im Kanton Zürich durchgeführte Forschungen ergaben, dass bis zum Herbst 2020 in Schulen nur wenige Ansteckungen und kaum größere Infektionsherde aufgetreten waren (Ulyte et al., 2021). Aufgrund dieser Erkenntnisse empfahl die COVID-19 Task Force im Dezember 2020, Schulen nur im äußersten Notfall bei hohen Infektionsraten zu schließen, wobei das **Recht auf Bildung** so weit wie möglich gewahrt bleiben sollte (Swiss National COVID-19 Science Task Force, 2020b). Die Schweizer Bundesregierung und die Kantonsregierungen folgten weitgehend den wissenschaftlichen Empfehlungen, und Schulschließungen spielten nun in der öffentlichen Debatte eine geringe Rolle.⁸

Dieser kurze Überblick über Deutschland und die Schweiz zeigt, dass die Länder trotz ihrer föderalen Strukturen in der Pandemiebewältigung recht unterschiedlich agierten. In **Deutschland** fiel eine starke Personalisierung von Expertenrollen auf, die den Unterschied von Beratungs- und Entscheidungsfunktionen teilweise verschwimmen ließ (Hirschi, 2021). In der **Schweiz** wurde beim ersten Lockdown eine zentralisierte Führung („Durchregieren“) beobachtet, gefolgt von einer Dezentralisierung auf die kantonale Ebene. Dabei waren die kantonalen Bildungspolitik:innen

offensichtlich erfolgreich darin, Expertise zu mobilisieren – was wiederum die Offenheit der Politik für wissenschaftliche Inputs erhöhte und insbesondere das Commitment der Kantone zu offenen Schulen stärkte. Die Zusammensetzung der Task Force in der Schweiz war politisch transparent gestaltet. Deutschland verzeichnete eher schwierige föderale Abstimmungsprozesse, in denen Bildungspolitik und bildungswissenschaftliche Expertise gegenüber virologischen und epidemiologischen sowie kurzfristigen wirtschaftlichen Erwägungen weniger durchsetzungskräftig waren.

Die in den Interviews Befragten betrachteten den Vergleich mit Maßnahmen-Entscheidungen in anderen Ländern nicht als entscheidendes Kriterium für die in Österreich getroffenen Maßnahmen. Obwohl Akteur:innen im Bildungssystem Erfahrungen im deutschsprachigen und europäischen Raum austauschten, scheinen diese Erfahrungen wenig Einfluss auf nationale Entscheidungen gehabt zu haben. Das Bildungsministerium erhielt zwar Informationen über internationale Studien und Expertise, Befragte aus Wissenschaft und Politik betonten jedoch die Notwendigkeit, „eigene“, nationale Daten und Studien zu produzieren.

Im internationalen Vergleich **konvergierten die Argumente** (Abschnitt 4.2) durchaus, **aber die Entscheidungen divergierten**: In Österreich blieben die Schulen im zweiten betroffenen Schuljahr (Herbst 2021 bis Sommer 2022) länger geschlossen als anderswo im deutschsprachigen Raum. Die Frage ist daher, wieso das der Fall war. Sind Evidenzen oder Argumente „anders“ bewertet oder gewichtet worden? Wurden andere politische Prioritäten gesetzt? Oder wurde wissenschaftliche Expertise bzw. Evidenz von politischen Entscheidungen abgekoppelt?

4. DISTANZLERNEN IN ÖSTERREICH: ENTSCHEIDUNGEN UND ARGUMENTE

Im folgenden Abschnitt stellen wir den Verlauf der Schulschließungen bzw. des Distanzlernens dar (4.1). Abbildung 1 zeigt die Chronologie. Der Abschnitt stützt sich vorwiegend auf die Medienanalyse. Dann präsentieren wir den Ablauf der politischen Entscheidungsprozesse, die wir dann auf ihre argumentativen, wissenschaftlichen und politischen Grundlagen überprüfen (4.2). Abschnitt 4.3 zeigt anhand der Daten des Austrian Corona Panel Project (ACPP), wie die Bevölkerung die Schulschließungen im Zeitverlauf bewertete.

4.1 SCHLIESSEN UND ÖFFNEN

Der **erste umfassende Lockdown** wurde in Anbetracht der sich neu abzeichnenden Gefahr und potenziell bevorstehenden Krisensituation **allgemein für notwendig befunden** und fand auch hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Dabei waren die Schulen ein Raum unter vielen, der kurzfristig und konsequent ab 16. März 2020 geschlossen wurde – wie

⁷ Neue Zürcher Zeitung Magazin vom 16. 1. 2021. „In den Schulen sind die Kinder sicherer als zu Hause“ sagt der oberste Bildungsforscher der Schweiz. <https://magazin.nzz.ch/schweiz/bildungsforscher-in-den-schulen-sind-die-kinder-sicherer-ld.1596819?reduced=true>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

⁸ Süddeutsche Zeitung vom 23. 3. 2021. *Schulen in Frankreich und der Schweiz: Offen trotz Corona*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/schulen-lockdown-frankreich-1.5244743>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

SCHULMASSNAHMEN IN ÖSTERREICH (MÄRZ 2020 BIS FEBRUAR 2022)

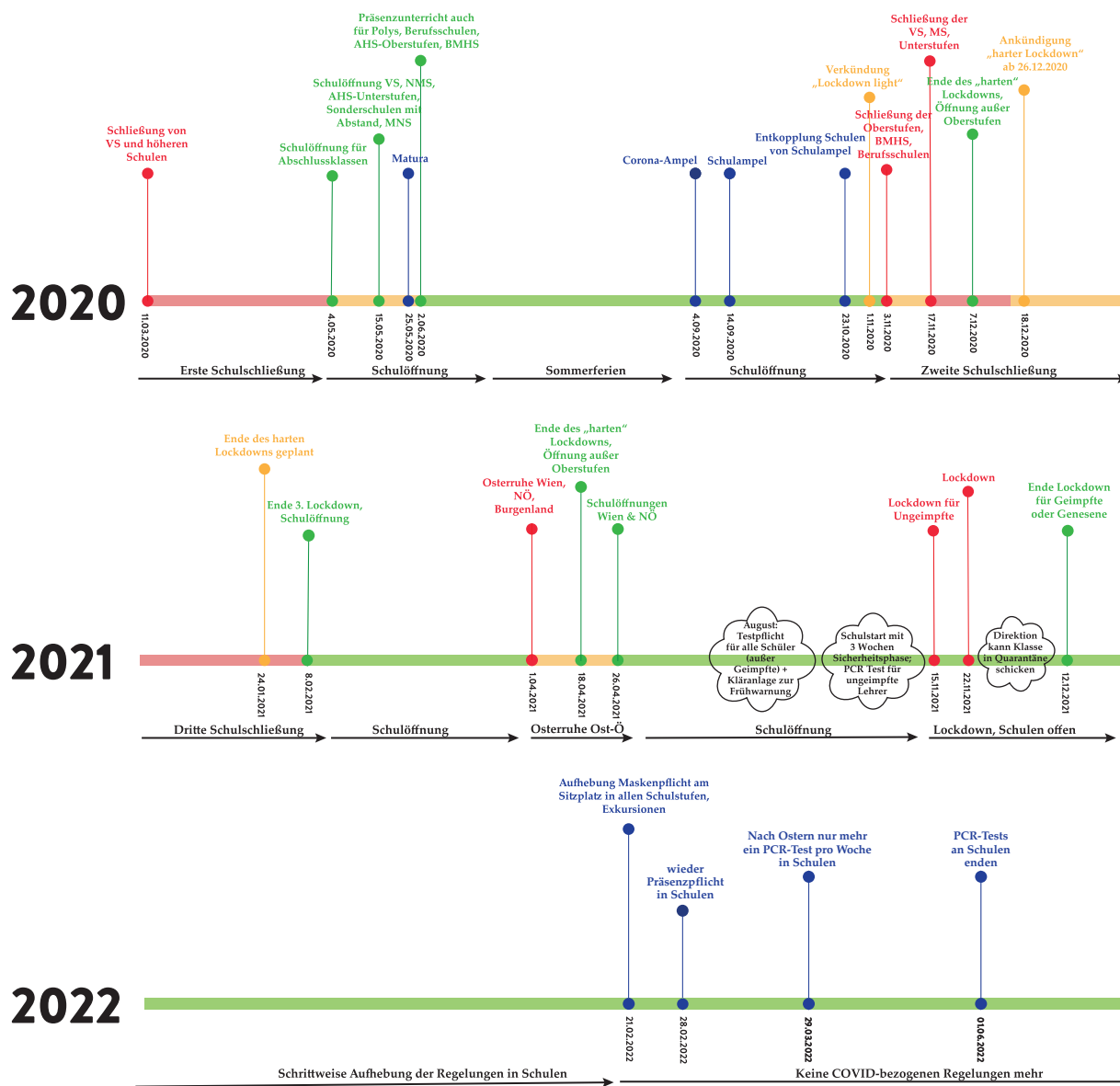


Abbildung 1: Schulmaßnahmen in Österreich (März 2020 bis Februar 2022). Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Bock-Schappelwein & Famira-Mühlberger (2021, S. 9) und unserer Medienanalyse

wohl dort Schüler:innen ausnahmsweise betreut werden konnten. Allerdings nutzten während des ersten Lockdowns offenbar weniger als 1 % der Schüler:innen die Betreuungsmöglichkeiten.⁹ Im Mai 2020 öffneten die Schulen wieder mit geteilten Klassen, die zwecks Kontaktreduktion nur an

alternierenden Tagen und unter Maskenpflicht in die Schule kamen („Schichtunterricht“).

Die Öffnungen waren nach wahrgenommenem Bedarf gestaffelt, mit Vorrang der Matura- und der Lehrabschlussklassen und dann der jüngeren Kinder. Oberstufenschüler:innen mussten bis Anfang Juni in Distanz lernen (Bock-Schappelwein & Famira-Mühlberger 2021).

Im Herbst 2020 stiegen die Infektionszahlen wie erwartet wieder an. Ab 3. November schickte man die Schüler:innen

⁹ Falter vom 7. 4. 2020. Und wer holt uns nach Corona da wieder raus? <https://www.falter.at/zeitung/20200407/und-wer-holt-uns-nach-corona-da-wieder-raus>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

der Sekundarstufe 2 wieder ins Distanzlernen. **Ab 17. November waren dann alle Schulen im Distanzlernen**, aber die Betreuungsmöglichkeiten wurden nun mehr genutzt als im Frühjahr.¹⁰ Ab 2. Dezember 2020 wurde wieder geöffnet (mit Ausnahme der Oberstufen), jedoch ging es nach den Weihnachtsferien wieder ins Distanzlernen. Ab 6. bzw. 13. Februar 2021 wurde mit Schichtbetrieb und Tests wieder geöffnet, doch schon im März entwickelte sich eine „dritte Welle“ mit steigenden Infektionszahlen. Ab 1. April wurde ein **weiterer „harter Lockdown“ in Ostösterreich** verhängt, ab 18. April öffneten die Schulen im Burgenland wieder, ab 26. April dann auch in Wien und Niederösterreich. Erst ab 17. Mai aber gab es auch für die Oberstufe wieder Präsenzunterricht mit drei wöchentlichen Tests und Maskenpflicht. Im **November 2021** stiegen die Inzidenzen auch bei Kindern wieder deutlich an. Jedoch **blieben trotz Lockdowns nun die Schulen offen**. Lediglich die Präsenzpflcht war aufgehoben. Bei zwei und mehr Infektionen gingen die Klassen ins Distanzlernen. Damit konnten nun die Familien über den Schulbesuch entscheiden. Schulschließungen blieben als potenzielle Maßnahme im Raum, galten aber nun als „letztes Mittel“.

Im Winter 2021 verlor dann das Thema mit seiner Mischung aus „Eigenverantwortung“ (s. Abschnitt 4.2) und punktuellen Schließungen an Bedeutung in den Zeitungen und wurde durch die Debatten um Impfungen und Impfpflichten überlagert. Mitte Februar 2022 endete die Maskenpflicht in den Schulen, und ab 28. Februar galt wieder Anwesenheitspflicht. Tests wurden im April 2022 eingestellt.

4.2 KONTAKTEINSCHRÄNKUNG VERSUS BILDUNG UND KINDESWOHL: ARGUMENTE UND THEMEN

In diesem Abschnitt rekonstruieren wir den Verlauf der öffentlichen Diskussion um Schulschließungen, Distanzlernen und Schulöffnungen. Auch hier bildet die Presseanalyse die Grundlage. Die **meisten Argumente kamen schon früh in der Krise auf**, wurden medial diskutiert und auch in der Kommunikation des Bildungsministeriums aufgegriffen. Etwas später folgten dann wissenschaftliche Studien, die je nach fachlichem Hintergrund für beide Seiten Evidenzen lieferten. Die öffentliche Diskussion wich mit zunehmender Dauer der Krise von den politisch getroffenen Entscheidungen ab: Seit dem Sommer 2020 fanden sich in Presse und Wissenschaft nur mehr **wenige Befürworter:innen flächendeckender Schulschließungen**.

Für Schulschließungen sprachen die epidemiologische Forschung ebenso wie die Erfahrung von Eltern und Lehrer:innen, dass über Kontakte in Schulen und Kindergärten virale Erkrankungen übertragen werden. Das Schließen von Schulen bot die Möglichkeit, die Mobilität sehr vieler Men-

schen zu beschränken und somit gezielt auf das Infektionsgeschehen einzuwirken.

Gegen Schulschließungen und Distanzlernen sprachen von Anfang an erwartbare Lernrückstände, Kompetenzeinbußen und – eng damit verbunden – langfristig wirksame Hürden für die Arbeitsmarktintegration, insbesondere bei Schüler:innen aus benachteiligten Familien. Im Fall des „Homeschooling“ wurden aufgrund der Betreuungsnöwendigkeiten erwerbstätiger Eltern kurzfristige wirtschaftliche Verluste und eine erneute Benachteiligung vor allem von Frauen und Alleinerziehenden erwartet.

Die medial früh diskutierten und auch vom Bildungsminister angesprochenen Vermutungen wurden durch die ersten – in neuen, beschleunigten Förderlinien aufgesetzten – Forschungsprojekte bestätigt: Zum Schuljahresende im Juni 2020 wurde über die ersten Studienergebnisse zu den Auswirkungen des Distanzlernens berichtet, und zwar konkret: über die von Lehrer:innen geschätzte **Zahl „nicht-erreichbarer“ Schüler:innen** (Steiner, Köpping, Leitner, & Pessl, 2020); über die langfristigen **wirtschaftlichen Auswirkungen von Schulschließungen** (Kocher & Steiner, 2020); über die **psychosozialen Auswirkungen** (Pieh, Budimir, & Probst, 2020; Schober et al., 2020) und die **sozial ungleiche Verteilung der Belastungen** (Derndorfer, Disslbacher, Lechinger, Mader, & Six, 2021; Holtgrewe, Lindorfer, Siller, et al., 2021b, 2021a). Peter Klimek vom Complexity Science Hub am Institut für Höhere Studien (IHS) erklärte im August in einem Zeitungsinterview mit der „Presse“, dass sich Schulschließungen durchaus als **effektiv im Hinblick auf das Infektionsgeschehen** erwiesen hätten. Auch er plädierte jedoch für ein differenziertes Vorgehen und dafür, Schließungen auf ältere Jugendliche zu konzentrieren.¹¹

Die Regierung versprach im Sommer 2020, Kinder und Jugendliche nicht mehr flächendeckend ins Distanzlernen zu schicken, nahm aber davon später – angesichts der im November 2020 beachtlich steigenden Infektionszahlen – wieder Abstand. Zu diesem Zeitpunkt **spitzte sich die Debatte zu**: Einerseits forderten nun sozial- und bildungswissenschaftlich Forschende, Ökonom:innen von Agenda Austria, Wifo und IHS, Kinderärzt:innen und Public-Health-Fachleute sowie Kinderschutz- und Wohlfahrtsorganisationen, die Schulen offen zu halten. Die NEOS forderten alternativ zum Distanzlernen ein Sicherheitspaket aus Masken, Plexiglaswänden und Luftfiltern. Andererseits forderten vier Mathematiker:innen, Informatiker:innen und Physiker:innen in drastischen Worten Schulschließungen: „Alle, die jetzt gegen Schulschließungen reden, müssen dazu sagen, dass sie damit für Triage spätestens ab 18. November sind.“¹² Die

¹¹ Die Presse vom 20. 8. 2020. Peter Klimek: „Zweite Welle wird wahrscheinlicher“. <https://www.diepresse.com/5847165/peter-klimek-zweite-welle-wird-wahrscheinlicher>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

¹² Kronen Zeitung vom 9. 11. 2020. *Schulschließungen: Eltern dagegen, Experten dafür*. <https://www.krone.at/2271719>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

¹⁰ Falter vom 17. 11. 2020. *Chaos macht Schule*. <https://www.falter.at/zeitung/20201117/chaos-macht-schule>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

„Kronen Zeitung“ kontrastierte das im selben Artikel mit einer Umfrage der UNIQUE Research, in der sich nunmehr 69 % der Befragten für das Offenhalten von Kindergärten, Volksschulen und Unterstufen aussprachen, „weil Kinder wenig zum Infektionsgeschehen beitragen“.

Nachdem sich die Regierung für eine Phase erneuten Distanzlernens entschieden hatte, verschob sich die Diskussion im Winter 2020 in die Richtung eines „**sicheren Schulbetriebs**“. Das beinhaltete Maßnahmen wie (nach Alter variierend) Tests, Maskenpflichten, Lüften und keine Durchmischung von Klassen in den Pausen. Bei positiven Fällen waren zehn Tage Schließung bzw. Distanzbetrieb der jeweiligen Klasse oder Gruppe vorgesehen. Testverweiger:innen sollten zu Hause bleiben und den Unterricht per digitalem Streaming mitverfolgen können. Der „sichere Schulbetrieb“ wurde – durchaus im Sinne des Bildungsministeriums – zur Konsensformel, um weitere Schließungen zu vermeiden. Auch die Befürworter:innen der Schulschließungen vom November 2020 schlossen sich hier an. Sie legten Anfang 2021 gemeinsam mit Kolleg:innen und Kinderärzt:innen entsprechende Empfehlungen zum Schulbetrieb vor.¹³ Jedoch berichteten Interessenvertreter:innen und Medien nun, dass sich in Schulen und Verbänden ebenso wie in der Gesellschaft allgemein polarisierte Debatten um Masken und Testpflichten abspielten – in denen die Verbände selbst keine Stellung bezogen.

Im Herbst 2021 wurde die Debatte in den Medien wieder aufgenommen. Neu war die Erfahrung des Bildungsministeriums, dass – anders als im ersten Lockdown – im Herbst und Winter 2020/2021 die **Schulen stärker besucht** worden waren. Außerdem bestand nun die **Möglichkeit der Impfung** für Erwachsene und teils auch für Jugendliche. Sozialmoralisch verschoben sich die Akzente der Debatte: Gegenüber dem durchaus umstrittenen Regierungsargument, die Schulen müssten zum Schutz der vulnerablen Älteren schließen, um allgemein Kontakte zu reduzieren, verwiesen Kommentator:innen nun auf die Möglichkeit und Notwendigkeit, die Vulnerablen durch eine hohe Impfquote zu schützen.¹⁴ Eine Impfpflicht für das Lehrpersonal oder zumindest Auskunftspflichten über den Impfstatus (ein Vorschlag der NEOS, der von Bildungsministerium und Gewerkschaft abgelehnt wurde) wurden diskutiert.

Freilich kritisierten Medien und Opposition die Entscheidung, **Schulen ohne Präsenzpflicht** offen zu halten als Nichtentscheidung bzw. Verlagerung der Entscheidung auf die Eltern und Familien, die nun bei hohen Inzidenzen individuell zwischen Ansteckungsrisiko in der Schule (wiewohl

mit Masken und Tests) und den Belastungen und Risiken des Distanzlernens abwägen konnten und mussten.

Während nun die Schulen offen blieben, gewannen bis ins Frühjahr 2022 hinein **Sicherheitsargumente** wieder an Gewicht: Lehrgewerkschaftler:innen, die seit 2020 für besseren Arbeitsschutz, Distanzunterricht für vulnerable Lehrer:innen und eher zögerlich für Öffnungen plädiert hatten, sprachen sich nun für Schulschließungen aus. Elternvertreter:innen forderten eine Fortsetzung des Online-Unterrichts für vulnerable Kinder oder jene mit gesundheitlich vorbelasteten Angehörigen.

Aus der Medienanalyse im Zeitraum von März 2020 bis Sommer 2022 können wir beim Thema des Distanzlernens und der Schulschließungen keine „unkritische“ Übernahme der Position der Bundesregierung durch die Medien feststellen, wie „Maßnahmenkritiker:innen“ oder auch manche Expert:innen in den Interviews sie pauschal wahrnahmen. Insgesamt **konvergierte der Mediendiskurs schon bald nach dem ersten Lockdown**: Die meisten Pressebeiträge plädierten für offene Schulen und wollten Schulschließungen daher als letztes Mittel verstanden wissen. Dafür griffen sie schon früh das für Medien zweifellos attraktive Narrativ „ÖVP-Bildungsminister gegen ÖVP-Bundeskanzler (und Grünen-Gesundheitsminister)“ auf. In der ZIB 2 am 15. November 2020 etwa fragte Martin Thür den Bildungsminister, ob er sich als „gescheiterten Widerstandskämpfer“ sehe (was dieser nicht beantwortete).¹⁵

In die **Allianz aus Bildungs- und Sozialwissenschaftler:innen, Ökonom:innen, Kinderärzt:innen und Sozialorganisationen**, der sich die Printmedien weitgehend anschlossen, klinkte sich auch das Bildungsministerium ein, das Schulschließungen zwar implementierte, sie aber (nach dem ersten Lockdown) nicht wirklich befürwortete. Wie aktiv sich das Ministerium selbst am Aufbau und der Kultivierung dieser Allianz und ihrer medialen Darstellung beteiligte, können wir auf der Grundlage unserer Daten nicht beurteilen. Wir halten jedoch fest, dass in der öffentlichen Diskussion in den etablierten Printmedien und auch in der wissenschaftlichen Diskussion (mit Ausnahme der meisten Vertreter:innen von Virologie und Epidemiologie) schon nach dem ersten Lockdown überwiegend befürwortet wurde, Schulen offen zu halten oder Schüler:innen nur punktuell und gezielt ins Distanzlernen zu schicken. Auch Expert:innen aus der Mikrobiologie und Simulationsfachleute wiesen im Dezember 2020 darauf hin, dass Schulschließungen zwar epidemiologisch wirksam seien, es aber eine Frage politischer Prioritäten gegenüber anderen Kontakteinschränkungen sei, Schulen zu schließen oder offenzuhalten.

¹³ Kronen Zeitung vom 31. 1. 2021. *Experten zu Schulöffnung: „Testen, testen, testen“*. <https://www.krone.at/2331266>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

¹⁴ Falter vom 3. 11. 2021. *Durchseuche deine Kindheit*. https://www.falter.at/zeitung/20211103/durchseuche-deine-kindheit/_86d58d9852, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

¹⁵ ZIB 2 vom 15. 11. 2020. *Bildungsminister Faßmann zu den Schulschließungen*. <https://www.youtube.com/watch?v=PrazuBMHABY>, 00:00:15–00:01:49, letzter Zugriff am 20. 10. 2023

4.3 DIE EINSTELLUNG DER BEVÖLKERUNG

Die Einschätzungen der Bevölkerung, nachgezeichnet anhand der Daten des Austrian Corona Panel Project (ACPP, Kittel et al., 2020), entsprechen diesem medialen Diskurs nicht ganz: Schulschließungen trafen in der **Bevölkerung auf höhere Zustimmung als bei den meisten Expert:innen**. Im ersten Lockdown gab es die höchste Zustimmung – wiewohl, wie man später wusste, die Infektionszahlen noch vergleichsweise niedrig waren (Abbildung 2). Ähnliches berichtete das ifo aus Deutschland (Wößmann et al., 2020).

Die Schulschließung im November 2020 fand ebenfalls hohen Zuspruch, bei erhöhten Infektionszahlen gegenüber dem Frühjahr 2020. Bis Mai 2021 sank die Zustimmung immer mehr, als sich die Öffnung verzögerte. Erst bei der Rückkehr zum regulären Betrieb gab es wieder eine etwas erhöhte Zustimmung zur Schließung. Als die Infektionszahlen im Dezember 2021 wieder stiegen, stieg kurzzeitig auch die Zustimmung zu Schulschließungen, die allerdings nicht mehr eintraten.

Abweichend vom öffentlichen Diskurs über das Distanzlernen und durchaus der Regierungspolitik entsprechend **orientierte sich die Zustimmung also eher an den Infektionszahlen** und der öffentlichen und politischen Besorgnis

darüber. Nachdem Schulen jeweils ins Distanzlernen gegangen waren, nahm sie schnell wieder ab. Eine Paneldatenregression zeigt den Einfluss soziodemographischer Daten auf die Zustimmung zu den Schulschließungen (siehe Tabelle 1 im Anhang, Kapitel V): Menschen, die in einer Ausbildung oder nicht erwerbstätig waren, waren mit höherer Wahrscheinlichkeit gegen geschlossene Schulen.

Für Schulschließungen sprachen sich eher Befragte mit höheren Nettoeinkommen, besserem Gesundheitszustand und höherem Alter aus. Man kann vermuten, dass gerade für ältere Menschen der Infektionsschutz – so wie auch von der Regierung kommuniziert – Priorität hatte. Dass Menschen mit geringerem Einkommen weniger von Schulschließungen hielten, könnte daran liegen, dass sie die Nachteile des Distanzlernens für ärmere und bildungsbenachteiligte Familien wahrnahmen. Auffällig ist, dass die Anwesenheit von Kindern im Haushalt keine signifikanten Auswirkungen auf die Zustimmung zur Maßnahme hatte, ebenso wenig wie der Bildungsgrad oder das Geschlecht der Befragten. Womöglich neutralisierten sich die Sorge um die Kinder und die Belastungen des Distanzlernens bei den befragten Eltern. Wie erwartet, stimmten Befragte, welche die Maßnahmen der Regierung für effizient oder angebracht hielten, auch eher für die Schulschließungen.

SCHULMASSNAHMEN IN ÖSTERREICH (MÄRZ 2020 BIS FEBRUAR 2022)

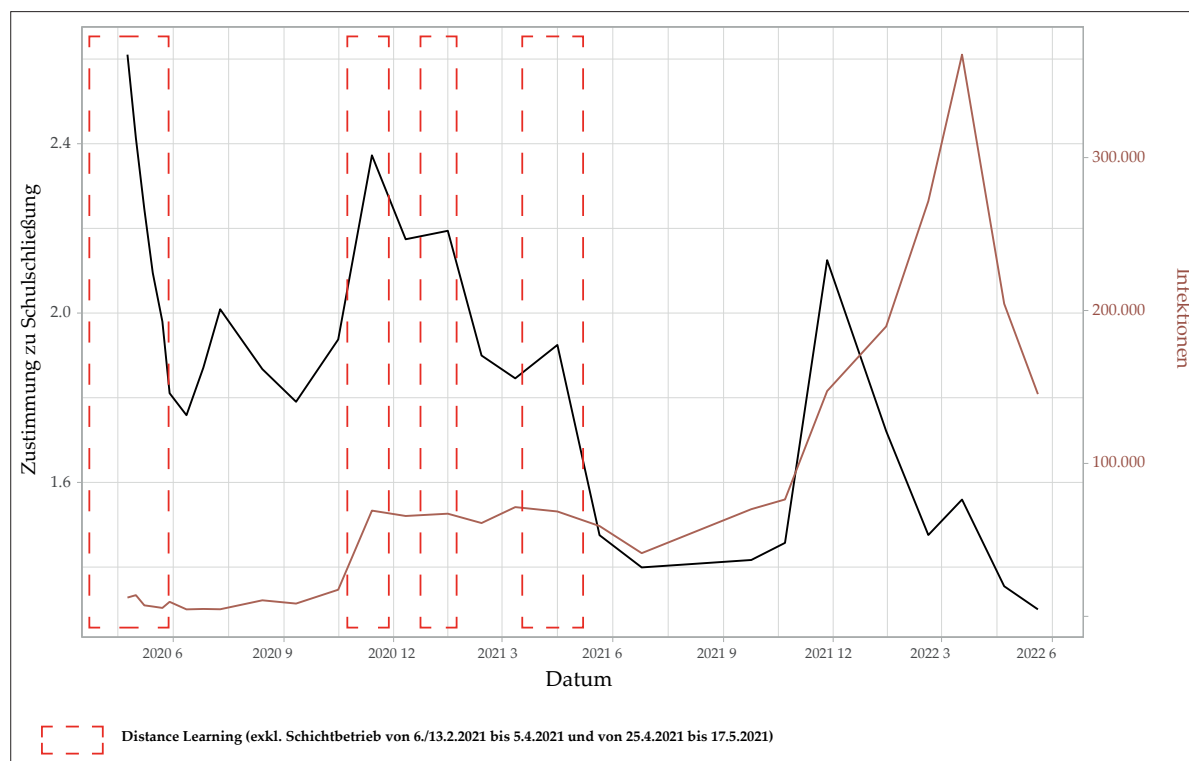


Abbildung 2: Schulmaßnahmen in Österreich (März 2020 bis Februar 2022). Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Bock-Schappelwein & Famira-Mühlberger (2021, S. 9) und unserer Medienanalyse

5. REDEN, ENTSCHEIDEN, MANÖVRIEREN: DIE POLITIK DER SCHULSCHLISSUNGEN

Im Folgenden analysieren wir die Kommunikation des Bildungsministers (Abschnitt 5.1), die Politik des Distanzlernens, der Schulöffnungen und -schließungen im Hinblick auf den Entscheidungsmodus (Abschnitt 5.2) und das strategische Handeln der politischen Akteur:innen mit seinen beabsichtigten und unbeabsichtigten Effekten und Verkettungen (Abschnitt 5.3). Die Analyse in Abschnitt 5.1 basiert auf der Sichtung von Pressekonferenzen, Nachrichtensendungen und Interviews, die Abschnitte 5.2 und 5.3 auf der Auswertung der Expert:inneninterviews, wiewohl wir aus Platz- und Anonymisierungsgründen sparsam mit direkten Zitaten umgehen. Ergänzend greifen wir auf Presseberichte zurück, die mitunter weitere Belege liefern.

5.1 ARGUMENTE UND ENTSCHEIDUNGEN TRENNEN: DIE KOMMUNIKATION DES BILDUNGSMINISTERIUMS

Der damalige Bildungsminister Heinz Faßmann ging zuerst Ende März 2020 auf die ersten Erfahrungen mit dem Lockdown ein und erwähnte sowohl positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung als auch Betreuungsschwierigkeiten.¹⁶ Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht absehbar, wann die Schulen wieder geöffnet werden würden. Faßmann verwies einerseits auf eine Meinungsumfrage, in der noch 90 % der Eltern die Schulschließungen bis Ostern unterstützten, andererseits auf sozioökonomische Unterschiede im Distanzlernen und zitierte Stellungnahmen der Justiz-, Frauen- und Familienministerinnen, die vor einer möglichen Zunahme physischer und psychischer häuslicher Gewalt warnten.

Als im November 2020 das erneute Distanzlernen beschlossen wurde, machte der Bildungsminister die in Abschnitt 4.2 beschriebene **Allianz für (möglichst) offene Schulen sozusagen offiziell** – um im nächsten Satz die **Berücksichtigung von deren Argumenten** in die Zukunft zu verschieben: „Aus sozialen, pädagogischen, wirtschaftlichen, emanzipatorischen und frauenpolitischen Gründen haben sich viele für eine offene Schule eingesetzt. Diese breite Allianz hat etwas bewirkt – auch bei mir, auch in der Bundesregierung. [...] Die Schulen werden als Letztes geschlossen und mit dem Handel auch wieder als Erstes geöffnet.“

¹⁷ Im ZIB-2-Interview (s. Fußnote 15) wies Faßmann darauf hin, dass für Betreuung in den Schulen gesorgt und auch mit höherer Inanspruchnahme zu rechnen sei als im Früh-

jahr. Die Entscheidung, ein Jahr später im November 2021 die Schulen offen zu halten, aber die Präsenzpflicht aufzuheben, wurde mit Rückgriff auf die bekannten Argumente für offene Schulen kommuniziert. Nun kamen diese, mit der zentralen Ergänzung um die Testmöglichkeiten in den Schulen (s. Abschnitt 5.3), zur Geltung. Der „Standard“ schrieb am 19. 11. 2021: „Begründet wird das Offenhalten der Schulen vom Ministerium so: Aus epidemiologischer Sicht würde ‚nirgends so systematisch getestet wie in den Schulen‘, außerdem wolle man ‚weitere Belastungen für Schülerinnen und Schüler‘ vermeiden. Besonders für das Gesundheitspersonal brauche es weiter die Möglichkeit der Betreuung in den Schulen.“¹⁸

In der Kommunikation des Bildungsministers wird deutlich, dass er sich von Anfang an positiv auf Argumente und Akteur:innen bezog, die für ein Offenhalten der Schulen sprachen, aber im November 2020 die Berücksichtigung dieser Argumente vertagte. Das lässt sich in zwei Richtungen deuten: Zum einen kann man eine Umarmungstaktik in Richtung der Stakeholder und Expert:innen vermuten, die demonstratives Zuhören an die Stelle der Durchsetzung von Positionen setzte. Man könnte sagen: Als der Bildungsminister Argumente gegen Schulschließungen versammelte, um gleichzeitig das Distanzlernen zu verkünden, nutzte er das Instrumentarium organisationaler „*hypocrisy*“ (Brunsson, 2007), das darin besteht, **Reden, Entscheiden und Handeln** zu trennen, um unterschiedliche Ziele, Interessen oder Erwartungen parallel „abholen“ zu können. Damit konnte er auch Zeit gewinnen, indem er die im Reden angesprochenen, aber handelnd zurückgestellten Ziele implizit vertagte – um so, wie bei Friedberg (1995) beschrieben, die Position in den nächsten Entscheidungsrunden oder „Spielen“ zu verbessern. Minister Faßmann schaffte es auf diese Weise sogar, sich selbst ein Stück weit von den Regierungsentscheidungen zu distanzieren.

Zum anderen aber dürfte der Minister die Sammlung der Argumente gegen Schulschließungen im Herbst 2020 für die absehbar nächste Entscheidungsrunde auch an die Bundesregierung gerichtet haben – ein Versuch, sich und das BMBWF als Akteur öffentlich selbst festzulegen, womöglich sogar in der Hoffnung, dass die Regierung ihm einen Rückzug von der avisierten Priorisierung offener Schulen ersparen würde. Vielleicht gab es bereits den Hintergedanken, dass sich bei erneuten Entscheidungen **erneute Durchsetzungschancen** ergeben würden, weil im inkrementellen und reaktiven Politikmodus nicht wirklich verbindliche Prozesse etabliert wurden (s. Abschnitt 5.2) – was ja mit der Entscheidung für offene Schulen im Herbst 2021 auch eintrat. Dies illustriert ein Kommentar von Julia Wenzel in der „Presse“ vom 26. 11. 2021: „Neu ist, dass sich Faßmann in diesem [Zielkonflikt] vorläu-

¹⁶ Bundeskanzleramt Österreich (BKA) vom 31. 3. 2020. *Pressekonferenz über weitere Schritte und Maßnahmen an Schulen und Universitäten*. <https://www.youtube.com/watch?v=C30wuR1-vI>, 00:00:01–00:27:14, letzter Zugriff am 2. 10. 2023

¹⁷ Bundeskanzleramt Österreich (BKA) vom 14. 11. 2020. *Pressekonferenz zu weiteren Details aus verschiedenen Bereichen*. <https://www.youtube.com/watch?v=DI0x69ysRW4>, 00:24:52–00:25:20, letzter Zugriff am 3. 10. 2023

¹⁸ Der Standard vom 19. 11. 2021. *Schulen und Unis bleiben trotz Lockdowns geöffnet*. <https://www.derstandard.at/story/2000131283494/schulen-und-unis-bleiben-trotz-lockdown-geoeffnet>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

fig durchsetzen konnte. Denn obwohl der Bildungsminister schon in den vorherigen Lockdowns für offene Schulen gekämpft hatte, war er am Ende immer am Bundeskanzleramt gescheitert. Dieses sei nun allerdings voll auf Faßmann-Linie, hört man aus der türkisen Regierungshälfte.¹⁹

5.2 ENTSCHEIDUNGEN: „DURCHWURSCHELTEN“ ZWISCHEN VIROLOGIE UND WIRTSCHAFT

Bildungspolitische Akteur:innen beschreiben Entscheidungen über Distanzlernen, Schulöffnungen und komplementäre Maßnahmen als **andauernden Aushandlungsprozess** mit anderen Ressorts, dem Bundeskanzleramt und insbesondere den Bundesländern, vertreten vorwiegend durch Landeshauptleute und Gesundheitspolitiker:innen. In den Interviews fällt der Ausdruck „Durchwurschteln“ – den wir hier als Übersetzung des „*muddling through*“ (Lindblom, 1959) verstehen, also wertfrei als einen eben nicht konsistent von Evidenz, direkter Planung und Strategie geleiteten, sondern eher inkrementellen Entscheidungsmodus.

Dabei orientierte sich die Regierungspolitik überwiegend an virologischen und epidemiologischen Evidenzen und den entsprechenden Indikatoren. Diese wurden dann, wenn es um Öffnungen oder differenzierte Maßnahmen ging, gegen regional spezifische Wirtschaftsinteressen abgewogen. Es scheint, dass die **Abwägung zwischen „Schulen und Skiliften bzw. Gasthäusern“**, die in der Presse ebenso wie in den Äußerungen von Betroffenen und Interessenvertreter:innen immer wieder vorkommen, expliziter Bestandteil des politischen Prozesses war.

Im Kontext dieser politischen Aushandlungsprozesse und eines **starken virologischen und epidemiologischen Fokus** konnten sich bis in den Herbst 2021 hinein weder bildungsökonomische noch entwicklungspsychologische oder soziologische Argumente durchsetzen. Die allgemeine Funktion von Schule, alle Kinder und Jugendlichen sozial zu inkludieren, war in den Lockdowns unter der Prämisse der Kontaktreduktion zum Nachteil für den Schulbetrieb geworden: Die Politik konnte auf Schulen direkt zugreifen und über das Distanzlernen eine große Zahl von Menschen direkt und indirekt in ihrer Mobilität einschränken. Innerhalb der Epidemiologie und Simulationsforschung galten Schulschließungen deswegen als hoch wirksam, um Infektionskurven schnell abzuflachen (Brauner et al., 2021; Lasser et al., 2021) – bei kurzfristig überschaubaren (und vielfach von den Familien getragenen) Kosten.

Auch als die bildungsökonomischen, sozialpsychologischen und **pädagogischen Argumente** gegen Schulschließungen empirisch unterfüttert worden waren, konnten sie

seitens des Bildungsministers **nicht politikwirksam** gemacht werden. Schließlich war der Entscheidungsmodus der Bundesregierung durch kurzfristiges Reagieren auf steigende Infektionszahlen (und später auch die Auslastung von Intensivstationen) geprägt. Um Wirkung zu entfalten, hätten die vorhandenen Zahlen, etwa zu den langfristigen Kosten von Kompetenzverlusten (Kocher & Steiner, 2020), vermutlich ein stärkeres Bekenntnis der Gesamtregierung zur Inklusions- und Sozialintegrationsfunktion von Schulen gebraucht. Das verweist auf die Frage der Relevanz und Geltung von Argumenten: Welche Daten oder Zahlen in welcher Gewichtung in politische Abwägungsprozesse einfließen, entscheidet in aller Regel nicht die Wissenschaft, sondern die Politik. Damit „Zahlen“ zu Argumenten werden, müssen sie schon anschlussfähig an politische Prioritäten und Rahmungen sein.

Das organisationstheoretische „*muddling through*“ (Lindblom, 1959) kann jedoch durchaus funktional sein, wenn Ziele nicht in eine konsistente Rangfolge zu bringen sind, Entscheidungen unter Unsicherheit fallen und Kompromisse unterschiedlicher Interessen notwendig sind – Lindblom zufolge eher der Normalfall politischen Handelns in Demokratien. Dann kann das „*muddling through*“ die Reaktions- und Kompromissfähigkeit der Akteur:innen erhöhen. Jedoch zeigt der vorliegende Fall die Grenzen dieses Entscheidungsmodus in der Krise auf: Es gewannen nicht die besseren Argumente, sondern die **politisch stärker vertretenen Interessen hatten höhere Chancen**. Es blieb bei einer kurzfristigen Perspektive, die auf Inzidenzen und akute Probleme im Gesundheitswesen reagierte – aber politische Interessen (etwa bei bevorstehenden Landtagswahlen) verzögerten Entscheidungen auch wieder. Zwischen Kurzfristigkeit und Priorisierung der epidemiologischen Evidenzen einerseits, ökonomischen und politischen Interessen andererseits wurde es für das Bildungsministerium **schwierig, bildungspolitische und sozialwissenschaftliche Perspektiven** in der Regierung insgesamt **zur Geltung zu bringen**.

Die Dominanz etablierter Interessen beim Durchwurschteln führte dabei zu einer Politisierung (oder Wahrnehmung von Politisierung) der Entscheidungs- und auch der Beratungsprozesse. In diesem politisierten Prozess des Durchwurschtelns war, wie Interviewte berichten, von Beginn an die Abgrenzung zwischen politischen Entscheidungsprozessen und wissenschaftlichen Empfehlungen unscharf. Einige Befragte hatten den Eindruck, dass Entscheidungen eher auf Basis vorgefasster Meinungen und politischer Prioritäten gefallen seien als auf Basis wissenschaftlicher Expertise. Zu solchen Meinungen habe man sich dann *ex post* Begründungen und Expert:innen gesucht. Auch die Einzelressorts suchten für ressortspezifische Beratungsgremien überwiegend jene Expert:innen heranzuziehen, die den eigenen Zielen und Positionen nahestanden. Das berichten auch Entscheider:innen selbst.

¹⁹ Die Presse vom 26. 11. 2021. *Wie Heinz Faßmann die ÖVP-Krise für sich nutzt*. <https://www.diepresse.com/6066213/wie-heinz-fassmann-die-oevp-krise-fuer-sich-nutzt>, letzter Zugriff am 30. 10. 2023

Die Politisierung des Durchwurschtelns stand sodann einer grundsätzlichen und expliziten Bereitschaft zu vertrauensvoller ressortübergreifender Kooperation entgegen. Eine Bildungswissenschaftler:in skizziert die Voraussetzungen für einen solchen, gleichfalls inkrementellen, aber lösungsorientierten Zugang: „Wenn man mal seine Ungewissheiten alle auf den Tisch gelegt hat und ein bisschen sie strukturiert und sich angeschaut hat, dass man dann sozusagen sagt, okay, wir wissen nicht alles, aber was ist das Bestmögliche, halte ich für [weder] moderationstechnisch noch politisch noch sonst wie für vollkommen unmöglich. Aber natürlich geht das dann nicht, [...] wenn eben auch noch alle 5.000 strategischen und egozentrischen Hintergedanken mitspielen, statt zu sagen, die lassen wir jetzt mal weg.“

Unter dem systemtheoretischen Aspekt der Komplexitätsreduktion lässt sich demgegenüber sagen, dass in der Regierungspolitik einerseits das „Durchwurschteln“ zwischen Mehr-Ebenen-Verhandlungen und Interessen-Aushandlungen hochkomplex war. Andererseits aber war die politische Wahrnehmung wissenschaftlicher Evidenz auf Virologie und Epidemiologie enggeführt. An den Entscheidungen über das Distanzlernen wird deutlich, dass das politische System an dieser Stelle nicht in der Lage war, komplexe Aushandlungen *und* komplexe und vielfältige Wissenschafts-Inputs gleichermaßen zu prozessieren und dies womöglich auch noch transparent zu machen. Es **überwogen** aus dem Politikbetrieb **vertraute Aushandlungsprozesse**, in denen eher (berechenbare und den dominanten Akteur:innen der Regierung nahestehende) Interessen und Strategien Wirkung entfalteten. Im inkrementellen, Ziele und Informationen selektiv aufgreifenden und ad hoc entscheidenden Politikmodus des Durchwurschtelns verfestigten sich also die Relevanzen und Entscheidungsprämissen der akuten Krise.

So wurde bis zum Herbst 2021 das **Bildungsministerium** von anderen Entscheidungslogiken und -praxen gewissermaßen kolonisiert. Damit ist nicht gemeint, dass das BMBWF damit jedes Handlungsvermögen einbüßte. Es musste sich jedoch **auf die Prioritäten**, Entscheidungsmodi und Problemdefinitionen **der zentralen Akteur:innen** im Feld (also Bundeskanzler, Landeshauptleute, Gesundheitsministerium) **einlassen** und diese bedienen – und tat das auch, suchte aber, seinen Manövrierraum zu erweitern (s. Abschnitt 5.3).

5.3 DIE MOBILISIERUNG VON EVIDENZ: VON INFEKTIONSRSIKEN ZU DATENQUELLEN

Um die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern, wählte das Bildungsministerium den Weg, wissenschaftliche Expertise und Evidenz zu mobilisieren. Die Strategie bestand darin, die eigenen Kompetenzen und Ressourcen als Wissenschaftsministerium so einzusetzen, dass sie **epidemiologisch und politisch anschlussfähige Evidenzen** liefern konnten. Damit gelang es nach einigen Anläufen,

Schulen quasi umzufunktionieren: Offene Schulen wurden durch Tests und Abwasseranalysen zu Datenquellen statt zu Infektionsherden.

Das BMBWF beauftragte schon früh Studien zu Prävalenzen, Tests und Lüftungsmöglichkeiten in den Schulen, um Datenlücken zu füllen und Daten verfügbar zu machen. Teils initiierten Forschende selbst solche Arbeiten. Hier spielten **technische, mikrobiologische und epidemiologische Disziplinen** eine zentrale Rolle – aus BMBWF-Sicht wechselte man also das disziplinäre Terrain, nachdem mit bildungswissenschaftlichen Argumenten wenig zu gewinnen war. Mit dem Ziel, das Offenhalten der Schulen in Österreich so lange wie möglich zu gewährleisten, wurde mit Erhebungen von Mai bis Juni 2021 das Pilotprojekt „SARS-CoV-2-PCR-Monitoring an Österreichs Schulen (Schulgurgeln)“ durchgeführt und begleitend interdisziplinär evaluiert (Fasching et al., 2021). In die BMBWF-Strategie, Daten und Evidenz direkt zu verbessern, fügte sich auch die Initiative der Verknüpfung von Verwaltungs- und Registerdaten ein, die es z. B. ermöglichte, den Impfstatus von Lehrer:innen zu erheben.

Ab November 2020 rückte das Ziel eines sicheren Schulbetriebs ins Zentrum des Agierens des Bildungsministeriums. Neben Masken und Lüften sollten in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium Testregime und Abwassermonitoring Daten liefern, um Schulen „sicher“ offen zu halten bzw. sie nur in bestimmten und nachgewiesenen Fällen regional oder lokal ins Distanzlernen zu schicken. Das Angebot des BMBWF, im Frühjahr 2021 in den Schulen ein **flächendeckendes Testregime** aufzusetzen, verschob dann tatsächlich die politischen Prioritäten und verlieh dem Offenhalten der Schulen neues Gewicht – vermutlich in Kombination mit der abnehmenden Akzeptanz des Distanzlernens bei Eltern und Familien. Die **Schulen** wurden so zu Datenquellen und bekamen einen **epidemiologischen Mehrwert** für die Gesamtgesellschaft, indem man dort Kinder und Jugendliche auch aus jenen Gruppen und Milieus erreichte, die freiwillige Tests nicht in Anspruch nahmen. Diese Argumentation wurde auch vom Kanzleramt und vom Gesundheitsministerium übernommen. Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein erklärte dazu am 21. November 2021 in der ZIB 2: „Wir haben ein Setting, wo sehr viel getestet wird. Wenn wir die Schulen schließen, dann verlieren wir diese Tests. Dann können wir dort auch weniger reinschauen. Wir haben jetzt die Schulen nochmal sicher gemacht: es gilt die Maskenpflicht überall und für jeden.“²⁰

²⁰ ZIB 2 vom 21. 11. 2021. Mückstein zu Impfpflicht und Lockdowns. <https://www.youtube.com/watch?v=dXRbo99Zu2c>, 00:07:13–00:07:24, letzter Zugriff am 23. 10. 2023

6. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN: UMSICHTIGER INKREMENTALISMUS

Für den Fall der Schulschließungen in der Pandemie ergibt sich folgender Befund: Die ersten Entscheidungen über Distanzlernen und Schulschließungen wurden in den drei DACH-Ländern ähnlich getroffen – unter Zeitdruck, hoher Ungewissheit und bei klarem Vorrang der Infektionszahlen. Im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz wird deutlich, dass die Ausgestaltung föderaler Zuständigkeiten bei Bildung und Gesundheit, das *standing* der Bildungsressorts auf Bundes- und Länder- bzw. Kantonebene innerhalb der Regierung und die disziplinäre Breite der Expertise in pandemiespezifischen Entscheidungsgremien eine wichtige Rolle für die Entscheidungen über offene Schulen spielten. Das Schweizer Beispiel zeigt, dass dort die **fachliche Präsenz der Bildungswissenschaften** in Beratungsgremien, unterstützt durch den hohen Stellenwert föderaler Bildungspolitik:innen, einen Unterschied gemacht hat. Die Task Force benannte nach dem ersten Lockdown Schulschließungen klar als letztes Mittel, und das „Recht auf Bildung“ floss direkt in Entscheidungsprozesse ein. Auch die föderalen Zuständigkeiten waren klarer geregelt und wurden nach den ersten Lockdowns wieder zurück auf die Kantonebene verlagert, so dass Schulschließungen insgesamt schwerer zu beschließen waren, nachdem ja die Kantone schon bildungswissenschaftliche Expertise in die Task Force hineinreklamiert hatten.

In Österreich gerieten Bildungsministerium und Schulen aufgrund der Hegemonie der virologischen Expertise in den Beratungsgremien (ähnlich wie in Deutschland), der Priorität auf Kontaktreduktion und „*muddling through*“ in die Defensive: **Schulen waren politisch leicht und epidemiologisch wirkungsvoll zu schließen**. Gegenargumente und bald auch Evidenzen über die Folgen waren zwar früh vorhanden und bekannt, konnten sich aber nicht durchsetzen. Im Ergebnis wurden Schulen mehrfach geschlossen und sehr zögerlich wieder geöffnet.

Der Bildungsminister nutzte ein **defensives Instrumentarium des politischen Handwerks**: Argumente gegen Schulschließungen zu kommunizieren und entgegengesetzt zu handeln bedeutete, Reden und Handeln zu trennen (Brunsson, 2007), und ließ es auf diesem Weg zu, sich trotz formaler Loyalitätsbekundungen gegenüber der Regierungspolitik in die Allianz gegen Schulschließungen einzuklinken oder (besser noch) sich medial einklinken zu lassen. Für die Einlösung des Ziels, Schulen offen zu halten, verwies man auf die Zukunft, gab aber den Gegenspieler:innen in Bund und Ländern die Argumente vor.

Es blieb aber bei einem Entscheidungsmodus des sozusagen **politisierten „muddling through“** mit Dominanz des Bundeskanzleramts. Dieser Modus verfestigte sowohl die am Anfang der Pandemie etablierten Rahmungen um Inzidenzen und Kontaktreduktion als auch das hierarchie- und interessengeleitete Aushandeln des politischen Normalbe-

triebs, mit dem Ergebnis, dass über einen langen Zeitraum die mächtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der Bundesländer priorisiert wurden. Nun kann man per „*muddling through*“ zwar grundsätzlich kurzfristig reagieren und Kompromisse finden, aber eine Berücksichtigung neu hinzukommender oder langfristiger Interessen, Argumente und Zusammenhänge erwies sich als schwierig. Immerhin aber verhielt das „Durchwurschteln“ neue Chancen für das BMBWF, an die vorerst vom Handeln entkoppelten Argumente für offene Schulen wieder anzuschließen.

In diesem Rahmen versuchte das BMBWF, ganz auf der von Friedberg (1995) skizzierten Linie, seine Spielräume zu erweitern, indem es seinerseits neue Daten und Evidenzen in Gestalt von Testprozeduren und Datenverknüpfungen mobilisierte. Dazu griff man auf mikrobiologische und technisch-naturwissenschaftliche Expertise zurück. Die sozial- und bildungswissenschaftlichen Fachleute wurden im Pilotprojekt zum Testen (Fasching et al., 2021) als Begleit- und Implementierungsforscher:innen eingesetzt. In der Tat veränderte das Testen in den Schulen das politische „Spiel“, weil man diese damit zu **Datenquellen statt Infektionsherden** umdefinieren konnte.

Eine nachhaltige Veränderung der politischen Prioritäten oder Prozesse fand nicht statt. Die Schulen als Datenquellen offen zu halten verlieh den epidemiologischen und virologischen Argumenten und Technologien weitere Bedeutung, beließ aber die Bildungswissenschaften und -advokat:innen mangels Erfolgchancen ihrer Argumente in der Begleitforschungsrolle. Die **inhaltliche Substanz der Argumente für offene Schulen** – Schule als sozialer Raum, Kompetenz- und Chancenentwicklung ebenso wie Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen, Inklusion und Chancen auf (mehr) Chancengleichheit – erlangte trotz anfänglicher Hoffnungen **kein neues Gewicht**. Eine proaktivere Bildungspolitik scheint bereits eine stärkere normative Basis zu benötigen, als sie in Österreich vorhanden war, um darauf in der Krise aufbauen zu können. Diese Basis gab es in der Schweiz, wo die Task Force das Recht auf Bildung einmahnte.

Da in einer Krise umfassend entscheidungsrationales Vorgehen unter Versammlung aller Argumente, klarer Ziele und Prioritäten schwerlich möglich ist, wird man ohne „Durchwurschteln“ in Politik und Administration nicht auskommen. Zudem entwickelt sich Wissen über Krisenfolgen und langfristige Folgen der eigenen Aktionen erst im Zeitverlauf. Umso schwerer wiegen aber die Hürden, die der beschriebene Modus des Durchwurschteln für die Berücksichtigung neuer Zusammenhänge, Folgen und Perspektiven aufstellt. Es kommt also – etwas überspitzt formuliert – darauf an, intelligent, offen und umsichtig zu wurschteln. Johnston, Low, & Wilson (2012) nennen dies „**skillful incrementalism**“. Lindblom selbst merkt an, dass es zur Bearbeitung komplexer Probleme möglichst vielfältige Perspektiven und Kenner:innen unterschiedlicher politischer

Wirkungsketten in Entscheidungsgremien braucht (1959, S. 88). In der Tat zeigt das Schweizer Beispiel, dass eine interdisziplinäre Besetzung von politisch wirkungsvollen Beratungsgremien für die Schulen günstig war.

Da man jedoch nicht immer weiß, welche Perspektiven wann relevant werden, müssten auch und gerade zentrale Entscheidungsinstanzen (wie im vorliegenden Fall die Bundesregierung) mit **Zeitpunkten oder Verfahren zur Selbstkorrektur** und Erweiterung versehen werden. Entscheidungen unter Zeit- und Handlungsdruck sowie notwendige Reflexion darüber sind ein offensichtliches Dilemma – aber eines, das es zu bearbeiten gilt, weil verengte Perspektiven auch unintendierte Folgen ausblenden. In Bezug auf inhaltliches Wissen ebenso wie auf die eigenen Prozesse braucht es **Übergabepunkte**, an denen nötige Expertise und neu gewonnenes Wissen über längerfristige Folgen und Risiken gezielt und gewichtig in Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse eingespielt werden können. Wissenschaftsnetzwerke, größere Plattformen (wie in Österreich das Future Operations Board) oder Servicestellen wie etwa wissenschaftliche Dienste können die **Beobachtung des sich entwickelnden Wissens** übernehmen. Wichtig ist aber darüber hinaus, dass Entscheidungsinstanzen selbst, die unter Zeitdruck agieren, von Anfang an möglichst **verbindliche Prozesse** haben, das eigene Durchwurschteln funktionssystemübergreifend, aber mit Berücksichtigung der Funktionssysteme zu überprüfen, zu reflektieren und zu korrigieren.

Das Vorhaben, Institutionen, Prozesse und Kooperationskulturen zu gestalten, die in einer Krise diverse und heterogene Perspektiven, Rechte, Interessen und Werte zur Geltung bringen, braucht also eine gewisse **Distanz vom Tagesgeschäft** und auch von der je akuten Krise. Es müssen allerdings die „realen“ Beziehungen zwischen den Akteur:innen, Entscheidungs- und Kooperationsmodi, politischen Kulturen und Machtverhältnissen in den Blick genommen werden, um diese zu verstehen und um effektiv und für diese anschlussfähig sein zu können. Erst dann wird man von politischen und eigeninteressierten „Hintergedanken“ wieder Abstand nehmen können.

Für die **Gestaltung von Prozessen** können die Sozial- und Bildungswissenschaften eine Rolle übernehmen, die bislang weniger im Fokus der Erwartungen und Bedürfnisse der Politik steht als das Bereitstellen von „Zahlen“ und „Fakten“: Sie sind auch empirisch gegründete **Reflexionswissenschaften**, die Rahmungen, Perspektiven, Handlungsmodi und Interessen von individuellen und kollektiven Akteur:innen verstehen und ins Verhältnis setzen. So können sie dazu beitragen, ein Sensorium für politische und soziale Prozesse und deren unintendierte Folgen und Wirkungen zu entwickeln und zu verfeinern – ohne jedoch den Akteur:innen aus Politik und Praxis das eigene Reflektieren abnehmen zu können.

Entsprechend dieser Akzentuierung der „Third Mission“ gesellschaftlich relevanter Wissenschaft verste-

hen sich viele Expert:innen aus Bildungswissenschaften, Public Health oder Pädiatrie durchaus als **Anwält:innen der Kinder und Jugendlichen**. Einige argumentieren, dass deren Krisenbetroffenheit (in guter Absicht) öffentlich sehr defizitorientiert gerahmt worden ist und es umso notwendiger sei, ihnen auch Zuversicht und Wertschätzung für das von ihnen selbst Geleistete zu vermitteln. Das verweist auf den weiterführenden Gedanken der direkten **Teilhabe der Kinder und Jugendlichen** sowohl in der Krise als auch bei der Weiterentwicklung des Schul- und Bildungssystems (Vana, Holtgrewe, Lindorfer, & Siller, 2023). Auf Kinder und Jugendliche selbst (auch jene aus weniger artikulationsfähigen Gruppen) zu hören und sie zu beteiligen könnte sowohl Entscheidungen verbessern als auch negativen Folgen vorbeugen oder sie abmildern. Das verweist allgemein über das Verhältnis von Wissenschaft und demokratischer Politik hinaus auf die wichtige Frage der Partizipation von „Betroffenen“ in Krisenzeiten.

7. LITERATURVERZEICHNIS

- Besio, C. (2019). Entscheidungstheorien. In M. Apelt, I. Bode, R. Hasse, U. Meyer, V. V. Groddeck, M. Wilkesmann, & A. Windeler (Hrsg.), *Handbuch Organisationssoziologie* (S. 1–19). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-15953-5_7-1
- Blum, S., & Dobrotic, I. (2021). Die Kita- und Schulschließungen in der COVID-19-Pandemie. In D. Fickermann & B. Edelstein (Eds.), *Schule während der Corona-Pandemie. Neue Ergebnisse und Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld* (S. 81–99). Waxmann Verlag GmbH. <https://doi.org/10.31244/9783830993315.04>
- Bock-Schappelwein, J., & Famira-Mühlberger, U. (2021). *Die Covid-19-Pandemie und Schule. Eine bildungsökonomische Kurzanalyse*. Wien: WIFO. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikatinsid=67333&mime_type=application/pdf
- Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.
- Brauner, J. M., Mindermann, S., Sharma, M., Johnston, D., Salvatier, J., Gavenčiak, T., ... Kulveit, J. (2021). Inferring the effectiveness of government interventions against COVID-19. *Science*, 371(6531), eabd9338. <https://doi.org/10.1126/science.abd9338>
- Brunsson, N. (2007). *The consequences of decision-making*. Oxford ; New York: Oxford University Press.
- Büttner, S., & Laux, T. (2021). *Umstrittene Expertise und die Wissensproblematik der Politik: Eine Einführung*. In S. M. Büttner & T. Laux (Eds.), *Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik. Leviathan-Sonderband 38* (S. 13–40). Baden-Baden: Nomos.

- Crozier, M., & Friedberg, E. (1979). *Macht und Organisation, Die Zwänge kollektiven Handelns*. Königstein: Athenäum.
- Derndorfer, J., Disslbacher, F., Lechinger, V., Mader, K., & Six, E. (2021). *Home, sweet home? The impact of working from home on the division of unpaid work during the COVID-19 lockdown*. NEQ Working Paper Series, 21 (Paper No. 21). Wien: WU, <https://epub.wu.ac.at/8092/>
- Deutscher Ethikrat. (2022). *Pandemie und psychische Gesundheit. Aufmerksamkeit, Beistand und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in und nach gesellschaftlichen Krisen. Ad-hoc Empfehlung vom 28. November 2022*. Deutscher Ethikrat. <https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/ad-hoc-empfehlung-pandemie-und-psychische-gesundheit.pdf>
- El-Mafaalani, A. (2020). *Mythos Bildung: Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Fasching, M., Korunka, C., Lamm, C., Mosor, E., Patterer, A., Pronizius, E., ... Wagner, M. (2021). *SARS-CoV-2-PCR-Monitoring an Österreichs Schulen: Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts*. Wien: Future Operations Board. https://futureoperations.at/fileadmin/user_upload/k_future_operations/Abschlussbericht_SARS-CoV-2-PCR-Monitoring_21092021.pdf
- Fickermann, D., & Edelstein, B. (2020). „Langsam vermisste ich die Schule ...“ Schule während und nach der Corona-Pandemie. Editorial. In D. Fickermann & B. Edelstein (Eds.), *„Langsam vermisste ich die Schule ...“ Schule während und nach der Corona-Pandemie. Die deutsche Schule, Beiheft 16* (S. 9–37). Münster: Waxmann.
- Fickermann, D., & Edelstein, B. (2021). Schule und Corona. Ein Überblick über Forschungsaktivitäten an Hand von Projektsteckbriefen. In D. Fickermann & B. Edelstein (Eds.), *Schule während der Corona-Pandemie. Neue Ergebnisse und Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld* (S. 103–212). Waxmann Verlag GmbH. <https://doi.org/10.31244/9783830993315.05>
- Fickermann, D., Edelstein, B., Gerick, J., & Racherbäumer, K. (2021). Schule und Schulpolitik während der Corona-Pandemie: Nichts gelernt? In D. Fickermann, B. Edelstein, J. Gerick, & K. Racherbäumer (Eds.), *Schule und Schulpolitik während der Corona-Pandemie: Nichts gelernt? Die deutsche Schule, Beiheft 18*. (S. 7–38). Waxmann Verlag GmbH. <https://doi.org/10.31244/9783830994589.01>
- Freundl, V., Stiegler, C., & Zierow, L. (2021). *Europas Schulen in der Corona-Pandemie – ein Ländervergleich*. München: ifo Institut. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2021-12-freundlstiegler-zierow-schulen-europa-corona.pdf>
- Friedberg, E. (1995). *Ordnung und Macht. Dynamiken organisierten Handelns*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Hirschi, C. (2021). Expertise in der Krise. Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise. In S. M. Büttner & T. Laux (Hg.), *Umstrittene Expertise: Zur Wissensproblematik der Politik. Leviathan-Sonderband 38* (S. 161–186). Baden-Baden: Nomos.
- Hirschi, C., Hornung, J., Jatón, D., Mavrot, C., Sager, F., & Schlauffer, C. L. (2022). *Wissenschaftliche Politikberatung in Krisenzeiten in der Schweiz: Eine Analyse der Finanzkrise, des Fukushima-Unfalls und der Covid-19-Pandemie*. Bern: Schweizerischer Wissenschaftsrat. https://wissenschaftsrat.ch/images/stories/pdf/de/SWR_2022_Wissenschaftliche_Politikberatung.pdf
- Holtgrewe, U. (2006). *Flexible Menschen in flexiblen Organisationen: Bedingungen und Möglichkeiten kreativen und innovativen Handelns*. Berlin: Edition Sigma.
- Holtgrewe, U., Lindorfer, M., Salamon, N., Siller, C., & Vana, I. (2021). „Plötzlich bin ich in der Situation eines Youtubers“ – Lehrer_innen und ihre Erfahrung mit Schüler_innen im Lockdown. *Lernen im Ausnahmezustand – Chancen und Risiken. Ergebnisse der Lehrer_innenbefragung* (No. 10.5281/zenodo.4550640; p. 60). Wien: ZSI. <https://zenodo.org/record/4550640>
- Holtgrewe, U., Lindorfer, M., Siller, C., & Vana, I. (2021a). „Ich selbst hab zuwenig Kapazitäten, um mein Kind zu motivieren.“ *Lernen im Ausnahmezustand – Chancen und Risiken. Ergebnisse der Elternbefragung* (No. 10.5281/zenodo.4550606; p. 80). Wien: ZSI. <https://zenodo.org/record/4550606>
- Holtgrewe, U., Lindorfer, M., Siller, C., & Vana, I. (2021b). „Zuhause bekommen wir nur intensive Aufgaben.“ *Lernen im Ausnahmezustand – Die Sicht der Schüler_innen* (No. 10.5281/zenodo.4550533; p. 35). Wien: ZSI. <https://zenodo.org/record/4550533>
- Holtgrewe, U., Schober, B., & Steiner, M. (2020). *Schulen öffnenhalten und das Infektionsrisiko senken*. Wien: ZSI, Universität Wien, IHS. https://www.zsi.at/attach/Schulschliungen_Stellungnahme_11_nov.pdf
- Johnston, W., Low, B., & Wilson, T. L. (2012). Scientific muddling: Decision making through a Lindblomian lens. *Journal of Business Research*, 65(6), 717–719. <https://doi.org/10.1016/j.jbusres.2010.12.007>
- Kittel, B., Kritzing, S., Boomgaarden, H., Prainsack, B., Eberl, J.-M., Kalleitner, F., ... Schlogl, L. (2020). *Austrian Corona Panel Project (SUF edition) [Data set]*. AUSSDA. <https://doi.org/10.11587/28KQNS>
- Kocher, M. G., & Steiner, M. (2020). *Kosten von Schulschließungen zur Pandemiebekämpfung*. IHS-Policy Brief 20/2020. Wien: IHS. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5529/1/ihs-policy-brief-2020-kocher-steiner-corona-schulen.pdf>
- Lasser, J., Richter, L., Schmid, D., Sorger, J., Thurner, S., & Klimek, P. (2021). *Effektivität von Präventionsmaßnahmen für SARS-CoV2 und seine transmissibleren Varianten für eine nachhaltige Öffnung der Schulen*. CSH Policy Brief. Wien: Complexity Science Hub.
- Lindblom, C. E. (1959). The Science of “Muddling Through”. *Public Administration Review*, 19(2), 79. <https://doi.org/10.2307/973677>

- Lischka-Schmidt, R. (2022). Talcott Parsons' normativfunktionalistische Theorie der (Bildungs-)Organisation: Eine kritische Diskussion ihres Erkenntnisgehalts am Beispiel von Inklusion in Schulen. *Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO)*, 53(4), 437–447. <https://doi.org/10.1007/s11612-022-00655-4>
- Luhmann, N. (2002). *Einführung in die Systemtheorie*. Hrsg. v. D. Baecker. Heidelberg: Carl Auer.
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina. (2020). *Coronavirus-Pandemie: Für ein krisenresistentes Bildungssystem. 5. Ad-hoc Stellungnahme*. Berlin: Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina. https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_08_05_Leopoldina_Stellungnahme_Coronavirus_Bildung.pdf
- OECD. (2021). *The State of Global Education: 18 Months into the Pandemic*. Paris: OECD. https://www.oecd-ilibrary.org/education/the-state-of-global-education_1a23bb23-en
- Oxenius, A., & Karrer, U. (2022). Wissenschaft und Politik in der Pandemie: Eine Schweizer Perspektive. In A. W. Lohse & T. C. Mettenleiter (Eds.), *Infektionen und Gesellschaft* (S. 104–113). Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-66073-7_16
- Pieh, C., Budimir, S., & Probst, T. (2020). The effect of age, gender, income, work, and physical activity on mental health during coronavirus disease (COVID-19) lockdown in Austria. *Journal of Psychosomatic Research*, 136, 110186. <https://doi.org/10.1016/j.jpsychores.2020.110186>
- Powell, W. W. (1991). *The New Institutionalism in Institutional Analysis* (W. W. Powell & P. J. DiMaggio, Eds.). Chicago, London: Chicago UP.
- Schober, B., Lüftenegger, M., Spiel, C., Holzer, J., Kornat Ikanovic, S., Pelikan, E., & Fassl, F. (2020). *Lernen unter COVID-19-Bedingungen. Erste Ergebnisse Schüler*innen*. Wien: Universität Wien. https://lernencovid19.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_lernencovid19/Zwischenergebnisse_Schueler_innen.pdf
- Steiner, M., Köpping, M., Leitner, A., & Pessl, G. (2020). *LehrerInnenbefragung Zwischenergebnisse*. <https://www.ihs.ac.at/index.php?id=1176>
- Strauss, A. L., & Corbin, J. (1990). *Basics of qualitative research*. Newbury Park: Sage.
- Swiss National COVID-19 Science Task Force (2020a). *Rolle von Kindern und Jugendlichen in der Covid-19-Epidemie*. Bern: Swiss National COVID-19 Science Task Force. <https://scienctaskforce.ch/policy-brief/the-role-of-children-and-adolescents-0-18-years-of-age-in-the-transmission-of-sars-cov-2/>
- Swiss National COVID-19 Science Task Force. (2020b). *Empfehlungen für Tests und Quarantänen bei Kindern*. Bern: Swiss National COVID-19 Science Task Force. <https://scienctaskforce.ch/policy-brief/empfehlungen-fur-tests-und-quarantenen-bei-kindern/>
- Ulyte, A., Radtke, T., Abela, I. A., Haile, S. R., Berger, C., Huber, M., ... Kriemler, S. (2021). Clustering and longitudinal change in SARS-CoV-2 seroprevalence in school children in the canton of Zurich, Switzerland: Prospective cohort study of 55 schools. *BMJ*, n616. <https://doi.org/10.1136/bmj.n616>
- Vana, I., Holtgrewe, U., Lindorfer, M., & Siller, C. (2023). Eine bessere Schule in post-pandemischen Zeiten? Differenzierte Gestaltungswünsche bei Wiener Schüler_innen. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 48. <https://doi.org/10.1007/s11614-023-00513-7>
- Witzel, A. (2000). Das problemzentrierte Interview. *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Social Research*, 1(1).
- Wößmann, L., Freundl, V., Grewenig, E., Lorgetporer, P., Werner, K., & Zierow, L. (2020). Bildung in der Coronakrise: Wie haben die Schulkinder die Zeit verbracht, und welche Bildungsmaßnahmen befürworten die Deutschen? *Ifo Schnelldienst*, 73(9), S. 25–39.

FALLSTUDIE 4

EVIDENZ UND EINDEUTIGKEIT

HERAUSFORDERUNGEN DER ORGANISATION
WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG

ALEXANDER BOGNER UND PAUL BUNTFUSS

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgen-Abschätzung

1. EINLEITUNG

„We shouldn't have empowered the scientists in the way we did“, sagte Rishi Sunak im Sommer 2022 im Rückblick auf die heiße Phase der Corona-Krise. Der spätere britische Premierminister kritisierte mit Blick auf Boris Johnson, dass über einschneidende Maßnahmen keine offene Diskussion mit allen Abwägungen geführt worden sei; stattdessen habe man unter Rückgriff auf einen **engen Kreis von Expert:innen** eine Atmosphäre der Alternativlosigkeit erzeugt (Nelson, 2022). Dieses Gefühl war nicht auf die Insel beschränkt. Die italienische Wochenzeitung „L'Espresso“ verkündete unter der Überschrift „Die sieben mächtigsten Männer Italiens“, dass im Corona-Zeitalter nur noch ein kleiner Zirkel von Wissenschaftlern das Sagen hätte (Fittipaldi, 2020).

Wissenschaftliche Expertise: In der Corona-Pandemie erschien sie einerseits als einzige Hoffnung – und gleichzeitig als großes Ärgernis. Einerseits war klar, dass nur die Wissenschaft die Gefahren dieses neuen Virus erkennen, erklären und auch wirkungsvoll stoppen kann. Gleichzeitig stand **wissenschaftliche Expertise** schnell unter Verdacht, den **politischen Handlungsspielraum** unnötig stark einzuschränken. Aus diesem Spannungsverhältnis ergibt sich die spannende Frage, **wie Politik und Wissenschaft in Krisenzeiten zusammenarbeiten** sollten. Wie ist es möglich, eine politische Debatte zu führen, die wissenschaftlich solide informiert ist, aber auch Platz für die Abwägung von Alternativen lässt? Wie kann die (beratende) Wissenschaft dazu beitragen?

Diese Fragen werden im Folgenden am Beispiel des zentralen Beratungsorgans für Pandemiefragen in Österreich, der Kommission zur gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination (kurz: GECKO), diskutiert. In der GECKO wurde für eine gewisse Zeit wissenschaftliche Expertise aus unterschiedlichen Disziplinen in einem Gremium gebündelt, um den Bundeskanzler in Fragen der Pandemiebekämpfung zu beraten. Wir gehen davon aus, dass jede Expertenkommission mit ihrer spezifischen Besetzung, Aufgabenstellung und Arbeitsweise ein ganz **bestimmtes Verständnis** darüber zum Ausdruck bringt, wie Wissenschaft und Politik zusammen-

arbeiten sollten, oder genauer gesagt: wie die **Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik** beschaffen sein sollte. Die Betrachtung von Beratung als Schnittstellenproblem verspricht hierbei eine **neue Perspektive auf wissenschaftliche Politikberatung**. Anhand der GECKO soll gezeigt werden, welche Vorstellungen über gute Beratung in die Konstruktion dieses Gremiums einfließen. Auf einer allgemeinen Ebene macht dieser Fall deutlich, dass unsere Betrachtung von Beratung als wertgeladene Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik neue Einsichten **in grundlegende Spannungen und Fallstricke** der Politikberatung vermittelt.

Unsere **zentrale These** lautet, dass sich in der spezifischen Institutionalisierungsform der GECKO ein **politischer Wille** zur Herstellung von Übersichtlichkeit und **Eindeutigkeit** äußert. Weil die beratende Wissenschaft darauf festgelegt wurde, klare Antworten auf konkrete Fragen zu geben, war einerseits ein reibungsloser, effizienter Beratungsablauf garantiert; andererseits aber gerieten **Alternativen** (andere Fragestellungen und Problemperspektiven) **kaum in den Blick**. Für zukünftige Krisen sollte man die Einrichtung gut ausgestatteter Beratungsgremien rechtzeitig **vorbereiten**, in denen jene notwendige **Perspektivenvielfalt** abgebildet ist, die man für offene Abwägungsprozesse braucht.

Unsere Argumentation umfasst vier Schritte: Zunächst skizzieren wir unsere theoretische Perspektive (Abschnitt 2). Dann folgt ein kurzer Überblick über die Beratungslandschaft in Österreich sowie in Deutschland und Großbritannien (Abschnitt 3). Die Darstellung unserer empirischen Ergebnisse und ihre Einordnung in den theoretisch begründeten Interpretationsrahmen bilden den Schwerpunkt dieses Berichts (Abschnitt 4). Am Ende stehen eine resümierende Schlussbetrachtung sowie aus den Ergebnissen der Fallstudie abgeleitete Empfehlungen für Politikberatung in Krisenzeiten (Abschnitt 5).

2. ZUM VERHÄLTNIS VON WISSENSCHAFT UND POLITIK

Viele politische Streitfragen lassen sich ohne Rekurs auf wissenschaftliche Expertise weder verstehen noch vernünftig

tig diskutieren. Ja, in manchen Fällen macht überhaupt erst wissenschaftliche Forschung auf ein Problem aufmerksam – ohne die Wissenschaft bliebe der Klimawandel (nicht jedoch dessen Folgen) unsichtbar. Gleichzeitig kann gesellschaftliche und politische Relevanz auch ein Anreiz sein, ein Thema wissenschaftlich verstärkt zu bearbeiten.

Auch die COVID-19-Pandemie hat deutlich gemacht, dass **Wissenschaft und Politik eng verbunden** und verwoben sind. Schließlich ist die Wissenschaft der maßgebliche Zugang zum Verständnis von Seuchen und Pandemien. Die enge Verbindung von Wissenschaft und Politik gibt gleichwohl immer wieder zu Vermutungen Anlass, dass Wissenschaft eine Art **Politik mit anderen Mitteln** sei bzw. von der Politik gesteuert und instrumentalisiert werde. Mit Blick auf unsere empirische Analyse ist es daher zunächst von großer Bedeutung, sich in theoretischer Hinsicht das Verhältnis von Wissenschaft und Politik in liberalen Demokratien zu vergegenwärtigen.

2.1 ZWEI WELTEN: UNTERSCHIEDE ZWISCHEN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Um die wechselseitige Interaktion und Beeinflussung von Wissenschaft und Politik richtig abzuschätzen, muss man sich zunächst die **grundlegende Differenz** zwischen Wissenschaft und Politik vergegenwärtigen. Diese können als Teilsysteme der Gesellschaft verstanden werden, die jeweils eine ganz bestimmte, eng gezielte Funktion erfüllen (Luhmann, 2008, S. 98ff.). So organisiert die Politik kollektiv verbindliche **Entscheidungen**, die Wissenschaft hingegen produziert (vorübergehend gültige) **Wahrheiten**. Diese spezifischen Aufgaben können nicht von anderen Systemen übernommen werden. Die Wissenschaft kann auch ihren klügsten Kopf nicht einfach zur Bundeskanzlerin oder zum Bundeskanzler küren, und die Politik kann nicht bestimmen, welche Theorie richtig ist.

Politik und Wissenschaft folgen also ganz **unterschiedlichen Logiken** und Zielsetzungen. Diese Differenz erschwert die Kommunikation zwischen beiden Systemen ganz erheblich, macht sie aber gleichzeitig unbedingt erforderlich. Schließlich ist die Politik gerade in Krisensituationen auf eine tatsachenbasierte, „wahrheitsgemäße“ Lagebeschreibung **angewiesen**. Deshalb wird oft erwartet, dass Wissenschaft und Politik eine harmonische Arbeitsteilung pflegen und das „richtige“ Wissen politisch durchgesetzt wird (Boehmer-Christiansen, 1995, S. 199). In diesem Bild wartet eine geduldige Politik auf die von der Wissenschaft gelieferten Evidenzen, um eine möglichst informierte und aufgeklärte Entscheidung zu treffen.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Politik-Machen beschränkt sich in aller Regel nicht darauf, auf Basis verfügbarer Evidenz eine wissenschaftlich perfekte Lösung zu finden, welche die Allgemeinheit inhaltlich überzeugt. Für die Politik geht es darum, **mehrheitsfähige Entscheidungen**

mit geringem Konfliktpotenzial zu finden. Wissenschaftliche Evidenz ist nur ein Teil dieses politischen Prozesses. Würde (oder könnte) sich Politik in ihren Entscheidungen ausschließlich auf Evidenz verlassen, hätte sie nicht nur ein **demokratisches Legitimationsproblem**, sondern wäre auch noch **überflüssig**. Politik hat eben nicht nur mit Wissen und Informationen, sondern auch mit Interessen, Ideologien und Identitäten zu tun. Dies etabliert einen Zwang zu strategischen Rücksichtnahmen und setzt dem typisch wissenschaftlichen Ideal einer rein evidenzbasierten Politik bestimmte Grenzen (Cairney, 2016). Und anders herum: Wäre sie nur ideologiegetrieben (ohne grundlegende Tatsachen zu berücksichtigen), würde sie schnell an ihre Grenzen stoßen. Auch das hat die Pandemie gezeigt.

2.2 WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG: BRÜCKEN BAUEN ZWISCHEN DEN WELTEN

Die Lücke zwischen Wissenschaft und Politik kann also nicht geschlossen werden, indem eine Seite die Rationalität der anderen übernimmt. Vielmehr bedarf es einer **Überbrückung** zwischen der **Erzeugung** und der **Nutzung von Evidenz**. In wissenschaftlicher Politikberatung kommt Wissenschaft also in ein Naheverhältnis zu Politik.

In wissenschaftlicher Beratung geht es deshalb auch nicht um Wissenschaft im Sinne einer wissenschaftlichen Methode oder Logik der Forschung, sondern um **Expertise** – wissenschaftliches Wissen also, das **für politische Entscheidungen relevant** ist. Mit anderen Worten: Wissen, das weniger auf die Erklärung von Phänomenen als vielmehr auf die Bereitstellung von Ressourcen für Problemlösungen ausgerichtet ist (Büttner & Laux, 2021, S. 20ff.) und sich damit nicht nur als *epistemisch*, sondern auch als *politisch robust* erweisen muss (Lentsch, 2016, S. 321). Anders als Evidenz ist Expertise dabei meist personengebunden: Es reichen nicht die Fakten allein, sondern es bedarf auch der Expertin, die **einordnen, kontextualisieren und einen Überblick verschaffen** kann (Büttner & Laux, 2021, S. 21). Die Personengebundenheit von Expertise spiegelt sich in der Praxis in zweierlei Formen: Entweder lässt sich die Politik durch Einzelexpert:innen oder durch Kommissionen beraten.

Interessant ist deshalb nicht das innerwissenschaftliche Funktionieren, sondern die **Schnittstelle der beiden Systeme** Wissenschaft und Politik und ihre **Interaktion**. Beratung mittels Expertise ist selbstverständlich nur eine von vielen möglichen Schnittstellen zwischen diesen beiden Systemen, jedoch – nicht nur im Falle von Krisen – eine bedeutende. Gremien können dabei als eine **institutionalisierte Ausgestaltung** dieser Schnittstelle verstanden werden. Zusammengefasst: Beratungsgremien operieren an der Schnittstelle, indem sie wissenschaftliches Wissen in Form von Expertise als Entscheidungshilfe für politische Prozesse anbieten. Damit leisten sie eine Überbrückung der beiden Welten Wissenschaft und Politik

– interessant ist daher die Form der Überbrückung und damit die **konkreten Bedingungen** für Beratung an der Schnittstelle.

Zwei Gefahren: Technokratie und Dezisionismus

Klassischerweise wird die Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik auf einem Spektrum zwischen „**Technokratie**“ und „**Dezisionismus**“ beschrieben (vgl. Grunwald, 2008, S. 12ff.). Technokratie bezeichnet dabei eine Dominanz politischer Prozesse durch wissenschaftliches Wissen, das als alleinige Richtschnur politischen Handelns angesehen wird. In einem technokratischen Verständnis sind wissenschaftliche Empfehlungen **alternativlos richtig** – und politische Debatten letztlich überflüssig. Während im Kontext wissenschaftlicher Politikberatung seit langem vor Technokratie gewarnt wird (für einen Überblick siehe Münkler, 2020), ist der Begriff des Dezisionismus weniger prominent. Damit ist eine reine **Eigensinnigkeit der politischen Entscheidung** gemeint – mitsamt einer rein politischen Steuerung der Schnittstelle zur Wissenschaft. Was relevant ist, wird in einem dezisionistischen Verständnis also politisch festgelegt, und Wissenschaft hat keine Möglichkeit, Themen auf die politische Agenda zu bringen (Hoppe, 2005). Beide Modelle zeichnen damit die **Leitplanken** vor, zwischen denen wissenschaftliche Politikberatung navigieren und sich gleichermaßen von der Skylla der Technokratie wie der Charybdis des Dezisionismus fernhalten muss.

Technokratie und Dezisionismus – beide Modelle fokussieren darauf, welches System in der Lage ist, die Funktionsweise des anderen in größeren Teilen zu bestimmen. Wiewohl dies eine relevante Frage ist, bildet sie doch nicht alle interessanten Aspekte von wissenschaftlicher Politikberatung ab. Um die Schnittstelle also **detaillierter** zu beschreiben, folgen wir einem Vorschlag von Hoppe (2005). Zusätzlich zur traditionellen Frage nach der Dominanz schlägt Hoppe vor, die jeweilige Ausgestaltung der Schnittstelle auf die Frage hin zu untersuchen, wie die Nähe der Eigenlogiken von Politik und Wissenschaft konzipiert ist. Zwar sind Wissenschaft und Politik zwei Welten, doch ist die Frage, **wie weit entfernt** ihre jeweiligen Prozesse sind, d. h., wie leicht die Interaktion zwischen ihnen vonstattengeht. Anders gesagt: Gremien sind unterschiedlich gestaltet, je nachdem, wie die beteiligten Akteure die Nähe der beiden Welten konzipieren – und damit mehr oder weniger Schwierigkeiten bei der Überbrückung zwischen den Welten erwarten. Diese zusätzliche Differenzierung erlaubt damit eine genauere Betrachtung und **Charakterisierung von Beratungsgremien** – und der dahinter liegenden Vorstellung des Verständnisses von Wissenschaft und Politik.

Der „ehrliche Makler“: Orientierungshilfe für Beratung

Die prominenten Problematisierungen von Technokratie und Dezisionismus sollen zwar als orientierende Leitplanken dienen, oft erfüllt diese Rolle jedoch ein **positiv formuliertes**

Ideal besser. Dies wird zum Beispiel durch ein besonderes **Rollenverständnis** von wissenschaftlicher Beratung gegeben, das in der Literatur als „**ehrlicher Makler**“ („honest broker“) beschrieben wird (Pielke, 2007). Beratung im Sinne des ehrlichen Maklers muss sowohl die Produktion und Zusammenfassung von Evidenz als auch die politische Landschaft im Auge behalten. Das bedeutet explizit nicht, nur jene Evidenz zu präsentieren, die politisch opportun ist. Beratung im Stil eines ehrlichen Maklers soll vielmehr den Einfluss unterschiedlicher Perspektiven auf das zu beratende Thema offen adressieren und darauf aufbauend **Optionen anbieten** – und ihre unterschiedlichen Rahmungen und Implikationen benennen. Der ehrliche Makler an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik muss dafür also nicht einem Ideal der Wertfreiheit nacheifern, sondern **alle relevanten Werte reflektieren** und kommunizieren (Gluckman, Bardsley & Kaiser, 2021). Politik wird dadurch in ihrer selbstständigen Entscheidungsfähigkeit gestärkt, und Spielräume werden geöffnet, anstatt sie zu schließen.

Das Ideal des ehrlichen Maklers bietet also **Orientierung** für die Navigation in den Untiefen der Politikberatung: Expertise soll die politische Seite der Schnittstelle verstehen, ihre Beratung aber nicht nach politischen Überlegungen formen. Hierfür sind auch die Wertekonstellationen auf beiden Seiten der Schnittstelle zu berücksichtigen – es muss also die Rolle von Werten in Expertise betrachtet werden.

2.3 WERTE IN WISSENSCHAFT UND POLITIK

Die Frage nach Werten in Wissenschaft und Politik und ihrem möglichen Einfluss auf beratende Expertise ist heikel und wird heiß debattiert. Dennoch ist diese Frage für die Praxis von wissenschaftlicher Politikberatung relevant und sollte adressiert werden. Von besonderem Wert für uns sind hierbei aktuelle Ansätze aus der pragmatistischen Wissenschaftsphilosophie (Brown, 2020; Douglas, 2021).

Normative Politik und deskriptive Wissenschaft

Bei der Frage nach Werten in der Wissenschaft ist die grundlegende **Rollenverteilung** klar: Wissenschaft informiert, Politik entscheidet. Wissenschaft beschäftigt sich also mit **deskriptiven**, Politik mit **normativen** Aussagen. Während kein großes Problem darin zu bestehen scheint, wenn Politik sich auf deskriptive Aussagen der Wissenschaft bezieht – oft als Versachlichung gepriesen –, besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass Wissenschaft frei von normativen Aussagen, ja frei von Werten ist und sein soll. Dieses **Ideal der Wertfreiheit**, so die klassische Vorstellung, schützt Wissenschaft vor Wunschdenken, politischer Einflussnahme und Ideologie, indem es alles Werthaltige aus der Wissenschaft heraushält. Der Sinn dieses Schutzes liegt klar auf der Hand: Deskriptive Aussagen können keine normativen Aussagen rechtfertigen – und umgekehrt: Keine noch so große und gut

abgesicherte Menge an wissenschaftlichem Wissen reicht als Begründung im normativen Sinne aus. Dennoch: Wie die Wissenschaftsphilosophie seit langem diskutiert, gibt es eine praktische **Interdependenz** und Interaktionen zwischen den beiden Typen von Aussagen (Douglas 2000, 2021).

Diese betrifft zunächst einmal induktive Aussagen, wie das Ziehen eines Schlusses aus einer Menge von Beobachtungsdaten – denn: Es bedarf immer einer **Entscheidung**, ab welcher Menge die Beobachtungsdaten ausreichende Evidenz für eine allgemeinere Aussage liefern (beziehungsweise, inwiefern sie überhaupt relevant für ein gegebenes Thema sind). Diese Entscheidung kann nicht allein auf Basis der zur Verfügung stehenden Daten getroffen werden. Es bedarf vielmehr konkreter **Werte**, um sie zu leiten. Ein Beispiel wäre hier das bekannte „Sparsamkeitsprinzip“ („Occam’s razor“), also die Werthaltung, dass immer die einfachste und voraussetzungsfreieste Erklärung eines Phänomens bevorzugt werden soll. Doch auch Konventionen über Signifikanzlevel oder die Betonung von Präzision enthalten solche Wertungen.

Wie Douglas (2021) betont, können solche epistemischen (also nur auf die Produktion von Wissen bezogenen) Werte durchaus helfen, die Stärke verfügbarer Evidenz abzuschätzen und zu vergleichen. Sie legen jedoch nicht die Entscheidung fest, ob die verfügbare Evidenz für eine bestimmte Aussage oder Handlung ausreicht. Hier muss man sich vergegenwärtigen, dass diese Entscheidung nicht nur innerwissenschaftlich bedeutsam ist, sondern für jeden gesellschaftlichen Akteur, der sich auf diese wissenschaftliche Aussage verlassen möchte. Das **Risiko des Irrtums** lauert hier überall; längeres Warten auf mehr Evidenz kann genauso gut falsch sein wie eine vorzeitige Aussage. Es bedarf also auch nicht-epistemischer Werte, die in der Lage sind, Entscheidungen über den richtigen gesellschaftlichen Umgang mit Wissenschaft und ihren Aussagen zu leiten. Solche Werte können zwar das Dilemma nicht komplett auflösen, ergänzen aber die rein epistemischen Werte.

Das Argument der **Werthaltigkeit epistemischer Praktiken** zielt nicht nur auf den Bereich induktiver Schlüsse. Vielmehr kann es allgemein auf wissenschaftliche Praxis angewandt werden. Dies wird deutlich, wenn man Wissenschaft unter dem Gesichtspunkt der **Kontingenz** betrachtet, also unter der Annahme, dass nicht jeder Schritt im Prozess der Wissens- oder Expertiseproduktion notwendig so sein muss, sondern auch anders gemacht werden könnte. Was ist damit gemeint?

Werte für wissenschaftliche Forschung und Expertise

Kontingenzen – also all jene Momente in wissenschaftlicher Praxis, die genuin **offen** sind und in denen **mehrere vernünftige Alternativen** bestehen, wie weiter verfahren werden könnte – sind in wissenschaftlicher Praxis allgegenwärtig (Brown, 2020). Sie reichen von Fragen der *Problemauswahl* und des *Problem-Framings* (Was soll untersucht werden?)

Als was für eine Art von Problem soll es untersucht werden?) über *Hypothesenvorschläge* und mobilisierte *Konzepte, Beobachtungen* und *Experimente* (Wie sollen Daten erhoben werden? Mit welchen Methoden? Wie wird Evidenz festgelegt?) bis hin zur *Begründung* wissenschaftlicher Aussagen (Reicht die Evidenz aus, die Hypothese abzulehnen? Wie soll das spezifische Ergebnis mit größeren Theorien verbunden werden?). Während Brown sich auf wissenschaftliche Forschung konzentriert, lässt sich das Argument auch auf Expertise ausdehnen. Problemauswahl und -Framing sind hier genauso relevant, hinzu kommen Fragen der **Gestaltung von Expertise** und ihre Anbindung an das politische System. Diese Aspekte werden in den Abschnitten 4.3 und 4.4 besprochen.

Jede Kontingenz ist hierbei eine echte und **ungezwungene Wahlmöglichkeit** und bedarf damit einer Entscheidung. Jedoch bringen die verschiedenen Optionen an kontingenten Punkten unterschiedliche **Implikationen** und Konsequenzen mit sich, deren Reichweite nicht im Vorhinein abschätzbar ist. Aufgrund der potenziell weitreichenden Implikationen sind diese **Entscheidungen** also nicht trivial – und benötigen für ihre Abwägung Werturteile. Zwar implizieren Kontingenzen immer Entscheidungen, jedoch werden sie oft als solche nicht explizit gemacht. Vielmehr wird in vielen Fällen aufgrund von Zufall, Gewohnheit oder institutioneller Praxis entschieden – Entscheidungen bleiben somit **implizit**. In der wissenschaftlichen Praxis kann es daher passieren (oder ist vielleicht sogar der Normalfall), dass Kontingenzen nicht als Punkte der aktiven Entscheidung erlebt werden. Zu einem gewissen Grad ist das auch sinnvoll. Angesichts potenziell unzähliger Kontingenzen würde eine aktive und bewusste Entscheidung an jedem dieser Punkte nichts als Stillstand bewirken.

Eine Betonung der Kontingenz in der wissenschaftlichen Praxis kann – ähnlich zur Frage nach Werten – den Eindruck erwecken, Wissenschaft sei irrational, erratisch und zufällig und damit in ihren Aussagen nicht verlässlich. Diese Kritik geht jedoch am Kern der Sache vorbei: Die Kontingenz-Perspektive dient nicht als Abwertung der wissenschaftlichen Methode oder im Sinne einer Parteinahme für ein *anything goes*. Vielmehr geht es einer solchen Beschreibung wissenschaftlicher Praxis um **Aufmerksamkeit für unvermeidbare Kontingenzen** und eine notwendige **Reflexion** über die Entscheidungsmuster und Werte, welche die Wissenschaft in ihrer Wissensproduktion und -weitergabe leiten. Im Sinne Browns schadet ein Verständnis, das Wissenschaft als frei von Werten und Kontingenzen sieht, einer solchen Reflexion nur und verschenkt damit ihr Potenzial.

Im Verhältnis von Wissenschaft und Politik scheint also eine simple Aufteilung von normativen und deskriptiven Aussagen auf die beiden Domänen zu kurz gedacht. Natürlich repräsentieren Wissenschaft und Politik zunächst einmal – sozusagen auf der Systemebene – unterschiedliche Rationalitäten. Wissenschaft trifft keine politischen Ent-

scheidungen, aber eben doch forschungsrelevante Entscheidungen, die notwendigerweise wertgeladen sind. Für unsere Untersuchung rückt deshalb die **Betrachtung von Werten und Entscheidungen** im Rahmen **wissenschaftlicher Beratung** in den Fokus. Zunächst wollen wir jedoch skizzieren, wie die wissenschaftliche Politikberatung in Österreich und anderswo organisiert war.

3. DIE ORGANISATION WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG IN DER PANDEMIE

Um das Objekt unserer Untersuchung – die GECKO – zu verorten, wird im Folgenden ein Überblick über die COVID-Politikberatung in Österreich gegeben. Aufgrund der Komplexität des Themas kann dies nicht vollständig sein, soll aber die wichtigsten Gremien auf Bundesebene darstellen. Zum Vergleich wird anschließend ein Blick auf die Beratungssysteme in Deutschland und Großbritannien geworfen.

3.1 DIE GREMIENLANDSCHAFT IN ÖSTERREICH

Die wissenschaftliche Politikberatung zur COVID-19-Pandemie war in Österreich vielgestaltig, teilweise unübersichtlich und unterlag im Laufe der Zeit einem deutlichen Wandel. Zu Beginn der Pandemie existierten keine belastbaren Strukturen, um wissenschaftliche Erkenntnisse in konsolidierter Weise für den politischen Entscheidungsprozess wirksam zu machen. Der **Oberste Sanitätsrat (OSR)** – als offizieller Beratungsstab für den Gesundheitsminister eigentlich die naheliegende Anlaufstation – war zu Beginn der Pandemie nicht arbeitsfähig und wurde erst im März 2021 neu konstituiert. Die Regierung versuchte darum zunächst, **informelle Expertise** zu mobilisieren. Das heißt, es wurden zu dieser Zeit Expert:innen aus Virologie, Epidemiologie und Modellierungsforschung in kleiner Zahl zu informellen Beratungsrunden mit der Politik zusammengerufen. Gleichzeitig existierten einige wenige Gremien, die für die COVID-19-Pandemie relevant waren, bereits vor dem Beginn der Pandemie: das **Staatliche Krisen- und Katastrophenmanagement (SKKM)**, das die zentrale operative Einheit für den Umgang mit der Krise darstellte, die **Bioethikkommission** sowie das **Nationale Impfgremium**.

Im weiteren Verlauf der Krise lässt sich ein **Institutionalisierungsprozess** beobachten, in dem zunehmend formalisierte Expertise an die Stelle informeller Gesprächsrunden trat und sich die Beratungslandschaft ausdifferenzierte. Im März 2020 wurde das **COVID-Prognose-Konsortium** ins Leben gerufen, um die Regierung wöchentlich über die zu erwartende Entwicklung bezüglich der Fallzahlen und der jeweils benötigten Ressourcen des Gesundheitswesens zu informieren (Bicher et al., 2020, S. 1f.). Dieses Konsortium trat selbst nicht mit Empfehlungen hervor; vielmehr dienten seine Prognosen und Einschätzungen als Grundlage für die Beratung durch andere Gremien (z. B. GECKO). Die **Corona-**

Kommission (salopp „Ampelkommission“) wurde im September 2020 eingerichtet. Sie bewertete die epidemische Lage und bildete einen Rahmen für die Lockerung oder Verschärfung von Maßnahmen gegen die Pandemie.

Zentralisierung von wissenschaftlicher Beratung: GECKO

Zusätzlich zu den bestehenden Gremien und zeitgleich zum Aufkommen der Omikron-Variante wurde im Dezember 2021 die **Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination**, kurz GECKO, als eine direkt dem Bundeskanzleramt angegliederte Kommission ins Leben gerufen. Ziel dieser Gründung war die **Konsolidierung von Expertise** und die Integration unterschiedlicher, bereits etablierter Organisationen in ein stehendes Gremium. Damit fanden die Prozesse der **Institutionalisierung** und **Formalisierung** von wissenschaftlicher Beratung in der GECKO ihren vorläufigen Höhepunkt – bis zu ihrer Auflösung im März 2023. Während ihres Bestehens kann die GECKO also als **wichtigste pandemiebezogene Politikberatungsgremium** in Österreich gesehen werden. Über die Mobilisierung interdisziplinärer Expertise hinaus ging es in der GECKO jedoch auch um operative Einsatz- und Reaktionsfähigkeit und somit um ein umfassenderes und besser koordiniertes Pandemiemanagement. Die GECKO sollte der Ort sein, an dem in Österreich politikrelevantes Wissen über die Pandemie gebündelt, aufbereitet und in knapper, übersichtlicher Form an die Politik weitergegeben wurde. Anders als das COVID-Prognose-Konsortium war die GECKO hierbei nicht auf Evidenzbildung, sondern als eine **Stelle der Übersetzung** ausgerichtet: von der wissenschaftlichen Evidenz hin zu entscheidungsrelevanter Expertise und operativer Umsetzung. Hieraus wird bereits ersichtlich, dass die GECKO genau an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik eingerichtet wurde: mit direktem Anschluss an die **Bundesregierung** einerseits und einer Repräsentation maßgeblicher **interdisziplinärer Expertise** andererseits.

Die Position an der Schnittstelle zeigt sich auch an der Besetzung und Arbeitsweise der GECKO. Es ist hierbei zu betonen, dass es sich bei der GECKO nicht um ein rein wissenschaftliches Gremium handelte. Neben wissenschaftlichen Expert:innen verschiedener Fachbereiche waren auch einige **Nichtwissenschaftler:innen** Mitglieder der GECKO, dabei sowohl einer föderalen Logik folgend (Ländervertreter:innen) als auch die Sozialpartnerschaft repräsentierend (Vertreter:innen der Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Apothekerkammer und Ärztekammer). Die Vorgaben für die Besetzung der Kommission lassen sich der Geschäftsordnung entnehmen und wurden von der Regierung festgelegt.¹

Die vom Bundeskanzleramt ausgewählten Expert:innen kamen aus den Bereichen Virologie, Epidemiologie, Medizin und Medizinrecht; außerdem waren unter den 23 Mit-

¹ https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:6e6a8121-d5cd-4d0b-bce9-7f7abf22b952/geschaeftsordnung_gecko.pdf; letzter Zugriff am 20.10.2023.

gliedern eine Politologin, ein Sozialpsychologe und eine Ethikerin vertreten. Hierbei wurde aktiv darauf geachtet, nur jeweils **ein wissenschaftliches Mitglied pro Disziplin** in die GECKO aufzunehmen. Dieses Vorgehen wurde damit begründet, dass Redundanzen oder „Doppelgleisigkeiten“ vermieden werden sollten. Eine Besetzung mit mehr als einer Vertreter:in aus einer Fachdisziplin würde, so die Vorstellung, zu unnötigen Diskussionen führen, da die Expert:innen-Aussagen wechselseitig in Frage gestellt werden könnten. **Wissenschaftliche Diskussionen** sollten hingegen vielmehr im **Vorfeld** stattfinden und die disziplinären Vertreter:innen eine konsolidierte wissenschaftliche Meinung ins Gremium mitbringen. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass es immer nur eine Aussage pro Fach gäbe. Jede Disziplin liefert damit ihren Teil zum Puzzle; diese Teile sollten dann miteinander zu einem Gesamtbild kombiniert werden.

Wissenschaftliche Antworten auf Fragen der Regierung: die Arbeitsweise der GECKO

Die Tätigkeit innerhalb des Gremiums war stark **arbeitsteilig** organisiert. Von der Regierung wurden **Fragen** gestellt und an die Mitglieder übermittelt. Diese sollten die Fragen binnen einer Woche beantworten. Die Fragen wurden jeweils in Arbeitsgruppen bearbeitet, die nach Themen bzw. Fachkulturen zusammengesetzt waren. Die Antworten wurden in den Plenumsitzungen zusammengefügt und als „**Executive Report**“ vorgelegt bzw. auf der Website der GECKO veröffentlicht. Auf Basis des wöchentlichen „Executive Report“ fand anschließend eine Sitzung der GECKO-Vorsitzenden mit Vertreter:innen der Regierungsspitze statt, in der die Inhalte vorgestellt, besprochen und Nachfragen beantwortet wurden. Diese Form der direkten Beratung durch die Vorsitzenden machte einen bedeutenden Teil des Kontakts des Gremiums mit der Regierung aus.

Der Vorsitz des Gremiums bestand aus einer **Doppelspitze**, nämlich einem Chief Medical Officer und einem Chief Operating Officer (Geschäftsordnung § 3). Beide repräsentierten die GECKO gegenüber der Öffentlichkeit und der Regierung. Der Chief Medical Officer wurde vom Gesundheitsministerium entsandt und repräsentierte die wissenschaftlich-medizinische Expertise. Die Bestellung eines Chief Operating Officer aus dem Verteidigungsministerium wurde mit der wichtigen Rolle des österreichischen Bundesheeres in der Pandemiebekämpfung begründet.

3.2 DIE BERATUNGSLANDSCHAFT IN DEUTSCHLAND UND GROSSBRITANNIEN

Komplexe Beratungsstrukturen für Krisensituationen in Großbritannien

Das wissenschaftliche Beratungssystem des Vereinigten Königreichs hat sich seit der Ernennung des ersten Chief Medical Officer in England im Jahr 1855 im Zuge diverser Krisen

ausdifferenziert. Großbritannien verfügt heute über ein speziell entwickeltes wissenschaftliches Beratungssystem für Notfälle und akute und kurzzeitige Krisen. Das **Government Office for Science (GO-Science)** – das mit 150 Mitarbeiter:innen besetzte Büro für die Organisation der wissenschaftlichen Beratung der Regierung – ist das Herzstück der Organisation und Leistung formeller wissenschaftlicher Beratung der Regierung. Es ist innerhalb der britischen Regierung organisiert, aber nicht weisungsgebunden, geleitet wird es vom **Government Chief Scientific Adviser (GCSA)**. Der GCSA ist die führende individuelle Position für die Kommunikation zwischen „der“ Wissenschaft und der Regierung. (Hopkins, Foxen, Oliver & Costigan, 2021, S. 18 ff.).

GO-Science verfügt über einen eigenen formellen Mechanismus zur Beschaffung von Expertise, nämlich die **Scientific Advisory Group for Emergencies (SAGE)**. Bei der SAGE handelt es sich um eine je nach Anlass temporär zusammengestellte Gruppe von bis zu über 100 Wissenschaftler:innen aus verschiedenen Disziplinen. Für die Zeit des Engagements in der SAGE werden die Kosten für die akademischen Tätigkeiten der Mitglieder von GO-Science übernommen. Die SAGE wird nur in Notfällen aktiviert und hat keine ständigen Mitglieder; sie stützt sich auf die Evidenz, die von ständigen Fachausschüssen vorgelegt wird. Bei den Mitgliedern der Fachausschüsse handelt es sich um renommierte Wissenschaftler:innen aus Universitäten und Forschungsinstituten. Diese werden nach einem transparenten Bewerbungsverfahren in die Ausschüsse aufgenommen und leisten die Ausschussarbeit ehrenamtlich (Hopkins et al., 2021, S. 40ff.). SAGE wird damit also von einem **wissenschaftlichen Apparat** gestützt.

Die Verbindung zwischen GO-Science und der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft in Großbritannien ist stark **institutionalisiert** und wird **auch außerhalb von Krisenzeiten** aufrechterhalten – bei neuen Herausforderungen kann SAGE somit schnell und auf die jeweilige Situation angepasst aktiviert werden. Die Regierung konnte sich für die Mobilisierung wissenschaftlicher Expertise auf etablierte Beratungsstrukturen stützen – wie auch immer sie von dieser Expertise dann konkret Gebrauch machte.

Deutschland: staatliche Forschung als Unterbau für Beratungsgremien

Wie in Österreich gab es zu Beginn der Krise auch in Deutschland **kein pandemiespezifisches Beratungsgremium**, das die Breite der relevanten wissenschaftlichen Disziplinen und Perspektiven abgedeckt hätte. Die relative Offenheit des deutschen Beratungssystems in Pandemiefragen dokumentierte sich in einer gewissen Stimmenvielfalt, wobei sich doch zwei zentrale Akteure identifizieren lassen: das **Robert Koch-Institut**, eine Ressortforschungseinrichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und der – erst im Dezember 2021, parallel zur GECKO, eingerichtete – **Corona-ExpertInnenrat** der Bundesregierung.

Das Robert Koch-Institut (RKI) ist die zentrale **Ressortforschungseinrichtung** im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG). Das RKI hat den gesetzlichen Auftrag, zu forschen und zu beraten – sowohl die Bundesregierung als auch das BMG. Durch die breit aufgestellte **Forschung im eigenen Haus** ist das RKI dabei in der Position, die für Beratung benötigte Evidenzgrundlage selbst herzustellen.² Neben Strategiepapieren und epidemiologischen Publikationen fand Politikberatung durch das RKI insbesondere in Person des damaligen Präsidenten Lothar Wieler statt. Ähnlich wie in Österreich passierte diese Beratung zu Beginn der Krise, unter Kanzlerin Merkel, vor allem in informeller Form.

In Deutschland existierte lange Zeit kein zentrales, interdisziplinäres Gremium für Pandemiefragen. Das RKI hat einen klaren lebenswissenschaftlichen Fokus und kann daher nicht die Breite der für eine komplexe Krise notwendigen Fächer und Perspektiven abdecken. Im Dezember 2021 wurde der Corona-ExpertInnenrat eingesetzt, 16 Monate später, im April 2023, wurde er aufgelöst. Die Aufgabe des ExpertInnenrates war es, das Bundeskanzleramt, die Bundesregierung und andere politische Akteure über infektionsbiologische, epidemiologische, gesundheitssystemische, psychosoziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu beraten. Der ExpertInnenrat setzte sich aus Wissenschaftler:innen größtenteils (bio-)medizinischer Disziplinen zusammen, es waren jedoch auch einzelne Nicht-Naturwissenschaftler:innen vertreten. Alle Mitglieder wurden vom Bundeskanzleramt berufen. Mit dem Präsidenten Lothar Wieler war auch das RKI im ExpertInnenrat vertreten – und damit eine wichtige Quelle der **Evidenzbildung**, für die im Rahmen des Beratungsgremiums keine **Ressourcen** vorgesehen waren. Das RKI konnte als große und fest etablierte Forschungseinrichtung damit zumindest informell als wissenschaftlicher Unterbau für den ExpertInnenrat dienen.

Die Einrichtung des Corona-ExpertInnenrats lässt sich als **Professionalisierung** pandemiespezifischer Politikberatung während der Krise lesen. Nicht, dass Deutschland planlos und bar jeder wissenschaftlichen Begleitung in die Krise gestolpert wäre: Am RKI wurde schon Anfang Januar 2020 eine Krisengruppe gegründet und 300 Leute ausschließlich für COVID-19 abgestellt (Halm et al., 2021). Aber anders als in Großbritannien existierte in Deutschland keine ausdifferenzierte Beratungsstruktur, die in Notfällen und Krisen eine schnelle Mobilisierung fachlich breit aufgestellter Expertise erlaubt hätte. Die Gründung des Corona-ExpertInnenrats kann somit als Reaktion auf die **besonderen Anforderungen** gesehen werden, welche die Pandemie an das Beratungssystem stellte – und als Parallele zur Einrichtung der GECKO. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich lässt sich damit ein Prozess der Zentralisierung der krisenrelevanten Expertise feststellen, ein Prozess,

der in Großbritannien in Form der SAGE bereits etabliertere Züge angenommen hat.

4. DIE GECKO AN DER SCHNITTSTELLE VON WISSENSCHAFT UND POLITIK

Im Folgenden werden wir die Ergebnisse unserer Untersuchung der GECKO darstellen und an ihnen die Frage nach dem **Verhältnis von Wissenschaft und Politik** in der österreichischen COVID-Beratungslandschaft diskutieren. Aufgrund der zentralen Position der GECKO können so auch allgemeinere Fragen wissenschaftlicher Politikberatung adressiert werden, die über die GECKO als einzelnes Gremium hinaus von Bedeutung sind.³

4.1 DAS PROBLEM DER PROBLEMSTELLUNG

Zentral für wissenschaftliche Politikberatung ist die Frage, **welches Problem** eigentlich bearbeitet werden soll. Probleme liegen nicht einfach vor, sondern müssen konturiert, entwickelt, geschaffen werden. Probleme entstehen dadurch, dass man Dinge in einen bestimmten **Rahmen** (Framing) stellt und damit auf eine bestimmte Weise zu etwas Bemerkenswertem macht. Die konkrete Problemstellung ist maßgeblich dafür, welche Entitäten **existent** sind, wessen Wissen als **relevant** und welche Argumente als **zielführend** gelten. Durch die Fokussierung auf bestimmte Aspekte eines Themas (und die Vernachlässigung anderer Aspekte) bieten Frames eine grundsätzliche **Orientierung**, worum es bei einer Krise oder einer Kontroverse eigentlich geht (Nisbet 2010). Dies zeigt sich aufschlussreich am Beispiel des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat. Wie Eva Barlösius und Eva Ruffing ausführen, kann Glyphosat „als Gesundheits-, als Naturschutz- oder auch als Lebensmittelproblem politisch gerahmt werden“ (Barlösius & Ruffing, 2021, S. 118f.). Je nach Rahmung (Framing in unserer Terminologie) entsteht eine ganz andere Perspektive auf das Problem – und mit dieser kann auch ein anderer Politikbereich für die Lösung zuständig gemacht werden. Auch die **nachgefragte Expertise** hängt damit vom Framing ab: Ob ernährungswissenschaftliche oder naturschutzfachliche Expertise zum Zug kommt, liegt an der **Formulierung des Problems**. Hierbei

³ Für unsere Untersuchung haben wir Methoden der **qualitativen Sozialforschung** genutzt. Eine Dokumentenanalyse umfasste die Geschäftsordnung und die Verfahrensordnung der GECKO sowie die auf der Website des Bundeskanzleramts einsehbaren Berichte der Kommission, die sogenannten „Executive Reports“. Weiters wurden insgesamt 13 Interviews mit Fachleuten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung geführt (Bogner, Littig & Menz, 2014). Zwecks internationalen Vergleichs wurden auch Interviews mit Akteur:innen der wissenschaftlichen Politikberatung aus Deutschland geführt. Die meisten Interviews wurden mit ausdrücklichem Einverständnis der Interviewpartner:innen aufgezeichnet und für eine Auswertung transkribiert. In einigen Fällen wurden Notizen während der Gespräche angefertigt. Zur Wahrung der **Anonymität** werden in diesem Bericht keine direkten Zitate verwendet.

² https://www.rki.de/DE/Content/Institut/institut_node.html; letzter Zugriff am 22.10.2023.

gibt es kein „objektiv richtiges“ oder „neutrales“ Framing, das Problem der Problemstellung kann nicht durch Fakten gelöst werden. Frames sind also **machtvoll**: Wenn sich ein bestimmter Rahmen erst einmal etabliert hat, erhält das Problem gleichsam eine „natürliche“ Gestalt. Frame-Reflexion ist daher wichtig, um Alternativen sichtbar zu machen (Schön & Rein 1994).

Was für ein Problem ist die Pandemie?

Dies machte auch die Pandemie deutlich: In Österreich (und vielen anderen Ländern) war die Pandemie anfänglich praktisch ausschließlich ein medizinisches bzw. virologisches Problem. Man konzentrierte sich auf die Eigenschaften des Virus, seine Ansteckungsfähigkeit und die Entwicklung der Fallzahlen. Der **Relevanzrahmen** war also von **Virologie**, **Epidemiologie** und **Modellierung** abgesteckt. Es bedurfte einiger kommunikativer und politischer Anstrengung, auf die psychosozialen Belastungen hinzuweisen, die die Pandemie (und die Pandemie-Politik) in neuem Licht erscheinen ließen. Diese Einsicht hat wichtige Implikationen für den politischen Umgang mit Krisen: Der angelegte Rahmen ist maßgeblich dafür, welcher Problemcharakter einer Krise zugeschrieben wird. Einer **Bildungskrise** begegnet man anders als einer **Gesundheitskrise**. Aber auch für die Politikberatung hat das Problem-Framing unmittelbare Auswirkungen. Schließlich trägt Expertise maßgeblich dazu bei, unter welcher Perspektive wir eine Krise wahrnehmen und gibt damit den Korridor möglicher Problemlösungen vor.

Umgekehrt beeinflusst die jeweilige Problemstellung jedoch auch die Arbeit der Beratungsgremien. Das Beispiel der GECKO illustriert dies: Das **Problem-Framing** stand vergleichsweise fest, und es gab wenig Möglichkeiten, es zu verändern. Die Auswahl der wissenschaftlichen Mitglieder spricht nicht dafür, dass ein Interesse daran bestand, die Pandemie in einen größeren Zusammenhang zu stellen und beispielsweise auch weitreichende sozial- oder bildungspolitische Fragen zu verhandeln. Auch die **Vorgabe konkreter Fragen** lädt nicht dazu ein, das bestehende **Framing zu hinterfragen**. Diesen Eindruck unterstützen auch die Publikationen der GECKO. Die Kommission liefert in ihren Berichten kurze Aktualisierungen und Szenarien zur Entwicklung von Pandemie und Virus-Varianten, zur Situation in anderen Ländern, zur Schutzwirkung von Impfstoffen usw. Nach einem Kurzüberblick über die aktuelle Pandemiesituation werden die Antworten aufgelistet, die angesichts der konkreten und eng gezielten Fragen meist recht knappgehalten sind. Sozialwissenschaftliche Expertise kommt explizit dort ins Spiel, wo es um Themen wie Impfmüdigkeit, (sinkende) Risikowahrnehmung und die Gesundheitskompetenz der österreichischen Bürger:innen geht. Die (quantitativ arbeitenden) Sozialwissenschaftler:innen liefern **Zahlen und Fakten**, auch unter Hinweis auf einschlägige Literatur, beschränken sich aber auf sozialwissenschaftliche Fragestellungen innerhalb eines **epidemiologischen Framings**.

Zusammengefasst heißt das: Die Zusammensetzung der GECKO-Kommission und die Festlegung ihrer Arbeitsweise repräsentieren das **vorgefasste Problem-Framing** und haben deutliche Auswirkungen auf dessen **Festigung**. Eine Reflexion über das dominante Framing ist nicht vorgesehen und wird institutionell nicht ermöglicht. Eine andere Beschreibung der Pandemie und ihrer Implikationen entfällt dadurch und damit auch die Chance, **nicht-intendierte Nebenwirkungen** oder betroffene Gruppen in den Blick zu bekommen, deren Sichtbarkeit durch das bestehende Framing möglicherweise **verdeckt** wird. Interdisziplinarität könnte hier ein kritisches Potenzial entfalten, sofern wirklich unterschiedliche Paradigmen und Perspektiven aufeinandertreffen. Dieses Potenzial kann allerdings bei einer rein additiven Kombination von Fächern unter dem Dach eines „Master-Frames“ nicht verwirklicht werden – vor allem wenn für **Grundlagendebatten** nicht genug Raum im Gremium vorgesehen ist.

Keine gute Idee: die wissenschaftliche Lösung politischer Fragen

Problemstellungen leiten nicht nur die wissenschaftliche Praxis, sondern sind auch direkt in der Welt der Politik relevant. Und oft genug kann Wissenschaft in der Beratung genau hier ihre Stärken ausspielen, wenn sie die Politik über die dem Problem zugrunde liegenden Sachverhalte informiert. Wenn jedoch wissenschaftliche Beratung direkt auf die Beantwortung politischer Fragen und die **Lösung der politischen Probleme** zielt, ergeben sich Schwierigkeiten, wie das Beispiel der ersten Arbeitssitzung der GECKO, kurz vor Silvester 2021, zeigt: Der Jahreswechsel und die gewöhnlich damit verbundenen sozialen Aktivitäten wurden als Herausforderung der besonderen Art für das **Pandemienmanagement** gesehen. Schließlich war die Delta-Welle noch nicht überwunden, während die noch wenig bekannte Omikron-Variante bereits aufkam – es wurde eine „Wand“ aus Infektionen erwartet. Die Lage konnte aus medizinisch-fachlicher Sicht nicht ignoriert werden. Die Frage, **welche konkreten Maßnahmen** für diese Situation benötigt würden, wurde in der ersten Sitzung der GECKO diskutiert, die Antwort am gleichen Abend erwartet. Resultat der langwierigen Beratungen waren Empfehlungen, die einem **Mikromanagement** der politischen Maßnahmen gleichkamen. Beispielsweise wurde ausgiebig darüber debattiert, auf welche Uhrzeit genau die Sperrstunde festgelegt werden sollte. Offensichtlich sah sich das Gremium in der Pflicht, zu diesem Problem mehr als der sprichwörtliche „Mann auf der Straße“ liefern zu müssen und mit **klaren Handlungsempfehlungen** die eigene Expertise unter Beweis zu stellen.

Diese detaillierten Empfehlungen brachten die Politik in **Zugzwang**: Eine Nichtbefolgung der Maßnahmen hätte nicht nur eine Delegitimierung des gerade erst unter großer Aufmerksamkeit eingerichteten Gremiums bedeutet. Auch auf das politische Pandemiemanagement hätte dies ein schlechtes Licht geworfen. Formal lag die Entscheidung

über diese Maßnahmen selbstverständlich nach wie vor bei der Politik, de facto war sie aber **nahezu alternativlos**, denn Alternativen wurden nicht formuliert. Die Möglichkeit, der Politik Handlungsmöglichkeiten zu erhalten, indem etwa mehrere Optionen oder ein Set von Maßnahmen erarbeitet würde, wurde von GECKO in diesem Fall nicht gewählt.

Die politische Aufforderung an das Gremium, konkrete Maßnahmen zu entwickeln, brachte die Wissenschaft also in eine expertokratische Position – denn: Setzt man fest, dass Wissenschaft kraft besseren Wissens **politische Entscheidungen** vorgeben kann, ist ein politischer Diskurs oder **Abwägungsprozess** nach der wissenschaftlichen Beratung nicht mehr nötig – erscheint sogar fast antiwissenschaftlich. Diese **selbstorganisierte Expertokratie** kann unter Umständen aber auch politisch wünschenswert sein: Angesichts einer alternativlosen Expertenmeinung ist die Legitimation politischer Maßnahmen quasi automatisch gegeben.

Follow the science?

„Follow the science“ – diese aus der Klimadebatte stammende Formel war auch in der Pandemie zu hören. Sie erinnert zunächst einmal nur daran, dass das **maßgebliche Wissen** für die politische Lösung komplexer Probleme aus der Wissenschaft stammt. Darüber hinaus spiegelt sich in der Aufforderung, die Politik solle der Wissenschaft folgen, die Erwartung, dass es auf typisch politische Streitfragen (wie zum Beispiel: „Brauchen wir härtere Maßnahmen?“) wissenschaftlich richtige, also quasi **wert- und ideologiefreie Antworten** gibt. Man glaubt also, dass im wissenschaftlichen Faktum bereits ein **politisches Handlungsprogramm** steckt. Politischer Streit erübrigt sich demnach, weil es eigentlich gar nicht mehr um politische Fragen oder normative Aspekte geht, sondern um die Wahrheit. „So werden viele politische Krisen und Konflikte primär als epistemische Probleme verstanden, also als Fragen von Wissen, Expertise und Kompetenz. [...] Mit dem Fokus auf die kognitive Ebene verbindet sich die kühne Unterstellung, dass sich hinter politischen Streitfragen eigentlich nur Sachfragen verstecken, für die es dank einschlägiger Expertise richtige Lösungen gibt.“ (Bogner, 2021, S. 16). Eine derartige **Transformation** sozialer Konflikte in technische Probleme lässt nur noch eine Schlussfolgerung zu: Die Politik solle sich darauf beschränken, die Anweisungen einer Wissenselite auszuführen.

Dabei wird natürlich unterstellt, dass es eine geeinte, **homogene Wissenschaft** gäbe, die mit einer Stimme spricht – eine Vorstellung, die den Radius relevanter Expertise sehr eng ansetzt und dadurch eine bestimmte Auswahl von Fächern zu „der“ Wissenschaft macht. Die Auswahl der Disziplin(en), der (oder denen) gefolgt werden soll, ist daher entscheidend. Problematisch wird ein solch enger Bezug auf Wissenschaft dann, wenn angesichts der real existierenden Vielfalt an wissenschaftlichen Positionen und Perspektiven durch **künstliche Verknappung** relevanter Expertise ein fiktiver Expertenkonsens erzeugt werden muss. Eine andere

Strategie besteht darin, eine Mehrheit der Expert:innen hinter sich zu versammeln, um eine politisch umstrittene Entscheidung sozusagen außer Streit zu stellen. Auf diese Weise wird die Logik des Politischen (Suche nach Mehrheiten) sozusagen auf das epistemische Feld übertragen.

Zusammengefasst heißt das: „Der“ Wissenschaft kann man nur folgen, wenn aus der Vielfalt der wissenschaftlichen Positionen eine eindeutige Position geformt wurde – entweder durch die Wissenschaft selbst (dann steht der Expertokratie-Verdacht im Raum) oder durch die Politik (um bestimmte politische Ziele zu legitimieren). Die Stärke von Beratungskommissionen jedoch liegt in der Möglichkeit, die **Vielfalt von Perspektiven** und Standpunkten sichtbar zu machen. Selbstverständlich muss diese Vielfalt vereinfacht und zusammengefasst werden. Eine einzelne Stimme der Wissenschaft gibt es dennoch nicht – und selbst wenn, könnte daraus keine politische Handlung unmittelbar abgeleitet werden. Es führt kein Weg daran vorbei: Politik muss **Entscheidungen abwägen**, Wissenschaft kann (und sollte) sie nicht vorgeben.

4.2 WIE BERATUNG IN DER GECKO FUNKTIONIERTE

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik kann viele Gestalten haben und sollte für jeden Einzelfall neu betrachtet werden – da es immer wieder neue Variationen des Wechselspiels geben kann (Hoppe, 2005). Unsere Untersuchung der GECKO zielt auf die Frage ab, welches **Verständnis der Schnittstelle** Wissenschaft/Politik sich in dieser **spezifischen Kommission** zeigt – verstanden als eine institutionalisierte Ausgestaltung dieser Schnittstelle. Denn um wissenschaftliches Wissen für politische Entscheidungen relevant zu machen, muss politische Anschlussfähigkeit gezielt hergestellt werden, Evidenz in Expertise übersetzt und diese weitergegeben werden: **Expertise muss organisiert werden**. Hierfür sind Design, Arbeitsweise und Rahmenbedingungen der GECKO von Bedeutung. Während all diese Aspekte für sich genommen interessant sind und einige Grundprobleme von Politikberatung verdeutlichen (Wie soll man ein Gremium besetzen? Soll Konsens angestrebt werden? Wie soll der Arbeitsmodus aussehen?), kann auch ein zusammenhängendes Bild gezeichnet werden; eine **Charakterisierung** dieser spezifischen Schnittstelle Wissenschaft/Politik als *Auskunftsapparat*.

Damit wollen wir auf folgende Dynamik hinweisen: Die GECKO als Beratungsgremium ist auf eine **Mobilisierung** wissenschaftlichen Wissens zur Erreichung eines **politisch vorgegebenen** Ziels ausgelegt. Expertise erscheint in dieser Gestaltung der Schnittstelle als grundlegend handlungsrelevant; in der GECKO dienen Expertise und wissenschaftliches Wissen als Input und **Informationslieferanten**. Wissenschaft übernimmt also die Rolle der epistemischen Krisenbewältigung. Diese Dynamik lässt sich zunächst an einigen empirischen Aspekten zeigen.

Besser keine zweite Meinung einholen?

Wie in Abschnitt 3 beschrieben, wurde in der disziplinären Besetzung der GECKO darauf geachtet, jeweils nur einen **Experten pro Fach** auszuwählen. Denn eine zweite Expertin wäre – anders als die Kolleg:innen aus anderen Disziplinen – in der Lage, inhaltlich fundiert zu **widersprechen** und damit eine wissenschaftliche Debatte in das Gremium zu tragen. Solche Debatten wurden als zu zeitintensiv und damit **nicht zielführend** angesehen. Die jeweilige Expertin hatte also das Wissen ihres gesamten Faches zu repräsentieren und in den Beratungsprozess einzubringen. Durch die Vermeidung von „Redundanz“ sollten so Diskussionen vermieden und der Prozess beschleunigt werden.

Eine solche Organisation von Expertise hat jedoch auch **epistemische Auswirkungen**. Mit der Vermeidung von Widerspruch aus der gleichen Disziplin entfällt auch die Möglichkeit, implizit bleibende Problem-Framings zu benennen – denn oft bedarf es in hoch spezialisierten Disziplinen Expert:innen der gleichen Fachkultur, um überhaupt ein Framing richtig zu erkennen und Gegenvorschläge vorzulegen. Die **fachlich fundierte Zweitmeinung** kann so nicht zum Tragen kommen.

Fächer, die in der Besetzung nicht vertreten sind, kommen dadurch nicht zur Geltung. So fallen bestimmte Themen (z. B. Schulen) nicht in den **disziplinär abgedeckten Bereich** der GECKO, obwohl sich diese als gesamtstaatliche Einrichtung versteht. Die Maßgabe „eine Stimme pro Fach“ festigt damit das bestehende Problem-Framing. Weiterhin kann diese Besetzungspolitik als der Versuch gelesen werden, ein möglichst reibungslos funktionierendes Gremium zu schaffen. Reibung und Verzögerung erzeugende Diskussion werden dafür vermieden, bevor sie auftreten.

Gold-Standard Expert:innen-Konsens

Die Arbeit der GECKO war von einer weitreichenden **Konsensorientierung** geprägt. Dies ist auch verständlich. Während Dissens und Infragestellung gleichsam der Motor wissenschaftlicher Forschung sind, ist Expertise zusätzlich am Kriterium **politischer Relevanz** orientiert und soll für politisches Handeln anschlussfähig sein. Im Bereich von Expertise orientiert sich die Wissenschaft daher verstärkt am Ideal der Einstimmigkeit – auch in Kenntnis ihrer Adressaten: Dissens unter Expert:innen kann auf politischer Seite als Quelle der Verwirrung und Verunsicherung empfunden werden. Zwar eröffnen verschiedene Optionen **Gestaltungsspielräume**, jedoch auch die Möglichkeit öffentlicher Kritik durch jene Expert:innen, die nicht gehört wurden. Hinter diesem Verständnis steht die im Grunde politische Vorstellung, Expertise wäre auf ihre Berücksichtigung in Entscheidungsprozessen hin ausgerichtet und bei Nichtbefolgung gekränkt – was so nicht unbedingt gegeben ist. Dennoch erscheint aus einer politischen Logik heraus der Konsens im Sinne von **Einhelligkeit** wünschenswert, und das ist auch den beratenden Expert:innen klar.

Daher erscheint es nur folgerichtig, dass die Geschäftsordnung der GECKO (§ 5 Abs. 1) konsensuale Beschlüsse dringend nahelegte – und wir außerdem eine institutionalisierte Herstellung von Konsens finden. Die Besetzung der wissenschaftlichen Expert:innen zielte auf Konsens; durch eine Vermeidung von Diskussionen zweier oder mehrerer „gleichwertiger“ Expert:innen der gleichen Fachdisziplin wurde nicht nur das Gespräch abgekürzt, sondern auch inhaltlicher Dissens vermieden. Auch im Plenum wurde zwar diskutiert; allerdings bezogen sich diese Diskussionen nur auf Verständnisfragen, das erklärte Ziel war eine **eindeutige wissenschaftliche Position**.

Konsens muss zum Beratungsideal werden, wenn man die Beratungsleistung als **Informationsinput** versteht. Die Stimme der Wissenschaft, wie sie in der GECKO organisiert wurde, sollte nicht etwa die Epidemiologie neu denken, neue Problem-Framings erarbeiten oder bestehendes Wissen hinterfragen. Gefragt war vielmehr ein stetiger, möglichst leicht zugänglicher Strom von Informationen, der direkt ans politische Geschäft der Pandemiebewältigung anschlussfähig war. Dissens sollte daher aus dem beraterischen Geschäft der GECKO herausgehalten werden: Uneinigkeit über die Evidenz war im Vorfeld zu klären; was innerhalb des Gremiums zusammengetragen werden sollte, waren die nicht weiter zu hinterfragenden Informationen der jeweiligen Fachdisziplinen. Kurzum, **Dissens** unter Expert:innen erscheint als **Defekt** des Auskunftssapparats, dem institutionell vorgebeugt wird. Erwartet (und in den „Executive Reports“ geliefert) wird nicht eine Antwort in verschiedenen Nuancen und Schattierungen, sondern eine klare Aussage.

Das Frage-Antwort-Spiel

Die Arbeitsweise der GECKO war nach jener denkwürdigen ersten Sitzung zu den Silvestermaßnahmen deutlich anders organisiert. Themen wurden durch von der Regierung gestellte **Fragen** vorgegeben, laut unseren Interviewpartner:innen eine klare Reaktion auf das „Chaos“ in der ersten Sitzung. Der Modus war ab nun **Beratung auf Zuruf**, die Fragen der Regierung waren in den Arbeitsgruppen zu beantworten. Die Antworten wurden in den „Executive Reports“ gesammelt, um sie der Regierung zu übergeben. Die Erstellung der Fragen oblag der Regierung. Für die Expert:innen war die Herkunft der Fragen eine „Black Box“.

Die Konzentration der GECKO auf die Fragen der Regierung bedeutete: Was nicht gefragt wurde, war mehr oder weniger **irrelevant**. Auf diese Weise verzichtete man auf eine wesentliche **Reflexionsleistung** der Wissenschaft, nämlich ihre stete Bereitschaft, Problemstellungen in Frage zu stellen. Doch genau darin besteht ihre große Stärke, denn die Qualität jeder Problemlösung hängt in hohem Maß von der **Formulierung der Problemstellung** ab. Mit ein wenig Übertreibung könnte man sagen: Die ganze Intelligenz der Wissenschaft steckt in der Problemstellung (sowie in der

Korrektur von Problemfehlstellungen); die Problemlösung verlangt weit weniger Kreativität.

Natürlich wurden nicht alle Fragen aus wissenschaftlicher Sicht als ideal gestellt empfunden. Zwar sah die Geschäftsordnung die Möglichkeit vor, aus dem Kreis der Mitglieder Fragen zu formulieren, doch wurde uns kein Fall berichtet, in dem davon Gebrauch gemacht wurde. Allerdings wurden Fragen, die für nicht-beantwortbar befunden wurden, umformuliert oder zurückgeschickt. Dies betraf insbesondere Fragen, die von Gremienmitgliedern als „Entscheidungsfragen“ bezeichnet wurden. Doch der **Beratungsmodus** selbst war nie Gegenstand einer Debatte innerhalb des Gremiums und bleibt im Modus des Auskunftssapparats. Zu bearbeitende Themen werden ohne Mitsprache der Expert:innen nach Kriterien der politischen Nützlichkeit ausgewählt, ein Einbringen von Expertise jenseits der gesetzten Fragen ist unerwünscht. Die beteiligten Expert:innen sehen den Modus zwar teilweise kritisch, lassen sich jedoch darauf ein – die Arbeitsweise wurde bis zur Einstellung der GECKO beibehalten.

Zeitdruck und Ressourcenmangel

Als Rahmenbedingung jeder Beraterischen Tätigkeit der GECKO dürfen der **Zeitdruck** und die Verfügbarkeit von personellen und wissenschaftlichen **Ressourcen**, unter denen das Gremium operierte, nicht vergessen werden. Zunächst einmal war die epidemische Situation an sich **dynamisch**: Neue Varianten und die Dynamik des Infektionsgeschehens führten unweigerlich zu einem Zeitdruck auf das Gremium, es konnte nicht ewig auf wissenschaftliche Expertise gewartet werden. Dennoch ist auch Zeitdruck nicht einfach natürlich gegeben und unbeeinflusst von der Organisation des Gremiums. Zunächst einmal prallen in wissenschaftlicher Politikberatung sehr unterschiedliche **Zeithorizonte** aufeinander. Zwar ist Expertise in der Lage, schneller zu agieren als Forschung, hat deshalb jedoch nicht unbedingt die gleiche Geschwindigkeit wie der mitunter sehr schnelllebige politische Betrieb.

Hierbei ist auch auf politischer Seite der Zeithorizont wissenschaftlicher Expertise nicht immer klar, wie ein:e Interviewpartner:in betonte. In diesem Kontext ist der Frage-Antwort-Modus der Beratung nochmals hervorzuheben: Erwartet waren **Antworten** auf die mitunter große Zahl an Fragen jeweils **innen einer Woche**; eine Situation, die als herausfordernd für die beteiligten Expert:innen beschrieben wurde. Dass die Arbeit in der GECKO komplett **ehrenamtlich** und damit neben den sonstigen wissenschaftlichen oder anderweitigen beruflichen Tätigkeiten verrichtet wurde, verschärft diesen Aspekt noch. Betroffene berichten, dass der Arbeitsaufwand zur Beantwortung der Regierungsfragen bereits enorm war. Zusätzliche Arbeit wäre kaum leistbar gewesen.

Die Beantwortung der Fragen konnte dabei nicht aus dem wissenschaftlichen Grundwissen der beteiligten Ex-

pert:innen oder aus leicht verfügbarem Lehrbuchwissen erfolgen. Vielmehr musste immer der jeweils **aktuelle Stand der Forschung** aufgearbeitet und in handlungsrelevante Expertise übersetzt werden – eine Aufgabe, die angesichts des sich rasant entwickelnden Wissensstandes über COVID-19 nicht zu unterschätzen ist.⁴ Und auch ein anderer Typ von Ressourcen ist nicht zu vernachlässigen: Die mangelnde **Verfügbarkeit** von aktuellen **Daten** über das Gesundheitssystem und seine Auslastung wurde sowohl von politischer Seite als auch von Expert:innen als Hindernis für die Beratung genannt.

Diese spezifische Form des Zeitdrucks und Ressourcenmangels muss durchaus als beeinflussbare **Rahmenbedingung** verstanden werden. Der Ein-Wochen-Rhythmus des Frage-Antwort-Modus ist nicht aus der Natur des Virus abzuleiten, sondern wird vorgegeben. Auch die Arbeit der **Evidenzsynthese** müsste nicht ehrenamtlich durch die im Gremium vertretenen Expert:innen erfolgen. Der Vergleich mit Großbritannien und Deutschland zeigt, dass Expertengremien systematisch mit Strukturen der Evidenzbildung und -synthese unterstützt werden können – und so deren Arbeit erleichtert und verbessert werden kann. In der Form, wie er für die GECKO prägend war, behinderte der Ressourcenmangel und der Rhythmus der Fragen langfristiges Denken sowie ein Reflektieren des Problem-Framings, wie uns mehrere Interviewpartner:innen bestätigten. Hierdurch werden die oben beschriebenen Aspekte in ihrem Effekt durch die – größtenteils politisch so eingerichteten – Rahmenbedingungen nochmals verschärft.

4.3 VEREINDEUTIGUNG – UND IHRE RISIKEN

Betrachtet man die beschriebenen Effekte der Konsensorientierung, Besetzung und Arbeitsweise zusammen, wird deutlich, dass es in der Konzeption der GECKO um eine *Vereinbarung* des bereitgestellten Wissens geht. Vereindeutigung ist hier durchaus **epistemisch** gemeint, als Herstellung einer **eindeutigen Aussage** aus der potenziell verwirrenden **Vielzahl** von Expertenstimmen. Die Schnittstelle ist also solcherart gestaltet, dass der Informationsfluss in Richtung politischer Entscheidungsträger:innen möglichst klar, eindeutig und zielgruppengerecht geschieht. Es wird dafür gesorgt, dass die Auskunft im Sinne der gestellten Frage auf jeden Fall **praktisch anschlussfähig** und einfach verwertbar ist: Störende Elemente wie Dissens unter Expert:innen werden aus dem reibungslosen Funktionieren der Beratung herausgehalten.

Krisen brauchen Vereindeutigung

Vereindeutigung bezeichnet selbstverständlich zunächst einmal das dringend benötigte **Verständlich-Machen** der

⁴ Und wofür bereits der Einsatz von AI Tools ernsthaft diskutiert wird, vgl. hierzu den „Nature“-Artikel von Tyler et al. (2023)

wissenschaftlichen Inhalte, Reduktion von Komplexität, **Erklären** von Wissenschaft. Denn: Krisen sind immer auch Sinnkrisen, sie sind Momente **epistemischer Unsicherheit** und gesellschaftlicher Verunsicherung. Zunächst ist problemspezifisches Wissen kaum vorhanden. Bald gibt es dann jedoch vielerorts geradezu ein Übermaß an Evidenzen, doch konvergieren diese nicht zwangsläufig. Aussagen, die sich mit aktuell relevanten Themen beschäftigen, sind von Grund auf unsicher, umkämpft und vorläufig. Politiker:innen, die ihre Entscheidungen auf solcher Basis treffen wollen – oder gar damit legitimieren –, haben also grundsätzlich mit dem Problem der **Ambiguität** zu tun. Die eindeutige Erklärung der Situation gibt es (noch?) nicht, noch viel weniger die eindeutig ableitbare Handlung oder Maßnahme.

Hier zeigt sich am Beispiel der Pandemie ein **Grundparadox** wissenschaftlicher Politikberatung besonders deutlich: Trotz des intensivierten Einsatzes von wissenschaftlicher Expertise in der Politik kann nicht immer eine stabilere und sicherere **Wissensgrundlage** als Basis für politische Entscheidungen erreicht werden. Vielmehr finden sich Entscheidungsträger:innen als Nicht-Expert:innen immer öfter inmitten wissenschaftlicher Debatten wieder. Anstelle einer einhelligeren Beratung müssen sie zwischen **konfligierenden Wissensangeboten** selbst entscheiden – ohne jedoch über das dafür eigentlich benötigte **Fachwissen** zu verfügen. Dieser Prozess wird dadurch verschärft, dass sich die Themen der wissenschaftlichen Beratung nicht mehr im sicheren, durch breite Evidenz abgesicherten Bereich von Lehrbuchwissen befinden, sondern an **vorderster Front der Forschung**. Diese Dynamik, die Peter Weingart schon 1999 feststellte, gilt umso mehr im Kontext einer Pandemie, in der die neuesten Ergebnisse oft schon vor Peer-Review-Verfahren von Pre-Print-Servern abgerufen werden. Mit anderen Worten: **Eindeutigkeit** ist selten, eine **Mehrzahl** an Wissensangeboten ist die Regel. Das bedeutet allerdings, dass Eindeutigkeit hergestellt werden muss, da sie nicht von sich aus auftritt – sie bedarf der **aktiven Vereindeutigung**.

Aktive Vereindeutigung kann mit Thomas Bauer (2022) als der Versuch verstanden werden, **Ambiguität** (im Sinne von Mehrdeutigkeit) zu reduzieren, epistemische Ambiguität in unserem Fall der Politikberatung. Die Organisation von Expertise im Fall der GECKO zielt also darauf ab, der der Krise inhärenten Ambiguität Herr zu werden. Reduktion von Ambiguität bedeutet jedoch **Verlagerung**: So wird beispielsweise mit den inhaltlichen Diskussionen die diskursive Klärung von epistemischer Ambiguität in das Vorfeld der Kommissionsarbeit verlagert. Es wird versucht, so eine Wissenschaft zu erzeugen, die „mit einer Stimme spricht“ und damit der Politik hilfreich zur Seite stehen kann. Denn vereindeutigte Expertise ist politisch durchaus **brauchbar**, erleichtert sie doch die politische Entscheidungsfindung enorm und erlaubt gleichzeitig den positiven Bezug auf Wissenschaft.

Risiken der Vereindeutigung

Ein reibungsloses Funktionieren und ein schneller sowie eindeutiger Informationsfluss von Wissenschaft zu Politik erscheinen auf den ersten Blick **wünschenswert** – schließlich sehen sich alle Beteiligten mit einer dynamischen und ernstesten Krise konfrontiert. Und wie oben beschrieben wurde, ist das Geschäft der Evidenzsynthese ein mühsames. Selbstverständlich wollen wir nicht für künstliche Mehrdeutigkeit oder Schwerfälligkeit der Beratung argumentieren, schnelle Reaktionsfähigkeit ist zweifelsohne eine Tugend in der Krise. Vielmehr geht es uns darum, auf **Risiken** und weniger beachtete **Implikationen** eines solchen Modells von wissenschaftlicher Politikberatung hinzuweisen, die sich nach unserer Einschätzung aus der Tendenz zur Vereindeutigung ergeben:

Erstens wird so eine *Reflexion* über das der Expertise zugrunde liegende Problem-Framing stark erschwert. Das führt nicht nur dazu, dass einige interessante wissenschaftliche **Fragen nicht gestellt** werden, sondern verstellt vor allem den Blick auf alternative Problematisierungen. **Nicht-intendierte Nebenfolgen** und davon **betroffene Gruppen** bleiben auf diese Weise tendenziell unsichtbar: So bedurfte es beispielsweise eines Wechsels von einer rein **epidemiologischen Perspektive** hin zu einer Problemstellung, die auch **psychologische** und **bildungswissenschaftliche Perspektiven** beinhaltete, um die nachteiligen Nebeneffekte der Schulschließungen auf Kinder zu erkennen (vgl. Kapitel II, Fallstudie 3).

Zweitens erschwert eine Vereindeutigung von Expertise eine explizit politische *Abwägung und Priorisierung*, die unterschiedlicher Perspektiven bedürfte. Wenn Politikberatung nicht in **Optionen** erfolgt (Ideal des „honest broker“), bleiben die unterschiedlichen bestehenden **Handlungsmöglichkeiten** unsichtbar. Dies kann den Eindruck erwecken, das genuin politische Abwägen von Alternativen mit je unterschiedlichen Konsequenzen würde durch Beratung überflüssig gemacht, und Expertise würde den oft zugrunde liegenden **Wertkonflikt** ersetzen („Epistemisierung des Politischen“, Bogner, 2021). Dies ist jedoch nicht möglich: Die normative Entscheidung wird mit der Festsetzung des Problem-Framings und des Beratungsmodus an anderer Stelle getroffen – bleibt aber **unsichtbar**.

Diese Dynamik hat drittens das Potenzial zur *Konstruktion von Alternativlosigkeit*. Man **immunisiert** sich gegen inhaltliche **Kritik** bzw. politische Opposition. Angesichts alternativer Lösungen muss eine politische Debatte nicht nur als überflüssig, sondern letztlich sogar als **irrational** erscheinen – und damit auch jede Kritik. Die Konstruktion von Alternativlosigkeit wirkt entpolitisiert: Die politischen Denk- und Handlungsspielräume werden unnötig stark verengt (vgl. Kapitel II, Fallstudie 2). Dieses Problem hat Caspar Hirschi (2021) am Beispiel des einstimmigen Leopoldina-Aufrufs für strikte Maßnahmen an den Weihnachtsfeiertagen 2020 nachgezeichnet. Mittels einer vorgeblichen, wissen-

schaftlich begründeten **Alternativlosigkeit** konnte sich die deutsche Regierung einer unangenehmen **Begründungspflicht** entziehen. Obwohl man der GECKO eine solche Strategie nicht nachsagen kann, gilt es dennoch, sich dieses spezielle Risiko der Vereindeutigung zu vergegenwärtigen.

4.4 POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN VON EPISTEMISCHER TRAGWEITE

Wer sich mit wissenschaftlicher Beratung beschäftigt, kann sich nicht nur mit **Wissen** und Evidenzen beschäftigen. Schließlich sind – vermittelt über Entscheidungen – immer **Werte** im Spiel. Diese Entscheidungen betreffen die *Rahmenbedingungen von Expertise* – und sind damit **epistemisch relevant**. Die von uns beschriebene Vereindeutigung von Expertise ist also ein Effekt des **Beratungsmodus** und damit der Entscheidungen über die **Rahmenbedingungen**. Mit den Begriffen von Brown (2020): Vereindeutigung setzt an den in der Wissenschaft unvermeidbaren **Kontingenzen** an und realisiert sich über die damit verbundenen **Entscheidungsspielräume**. Die epistemisch folgenreichen Entscheidungen erscheinen als rein administrative Angelegenheiten und damit **unwichtig**. Warum könnte die beratende Wissenschaft wenig Interesse an den Entscheidungen über ihre Arbeitsweise haben?

Wenn gewöhnlich über Entscheidungen im Kontext von wissenschaftlicher Politikberatung gesprochen wird, geht es meist um die grundlegende Frage, ob Expertise der Politik *politische Entscheidungen* vorgeben oder gar abnehmen kann – und ab wann ein solches Arrangement als Technokratie bezeichnet werden muss. Politische Entscheidungen betreffen die Frage nach **politischer Handlung** (den Einsatz von Maßnahmen, Verteilung von knappen Gütern, Regeln des Zusammenlebens) und sind daher nicht das Geschäft der Wissenschaft. Uns geht es jedoch um *Entscheidungen von epistemischer Tragweite*. Diese betreffen den **Modus der Beratung**, etwa die Auswahl der relevanten Disziplinen. Die demokratiepolitisch begrüßenswerte Haltung der Expert:innen, sich aus politischen Entscheidungen herauszuhalten, wird also **problematisch**, sobald sie auf epistemisch relevante Entscheidungen ausgedehnt wird.

Denn die unvermeidbaren Entscheidungen über den Modus der Beratung können damit nicht in ihrer epistemischen Relevanz reflektiert werden – beratende Wissenschaft, die sich von jeder Art von Entscheidung fernhält, hat einen **blinden Fleck**: Sie ist für Prozesse und Risiken der Vereindeutigung von Expertise wenig sensibel. Da tendenziell wenig auf Entscheidungen geachtet wird, wird auch weniger auf jene Entscheidungen geachtet, die die Expertise beeinflussen. Wissenschaft sieht sich augenscheinlich nicht in der **Rolle**, mitreden zu können – oder zu müssen. Im Endeffekt sehen die beteiligten Expert:innen dabei zu, wie Beratung als Apparat der Vereindeutigung konzipiert wird, kommentieren dies auch mitunter kritisch, intervenieren aber nicht,

weil sie die Gestaltung der Schnittstelle nicht als **maßgeblich** für die spätere **Gestalt** ihrer Expertise ansehen. So bleibt wenig Raum, die Praxis der Beratungstätigkeit zu reflektieren und gegebenenfalls zu hinterfragen. Das heißt, eine als Auskunftssystem funktionierende Beratung baut auf einem bestimmten **Wissenschaftsbild** auf und verstärkt es gleichzeitig. In diesem Bild ist kein Platz für Kontingenzen; damit rückt aus dem Fokus, dass Beratung und Expertise gerade in der Krise **aktiv gestaltet** werden müssen – auch unter Beteiligung der Wissenschaft.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Unsere Kritik der Vereindeutigung ist keine Parteinahme für Relativismus, Beliebigkeit oder ein Chaos der Expertenstimmen. Ungezügelter **Vieldeutigkeit** ist für Beratungszwecke genauso **unproduktiv** wie extreme **Engführung** von Perspektiven (vgl. Bauer, 2022, S. 36ff.). Aber: Vereindeutigung als Modus von Beratung ist **nicht alternativlos**. Aber erst wenn man die real existierenden Entscheidungsspielräume und ihre epistemische Tragweite wahr- und ernstnimmt, entsteht für die beteiligten Fachleute die Möglichkeit, aktiv an der Gestaltung der Schnittstelle zur Politik **mitzuwirken**. Nur so können die Kreativität und Vielfalt der wissenschaftlichen Disziplinen ihr volles Potenzial entfalten.

5. EMPFEHLUNGEN FÜR DIE ORGANISATION VON POLITIKBERATUNG

In Krisen geht es darum, möglichst **rasch** ein möglichst **differenziertes** Bild von der komplexen Gefährdungslage, also von den verschiedenen Facetten des Problems, zu erhalten. Zu diesem Zweck ist die Politik auf schnell verfügbares und möglichst zuverlässiges Wissen angewiesen. Deshalb hängt gerade in Krisenzeiten viel davon ab, in welcher Form wissenschaftliche Politikberatung **organisiert** und **institutionalisiert** ist. Denn Wissenschaft und Politik folgen, wie beschrieben (vgl. Abschnitt 2), unterschiedlichen **Systemlogiken**. Expertise, verstanden als handlungsrelevantes Wissen, das als Beratung angeboten wird, versucht diesen Unterschied zwischen wissenschaftlicher Evidenz und politischer Relevanz zu **überbrücken**. Expertise operiert also immer an der Schnittstelle zu und im Kontakt mit der Politik. Die Ergebnisse unserer Fallstudie zeigen allerdings, dass die **Form** der Beratung und ihre Arbeitsweise **epistemisch relevant** ist, also Einfluss auf die **Inhalte** der Beratung hat (vgl. Abschnitt 4).

Mit der GECKO wurde pandemiespezifische Expertise in Österreich institutionalisiert und zentralisiert – ähnlich wie in anderen Ländern (vgl. Abschnitt 3). Aufgrund ihrer zentralen Position stellt die GECKO ein Modell für Politikberatung in Krisenzeiten dar, anhand dessen sich **Schlüsse** für die Zukunft ziehen lassen. Die empirische Analyse hat ergeben, dass die Einrichtung zentraler Gremien durchaus **Herausforderungen** birgt. Der verständliche Wunsch nach effizienter Kommunikation zwischen Wissenschaft und Po-

litik kann in Form der Vereindeutigung dazu führen, dass die Potenziale interdisziplinärer Beratungskommissionen nicht vollständig zur Geltung kommen.

Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden einige Empfehlungen formuliert werden, um wissenschaftliche Politikberatung besser auf **zukünftige Krisen vorzubereiten**. Dabei gilt es zum einen, die grundlegenden Gefahren von Technokratie und Dezisionismus zu vermeiden (vgl. Abschnitt 2); zum anderen gilt es, die epistemische Relevanz der **Organisation von Politikberatung** zu betonen (vgl. Abschnitt 4). Die konkrete Ausgestaltung der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik ist entscheidend für das Gelingen von Politikberatung. Eine instruktive Darstellung wichtiger **Leitlinien** für wissenschaftliche Politikberatung bieten die von der Österreichischen Akademie der Wissenschaft (ÖAW) in Kooperation mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina entwickelten „Wiener Thesen zur Politikberatung“.⁵ Daran schließen die folgenden detaillierten Empfehlungen an.

Pluralität ermöglichen

Krisen haben viele Gesichter. Wissenschaftliche Beratung muss daher **disziplinär breit** aufgestellt sein. Aber nur echte Interdisziplinarität ermöglicht **Pluralität** und **konstruktive** wechselseitige **Kritik**. Das heißt, es müssen verschiedene oder sogar widersprüchliche **Problemperspektiven** im Gremium vertreten sein. Andernfalls erweist sich das interdisziplinäre Gremium als eine bloße Ansammlung von Fächern, die einander nichts zu sagen haben. Kurzum, die Organisation von Politikberatung muss den nötigen Raum für **inhaltliche Auseinandersetzungen** bieten. Wissenschaftliche Beratung braucht Mut zur **Debatte**. Dies schärft das Argument, erweitert den Problemhorizont und bewahrt vor übertriebener Konsensorientierung. Das heißt: Auch im Hinblick auf die Stellungnahmen von Kommissionen sollte ein gut begründeter und übersichtlich geordneter **Dissens** möglich sein – schließlich geht es auf Beratungsebene nicht um die Herstellung von politischem Einvernehmen, sondern um das Aufzeigen sinnvoller politischer Handlungsoptionen. Nur wer auf der Ebene der Beratung für Pluralität sorgt, verschafft der Politik den notwendigen **Handlungsspielraum**.

Beratung trainieren

Im akuten Krisenfall steigt politischer Beratungsbedarf. Jedoch ist selten Zeit dafür, Organisationsfragen zu reflektieren und die Expert:innen auf Beratung vorzubereiten. Zur Krisenprävention bedarf es daher eines **vorbereitenden Beratungstrainings** für Wissenschaftler:innen, das mehr umfasst als Kommunikations- oder Mediens Schulungen. Denn dieses Training muss in erster Linie auf die **spezifi-**

schen **Fallstricke** von wissenschaftlicher Politikberatung aufmerksam machen. Die oben ausgeführten Schlagworte *Problem-Framing* und *Werthaltigkeit von Expertise* können richtungsweisend für solch ein Training sein. Die Beratenen müssen lernen, erfolgreich zwischen den zwei Welten von Wissenschaft und Politik zu **navigieren**. Dazu gehört, die Komplexität des Beratungsprozesses und die eigene Rolle darin zu **reflektieren**. In der Beratung sind die Wissenschaftler:innen in größerer **Nähe zu politischen Prozessen**, als die meisten dies gewohnt sind. In erster Linie müssen sie die **epistemische** Relevanz der **politisch** zu gestaltenden Schnittstelle verstehen. Die Vorbereitung von Expert:innen auf Politikberatung sollte von wissenschaftlichen **Institutionen** als ein zentrales Aufgabenfeld verstanden werden. Doch nicht nur die einzelnen Expert:innen benötigen Vorbereitung; auch die **Struktur** von Gremien sollte nicht jeweils ad hoc in der Krise entwickelt werden. Im Kontext der **Krisenprävention** sollte ein Konzept bereitstehen, das die beschriebenen Fallstricke sorgfältig bedacht hat – und offen genug für Veränderung im laufenden Betrieb bleibt. Die Wissenschaft sollte auch dabei eine beratende Rolle übernehmen.

Kollektivität ernstnehmen

Nicht nur Forschung ist ein kollektives Unterfangen, auch Beratung. Zwar treten manchmal Einzelpersonen (wie die Vorsitzenden von Kommissionen) prominent in Erscheinung, doch hängt ihre Expertise stark an der Arbeit ihrer jeweiligen Organisation. Wie der deutsche Wissenschaftsrat in seinem Positionspapier betont: Es bedarf für Beratung sowohl informeller **Netzwerke**, um Kommunikation zwischen Wissenschaftler:innen und Politik ins Laufen zu bringen, als auch **Institutionen** wie Akademien oder Fachgesellschaften.⁶ Diesen kommt die wichtige Rolle zu, den **Überblick** über verfügbare wissenschaftliche Expertise zu behalten und im Krisenfall schnell die relevanten Expert:innen für ein Gremium benennen zu können – und darauf aufmerksam zu machen, wenn die Besetzung von Gremien eine Schieflage entwickelt. Wissenschaftliche Fachgemeinschaften sollten Beratung als Teil ihrer Aufgabe verstehen und gegebenenfalls auch als **Korrektiv** für wissenschaftlich schlecht begründete Expertenmeinungen auftreten. Die **Qualitätssicherung** wissenschaftlicher Beratung muss letztlich durch die Wissenschaft selbst erfolgen.

Ressourcen bereitstellen

Beratung ist nicht umsonst zu haben, sondern braucht für ihre Arbeit Ressourcen: Von der Arbeitszeit der beteiligten Expert:innen, die oft ehrenamtlich aktiv sind – aber auch durch **Freistellung** von anderen Aufgaben erleichtert werden könnte – bis zu Möglichkeiten der eigenständigen

⁵ „Wiener Thesen“: <https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/NEWS/2023/pdf/Wiener-Thesen.pdf>; letzter Zugriff am 30.10.2023.

⁶ https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/8834-21.pdf?__blob=publicationFile&v=23; letzter Zugriff am 20.10.2023.

Evidenzproduktion und **-synthese**. Der internationale Vergleich mit dem RKI oder der SAGE zeigt die Bedeutung eines starken wissenschaftlichen „**Unterbaus**“ für Politikberatung. Jedoch sind auch die zur Verfügung stehenden **Daten** eine ernstzunehmende Ressource für Beratung, deren **Verfügbarkeit** oft von politischer Seite abhängt. Dies betraf im COVID-19-Kontext sowohl Daten über das Gesundheitssystem als auch den Bildungsbereich und wurde auch in einem Positionspapier im Auftrag des Rats für Forschung und Technologieentwicklung angemahnt.⁷

Grenzen reflektieren...

Dass die Wissenschaft in der Beratung auch die Grenzen ihrer Expertise thematisieren sollte, wird mittlerweile zu den Grundvoraussetzungen guter Politikberatung gezählt (vgl. Gluckman et al., 2021). Dazu gehört auch, die Grenzen (inter-)disziplinärer Beratung anzuerkennen. Auch in ihrer Summe hat die Wissenschaft **Blindflecken**. Wie die Wissenschaftsforschung gezeigt hat, ist bei vielen Problemen relevante Expertise auch **außerhalb der Wissenschaft** zu finden (Sismondo, 2010). Gerade in der Krise ist **lebensweltliche Expertise** von hoher Bedeutung, beispielsweise, um unerwünschte **Nebenfolgen** von Maßnahmen frühzeitig erkennen zu können. Da sich diese Studie auf die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik konzentriert hat, wurden **zivilgesellschaftliche Akteure** und lebensweltliche Expertise nicht berücksichtigt.

... auch der eigenen Analyse

In der Schwerpunktsetzung auf wissenschaftliche Expertise liegt eine deutliche Begrenzung unserer Analyse. Viele weitere Grenzen ließen sich nennen: Anstelle der Untersuchung der gesamten Beratungslandschaft in Österreich haben wir uns auf das **zentrale Pandemie-Gremium** beschränkt. Auch die reichhaltigen Beratungsinitiativen auf Länderebene wurden nicht berücksichtigt. Wir haben außerdem nicht die **politische Wirksamkeit** der Pandemieberatung analysiert und auch nicht die – mit Sicherheit beratungsprägenden – Eigenheiten des politischen Systems bzw. Zeitgeschehens (Stichwort: Kanzler-Wechsel). Dafür bedürfte es interdisziplinärer Kooperation (v. a. mit der Politikwissenschaft) und vor allem: mehr Zeit. Die vorliegende Studie mag immerhin deutlich gemacht haben, wo die **Potenziale** für lohnende Anschlussprojekte liegen.

6. LITERATUR

- Barlösius, E., & Ruffing, E. (2021). Die Infragestellung wissenschaftlichen Wissens und wissenschaftlicher Expertise. Eine sozialwissenschaftliche Heuristik. In S. Büttner & T. Laux (Hrsg.): *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik* (S. 113–134). Baden-Baden: Nomos.
- Bauer, T. (2022). *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt* (17. Auflage). Stuttgart: Reclam.
- Bicher, M., Zuba, M., Rainer, L., Bachner, F., Rippinger, C., Ostermann, H., ... Klimek, P. (2020). *Supporting COVID-19 Policy-Making with a Predictive Epidemiological Multi-Model Warning System* [Preprint]. Health Policy. <https://doi.org/10.1101/2020.10.18.20214767>
- Boehmer-Christiansen, S. (1995). Reflections on scientific advice and EC transboundary pollution policy. *Science and Public Policy*, 22(3), 195–203.
- Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.
- Bogner, A., Littig B., Menz W. (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brown, M. J. (2020). *Science and moral imagination. A new ideal for values in science*. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Büttner, S., & Laux, T. (2021). Umstrittene Expertise und die Wissensproblematik der Politik: Eine Einführung. In S. Büttner & T. Laux (Hrsg.): *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik* (S. 13–42). Baden-Baden: Nomos.
- Cairney, P. (2016). *The Politics of Evidence-Based Policy Making*. Basingstoke: Palgrave.
- Douglas, H. (2000). Inductive Risk and Values in Science. *Philosophy of Science*, 67(4), 559–579.
- Douglas, H. (2021). *Science, values, and democracy. The 2016 Descartes Lectures*. Tempe, AZ: Consortium for Science, Policy & Outcomes.
- Fittipaldi, Emiliano (2020): I sette uomini più potenti d'Italia: oggi comandano (solo) gli scienziati. In: *L'espresso*, 10. April 2020. <https://espresso.repubblica.it/inchieste/2020/04/10/news/i-sette-scientiati-che-comandano-in-italia-1.347039/>
- Gluckman, P. D., Bardsley, A., & Kaiser, M. (2021). Brokerage at the science-policy interface. From conceptual framework to practical guidance. *Humanities and Social Sciences Communications*, 8(1), 1–10. <https://www.nature.com/articles/s41599-021-00756-3>
- Grunwald, A. (2008). *Technik und Politikberatung. Philosophische Perspektiven*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Halm, A., Grote, U., an der Heiden, M., ... RKI-Lagezentrum-Gruppe. (2021). Das Lagemanagement des Robert Koch-Instituts während der COVID-19-Pandemie und der Austausch zwischen Bund und Ländern. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheits-*

⁷ Zu Datenverfügbarkeit über den Bildungsbereich: <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5667/7/holtgrewe-schober-steiner-2021-schule-unter-covid-19-bedingungen.pdf>; letzter Zugriff am 25.10.2023.
Positionspapier zu Datenexzellenzstrategien in Österreich: <https://fti-monitor.rftf.at/docs/pdf/M300021.pdf>; letzter Zugriff am 10.11.2023.

- schutz*, 64(4), 418–425. <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03294-0>
- Hirschi, C. (2021). Expertise in der Krise. Zur Totalisierung der Expertenrolle in der Euro-, Klima- und Coronakrise. In S. Büttner & T. Laux (Hrsg.): *Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik* (S. 161–186). Baden-Baden: Nomos.
- Hopkins, A., Foxen, S., Oliver, K., & Costigan, G. (2021). *Science Advice in the UK*. Foundation for Science and Technology. <https://doi.org/10.53289/GUTW3567>
- Hoppe, R. (2005). Rethinking the science-policy nexus. From knowledge utilization and science technology studies to types of boundary arrangements. *Poiesis & Praxis*, 3(3), 199–215.
- Lentsch, J. (2016). Wissenschaftliche Politikberatung: Organisationsformen und Gestaltungselemente. In D. Simon, A. Knie, S. Hornbostel, & K. Zimmermann (Hrsg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik* (S. 317–334). Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, N. (2008). *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* (5. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Münkler, L. (2020). *Expertokratie. Zwischen Herrschaft kraft Wissens und politischem Dezisionismus*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Nelson, Fraser (2022): The lockdown files: Rishi Sunak on what we weren't told. In: *The Spectator*, 27. August 2022. <https://www.spectator.co.uk/article/the-lockdown-files-rishi-sunak-on-what-we-werent-told/>
- Nisbet, M. C. (2010). Framing science. A new paradigm in public engagement. In L. Kahlor & P. A. Stout (Hrsg.): *Communicating science* (S. 40–67). London: Routledge.
- Pielke Jr., R. A. (2007). *The Honest Broker. Making Sense of Science in Policy and Politics*. New York: Cambridge University Press.
- Schön, D., & Rein, M. (1994). *Frame reflection. Toward the resolution of intractable policy controversies*. New York: Basic Books.
- Sismondo, S. (2010). *An introduction to science and technology studies*. Hoboken, NJ: Wiley Blackwell.
- Tyler, C., Akerlof, K. L., Allegra, A., Arnold, Z., Canino, H., Doornenbal, M. A., ... Sutherland, W. J. (2023). AI tools as science policy advisers? The potential and the pitfalls. *Nature*, 622(7981), 27–30.
- Weingart, P. (1999). Scientific expertise and political accountability. Paradoxes of science in politics. *Science and Public Policy*, 26(3), 151–161.

FALLSTUDIE 5

WISSENSCHAFTSSKEPSIS

JULIA PARTHEYMÜLLER, JAKOB-MORITZ EBERL UND SYLVIA KRITZINGER

Universität Wien, Institut für Staatswissenschaft bzw. Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

ALEXANDER BOGNER

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgen-Abschätzung

1. EINLEITUNG

Unsere Gegenwartsgesellschaft begreift sich aus guten Gründen als **Wissensgesellschaft** (Bell, 2019). Schließlich ist Wissen die maßgebliche Ressource – für individuellen beruflichen Aufstieg, für Innovation und nationalen Wohlstand, für Aufklärung und politische Teilhabe. In den letzten Jahren ist die Wissenschaft – ihre Institutionen, Repräsentant:innen und Erkenntnisse – allerdings verstärkt zum Gegenstand politischer Diskussionen geworden. Dabei stößt sie in der österreichischen Bevölkerung nicht nur auf Zustimmung, sondern auch auf **Skepsis**. Besonders in Bezug auf kontroverse Themen wie die Corona-Pandemie, den Klimawandel oder die Gentechnik ist deutlich erkennbar, dass viele Menschen Wissenschaft unterschiedlich kritisch sehen – von skeptisch über ablehnend bis hin zu feindlich.

Natürlich ist es wichtig, jedes **Wissen kritisch zu hinterfragen**; genau das zeichnet wissenschaftliches Arbeiten aus und ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Diskussionen. Das ermöglicht fundierte persönliche Entscheidungen und auch rationale politische Maßnahmen. Gleichzeitig ist es aber genauso entscheidend, **auf wissenschaftliche Expertise vertrauen** zu können. Denn moderne Wissensbereiche sind hochspezialisiert und komplex, mit dem Alltagsverständnis einfacher Bürger:innen nicht immer begreifbar und selbst für Fachleute aus verwandten Disziplinen nicht immer leicht zu durchschauen (vgl. Bromme, 2022).

Jüngste gesellschaftliche Herausforderungen (z. B. Klimakrise oder Pandemie) haben gezeigt, dass die Wissenschaft mitunter in **Konkurrenz mit alternativen Welterklärungsmodellen** gerät, die ihre Gemeinsamkeit darin haben, wissenschaftliche Ansprüche an Logik und empirische Nachvollziehbarkeit abzulehnen. Verschwörungsglaube, Esoterik und Homöopathie dienen an dieser Stelle nur als Stichworte, um den Problemradius ganz grob zu umreißen (vgl. Frei & Nachtwey, 2021; Lamberty & Nocun, 2022). Ein weiteres Problem besteht in der engen ideologischen Beziehung von Wissenschaftsskepsis und Populismus (Eberl et al., 2021; Huber et al., 2022; Mede & Schäfer, 2020). Übermäßige Skepsis gegenüber wissenschaftlichen Institutionen, Prozessen

und Erkenntnissen beeinträchtigt nicht nur Einzelpersonen negativ, sondern gefährdet auch die **Fähigkeit der Politik zur Problemlösung** – und letztlich den **gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Der Verlust gemeinsamer Deutungskategorien, die uns dabei helfen, die Welt in ihrer Komplexität zu begreifen, untergräbt den Bezug auf eine gemeinsam geteilte Wirklichkeit.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen hat auch die **sozialwissenschaftliche Forschung** in jüngster Zeit verstärkt das Phänomen der „Wissenschaftsskepsis“ unter die Lupe genommen. Insbesondere Umfragen wie das **Spezial-Eurobarometer** zu Kenntnissen und Einstellungen der europäischen Bürger:innen zur Wissenschaft und Technologie (EU-Kommission, 2021), das ÖAW-Wissenschaftsbarometer zu den Einstellungen der Österreicher:innen zur Wissenschaft und Forschung (Faßmann & Knob, 2023) sowie die kürzlich erschienene **IHS-Ursachenstudie** zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie (Starkbaum et al., 2023) haben gezeigt, dass Wissenschaftsskepsis in Österreich zwar verbreitet ist, aber auch eine nuancierte Betrachtung erfordert. Die Formen und Ursachen der Wissenschaftsskepsis sind vielfältig. Eine detaillierte Analyse dieser unterschiedlichen Ausprägungen und Motivationen ist entscheidend, um wirksame Maßnahmen zur Förderung von wissenschaftlicher Aufklärung und Vertrauen in die Forschung zu entwickeln. Dieses Ziel steht im Mittelpunkt der vorliegenden Fallstudie.

Im Zentrum dieser Fallstudie steht die Darstellung und Auswertung einer **neuen quantitativen Befragung**, die in Anknüpfung und Fortführung des **Austrian Corona Panel Project (ACPP)** durchgeführt wurde (Kittel et al., 2020; Kittel et al., 2021). Der Befragungszeitraum erstreckte sich vom 23. Juni bis zum 6. Juli 2023; die Stichprobe umfasste 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren.¹ Im Folgenden werden zunächst theoretische und konzeptuelle Grundlagen sowie der aktuelle Forschungsstand zur Wissenschaftsskepsis in Österreich erarbeitet (Abschnitt 2).

¹ Details zum methodischen Vorgehen finden sich in Kapitel V, im Anhang dieses Bandes.

Anschließend ist der Bericht entlang der leitenden Fragestellungen strukturiert, die durch eine umfassende Literatursichtung identifiziert wurden: Welche grundsätzlichen Einstellungsprofile zu Wissenschaft und Forschung lassen sich in der österreichischen Bevölkerung erkennen (Abschnitt 3)? Wie sollte das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in einer Demokratie gestaltet sein (Abschnitt 4)? Was sind mögliche Hintergründe von Wissenschaftsskepsis (Abschnitt 5)? Und schließlich: Welche Maßnahmen eignen sich, um das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken (Abschnitt 6)? Die Umfrageergebnisse wurden anschließend zusammengefasst, potenzielle Lösungsansätze erörtert und daraus Handlungsempfehlungen abgeleitet (Abschnitt 7).²

2. WISSENSCHAFTSSKEPSIS: BEGRIFFSKLÄRUNG UND FORSCHUNGSSTAND

Der Begriff Wissenschaftsskepsis dient **oft als ungenau definierter Oberbegriff** zur Beschreibung einer psychologischen Orientierung mit negativer Valenz gegenüber der Wissenschaft als Institution, Wissenschaftler:innen als Personen, wissenschaftlichen Methoden und der wissenschaftlichen Weltanschauung oder spezifischer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Heterogene Operationalisierungen des Konzepts Wissenschaftsskepsis (z. B. über Interesse, Vertrauen oder Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse) führen zu einer Fragmentierung des Forschungsfeldes und erschweren den politischen Diskurs sowie die Entwicklung politischer Lösungsansätze. In diesem Zusammenhang ist es daher wichtig, den **Begriff der Wissenschaftsskepsis genauer zu klären** und auf seine unterschiedlichen Dimensionen einzugehen, um eine fundierte Grundlage für die weiteren Untersuchungen zu schaffen.

2.1 WISSENSCHAFTLICHE SKEPSIS UND WISSENSCHAFTSSKEPSIS

Skepsis, im Sinne einer **wissenschaftlichen Skepsis**, ist ein wesentlicher Bestandteil und Motor des wissenschaftlichen Fortschritts und spielt eine zentrale Rolle in der kritischen Beurteilung von Erkenntnissen. Die **kritische** Überprüfung wissenschaftlicher Aussagen und Studien ist essenziell, um die Qualität und Zuverlässigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse sicherzustellen. Dieser Ansatz, auch bekannt als „organisierter Skeptizismus“ (Merton, 1973, S. 277f.), spiegelt sich insbesondere im Prozess des sogenannten **Peer Reviews** wider; ein akademischer Prozess, bei dem wissenschaftliche Forschungsprojekte oder Arbeiten von Fachkolleg:innen vor ihrer Finanzierung oder Publikation in Fachjournalen kri-

tisch überprüft werden, um deren Qualität und Zuverlässigkeit sicherzustellen. Wissenschaftliche Skepsis zielt demnach darauf ab, in systematischer Weise jene Behauptungen auszuschließen, die **empirischen und logischen Maßstäben** nicht genügen oder mit methodischen Anforderungen nicht in Einklang stehen (Bryce & Day, 2014). Nur dieses unbeugsame Misstrauen gegenüber allen Wahrheitsbehauptungen (auch den eigenen) führt zur nächsten, etwas besseren „Wahrheit“, die wiederum nicht von ewiger Dauer sein wird (Popper, 2009). Skepsis also, in diesem Verständnis, ist zentraler Bestandteil der wissenschaftlichen Weltanschauung, **schützt vor Dogmatismus** und regt zur Selbstreflexion an. Dafür ist es aber zentral, dass sie eine Form der Kritik annimmt, die sie wissenschaftlich anschlussfähig macht.

Im Gegensatz dazu ist heute im allgemeinen Sprachgebrauch von **Wissenschaftsskepsis** die Rede, wenn Kritik an der Wissenschaft pauschal ausfällt, ideologisch motiviert ist und sich wissenschaftlicher Überprüfung entzieht. Diese Skepsis zielt nicht auf Weiterentwicklung des Wissens ab; oft versucht sie stattdessen, die **Wissenschaft zu diskreditieren** und die Bedeutung wissenschaftlichen Wissens und Erkenntnisgewinns insgesamt herabzusetzen. Bekämpft oder geleugnet werden etablierte Erkenntnisse bzw. der breite Konsens unter Fachleuten. Um diese Ablehnung zu begründen, wird häufig auf **Pseudoexpertise** („alternative Fakten“) oder **persönliche Meinungen** („subjektive Wahrheiten“) zurückgegriffen (vgl. Wight, 2018).

Ein wichtiger Teil des wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurses um Wissenschaftsskepsis widmet sich dem (mangelnden) **Interesse an Wissenschaft** in der Allgemeinbevölkerung. So deuten manche empirischen Studien auf einen negativen **Zusammenhang zwischen Interesse und Skepsis**. Größeres Interesse an Wissenschaft im Kindesalter würde beispielsweise mit höherem Vertrauen in Wissenschaft im Erwachsenenalter zusammenhängen (Motta, 2018). Eine Studie zur Nutzung wissenschaftsbezogener Medien zeigt, dass Menschen mit besonders großem Interesse an Wissenschaft auch aktiver nach Informationen über Wissenschaft suchen (Metag, 2020). Gleichzeitig scheint der **Zusammenhang** zwischen (Des-)Interesse an Wissenschaft und Wissenschaftsskepsis durchaus **komplexer** zu sein, denn Skepsis – so würde man meinen – setzt ein gewisses Interesse voraus, andernfalls hätte man es mit Indifferenz zu tun. So beschreibt eine Schweizer Studie, dass „Wissenschaftspopulist:innen“, also Leute, die die „Volksmeinung“ über das Expertenwissen stellen, ein vergleichsweise hohes Interesse an Wissenschaft aufweisen (z. B. Mede et al., 2022), während eine Sekundärdatenanalyse des Spezial-Eurobarometer 2021 feststellt, dass sich der vermeintlich wissenschaftsskeptische Teil der Bevölkerung in seinem Interesse für Wissenschaft nicht wesentlich von der Allgemeinbevölkerung unterscheidet (Starkbaum et al., 2023).

Das am weitesten verbreitete Verständnis von Wissenschaftsskepsis bezieht sich auf ein fehlendes **Vertrauen in**

² Wir bedanken uns bei unseren Studienassistent:innen – Helena Hartl, Leonard Prießnitz und Tobias Sundl – vom Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien für ihre engagierte Unterstützung bei der Erstellung dieser Fallstudie.

Wissenschaft und/oder wissenschaftliche Akteur:innen. Dabei handelt es sich um eine Form von Systemvertrauen: Man vertraut den Expert:innen, nicht weil man sie persönlich kennt, sondern weil sie – als Angehörige der Wissenschaft – als kompetent gelten. Seit der Pandemie ist offensichtlich geworden, dass Vertrauen – angesichts von **Komplexität und Überangebot von wissenschaftlichem Wissen** – zwangsläufig mangelnde Nachvollziehbarkeit ersetzen muss. Ob dieses Vertrauen existiert, erweist sich in der Praxis. Erst ein situationsspezifisch aktualisiertes Misstrauen schafft eine Brücke zur Skepsis. Das heißt, während Misstrauen eine **latente Grundhaltung** darstellt, kann man Skepsis als themenbezogene Infragestellung verstehen. So ist Vertrauen in Wissenschaft folglich ein wichtiger, aber nicht hinreichender Faktor, um der oben beschriebenen Definition von Wissenschaftsskepsis gerecht zu werden.

Wissenschaftsskepsis hat unterschiedliche ideologische Quellen und thematische Anker. Die Skandalisierung angeblicher Verstrickungen der Wissenschaft mit Politik und Industrie bezeichnet eine Variante der Skepsis, die sich als **Schnittstellenablehnung** bezeichnen lässt. Schnittstellenablehnung heißt, dass sich die Ablehnung der Wissenschaft auf die Vermutung mangelnder Unabhängigkeit und Objektivität von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen stützt: Die Wissenschaft, so der Vorwurf, werde von der Politik bzw. der Wirtschaft instrumentalisiert oder gesteuert (Brounéus et al., 2019). Der entgegengesetzte Vorwurf lautet, dass die Wissenschaft nicht objektiv ist, weil sie eine eigene politische Agenda verfolgt; ein Beispiel dafür wäre die Klimaforschung, der im ÖAW-Wissenschaftsbarometer 2022 weniger Vertrauen als der Physik oder Philosophie entgegengebracht wurde (Faßmann & Knob, 2023, S. 14). Im Fall der **Kernablehnung** hingegen bezieht sich die Ablehnung der Wissenschaft auf deren Essenz, also auf ihre Weltanschauung, ihre Distanziertheit, ihren objektivierenden Blick, ihre Neigung zur Quantifizierung aller Dinge, ihr strenges methodisches Vorgehen. Das Grundmotiv dieser Skepsis lässt sich bis in die Romantik zurückverfolgen; die wissenschaftliche Weltentzauberung wird in der romantischen Tradition als Verlust von Authentizität und lebendiger Nähe empfunden. Während die Kernablehnung prinzipieller Natur ist, bezieht sich die Schnittstellenablehnung auf konkrete Anlässe und ist damit möglicherweise ideologisch weniger konsistent als die Kernablehnung. Da die Schnittstellenablehnung mit einem Misstrauen gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen und Teilbereichen einhergeht, kann sie aber in ihrer extremen Form zum Einfallstor für Verschwörungsmythen werden (siehe auch wissenschaftsbezogener Populismus, Mede & Schäfer, 2020; Eberl et al., 2021).

Der Begriff „**science denialism**“ bezeichnet eine Form der Wissenschaftsskepsis, die den Charakter einer **politischen Bewegung** hat. Hierbei handelt es sich um eine häufig gut organisierte und radikale Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Typische Argumente lauten beispielsweise, dass

der vom Menschen verursachte Klimawandel ein Mythos sei, die Evolutionstheorie falsch sei oder dass AIDS nicht existiere. Diese Ansichten sind eng mit Verschwörungsmythen verflochten, da sie davon ausgehen, dass institutionell bestätigtes Wissen falsch wäre und manipulativ eingesetzt wird (vgl. Lewandowsky et al., 2013). Oftmals haben solche Überzeugungen ihren Ursprung in organisierten Interessengruppen wie Tabakfirmen, Ölkonzernen und Think Tanks, die Zweifel an der „Mainstream-Wissenschaft“ säen oder wissenschaftliche Erkenntnisse zurückhalten, um die öffentliche Meinung und politische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Oreskes & Conway, 2010). Die Wissenschaft kritisiert diese unhaltbaren Behauptungen nachdrücklich, was von den Wissenschaftsleugner:innen als Beweis für ihren eigenen intellektuellen Mut betrachtet wird (Diethelm & McKee, 2009). Diese **organisierte Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse** stellt eine besonders radikale Form der Wissenschaftsskepsis dar, die sogar zu Angriffen gegen Wissenschaftler:innen führen kann (vgl. Lewandowsky et al., 2016; Egelhofer, 2023).

Die **Wissenschaftsskepsis** ist also in konzeptioneller wie in ideologischer und sozialer Hinsicht divers. Das heißt, dass zu erwarten ist, dass dieses Phänomen mit seinen unterschiedlichen konzeptionellen Dimensionen zu einem unterschiedlichen Ausmaß in verschiedenen Kontexten und Milieus anzutreffen ist. Es handelt sich dabei also nicht immer um eine ideologisch konsistente Strategie bestimmter Interessengruppen zur Verfolgung einer koordinierten Politik. In extremen Fällen aber schon. Die Präzisierung dieses diffusen Begriffs steht damit am Anfang dieses Berichts. Ein wichtiges Ziel unserer Teilstudie besteht im Folgenden darin, zur weiteren Präzisierung des Verständnisses von **Wissenschaftsskepsis** in ihrer konzeptuellen Komplexität beizutragen.

2.2 AUSGANGSPUNKT: WISSENSCHAFTSSKEPSIS IN ÖSTERREICH

Den wohl wichtigsten Beitrag zu einer längst überfälligen Bestandsaufnahme zum Problemfeld Wissenschaftsskepsis in Österreich leistete zuletzt im August 2023 eine **Ursachenstudie** zu Ambivalenzen und Skepsis in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie **des Instituts für Höhere Studien** (IHS, siehe Starkbaum et al., 2023), deren zentrale Ergebnisse die Forschungslücken und Anknüpfungspunkte, die im Zentrum der vorliegenden Studie stehen, sichtbar gemacht haben.

Die Forschungsergebnisse der Ursachenstudie ergeben ein durchaus komplexes Bild (Starkbaum et al., 2023). Einerseits erlauben sie grundsätzlich den positiven Schluss, dass das **Vertrauen der Österreicher:innen** in Wissenschaft und Wissenschaftler:innen, insbesondere im Vergleich zu anderen Institutionen und Personengruppen, durchwegs **hoch** ist und über die Zeit weitgehend stabil geblieben ist. Andererseits betonen Starkbaum und Kolleg:innen, dass Teile der Bevölkerung **Desinteresse** gegenüber der Wissenschaft

zeigen und auch eine kritische Einschätzung gegenüber der Arbeit von Wissenschaftler:innen und insbesondere ihrer **Unabhängigkeit** und **Motivation** vorherrscht. Die Studienautor:innen weisen abschließend darauf hin, dass nur ein sehr kleiner Teil der Österreicher:innen (etwa 9 Prozent) *mehrere* Aussagen, die fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, gleichzeitig ablehnen und damit „systematische Skeptiker:innen“ wären. Die Einschätzung dazu, wie groß das vermeintliche Problem der Wissenschaftsskepsis in Österreich wirklich ist, variiert demnach stark je nach verwendetem Instrumentarium, was auch die Erstellung eines konsolidierten Bildes der Ursachen und möglichen Handlungsempfehlungen bisher erschwert hat.

Insbesondere die enge **Verzahnung von Wissenschaftsskepsis und Demokratieskepsis** sollte laut den Studienautor:innen im Fokus weiterer Analysen stehen, da sich auch die Skepsis oftmals auf die Schnittstellen von Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen konzentriert (z. B. Politikberatung). Im Rahmen der in der Ursachenstudie durchgeführten qualitativen Interviews treten außerdem zwei weitere Themenkomplexe in den Mittelpunkt, die u. a. im Rahmen der Coronavirus-Pandemie eine zentrale Rolle gespielt haben dürften, aber bisher in Österreich noch wenig empirisch erforscht wurden: (1) **anthroposophische Überzeugungen** und (2) eine **radikalisierte Freiheitsideologie** (siehe auch Frei & Nachtwey, 2021; Amlinger & Nachtwey, 2022).

2.3 ANKNÜPFUNGSPUNKTE UND ERWEITERUNGEN DES FORSCHUNGSSTANDES

Vor diesem Hintergrund macht es sich die vorliegende Teilstudie zur Aufgabe, Wissenschaftsskepsis anhand der oben identifizierten, unterschiedlichen Dimensionen empirisch zu untersuchen. Das heißt, dass sowohl **Interesse** und **Vertrauen** als auch die drei Formen der Ablehnung – **Schnittstellenablehnung**, **Kernablehnung** und die **Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse** – herangezogen werden, um eine **Typologie der Orientierungen gegenüber der Wissenschaft** in Österreich zu ermöglichen. Diese empirische Differenzierung erlaubt eine nuancierte Qualifizierung in Bezug auf kognitive und affektive Hintergründe der Wissenschaftsskepsis (z. B. Scientific Literacy oder Populismus) und die Beantwortung der Frage, was eigentlich abgelehnt wird, wenn es zu einer Ablehnung von Wissenschaft kommt.

Anschließend an diese Ausdifferenzierung erweist sich die Nähe zwischen **Wissenschaftsskepsis und Institutionenskepsis** als wichtiger Anknüpfungspunkt in unserer Studie. Gerade in der Anfangsphase der Pandemie war die Politik in hohem Maße auf wissenschaftliche Informationen angewiesen, um entscheidungsfähig zu werden (vgl. Frinken & Landwehr, 2022). Dies hat im Weiteren immer wieder die Vermutung laut werden lassen, dass die Politik von der Wissenschaft gesteuert werde („Expertokratie“) – ein Vorwurf mit langer Tradition (Münkler, 2020). Umgekehrt wur-

de gemutmaßt, die Politik bediene sich nur oberflächlich der Wissenschaft, um vorgefasste Entscheidungen besser legitimieren zu können. Welches Verhältnis von Wissenschaft und Politik von den Bürger:innen gewünscht wird, blieb bisher jedoch noch weitgehend unbeachtet, weshalb sich diese Studie dieser Forschungslücke im Detail annimmt.

Ein weiterer wichtiger Anknüpfungspunkt ist außerdem die empirische Verknüpfung von Wissenschaftsskepsis mit den ideologischen Themenkomplexen **radikalisierte Freiheitsideologie** und **Anthroposophie** (vgl. Frei & Nachtwey, 2021). In den vergangenen Jahren hat insbesondere das Auftreten der Querdenker-Bewegung für verstärktes öffentliches Interesse an libertärem Denken und Anthroposophie gesorgt. Im Milieu der Querdenker-Proteste mit Epizentrum im deutschen Baden-Württemberg entdeckte man die gesellschaftszerstörenden Effekte einer antiautoritär unterfütterten, radikalisierten Freiheitsideologie (Amlinger & Nachtwey, 2022). Im Rahmen dieses Denkmusters liegt „echte“ Wahrheit in der **individuellen Wahrnehmung und den persönlichen Erfahrungen**. So wird Evidenz durch Authentizität hergestellt (oder ersetzt). Die wissenschaftliche Epistemologie wird durch eine willensgesteuerte „**I-Pistemology**“ (van Zoonen, 2012) abgelöst. Dieser libertäre Aufstand gegen die Wissenschaft kann sich daher leicht mit der Kraft der Esoterik verbinden. Anthroposophie, östliche Weisheit und ganzheitliches Denken dienen dann als positive Bezugspunkte (Lamberty & Nocun, 2022). Bisher blieb aber unklar, inwiefern sich wissenschaftliche Erkenntnisse zu diesen Themenkomplexen (Frei & Nachtwey, 2021; Amlinger & Nachtwey, 2022) auch auf den österreichischen Kontext übertragen lassen.

Bisher gibt es noch vergleichsweise wenige Erkenntnisse darüber, in welcher Weise Wissenschaftsskepsis entgegengewirkt werden kann. Die Kenntnisse zu vermeintlichen Ursachen der Skepsis reichen dabei oft nicht aus, um auch wirksame Lösungen zu identifizieren. Viele vorgeschlagene **Maßnahmen** konzentrieren sich auf die Aufklärung einzelner **Falschinformationen** oder die Stärkung der **Scientific Literacy**. Letztere umfasst Ansätze, die darauf abzielen, die wissenschaftliche Kompetenz der Bevölkerung durch **Science Education** oder **Citizen Science** zu fördern. Ebenso schlagen andere Ansätze eine Verbesserung der **Wissenschaftskommunikation** vor. Inmitten aktueller stark politisierter Debatten bleibt fraglich, ob diese eher „klassischen“ Formate nach wie vor wirksam sind (Scheufele, 2014). Neuere Maßnahmen zielen daher darauf ab, die Polarisierung zwischen Gruppen zu reduzieren und durch **Dialogformate** ein besseres gegenseitiges Verständnis zu schaffen (Baliotti et al., 2021; Giraudet et al., 2022). Unabhängig von der Wirksamkeit solcher Maßnahmen stellt sich die grundlegende Frage, ob sie auf fruchtbaren Boden fallen können. Diese Teilstudie widmet sich daher auch empirisch der Frage, inwiefern solche Interventionen auf Zustimmung und Akzeptanz stoßen könnten.

3. SYNTHESE WISSENSCHAFTSSKEPTISCHER EINSTELLUNGEN IN ÖSTERREICH: ZWISCHEN INTERESSE, VERTRAUEN UND ABLEHNUNG

In den folgenden Abschnitten präsentieren wir Ergebnisse einer quantitativen Befragung, die im Rahmen des **Austrian Corona Panel Projects (ACPP)** realisiert wurde. Im Fokus steht dabei die Auswertung einer **neuen quantitativen Erhebung**, die speziell für die „Fallstudie: Wissenschaftsskepsis“ in Anknüpfung und Fortführung des ACPP im Juni und Juli 2023 durchgeführt wurde. In diesem Abschnitt liegt der Fokus auf der differenzierten Beschreibung der unterschiedlichen **Teildimensionen von Wissenschaftsskepsis**. Ziel dieses Abschnitts ist es dabei, eine Charakterisierung der Einstellungen gegenüber Wissenschaft vorzunehmen und **Einstellungsmuster zu identifizieren**, die wiederum ein nuanciertes Verständnis von Wissenschaftsskepsis ermöglichen sollen.

3.1 INTERESSE UND VERTRAUEN IM VERGLEICH

Wie oben bereits erläutert, ist es wichtig zu betonen, dass **Wissenschaft** in Österreich durchaus **großes Interesse** findet. Eine bisher oft vernachlässigte Perspektive in früheren Analysen ist allerdings die Einordnung des Interesses in Wissenschaft und Forschung im Vergleich zu anderen The-

men. Abbildung 1 veranschaulicht daher das Interesse der österreichischen Bevölkerung an verschiedenen Themen. Wissenschaft zählt zu den Themen, die das höchste Interesse hervorrufen. Wenn man die Kategorien „sehr interessiert“ und „ziemlich interessiert“ zusammenfasst, kann sogar eine Mehrheit der Befragten als an Wissenschaft interessiert betrachtet werden. Dies liegt noch vor den Themengebieten Sport und Politik sowie Kultur. Lediglich etwa 8 Prozent geben an, gar kein Interesse an Wissenschaft zu haben. Ein vollständiges Desinteresse ist somit eher selten, und bei den meisten Befragten lässt sich zumindest ein gewisses Interesse feststellen.

Auch das **Vertrauen in die Wissenschaft** liegt im Vergleich zu anderen Institutionen **eher hoch** (siehe Abbildung 2). Seit Beginn der Corona-Pandemie war die Wissenschaft über den gesamten Zeitverlauf hinweg die Institution, der am meisten vertraut wurde. Während der ersten Corona-Welle kam es zu einem „Rally around the flag“-Effekt, der das Vertrauen in sämtliche Institutionen abrupt ansteigen ließ (Kritzinger et al., 2021). Obwohl das Vertrauen seitdem leicht zurückgegangen ist, zeigt es sich dennoch im Vergleich zu anderen Institutionen stabiler. Bis zum letzten Messzeitpunkt im Juli 2023 genossen die Wissenschaft, die Polizei und das Bundesheer weiterhin das höchste Vertrauen seitens der Bevölkerung. Dabei ist ein auffälliger Vertrauensrückgang im Zeitverlauf bei jenen Institutionen zu beob-

INTERESSE AN WISSENSCHAFT IM VERGLEICH ZU ANDEREN THEMEN

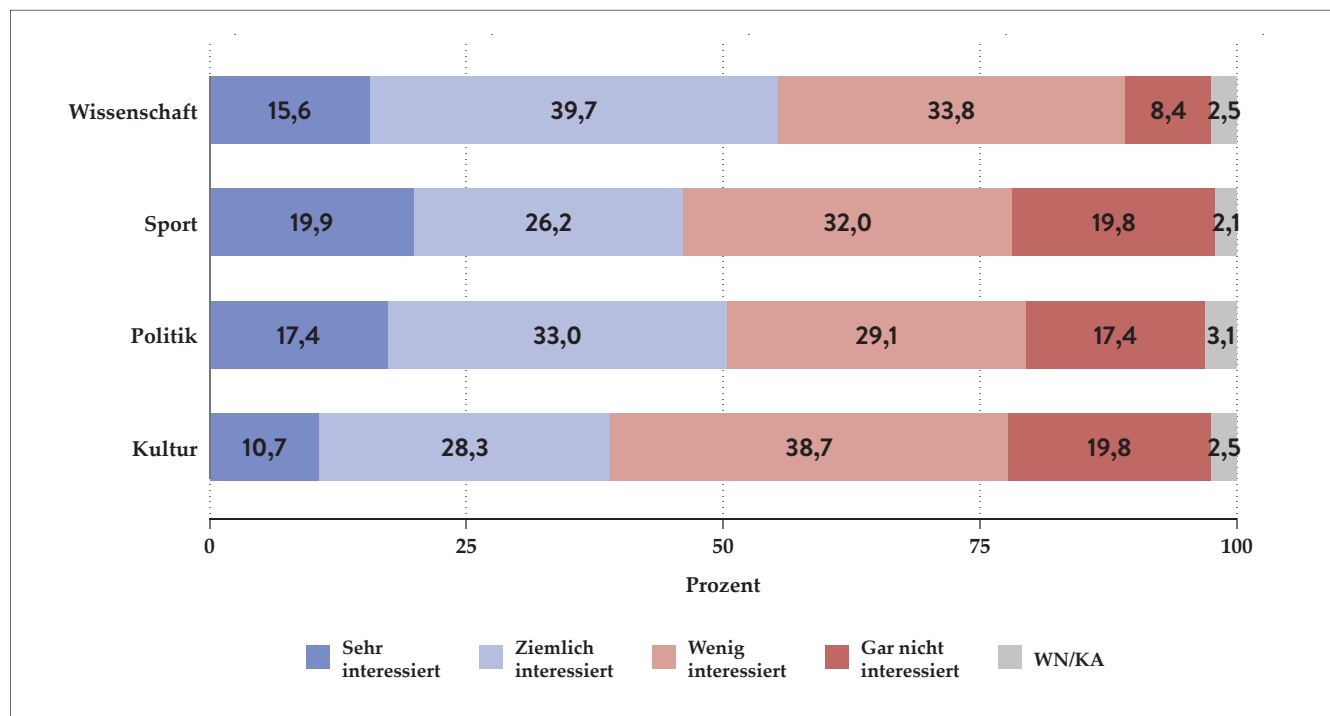


Abbildung 1: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie sehr sind Sie an folgenden Themen interessiert?“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

VERTRAUEN IN DIE WISSENSCHAFT IM VERGLEICH ZU ANDEREN ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN IM ZEITVERLAUF

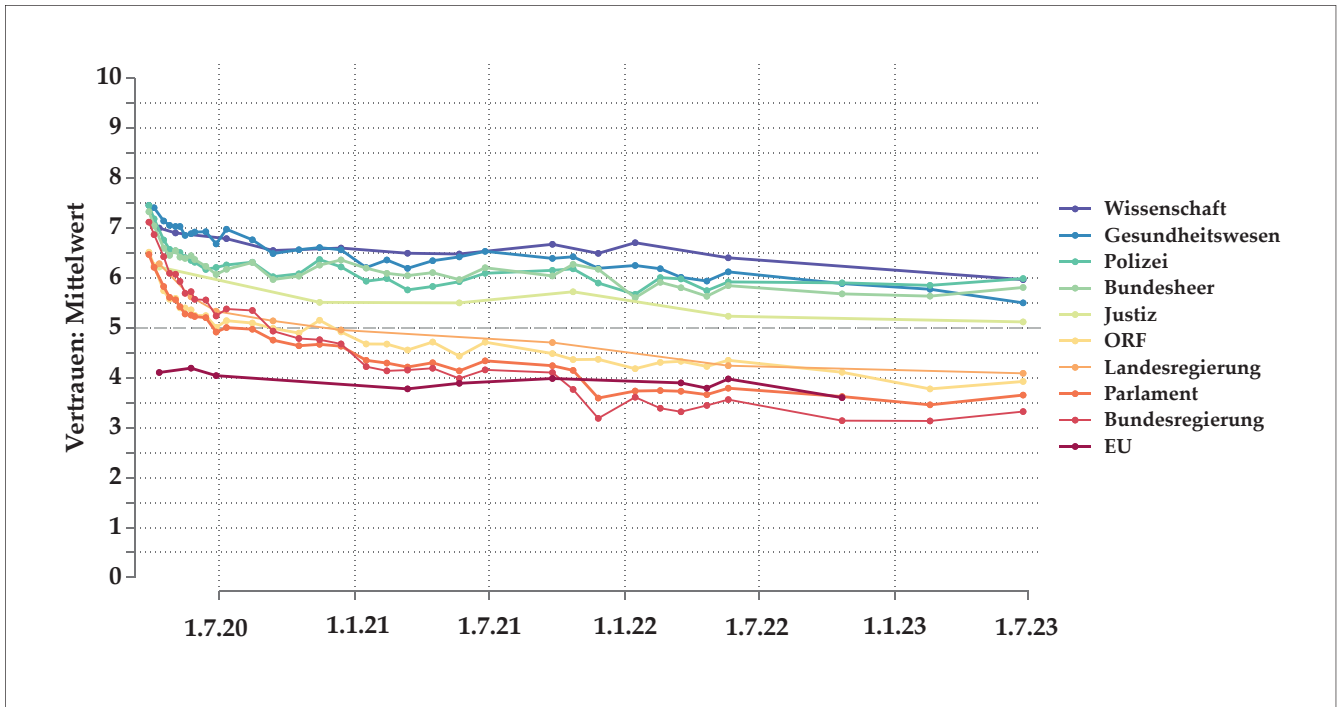


Abbildung 2: „Wenn Sie auf die folgende Liste sehen: Haben Sie sehr viel, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die jeweils genannten Institutionen im Rahmen der Coronakrise?“; Antwortskala: 0 = überhaupt kein Vertrauen bis 10 = sehr viel Vertrauen (Daten: ACPP; 27.3.2020–6.7.2023; jeweils ca. n = 1.500 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren pro Befragung; gewichtet)

achten, die am Meinungsbildungsprozess beteiligt sind, wie etwa dem Parlament, der Bundesregierung und dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Insgesamt lässt sich festhalten, dass trotz vorhandener Skepsis auch ein gewisses Vertrauen in die Wissenschaft in der Bevölkerung existiert.

3.2 SCHNITTSTELLENABLEHNUNG UND KERNABLEHNUNG

Um das Phänomen der Wissenschaftsskepsis eingehender zu verstehen, ist es entscheidend zu untersuchen, auf welche Aspekte sich die Skepsis gegenüber „der“ Wissenschaft genau bezieht. Zur Erfassung der Ablehnung gegenüber relevanten **Schnittstellen** und dem **epistemischen Kernbereich** in der österreichischen Bevölkerung wurden in der Umfrage sechs Frage-Items verwendet. Drei dieser Items sollten die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Politik sowie der allgemeinen Öffentlichkeit erfassen (S1–3; Schnittstellenablehnung), während die anderen drei auf die zugrunde liegenden Grundannahmen und Methoden der Wissenschaft abzielten (K1–3; Kernablehnung) (siehe Abbildung 3).

Auch hier stehen die Ergebnisse im Einklang mit der Ursachenstudie des IHS (Starkbaum et al., 2023) und zeigen, dass die **Skepsis hauptsächlich auf die angenommene**

Beeinflussung durch wirtschaftliche und politische Interessen fokussiert ist. Etwa 41 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Forschungsergebnisse häufig durch wirtschaftliche Interessen manipuliert werden, während ähnlich viele (40 Prozent) glauben, dass die Wissenschaft von politischen Interessen dominiert wird. Skeptische Sichtweisen, die besagen, dass sich die Wissenschaft nicht ausreichend für die Probleme der Allgemeinheit interessiert, sind weniger verbreitet, aber dennoch nicht selten: Ungefähr 27 Prozent stimmen hier *eher* oder *voll und ganz* zu. In allen Fällen geben zudem rund 34 bis 35 Prozent der Befragten an, zumindest teilweise Probleme an diesen Schnittstellen zwischen Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen zu sehen (Antwortkategorie *teils-teils*). Somit besteht insgesamt eine ausgeprägte Schnittstellenablehnung in der österreichischen Bevölkerung.

Im Vergleich dazu ist die **Skepsis gegenüber dem epistemischen Kernbereich etwas weniger verbreitet**. Dennoch stimmen etwa 25 Prozent der Aussage *eher* oder *voll und ganz* zu, dass sich die Welt gar nicht wissenschaftlich erklären lässt. Etwa 23 Prozent sind der Meinung, dass die Wissenschaft auf der falschen Annahme beruht, dass man alles berechnen kann. Die Skepsis in Bezug auf die Methoden ist insgesamt am geringsten: Nur etwa 15 Prozent halten wissenschaftliche Methoden für unzuverlässig. Zusätzlich geben jeweils 30 bis

33 Prozent an, zumindest teilweise Probleme im epistemischen Kernbereich zu sehen (Antwortkategorie *teils-teils*).

3.3 ABLEHNUNG WISSENSCHAFTLICHER ERKENNTNISSE

Zusätzlich zur Schnittstellen- und Kernablehnung identifizierte die bisherige Forschung auch die **Ablehnung wissenschaftlich etablierter Erkenntnisse** als zentralen Bestandteil von Wissenschaftsskepsis (vgl. Lewandowsky et al., 2013). Diese Form der Ablehnung von Wissenschaft wird **typischerweise entlang spezifischer Themen und politischer Kontroversen** sichtbar. Bislang blieb jedoch unklar, wie die Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse über verschiedene Themengebiete hinweg variiert und inwieweit die Ablehnung in einem Bereich darauf hinweist, dass auch gegenüber anderen wissenschaftlichen Themenbereichen skeptische Einstellungen vorhanden sind. Zur Untersuchung dieser Frage in Bezug auf die österreichische Bevölkerung beinhaltete die quantitative Umfrage **8 Aussagen zu verschiedenen Themen, deren Gültigkeit aus wissenschaftlicher Sicht als gesichert gilt**. Dabei wurde erfasst, ob die Befragten diese Aussagen für wahr oder falsch hielten (siehe Abbildung 4).

Die Ergebnisse zeigen, dass die Ablehnung der Aussagen über die Themen hinweg stark variierte:

- Mit über 50 Prozent wird die Aussage, dass der **Verzehr von gentechnisch veränderten Lebensmitteln** unbedenklich sei, am häufigsten abgelehnt.
- Rund 39 Prozent lehnen die Aussage ab, dass **Homöopathie** keinen gesundheitlichen Nutzen über den Placebo-Effekt hinaus habe.
- Rund 26 Prozent glaubten nicht, dass ohne die **Corona-Maßnahmen** mehr Menschen gestorben wären.
- 24 Prozent hielten den **5G-Standard** für gesundheitlich gefährlicher als bisherige Mobilfunkstandards.
- In Bezug auf die **Evolutionstheorie** waren sich rund 23 Prozent eher oder sehr sicher, dass es falsch ist, dass sich der Mensch aus früheren Tierarten entwickelt hat.
- Die Aussage zum **menschengemachten Klimawandel** hielten rund 19 Prozent für falsch.
- Rund 18 Prozent hielten **Impfstoffe** nicht für ein sicheres und zuverlässiges Mittel, um Krankheiten zu verhindern.
- Mit rund 8 Prozent wurde die Aussage, dass **Tabakrauch** zu ernststen und sogar tödlichen gesundheitlichen Schäden führt, am seltensten für falsch gehalten.

Im Durchschnitt wurden zwei der Aussagen von den Befragten abgelehnt. Dabei zeigten sich durchwegs **positive Korrelationen zwischen der Ablehnung der einzelnen Aussagen,**

SKEPSIS GEGENÜBER SCHNITTSTELLEN ZU POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT SOWIE GEGENÜBER DEM EPISTEMISCHEN KERNBEREICH

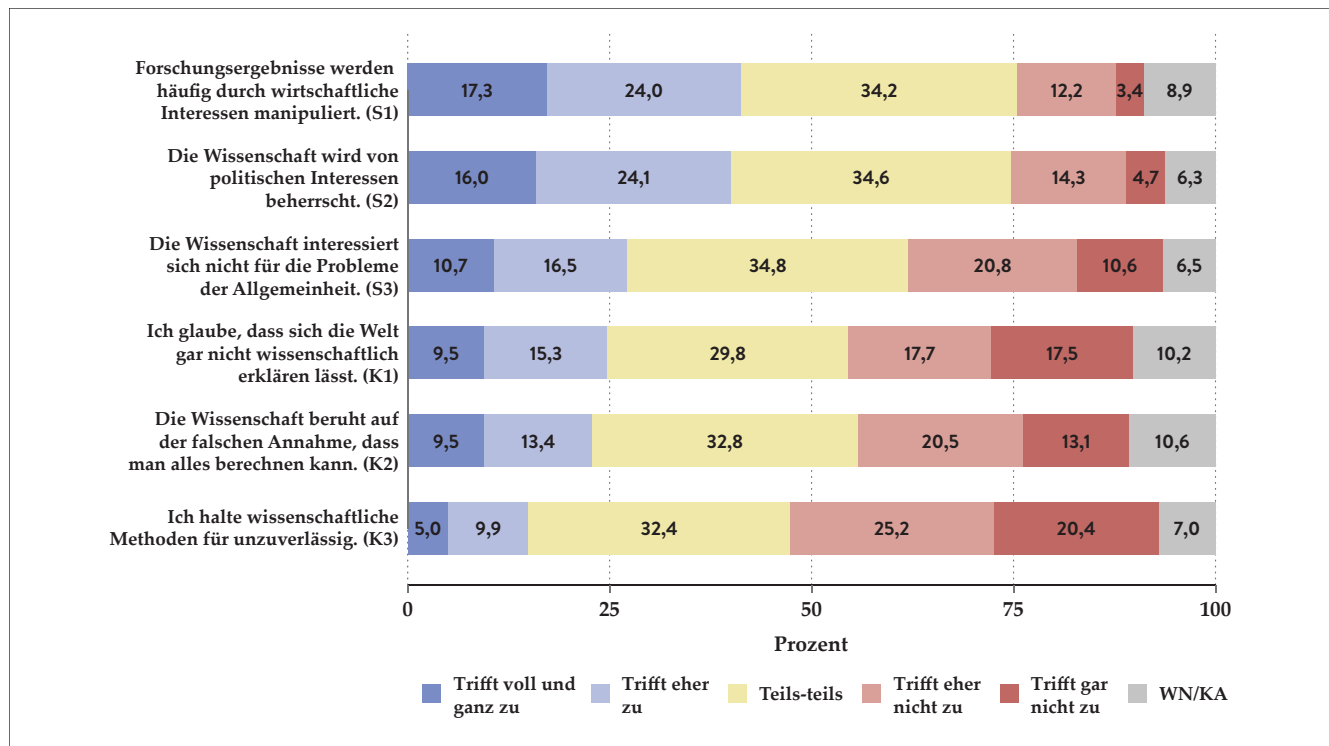


Abbildung 3: „Wenn Sie an Wissenschaft und Forschung denken, inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

das bedeutet: Wenn sich eine Person bereits skeptisch gegenüber einer der wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigt, geht dies mit einer erhöhten Bereitschaft einher, sich auch gegenüber anderen Themen skeptisch zu äußern. Besonders stark fielen dabei allerdings die positiven Korrelationen zwischen der Skepsis gegenüber COVID-19-Maßnahmen und Impfungen ($r = 0,65^{***}$) sowie den COVID-19-Maßnahmen und dem Klimawandel ($r = 0,51^{***}$) aus, während zum Beispiel der Zusammenhang mit der Skepsis gegenüber der Gentechnik ($r = 0,15^{***}$) oder dem Glauben an Homöopathie ($r = 0,19^{***}$) schwächer ausgeprägt war. Daraus lässt sich ableiten, dass es trotz der themenspezifischen Varianz zugrunde liegende Faktoren gibt, die zu einer skeptischen Grundhaltung beitragen.

3.4 IDENTIFIZIERUNG VON EINSTELLUNGSPROFILIEN ZUR WISSENSCHAFT

Interesse, Vertrauen und die drei Formen der Ablehnung – Schnittstellenablehnung, Kernablehnung und die Ablehnung wissenschaftlich etablierter Erkenntnisse – dienen nun dazu, eine **nuancierte Typologie der Orientierung gegenüber Wissenschaft** in der österreichischen Bevölkerung zu erstellen. Eine latente Profilanalyse wurde auf Basis der quantitativen Befragungsdaten durchgeführt, um festzustel-

len, ob sich unterschiedliche Gruppen (d. h. Cluster) anhand ihrer Einstellungen zur Wissenschaft identifizieren lassen (siehe Abbildung 5).³

Das **erste Cluster**, bestehend aus etwa 27 Prozent der Befragten, zeichnet sich durch ein starkes Interesse an Wissenschaft, großes Vertrauen in die Wissenschaft, eine unterdurchschnittliche Schnittstellenskepsis sowie eine geringe Kernablehnung aus. Zusätzlich lehnt diese Gruppe nur wenige wissenschaftlich fundierte Aussagen ab. Es handelt sich hierbei nicht um Skeptiker:innen, sondern eher um wissenschaftsaffine **Personen, die der Wissenschaft grundsätzlich positiv gegenüberstehen**.

Das **zweite Cluster** repräsentiert etwa 58 Prozent der Befragten und zeigt ein mäßiges Interesse und Vertrauen in die Wissenschaft. Die **Schnittstellenskepsis** ist im Vergleich zum ersten Cluster **etwas erhöht**, und es besteht zudem eine **leicht erhöhte Kernablehnung**. Trotzdem werden insgesamt vergleichsweise wenige wissenschaftliche Erkenntnisse abgelehnt. Diese Gruppe lässt sich daher als **distanziert** beschreiben.

Das **dritte Cluster**, bestehend aus etwa 14 Prozent der Befragten, repräsentiert insgesamt skeptische Personen. Ob-

³ Für methodische Details der durchgeführten Analyse siehe den Anhang zum methodischen Vorgehen (Kapitel V).

ABLEHNUNG UND ZUSTIMMUNG ZU WISSENSCHAFTLICHEN ERKENNTNISSEN

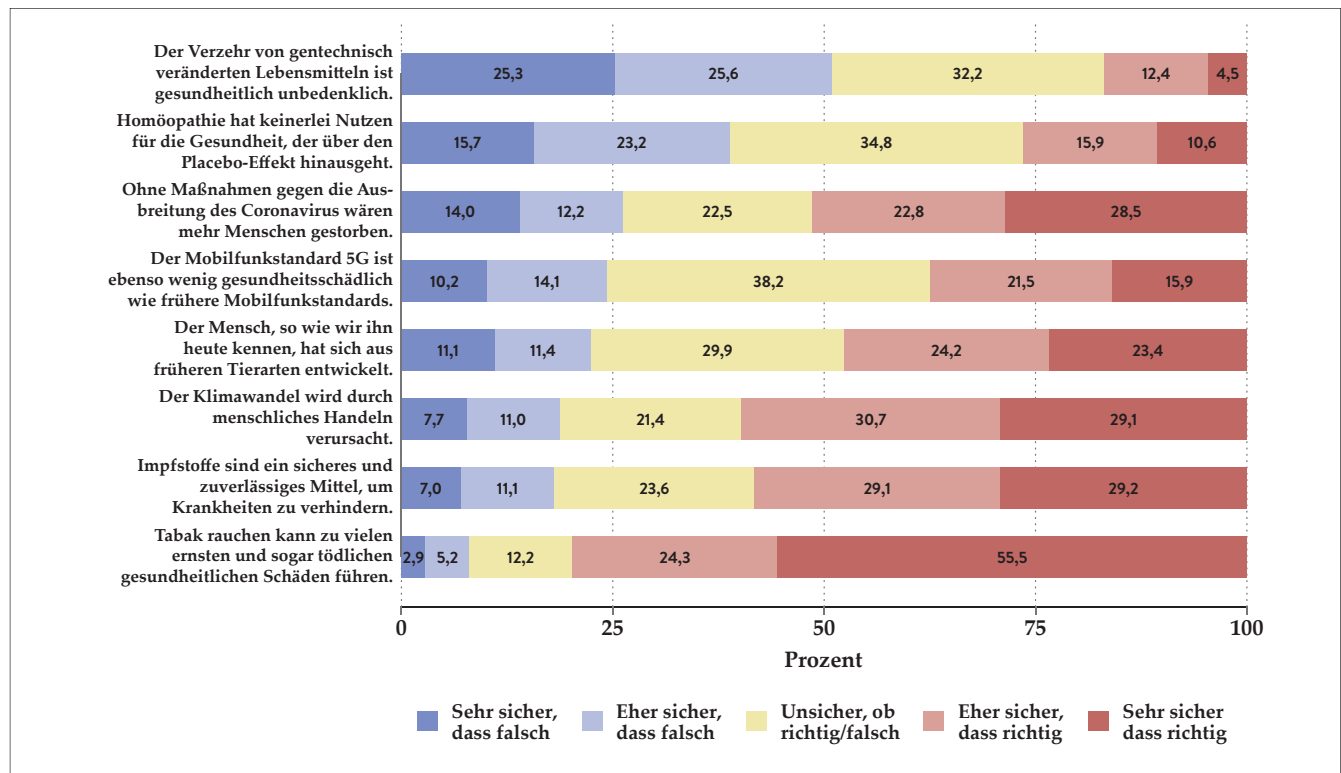
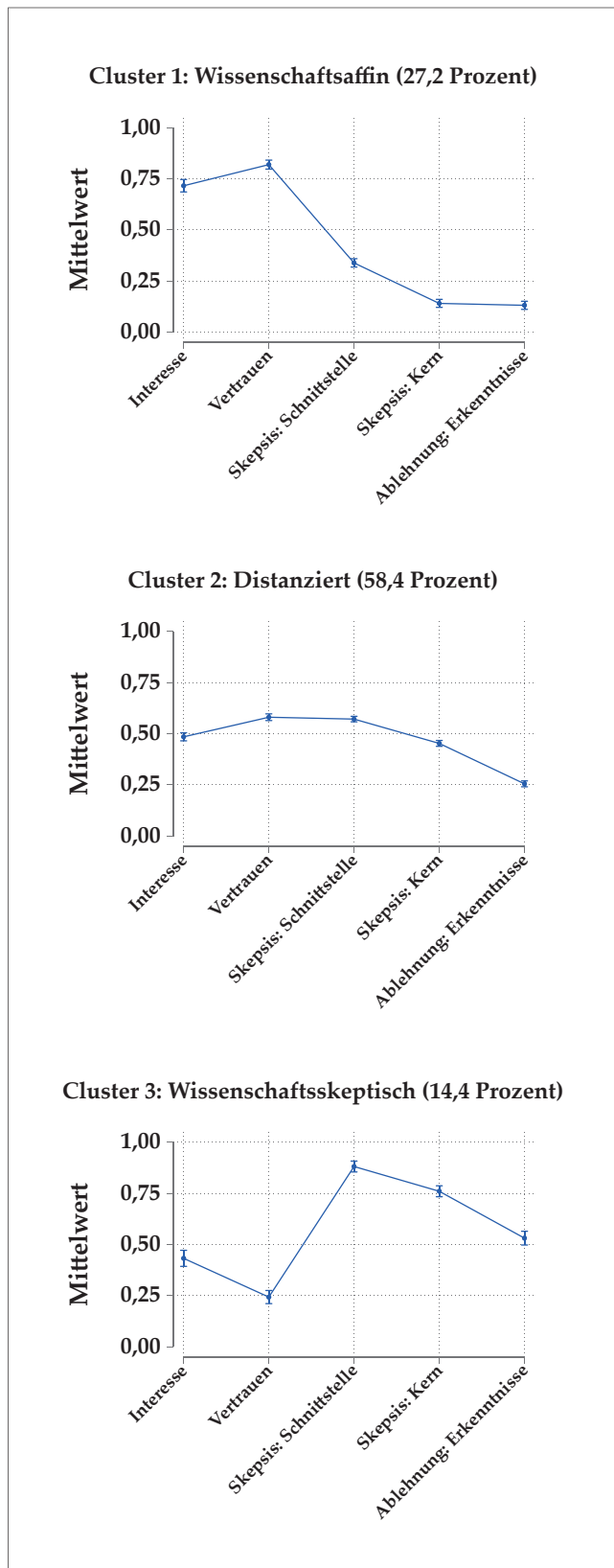


Abbildung 4: „Inwieweit halten Sie die folgenden Aussagen für richtig oder falsch?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

WISSENSCHAFFS-AFFINES, DISTANZIERTES UND WISSENSCHAFTSSKEPTISCHES EINSTELLUNGSPROFIL



wohl sie ein moderates Interesse an Wissenschaft zeigen, ist das Vertrauen in die Wissenschaft besonders gering. Die Skepsis in Bezug auf die Schnittstellen- und Kernproblematik der Wissenschaft ist auffallend hoch, und die Mehrheit der wissenschaftlichen Aussagen wird von dieser Gruppe abgelehnt. Diese Gruppe lässt sich am ehesten als **die der eigentlichen Wissenschaftsskeptiker:innen** im Sinne der oben entwickelten theoretischen Definition beschreiben.

Während es also eine gewisse Skepsis gegenüber den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Politik bzw. der Wirtschaft auch in der Gruppe der Wissenschaftsaffinen sowie der Distanzierten gibt, geht diese nicht unbedingt mit der Ablehnung von wissenschaftlichen Erkenntnissen einher. Zudem ist in diesen beiden Gruppen auch ein gewisses Vertrauen in Wissenschaft vorhanden, wodurch sie sich deutlich von den sehr skeptischen Personen im dritten Cluster unterscheiden.

Was unsere Clusteranalyse unter anderem zeigt: **Wissenschaftsskepsis ist ein fluides Phänomen** und nicht Ausdruck eines bestimmten Charaktertyps oder einer festen, unveränderlichen Überzeugung. Ganz offensichtlich teilt sich die Menschheit nicht in zwei Gruppen auf: in genuine Wissenschaftsskeptiker:innen und alle anderen, die dagegen immun sind. Gerade die breite Mittelgruppe der Distanzierten macht deutlich, dass **das wissenschaftsskeptische Potenzial weitaus höher ist**, als es die kleine Gruppe offensichtlicher Wissenschaftsskeptiker:innen nahelegt.

Einen **Nährboden für Wissenschaftsskepsis** stellen insbesondere gesellschaftliche **Krisen** dar, in denen die Wissenschaft eine zentrale Rolle spielt. Personen, die der breiten distanzierten Mitte angehören, können sich zu dezidierten Wissenschaftsskeptiker:innen entwickeln, sofern sie die Wissenschaft für eine Politik verantwortlich machen, mit der sie nicht einverstanden sind. Anders gesagt: In zuge-spitzten Kontroversen, in denen wissenschaftliche Expertise einen zentralen Bezugspunkt für alle Beteiligten darstellt, um ihre jeweilige Position zu legitimieren, kann sich sehr leicht eine „**schiefe Ebene**“ entwickeln, die gemäßigte Bürger:innen, die Distanzierten, ins Lager der radikaleren Wissenschaftsskepsis treibt.

Abbildung 5: Vorhergesagte Werte auf Basis der Drei-Cluster-Lösung der latenten Profilanalyse. Für die Variablen der Skepsis gegenüber Schnittstellenbereichen und dem Kern der Wissenschaft wurden vor der Analyse additive Indizes aus den Items S1-3 und K1-3 (siehe Abbildung 3) gebildet. Für die Ablehnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse wurde ausgezählt, wie viele der wissenschaftlichen Aussagen in Abbildung 4 für sicher oder eher für falsch gehalten wurden. Sämtliche Variablen wurden auf einen Wertebereich 0 bis 1 standardisiert, wobei der Wert 0 jeweils die geringstmögliche Zustimmung und 1 die höchstmögliche Zustimmung ausdrückt. Für weitere Details zum methodischen Vorgehen siehe Kapitel V (Anhang). (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren)

3.5 EXKURS: DER INDIVIDUELLE WEG ZUR WISSENSCHAFTSSKEPSIS – EINBLICKE AUS QUALITATIVEN INTERVIEWS

Im Zuge dieses Projekts haben wir qualitative Interviews mit Personen geführt, die nach eigener Auskunft der Wissenschaft in der Pandemie nicht (mehr) vertrauten. Bei der Auswahl unserer Gesprächspartner:innen haben wir unter anderem von E-Mails Gebrauch gemacht, die der Projektleiter im Laufe des Projekts von Privatpersonen erhalten hat. Jene Zuschriften, die nicht einfach nur Hass auf das Projekt und die Wissenschaft, sondern ein gewisses Gesprächsinteresse erkennen ließen, dienten sozusagen als Stichprobe. Letztlich wurden zehn Personen aus drei verschiedenen Bundesländern interviewt, darunter ein Auslandsösterreicher. Die Gespräche dauerten ein bis zwei Stunden und wurden – bis auf wenige Ausnahmen (Zoom) – an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien geführt.

Bei diesen Gesprächen wurde deutlich, dass es bestimmte Anlässe gibt, die Wissenschaftsskepsis hervorrufen. Das heißt, niemand war von vornherein der Wissenschaft negativ gesonnen. Praktisch alle Interviewten sind zu Beginn der Pandemie „der Wissenschaft gefolgt“, wie jemand im Gespräch sagte. Allerdings gab es im Laufe der Pandemie konkrete Anlässe, die Skepsis hervorriefen. Für unsere Interviewpartner:innen waren das Impfen bzw. die Impfpflicht solche Auslösemomente. Eine 48-jährige Oberösterreicherin, die sich während der Pandemie nicht impfen ließ, erklärte, sie habe eigentlich nichts gegen Medikamente oder Impfungen, sofern diese gut geprüft seien. Im Fall der Corona-Impfstoffe aber sei die Entwicklungszeit viel zu kurz gewesen, und über die „zahlreichen Nebenwirkungen“ hätten die Medien ihrer Meinung nach viel zu wenig berichtet. Als Bürger, so sagte ein Kfz-Mechaniker, der kurz vor der Pension steht, habe man sich gar kein ausgewogenes Bild von der Sachlage machen können. Den Grund dafür sieht er in der mangelnden Ausgewogenheit der in den Medien vertretenen Fachleute. Nur im Widerstreit der verschiedenen Meinungen und Positionen könne man sich selbst ein Urteil bilden. Er sagt: „Drei Wissenschaftler, drei Meinungen – und das ist auch gut so. (...) Wenn man da sagt: Nur meine Meinung ist richtig, und die andere ist falsch – da habe ich ein Problem damit dann.“

Eine 55-jährige Gesprächspartnerin aus der Steiermark sieht das ähnlich: Zwar habe es durchaus kritische Stimmen gegeben, wie zum Beispiel Andreas Sönnichsen oder Sucharit Bhakdi. Doch diese Leute seien nicht oder viel zu wenig gehört worden: „Auf einmal gab es nur eine Wahrheit und eine Wissenschaft.“ Nur in ServusTV seien „diese anderen Experten“ zu Wort gekommen, weswegen sie diesen Sender immer regelmäßiger geschaut habe. Dass die Impfung ungezählte Menschenleben gerettet habe, will sie nicht glauben. Doch die Wissenschaft, der sie mangelnde Unabhängigkeit vorwirft, würde solche politisch erwünschten Behauptun-

gen jederzeit belegen. Sie sagt: „Die richtigen Modellierungen von den richtigen Experten bringen sicherlich das für das Narrativ passende Ergebnis.“

Viele erklären im Gespräch, sie legten Wert darauf, „kritisch zu denken“, „selber zu denken“. Um sich eine „umfassende“ Meinung zu bilden, hätten sie selbst zu recherchieren begonnen. Manche, die zu Beginn der Pandemie noch regelmäßig „Zeit im Bild“ geschaut oder den „Standard“ gelesen haben, landeten auf ihrer Suche nach „alternativen Studien“ beim Instant-Messaging-Dienst Telegram. Telegram ist ihrer Ansicht zufolge „freier“ als andere Kanäle, weil man dort nicht blockiert werde, nur weil man gegen das Impfen sei.

Die Suche nach „vertrauenswürdiger Expertise“ zwecks epistemischer Verteidigung der eigenen politischen Position leitet die Recherche zu jenen Figuren, die man als Opfer des „Establishments“ begreift. Gerade weil Leute wie Bhakdi & Co. vom wissenschaftlichen „Mainstream“ abgelehnt werden, gelten sie den Impfgegner:innen als glaubwürdig: Würden sie nicht „gefährliche Wahrheiten“ verbreiten, wären sie nicht so stark marginalisiert. Den Impfgegner:innen geben sie das gute Gefühl, einen legitimen Abwehrkampf gegen Unfreiheit und Bevormundung zu führen. Schließlich habe der Staat, so resümiert ein Wiener Pensionist, kein Recht, in die körperlichen Belange des Einzelnen einzugreifen: „Also, trotz meiner sozialistischen Vergangenheit (lacht), da sage ich halt: Das ist meine Entscheidung. Da sage ich: Da ist es mir wichtig, mir meine Freiheit zu nehmen, ob ich die Impfung will oder nicht will.“

Es ist dieses libertäre Freiheitsverständnis, das viele unserer Gesprächspartner:innen in Opposition zu den Corona-Maßnahmen bringt. Weil von Regierungsseite Grundwerte wie Sicherheit und Solidarität zugunsten des Impfens ins Feld geführt werden, überhöhen die Impfgegner:innen die individuelle Freiheit zu einem Abwehrrecht, um jegliche Ansprüche kollektiver Verantwortung abzuwehren. Um ihre politische Opposition zu legitimieren, verweisen sie auf „alternative Studien“. Auf explizite Nachfrage erklären viele, sie wüssten gar nicht, was Bhakdi & Co. zum mRNA-Impfstoff konkret gesagt oder wie sie in Bezug auf die Impfung argumentiert hätten. Aber darum geht es für sie auch gar nicht. Unsere Gesprächspartner:innen wollen in erster Linie das verteidigen, was sie als „ihre Freiheit“ verstehen. Deshalb muss es innerhalb der Wissenschaft „radikale Gegenstimmen“ geben, denen sie kritiklos zu folgen gewillt sind.

Unsere Interviews legen folgende Schlussfolgerung nahe: Das „Abrutschen der Mitte“ – also die große Wanderungsbewegung von Cluster 2 nach Cluster 3 (siehe links) – vollzieht sich in vielen kleinen Schritten, die sich der rastlosen Suche nach „echten Alternativen“ verdanken. Wissenschaftsskepsis erscheint als Ausdruck einer politischen Radikalisierung, die sich auf das epistemische Gelände erstreckt, weil wissenschaftliche Expertise zur zentralen Ressource der politischen Auseinandersetzung geworden ist.

4. DAS VERHÄLTNISS VON WISSENSCHAFT UND POLITIK IM DEMOKRATISCHEN KONTEXT

„Evidenzbasierte Politik“ – in der Coronakrise hat dieser Begriff beinahe magische Bedeutung erlangt. Es wird oft gefordert, dass sich die Politik an **wissenschaftlicher Evidenz** orientieren – sprich am besten verfügbaren Wissen – und nicht von Ideologien oder (Eigen-)Interessen geleitet sein sollte. Realpolitisch ist wissenschaftliche Evidenz allerdings lediglich ein Element unter vielen im **demokratischen Meinungsbildungsprozess** (Cairney, 2016; Giraudet et al., 2022). Wie die Integration wissenschaftlicher Evidenz in politische Entscheidungsprozesse erfolgreich bewerkstelligt werden kann, so dass diese Prozesse auch von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung nachvollzogen werden können, ist Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Diskussionen (vgl. Frinken & Landwehr, 2022). Das Ziel dieses Abschnitts besteht darin, die **Erwartungen der österreichischen Bevölkerung** hinsichtlich des **Verhältnisses von Wissenschaft und Politik** zu erfassen und damit besser zu verstehen.

4.1 BEVÖLKERUNGSERWARTUNGEN ZUM VERHÄLTNISS VON WISSENSCHAFT UND POLITIK

Abbildung 6 zeigt die Einstellungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Es wird deutlich, dass politische Entscheidungen nicht ausschließlich auf wissenschaftlichem Wissen beruhen sollen, sondern auch verschiedene Interessen berücksichtigen müssen. Etwa 59 Prozent der Befragten stimmen dieser Feststellung zu. Dabei sind jedoch **technokratische Einstellungen** in der Bevölkerung, die sich auch in internationaler Forschung widerspiegeln (Bertsou & Caramani, 2022), durchaus weit verbreitet: Etwa 42 Prozent sind der Auffassung, dass wichtige politische Entscheidungen besser von Expert:innen als von gewählten Politiker:innen getroffen werden sollten. Zudem sind etwa 39 Prozent der Ansicht, dass Demokratie nur funktionieren kann, wenn möglichst viele Expert:innen in der Regierung vertreten sind. Zumindest teilweise stimmen hier zusätzlich jeweils noch einmal rund 35 bis 36 Prozent zu. Am geringsten ist die Zustimmung für die Aussage, dass Politik nicht dem wissenschaftlichen Rat folgen muss (nur ca. 28 Prozent). Insgesamt zeigt sich somit eine hohe Zustimmung dafür, dass wissenschaftliche Expertise zumindest auch neben der

EINSTELLUNGEN ZUM VERHÄLTNISS VON WISSENSCHAFT UND POLITIK

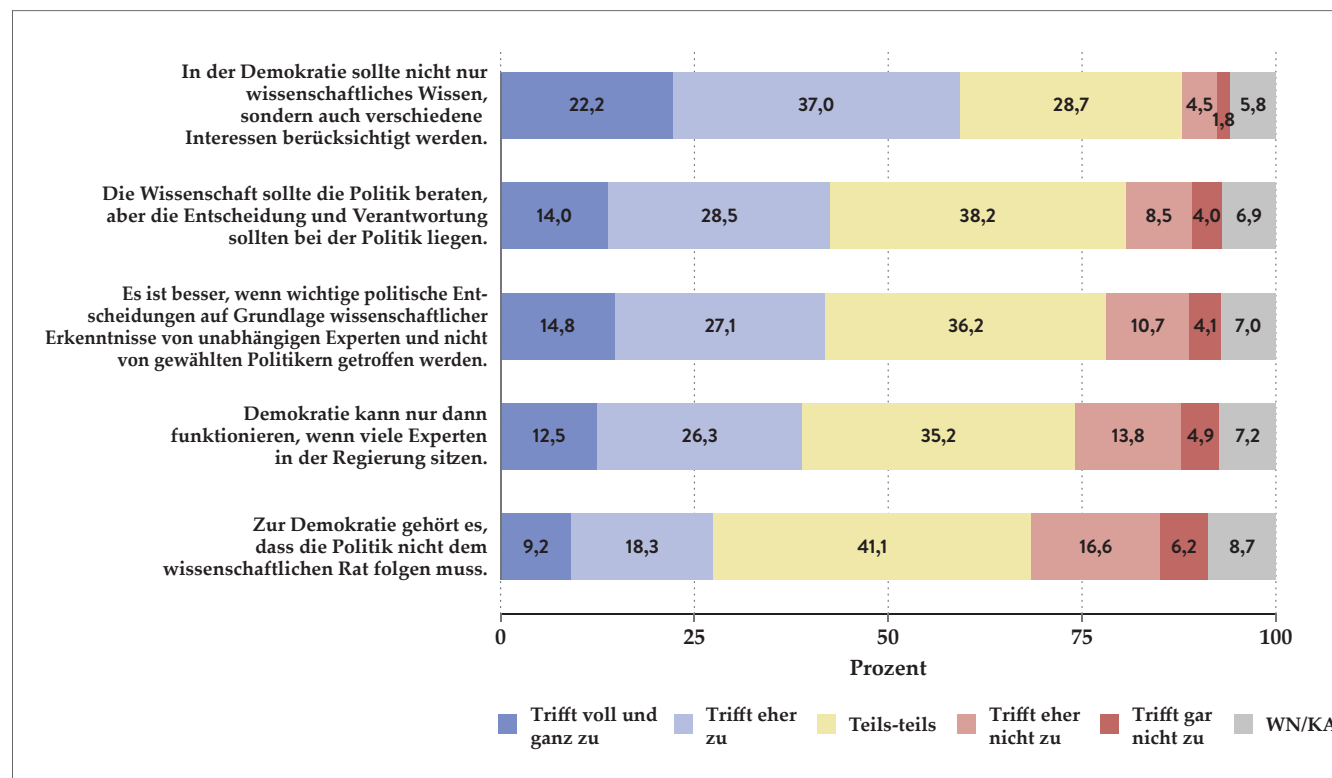
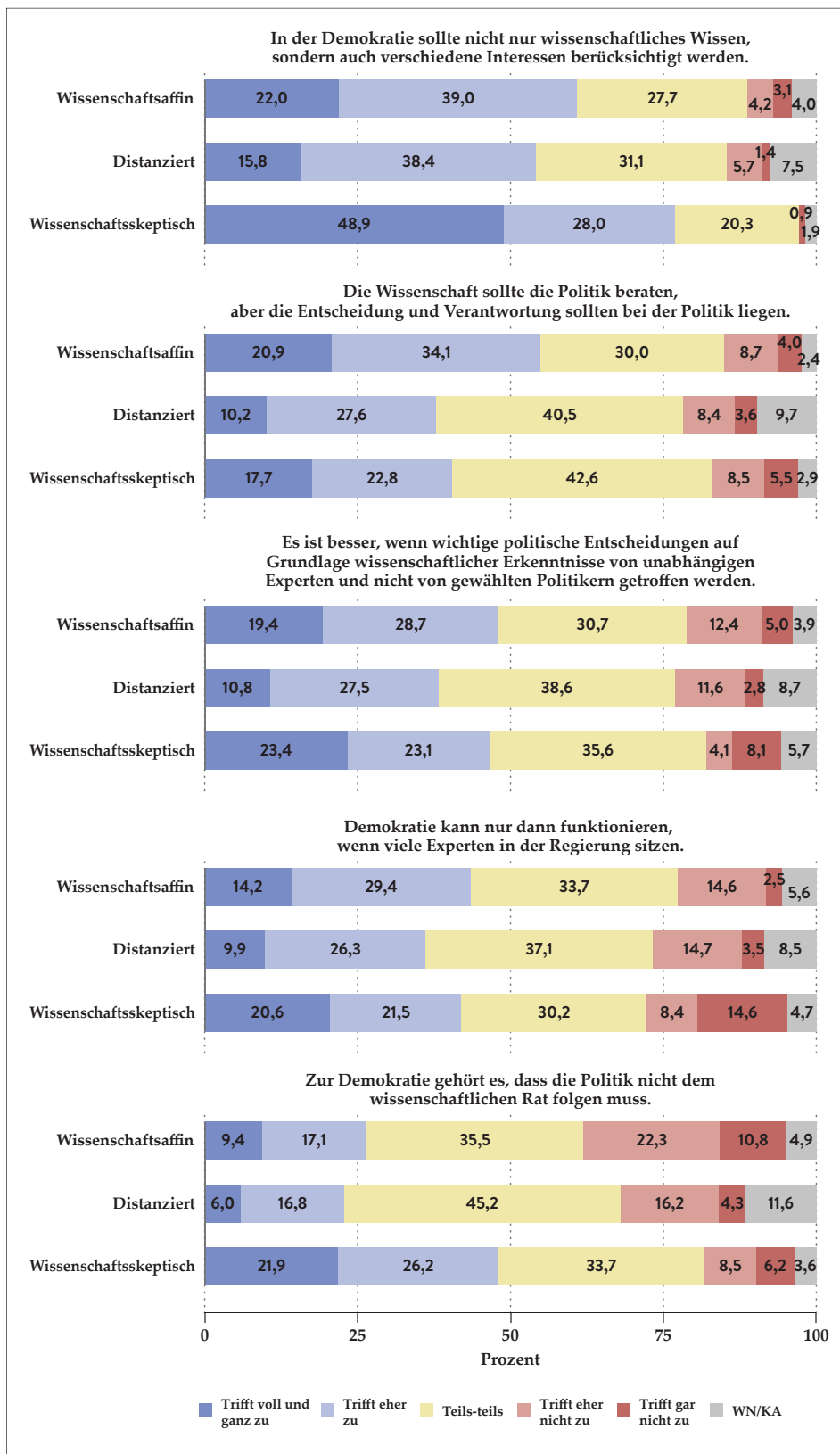


Abbildung 6: „Wie sollten in einer Demokratie politische Entscheidungen getroffen werden? Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach sehr zutrifft, eher zutrifft, teils-teils zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft.“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

EINSTELLUNGEN ZUM VERHÄLTNISS VON WISSENSCHAFT UND POLITIK NACH EINSTELLUNGSPROFIL



Interessenrepräsentation bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen ist.

Die Erwartungen hinsichtlich des angestrebten Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zeigen dabei auch nur eher leichte Unterschiede entlang der identifizierten Einstellungsprofile (siehe Abschnitt 3.4). **Wissenschaftsskeptiker:innen** betonen die Wichtigkeit der Berücksichtigung von verschiedenen Interessen und stimmen etwas häufiger zu, dass die Politik nicht zwangsläufig wissenschaftlichen Empfehlungen folgen müsse. Trotzdem weisen auch Wissenschaftsskeptiker:innen eine ähnlich hohe Zustimmung zur Technokratie auf wie die Wissenschaftsaffinen. Sie geben nur etwas seltener als Wissenschaftsaffine an, dass Expert:innen wichtige Entscheidungen treffen sollten und dass Demokratie besonders gut funktioniert, wenn viele Expert:innen Teil der Regierung sind, wobei bei letzterer Frage auch eine kleinere Subgruppe der wissenschaftsskeptischen Personen diese Idee stark ablehnt. Insgesamt zeigen aber **selbst Wissenschaftsskeptiker:innen eine grundsätzliche Offenheit gegenüber der Einbeziehung**

Abbildung 7: „Wie sollten in einer Demokratie politische Entscheidungen getroffen werden? Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach sehr zutrifft, eher zutrifft, teils-teils zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft.“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

von **Expertise** in politischen Entscheidungsprozessen. Es gibt jedoch leichte Unterschiede in den Präferenzen darüber, wie Interessen und Expertise bei politischen Entscheidungen in Einklang gebracht werden sollten und ob wissenschaftlicher Rat ignoriert werden kann, wenn er den Interessen zuwiderläuft.

4.2 RÜCKBLICK: POLITIK UND WISSENSCHAFT WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE

Im Kontext der Corona-Pandemie entfachten sich kontroverse Diskussionen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Während einige Kritiker:innen den Vorwurf einer technokratischen Übergriffigkeit der Wissenschaft erhoben, sahen andere das Problem eher darin, dass die Politik die Wissenschaft instrumentalisiert habe. Die empirischen Daten zeigen, dass zumindest **ein Teil der Befragten eine Vereinnahmung der Wissenschaft für politische Zwecke** während der Pandemie wahrgenommen hat (siehe Abbildung 8). So stimmen etwa 44 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Politik die Verantwortung für unliebsame Entscheidungen auf die Wissenschaft abwälzte. Etwa 37 Prozent meinen, dass Wissenschaft von der Politik sogar dazu genutzt wurde, um Kritiker:innen mundtot zu ma-

chen. Darüber hinaus wird von rund 38 Prozent kritisiert, dass die Regierung zu oft wissenschaftliche Ergebnisse ignoriert habe.

Für die **Rolle der Wissenschaft** in der Pandemie zeigt sich dabei ein **gemischtes Bild**. Für einige stellte die Pandemie in der Tat eine Sternstunde der Wissenschaften dar. So stimmen zum Beispiel mit rund 43 Prozent durchaus viele Befragte der Aussage zu, dass die Pandemie gezeigt hat, dass die Wissenschaft in Krisensituationen viel leisten kann. Jedoch gibt es auch Kritik an der Wissenschaft: So meinen beispielsweise rund 37 Prozent, dass sich die Wissenschaft zu wenig gegen die Vereinnahmung durch die Politik gewehrt habe; rund 30 Prozent, dass die Wissenschaft die Gesellschaft zu oft grundlos alarmiert habe. Die Gründe für Meinungsänderungen seien oft nicht verständlich geworden, meinen rund 30 Prozent, und etwa 21 Prozent stimmen der Behauptung zu, dass die Regierung zu sehr auf die Expert:innen hörte.

Die retrospektiven Sichtweisen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik während der Pandemie unterscheiden sich dabei sehr deutlich entlang der identifizierten Einstellungsprofile zur Wissenschaft (siehe Abbildung 9). Während die Wissenschaftsaffinen die Leistungen der Wissenschaft in der Pandemie würdigen, kritisieren die Wissenschaftsskepti-

WISSENSCHAFT UND POLITIK WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE

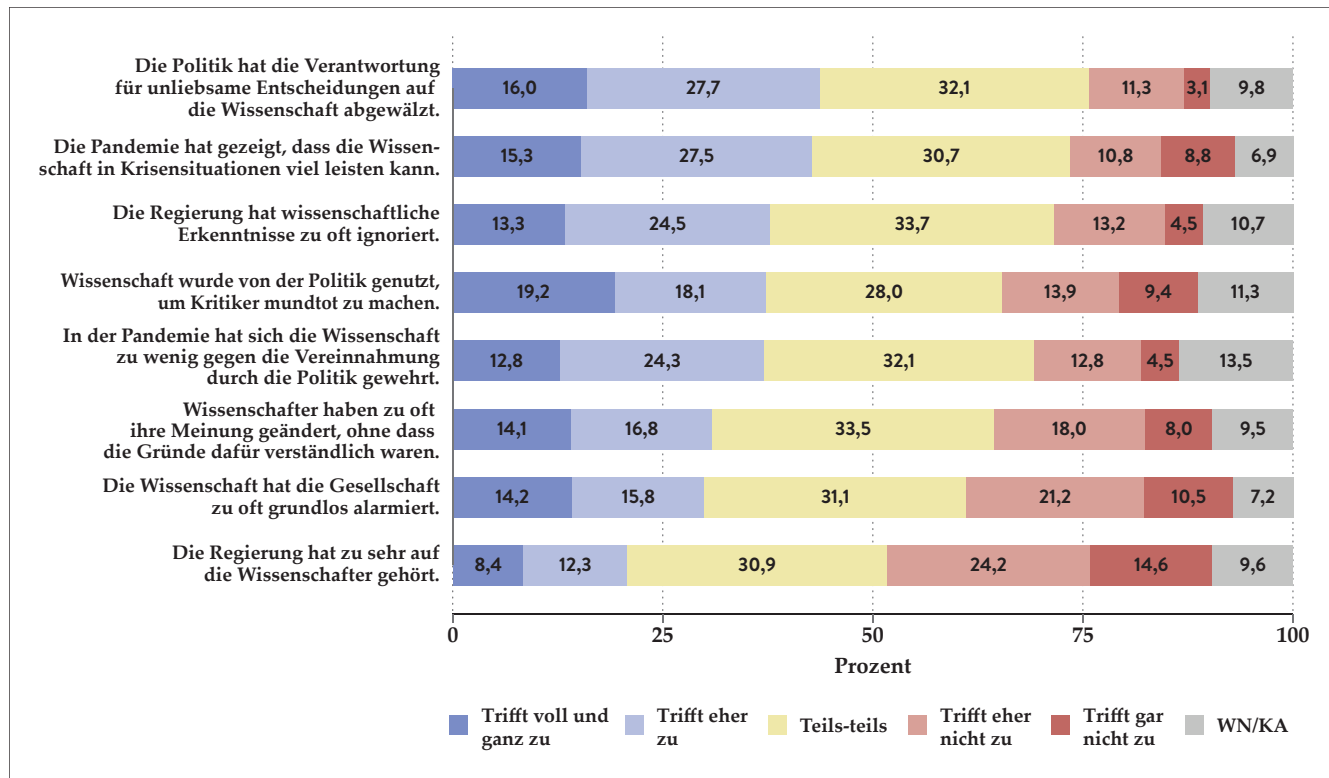
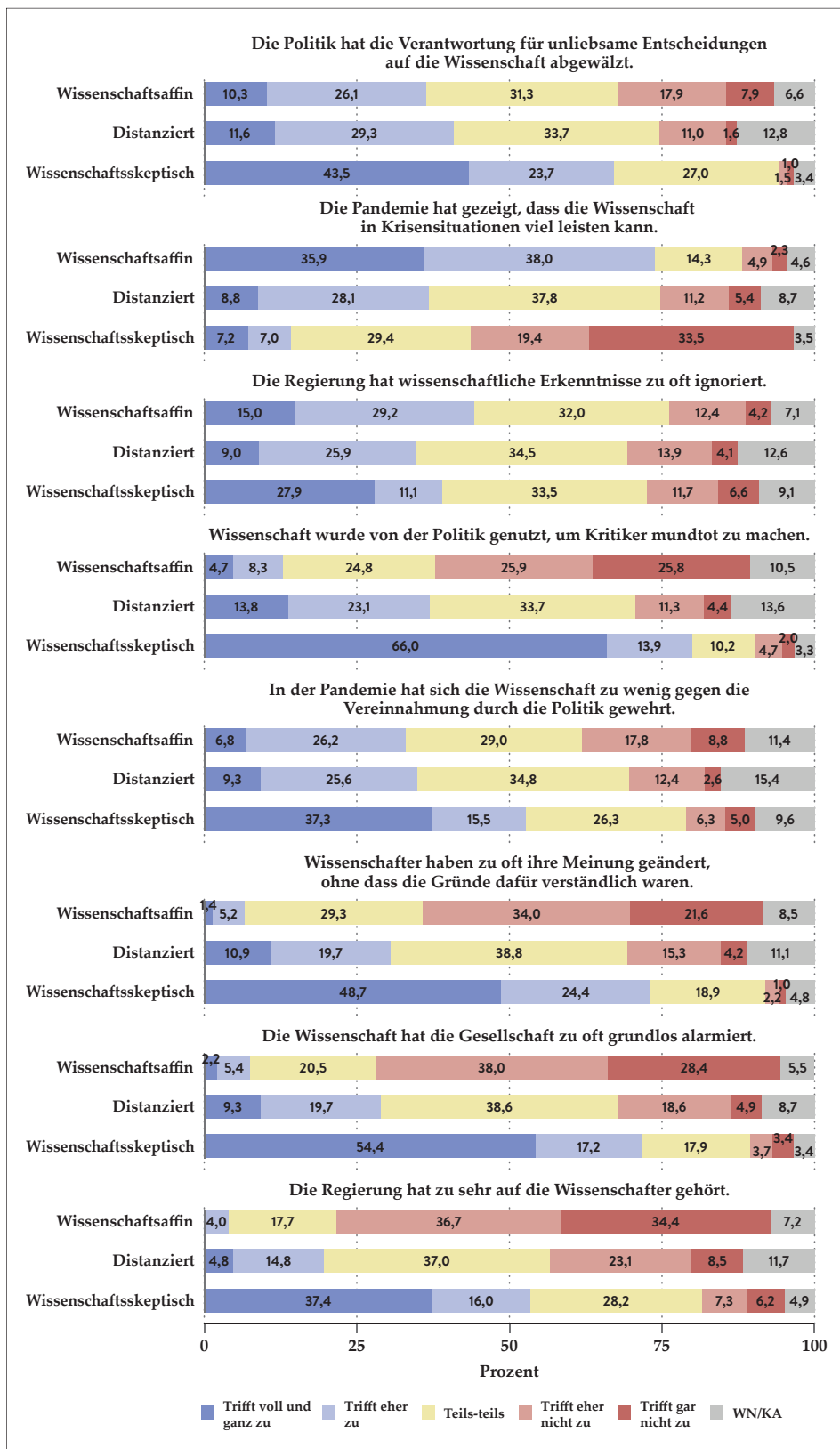


Abbildung 8: „Wenn Sie an die Coronakrise denken, inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

WISSENSCHAFT UND POLITIK WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE NACH EINSTELLUNGSPROFIL



ker:innen die Vereinnahmung und Instrumentalisierung der Wissenschaft für politische Zwecke sowie auch Aspekte der Wissenschaftskommunikation, wie das vermeintlich grundlose Alarmieren der Bevölkerung und nicht-nachvollziehbare Meinungsänderungen. Aus Sicht der Wissenschaftsskeptiker:innen habe die Politik tendenziell auch zu sehr auf die Wissenschaft gehört. Vielen dieser Kritikpunkte schließen sich aber Wissenschaftsaffine überwiegend nicht und Distanzierte allenfalls nur teilweise an.

Abbildung 9: „Wenn Sie an die Coronakrise denken, inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

4.3 AUSBLICK: POLITIK UND WISSENSCHAFT IM KONTEXT DER KLIMAKRISE

Auch in anderen Kontexten, in denen wissenschaftliche Empfehlungen und politische Entscheidungen nicht immer übereinstimmen, entfachen sich kontroverse Diskussionen über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik (siehe Abbildung 10). So teilen etwa 52 Prozent der Österreicher:innen die Auffassung, dass Wissenschaftler:innen die Öffentlichkeit alarmieren sollten, wenn politische Entscheidungsträger:innen wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren. Allerdings sollte dabei möglichst vermieden werden, Ängste zu schüren. So vertreten etwa 30 Prozent die Ansicht, dass Klimawissenschaftler:innen eine übermäßige Hysterie verbreiten. Es wird also deutlich, dass eine **aktive Beteiligung von Wissenschaftler:innen am öffentlichen Diskurs durchaus begrüßt** und sogar erwartet wird, allerdings ohne dabei übermäßig zu alarmieren.

Ein **technokratischer Politikstil** findet in Teilen der Bevölkerung Zustimmung, wobei einige auch eine kritische Haltung gegenüber einem „blinden Befolgen“ wissenschaftlicher Ratschläge einnehmen. So sind etwa 35 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Regierung einfach die Empfehlungen der Klimawissenschaft umsetzen sollte. Umgekehrt sind aber auch etwa 23 Prozent der Ansicht, dass die Klimamaßnahmen die individuelle Freiheit unnötig beschränken würden.

Im Einklang mit den vorherigen Analysen **variieren auch beim Thema Klimawandel die Einstellungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik** deutlich über die Einstellungsprofile hinweg (siehe Abbildung 11). Während die Wissenschaftsaffinen überwiegend der Ansicht sind, dass die Wissenschaftler:innen die Öffentlichkeit alarmieren sollten, sehen dies die Wissenschaftsskeptiker:innen nur teilweise so. Ihrer Wahrnehmung nach verbreiten Klimawissenschaftler:innen schon jetzt zu viel Hysterie. Und während die Wissenschaftsaffinen meinen, die Politik solle einfach die Empfehlungen der Wissenschaft umsetzen, sehen die Wissenschaftsskeptiker:innen in den Klimamaßnahmen vorwiegend eine unnötige Einschränkung individueller Freiheit. Auch die Einschätzung des wissenschaftlichen Forschungsstandes unterscheidet sich diametral zwischen den beiden polaren Gruppen: Wissenschaftsskeptiker:innen halten die wissenschaftlichen Ergebnisse zu den Ursachen des Klimawandels für uneindeutig, während die Wissenschaftsaffinen dieser Aussage ganz überwiegend widersprechen.

4.4 ZUSAMMENFASSUNG: ZUM VERHÄLTNISS VON POLITIK UND WISSENSCHAFT

Insgesamt zeigen die Befragten allgemein eine **hohe Zustimmung für die Einbeziehung von wissenschaftlicher Expertise** in den Politikprozess, und selbst Wissenschaftsskeptiker:innen sind eher technokratischen Regierungsformen

WISSENSCHAFT UND POLITIK IM KONTEXT DER KLIMAKRISE

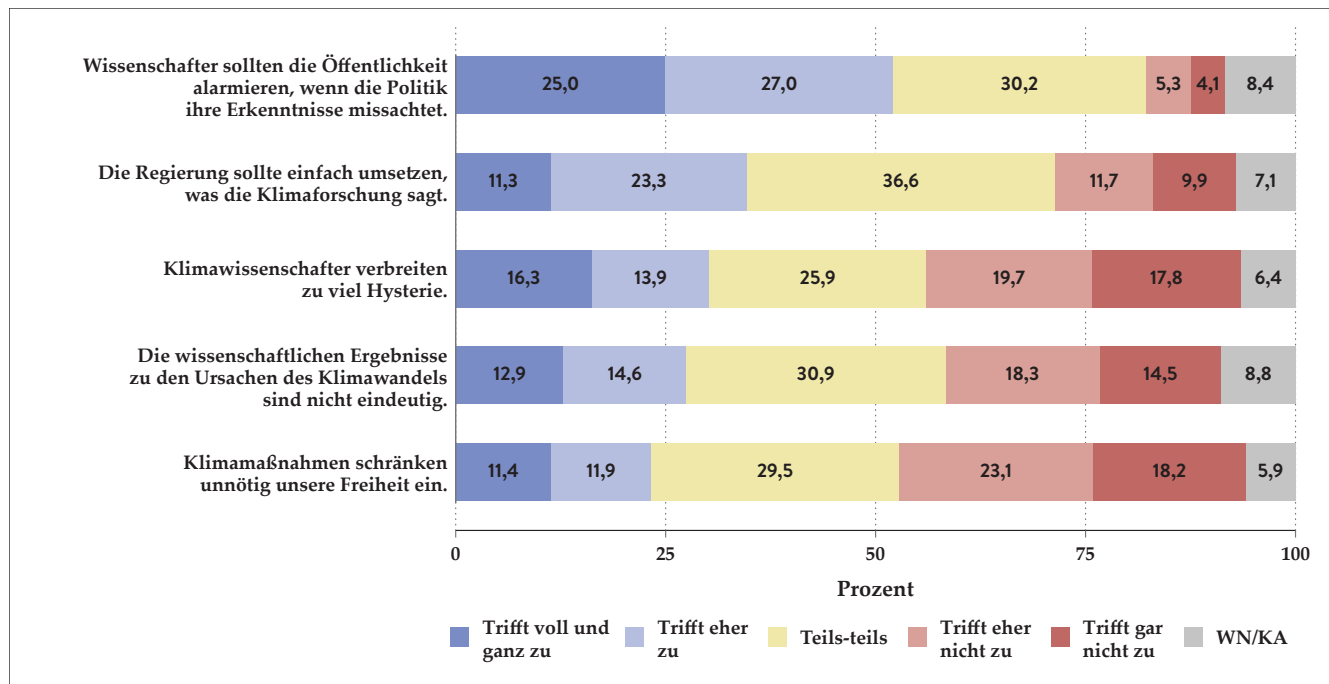
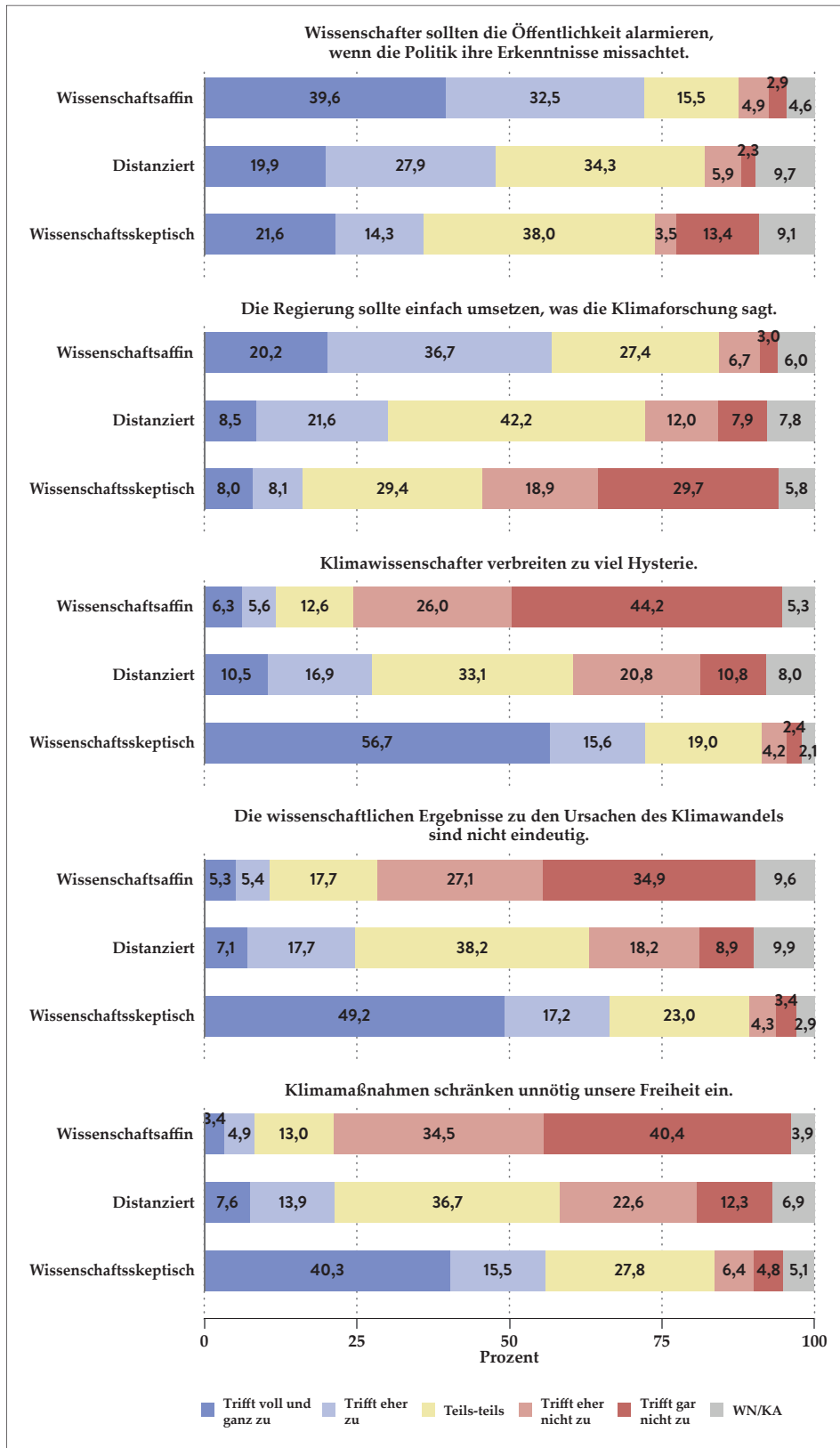


Abbildung 10: „Wenn Sie an den Klimawandel denken, inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

WISSENSCHAFT UND POLITIK IM KONTEXT DES KLIMAWANDELS NACH EINSTELLUNGSPROFIL



gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt. Jedoch **divergieren die Meinungen** stärker im Kontext von polarisierten Themen wie der **Corona-Pandemie** und der **Klimakrise**. Politik und Wissenschaft werden sich daher im Kontext der Klimakrise einer ganz ähnlichen Problematik gegenüber sehen, wie es bereits in der Corona-Krise zu beobachten war. Die Herausforderung für Wissenschaftskommunikation und wissenschaftliche Politikberatung wird insbesondere darin bestehen, einen Kommunikationsstil zu entwickeln, der es ermöglicht, den Stand der Wissenschaft zu kommunizieren und sachlich zu warnen, ohne dabei in alarmistische Darstellungen abzurutschen. Gleichzeitig steht die Politik vor der Herausforderung, eine **ausgewogene Balance** zwischen der Verfolgung von **Gemeinwohlzielen**, wie dem **Klimaschutz**, und dem **Schutz individueller Freiheiten** zu finden. Dabei wird es auch entscheidend sein, etwaige **Priorisierungen** transparent und nachvollziehbar zu **kommunizieren**, um möglicherweise auftretender **Reaktanz** in der Bevölkerung **vorzubeugen** (siehe auch Frinken & Landwehr, 2022).

Abbildung 11: „Wenn Sie an den Klimawandel denken, inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

5. HINTERGRÜNDE DER WISSENSCHAFTSSKEPSIS: EINE BETRACHTUNG KOGNITIVER UND AFFEKTIVER FAKTOREN

Einige Hintergründe der Wissenschaftsskepsis wurden bereits ermittelt (vgl. Starkbaum et al., 2023). Bereits bekannt ist, dass insbesondere eine geringe wissenschaftliche Grundkompetenz (Scientific Literacy) sowie politische Ideologien, populistische Einstellungen und spirituelle Überzeugungen mit einem hohen Maß an Wissenschaftsskepsis einhergehen (vgl. Eberl et al., 2021; Amlinger & Nachtwey, 2022; Zarzezna et al., 2023). In diesem Abschnitt wollen wir zeigen, wie solche kognitiven und affektiven Faktoren mit den in dieser Studie identifizierten Einstellungsprofilen zur Wissenschaft zusammenhängen (siehe Abschnitt 3.4). Dabei überprüfen wir anhand der vorliegenden neuen Daten einerseits bereits bekannte Zusammenhänge, erweitern aber den Wissensstand auch durch spezifische thematische Vertiefungen und verbesserte Messinstrumente. Insbesondere werden wir die Aspekte eines **libertären Freiheitsverständnisses** und von **spirituellen Grundüberzeugungen** zum Verhältnis von Mensch und Natur näher beleuchten.

5.1 DIE RELEVANZ VON SCIENTIFIC LITERACY FÜR DIE WISSENSCHAFTSSKEPSIS

Ein **fundiertes wissenschaftliches Wissen** ist unerlässlich, um die Diagnose komplexer gesellschaftlicher Probleme zu stellen und effektive Lösungsansätze zu entwickeln. Das **Fehlen von Kenntnissen über wissenschaftliche Praxis** wird hingegen als einer der Hauptgründe für Wissenschaftsskepsis in der Bevölkerung betrachtet (Rutjens et al., 2022). Üblicherweise wird in Umfragen das wissenschaftliche Verständnis der Bevölkerung durch ein Wissensquiz erfasst, das sowohl Fragen zu Faktenwissen als auch zu Grundprinzipien des wissenschaftlichen Forschungsprozesses enthält (Miller, 1998). Wir haben dabei die oft genutzten Aussagen zum naturwissenschaftlichen Faktenwissen um historisch-politisches Faktenwissen sowie zusätzliche Items zum Prozesswissen ergänzt. Abbildung 12 zeigt die Ergebnisse der Wissensfragen, wobei die ersten fünf Aussagen korrekt sind und die letzten fünf falsch sind.

Bei den korrekten Aussagen zeigte sich das **höchste Wissen** hinsichtlich der **tektonischen Bewegungen der Kontinente**. Etwa 71 Prozent der Befragten bestätigten korrekter-

WISSENSFRAGEN

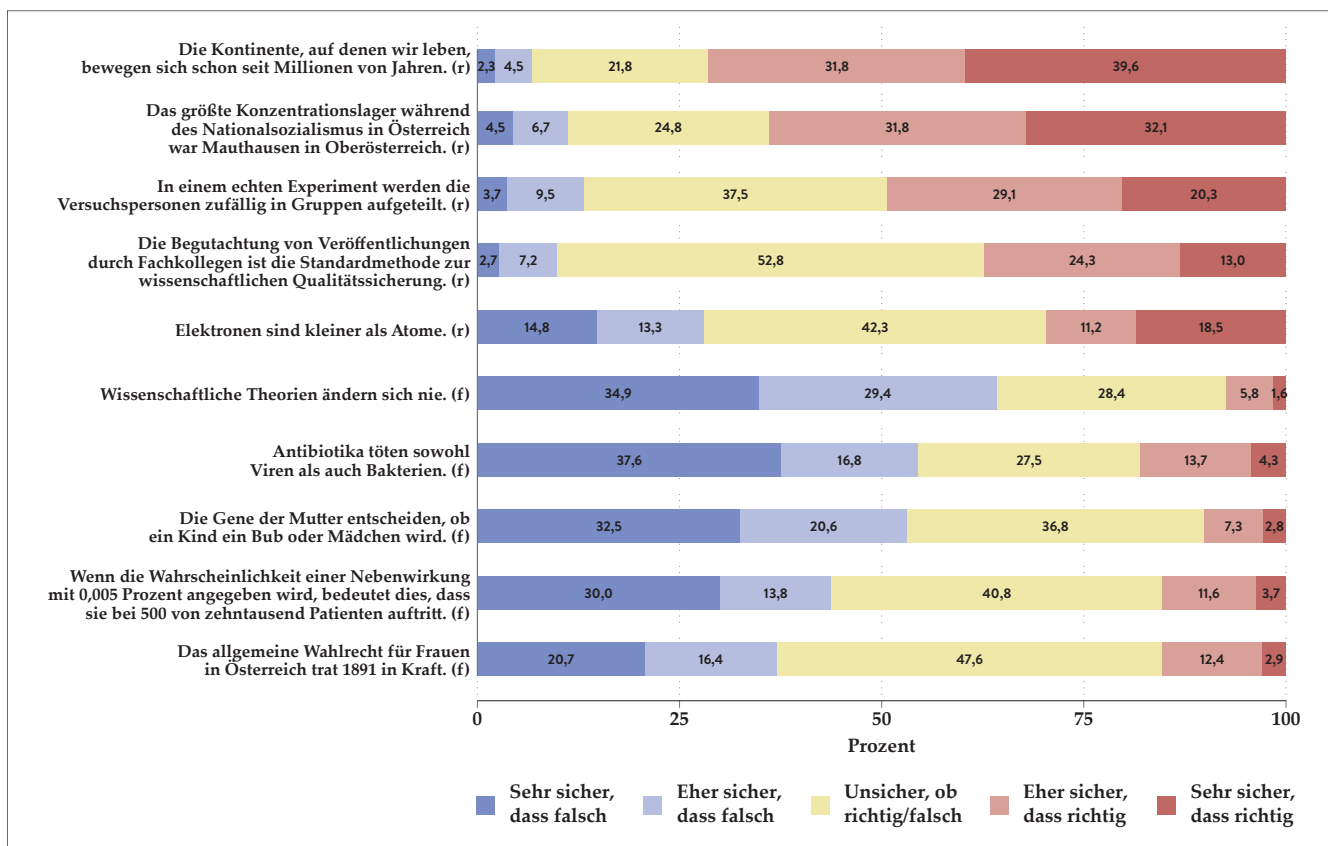


Abbildung 12: „Inwieweit halten Sie die folgenden Aussagen für richtig oder falsch?“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

ANZAHL KORREKTER, INKORREKTER UND WEISS-NICHT-ANTWORTEN AUF DIE WISSENSFRAGEN

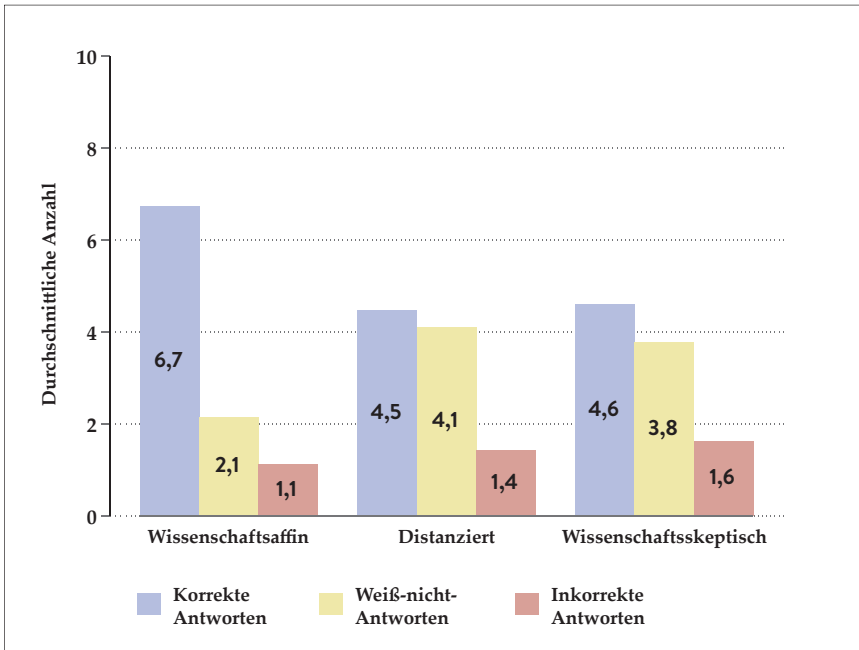


Abbildung 13: Maximal konnten zehn Fragen richtig oder falsch beantwortet werden (siehe Abbildung 12). Als korrekt wurde eine Antwort gezählt, wenn eine richtige Aussage eher oder sehr sicher für richtig gehalten wurde bzw. wenn eine falsche Aussage eher oder sehr sicher für falsch gehalten wurde. Für weitere Details siehe Anhang, Kapitel V. (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

POPULISTISCHE EINSTELLUNGEN

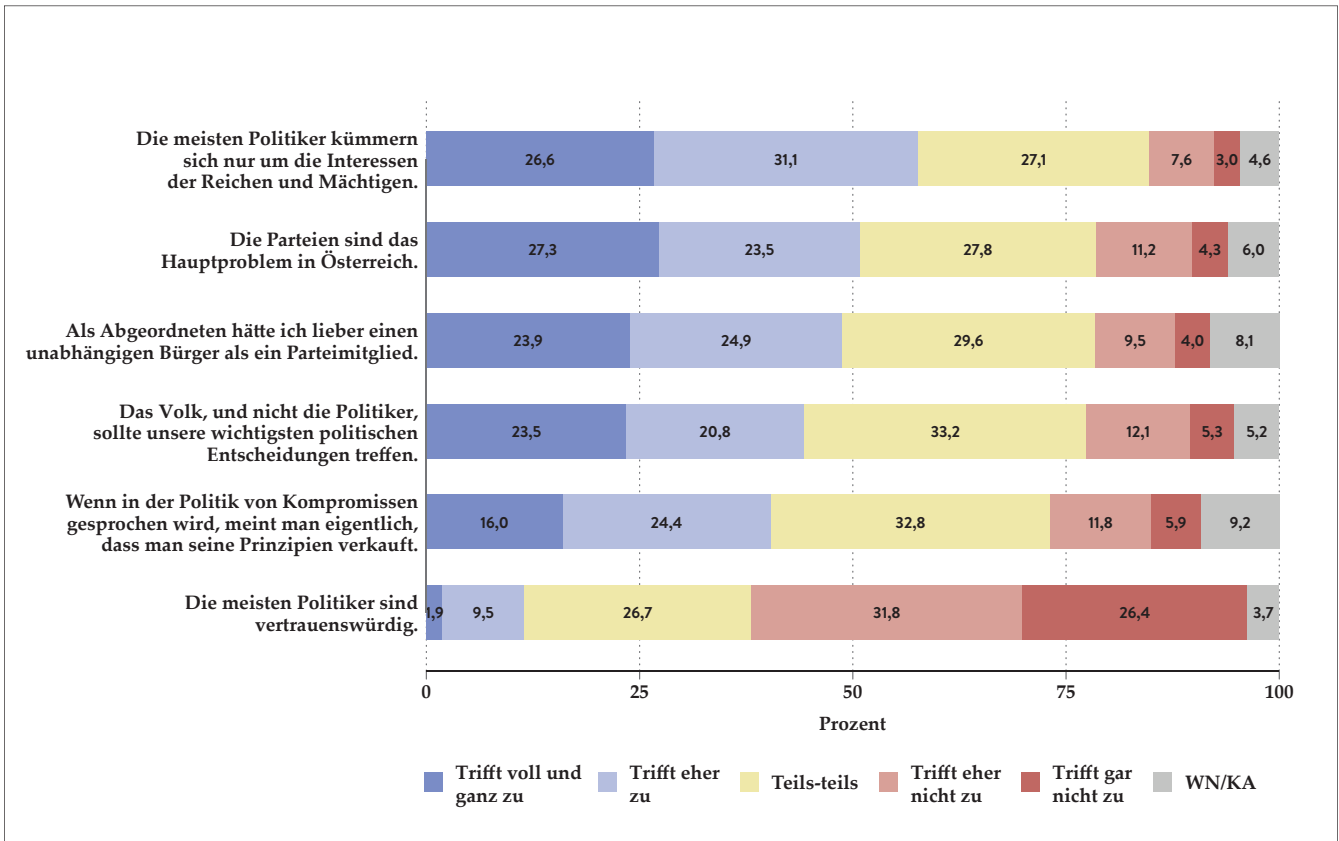


Abbildung 14: „Bitte geben Sie an, ob die jeweilige Aussage Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, teils-teils zutrifft, eher nicht zutrifft oder gar nicht zutrifft.“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

weise die Aussage, dass sich die Kontinente, auf denen wir leben, bereits seit Millionen Jahren bewegen. Etwa 22 Prozent hatten keine klare Meinung dazu, und etwa 7 Prozent fällten fälschlicherweise das Urteil, dass die Aussage falsch sei. Das **geringste Wissen** zeigte sich hingegen beim **Größenvergleich von Elektronen und Atomen**. Lediglich etwa 30 Prozent erkannten diese Aussage als zutreffend, während rund 28 Prozent sie irrtümlicherweise als falsch bewerteten. Der Rest war unsicher, ob die Aussage richtig oder falsch ist.

Bei den inkorrekten Aussagen zeigte sich, dass mit rund 64 Prozent viele Befragte in der Lage waren, die unzutreffende Behauptung, dass sich wissenschaftliche Theorien niemals ändern würden, als falsch zu identifizieren. Nur etwa 7 Prozent der Befragten erlagen hier einem Irrtum; allerdings waren sich auch rund 28 Prozent unsicher. Vergleichsweise viele konnten zudem die falsche Aussage, dass Antibiotika auch Viren abtöten können würden, als unzutreffend identifizieren. Jedoch glaubten immerhin 18 Prozent der Befragten, die Aussage sei richtig; weitere 28 Prozent waren sich unsicher. Besonders unsicher waren sich viele Befragte hinsichtlich der Aussage zum Frauenwahlrecht. Nur rund 37 Prozent erkannten die Falschaussage als solche, während sich rund 48 Prozent unsicher waren und etwa 15 Prozent fälschlicherweise die Aussage, das Frauenwahlrecht sei bereits im 19. Jahrhundert in Kraft getreten, für richtig hielten.

Heruntergebrochen für die drei Einstellungsprofile zeigt sich, dass die **Wissenschaftsaffinen** die **höchste Anzahl an korrekten Antworten** gaben. Von den zehn Wissensfragen

beantworteten sie im Durchschnitt 6,7 der Fragen korrekt. Im Gegensatz dazu beantworteten distanzierte sowie wissenschaftsskeptische Personen nur 4,5 bzw. 4,6 Fragen korrekt. Stattdessen gaben sie mehr Weiß-nicht- und inkorrekte Antworten. Die Wissenschaftsskeptiker:innen gaben dabei etwas häufiger inkorrekte Antworten (1,6) als die Distanzierten (1,4), während distanzierte Personen im Vergleich etwas stärker zum Weiß-nicht (4,1 vs. 3,8) tendierten.

5.2 POPULISTISCHE EINSTELLUNGEN: WISSENSCHAFTSSKEPSIS ALS AUSDRUCK GENERELLER SKEPSIS GEGENÜBER DER INSTITUTIONENPOLITIK

Trotz der grundsätzlich weiterhin hohen Befürwortung der Demokratie als Regierungsform sind populistische Einstellungen in Österreich sowie auch in vielen anderen westlichen Ländern (Akkerman et al., 2014) inzwischen durchaus weit verbreitet. Die **Mehrheit der Befragten** ist der Überzeugung, dass sich die meisten Politiker:innen hauptsächlich um die **Interessen der Reichen und Mächtigen** kümmern (Abbildung 14). Knapp über 50 Prozent identifizieren **Parteien als das vorherrschende Problem** in Österreich. Etwa 49 Prozent bevorzugen eine:n unabhängige:n Bürger:in als Abgeordnete:n gegenüber einem Parteimitglied. Circa 44 Prozent sind der Ansicht, dass die wichtigsten politischen Entscheidungen **besser vom Volk** als von Politiker:innen getroffen werden sollten. Etwa 40 Prozent betrachten politische Kompromisse als einen Verkauf der eigenen Prinzipien. Lediglich etwa 11 Prozent halten die meisten Politiker:innen für vertrauenswürdig.

Doch inwiefern hängen populistische Einstellungen auch mit Wissenschaftsskepsis zusammen? Um das zu veranschaulichen, haben wir aus den einzelnen Aussagen einen **Populismus-Index** gebildet. Ein Indexwert von 1 spiegelt folglich ein maximal populistisches Einstellungsmuster wider, während ein Wert von 0 minimalen Populismus anzeigt. Abbildung 15 verdeutlicht, dass **populistische Einstellungen bei wissenschaftsaffinen Personen am geringsten ausgeprägt** sind, während Distanzierte und die Wissenschaftsskeptiker:innen erhöhte Werte aufweisen.

POPULISTISCHE EINSTELLUNGEN (INDEX) NACH EINSTELLUNGSPROFIL

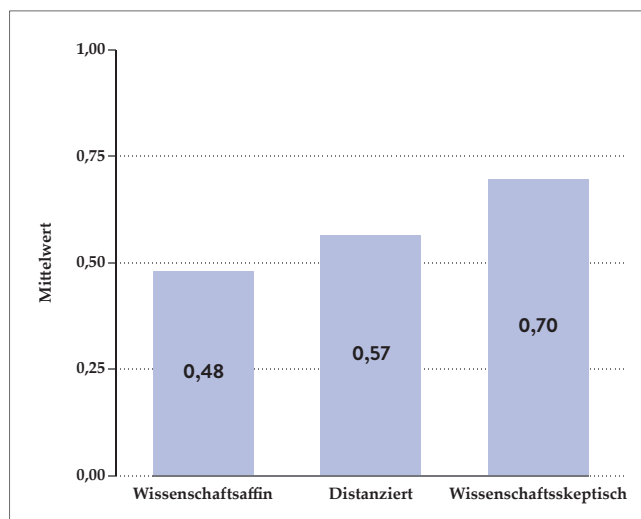


Abbildung 15: Additiver Index basierend auf den Items in Abbildung 14. Der Wert 0 bedeutet die maximale Ablehnung von populistischen Aussagen, während der Wert 1 die maximale Zustimmung bedeutet. Für weitere Details siehe Anhang, Kapitel V. (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

5.3 LIBERTÄRES FREIHEITSVERSTÄNDNIS: GEGEN JEDE STAATLICHE EINSCHRÄNKUNG INDIVIDUELLER FREIHEIT

Die **Querdenker-Bewegung**, die sich während der Corona-Pandemie formierte und Widerstand gegen pandemische Eindämmungsmaßnahmen artikuliert, wird von Frei und Nachtwey (2022) als eine Gruppe beschrieben, die von einem **radikal-libertären Freiheitsverständnis** geprägt ist. In diesem Verständnis haben Individualität, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung eine herausragende Bedeutung. Unsere Befragung zeigt, dass ein solches libertäres Freiheitsverständnis

LIBERTÄRES FREIHEITSVERSTÄNDNIS

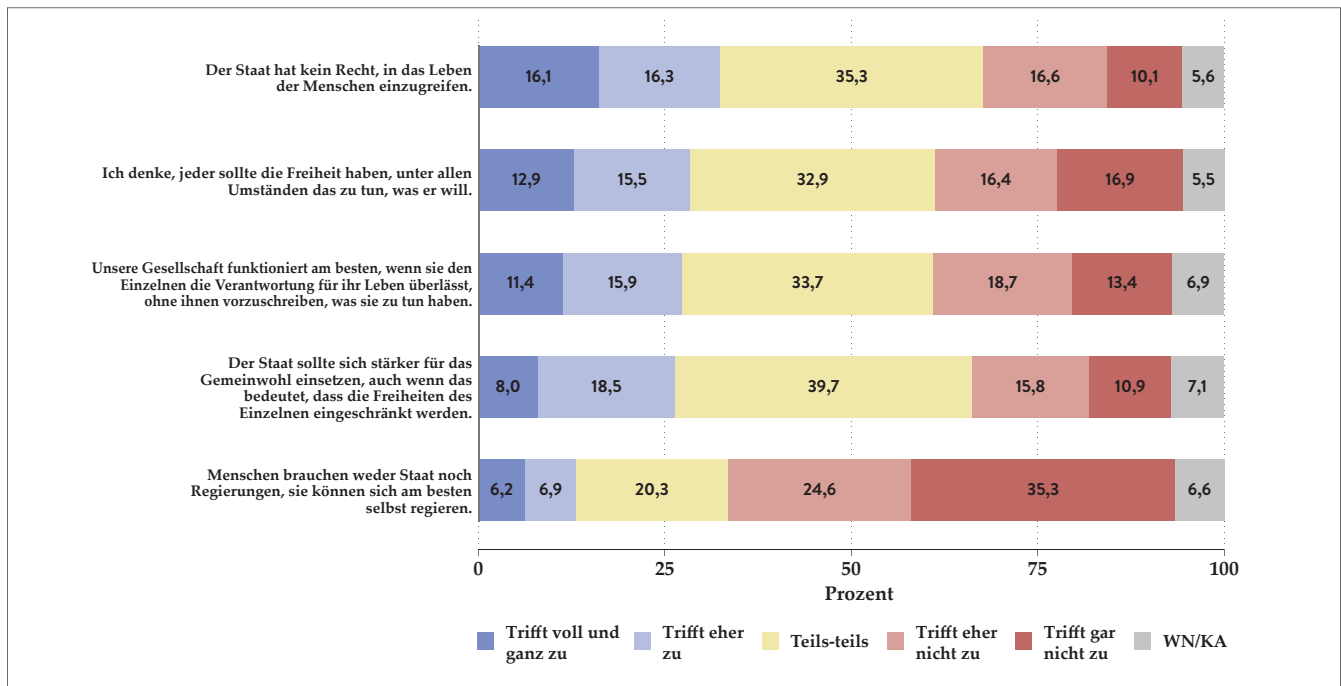


Abbildung 16: „Inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

nis in Österreich durchaus weit verbreitet ist. Zum Beispiel stimmen rund 32 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass der Staat kein Recht habe, in das Leben der Menschen einzugreifen (Abbildung 16). Etwa 28 Prozent sind der Meinung, dass jeder unter allen Umständen die Freiheit haben sollte, das zu tun, was er will, und ähnlich viele sind der Ansicht, dass die Gesellschaft am besten funktioniert, wenn man auf Eigenverantwortung setzt. Allerdings sind die Einstellungen zu diesen Aussagen durchaus ambivalent, und es gibt auch viele Teils-teils-Aussagen sowie Gegenstimmen. Einige Befragte sind beispielsweise der Meinung, dass sich der Staat stärker für das Gemeinwohl einsetzen sollte, selbst wenn dies mit Einschränkungen der individuellen Freiheiten einhergeht. Darüber hinaus findet die Aussage zur kollektiven Selbstbestimmung, dass sich Menschen am besten ohne Staat und Regierung selbst regieren können, wenig Zustimmung. Insgesamt steht somit die „Freiheit vom Staat“ im Vordergrund und nicht der Wunsch nach politischer Teilhabe.

Um den Zusammenhang zwischen libertären Einstellungen und Wissenschaftsskepsis zu messen, haben wir abermals einen Index gebildet, der wie zuvor einen Wertebereich von 0 bis 1 hat. Ein hoher Indexwert drückt ein stärkeres libertäres Freiheitsverständnis aus. Bei wissenschaftsaffinen Personen ist ein libertäres Freiheitsverständnis eher selten, während es bei Wissenschaftsskeptiker:innen deutlich ausgeprägt ist (Abbildung 17). Die Distanzierten liegen dazwischen und weisen eher durchschnittliche Werte auf.

LIBERTÄRES FREIHEITSVERSTÄNDNIS (INDEX) NACH EINSTELLUNGSPROFIL

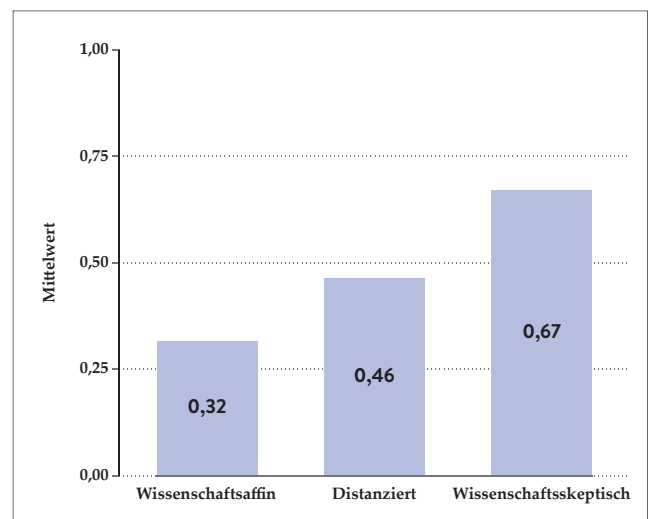


Abbildung 17: Additiver Index basierend auf den Items in Abbildung 16. Der Wert 0 bedeutet die maximale Ablehnung von libertären Aussagen, während der Wert 1 die maximale Zustimmung bedeutet. Für weitere Details siehe Anhang, Kapitel V. (Daten: ACPP 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

ANTHROPOSOPHISCH-SPIRITUELLE ÜBERZEUGUNGEN

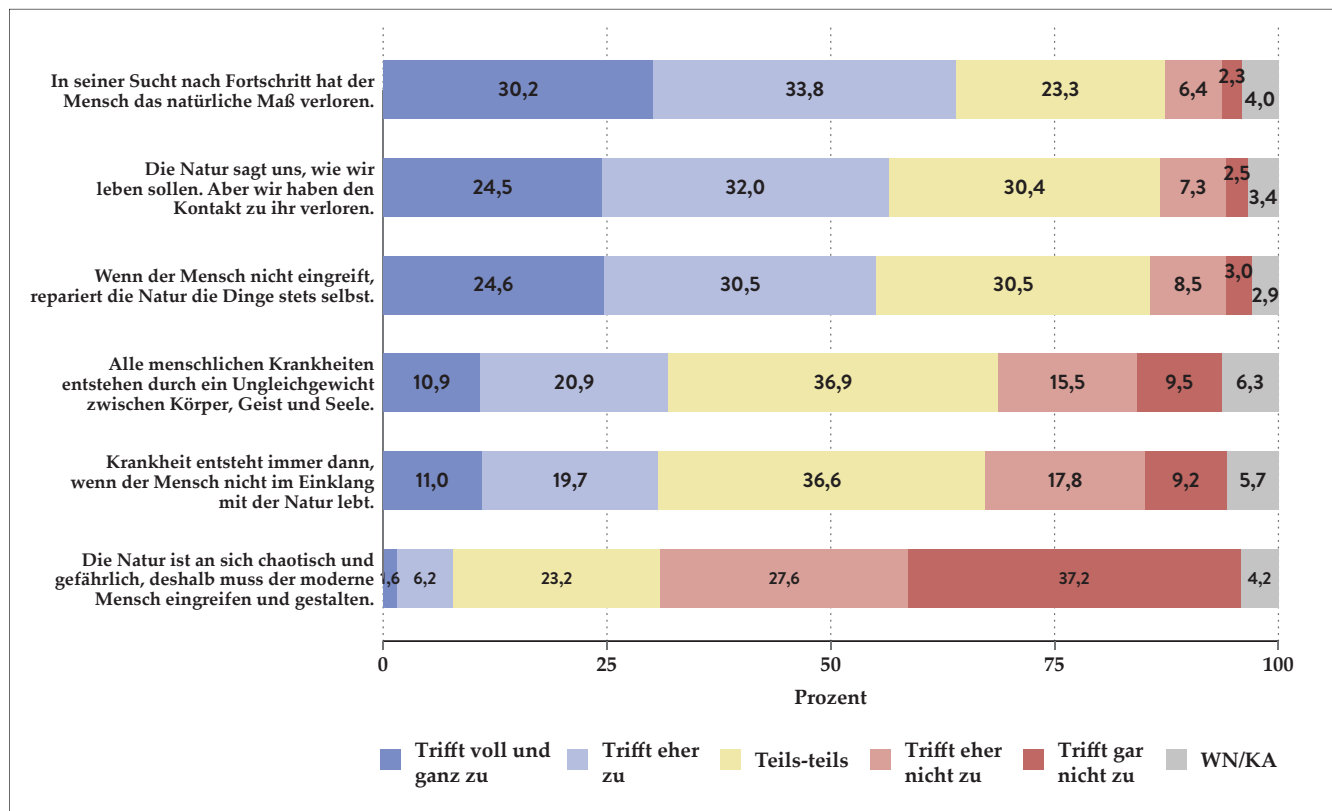


Abbildung 18: „Inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

5.4 ANTHROPOSOPHISCH-SPIRITUELLE ÜBERZEUGUNGEN: DER GLAUBE AN DIE NATUR ALS MORALISCHE INSTANZ

Im DACH-Raum dokumentieren sich die Fernwirkungen der Romantik im partei- und milieuübergreifend **hohen Stellenwert eines Naturglaubens**, der sich in fundamentaler Technikkritik (Stichwort: Gentechnik), Impfskepsis und dem Bekenntnis zur Homöopathie manifestiert (Frei & Nachtwey, 2021; Amlinger & Nachtwey, 2022; Lamberty & Nocun, 2022). Der Glaube an die **positive Kraft der Natur** und die Kritik am menschlichen Fortschritt sind auch in Österreich sehr verbreitet. So stimmen beispielsweise rund 64 Prozent der Befragten (Abbildung 18) zu, dass der Mensch in seiner Sucht nach Fortschritt **das natürliche Maß verloren** habe. Ebenfalls eine Mehrheit der Befragten stimmt den Aussagen zu, dass der Mensch den Kontakt zur Natur verloren habe und dass die Natur von selbst die Dinge repariere, wenn der Mensch nicht eingreift. Etwas geringer ist die Zustimmung, wenn diese allgemeinen Überzeugungen auf den Bereich der Gesundheit angewendet werden. Dennoch stimmen rund 32 Prozent der Aussage zu, dass alle menschlichen Krankheiten durch ein Ungleichgewicht von Körper, Geist und Seele entstehen. 31 Prozent meinen, dass **Krank-**

ANTHROPOSOPHISCH-SPIRITUELLE ÜBERZEUGUNGEN (INDEX) NACH EINSTELLUNGSPROFIL

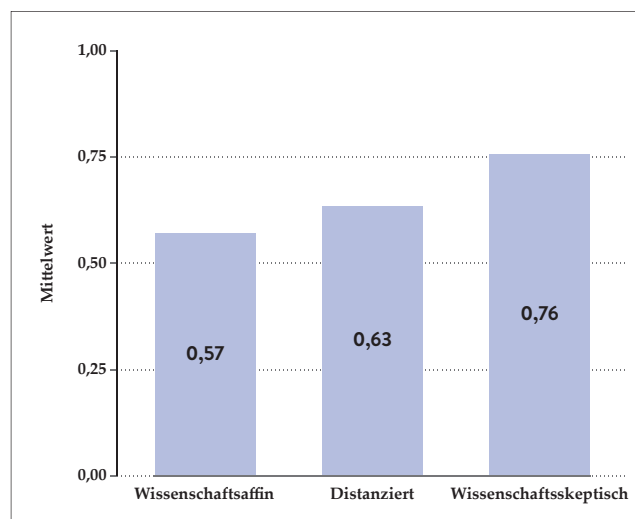


Abbildung 19: Additiver Index basierend auf den Items in Abbildung 16. Der Wert 0 bedeutet die maximale Ablehnung von anthroposophisch-spirituellen Aussagen, während der Wert 1 die maximale Zustimmung bedeutet. Für weitere Details siehe Anhang, Kapitel V. (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

heiten immer dann entstehen, wenn der Mensch **nicht im Einklang mit der Natur** lebt. Die geringste Zustimmung erhält das Item mit umgekehrter Polung in dieser Batterie: Nur rund 8 Prozent halten die Natur an sich für chaotisch und gefährlich, so dass der moderne Mensch eingreifen und gestalten muss.

Ähnlich wie zuvor haben wir basierend auf den oben genannten Aussagen auch einen additiven **Index** erstellt, der einen Wertebereich von 0 bis 1 umfasst. Dabei stehen hohe Indexwerte für eine starke Zustimmung zu den Aussagen bezüglich der Kraft der Natur und der Ganzheitlichkeit. Abbildung 19 verdeutlicht, dass **wissenschaftsskeptische Personen** im Vergleich zu Distanzierten und besonders zu den Wissenschaftsaffinen **ausgeprägte anthroposophisch-spirituelle Überzeugungen** aufweisen. Obwohl auch in diesen Gruppen entsprechende Auffassungen teilweise vorhanden sind, treten sie weniger deutlich hervor.

5.5 ZUSAMMENFASSUNG: ZU DEN HINTERGRÜNDE DER WISSENSCHAFTSSKEPSIS

Die Ergebnisse unserer Analysen zu den Ursachen von Wissenschaftsskepsis in Österreich unterstreichen einen **klaren Zusammenhang** zwischen der **wissenschaftlichen Bildung** und den **Einstellungen zur Wissenschaft**. Personen mit einer ausgeprägten Affinität zur Wissenschaft zeichnen sich durch ein tiefes Verständnis aus, während Distanzierte und Wissenschaftsskeptiker:innen tendenziell über geringere Kenntnisse verfügen, wobei sich diese Gruppen nur minimal unterscheiden. Der eindeutige Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und **Wissenschaftsskepsis** lässt außerdem darauf schließen, dass Letztere oft **Ausdruck eines umfassenderen Weltbildes** ist, das nicht nur der Wissenschaft, sondern auch den vermittelnden Institutionen der Demokratie und letztlich dem gesamten politischen System misstraut (vgl. Bognner, 2023). Unsere Ergebnisse quantifizieren und bestätigen zudem qualitative Befunde, die ein häufig anzutreffendes libertäres Freiheitsdenken und spirituelle Überzeugungen als Hintergrund für die Teilnahme an wissenschaftsfeindlichen Protesten vermuten (Frei & Nachtwey, 2022).

MASSNAHMEN ZUR WISSENSCHAFTSVERMITTLUNG

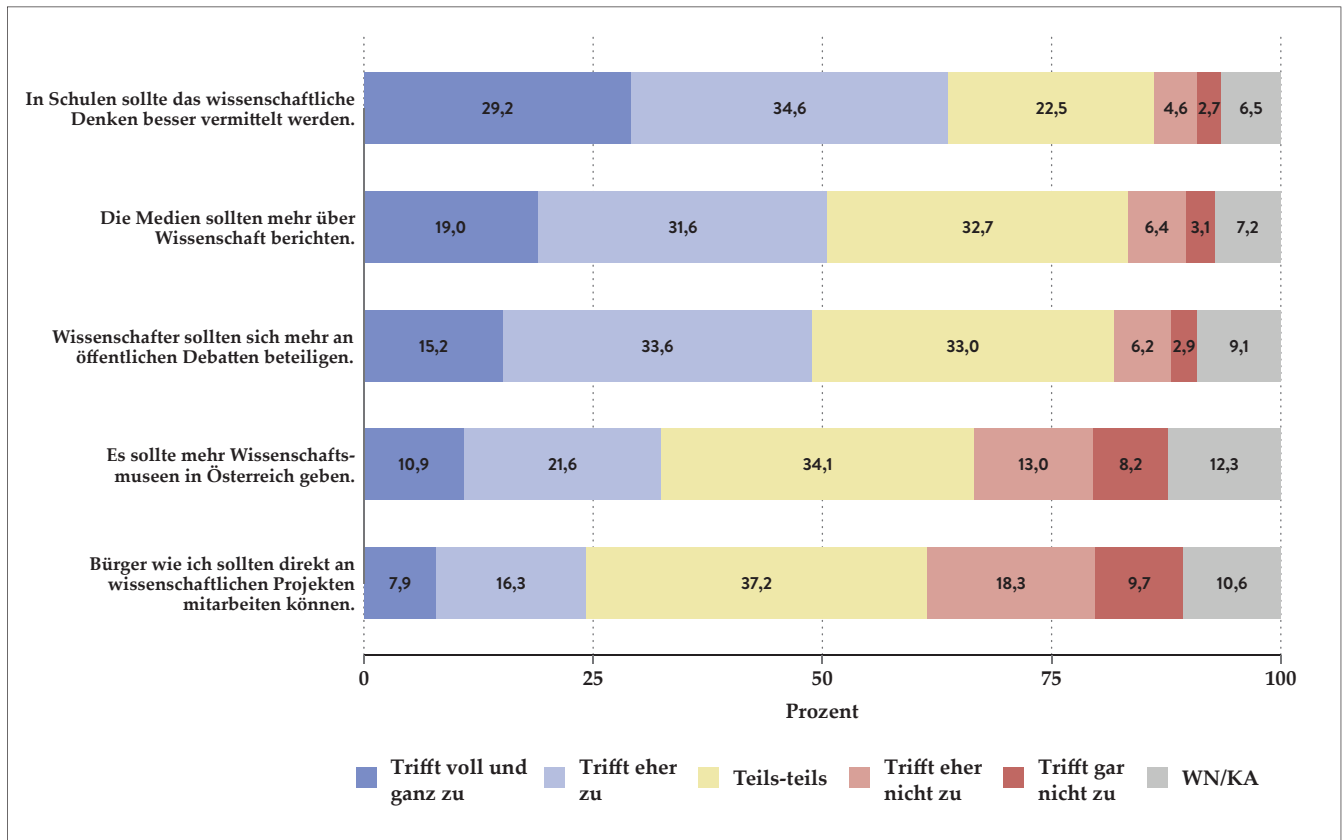


Abbildung 20: „Hier sehen Sie einige Ideen, wie Wissenschaft und Forschung zugänglicher gemacht werden könnten. Inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

**MASSNAHMEN ZUR WISSENSCHAFTSVERMITTLUNG
NACH EINSTELLUNGSPROFIL**

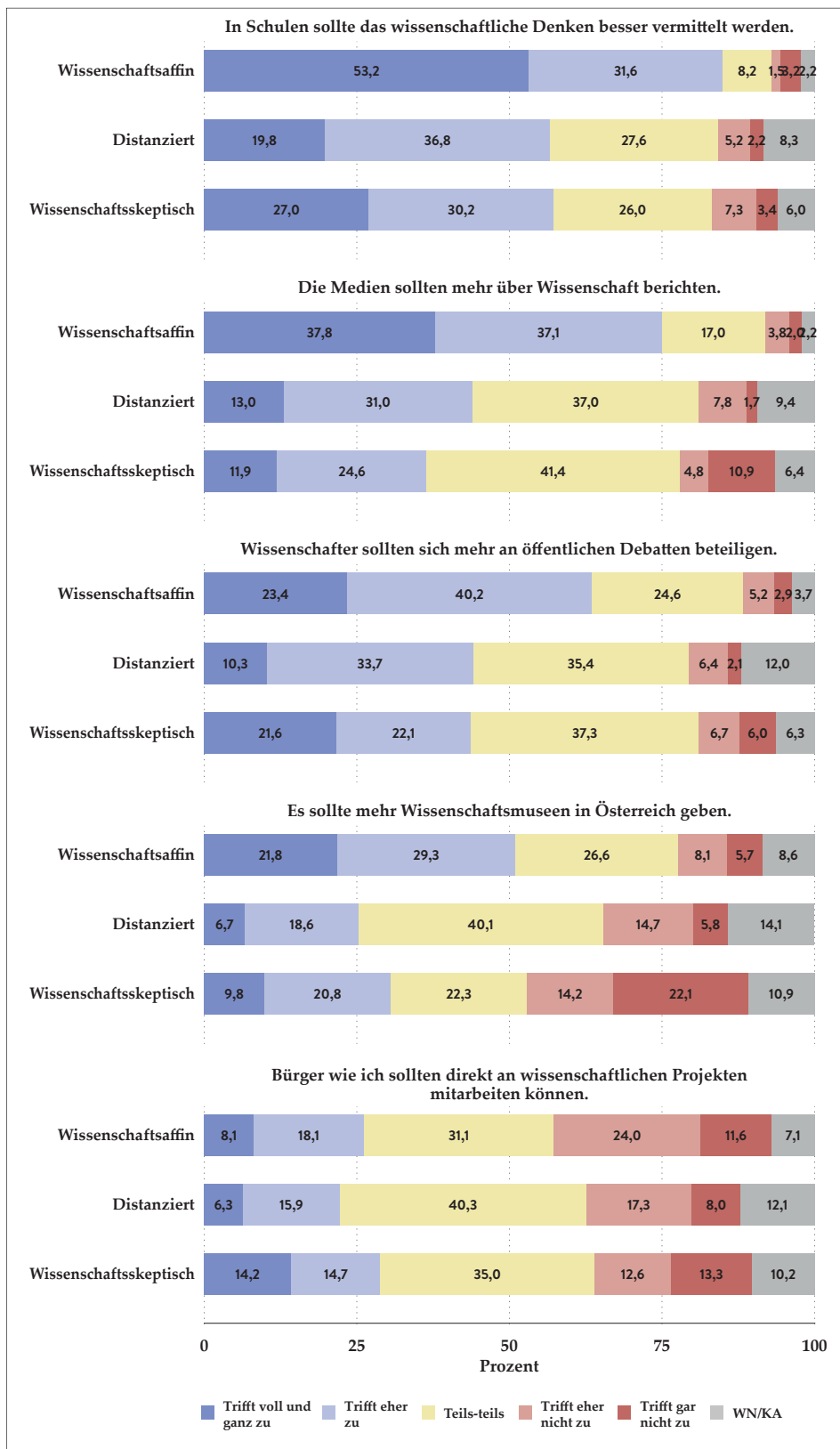


Abbildung 21: „Hier sehen Sie einige Ideen, wie Wissenschaft und Forschung zugänglicher gemacht werden könnten. Inwiefern treffen die folgenden Aussagen Ihrer Meinung nach zu oder nicht zu?“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

6. MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES VERTRAUENS IN DIE WISSENSCHAFT

In der Literatur werden unterschiedlichste Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft diskutiert, von der Stärkung der **Scientific Literacy** bis hin zu Investitionen in **Wissenschaftskommunikation** und der Reduktion gesellschaftlicher Polarisierungstendenzen mittels eines breiteren Angebots an **Dialogmöglichkeiten**. In diesem Abschnitt wollen wir klären, inwiefern solche bzw. welche dieser Interventionen **Zustimmung und Akzeptanz** in der österreichischen Bevölkerung finden und damit möglicherweise als zielführend identifiziert werden könnten.

6.1 MASSNAHMEN ZUR WISSENSCHAFTSVERMITTLUNG: SCIENCE EDUCATION UND SCIENCE COMMUNICATION

Damit Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens effektiv sein können, ist es wichtig, dass diese eine hinreichende Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Maßnahmen, die umstritten sind oder abgelehnt werden, bergen die Gefahr

heftiger Gegenreaktionen und unintendierter Nebenfolgen. Abbildung 20 zeigt die **Unterstützung für verschiedene Maßnahmen**, die geeignet sein könnten, das Vertrauen in Wissenschaft zu stärken. Am größten ist die Zustimmung mit rund 64 Prozent für eine bessere Vermittlung des wissenschaftlichen Denkens in Schulen. Danach folgen mit einer Zustimmung von etwa 50 Prozent Maßnahmen zur Verbesserung der Wissenschaftskommunikation, beispielsweise durch eine vermehrte Berichterstattung über Wissenschaft sowie einer häufigeren Beteiligung von Wissenschaftler:innen an öffentlichen Debatten. Maßnahmen wie die Einrichtung von Wissenschaftsmuseen sowie die Beteiligung der Bürger:innen an Wissenschaft im Rahmen von Citizen Science finden demgegenüber mit rund 33 bzw. 24 Prozent weniger Zustimmung.

Doch wie unterscheiden sich die Präferenzen für Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in die Wissenschaft? Hier ist festzustellen, dass die bereits wissenschaftsaffinen Personen den meisten Maßnahmen überwiegend oder tendenziell positiv gegenüberstehen, während die distanzierteren und die wissenschaftsskeptischen Personen mehr Zurückhaltung an den Tag legen (siehe Abbildung 21). Eine überwiegende Zu-

DIALOGBEREITSCHAFT UND -KOMPETENZ

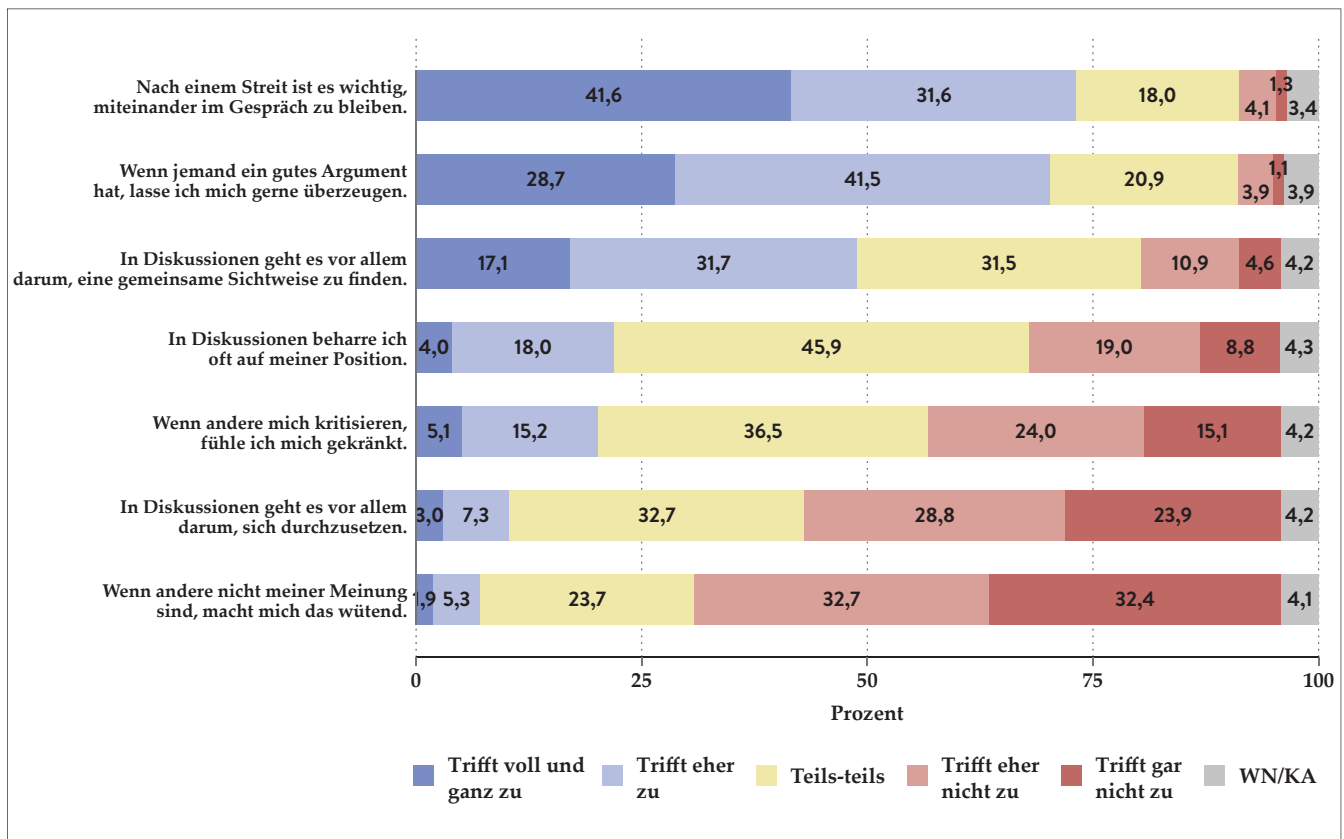


Abbildung 22: „Bitte geben Sie für die folgenden Aussagen an, inwieweit diese auf Sie persönlich zutreffen oder nicht zutreffen.“ (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

DIALOGBEREITSCHAFT UND -KOMPETENZ NACH EINSTELLUNGSPROFIL

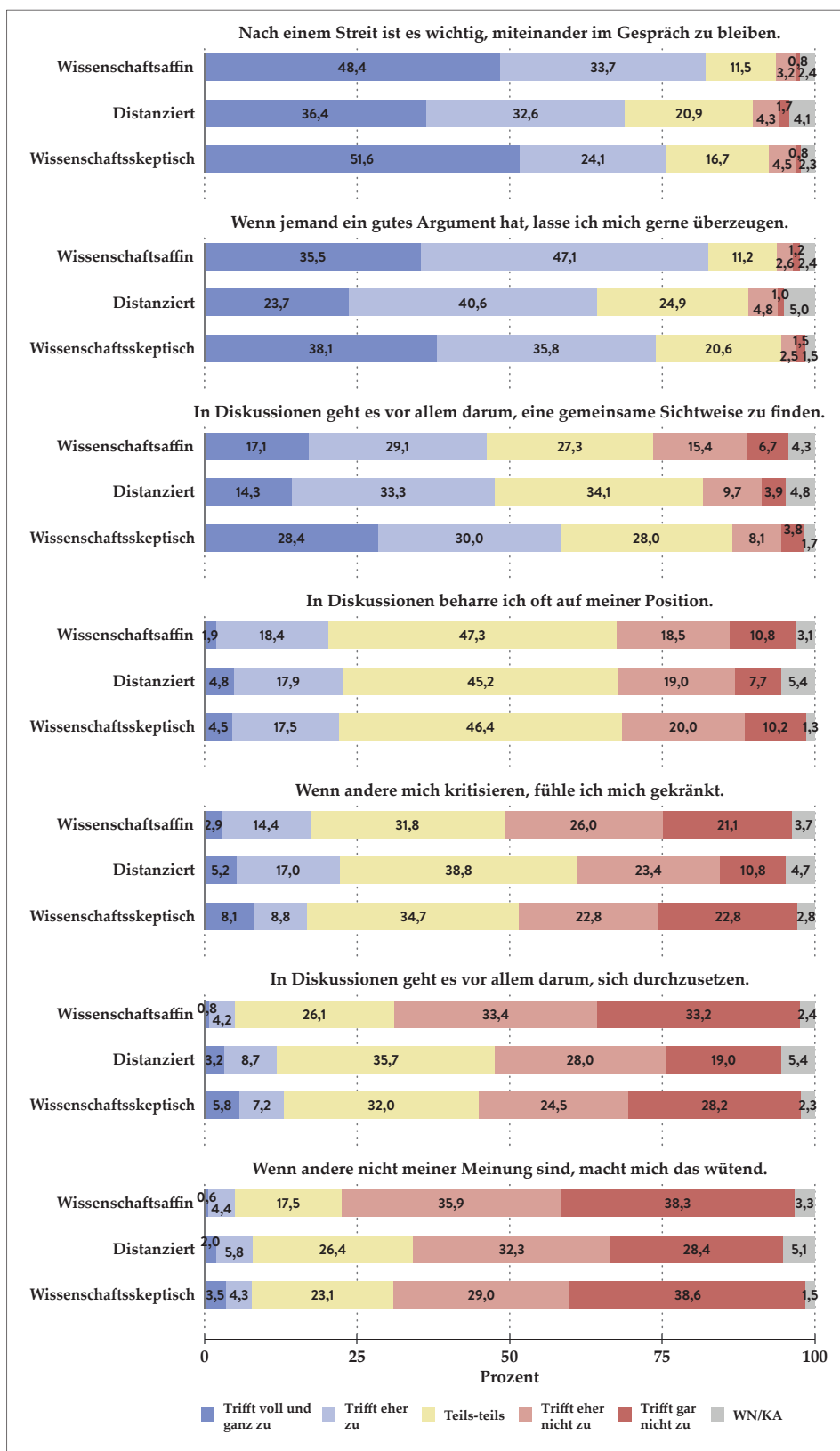


Abbildung 23: „Bitte geben Sie für die folgenden Aussagen an, inwieweit diese auf Sie persönlich zutreffen oder nicht zutreffen.“ (Daten: ACP, 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

stimmung über alle drei Gruppen hinweg lässt sich nur für die **Wissenschaftsvermittlung in Schulen** finden. Maßnahmen für eine intensiviertere Wissenschaftskommunikation in Medien und öffentlichen Debatten werden von distanzierteren und wissenschaftsskeptischen Personen nur teilweise befürwortet. Wissenschaftsmuseen werden von Wissenschaftsskeptiker:innen tendenziell eher abgelehnt; allerdings interessieren sie sich etwas mehr als die anderen beiden Gruppen für eine direkte Beteiligung an Wissenschaft im Rahmen von Forschungsprojekten, wobei das Meinungsbild zu dieser Frage insgesamt eher gemischt ist.

6.2 MASSNAHMEN GEGEN POLARISIERUNG: DIALOGBEREITSCHAFT UND -KOMPETENZ

Die bisherige Forschung legt allerdings nahe, dass der Wissenschaftsskepsis nicht allein durch eine verbesserte Wissensvermittlung begegnet werden kann. Denn Wissenschaftsskepsis steht häufig in einer engen **Verbindung mit ideologischen Grundorientierungen** (Küppers & Reiser, 2022), auf die eine Bereitstellung von Informationen oft keine Auswirkungen hat. Im Gegenteil, Versuche der Belehrung von Wissenschaftsskeptiker:innen können Widerwillen oder heftige Gegenreaktionen provozieren. Statt einer reinen Vermittlung von Information könnten daher **Dialogformate** helfen, Verständnis für andere Sichtweisen und Perspektiven zu bilden (Baliotti et al., 2021; Giraudet et al., 2022). Allerdings setzt auch ein solcher Dialog die Bereitschaft zum Austausch sowie die Offenheit, sich von einem guten Argument überzeugen zu lassen, voraus.

Abbildung 22 zeigt, dass viele Befragte sich durchaus für dialogbereit halten und sich eine hohe Dialogkompetenz zuschreiben. So halten es zum Beispiel rund 73 Prozent der Befragten für wichtig, nach einem Streit im Gespräch zu bleiben, und etwa 70 Prozent geben an, dass sie bereit sind, sich durch ein gutes Argument überzeugen zu lassen. Bei Diskussionen steht für die meisten im Vordergrund, eine **gemeinsame Sichtweise zu finden**. Ein Beharren auf den eigenen Positionen sowie emotionale Reaktionen auf Meinungsverschiedenheiten, wie ein Gefühl der Kränkung oder Wut, sind insgesamt eher selten anzutreffen.

Doch sind auch Wissenschaftsskeptiker:innen ähnlich offen für einen Dialog? Abbildung 23 stellt die Verteilungen nach Einstellungsprofil dar. Es zeigt sich, dass **alle Gruppen grundsätzlich eine ähnliche Dialogbereitschaft und -kompetenz aufweisen** und eher kleinere Unterschiede über die Gruppen hinweg bestehen. So finden es Wissenschaftsaffine im Vergleich zu den Distanzierten und den Wissenschaftsskeptiker:innen etwas häufiger wichtig, nach einem Streit im Gespräch zu bleiben, und zeigen eine etwas höhere Bereitschaft, sich von einem guten Argument überzeugen zu lassen. Tendenziell sehen Befragte in allen drei Gruppen den Sinn von Diskussionen vor allem darin, sich auf eine gemeinsame Sichtweise zu verständigen; insbesondere die

Wissenschaftsskeptiker:innen stimmen hier tendenziell zu, wobei sie es auch vergleichsweise wichtiger finden, sich in Diskussionen durchzusetzen. Beharren auf der eigenen Position sowie Gefühle der Kränkung oder Wut in Folge von Meinungsverschiedenheiten treten in allen Gruppen eher selten oder nur von Zeit zu Zeit teilweise auf.

6.3 ZUSAMMENFASSUNG: ZU DEN MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DES VERTRAUENS

Die Ergebnisse zeigen, dass eine Stärkung der Science Education im schulischen Kontext und verbesserte Wissenschaftskommunikation am ehesten auf Zustimmung stoßen, wenn es darum geht, das Vertrauen in die Wissenschaft zu fördern. Sowohl die Distanzierten als auch Wissenschaftsskeptiker:innen unterstützen diese Maßnahmen zumindest teilweise, während andere Ansätze, wie Citizen-Science-Projekte, weniger beliebt sind und eher punktuell oder für spezielle Subgruppen umgesetzt werden könnten. Trotz einer vorhandenen Dialogbereitschaft und -kompetenz in verschiedenen Bevölkerungssegmenten sollte berücksichtigt werden, dass **selbstberichtete Angaben** aufgrund sozial erwünschten Antwortverhaltens die tatsächliche Dialogbereitschaft und -kompetenz möglicherweise überschätzen. Dennoch lassen unsere Analysen darauf schließen, dass **Dialogformate eine sinnvolle Ergänzung zu traditionellen Methoden** wie wissenschaftlicher Ausbildung und Wissenschaftskommunikation darstellen könnten, um das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken.

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Unsere Analyse zeigt, dass die **Wissenschaftsskepsis** in Österreich ein **vielschichtiges Phänomen** darstellt und verschiedene Bevölkerungsgruppen einschließt. Aufgrund ihrer vielfältigen ideologischen Anschlussstellen ist Wissenschaftsskepsis ein dynamisches, fluides Phänomen. Zwar mag die Gruppe der entschiedenen Wissenschaftsskeptiker:innen überschaubar sein; im Kontext von Krisen und politischen Konflikten, in denen wissenschaftliche Expertise im Mittelpunkt steht, erhöht sich jedoch das Skepsispotential. Schließlich ist in solchen Situationen das **„Schnittstellen-Problem“ von besonderer Bedeutung**. Das heißt, die Annahme mangelnder Unabhängigkeit der Wissenschaft von Politik und Wirtschaft trägt in besonderer Weise zu deren Ablehnung bei.

Empirisches Herzstück dieser Fallstudie bildete die differenzierte Erfassung der Einstellungen zur Wissenschaft in der österreichischen Bevölkerung; diese erlaubte es uns, drei Einstellungsprofile zu identifizieren: (1) ein **wissenschaftsaffines Cluster** (27 Prozent der Befragten), (2) ein **distanziertes Cluster** (58 Prozent der Befragten) und (3) ein ausgeprägt **wissenschaftsskeptisches Cluster** (14 Prozent der Befragten). Dass demnach die Kerngruppe der Wissen-

schaftsskeptiker:innen überschaubar bleibt, ist allerdings **kein Grund zur Entwarnung**. Im Gegenteil: Im öffentlichen Diskurs ist alle Aufmerksamkeit auf diese Kerngruppe der Wissenschaftsskeptiker:innen gerichtet; ihr wird oft eine überproportionale Bedeutung zugeschrieben. Dadurch besteht die Gefahr, dass man das **real existierende Radikalisierungspotenzial** übersieht. Gerade in Krisen und politischen Konflikten, in denen wissenschaftliche Expertise die maßgebliche Ressource darstellt (wie bei Corona- oder Klimafragen), wird Wissenschaft leicht zum Gegenstand politisch motivierter Abwertung. Das **Abrutschen der distanzierten Mitte** ist daher eine ernstzunehmende Bedrohung.

Unsere Ergebnisse zeigen, dass wesentliche Einstellungen, die der Wissenschaftsskepsis zugeordnet sind – sei es in Form von „Schnittstellenablehnung“, populistischen, libertären oder anthroposophischen Haltungen – auch in dieser Gruppe existieren. Angesichts **anhaltender und zukünftiger Krisen**, in denen vor allem mithilfe der Wissenschaft für politische Standpunkte gekämpft wird, besteht das Risiko, dass aufgrund dieses **Grundpotenzials** auch gemäßigte Personen für radikalere wissenschaftsskeptische Einstellungen empfänglich werden. Darum rückt bei den nachfolgend empfohlenen **Maßnahmen** das Ziel in den Fokus, das Abgleiten der umfangreichen Gruppe der distanzierten Mitte in die Wissenschaftsskepsis zu verhindern.

Erstens: *Wissenschaftsskepsis als politisches Phänomen verstehen*. Wissenschaftsskepsis ist nicht allein Ausdruck eines Mangels an Wissen oder Interesse, sondern auch Ausdruck einer breiteren **Institutionenskepsis** und weiterer **politischer sowie spiritueller Weltanschauungen** und Überzeugungen. Skepsis manifestiert sich dabei vornehmlich an der Schnittstelle von Wissenschaft mit anderen Sphären wie Wirtschaft und Politik. Zwar wird ganz überwiegend die Sichtweise geteilt, *dass* wissenschaftliches Wissen Eingang in den Politikprozess finden soll. **Präferenzen für einen technokratischen Politikstil** sind sogar weit verbreitet. Skepsis wird jedoch von der Annahme genährt, dass die Wissenschaft von der Politik vereinnahmt wird. Man sollte sich also öffentlich darüber verständigen, wie der **Einfluss von Expertise im politischen Prozess** gestaltet werden sollte. Zentrales Ziel sollte eine reflexive Gestaltung der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik sein (siehe Kapitel II, Fallstudie 4).

Zweitens: *Prozesswissen erweitern und Bürgerkompetenz stärken*. Die bisherige Diskussion um Scientific Literacy hat vor allem auf Faktenwissen, insbesondere naturwissenschaftliches, sowie auf Prozesswissen fokussiert, wobei sich das Prozesswissen im engeren Sinn auf epistemische Aspekte des wissenschaftlichen Forschungsprozesses bezogen hat. Unsere Analyse zeigt jedoch, dass die Annahme **mangelder Unabhängigkeit der Wissenschaft** eine zentrale Triebfeder der Wissenschaftsskepsis darstellt. Nicht nur bei den deklarierten Wissenschaftsskeptiker:innen, sondern auch in der distanzierten Mitte lässt sich eine erhöhte Schnittstel-

len-Ablehnung feststellen. Wenn die Aktivitäten der Wissenschaftskommunikation gegen ein Abrutschen der Mitte wirken sollen, dann muss über Faktenwissen und Prozesswissen hinaus so etwas wie „**Schnittstellen-Prozesswissen**“ vermittelt werden, das heißt eine klare Vorstellung darüber, wie Wissenschaft in andere Gesellschaftsbereiche hineinwirken kann, ohne ihre Unabhängigkeit aufzugeben (oder die der anderen zu gefährden). Daher sollte Bildung nicht nur im naturwissenschaftlich-epistemischen Bereich, sondern auch im ideengeschichtlich-philosophischen Bereich sowie im **Bereich der politischen Bildung** gestärkt werden. In diesem Kontext sollten grundlegende Fragen über das Verhältnis von Individuum, Staat, Wissenschaft und Gesellschaft erörtert werden.

Drittens: *Wissenschaftskommunikation in einem polarisierten Umfeld neu denken*. Im Kontext von kontroversen öffentlichen Debatten zu Themen wie dem Klimawandel steht auch die Wissenschaftskommunikation vor neuen Herausforderungen. Sowohl die **Intensität als auch der Charakter der Wissenschaftskommunikation** haben sich deutlich verändert. Wissenschaftskommunikation muss in selbstreflexiver Weise die Herausforderungen der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bearbeiten. Andernfalls hält man die Vermittlung von Faktenwissen für ausreichend und übersieht dabei die Bedeutung der Schnittstelle für politische Einstellungen gegenüber der Wissenschaft. Für Wissenschaftler:innen waren Aktivitäten im Bereich der Wissenschaftskommunikation bislang eher etwas, was nebenbei und außerhalb der Arbeitszeit erledigt werden musste. Seitens der Politik wäre für **angemessene Rahmenbedingungen** zu sorgen, um die Wissenschaftskommunikation besser auf die neuen Herausforderungen einzustellen. Erforderlich sind beispielsweise entsprechend deklarierte, **zusätzliche Mittelzuteilungen** an (außer-)universitäre Institutionen, um eine Professionalisierung im Bereich *Third Mission* zu ermöglichen. Zudem fand die Kommunikation der Wissenschaftler:innen in der Corona-Krise nicht immer nur Interesse und Zustimmung, sondern stieß auch auf **Kritik, Ablehnung und Feindlichkeit**, bis hin zu Morddrohungen. Wirkliche Bereitschaft zur Wissenschaftskommunikation ist seitens der wissenschaftlichen Gemeinschaft nur erwartbar, wenn auf institutioneller Ebene **wirksamer Schutz vor den Angriffen** von radikalen Wissenschaftsgegner:innen in polarisierten Debatten gewährleistet ist.

Zuletzt ist auf **Bedarf an weiterer Forschung** hinzuweisen. Aufgrund der querschnittlichen Anlage des Studiendesigns konnten wir in der vorliegenden Fallstudie vor allem bestimmte Muster und Korrelationen aufzeigen. Inwiefern hier auch Kausalitäten bestehen und wie sich die Prozesse in zeitlicher Abfolge darstellen, wäre mit dazu geeigneten Studiendesigns zu prüfen. Zudem ist in Hinblick auf eine optimale Gestaltung der Schnittstellen sowie über neue Ansätze im Bereich *Science Education* und Wissenschaftskommunikation zur Stärkung des Vertrauens in Wissenschaft bisher

noch wenig bekannt. Weitere Forschung zur Effektivität von Maßnahmen mit Blick auf die Schnittstellenthematik wäre dringend erforderlich. Die Relevanz dieser Forschung könnte nicht größer sein, um auf zukünftige vorhersehbare und unvorhersehbare Krisen vorbereitet zu sein.

8. LITERATUR

- Akkerman, A., Mudde, C., & Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324–1353.
- Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Baliotti, S., Getoor, L., Goldstein, D. G., & Watts, D. J. (2021). Reducing opinion polarization: Effects of exposure to similar people with differing political views. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 118(52), e2112552118.
- Bell, D. (2019). The Coming of Post-Industrial Society. In D. B. Gursky (Hrsg.) *Social Stratification, Class, Race, and Gender in Sociological Perspective* (2. Aufl., S. 805–817). New York: Routledge.
- Bogner, A. (2023). Wie gehen wir mit Wissenschaftsskepsis um? In C. Wendehorst & W. Baumjohann (Hrsg.) *Preisfrage. Fakt oder Fake: Wie gehen wir mit Wissenschaftsskepsis um?* (S. 29–43). Wien: ÖAW.
- Bromme, R. (2022). Informiertes Vertrauen in Wissenschaft: Lehren aus der COVID-19 Pandemie für das Verständnis naturwissenschaftlicher Grundbildung (scientific literacy). *Unterrichtswissenschaft*, 50(3), 331–345.
- Brounéus, F., Lindholm, M., & Bohlin, G. (2019). Telling it straight—a focus group study on narratives affecting public confidence in science. *Journal of Science Communication*, 18(5), A03.
- Bryce, T. G., & Day, S. P. (2014). Scepticism and doubt in science and science education: the complexity of global warming as a socio-scientific issue. *Cultural Studies of Science Education*, 9, 599–632.
- Cairney, P. (2016). *The Politics of Evidence-Based Policy Making*. London: Palgrave Macmillan.
- Diethelm, P., & McKee, M. (2009). Denialism: what is it and how should scientists respond?. *The European Journal of Public Health*, 19(1), 2–4.
- Eberl, J. M., Huber, R. A., & Greussing, E. (2021). From populism to the “plandemic”: Why populists believe in COVID-19 conspiracies. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(S1), 272–284.
- Egelhofer, J. L. (2023). How politicians’ attacks on science communication influence public perceptions of journalists and scientists. *Media and Communication*, 11(1), 361–373.
- Faßmann, H. & Knob, D. (2023). Wissenschaftsbarometer 2022: Erhebung und Analyse. In H. Faßmann (Hrsg.) *Wissenschaftsbarometer 2022: Vertrauen, Interesse, Information* (Akademie im Dialog – Forschung und Gesellschaft 1, S. 7–30). Wien: ÖAW.
- Frei, N., & Nachtwey, O. (2021). *Quellen des «Querdenkertums»*. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg. Basel: Universität Basel.
- Frinken, J., & Landwehr, C. (2022). Information and deliberation in the Covid-19 crisis and in the climate crisis: how expertocratic practices undermine self-government and compliance. *Acta Politica*, 58, 837–855.
- Giraudet, L.-G., Apouey, B., Arab, H., Baeckelandt, S., Begout, P., Berghmans, N., ... Courant, D. (2022). „Co-construction“ in deliberative democracy: lessons from the French Citizens’ Convention for Climate. *Humanities and Social Sciences Communications*, 9(1), 1–16.
- Kittel, B., Kritzinger, S., Boomgaarden, H., Prainsack, B., Eberl, J.-M., Kalleitner, F., Lebernegg, N., Partheymüller, J., Plescia, C., Schiestl, D. W. & Schlogl, L. (2020). *Austrian Corona Panel Project* (SUF Edition). Wien: AUSSDA Database. <https://doi.org/10.11587/28KQNS>
- Kittel, B., Kritzinger, S., Boomgaarden, H., Prainsack, B., Eberl, J.-M., Kalleitner, F., Lebernegg, N., Partheymüller, J., Plescia, C., Schiestl, D. W. & Schlogl, L. (2021). The Austrian Corona Panel Project: Monitoring individual and societal dynamics amidst the COVID-19 crisis. *European Political Science*, 20(2), 318–344.
- Küppers, A., & Reiser, M. (2022). Ideological Extremism or Far-Right Attitudes? The Role of Ideology for COVID-19 Scepticism. *Representation*, 58(4), 481–499.
- Kritzinger, S., Foucault, M., Lachat, R., Partheymüller, J., Plescia, C., & Brouard, S. (2021). ‘Rally round the flag’: the COVID-19 crisis and trust in the national government. *West European Politics*, 44(5–6), 1205–1231.
- Lamberty, P., & Nocun, K. (2022). *Gefährlicher Glaube: Die radikale Gedankenwelt der Esoterik*. Köln: Bastei Lübbe.
- Lewandowsky, S., Oberauer, K., & Gignac, G. E. (2013). NASA faked the moon landing – therefore, (climate) science is a hoax: An anatomy of the motivated rejection of science. *Psychological Science*, 24(5), 622–633.
- Lewandowsky, S., Mann, M. E., Brown, N. J., & Friedman, H. (2016). Science and the public: Debate, denial, and skepticism. *Journal of Social and Political Psychology*, 4(2), 537–553.
- Mede, N. G., & Schäfer, M. S. (2020). Science-related populism: Conceptualizing populist demands toward science. *Public Understanding of Science*, 29(5), 473–491.
- Mede, N. G., Schäfer, M. S., Metag, J., & Klinger, K. (2022). Who supports science-related populism? A nationally representative survey on the prevalence and explanatory factors of populist attitudes toward science in Switzerland. *Plos One*, 17(8), e0271204.
- Merton, R. (1973): *The Sociology of Science. Theoretical and Empirical Investigations*. Chicago: University of Chicago Press.
- Metag, J. (2020). What drives science media use? Predictors of media use for information about science and research in digital information environments. *Public Understanding of Science*, 29(6), 561–578.

- Miller, J. D. (1998). The measurement of civic scientific literacy. *Public Understanding of Science*, 7(3), 203–223.
- Motta, M. (2018). The enduring effect of scientific interest on trust in climate scientists in the United States. *Nature Climate Change*, 8(6), 485–488.
- Münkler, L. (2020). *Expertokratie. Zwischen Herrschaft kraft Wissens und politischem Dezisionismus*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Oreskes, N. & Conway, E. M. (2010). *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. New York: Bloomsbury.
- Popper, K. (2009). *Vermutungen und Widerlegungen. Das Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis* (2. Aufl.). Tübingen: Mohr Siebeck. (Originalwerk veröffentlicht 1963)
- Rutjens, B. T., Sengupta, N., der Lee, R. van, van Koningsbruggen, G. M., Martens, J. P., Rabelo, A., & Sutton, R. M. (2022). Science Skepticism Across 24 Countries. *Social Psychological and Personality Science*, 13(1), 102–117.
- Scheufele D. A. (2014). Science communication as political communication. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 111(Suppl. 4), 13585–13592.
- Starkbaum, J., Auel, K., Bobi, V., Fuglsang, S., Grand, P., Griessler, E., König, T., Losi, L., Seiser, F., Tiemann, G., Taschwer, K., Unger, M. (2023). *Endbericht Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*. Wien: Institut für Höhere Studien.
- van Zoonen, L. (2012). I-Pistemology: Changing truth claims in popular and political culture. *European Journal of Communication*, 27(1), 56 <https://doi.org/10.11587/28KQNS67>.
- Wight, C. (2018). Post-truth, postmodernism and alternative facts. *New Perspectives*, 26(3), 17–29.
- Zarzezna, N., Bertlich, T., Večkalov, B., & Rutjens, B. T. (2023). Spirituality is associated with Covid-19 vaccination scepticism. *Vaccine*, 41(1), 226–235.

KAPITEL III

„ÖSTERREICH AM WORT“

„ÖSTERREICH AM WORT“

EIN DIALOGPROZESS ZUR AUFARBEITUNG DER CORONA-KRISE

ULRIKE BECHTOLD UND ALEXANDER BOGNER

Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Technikfolgen-Abschätzung

KATHARINA GANGL

Institut für Höhere Studien, Forschungsgruppe Verhaltensökonomie

1. EINLEITUNG

Im Herbst 2023 wurde auf Initiative der Bundesregierung ein groß angelegter Dialogprozess in Österreich durchgeführt. An **drei Wochenenden** im Oktober (14./15. und 21./22. 10.) und November (4./5. 11.) trafen sich insgesamt **319 Bürger:innen**, um über die Lehren aus der Pandemie-Zeit für die nächste Krise zu diskutieren. In allen neun Bundesländern fanden jeweils eintägige, professionell moderierte Diskussionsrunden statt.

In jedem Bundesland haben jeweils bis zu 38 Bürger:innen in Kleingruppen von ca. acht Personen zuerst die eigenen Erfahrungen in der Corona-Krise reflektiert und dann **Empfehlungen für die Bewältigung zukünftiger Krisen** erarbeitet. Ausgewählte Aspekte aus den wissenschaftlichen Fallstudien (vgl. Kapitel II) wurden dabei als Anreiz für die Diskussion verwendet. Der gesamte Dialogprozess wurde von Seiten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) und des Instituts für Höhere Studien (IHS) wissenschaftlich konzipiert und begleitet.

Ziel war es, **möglichst vielfältige Meinungen und Erfahrungen** der Bevölkerung auf repräsentativem Niveau zu erhalten. Nur so war gewährleistet, dass die Bundesregierung am Ende wirklich einen umfassenden Eindruck gewinnen kann, wie die Bürger:innen die Pandemie erlebt haben, wie sie darüber denken und welche Maßnahmen sie sich für künftiges Krisenmanagement wünschen. Dass die in dieser Veranstaltung von den Bürger:innen erarbeiteten Empfehlungen von der Regierung sowie den anderen Adressat:innen rezipiert werden, war für die Teilnehmenden ein wichtiger Anreiz.

Die grundlegende Perspektive des Dialogprozesses war **Zukunftsbezogenheit**. Das heißt: Was kann bei der nächsten Krise besser gemacht werden? Wie kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert und das Miteinander in künftigen Krisen gestärkt werden? Vor allem: Wie können Wissenschaft, Politik und Medien besser miteinander und mit den Bürger:innen kommunizieren?

Das Ergebnis dieses Dialogprozesses beschränkt sich nicht auf die Darstellung zentraler Forderungen und Wünsche der Bürger:innen. Der Dialog sollte vielmehr ein **besseres Verständnis für die Erfahrungen und Anliegen der Bevölkerung** schaffen. Im Mittelpunkt stand hierbei die aktive und konstruktive Einbindung der Bevölkerung in die Diskussion um die Prävention gegen Polarisierung in Krisenzeiten sowie Erwartungen, Wünsche und Überlegungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Folgende Ziele wurden für den Dialogprozess fixiert:

Inhaltliche Zielsetzung: Die Bürger:innen sollten auf Grundlage ihrer persönlichen Erfahrungen gemeinsam ihre Ideen und **Anregungen an Politik, Wissenschaft, Medien und Mitbürger:innen** für zukünftige Krisenereignisse formulieren. In jeder Gruppe sollten Empfehlungen zum Umgang mit Polarisierung in Krisenzeiten erarbeitet werden. Von allen Gruppen wurde am Ende des Tages eine konsolidierte Liste an Empfehlungen erstellt.

Methodische Zielsetzung: Durch die wissenschaftliche Ausrichtung des Dialogprozesses wurde eine umfassende Begleitforschung umgesetzt. Die zahlreichen Forschungsfragen, die im Rahmen der Begleitforschung bearbeitet wurden, erhöhten nicht nur die Anzahl der angewandten wissenschaftlichen Methoden, sondern verbesserten den gesamten Umsetzungsprozess der Dialogveranstaltungen und sollten so valide und reliable Ergebnisse sicherstellen. Diese breit angelegte Begleitforschung durch die ÖAW und das IHS war und ist eine Besonderheit des Bürgerdialogs. Seitens der Begleitforschung standen unter anderem folgende Fragen im Mittelpunkt: 1) Welche Aspekte werden von Bürger:innen als besonders wichtig angesehen, um zukünftige Krisen besser zu bewältigen? 2) Wie wird die Teilnahme bei den Dialogveranstaltungen von den Bürger:innen bewertet? Um diese und weitere Forschungsfragen zu beantworten, wurden die Teilnehmer:innen gebeten, direkt vor und nach den Veranstaltungen sowie zwei Wochen danach Fragebögen auszufüllen. Zudem wurden experimentelle



Moderationsteam Graz. Foto: ÖAW



Österreich am Wort St. Pölten. Foto: BKA

Methoden umgesetzt, die Gespräche aufgezeichnet, und an ausgewählten Tischen wurde eine wissenschaftliche Beobachtung durchgeführt. Die Begleitforschung erhielt das Votum der Ethikkommission des IHS und wurde nach den geltenden Datenschutzrichtlinien umgesetzt.

Im Folgenden wird ein **Überblick** über wichtige Stationen des Dialogprozesses und seine Ergebnisse präsentiert. Zunächst werden die Vorbereitung, der Ablauf und die wissenschaftliche Begleitung der Dialogveranstaltungen dargestellt (Abschnitt 2). Im Anschluss daran werden die zentralen Bürgerempfehlungen und deren Gewichtung in Form einer Online-Umfrage präsentiert; außerdem wird gezeigt, wie die Teilnehmer:innen die Veranstaltungen erlebt haben (Abschnitt 3). Die Detailauswertung aller Daten durch ÖAW und IHS wird in den kommenden Monaten vertieft. Erste Überlegungen zu Stärken und Grenzen des Verständigungsprozesses und des Veranstaltungskonzeptes können jedoch bereits angestellt werden (Abschnitt 4). Abschließend werden die Empfehlungen der Bürger:innen resümiert und Vorschläge für Maßnahmen in Krisenzeiten gegeben (Abschnitt 5).

Im Namen aller beteiligten Institutionen **bedanken wir uns sehr herzlich bei allen Bürger:innen**, die sich auf das Abenteuer eines Dialogtages eingelassen haben und bereit waren, konstruktiv über die schweren und konfliktträchtigen Zeiten der Pandemie zu sprechen, um daraus Lehren für die Zukunft zu entwickeln. Ein Team erfahrener und engagierter **Moderator:innen** hat dazu beigetragen, dass die Vielfalt der in den Veranstaltungen vertretenen Meinungen und Positionen produktiv gemacht werden konnte. Bei **Susanne Riedler und Stefan Rakowsky** (Bundeskanzleramt) bedanken wir uns sehr herzlich dafür, dass sie die operative Durchführung eines Dialogprozesses in dieser Größenordnung geleitet haben. Ohne sie hätte sich dieses ehrgeizige Projekt niemals realisieren lassen.

2. METHODE, PROZESS UND WISSENSCHAFTLICHE BEGLEITUNG DER DIALOGVERANSTALTUNGEN

Die Durchführung der Dialogveranstaltungen war grundsätzlich von der Überlegung getragen, **unterschiedlichste Positionen einzubinden und zu respektieren**. Bezüglich der Methode hatte diese Haltung ganz konkrete Folgen, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen wurde explizit darauf hingewiesen, dass andere Meinungen und Erfahrungen zu respektieren sind, auch und gerade dann, wenn diese nicht geteilt werden. Diese Grundsätze wurden über einen Einleitungsfilm sowie durch an den Tischen jeweils einzeln vorgestellte Regeln des guten Gesprächs klar kommuniziert. Zum anderen wurde im Prozess berücksichtigt, dass es Gegensätze und Konflikte zwischen den Menschen gibt und auch, dass eine gewisse **Ambivalenz zum Erleben der Pandemie-Zeit dazugehört**. Manche Maßnahmen waren für die Betroffenen nicht ausschließlich schlecht oder gut, vielmehr hängt die konkrete Bewertung von den jeweiligen konkreten Kontextaspekten ab.

Ziel der Veranstalter:innen war es, klar zu vermitteln, dass den Teilnehmer:innen zugehört wird und dass sie als Individuen wahrgenommen werden. Die gegenseitige Anerkennung, dass die **Maßnahmen während der Pandemie subjektiv und individuell unterschiedlich erlebt** wurden, war gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung sowie ein zentrales Ziel der Dialogveranstaltungen. Das Erreichen eines Verständnisses für Gegensätze – statt sich detailreich in die Probleme zu vertiefen – ist nicht zuletzt auch ein wichtiges Zwischenziel für die Erarbeitung der Empfehlungen bzw. Maßnahmen. Die folgenden Worte der Leiterin des Moderationsteams illustrieren sehr anschaulich diesen Methodenansatz:

Der Ausgangspunkt jedes Konflikts sind Unterschiede. Im Rahmen von „Österreich am Wort“ kamen Menschen an einem Tisch zusammen, die maximal unterschiedlich waren. Die Aufgabe von meinem Moderationsteam und mir bestand darin, diese maximal unterschiedlichen Menschen zu einen. Sie einzuladen, weiter zuzuhören, auch wenn ihnen die Ansichten der anderen missfallen. Sie aufzufordern, ihre Sichtweisen in Frage zu stellen und neue Blickwinkel einzunehmen. Sie zu ermuntern, über persönliche Grenzen zu reflektieren und auf Menschen zuzugehen, denen sie sonst aus dem Weg gehen. 319 Menschen sind dieser Einladung gefolgt. Jede und jeder einzelne hat sich respektvoll in die Gruppe eingebracht, die eigene Meinung geteilt und sich bemüht, sich in Andersdenkende einzufühlen. Dass Polarisierung verringert werden kann, wurde eindrücklich gezeigt. Menschen, die normalerweise nicht miteinander sprechen würden, haben produktiv zusammengearbeitet und wertvolle Empfehlungen für die Politik, die Medien, die Wissenschaft und die Bürger:innen erarbeitet. Sie haben die freudvolle Erfahrung gemacht, Teil eines diversen Teams zu sein, und haben am Ende aufgrund des hohen Grades an Verbundenheit nach Gruppenfotos und Kontaktlisten gefragt. Meine persönliche Conclusio aus neun Fokusgruppen mit 319 Menschen ist, dass Menschen individuelle Wertschätzung, das Gefühl von Mitgestaltung und Unterstützung in der Kommunikation brauchen, um Zusammenhalt mit maximal unterschiedlichen Personen zu erleben. Polarisierung kann nicht nur verringert werden, wenn diese drei Punkte erbracht werden. Sie wurde verringert. Innerhalb nur eines Tages.

Christine Hoffmann, Leitung Moderationsteam

2.1 AUSWAHL VON TEILNEHMER:INNEN UND MODERATOR:INNEN

Mit dem **repräsentativen Auswahlverfahren** der Teilnehmer:innen für die Dialogveranstaltungen wurde die **Statistik Austria** beauftragt.¹ Für den gesamten Dialogprozess waren insgesamt neun Dialoggruppen zu bilden, jeweils **pro Bundesland** eine Großgruppe zu jeweils rund **32 bis 40 Personen**, die in vier bis fünf Kleingruppen zu acht Personen arbeiten sollte. Insgesamt betrug die Größe der Zufallsstichprobe daher max. 360 Personen. Wichtig war eine möglichst heterogene Zusammensetzung der Gruppen in soziodemografischer Hinsicht. Für die optimale Gestaltung und Zusammensetzung der Gruppen wurde daher ein repräsentativer Querschnitt der österreichischen Bevölkerung ausgewählt. Für die Auswahl der Personen mussten **folgende Voraussetzungen** erfüllt sein:

- Hauptwohnsitz in Österreich (seit mindestens fünf Jahren)
- Mindestalter 18 Jahre
- repräsentativer Querschnitt der Gesellschaft, anhand der drei Kriterien:
 - Geschlecht (2 Ausprägungen: männlich, weiblich, andere Ausprägungen wurden nicht ausgeschlossen, sondern, wie im statistischen Samplingprozess üblich, nach geraden bzw. ungeraden Geburtstagen den Ausprägungen männlich bzw. weiblich zugeordnet),
 - Alter (3 Altersgruppen: 18–34 Jahre, 35–59 Jahre, 60–89 Jahre),
 - Bildungsstand (2 Ausprägungen: keine Matura, mindestens Matura)

Die Kombination dieser drei Merkmale (Schichtungsvariablen) begründete **zwölf Personengruppen**. Ziel war eine Entsprechung der Gruppenverteilung mit jener in der

Grundgesamtheit des jeweiligen Bundeslandes. Damit war nicht nur die **Gesamtstichprobe repräsentativ für die Bevölkerung Österreichs**, sondern auch alle neun Gruppen für je ein Bundesland. Als Grundgesamtheit für die Stichprobe wurde für jedes Bundesland die jeweilige Wohnbevölkerung in Privathaushalten im Alter von 18 bis 89 Jahren (ausgenommen Personen, deren Hauptwohnsitz in Österreich seit weniger als fünf Jahren besteht) definiert. In Summe entspricht dies ca. sieben Millionen Personen. Unter Berücksichtigung der kontroversen Thematik der Pandemieaufarbeitung sowie des eher schwierigen Erhebungszeitraumes (Urlaubszeit) war von einer Responserate von etwa 3 Prozent auszugehen. Daraus ergab sich für die Rekrutierung von insgesamt 450 Personen eine **Bruttostichprobe von geplant 15.000 Personen**. Die Rekrutierung der Bruttostichprobe wurde in zwei Tranchen von geplant 10.000 und geplant 5.000 aufgeteilt und in zeitlich gestaffelter Form in den Erhebungsprozess gebracht.

Bei der ersten Tranche wurde **für jedes Bundesland eine geschichtete Zufallsstichprobe** gezogen, wobei nicht in Österreich oder Deutschland geborene Personen über ihren Bevölkerungsanteil hinaus in der Stichprobe vertreten waren (Oversampling). Damit wurde der Erfahrung Rechnung getragen, dass nicht alle Personen in gleichem Ausmaß bereit sind, an freiwilligen Erhebungen teilzunehmen. Dieses Verhalten wurde auch für die Bereitschaft angenommen, aktiv am Pandemieaufarbeitungsprozess zu partizipieren. Die Zusammensetzung der zweiten Versandtranche wurde basierend auf der nach der ersten Tranche erfassten Teilnahmebereitschaft der verschiedenen Gruppen bestimmt. Die Auswahl der Personen erfolgte wieder als Zufallsstichprobe, allerdings angepasst an die in den einzelnen Gruppen bereits erreichte Abdeckung.

¹ Die folgenden Ausführungen zur Teilnehmer:innenauswahl stützen sich nahezu wortgleich auf den von Pamela Kultscher und Andrea Schrott (Statistik Austria) erstellten Methodenbericht. Abrufbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/2011/PAP_Bericht_Statistik_Austria.pdf

Von den insgesamt 14.999 in Tranche 1 und 2 angeschriebenen Personen (Bruttostichprobe) haben **716 Personen ihre Einverständniserklärung zur Teilnahme** an der Diskussionsveranstaltung ihres Bundeslandes vollständig ausgefüllt übermittelt (bis 13. 9. 2023, Ende der Erhebungsphase). Das entspricht einer **Responserate von 4,8 Prozent**. Die Verteilung über die Bundesländer lässt sich der Tabelle 1 entnehmen. Es gab insgesamt 150 stichprobenneutrale Ausfälle.

Unter allen Teilnehmewilligen wurde gemäß der Randverteilung der mittels Fragebogen erhobener drei Schichtungsvariablen in jedem Bundesland eine proportional geschichtete Zufallsstichprobe von jeweils 40 Personen und damit insgesamt 360 Personen gezogen. Dabei wurde die Zielverteilung nach den zwölf Untergruppen angestrebt. Nichtgezogene Personen mit valider Anmeldung wurden in der Reservestichprobe berücksichtigt. Zusätzlich zur eigentlichen Teilnehmer:innenliste wurde auch einen **Reserveliste** im Ausmaß von **rund 40 Personen für jedes Bundesland** erstellt, inklusive einer Prioritätenliste, auf deren Basis die Ersatzkandidat:innen **im Falle individueller Verhinderung** kontaktiert werden konnten. So wurde sichergestellt, dass auch die Ausfälle repräsentativ nachbesetzt werden konnten. Für die Verteilung der Teilnehmer:innen entlang der relevanten Variablen, siehe Abbildung 1.

TABELLE 1: BRUTTO- UND NETTOSTICHPROBE SOWIE AUSSCHÖPFUNGSQUOTE NACH BUNDESLAND

Bundesland	Bruttostichprobe (n)	Nettostichprobe (n) gültige Anmeldungen	Ausschöpfungsquote (%)
Österreich (gesamt)	14.999	716	4,77 %
Burgenland	1.791	74	4,13 %
Kärnten	1.631	84	5,15 %
Niederösterreich	1.791	72	4,02 %
Oberösterreich	1.631	77	4,72 %
Salzburg	1.631	76	4,66 %
Steiermark	1.631	85	5,21 %
Tirol	1.631	74	4,54 %
Vorarlberg	1.631	78	4,78 %
Wien	1.631	96	5,89 %

Quelle: Statistik Austria

VERTEILUNG DER SCHICHTUNGSVARIABLEN IN DER ÖSTERREICHISCHEN BEVÖLKERUNG UND IN DER GRUPPE DER TEILNEHMER:INNEN

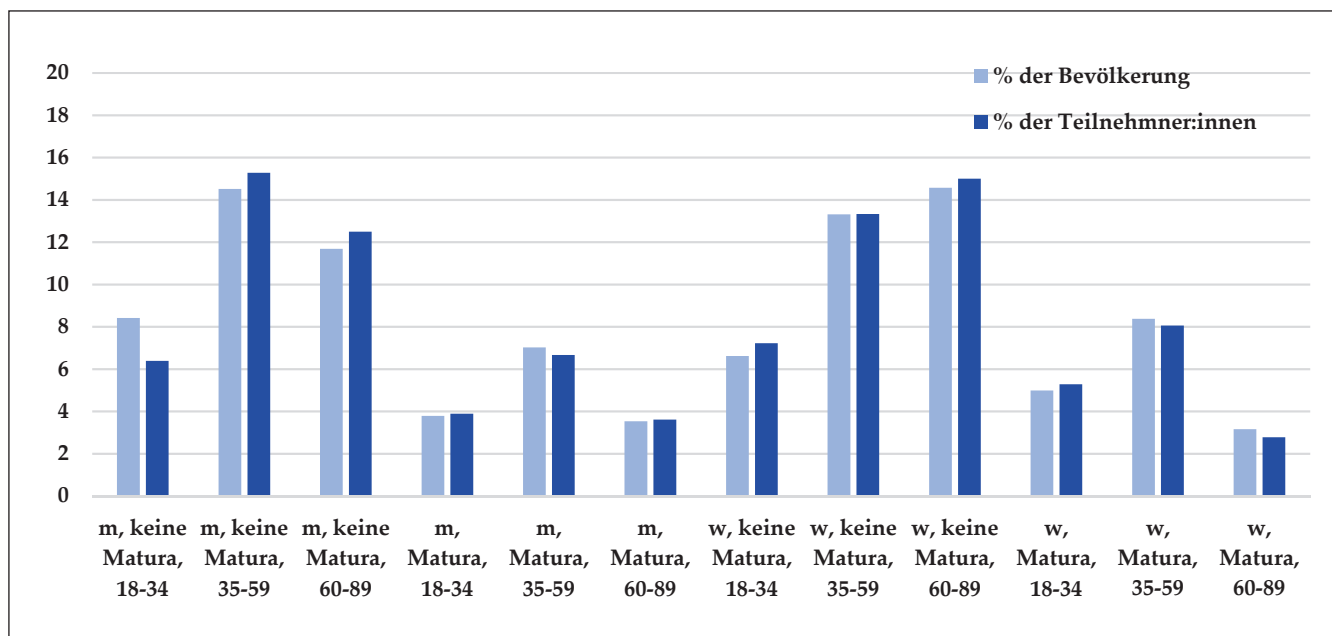


Abbildung 1: Verteilung der Schichtungsvariablen in der österreichischen Bevölkerung und in der Gruppe der Teilnehmer:innen, in Prozent
Quelle: Statistik Austria

Um die Teilnahme an den Fokusgruppendifkussionen attraktiver zu gestalten, wurde in der Kommunikation mit den Respondent:innen der Projektname Pandemieaufarbeitungsprozess durch die Respondent:innen-zentrierte Bezeichnung **Österreich am Wort** ersetzt. Als Logo wurden zwei ineinander verschränkte Sprechblasen ausgewählt, die den Kommunikationsprozess repräsentieren, siehe Abbildung 2.

Weiterhin erhielten nach der Diskussionsveranstaltung alle Teilnehmer:innen vom Bundeskanzleramt eine Aufwandsentschädigung von 100 Euro pro Person. Verpflegung wurde während der Veranstaltung zur Verfügung gestellt.

Alle Teilnehmer:innen wurden nach dem eigentlichen Einladungsprozess der Statistik Austria telefonisch oder per E-Mail im Vorfeld der Veranstaltung von der Stabsstelle Aufarbeitung (BKA) kontaktiert und an die Veranstaltung erinnert. Die **Ausfallrate** aufgrund kurzfristiger Absagen lag um die **20 Prozent**, vor allem am dritten Wochenende war ein starker Anstieg an krankheitsbedingten Ausfällen zu verzeichnen. Insgesamt konnten alle (!) Ausfälle im Vorfeld – **statistisch repräsentativ** – **nachbesetzt** werden. Am Tag der Veranstaltungen selbst waren im Schnitt Ausfälle um die 10 Prozent zu verzeichnen. Die Teilnehmer:innenzahl nach Bundesland lässt sich der Tabelle 2 entnehmen.

TABELLE 2: AUFLISTUNG DER ANWESENDEN TEILNEHMER:INNEN NACH BUNDESLAND

Bundesland	gesamt	w	m
Burgenland	38	17	21
Wien	32	18	14
Salzburg	38	19	19
Tirol	34	19	15
Vorarlberg	34	18	16
Kärnten	36	19	17
Oberösterreich	38	20	18
Niederösterreich	36	16	20
Steiermark	33	17	16
	319	163	156

Quelle: eigene Darstellung

Dem Moderationsteam kam in diesem Prozess eine besondere Bedeutung zu, da die Thematik (Corona-Pandemie) und das Setting (demografisch heterogene Gruppen mit möglichem Konfliktpotenzial) sehr anspruchsvoll waren. Darüber hinaus war ein **sehr enger Zeitplan** einzuhalten, da an drei Wochenenden hintereinander jeweils drei Dialogveranstaltungen pro Wochenende parallel stattfanden.

Österreich am Wort

Abbildung 2: Logo von Österreich am Wort

Das erforderte die Bereitstellung eines ausreichend großen **Teams erfahrener Moderator:innen** (bis zu 15 Personen zeitgleich), um die Qualität der inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung sicherzustellen. Dazu gehörten auch eine inhaltliche Abstimmung mit den Prozessbeteiligten zur Vorbereitung der Diskussionen mit den teilnehmenden Bürger:innen, hohe Qualität und Verständlichkeit der zur Verfügung gestellten Informationen sowie der Einsatz geeigneter Moderationsmethoden, um ein respektvolles und ergebnisorientiertes Arbeiten zu ermöglichen. Es war bei der Auswahl der Moderator:innen auf eine ausgewogene Verteilung von Frauen und Männern sowie auf eine entsprechende Altersverteilung zu achten. Da die Dialogveranstaltungen dezentral in den jeweiligen Bundesländern stattfanden, war darüber hinaus auf eine ausgewogene regionale Präsenz zu achten. Insgesamt waren an den neun Dialogtagen 17 Moderator:innen im Einsatz wobei auch Ersatzmoderator:innen zur Verfügung gestanden wären.

2.2 ABLAUF DES DIALOGPROZESSES

In jedem Bundesland fanden die Gruppendiskussionen an einem Wochenendtag, meist an einem Samstag, von 9:00 bis 17:00 Uhr statt. Gearbeitet wurde überwiegend in Kleingruppen und darüber hinaus auch im Plenum; bestimmte Zwischenschritte wurden individuell erarbeitet, um die Vielfalt der an den Tischen vertretenen Positionen abzudecken. Um eine einheitliche Begleitung der Teilnehmer:innen durch den Tag zu gewährleisten, wurde das Team der Hauptmoderator:innen und Tischmoderator:innen **intensiv auf den Prozess** vorbereitet. Das gesamte Team der Tischmoderator:innen erhielt im Vorfeld eigene detaillierte Rollenbeschreibungen (siehe Online Anhang) und einen detaillierten Ablauf des ganzen Tages mit Zeitangaben, Beschreibung der Prozessteile und der einzelnen Schritte, dem Ziel der jeweiligen Diskussionsphase und deren angestrebtem Ertrag. Außerdem wurden zwei **dreistündige Schulungstreffen** abgehalten, an denen der gesamte Prozess erklärt und besprochen sowie im Ansatz simuliert wurde, um sicherzugehen, dass sich alle Tischmoderator:innen und alle Beteiligten im Klaren darüber waren, wie die jeweiligen Schritte anzulegen sind und was getan werden kann, wenn es Probleme gibt. Diese Schulungen und die methodischen Debatten mit den Moderator:innen hatten auch die Funktion, den Prozess bis ins einzelne Detail robust zu machen. Kleine Änderungen wurden jeweils wieder im ganzen Team kommuniziert. Da

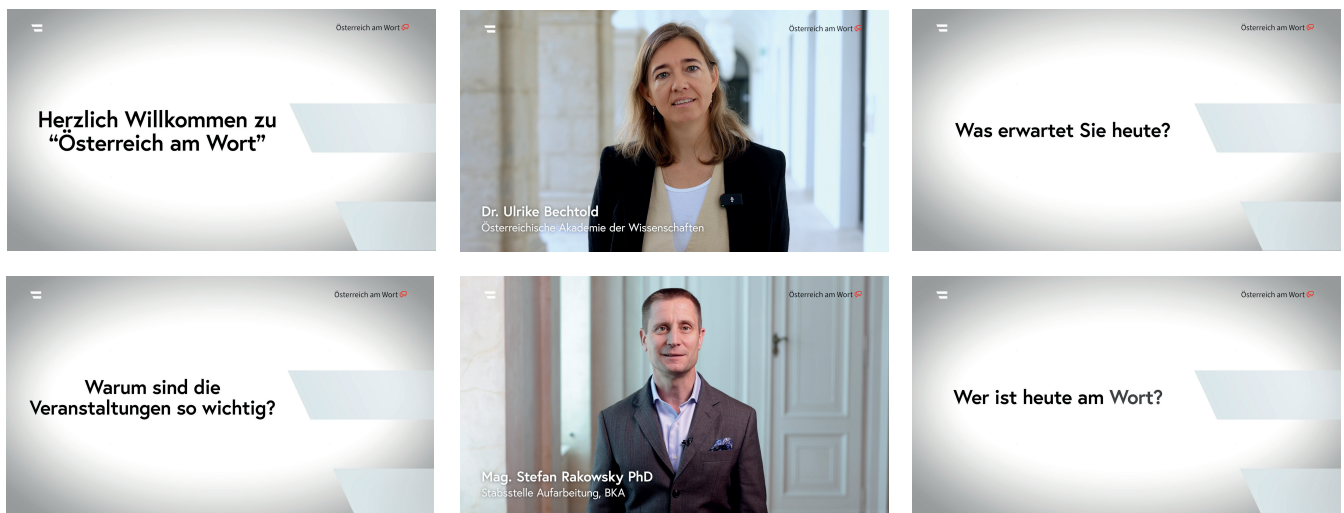


Abbildung 3: Eindrücke aus dem Begrüßungsvideo. Fotos: BKA

unterschiedliche Teams vor Ort waren, war es sehr wichtig, ein verbindendes und erklärendes Element einzuführen. Diese Funktion übernahm ein **Begrüßungsvideo**, in dem die Ziele, die Entstehungsgeschichte sowie die Bedeutung des Dialogprozesses in einfachen Worten aus Sicht des Bundeskanzleramts und der beteiligten Wissenschaftler:innen erklärt wurde, siehe Abbildung 3.

Zur Erreichung der oben skizzierten Ziele wurde die Methode so gestaltet, dass die Teilnehmer:innen bestmöglich auf den **wichtigsten Teil des Dialogs**, das **Formulieren der Empfehlungen**, vorbereitet waren. Es war wichtig, dass sie bis zu diesem Punkt ihre – zum Teil herausfordernden – Erfahrungen ausgetauscht hatten und dass sie sich und ihre Standpunkte als gehört empfanden. Damit sollte eine Situation geschaffen werden, die den Austausch von Argumenten und Standpunkten für die Teilnehmer:innen erlebbar machte – und damit erfahrbar machte, dass es trotz Divergenzen möglich ist, gemeinsam Ideen und Ziele zu formulieren sowie Wege, diese zu erreichen. Daraus ergab sich eine prozessuale Gestaltung, die in drei Teilschritten gegliedert war:

1. Zu Beginn gab es eine **Reflexion** von ca. zwei Stunden, die dem Kennenlernen und dem Austauschen individueller Erfahrungen diente. Es sollte kollektiv erfahrbar werden, wie die einzelnen Teilnehmer:innen die letzten Jahre (der Corona-Pandemie) erlebt hatten.
2. Im zweiten Schritt richtete sich der Blick in die Zukunft. In der etwa einstündigen Phase der **Vision** wurden gemeinsame Vorstellungen von „gelungenen Krisenbewältigungssituationen“ erarbeitet.
3. Abschließend wurden, basierend auf den Diskussionen des Tages, ganz konkrete **Empfehlungen** für verschie-

dene Akteur:innen (Politik, Wissenschaft, Medien, Mitbürger:innen) erarbeitet. Diese Phase dauerte, inklusive Präsentation der Empfehlungen, ca. zweieinhalb Stunden. Neben den oben definierten Phasen wurde im Zeitplan genug Raum für gegenseitiges Kennenlernen und Austausch sowie für eine Mittagspause und mehrere kürzere Pausen gelassen. Den Teilnehmer:innen stand es selbstverständlich jederzeit frei, Pausen nach eigenen Bedürfnissen einzulegen.

Phase 1: Reflexion

Der Prozess der Reflexion setzte auf zwei Ebenen an. Zu Beginn, wenn die Teilnehmer:innen zum ersten Mal am Tisch miteinander redeten, wurden sie von der Moderator:in gebeten, sich vorzustellen. Dabei sollten sie auch einen oder mehrere Gedanken mitteilen, die ihnen durch den Kopf gegangen waren, als sie den Raum betreten hatten. Dies diente einer ersten Hinführung zu eigenen Wahrnehmungen und der Sichtbarmachung unterschiedlicher Perspektiven. Der moderierte Teil der Reflexion bestand in der sogenannten Vignettenarbeit, die in zwei Schritten erfolgte.

Zuerst lasen die Teilnehmer:innen acht Kurzerzählungen (sog. Vignetten, vgl. Abbildung 4), die jeweils von der Geschichte eines fiktiven Menschen handelten, und wie diese Menschen jeweils verschiedene Aspekte der Pandemie erlebt hatten. Die insgesamt acht Geschichten folgten dabei vier antagonistisch angelegten Positionen, die inhaltlich von den Themen der Fallstudien inspiriert waren (vgl. Kapitel II). Die kurzen Narrative beruhten zwar auf einer identifizierbaren Werthaltung, die Personen erlebten aber auch jeweils für sich Widersprüche innerhalb dieser Haltung. Zur Leseerleichterung befand sich auf der Rückseite der Karten eine vierzeilige Kurzfassung.

Lisa, eine 13-jährige Schülerin aus dem Kärntner Gailtal, leidet sehr unter der Schließung ihrer Schule. Sie wohnt, ziemlich abgeschieden, auf einem Bauernhof und kann ihre Freundinnen nicht einfach so treffen. Das regt sie sehr auf. Bei ihren Eltern spürt sie zwar Verständnis, aber trotzdem erlauben sie ihr nicht, ihre Freundinnen irgendwo zu sehen. Als sie dann auf der Weide ein paar Kühe sieht, die eng aneinander stehen, denkt sie sich: Die haben es gut, die dürfen zusammenrücken, wie sie wollen. Die im Haushalt lebende Großmutter versteht Lisas schlechte Stimmung gar nicht. Sie sagt, es sei richtig, dass besonders die Jüngeren zu Hause bleiben müssen. Ihr ungezügelter Lebenswandel macht sie doch zu „Virenschleudern“.

Herbert, 46, ist Lehrer einer ersten Klasse einer Wiener Ganztagesvolksschule. Seit Ausbruch der Pandemie ist er insgeheim in Phasen des Homeschoolings erleichtert. Er merkt wohl, dass es ziemlich schwer ist, den Kindern online das zu vermitteln, was sonst gemeinsam in der Klasse geschehen würde. Trotzdem ist er optimistisch, dass entstandene Lücken im Nachhinein geschlossen werden können. Manche Schüler sind beim Online-Unterricht ohnehin recht konzentriert, andere erreicht er aber gar nicht. Auch die übrigen Lehrer, die vor der Pandemie oft stritten, unterstützen sich jetzt bei der technischen Umsetzung der Online-Lehre. Gerade für seine „Taferlklassler“ empfindet er die Schulschließungen positiv, weil sie die notwendigen Hygienemaßnahmen, frisch aus dem Kindergarten kommend, kaum richtig umsetzen könnten. Er fürchtet bei Normalunterricht ein hohes Ansteckungsrisiko.

Abbildung 4: Beispiele für die Vignetten (Reflexionsphase) – eine Auflistung aller Vignetten findet sich im Online-Anhang

Allgemein besteht die **Funktion von Vignetten** darin, kleine Geschichten in einem konkreten persönlichen Kontext zu erzählen, der den Teilnehmer:innen erlaubt, Empathie aufzubauen bzw. sich in diesen Lebenskontext zu versetzen, auch wenn dieser ihnen persönlich fremd ist – oder sich davon abzugrenzen. Die zweite Funktion von Vignetten besteht darin, dass die Teilnehmer:innen durch die konkreten Geschichten bei der Darstellung ihrer eigenen Erfahrungen bzw. in der Diskussion näher an der Realität bleiben. So kann ein „Abheben“ der Diskussion bzw. eine zu oberflächliche, vereinfachte und wenig konkrete Auseinandersetzung weitgehend verhindert werden. Die Vignetten sollen **verhindern**, dass die **Diskussion in eine Schwarz-Weiß-Dynamik** abgleitet, in der es vorwiegend um die plakative Verteidigung der eigenen Positionen geht.

Insbesondere dann, wenn in den Vignetten eine gewisse **Ambivalenz** anklängt – sei es im Hinblick auf die Hauptperson der Kurzgeschichte oder in deren sozialem Umfeld –, wird das **Aufgreifen polarisierender Themen** bzw. des Phänomens Polarisierung selbst erleichtert. Die Einführung einer solchen Ambivalenz sollte es den Moderator:innen leichter machen, die berühmten „Grautöne“ in der Diskussion zu fördern. Die Moderator:innen konnten immer wieder auf die fiktiven Personen verweisen und fragen, wie diese eine bestimmte Aussage sehen oder bewerten würden. Und das ist umso leichter, je konkreter und persönlicher die Protagonist:innen mit wenigen Worten greifbar werden. So wurde in den Dialogveranstaltungen ermöglicht, dass

die Teilnehmer:innen ihre sehr verschiedenen Erfahrungen austauschen konnten, ohne unter Druck zu geraten, diese bewerten zu müssen. Eine solche Form der Interaktion setzt das Anerkennen unterschiedlicher Erfahrungen voraus und führt gleichzeitig zum Gefühl gegenseitiger Wertschätzung.

Indem die Vignetten den persönlichen Kontext in Form von Gedankengängen, Positionsdarstellungen, Wertungen usw. enthielten, erleichterten sie das **Verstehen anderer Positionen** und erlaubten gleichzeitig eine Rückführung der Diskussion auf die Ebene der Protagonist:innen.

Im zweiten Teil der Vignettenarbeit sollten **Wünsche** (zusammen mit Hoffnungen und Sorgen) identifiziert werden, die den Teilnehmer:innen in Bezug auf diese erste Austauschrunde in den Sinn kamen. Dabei sollten die Teilnehmer:innen unterscheiden, ob sich diese Wünsche auf die individuelle oder aber auf die gesellschaftliche Ebene bezogen. So konnte der Blick bewusst auf verschiedene Aspekte des Zusammenlebens gerichtet werden. Ebenso wurde mit dieser Methode der Blick – ohne es explizit anzusprechen oder vorgeben zu müssen – bereits in Richtung Zukunft gelenkt, da Wünsche immer auch eine Projektion in die Zukunft mit sich bringen.

Phase 2: Vision

Im Dialogprozess diente die gemeinsame Entwicklung von Visionen dazu, vom negativ Erlebten zum positiv Imaginierten überzugehen. Visionen sind damit der Schritt von der erinnerten Pandemie-Zeit hin zu einer Zukunftsorientierung –

und damit auch die Tür zu Wünschen und Vorstellungen für eine gemeinsam zu gestaltende Zukunft. Zusätzlich erlaubte dieser methodische Schritt auch, das erfahrungs- und wertebasierte Wissen der Bürger:innen für die darauffolgende Empfehlungsformulierung zu mobilisieren. Auf diese Weise konnte dieses Wissen zur Vorbereitung auf zukünftige Krisen eingebracht werden, ohne dass diese Krise allzu detailliert konkretisiert werden musste.

In diesem Schritt sollte der **Blick der Teilnehmer:innen also in eine positiv bewertete Zukunft** gelenkt werden. Hierzu wurde eine fiktive Krise vorgestellt, die im Ansatz beschrieben wurde, in der Ausgestaltung aber offengelassen wurde. In einigen zentralen Aspekten ähnelte diese Krise der Corona-Pandemie; so war auch hier eine Abwägung (persönlich unterschiedlicher) Einzelinteressen mit dem Gemeinwohl in einer Gesundheitskrise gefragt. Die Teilnehmer:innen wurden jedoch gebeten, weniger auf die technischen Details dieser imaginierten Krise (und mögliche Überschneidungen mit der Pandemie) zu achten, als sich vielmehr einen bestimmten Moment vorzustellen: Das Ziel war die Beschreibung eines Tages in jener zukünftigen Krise, an dem sich bestimmte Aspekte ins Positive wenden. Die Bürger:innen sollten beschreiben, wie diese Wendung ins Positive konkret aussieht, für wen sie wichtig ist und wer sie umsetzt.

Die Teilnehmer:innen standen damit – nachdem sie zuvor etwa 90 Minuten über die vergangene Krise reflektiert hatten – vor der Aufgabe, über die Bedingungen einer guten Krisenbewältigung in der Zukunft nachzudenken. Hiermit wurde **der Übergang hin zur Erarbeitung von Empfehlungen** eingeleitet und gleichzeitig möglichst stark in der Formulierung konkreter Handlungsoptionen verankert. Die Arbeit an diesen Visionen erfolgte gemeinschaftlich an den Tischen – mitunter wurden die Gruppen in zwei Untergruppen geteilt –, um damit gemeinsame Vorstellungen von „gelungenen Krisenbewältigungssituationen“ zu entwickeln. Die erarbeiteten Visionen bestanden daher auch aus Elementen, die als schwierig empfunden wurden (Problemdefinition), um sich dann in einem zweiten Schritt konstruktiv auf diese zu beziehen (Problemlösungsvorschlag). Ein besonderer Fokus lag hierbei auf den (imaginierten) handelnden Akteur:innen der Problemlösung und ihren Strategien. Diese Fokussierung auf Akteur:innen wurde von den Tischmoderator:innen unterstützt, indem zum Teil konkret nach den in den zuvor geäußerten Wünschen enthaltenen Bedürfnissen gefragt wurde – und danach, wie diesen nachgekommen werden könnte. Die Lösung wurde damit als eine ausgearbeitete, sehr kurze Geschichte eines „entscheidenden Tages in dieser zukünftigen Krise, an dem es sich zum Guten wendete“, und damit als **Geschichte von Handlungsfähigkeit in einer Krisensituation** präsentiert.

Phase 3: Empfehlungen

Die gemeinschaftliche Erarbeitung von Empfehlungen durch die anwesenden Bürger:innen stellte die finale Phase

des Dialogprozesses dar. Vorbereitet durch die gemeinsame Rückschau, in der das individuelle Erleben gemeinsam thematisiert wurde, sowie durch das Artikulieren individueller und gesellschaftlicher Wünsche, konnte ein konstruktives Vorausschauen und damit eine Visionsformulierung stattfinden. Bereits in der Reflexionsphase wurde versucht, zwischen dem eigenen vergangenen Erleben und dem gesellschaftlichen Kontext zu übersetzen. In der Visionsphase wurde dann eine Ausrichtung auf Handlungsmöglichkeiten in den Vordergrund gestellt. Diese Orientierung wurde in der Empfehlungsphase beibehalten. Anders als die Visionen der vorangegangenen Phase bezogen sich die Empfehlungen jedoch nicht mehr auf eine fiktive Krise, blieben jedoch weiterhin zukunftsorientiert: Gefragt war nun vorausschauendes Denken unter Berücksichtigung der in der Reflexions- und Visionsphase behandelten Aspekte, um auf kommende reale Krisen besser vorbereitet zu sein. Dieses vorausschauende Denken wurde dann in Empfehlungen übersetzt.

Dabei wurde den Bürger:innen aufgetragen, die **Empfehlungen an Politiker:innen, Wissenschaftler:innen, in der Medienbranche tätige Personen sowie allgemein an Bürger:innen** zu richten. Beschreibbare Vorlagen zu Vision und Empfehlung sollten es den Bürger:innen erleichtern, ganz konkrete Empfehlungen zu formulieren, und sicherstellen, dass sie ein bestimmtes Überthema behandeln (prägnant zusammengefasst in je einer Überschrift). Außerdem wurden die Bürger:innen zum Nachdenken darüber angeregt, aus welcher Sicht die jeweils formulierte Empfehlung besonders relevant sei; auch die Berücksichtigung weniger sichtbarer Personengruppen wurde hier unterstützt. In den beiden der Empfehlungsarbeit vorangegangenen Prozessschritten sammelten die Moderator:innen bereits empfehlungsrelevante Diskussionsaspekte. Darauf aufbauend überlegte man anschließend gemeinsam, welche Empfehlungen sich daraus für zukünftige Krisen ableiten ließen. Die Empfehlungen sollten Ideen und konkrete Maßnahmen enthalten und damit festhalten, was aus Sicht der Bürger:innen wichtig ist, um Polarisierung in zukünftigen Krisen zu verhindern und die Kommunikation zwischen verschiedenen Akteur:innen (in der Krise) zu verbessern.

Zum Ende dieser Phase stellte jeder Tisch „seine“ – an die vier institutionellen Akteur:innen gerichteten – **Empfehlungen der gesamten Gruppe** vor. Die beschriebenen Bögen mit den Empfehlungen wurden anschließend als Ergebnis des Prozesses von Mitarbeiter:innen des IHS digitalisiert und so in eine übersichtliche Form gebracht. (Die Gesamtheit aller Bürgerempfehlungen findet sich im Anhang, vgl. Kapitel V). In einem weiteren Schritt wurden dann alle Empfehlungen nach Kategorien geordnet, um sie (ca. eine Woche nach der letzten Veranstaltung) in kondensierter Form allen teilnehmenden Bürger:innen vorzulegen (vgl. Abschnitt 3.1). Diese wurden gebeten, die Empfehlungen zu priorisieren, und zwar mit Blick auf ihre Eignung, Polarisierung zu reduzieren. Die Ergebnisse dieses Prozesses finden sich in Abschnitt 3.2.

2.3 METHODEN DER WISSENSCHAFTLICHEN BEGLEITFORSCHUNG

Im Rahmen der Dialogveranstaltungen wurde durch die ÖAW und das IHS eine **umfassende Begleitforschung** durchgeführt. Auf Grundlage dieser Datenproduktion kann eine Reihe interessanter Forschungsfragen untersucht werden. So kann zum Beispiel experimentell untersucht werden, wie verschiedene Arten schriftlicher Veranstaltungseinladungen die Bereitschaft zur Teilnahme beeinflussen; wie die Teilnahme bei den Dialogveranstaltungen auf Vertrauen und affektive Polarisierung wirkt oder welche Themen während der Diskussionsveranstaltungen auf welche Weise diskutiert werden. Für den vorliegenden Abschlussbericht ist zuvorderst die Frage interessant, welche der erarbeiteten Empfehlungen die Bürger:innen als besonders relevant bewerten (Abschnitt 3.2) und wie die Teilnehmer:innen die Diskussionsveranstaltung selbst bewerten (Abschnitt 3.3).

Um zu beantworten, welche Empfehlungen als besonders wichtig angesehen werden, wurden alle entwickelten Maßnahmen und Empfehlungen gesammelt und allen Teilnehmer:innen, die vor Ort an den Dialogveranstaltungen teilgenommen haben, zwei Wochen nach Abschluss der Bürgerdialoge zur Bewertung vorgelegt. Auf diese Weise konnte analysiert werden, **welche Empfehlungen den Teilnehmenden besonders wichtig erscheinen**. Um zu beantworten, **wie die Teilnahme von den Bürger:innen bewertet wurde**, wurden nach der Veranstaltung alle Teilnehmer:innen gebeten, den Tag zu bewerten bzw. zu evaluieren. Die Einschätzung dazu, ob eigene Sichtweisen eingebracht wurden und wie die Stimmung war, wurde genauso erhoben wie das Gefühl, selbst einen guten Beitrag geleistet zu haben.

Die Sicherung der anonymisierten Daten sowie deren Auswertung zwecks Beantwortung aller in der Einleitung genannten Forschungsfragen dauert noch an. Alle Forschungsfragen haben ein positives Votum der Ethikkommission des IHS. Mehrere Forschungsfragen wurden zudem präregistriert (<https://osf.io/xekab/>). Bei sämtlichen zum Einsatz kommenden Methoden wurden der Datenschutz und die Wahrung der Anonymität der Teilnehmer:innen mit höchster Priorität beachtet. So sind die Antworten in den Fragebögen durch die Anwendung spezieller Techniken (selbsterstellte Codes) nicht auf die entsprechende Person rückführbar; auch die Aufnahmen der Diskussionen werden lediglich voll anonymisiert weiterverarbeitet. Sobald alle Daten final aufbereitet und dokumentiert sind, werden sie auf Anfrage in öffentlich zugänglichen Datenbanken für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Im Folgenden werden die Methoden im Detail präsentiert.

Fragebögen

Um Einstellungen der Teilnehmer:innen zu erheben, wurden ihnen drei Fragebögen zu drei verschiedenen Messzeitpunkten vorgelegt: am Morgen vor der Veranstaltung, am

Abend nach der Veranstaltung und ca. ein bis zwei Wochen nach der Veranstaltung. Im Online-Anhang befinden sich die Original-Versionen der Fragebögen. Die Befragung konnte online oder mittels eines Papier-Fragebogens durchgeführt werden. Zum **Messzeitpunkt 1**, direkt am Morgen der Veranstaltung, wurde das Vertrauen in die Medien (vier Fragen), das Vertrauen in Forschungseinrichtungen (zwei Fragen), das Vertrauen in die Politik (vier Fragen) und das Vertrauen in andere Menschen (drei Fragen) erhoben. Die affektive Polarisierung zwischen Maßnahmen-Befürworter:innen und -Gegner:innen (jeweils mit fünf Fragen angelehnt an Boxell, Conway & Gentzkow, 2020) sowie die Einschätzung der Polarisierung und die Besorgnis über die Polarisierung wurden ebenso abgefragt. Weiters wurden Persönlichkeitsvariablen (Kontrollüberzeugung, die zentralen fünf Persönlichkeitseigenschaften, nach Rammstedt & John, 2007), die persönliche Betroffenheit und soziodemografische Daten erfasst. Zum **Messzeitpunkt 2**, direkt am Abend nach der Veranstaltung, wurden die Teilnehmer:innen wieder gebeten, die gleichen Fragen zu Vertrauen und Polarisierung wie am Morgen (Messzeitpunkt 1) zu beantworten. Zudem wurden elf Fragen zur Evaluation der Veranstaltung erhoben. Zum **Messzeitpunkt 3**, ca. eine Woche nach der letzten Veranstaltung, wurden die Teilnehmer:innen per E-Mail-Einladung oder Postsendung gebeten, an der letzten Befragung teilzunehmen. Zu den Themen Vertrauen und Polarisierung wurden wieder dieselben Fragen wie zu Messzeitpunkt 1 und 2 gestellt.²

Zudem wurden die aus den erarbeiteten Empfehlungen extrahierten **38 Kernempfehlungen zur Bewertung vorgelegt**. Alle Einstellungsfragen wurden mit einer beschrifteten 5-Punkte-Skala erhoben (z. B. stimme gar nicht zu, stimme eher nicht zu, weder noch, stimme eher zu, stimme voll und ganz zu).

Weitere Erhebungsmethoden der Begleitforschung

Wissenschaftliche Beobachtung: An sieben Standorten wurde an je einem Tisch eine wissenschaftliche Beobachtung durch vier Wissenschaftler der ÖAW und eine Wissenschaftlerin der Universität Graz durchgeführt (in Wien an zwei Tischen). Durch die Beobachtung sollten Aspekte des Ablaufs der Veranstaltung und der Dynamik des Diskurses an den Tischen erfasst werden, und ein **tieferer Einblick in individuelle und kollektive Positionierungen** sollte gewonnen werden. Es handelte sich bei dieser Beobach-

² Die im vorstehenden Abschnitt genannte Literatur ist: Boxell, L., Conway, J., Druckman, J. N., & Gentzkow, M. (2020). *Affective polarization did not increase during the coronavirus pandemic* (No. w28036). National Bureau of Economic Research. Vgl. dazu auch Gangl, K. et al. (2022). Polarisierung in Österreich während der COVID-19-Pandemie: Wie kann Solidarität gestärkt werden. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6216/1/gangl-et-al-2022-polarisierung-oesterreich-covid-19-pandemie-solidaritaet-gestaerkt-werden.pdf>; Rammstedt, B., & John, O.P. (2007). Measuring personality in one minute or less: A 10-item short version of the big five inventory in English and German. *Journal of Research in Personality* 41, 203–212.

tung um eine **offene** (die Teilnehmenden waren also über die Beobachtung informiert), **nichtteilnehmende Beobachtung** (die Beobachterin beteiligte sich nicht an der inhaltlichen Diskussion oder der Moderation). Die Beobachtung wurde teilsystematisch, also mithilfe eines offenen Beobachtungsbogens, durchgeführt. Festgehalten wurden Gegebenheiten der Räumlichkeit und Situation; Abläufe und Ereignisse; Akteur:innen sowie ihre individuellen und kollektiven Verhaltensweisen und Handlungen; soziale Dynamiken; Ausdruck und Gesagtes. Zusätzlich kamen während der Veranstaltungen Diktiergeräte zum Einsatz, um Aufzeichnungen der Tisch-Diskussionen zu erstellen. An jedem Tisch wurde damit eine **Aufnahme aller drei Phasen des Prozesses** angefertigt. Aufgrund der großen Datenmenge befinden sich diese Aufnahmen noch in der Aufbereitung (Transkription) für zukünftige wissenschaftliche Auswertungen.

An einem Beispiel soll im Folgenden kurz illustriert werden, nach welchen Kriterien die Dynamik der Diskussionsprozesse analysiert bzw. beobachtet werden kann und wurde. Alle Beobachtenden wurden mit einer Beobachtungsanleitung ins Feld geschickt, die drei Kernfragen enthielt. **Erstens:** Gibt es Hinweise auf die **Herausbildung einer Gruppenidentität**? Als Hinweis auf die Herausbildung einer Gruppenidentität wurde z. B. gewertet, wenn sich die Bürger:innen an einem Tisch gegenseitig applaudierten, Witze machten, ungezwungen und locker miteinander umgingen, Telefonnummern austauschten oder gemeinsam in die Kaffeepausen gingen. **Zweitens:** Kommen **Ideen von den Teilnehmer:innen**? Werden diese systematisch gesammelt? Hier wurde darauf geachtet, wie lebhaft die Phase der Ideensammlung verlief, wie viele Ideen entwickelt wurden und wie engagiert die Teilnehmer:innen in den Gruppendiskussionen waren. **Drittens:** Nehmen die **Teilnehmer:innen aufeinander Bezug**? Hier wurde darauf geachtet, ob die Bürger:innen in der Gruppendiskussion aufeinander eingehen, nachfragen, gemeinsam bestimmte Argumente weiterentwickeln, gegenläufige Standpunkte ausdiskutieren oder ob die einzelnen Argumente einfach nebeneinander stehen bleiben.

Experimentelle Einladungen: Um die Vielfalt an Meinungen zu erhöhen, wurden verschiedene Einladungsschreiben an die potenziellen Teilnehmer:innen versandt. Eine erste Einladung von der Statistik Austria betonte die Erarbeitung von Lösungen, eine zweite Einladung betonte das Einbringen von Erfahrungen, und eine dritte Einladung betonte die Einbeziehung unterschiedlicher Stimmen. Untersucht wird, welche Einladungen die meisten Zusagen bei welchen Personengruppen erzeugen.

3. WAS SICH DIE BÜRGER:INNEN WÜNSCHEN: ERGEBNISSE DES DIALOGPROZESSES

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse des Dialogprozesses „Österreich am Wort“ dargestellt. Im ersten Schritt werden die von den Bürger:innen entwickelten Empfehlun-

gen präsentiert (Abschn. 3.1). Anschließend wird gezeigt, welche Empfehlungen die Teilnehmer:innen in den Fragen einer Online-Umfrage als besonders wichtig einstufen (Abschn. 3.2). Abschließend wird die Frage beantwortet, ob die teilnehmenden Bürger:innen den Dialogprozess insgesamt als geglückt bewerten oder nicht (Abschn. 3.3).

3.1 WAS DIE BÜRGER:INNEN FÜR DIE BEWÄLTIGUNG ZUKÜNFTIGER KRISEN EMPFEHLEN

185 Empfehlungen wurden im Rahmen des Dialogprozesses in den neun Bundesländern erarbeitet. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle Diskussionsgruppen mindestens je eine **Empfehlung für Politik, Wissenschaft, Medien und die Mitbürger:innen** entwickelt. In sehr vielen Fällen waren die Empfehlungen vielschichtig und haben viele Maßnahmenideen gleichzeitig thematisiert.

Alle Empfehlungen wurden kategorisiert, um gemeinsame, konkrete und abgrenzbare Themen zu finden, um sie durch Kernideen zusammenfassen zu können. Ein erstes Kategoriensystem wurde auf Basis der Daten aus dem ersten Wochenende entwickelt. Eine Wissenschaftlerin hat alle Empfehlungen kategorisiert. Dann wurden alle Empfehlungen und Kategorien zusammen mit einem zweiten Wissenschaftler diskutiert und ergänzt. Die Daten des zweiten und dritten Wochenendes wurden jeweils zur Hälfte von einer Wissenschaftler:in kategorisiert und dann von dem anderen kontrolliert und ergänzt. Insgesamt wurden so **71 verschiedene Kategorien in den Empfehlungen** identifiziert.

Das Kategoriensystem nach dem zweiten Wochenende wurde benutzt, um mit zwei weiteren Wissenschaftler:innen Überkategorien und Kernideen für Empfehlungen zu identifizieren. Auf Basis von Diskussionen unter mehreren Wissenschaftler:innen wurden die 71 Kategorien zu **38 konkreten und abgrenzbaren Empfehlungen** und anschließend zu **neun Kernideen** zusammengefasst. Ziel war es, die konkreten Empfehlungen sehr nahe an der Formulierung der Bürger:innen auszuarbeiten. In Tabelle 3 sind alle 38 Empfehlungen angegeben, die Kernideen, nach denen sie sortiert wurden, werden im Folgenden kurz ausgeführt:

1. Unter dem Motto **„Eigenverantwortung stärken“** wurden Empfehlungen zusammengefasst, die auf zivilgesellschaftliches Engagement (z. B. Nachbarschaftshilfe) und Bürgerbeteiligung abzielen. Auch politische Bildung und ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Politik und Bürger:innen werden darin angesprochen.
2. **„Einigkeit zeigen, an einem Strang ziehen“** umfasst Empfehlungen, die an die Politik appellieren, angesichts einer Krise (partei-)politischen Streit zugunsten einer konzertierten Krisenpolitik zurückzustellen. Dies betrifft auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den maßgeblichen Expert:innen.
3. Die Losung **„Sachlich bleiben“** wird in mehreren Empfehlungen in Richtung der Medien und der Politik ausge-

geben, hierbei geht es um eine klare Trennung von Faktenlage und politischer Meinung in der Berichterstattung und öffentlichen Kommunikation.

4. Die unter der Kernidee „**Vorsorglich, nachhaltig und fürsorglich handeln**“ zusammengefassten Empfehlungen mahnen langfristige Prävention sowie die Bereitstellung von Ressourcen für ein gutes akutes Krisenmanagement an. Bestimmte Aspekte werden hierbei als besonders berücksichtigungswert herausgestellt (Kinder, Ältere, soziale Berufe, psychische Gesundheit).
5. Empfehlungen an die und für den Umgang mit Wissenschaft sind unter der Devise „**Vertrauen in die Wissenschaft stärken**“ versammelt. Die Wissenschaft soll die Grenzen ihres Wissens deutlich machen, basierend auf ihrer Expertise beraten und Ergebnisse verständlich kommunizieren.
6. Unter dem Motto „**Fehler tolerieren, aber auch Kontrolle vorsehen**“ wird von der Politik gefordert, Fehler einzusetzen, und von den Bürger:innen, Verständnis für Fehlentscheidungen aufzubringen. Außerdem soll die Poli-

tik verhindern, dass einzelne Akteur:innen aus der Krise Profit schlagen.

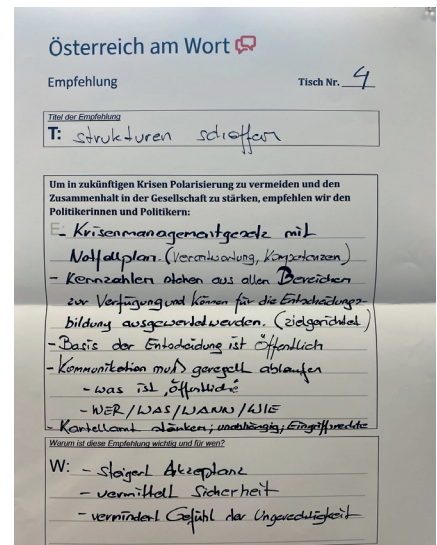
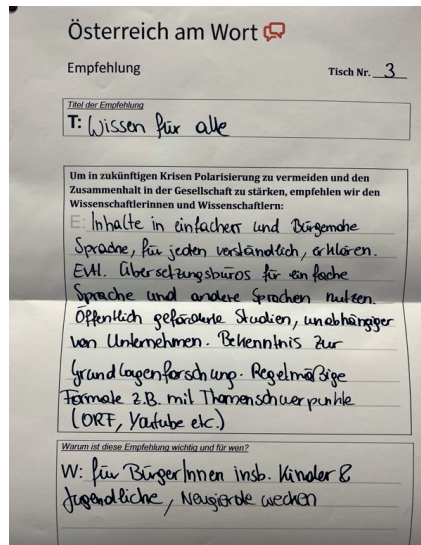
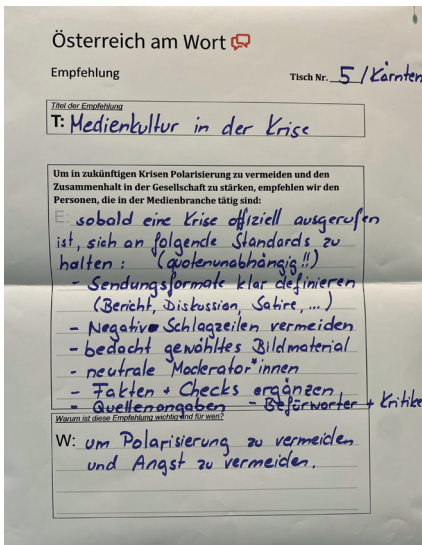
7. Eine Reihe von Empfehlungen fordert „**Respektvollen Dialog fördern**“ mit Blick auf den Umgang zwischen Politik und Bevölkerung, bezieht sich aber auch auf die Kommunikation unter den Bürger:innen.
8. Eine größere Bandbreite öffentlicher Meinungen wird von einer Reihe von Empfehlungen thematisiert, die unter dem Motto „**Vielfalt erhöhen und akzeptieren**“ zusammengefasst wurden. Hierbei werden sowohl politische Repräsentation, Medien und wissenschaftliche Beratung als auch Alltagspraktiken adressiert.
9. Die Kernidee „**Angst reduzieren**“ umfasst Empfehlungen, die sich gegen eine rein negative und als angstmachend empfundene Berichterstattung und politische Kommunikation richten.

Alle 185 Empfehlungen sowie das Kategoriensystem befinden sich im Anhang (siehe Kapitel V). Die 38 konkreten Empfehlungen sind in Tabelle 3 dargestellt:

TABELLE 3: EMPFEHLUNGEN DER BÜRGER:INNEN, GEGLIEDERT NACH IHREN KERNIDEEN

Kernidee der Empfehlung	Nr.	38 konkrete Empfehlungen
Eigenverantwortung stärken	1	Die Politik soll spezielle Bildungsangebote in Schulen, aber auch außerschulisch anbieten, um den Umgang mit Krisen zu verbessern (z. B. Medienverständnis, politische Bildung, Empathie).
	2	Die Bevölkerung soll befähigt werden, selbstständig und kritisch zu denken, und es soll Anreize geben, Bildungsangebote anzunehmen (z. B. Medienverständnis, politische Bildung, Empathie).
	3	Die Politik soll der Bevölkerung Vertrauen schenken und sie dazu motivieren, sich auch ohne Verbote verantwortungsvoll zu verhalten.
	4	Die Bevölkerung soll an politischen Prozessen (Volksabstimmungen, Bürgerforen) teilnehmen und selbst solche organisieren.
	5	In Krisenzeiten soll die Bevölkerung füreinander sorgen und die Gemeinschaft durch Aktivitäten, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe, stärken.
Einigkeit zeigen, an einem Strang ziehen	6	In Krisensituationen soll die Politik nicht streiten, sondern mit Expert:innen einheitlich auftreten und mit einer Stimme sprechen.
	7	In Krisensituationen sollen politische Entscheidungen mit den Ländern und der EU abgestimmt sein.
Sachlich bleiben	8	Besonders in Krisenzeiten sollen „Information“ und „Meinung“ besonders klar getrennt und gekennzeichnet werden, was beispielsweise durch ein (Medien-)Gütesiegel gefördert werden kann.
	9	Der ORF und andere Medien sollen von der Politik unabhängig sein.
	10	Die Politik soll in einer Krise strenge rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, damit Fake News und Hass im Internet verfolgt werden können.
	11	Medien sollen ihre Quellen offenlegen müssen.
	12	Die fachliche Kompetenz der Politiker:innen soll durch eine spezifische Ausbildung verbessert werden.
	13	Die Politik soll nur informieren, aber keine Werbung für spezielle Medikamente oder Therapien machen.

Kernidee der Empfehlung	Nr.	38 konkrete Empfehlungen
Vorsorglich, nachhaltig und fürsorglich handeln	14	Die Politik soll langfristige Präventionspläne mit klaren Zuständigkeiten für verschiedene Krisenszenarien entwickeln.
	15	Die Politik soll die nötige Daten-Infrastruktur aufbauen, um in der Krise datenbasierte Entscheidungen und Kommunikation zu ermöglichen.
	16	Gerade in Krisensituationen soll die Politik auf hilfsbedürftige Gruppen (z. B. Kinder, Ältere) achten und den Zugang zu Hilfsangeboten unbürokratisch gestalten.
	17	Die Politik soll auch in der Krise langfristig gute Rahmenbedingungen erarbeiten, anstatt nur kurzfristige Lösungen zu suchen.
	18	Sozialberufe sollen speziell in Hinblick auf kommende Krisensituationen attraktiver gemacht werden (bspw. mehr Lohn) und in der Krise besonders gestärkt werden.
	19	In Krisen soll die Mobilisierung des Bundesheeres schneller möglich sein.
	20	In Krisen soll es verstärkt Angebote für die psychische Gesundheit geben (Krisentelefon, Schulangebote etc.).
Vertrauen in die Wissenschaft stärken	21	Gerade in Krisensituationen sollen Wissenschaftler:innen die Grenzen ihrer Disziplin kennen und offenlegen, was sie (noch) nicht wissen.
	22	Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen einfach und zielgruppenspezifisch kommuniziert werden (bspw. in Fernsehsendungen oder auf Social Media).
	23	In der Krise soll die Wissenschaft die Ursachen der Krise und wichtige Themen im Zusammenhang mit der Krise untersuchen.
	24	Die Wissenschaft soll transparent und von Politik und Wirtschaft unabhängig sein.
Fehler tolerieren, aber auch Kontrolle vorsehen	25	Auch in Krisen passieren Fehler: Die Politik soll ihre Fehler eingestehen, und die Bevölkerung soll dafür Nachsicht haben.
	26	Die Politik soll Maßnahmen transparent entwickeln, laufend unabhängig prüfen lassen und gegebenenfalls ändern.
	27	In der Krise soll die Politik die Wirtschaft stärker kontrollieren (z. B., um Krisenprofite zu verhindern).
Respektvollen Dialog fördern	28	Die Politik soll regelmäßig Bürgerforen durchführen und die Ergebnisse veröffentlichen.
	29	Gerade in Krisenzeiten soll die Bevölkerung offen und respektvoll miteinander reden, einander zuhören und sich in die Situation von anderen hineinversetzen.
	30	In der Krise soll es Sprechstunden geben, in denen Politiker:innen und/oder Expert:innen Rede und Antwort stehen.
Vielfalt erhöhen und akzeptieren	31	Im Parlament soll zusätzlich eine repräsentative Gruppe an Bürger:innen aus ganz Österreich sitzen.
	32	Für jedes große Krisenthema sollte ein entsprechendes Gremium zur Verfügung stehen und die Vielfalt der wissenschaftlichen Expertise einbringen.
	33	Die Politik soll Anreize für (kostenlos zugängliche) Qualitätsmedien schaffen und die Medienvielfalt sicherstellen.
	34	In Krisensituationen sollen unterschiedliche Verhaltensweisen gleichermaßen toleriert werden (z. B., ob jemand eine Maske trägt oder nicht).
	35	Die Medien sollen alle Seiten und die Bandbreite aller Meinungen darstellen, nicht nur die einseitig extremen Positionen.
Angst reduzieren	36	Medien sollen in Krisenzeiten keine unnötige Angst erzeugen, sondern auch über Positives berichten.
	37	In den sozialen Medien soll die Bevölkerung selbst bestimmen können, welche (positiven/negativen) Krisennachrichten sie sehen will und welche nicht.
	38	In der Krise sollen Medien wissenschaftsbasierte Tipps für den Alltag geben.



Empfehlungen der Bürger:innen. Fotos: BKA

3.2 WELCHE EMPFEHLUNGEN SIND DEN BÜRGER:INNEN BESONDERS WICHTIG?

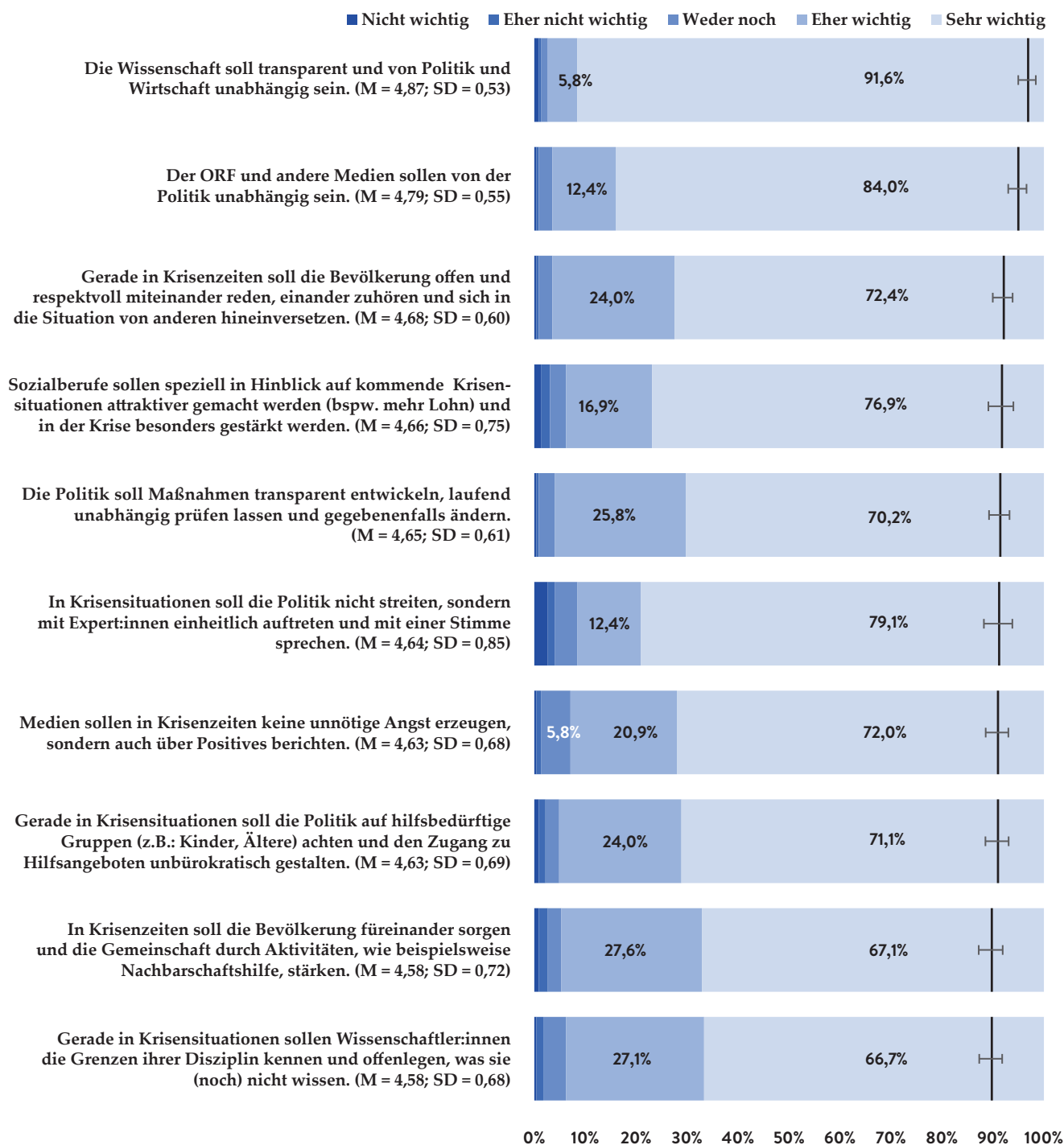
Rund eine Woche nach der letzten Veranstaltung wurde der dritte Fragebogen (Messzeitpunkt 3) an die Teilnehmer:innen per Post oder E-Mail-Einladung versandt. Die Teilnehmer:innen wurden dabei gebeten, die **38 Empfehlungen** auf einer fünfstufigen beschrifteten Skala von „nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“ zu bewerten. Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse aus der Online-Stichprobe enthalten. Insgesamt haben 225 Personen den Online-Fragebogen ausgefüllt (M_{Alter} : 49,8; SD = 15,61; min. 18 Jahre; max. 82 Jahre; 51,6 % weiblich; 48,0 % männlich; 0,4 % divers).

Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit der Empfehlungen als sehr wichtig oder eher wichtig beurteilt wird. Abbildung 5 (Platz 1 bis 10) zeigt jedoch, dass die **Forderung nach Transparenz und Unabhängigkeit der Wissenschaft allgemein als die wichtigste Empfehlung eingeschätzt wird**. Konkret lautet die Empfehlung der Bürger:innen: „Die Wissenschaft soll transparent und von Politik und Wirtschaft unabhängig sein.“ Diese Empfehlung wurde als die wichtigste Empfehlung beurteilt. Wobei der Unterschied zu den un-

abhängigen Medien auf Platz 2 tendenziell („Der ORF und andere Medien sollen von der Politik unabhängig sein“, $t(224) = 1,88$; $p = 0,062$)³ und der Unterschied zu Platz 3 hoch signifikant ist („respektvollen Umgang unter Bevölkerung“, $t(224) = 4,32$; $p < 0,001$). Auch der Unterschied zwischen Platz 2 und Platz 3 ist signifikant $t(224) = 2,66$; $p = 0,008$). Von Platz 3 abwärts wird dann eine Reihe von Empfehlungen (siehe auch Abbildung 6) ähnlich wichtig bewertet, wie jene nach „attraktiveren Sozialberufen“, „unabhängige Prüfung von Maßnahmen“ oder dem „Vermeiden von Angst in den Medien“. Als die am wenigsten wichtigste Maßnahme (siehe Abbildung 7) wird die Empfehlung „In Krisensituationen sollen unterschiedliche Verhaltensweisen gleichermaßen toleriert werden (z. B., ob jemand Maske trägt oder nicht)“ bewertet. Wobei: Auch bei dieser Empfehlung sagen noch immer 60,4 Prozent, dass diese Empfehlung sehr oder eher wichtig ist.

³ $p < 0,05$ als signifikante Unterschiede interpretiert; $p < 0,01$ sind hoch signifikante und bedeutsame Unterschiede, $p < 0,001$ sind wahrscheinlich sehr robuste und sehr bedeutsame Unterschiede.

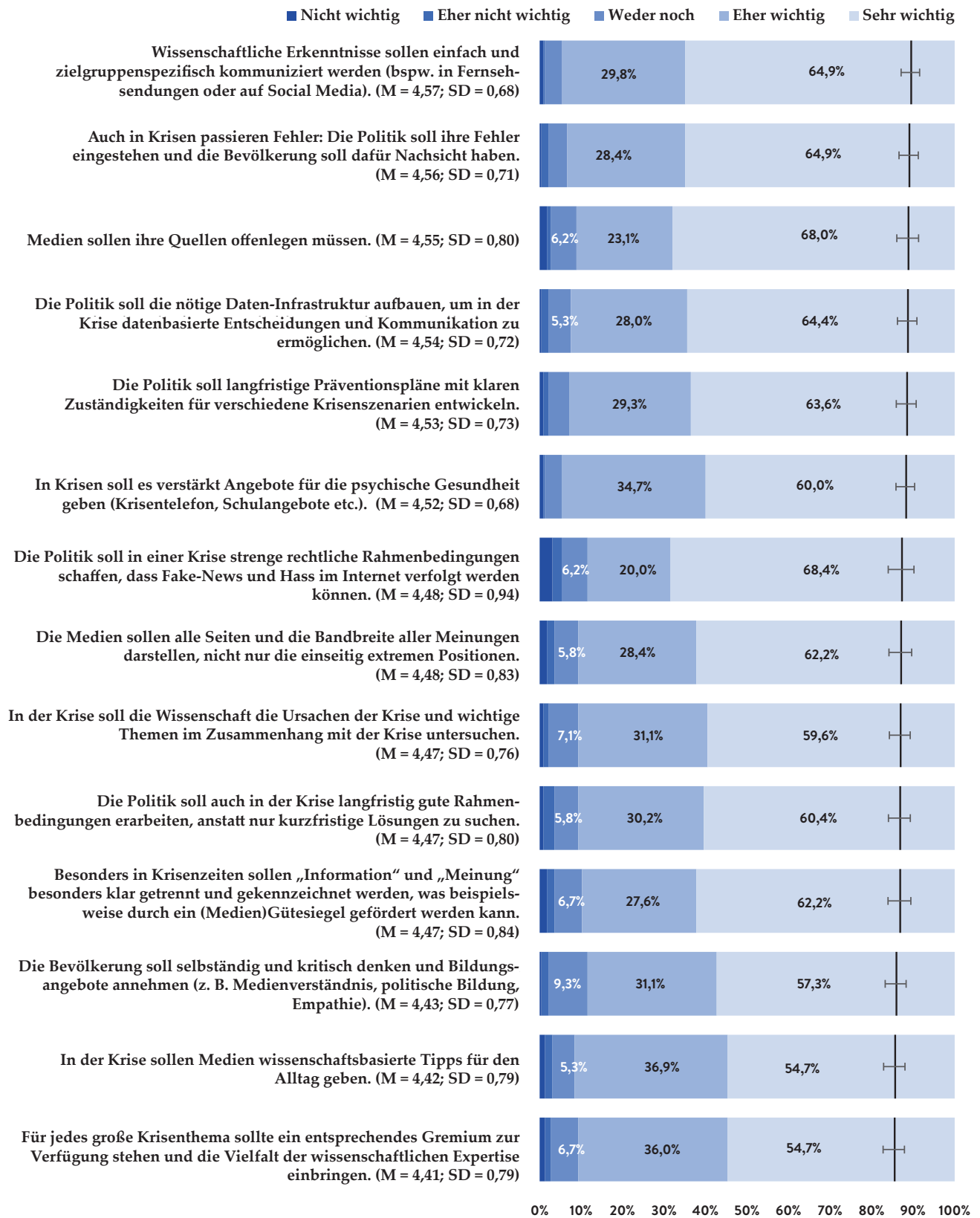
BEWERTUNG DER ENTWICKELTEN EMPFEHLUNGEN PLATZ 1-10



Quelle: IHS-Datensatz, online n = 225; (M = Mittelwert; SD = Standardabweichung); Streuungsmaß um den Mittelwert = 95% Konfidenzintervall; Antworten <5% werden nicht numerisch dargestellt

Abbildung 5: Durch die Bürger:innen bewertete Empfehlungen Platz 1-10

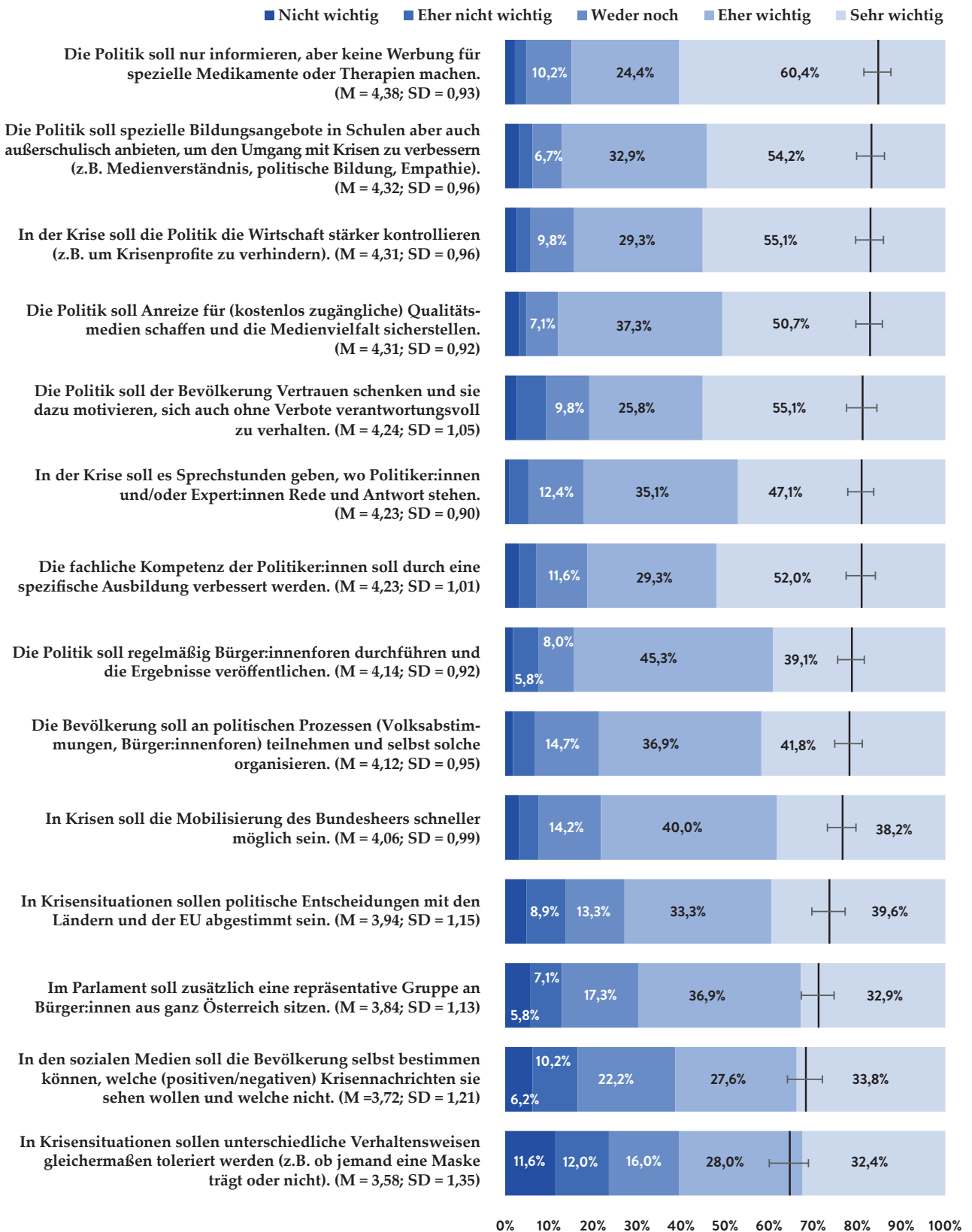
BEWERTUNG DER ENTWICKELTEN EMPFEHLUNGEN PLATZ 11-24



Quelle: IHS-Datensatz, online n = 225; (M = Mittelwert; SD = Standardabweichung); Streuungsmaß um den Mittelwert = 95% Konfidenzintervall; Antworten <5% werden nicht numerisch dargestellt

Abbildung 6: Durch die Bürger:innen bewertete Empfehlungen Platz 11-24

BEWERTUNG DER ENTWICKELTEN EMPFEHLUNGEN PLATZ 25–38



Quelle: IHS-Datensatz, online n = 225; (M = Mittelwert; SD = Standardabweichung); Streuungsmaß um den Mittelwert = 95% Konfidenzintervall; Antworten <5% werden nicht numerisch dargestellt

Abbildung 7: Durch die Bürger:innen bewertete Empfehlungen Platz 25–38

Aus den Ergebnissen können die wichtigsten Empfehlungen abgeleitet werden, die sich jeweils an Politik, Wissenschaft, Medien und die Bürger:innen selbst richten. Exemplarisch werden im Folgenden jeweils die zwei wichtigsten Empfehlungen vorgestellt (die statistisch betrachtet aber nicht noch wichtiger sind als weitere Empfehlungen). An die Politik gerichtet sind beispielsweise die zwei am wichtigsten bewerteten Empfehlungen, jene der **Förderung der Sozialberufe** (insb. mehr Lohn) und dass **Maßnahmen transparent entwickelt und evaluiert** werden sollten. Für die Wissenschaft lauten die zwei wichtigsten Empfehlungen, **transparent und unabhängig von Politik und Wirtschaft** zu sein und die **Grenzen der eigenen Disziplin** und des eigenen Wissens zu kennen. **Den Medien wird empfohlen, unabhängig von der Politik** zu sein und in Krisenzeiten **keine unnötige Angst** zu erzeugen, sondern auch über Positives zu berichten. Die zwei am wichtigsten bewerteten Empfehlungen an die Bürger:innen sind, dass sie in Krisenzeiten **offen und respektvoll miteinander reden** und die **Gemeinschaft stärken** und unterstützen sollen. Diese hervorgehobenen Empfehlungen sind als exemplarisch zu verstehen, weil – wie bereits beschrieben – nahezu alle Empfehlungen als sehr wichtig beurteilt wurden.

Über alle Bewertungen hinweg gibt es nur bezüglich einzelner weniger Empfehlungen Unterschiede zwischen **Männern und Frauen**, aber **keine prinzipiellen Unterschiede** (multivariates $p = 0,16$). Wesentliche Unterschiede ($p < 0,01$) finden sich nur in einer Empfehlung: Frauen ($M = 4,66$, $SD = 0,56$) finden es wichtiger als Männer ($M = 4,39$, $SD = 0,77$), dass es in der Krise mehr Angebot für die psychische Gesundheit geben soll – beide, Frauen und Männer, beurteilen die Empfehlung aber als sehr wichtig. Bezüglich des Alters zeigt sich, dass **mit zunehmendem Alter** einzelne Empfehlungen tendenziell als wichtiger wahrgenommen werden. Die größten Altersunterschiede ($p < 0,01$) finden sich bei den Empfehlungen, dass „die Bevölkerung die Gemeinschaft stärken soll“ (Pearson $r = 0,20$; $p = 0,003$), „die Politik keine Werbung für Medikamente machen soll“ (Pearson $r = 0,22$, $p = 0,001$) und „das Bundesheer in Krisenzeiten leichter mobilisiert werden können soll“ (Pearson $r = 0,20$, $p = 0,003$). Die Ergebnisse zeigen auch **keine großen** bzw. prinzipiellen **Unterschiede über die Bundesländer hinweg** (multivariates $p = 0,083$). Mögliche Unterschiede sind aufgrund der kleinen Fallzahlen von max. 35 Personen pro Bundesland auch nicht robust zu interpretieren. Bezüglich der **Ausbildung gibt es Unterschiede** in der Bewertung der Empfehlungen (multivariates $p = 0,045$). Personen mit Universitätsabschluss bewerten die Empfehlung, dass „im Parlament eine repräsentative Gruppe aus Bürger:innen sitzen soll“ ($p = 0,002$;

Universität: $M = 3,31$; $SD = 1,20$; Lehraabschluss: $M = 4,15$; $SD = 0,98$; Fachschule: $M = 3,81$; $SD = 0,97$; Meister: $M = 3,95$; $SD = 1,06$) oder dass „in sozialen Medien die Bevölkerung selbst die Art der Nachrichten bestimmen können soll“ ($p = 0,014$; Universität: $M = 3,28$; $SD = 1,15$; Lehre: $M = 3,86$; $SD = 1,08$; Fachschule: $M = 4,06$; $SD = 0,95$; Meister: $M = 3,76$; $SD = 1,32$)⁴ als weniger wichtig als andere Ausbildungsgruppen. Beispielsweise finden 44 % der Teilnehmer:innen mit Lehraabschluss ein repräsentatives Parlament wichtig, aber nur 17 % mit Universitätsabschluss.

3.3 WIE DIE TEILNEHMER:INNEN DEN DIALOGPROZESS BEWERTEN

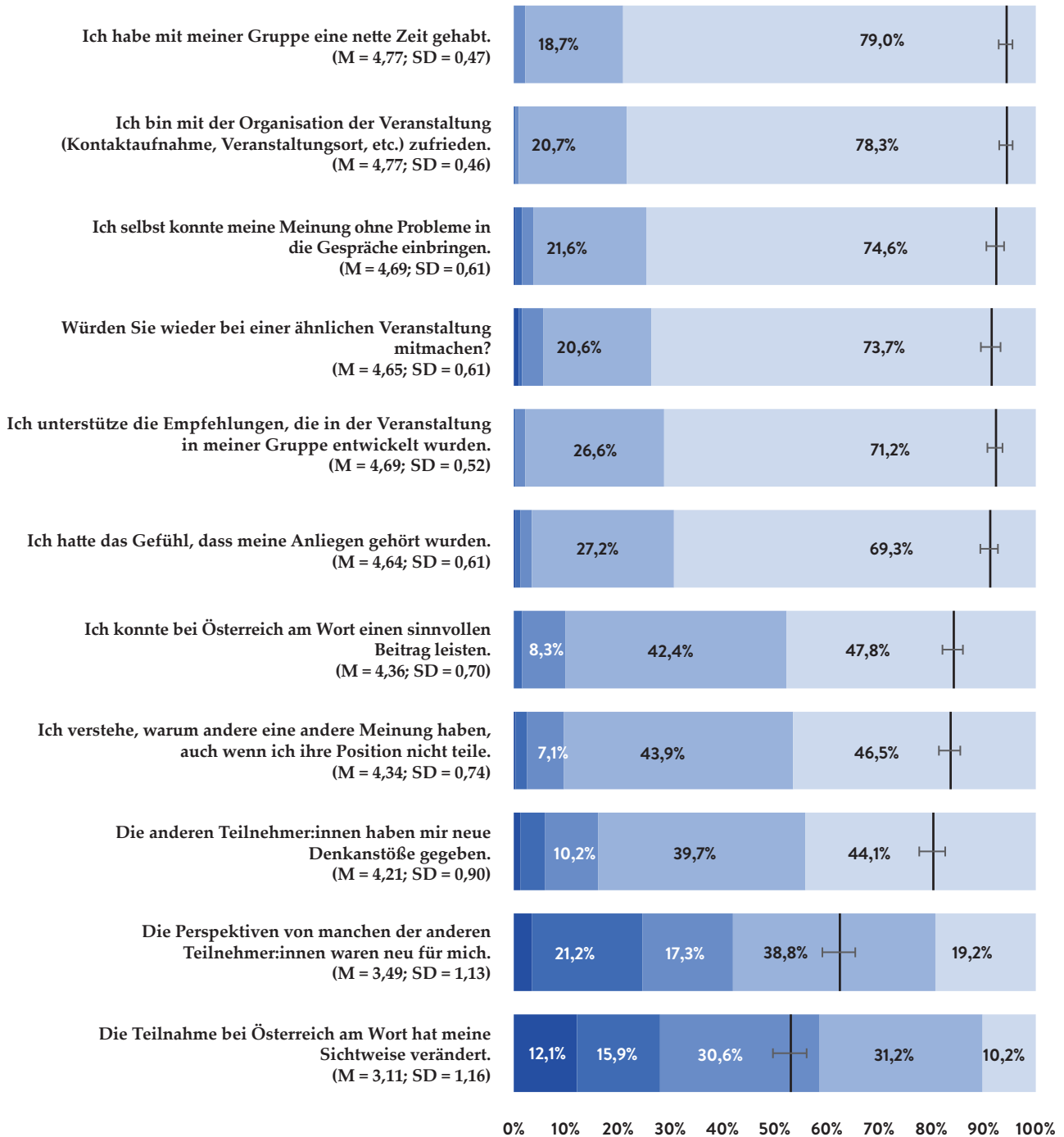
Direkt am Abend nach der Veranstaltung wurden alle Teilnehmer:innen gebeten, einen Fragebogen auszufüllen. Insgesamt haben **317 Personen** (M_{Alter} : 49,9; $SD = 16,29$; min. 18 Jahre; max. 87 Jahre; 51,6 % weiblich, 48,1 männlich; 0,3 % divers) **an der Befragung** online oder auf Papier **teilgenommen**.

Abbildung 8 stellt die Bewertung der Veranstaltung durch die Teilnehmer:innen dar. Die **Teilnahme wird durchgängig als sehr positiv bewertet**. So sagen 94,3 Prozent, dass sie eher oder ganz sicher wieder an einer ähnlichen Veranstaltung teilnehmen würden. Über alle Evaluationsfragen gibt es nur einzelne Fragen, die von Frauen und Männern unterschiedlich bewertet werden, aber **keine prinzipiellen Unterschiede zwischen Männern und Frauen** (multivariates $p = 0,15$). Bezüglich des Alters zeigt sich, dass mit zunehmendem Alter der Teilnehmer:innen der wahrgenommene Effekt und Zuspruch zur Veranstaltung noch steigt. Besonders stark ($p < 0,01$) ist das bei der Beurteilung, dass die anderen Teilnehmer:innen ihnen neue Denkanstöße gegeben haben (Pearson $r = 0,20$; $p < 0,001$), der Bewertung, dass die Empfehlungen der Gruppe unterstützt werden (Pearson $r = 0,17$; $p = 0,003$) und der Bewertung, dass sie mit der Organisation der Veranstaltung zufrieden waren (Pearson $r = 0,15$; $p = 0,007$). Bezüglich des Bundeslandes (multivariates $p = 0,517$), der Ausbildung (multivariates $p = 0,272$), des Job-Status (multivariates $p = 0,09$) und der Größe des Wohnortes (multivariates $p = 0,607$) gibt es nur einzelne, kleine und insgesamt unbedeutende Unterschiede in der Bewertung der Evaluationsfragen.

⁴ Wie in den Abbildungen steht M für Mittelwert, SD für Standardabweichung. Multivariate bedeutet, dass viele statistische Tests zusammengefasst werden.

BEWERTUNG DES TAGES „ÖSTERREICH AM WORT“

■ Trifft gar nicht zu ■ Trifft eher nicht zu ■ Weder noch ■ Trifft eher zu ■ Trifft voll und ganz zu



Quelle: IHS-Datensatz, n = 312-316; (M = Mittelwert; SD = Standardabweichung); Streuungsmaß um den Mittelwert = 95% Konfidenzintervall; Antworten <5% werden nicht numerisch dargestellt

Abbildung 8: Ergebnisse der Evaluierung der Veranstaltung durch die Teilnehmer:innen

4. KONFLIKT UND KONSENS: ZUR DISKUSSIONSATMOSPHERE

Die Dialogveranstaltungen waren von einer **konstruktiven Grundstimmung** unter den Teilnehmer:innen und einem spürbaren **Willen zur inhaltlichen Auseinandersetzung** mit der Pandemie-Zeit geprägt. Dieses Engagement kann gerade angesichts einer allgemeinen „Pandemiemüdigkeit“ nicht hoch genug geschätzt werden. Gegenwärtig ist die von COVID-19 geprägte Zeit kaum mehr Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Die Bereitschaft vieler Bürger:innen, einen ganzen Tag ihres Wochenendes für diese Veranstaltung bereitzustellen, beweist daher die hohe intrinsische Motivation und auch ein weitverbreitetes Bedürfnis, sich im Rahmen einer klaren Zielstellung über die Pandemie-Zeit auszutauschen.

Die konstruktive Gesprächsatmosphäre äußerte sich besonders in der ausgeprägten Bereitschaft der Teilnehmer:innen zum **respekt- und rücksichtsvollen Dialog** – selbst wenn es um kontroverse Themen wie Impfung, Lockdowns oder Schulschließungen ging. Allen Teilnehmer:innen war deutlich bewusst, dass Mitbürger:innen mit zum Teil konträr anderen Meinungen, Einstellungen und Überzeugungen mit ihnen am selben Tisch saßen. Dennoch konnten diese Themen adressiert und in der Runde der Mitbürger:innen – und unter Mithilfe der Moderator:innen – besprochen werden, ohne dass es zu einem Abgleiten in Konflikte verfeindeter Lager kam. **Emotional besetzte Schlagworte** aus der Zeit der Pandemie, die größere Konflikte hervorrufen hätten können, wurden nur in einzelnen Fällen zum Anlass für eine etwas heftigere Diskussion. Meistens setzte man sich eher mit den Mitteln der Ironie oder des Sarkasmus darüber hinweg.

Diese Atmosphäre der **konstruktiven Zusammenarbeit** zeigte sich besonders deutlich in den späteren Phasen der Veranstaltung, wenn die Bürger:innen an jedem Tisch gemeinsam an den Visionen und Empfehlungen arbeiteten. In dieser konzentrierten Arbeitsatmosphäre ließ sich wahrnehmen, dass viele den **Dialogprozess als ein gemeinsames Projekt** verstanden, das mit dem persönlichen Einsatz aller Beteiligten zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden sollte. Aufgrund der klaren Strukturierung des Arbeitsprozesses und der unterstützenden Moderation an den Tischen stand den Teilnehmer:innen das große gemeinsame Ziel, die kollektive Erarbeitung konkreter Empfehlungen, klar vor Augen. Dass neben dieser Kooperation im Rahmen des Prozesses auch viel Raum für persönliche Geschichten und Erfahrungen aus der Pandemie-Zeit blieb, wurde von den Teilnehmer:innen weiterhin zum Austausch genutzt, wobei mehrfach die Besonderheit dieser Veranstaltung, nämlich das Gespräch zwischen „Leuten, die sich sonst nicht begegnen“, betont wurde.

Neben der Bereitschaft zu Kooperation, Austausch und einem konstruktiven Gesprächsklima ließen die Dialogver-

anstaltungen aber auch einen **Willen der Bürger:innen zur inhaltlichen Auseinandersetzung** deutlich erkennen. So wurde von den einzelnen Teilnehmer:innen nicht nur eine Vielzahl interessanter inhaltlicher Aspekte in das Gespräch eingebracht, sondern auch die jeweiligen Themen anderer Teilnehmer:innen wurden in der Regel aufmerksam angehört, und größtenteils wurde darauf Bezug genommen. Die erwähnte Kooperationsbereitschaft bezog sich hierbei nicht nur auf ein allgemeines Gesprächsklima, sondern auch auf eine gemeinsame Beschäftigung mit den aufgeworfenen Themen im Rahmen der Visions- und Empfehlungserstellung. Diese Arbeit ließ deutlich das Interesse erkennen, anhand der von den Bürger:innen eingebrachten Themen einen inhaltlichen **Beitrag zur besseren zukünftigen Krisenbewältigung** zu leisten. Die Veranstaltung konnte damit von der Bereitschaft der Anwesenden, sich mit dem Thema der Krisenprävention und -bewältigung auseinanderzusetzen, profitieren.

Im Rahmen des Dialogprozesses wurden an manchen Standorten bzw. an einigen Tischen auch **Konflikte ausgetragen**. Die Ansichten der Maßnahmenbefürworter:innen und -gegner:innen prallten mitunter aufeinander. Gerade das Thema **Impfen und Impfpflicht** war Anlass zu kontroverser Diskussion. Während in diesem Zusammenhang zum Beispiel eine Teilnehmerin darauf bestand, sich und ihre Kinder weiterhin vor einer Impfung zu bewahren, versuchten andere Teilnehmer:innen vehement, ihr die Vorzüge der Impfung nahezubringen. Nach lebhafter, moderierter Diskussion einigte man sich darauf, die Standpunkte der jeweils anderen Seite zu akzeptieren, ohne jedoch deren Meinung zu übernehmen, ganz nach dem Motto „**Verstehen, aber nicht einverstanden sein**“. So ermöglichte das aktive Zuhören eine Verständigung, aber keinen Konsens. Die verschiedenen Meinungen blieben letztlich nebeneinander stehen.

Der Dialogprozess war von Anfang an darauf ausgelegt, ein **öffentlich vorzeigbares Ergebnis**, nämlich eine Reihe abgewogener Bürgerempfehlungen **möglich zu machen**. Jeder Dialogtag war daher zeitlich **eng getaktet**, und die oben beschriebene prozessuale Vorgehensweise hatte darum zum Ziel, aus einer bunt zusammengesetzten Gruppe einander fremder Personen ein **arbeitsfähiges Team** zu formen. Im Vordergrund stand die Entwicklung von Teamgeist, nicht von Widerspruch und Dissens. Die einzelnen Arbeitsschritte zielten in Summe daher vor allem darauf ab, eine konstruktive Diskussionsatmosphäre herzustellen, um den Arbeitsfluss nicht zu gefährden. Die Moderation achtete darauf, den für die gemeinsame Verabschiedung von Empfehlungen notwendigen Konsens zu erzielen; es ging in erster Linie nicht darum, tiefgreifende Grundwertedebatten zu entfachen. Deeskalation war die oberste Devise.

Für die Veranstaltung zukünftiger Dialogprozesse ergibt sich daraus eine **methodische Lehre**: Wenn man besonderen Wert darauf legt, dass am Ende eines Dialogtages etwas

„Zählbares“ herauskommt, kann es unter Umständen passieren, dass real existierende Konflikte nicht offen ausgetragen werden – schließlich geht es vor allem darum, in relativ kurzer Zeit konsensfähige Empfehlungen zu produzieren. Es besteht also die Gefahr, dass die **Freiräume zu eigenständiger Schwerpunktsetzung und frei flottierender Reflexion eng** werden. Wenn man hingegen in der Schwerpunktsetzung der Diskussion große Freiheiten lässt, kann es passieren, dass Konflikte zwar offener ausgetragen werden, am Ende des Tages jedoch unklar bleibt, welche Gemeinsamkeiten und welche Konsenschancen bestehen. In jedem Fall trägt die gemeinsame Konzentration auf die Entwicklung öffentlich relevanter Empfehlungen zur Motivation der Teilnehmenden bei – auch das hat der aktuelle Dialogprozess deutlich gemacht.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Dialogprozesses zusammengefasst und diskutiert. Insbesondere wird dabei auf den Original-Wortlaut der Bürger:innen sowie die Fallstudien zurückgegriffen.

Aus den Dialogveranstaltungen in allen neun Bundesländern sind **insgesamt 185 Empfehlungen** hervorgegangen. Wir haben daraus 38 Kernempfehlungen abgeleitet und diese **Kernempfehlungen** den Bürger:innen im Rahmen einer Befragung **zur Bewertung vorgelegt**. Zwei Empfehlungen wurden dabei als etwas wichtiger als andere bewertet: **die transparente und unabhängige Wissenschaft sowie die unabhängigen Medien**. Die am wichtigsten bewerteten Empfehlung nach einer transparenten und unabhängigen Wissenschaft bestätigt die Ergebnisse aus der Fallstudie 5 „Wissenschaftsskepsis“. Eine Befragung im Juni und Juli 2023 zeigt, dass sich Wissenschaftsskepsis in Österreich weniger auf die Ablehnung wissenschaftlicher Methoden stützt, sondern vielmehr auf die Annahme, dass die Wissenschaft nicht unabhängig von Politik und Wirtschaft ist (vgl. Kapitel II, Fallstudie 5).

Insgesamt wurden **nahezu alle Empfehlungen** als hoch relevant angesehen. Im Folgenden werden die wichtigsten Empfehlungen je Akteur:in auf Basis der originalen Aussagen aus den 185 Empfehlungen detaillierter ausformuliert (alle Empfehlungen finden sich im Anhang, Kapitel V). Exemplarisch werden dabei die **zwei Empfehlungen für jede:n Akteur:in** wiederholt, die von den Teilnehmer:innen jeweils am wichtigsten bewertet wurden (wobei sich die Bewertung nicht notwendigerweise deutlich von den jeweils auf den dritten Platz befindlichen Empfehlungen unterscheiden muss).

– Empfehlungen an die Politik:

- (1) **„Sozialberufe sollen speziell in Hinblick auf kommende Krisensituationen attraktiver gemacht werden (bspw. mehr Lohn) und in der Krise besonders gestärkt werden.“** In Bezugnahme auf die

Originalaussagen aus den ursprünglichen Empfehlungen der Teilnehmer:innen meint diese Empfehlung, dass Sozialberufe bzw. alle Gesundheitsberufe und speziell die Pflege durch bessere Bezahlung attraktiver gemacht werden sollten. Durch die Stärkung der Sozialberufe soll eine bessere Vorbereitung auf kommende Krisen geschaffen werden und somit ein Beitrag zur vorausschauenden Krisenprävention geleistet werden.

- (2) **„Die Politik soll Maßnahmen transparent entwickeln, laufend unabhängig prüfen lassen und gegebenenfalls ändern.“** In den Empfehlungen der Teilnehmer:innen wird vorgeschlagen, dass Maßnahmen und Entscheidungen gemeinsam und transparent mit der Wissenschaft entwickelt werden und nach gegebener Zeit evaluiert werden sollen. Zudem sollen (finanzielle) Förderungen zweckgebunden sein, und dazugehörige Transparenz, Kontrolle und Regulierungen sollen Korruption und Vorteilnahme in Krisenzeiten verhindern.

– Empfehlungen an die Wissenschaft:

- (1) **„Die Wissenschaft soll transparent und von Politik und Wirtschaft unabhängig sein.“** Die Teilnehmer:innen fordern, dass Expert:innen inhaltlich und wirtschaftlich unabhängig und neutral sein sollen. Zudem sollen Fakten transparent und ohne Konkurrenzdruck zwischen den Disziplinen kommuniziert werden.
- (2) **„Gerade in Krisensituationen sollen Wissenschaftler:innen die Grenzen ihrer Disziplin kennen und offenlegen, was sie (noch) nicht wissen.“** Die Teilnehmer:innen wünschen sich, dass Wissenslücken, Schwankungsbreiten und Unsicherheiten offengelegt werden und auch kritische Gegenstimmen zugelassen werden. Wissenschaftler:innen sollen erst dann an die Öffentlichkeit gehen, wenn Lösungen vorhanden sind. Sie sollen ehrlich sein, wenn Wissen fehlt.

– Empfehlungen an die Medien:

- (1) **„Der ORF und andere Medien sollen von der Politik unabhängig sein.“** Die Bürger:innen fordern, dass die mediale Berichterstattung objektiv, fair, sachlich, wertfrei und kritisch unabhängig sein soll. Quellen sollen angegeben werden.
- (2) **„Medien sollen in Krisenzeiten keine unnötige Angst erzeugen, sondern auch über Positives berichten.“** Die Teilnehmer:innen empfehlen, dass die Medien in der Krise keine Panik verbreiten, sondern auch Positives, Lösungen und Vorbilder in den Fokus stellen sollen. Auch Themen abseits der Krise sollen vorkommen bzw. soll es medial auch einmal Pausen von der Krise geben und die Ruhe bewahrt werden.

– Empfehlungen an die Bürger:innen:

- (1) **„Gerade in Krisenzeiten soll die Bevölkerung offen und respektvoll miteinander reden, einander**

zuhören und sich in die Situation von anderen hineinversetzen.“ Die Teilnehmer:innen wünschen sich, dass die Menschen Mitgefühl und Empathie zeigen sowie fair sein sollten. Die Bürger:innen sollen das Gemeinsame und nicht nur das Trennende sehen und unterschiedliche Werte und Sichtweisen akzeptieren und respektieren. Die Bürger:innen wünschen sich, dass mehr und offen und miteinander geredet und über Inhalte diskutiert wird, um sich auszutauschen und einander zuzuhören.

- (2) **„In Krisenzeiten soll die Bevölkerung füreinander sorgen und die Gemeinschaft durch Aktivitäten, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe, stärken.“** Die Bürger:innen empfehlen, dass sich die einzelnen Menschen in Krisenzeiten für die Gemeinschaft einsetzen sollen. Strukturen für gegenseitige Hilfe sollen von den Bürger:innen geschaffen und genutzt werden. Die Menschen sollen füreinander da sein und Solidarität zeigen.

Auch wenn die Empfehlungen an die Politik nicht als die allerwichtigsten Empfehlungen bewertet wurden, ist klar, dass **alle Empfehlungen auch immer die Politik mitadressieren**. Die Politik soll finanzielle und strukturelle Ressourcen zur Verfügung stellen bzw. aufbauen, damit Wissenschaft und Medien noch unabhängiger arbeiten können. Dennoch ist klar, dass es auch in der Verantwortung der jeweiligen anderen Akteur:innen liegt, die Empfehlungen ernst zu nehmen, zu diskutieren und konkrete Maßnahmen für den eigenen Bereich abzuleiten und umzusetzen. Die Tatsache, dass Empfehlungen zu Wissenschaft und Medien zu den wichtigsten gezählt wurden, zeigt die große Verantwortung, die diese Akteur:innen tragen – es wäre **unredlich**, die konkrete **Umsetzung der Empfehlungen nur auf die Politik zu schieben**. Die Wissenschaft selbst steht ebenso wie die Politik und die Gesellschaft in der Pflicht, ihre eigene Rolle als maßgebliche Wissensproduzentin und Politikberaterin gerade im Hinblick auf zukünftige Krisen kritisch zu reflektieren. Gleichzeitig zeigt die an die Mitbürger:innen gerichtete Empfehlung, einen respektvollen Umgang zu pflegen und soziales Engagement zu zeigen, dass der Verpflichtung zur Eigenverantwortung ein hoher Wert zugeschrieben wird. Auch wenn es flankierender Maßnahmen seitens der Politik bedarf, um das bürgerschaftliche Engagement gerade in zähen, langwierigen Krisen auf Dauer zu stellen, so wird die Verantwortung nicht allein an die Politik adressiert. Insgesamt wurden die meisten der 38 vorgelegten Empfehlungen als sehr wichtig bewertet, und die originalen 185 Empfehlungen bieten die Möglichkeit, diese Ideen zu vertiefen und auf dieser Basis konkrete Maßnahmen abzuleiten (die gesammelten Empfehlungen finden sich in Kapitel V).

Der **Dialogprozess wurde von den Teilnehmenden sehr positiv aufgenommen**. Das lässt sich mit Zahlen belegen: Rund **95 Prozent der befragten Teilnehmer:innen** würden

bei einer ähnlichen Veranstaltung **wieder teilnehmen**, und 41 Prozent berichten sogar, dass die Teilnahme am Dialogprozess ihre Sichtweise auf manche Dinge verändert habe. Bezüglich Alter, Geschlecht, Ausbildung und Bundesland gibt es nur kleine, aber keine systematischen Unterschiede – weder in der Beurteilung der Empfehlungen noch in der Bewertung des Tages. Dieses Ergebnis deutet an, dass Dialogveranstaltungen wie „Österreich am Wort“ eine Maßnahme sein können, um die Polarisierung in der Gesellschaft zu reduzieren. Die Tatsache, dass viele Personen einen ganzen Tag lang mit anderen diskutiert, gestritten, aber auch gelacht haben, mit denen sie ansonsten nichts zu tun haben, obwohl sie alle aus denselben Regionen Österreichs kommen, wird von den Teilnehmer:innen als sehr bereichernd erlebt.

Die Tatsache, dass man in Dialogveranstaltungen nebeneinander sitzt und sich ins Gesicht schaut, führt fast automatisch dazu, dass andere Meinungen und Positionen nicht so stark abgewertet werden. **Direkte Interaktion unter Anwesenden führt tendenziell zu einer Versachlichung** der Diskussion. Im Alltag hingegen wird vor allem übereinander statt miteinander geredet, und Diskussionen im anonymen Internet verführen dazu, aggressiver und abschätziger aufzutreten, als dies im echten Leben der Fall wäre. Gerade in Krisenzeiten könnten Dialogveranstaltungen Räume für eine offene, respektvolle Debatte über unterschiedliche Sichtweisen bieten. In zukünftigen Krisen könnten daher die Dialogveranstaltungen noch während der Krise und nicht erst danach sinnvoll sein. Besonders der Blick auf den Streit um die Impfpflicht macht deutlich (vgl. Kapitel II, Fallstudie 2), dass der **Dialog schon in der akuten Phase einer Krise** ein wichtiges Element sein könnte, **um Polarisierung vorzubeugen**. Allerdings muss dafür die Einladungspolitik auch sicherstellen, dass tatsächlich jene Vielfalt an Meinungen vor Ort vorhanden ist, die auch in der Gesellschaft existiert. Durch die konstruktive, hochprofessionelle und zielorientierte Unterstützung der Statistik Austria und die wohlformulierten Einladungsbriefe ist es den Dialogveranstaltungen gelungen, die Vielfalt der möglichen Perspektiven sicherzustellen. Das methodische Vorgehen bei „Österreich am Wort“ bietet eine gute Basis, um Dialogveranstaltungen in anderen Settings durchzuführen und weiterzuentwickeln.

Jede Methode hat ihre **Grenzen**. Der guten wissenschaftlichen Praxis folgend sollen die wichtigsten Limitationen des vorliegenden Dialogprozesses kurz angesprochen werden. Man könnte einwenden, dass bei den Dialogen **keine Kinder und keine spezifisch vulnerablen Gruppen anwesend** waren. Immerhin wurde aber versucht, über die Vignetten auch bewusst die Situation der Kinder in die Diskussion einzubringen. Zudem wurde besonders darauf geachtet, dass auch ältere Menschen an den Diskussionen beteiligt sind, die sicherlich über eine gewisse Erfahrung zur Situation von Kranken und Pflegebedürftigen verfügen. Zweitens: Die Durchführung **einzelner Dialogveranstaltungen** ist

natürlich **nicht ausreichend, um Polarisierung zu reduzieren**. Gleichwohl ist die vorliegende Teilnehmer:innenzahl von über 300 Personen auch im internationalen Vergleich einzigartig. Nur in sehr wenigen Ländern wurden bisher Dialogveranstaltungen auf Grundlage repräsentativer Bevölkerungsstichproben in dieser Größe umgesetzt. Die vorliegenden Daten zeigen, dass die **Teilnehmer:innen ihre Sichtweisen verändert und das Verständnis für andere Meinungen verbessert** haben. Dies spricht dafür, dass Dialogveranstaltungen vielleicht nicht das einzige Mittel, aber jedenfalls eine bedeutsame Methode sein können, um Polarisierung zu begegnen.

Der Zuspruch durch die Teilnehmenden an „Österreich am Wort“, die konstruktive Diskussionsatmosphäre vor Ort sowie die ernsthaften und konkreten Empfehlungen zeigen, dass Dialogveranstaltungen einen positiven Beitrag in einer von Krisen geschüttelten Gesellschaft darstellen. Auf Basis der vorliegenden Befunde kann empfohlen werden, diese Formate weiterzuführen und weiterzuentwickeln.

KAPITEL IV
KURZFASSUNG DES
GESAMTBERICHTS

KURZFASSUNG DES GESAMTBERICHTS

ANLASS, ZIELSETZUNGEN UND ORGANISATION DES PROJEKTS

Im Frühjahr 2023 kündigte die österreichische Bundesregierung einen „**Corona-Aufarbeitungsprozess**“ an. Diese Initiative nahm die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) zum Anlass, ihre Forschung zur Corona-Krise, die in der Leistungsvereinbarung mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) beschlossen wurde, zu intensivieren. Alexander Bogner, Soziologe an der ÖAW, setzte ein **Projekt** auf, das sich zum Ziel setzte, Lehren aus der Pandemie zu ziehen, um künftigen Krisen besser begegnen zu können.

Das Projekt bestand aus zwei großen Teilen: Im **wissenschaftlichen Teil** wurden in fünf sozialwissenschaftlichen Fallstudien Kernaspekte des gesellschaftlichen Umgangs mit der Pandemie untersucht, und zwar anhand der Themen *Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit* (II.1.); *politischer Umgang mit Zielkonflikten wie der Impfpflicht* (II.2) und dem *Distance Learning/Schulschließungen* (II.3.); *wissenschaftliche Politikberatung* (II.4.) und *Wissenschaftsskepsis* (II.5.). **Fünf Projektteams** mit institutionellen Wurzeln an der ÖAW, dem Zentrum für Soziale Innovation (ZSI), dem Medienhaus Wien und der Universität Wien führten die Untersuchungen im Zeitraum von **April bis November 2023** durch. Die Festlegung der Themenstellungen, die Zusammenstellung des Projektteams, die Auswahl der Methoden, die Erhebung und Auswertung der Daten, kurz: der gesamte wissenschaftliche Prozess verlief **völlig unabhängig von der Politik**.

Im zweiten Teil des Projekts wurde ein groß angelegter **Dialogprozess** aufgesetzt. Unter dem Titel „*Österreich am Wort*“ veranstaltete das Bundeskanzleramt auf Basis eines Konzepts der ÖAW und des Instituts für Höhere Studien (IHS) im Zeitraum von **Mitte Oktober bis Anfang November 2023** eine Reihe von eintägigen Dialogveranstaltungen in allen neun Bundesländern. Insgesamt nahmen 319 Bürger:innen daran teil. Ziel war es, eine **vertiefende Diskussion** über Krisenerfahrungen und den erwünschten Umgang mit künftigen Krisen zu ermöglichen, *nicht* aber wissenschaftlich repräsentative Aussagen zu erzielen. Die Auseinandersetzung der Bürger:innen mit Themen, die teilweise auch in den sozialwissenschaftlichen Fallstudien behandelt wurden, stellte eine fruchtbare Verknüpfung zwischen den beiden – methodisch sehr verschiedenen – Projektteilen her.

FALLSTUDIE 1: POLARISIERUNG IN MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT

Medien und Journalismus haben bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit der COVID-19-Pandemie eine zentrale Rolle gespielt. Doch inwiefern besteht ein Zusammenhang zwischen der **medialen Kommunikation über COVID-19** und Prozessen **gesellschaftlicher Polarisierung**? Dieser Frage gingen drei Analysen aus medien- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive nach.

Anhand eines **Scoping Review** (Teil 1), das bislang vorliegende Forschungsergebnisse zur medialen Kommunikation der Pandemie sichtet und ordnet, lässt sich zeigen, dass die Polarisierung in Medien und Öffentlichkeit während der Pandemie weitgehend **themenbezogen** blieb, also eine Aufspaltung der politischen Ansichten in zwei Meinungslager stattfand. Erst in der Impfdebatte ist infolge der weltanschaulich aufgeheizten öffentlichen Diskussion **ansatzweise** eine aufkeimende **gruppenbezogene Polarisierung** erkennbar, in der sich zwei Gruppen in gegenseitiger Abneigung voneinander abgrenzten. Dies erstreckt sich auch auf andere Themen wie die Klimakrise. Diese Polarisierung ist im Kontext einer in den sozialen Medien beobachtbaren **Verschiebung** des politischen Meinungsklimas nach rechts zu sehen und blieb nicht ohne negative Auswirkungen auf die in Krisenzeiten ohnehin bedrohte Zufriedenheit mit demokratischen Regelungsmechanismen. Überdies hatten Desinformation und Verschwörungstheorien über den Kreis der Anhänger:innen hinaus eine destabilisierende Wirkung.

Eine **Sekundäranalyse von Umfragedaten zur Mediennutzung in Österreich** (Teil 2) macht deutlich, dass ein ab März 2020 sehr rascher Zustrom der Bevölkerung zu Traditionsmedien mit hohem Vertrauen in deren Berichterstattung im Pandemieverlauf systematisch zurückging. Bereits nach dem ersten Corona-Jahr wurde Medien öfter zugeschrieben, sie hätten stärker zu einer „*Eskalation der Krise*“ beigetragen als zu sachlicher Aufklärung für deren Bewältigung. Ein nach Medientiteln unterschiedlicher, in Summe aber kontinuierlicher **Verlust der Imagewerte** traditioneller Nachrichtenmarken bei deren Krisenkommunikation verlief bis 2023 symbiotisch zu jenem der Bundesregierung und weiterer politischer Institutionen. Schon ab Anfang 2022 gaben rund 40 Prozent der Bevölkerung zudem an, Corona-Nachrichten bewusst (sehr) häufig überhaupt zu meiden.

Eine **Interviewstudie mit österreichischen Journalist:innen** (Teil 3) verschiebt den Fokus schließlich auf die Perspektive der Medienpraxis. Die Ergebnisse zeigen, dass

die Pandemie den **Arbeitsalltag** in den Redaktionen in vielerlei Hinsicht auf die Probe gestellt hat. Zwar hat sich das Selbstverständnis journalistischer Akteur:innen unter dem Einfluss von COVID-19 nicht grundlegend verändert. Ihren eigenen **Einfluss auf Prozesse** gesellschaftlicher **Polarisierung** und Integration reflektieren die Studienteilnehmer:innen jedoch überaus ambivalent. Auf Grundlage der Erhebung leiten wir Empfehlungen für die Medienpraxis in künftigen Krisenszenarien ab:

- **Vertrauen schaffen:** Einfache redaktionelle Maßnahmen wie ein verbessertes Fehlermanagement oder ein Bekenntnis zu Transparenz in allen Phasen des Publikationsprozesses können die Glaubwürdigkeit des österreichischen Journalismus steigern.
- **Positiv denken:** Ein Narrativwechsel im Sinne des konstruktiven Journalismus birgt nicht nur in Zeiten der Krise Potenziale: Journalistische Inhalte sollten immer handlungs- und lösungsorientiert sein – und nicht ausschließlich Extreme darstellen.
- **Dialog als Grundsatz:** Im Kampf gegen gesellschaftliche Polarisierung nimmt Dialogbereitschaft eine Schlüssel-funktion ein. Das Bedürfnis vieler Rezipient:innen nach mehr Austausch sollte sich auch künftig in der Entwicklung neuer Formate widerspiegeln – idealerweise unter Einbeziehung aller Perspektiven.

FALLSTUDIE 2: POLITISCHE ZIELKONFLIKTE I – DIE IMPFPFLICHT

Österreich hat Anfang 2022 als einziges EU-Land eine allgemeine COVID-19-Impfpflicht eingeführt. In dieser Fallstudie geht es **nicht** um eine **Evaluierung der Maßnahme**, sondern um eine Beurteilung des **politischen Prozesses**, der sie begleitete. Dabei zeigt sich, dass der überraschenden Verkündung der Impfpflicht **keine ergebnisoffene** öffentliche **Debatte** vorausging oder folgte. Um diese Entscheidung politisch außer Streit zu stellen, wurde sie als einzig rationale Reaktion auf einen Sachzwang dargestellt, der sich aus der niedrigen Impfquote ergab. Diese **Rhetorik der Alternativlosigkeit** trug letztlich zu einer moralischen Aufladung der Impftematik bei. Schließlich musste jegliche Maßnahmenkritik als Ausdruck einer schädlichen Gesinnung erscheinen, die die Einsicht in die Notwendigkeit verhinderte. Diese **Moralisierung der Impfung** hat maßgeblich zur Polarisierung beigetragen: Der Impfstatus wurde zum alleinigen Kriterium, um Bürger:innen zwei gegensätzlichen Gruppen zuzuordnen und mit stereotypen Eigenschaften zu versehen. Folgende **Empfehlungen** für den Umgang mit politischen Zielkonflikten in zukünftigen Krisen leiten wir daraus ab:

- **Debatte fördern:** In Zielkonflikten lässt sich selten ein Konsens finden, der alle überzeugt. Zustimmung zur politischen Lösung lässt sich nur durch ergebnisoffene Verständigungsprozesse erreichen, in denen unterschiedliche Positionen repräsentiert sind.

- **Begründen, nicht verkünden** – das muss das Motto demokratischer Politik sein. Für das Vertrauen in die Regierung ist entscheidend, dass der politische Abwägungsprozess deutlich wird und Entscheidungen nachvollziehbar begründet werden. Der Verweis auf angebliche Alternativlosigkeit wirkt langfristig vertrauensschädigend.
- **Vorsicht vor heroischen Maßnahmen!** In zähen, langwierigen Krisen ist es für Politiker:innen verlockend, zu Maßnahmen zu greifen, die mit einem Schlag ein endgültiges Ende der Krise versprechen. Ein „Notausgang“ wie die Impfpflicht wird der Komplexität der Thematik jedoch selten gerecht und lässt den Zielkonflikt unbearbeitet.

FALLSTUDIE 3: POLITISCHE ZIELKONFLIKTE II – DISTANCE LEARNING / SCHULSCHLISSUNGEN

In der Pandemie erschienen Schulschließungen bzw. die Umstellung des Unterrichts auf Distanzlernen einerseits als effektives Mittel zur **Kontaktbeschränkung**. Andererseits erwiesen sie sich als nachteilig im Hinblick auf Lern- und Kompetenzverluste, sozial ungleiche Bildungschancen und psychosoziale Belastungen von Kindern und Jugendlichen. Dieser politische Zielkonflikt wurde in Österreich bis in den Herbst 2021 eher zugunsten der Kontaktbeschränkung aufgelöst, die Schulen wurden mehrfach geschlossen und sehr zögerlich wieder geöffnet.

Die Politik der Schulschließungen und -öffnungen fand dabei in einem überwiegenden Prozess des „Durchwurstelns“ statt, der vorwiegend auf **Infektionszahlen** und **virologische Expertise** reagierte. Der Bildungsminister nutzte ein defensives Instrumentarium des politischen Handwerks: Er kommunizierte die Argumente gegen Schulschließungen durchaus, trennte also Reden und Handeln. Darüber hinaus versuchte das BMBWF erfolgreich, seine Spielräume zu erweitern, indem es 2021 in den Schulen eine flächendeckende Testprozedur aufsetzte, womit die Schulen zu **Datenquellen statt Infektionsherden** wurden. Der politische Richtungswechsel zu offenen Schulen im Herbst 2021 hatte jedoch den „Preis“, dass die inhaltliche Substanz der Argumente für offene Schulen kein neues Gewicht erlangte. Die Schulen als Datenquellen offenzuhalten reproduzierte vielmehr das Gewicht der epidemiologischen und virologischen Argumente und Technologien. Folgende Empfehlungen leiten wir daraus ab:

- **Entscheidungs- und Beratungsgremien fachlich vielfältig besetzen:** Auch wenn in Krisen inkrementell entschieden wird, ist es notwendig, Entscheidungsprozesse und -gremien so flexibel zu halten, dass neues Wissen sowie neu erkannte Folgen und Risiken der getroffenen Entscheidungen berücksichtigt werden können.
- **Sozialwissenschaften auch als Reflexionswissenschaften nutzen:** Sozial- und Bildungswissenschaften können nicht nur Daten liefern, sondern auch die Reflexion und Gestaltung von Entscheidungsprozessen und Institutionen unterstützen.

- **Prozesse der Selbstkorrektur vorsehen:** Erforderlich sind Übergabepunkte für neues Wissen an die Entscheider:innen ebenso wie Zeitpunkte und Prozesse der Reflexion und Selbstkorrektur des „Durchwurschtelns“.

FALLSTUDIE 4: ZUR ORGANISATION WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG

Wissenschaft war in der Corona-Pandemie allgegenwärtig, nicht zuletzt in Form **wissenschaftlicher Politikberatung**. Grundlegend ist dabei die Frage, wie Politik und Wissenschaft in Krisenzeiten zusammenarbeiten können, ohne sich gegenseitig zu instrumentalisieren. Am Beispiel der Kommission zur gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination (kurz: GECKO), des zentralen Beratungsorgans für Pandemiefragen in Österreich, wird in dieser Fallstudie untersucht, welches **Verständnis der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik** die Organisation dieses Beratungsgremiums leitete. Mittels Dokumentenanalyse und qualitativer Interviews wurden die Besetzung, Arbeitsweise und Aufgabenstellung dieses Gremiums untersucht.

Die **zentrale These** lautet, dass sich in der spezifischen Institutionalisierungsform der GECKO ein politischer Wille zur **Herstellung von Eindeutigkeit** äußert. Weil das Gremium darauf festgelegt wurde, klare Antworten auf konkrete Fragen zu geben, war einerseits ein reibungsloser und effizienter Beratungsablauf garantiert; andererseits aber wurde die Formulierung **möglicher anderer Problemstellungen** systematisch erschwert. Das Reflexionspotenzial beratender Wissenschaft wurde so nicht ausgeschöpft. Expert:innen, die alle Entscheidungen über die Rahmenbedingungen von Expertise politischer Gestaltung überlassen, laufen Gefahr, die **epistemische Tragweite** dieser Entscheidungen zu übersehen.

Die Ergebnisse dieser Fallstudie sind über den Einzelfall der GECKO hinaus von Bedeutung, da sie auf einige grundlegende **Spannungen** und Fallstricke von Politikberatung hinweisen. Folgende Empfehlungen für die Organisation von Politikberatung leiten wir daraus ab:

- **Pluralität ermöglichen:** Wissenschaftliche Beratung muss verschiedene Disziplinen und Problemperspektiven umfassen und Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen bieten.
- **Beratung trainieren:** Es bedarf eines vorbereitenden Beratungstrainings für Wissenschaftler:innen, das viel mehr umfasst als Kommunikations- oder Medienschulungen.
- **Ressourcen bereitstellen:** Beratung braucht Ressourcen, die bereitgestellt werden müssen: Freistellungen für Expert:innen sowie Daten und Unterstützung durch wissenschaftliches Personal bei der Evidenzsynthese.

FALLSTUDIE 5: WISSENSCHAFTSSKEPSIS

Diese Fallstudie untersucht auf Basis einer **neuen quantitativen Befragung**, die in Anknüpfung und Fortführung des **Austrian Corona Panel Project (ACPP)** durchgeführt wurde, die **Wissenschaftsskepsis** in Österreich. Ziel ist es, die Hintergründe und Ausprägungen der Skepsis zu verstehen sowie Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in die Wissenschaft abzuleiten. Die Kernergebnisse sind:

- 1) Es lassen sich drei Einstellungsprofile in der Bevölkerung identifizieren: wissenschaftsaffin (27 %), distanziert (58 %) und stark wissenschaftsskeptisch (14 %). Letzteres Cluster, obwohl klein, spielt im öffentlichen Diskurs eine überproportionale Rolle. **Die Gefahr eines Abrutschens der distanzierten Mitte** wird dabei jedoch oft übersehen. Insbesondere in stark verwissenschaftlichten Kontroversen (etwa um Corona- oder Klimafragen), in denen mithilfe von (Pseudo-)Wissenschaft für (gegenläufige) politische Standpunkte gekämpft wird, wird Wissenschaft leicht zum Gegenstand politisch motivierter Abwertung.
- 2) Die Untersuchung zeigt eine **breite Akzeptanz für den Einfluss wissenschaftlicher Expertise im Politikprozess**. Divergierende Meinungen treten vor allem bei stark polarisierten Themen wie der Corona-Pandemie und dem Klimawandel auf.
- 3) Wissenschaftsskepsis richtet sich weniger gegen die epistemische Autorität der Wissenschaft, also gegen ihre Methoden oder ihr Weltbild. Zentrale Triebfeder der Wissenschaftsskepsis ist die **Annahme mangelnder Unabhängigkeit der Wissenschaft**. Konflikte entstehen an Schnittstellen mit Politik und Gesellschaft, wo wissenschaftliche Erkenntnisse mit politischen und spirituellen Grundüberzeugungen kollidieren.

Folgende Empfehlungen leiten wir aus diesen Ergebnissen ab:

- **Wissenschaftsskepsis ist ein politisches Phänomen:** Man sollte daher Wissenschaftsskepsis als Teil einer breiteren Institutionenskepsis verstehen. Gegen ein Abrutschen der distanzierten Mitte müssen das Verständnis für den wissenschaftlichen Prozess erweitert und die politische Bildung gestärkt werden.
- **Nicht nur wissenschaftliche Inhalte kommunizieren:** Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Verständigung darüber, wie wissenschaftliches Wissen in den Politikprozess integriert werden sollte. Die reflexive Gestaltung der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik ist eine wichtige Präventionsmaßnahme gegen Wissenschaftsskepsis.
- **Science Education breiter aufstellen:** Libertäre und spirituelle Einstellungen beeinflussen die individuelle Haltung zur Wissenschaft. Daher sollte Bildung nicht nur im naturwissenschaftlichen Bereich, sondern auch im ideengeschichtlich-philosophischen Bereich gestärkt werden.

„ÖSTERREICH AM WORT“ – EIN DIALOGPROZESS ZUR AUFARBEITUNG DER CORONA-KRISE

Der Dialogprozess „Österreich am Wort“ stellte die zweite Phase des Corona-Aufarbeitungsprozesses dar. Insgesamt **319 Bürger:innen** trafen im Rahmen eintägiger Dialogveranstaltungen in allen Bundesländern zusammen, um gemeinsam über die Pandemiezeit zu reflektieren und **Empfehlungen für eine bessere Bewältigung zukünftiger Krisen** zu erarbeiten. Die Bürger:innen wurden von der Statistik Austria zufällig ausgewählt und entsprachen in ihrer Verteilung der Struktur der österreichischen Bevölkerung, um eine gewisse **Meinungsvielfalt** zu gewährleisten. Allerdings zielten die Dialoge nicht auf ein repräsentatives Meinungsbild ab, sondern auf eine **vertiefte Auseinandersetzung** zwischen den Beteiligten. In methodischer Hinsicht wurde der Dialogprozess von der ÖAW und dem Institut für Höhere Studien (IHS) betreut; umgesetzt wurde er vom Bundeskanzleramt.

In jedem Bundesland wurde eine eintägige Dialogveranstaltung durchgeführt, an der jeweils zwischen 32 (Wien) und **38 Bürger:innen (Burgenland, Oberösterreich)** teilnahmen. Unterstützt von einem professionellen Moderationsteam entwickelten die Bürger:innen in Kleingruppen von 6 bis 8 Personen auf Basis ihrer Erfahrungen sowie gemeinsam formulierter Visionen **konkrete Empfehlungen an die Politik, die Wissenschaft, die Medien und an die Bevölkerung generell**. Im Zentrum stand dabei die Frage, wie es ihrer Meinung nach gelingen kann, Krisen in Zukunft besser zu überwinden und vor allem, wie Polarisierung künftig verhindert werden kann. Insgesamt wurden von den neun Dialoggruppen **185 Empfehlungen** formuliert.

Die 185 Empfehlungen wurden vom wissenschaftlichen Team systematisch verglichen und nach Maßgabe inhaltlicher Nähe zu **38 Empfehlungen** zusammengefasst. Alle Teilnehmer:innen wurden anschließend eingeladen, die aggregierten Empfehlungen auf ihre Bedeutung bzw. Wichtigkeit zur Vermeidung künftiger Polarisierung hin zu bewerten. Als **wichtigste Empfehlung** zur Vermeidung von Polarisierung wird eine **unabhängige Wissenschaft** angesehen (97 %), knapp gefolgt vom Wunsch nach **politisch unabhängigen Medien** (96 %). Selbst die Empfehlung, die den vergleichsweise geringsten Zuspruch erhielt, nämlich, dass in Krisenzeiten unterschiedliche Verhaltensweisen gleichermaßen toleriert werden sollten, wurde noch von 60 Prozent der Teilnehmer:innen gewählt.

Die wichtigsten Empfehlungen für die Politik waren, **Sozialberufe** im Sinne einer vorausschauenden Krisenprävention attraktiver zu machen und **Maßnahmen transparent zu entwickeln** sowie laufend zu evaluieren und entsprechend anzupassen. Die eigenen Mitbürger:innen wurden aufgefordert, **offen und respektvoll miteinander umzugehen** und in der Krise füreinander zu sorgen. Eine weitere wichtige Forderung an die Wissenschaft lautete, die **Grenzen des ei-**

genen Wissens zu kennen und offenzulegen. Die Medien, so der andere zentrale Bürgerwunsch, sollen in Krisenzeiten **nicht unnötig Angst** erzeugen, sondern auch über Positives berichten.

Alle Dialogveranstaltungen im Rahmen von „Österreich am Wort“ waren von dem Willen getragen, **konstruktive Diskussionen** zu führen und einander zuzuhören, auch wenn sich die Standpunkte und Meinungen teilweise stark unterschieden. Die Erfahrung, sich auf zentrale Forderungen einigen zu können, war für die meisten Teilnehmer:innen sehr positiv. Dies wird auch durch die Befragung am Ende des Tages untermauert: **Rund 95 Prozent erklärten, wieder an einer solchen Veranstaltung teilnehmen zu wollen**. Immerhin rund 41 Prozent der befragten Teilnehmer:innen gaben an, im Laufe der Dialogveranstaltung **ihre Sichtweise in einigen Aspekten verändert** zu haben. Dies kann man als Indikator dafür werten, dass diese Form der Kommunikation unter Anwesenden zur aktiven Reduzierung von Polarisierung beiträgt.

FAZIT UND AUSBLICK

Akute Krisen verwandeln fragmentierte, pluralistische Gesellschaften in Gefahrgemeinschaften. Der anfängliche Schockmoment – in der Pandemie durch die Bilder aus Bergamo ausgelöst – ermöglicht den **großen Schulterschluss**, und zwar sowohl in politischer und sozialer als auch in normativer und epistemischer Hinsicht. In Stichworten heißt das: Vorrang der Exekutive; hohe Solidarität; breiter Wertekonsens und eindimensionale Problemwahrnehmung. Dieser Zustand weitreichender Homogenität und Eindeutigkeit lässt sich **auf Dauer nicht konservieren** und – im Laufe einer langwierigen Krise – auch nicht einfach politisch wieder aktualisieren. Welche Kosten anfallen, wenn man dies dennoch versucht, haben die Fallstudien dieses Bandes im Detail aufgezeigt. Bezieht man diese Befunde systematisch aufeinander, wird deutlich, **worauf man in zukünftigen Krisen besonders achten sollte**, nämlich auf a) Reflexion des vorherrschenden Problemzuschnitts (Problem-Framing); b) Mut zur geregelten Konfliktaustragung und c) klare Grenzen zwischen Medien, Wissenschaft und Politik.

a) Die langfristige **Dominanz einer virologisch-epidemiologischen Problemwahrnehmung** hat es der Bildungspolitik schwer gemacht, genuin bildungswissenschaftliche Aspekte im Streit um die Schulschließungen stark zu machen. Mit seiner Strategie, die Schulen als Knotenpunkte des virologischen Geschehens für ein umfassendes Testregime zu öffnen und damit offen zu halten, hat das Bildungsministerium letztlich zur Verfestigung der dominanten Problemwahrnehmung beigetragen. Wie wichtig es allerdings ist, vielfältige Perspektiven auf die Krise zuzulassen, zeigt sich auch im Bereich der wissenschaftlichen Politikberatung. Selbst multidisziplinär zusammengestellte Be-

ratungsgremien können die Politik nur dann auf die vielen Facetten einer Krise aufmerksam machen (und damit politische Abwägungsprozesse anstoßen), wenn sie nicht darauf beschränkt sind, die im Rahmen einer dominanten Problemwahrnehmung erforderlichen Zahlen und Fakten zu liefern. Nur eine grundsätzliche Reflexion über den aktuell gewählten Problemzuschnitt eröffnet die Chance, in politischer Hinsicht neue Wege gehen zu können.

- b) Gerade in zähen, langwierigen Krisen ist es wichtig, **politische (Ziel-)Konflikte offen auszutragen**. Angesichts unzureichender Datenlage, unübersichtlichen Wissens und konfligierender Grundwerte sind politische Entscheidungen aus Legitimationsgründen noch stärker als sonst auf einen fairen, transparenten Abwägungsprozess angewiesen. Der Streit um die Impfpflicht hat gezeigt, wie viel für die Beteiligten auf dem Spiel stand: für die einen das (erhoffte) Ende der Pandemie, für die anderen das (gefühlte) Ende der Freiheit. Es kann vor diesem Hintergrund keinen Weg geben, Konsens zu erzwingen, auch nicht durch den Rekurs auf Sachzwänge. Der Wunsch nach dem großen Schulterschluss, der in der Rhetorik der Alternativlosigkeit zum Ausdruck kam, eröffnete vielmehr radikal-oppositionellen Stimmen die Chance, sich als einzig wahre Alternative zu profilieren und das Unbehagen am Impfen erfolgreich zu bewirtschaften. Dies lässt sich im Medienbereich genauso feststellen wie in der Politik. Die Folge war, dass sich die Fronten verhärteten und der moralische Tonfall schärfer wurde. So hat das Impfen wie kein anderes Thema zur Polarisierung beigetragen. Wer Polarisierung vermeiden will, sollte sich um eine offene, argumentative Austragung von Konflikten bemühen.
- c) In Krisen kommt es fast zwangsläufig zu einer **engen Kopplung von Medien, Politik und Wissenschaft**, insbesondere in akuten Phasen. Vertrauensverluste sind dann die Folge, wenn der Eindruck wechselseitiger Instrumentalisierung bzw. mangelnder Unabhängigkeit dieser drei Systeme entsteht. So ist die Überzeugung, dass die Wissenschaft von der Politik gesteuert werde, ein wichtiger Anlass für Wissenschaftsskepsis. Ähnliches gilt für die Medien, wenn diese als verlängerter Arm der Regierung wahrgenommen werden. Die Annahme einer allzu engen Verflechtung von Politik, Medien und Wissenschaft trägt zu einer generalisierten Institutionenskepsis bei. In der Pandemie führte dies letztlich dazu, dass wachsende Unzufriedenheit mit der Corona-Politik auch von Vertrauensverlusten in Wissenschaft und Medien begleitet wurde. Gerade in Krisenzeiten sollte man also besonders stark darauf achten, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar verteilt sind und keine Grenzüberschreitungen stattfinden. Dies war im Übrigen auch die zentrale Forderung der Bürger:innen im Dialogprozess. Die Unabhängigkeit von Wissenschaft und Medien gilt ihnen als zentraler Faktor, um zukünftige Krisen besser meistern zu können.

KAPITEL V

ANHANG

ANHANG

Im Folgenden finden sich die Anhänge zu den Fallstudien 3 und 5 (Kapitel II), sowie einige Anhänge zum Dialogprozess (Kapitel III). Allerdings konnten aufgrund ihrer Länge nicht alle Anhänge gedruckt werden. Deswegen sind über die folgenden Links weitere Anhänge online abrufbar. Der erste Link führt zu detaillierten Umfrageergebnissen aus Fallstudie 1, Teil 2 („Vertrauen in der Krise: Die volatile Medienrezeption während der Pandemie“). Der zweite Link bezieht sich auf den Dialogprozess. Er führt zu einer Sammlung von Schriftstücken, die den Auswahlprozess der Teilnehmer:innen dokumentieren, sowie weitere den Bürgerdialog betreffende Dokumente.

ONLINE-ANHANG ZUR FALLSTUDIE 1 (TEIL 2): POLARISIERUNG

https://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-papers/Anhang_zur_Fallstudie_1-Polarisierung



ONLINE-ANHANG ZU KAPITEL III: DIALOGPROZESS

https://epub.oeaw.ac.at/ita/ita-papers/Anhang_zu_Teil_III-Dialogprozess



1. WISSENSCHAFTLICHES PROJEKT

1.1 FALLSTUDIE 3: DISTANCE LEARNING/
SCHULSCHLIESSUNGEN

1.1.1 ERGEBNISSE DER PANELREGRESSION DES ACP

Die Paneldatenregression zeigt den Einfluss soziodemographischer Daten auf die Zustimmung zu den Schulschließungen (siehe Kapitel II, Fallstudie 3, Abschnitt 4.3). Ein negativer Koeffizient bedeutet eher Ablehnung, ein positiver Koeffizient eher Zustimmung.

PANELDATENREGRESSION

	Koeffizient	Standardfehler
Selbstständig erwerbstätig	-0,192	0,166
Arbeitslos	-0,220	0,154
Nicht erwerbstätig	-0,246**	0,115
In Ausbildung	-0,620**	0,261
Weiblich	0,008	0,100
Pflichtschule	0,698	0,668
Lehre	0,930	0,663
Matura	0,758	0,668
Tertiäre Ausbildung	0,899	0,673
Kinder < 18 im Haushalt	-0,045	0,109
Haushaltseinkommen 1800-2200	0,362***	0,119
Haushaltseinkommen 2200-3100	0,468***	0,106
Haushaltseinkommen 3100+	0,689***	0,108
Zufriedenheit mit Regierung	0,625***	0,042
Vertrauen in Institutionen	0,0004	0,004
Gesundheitszustand	0,006***	0,001
Gefühl	0,005	0,006
Maßnahmen effizient/angebracht	0,020***	0,005
Alter 31-45	0,614***	0,142
Alter 46-64	0,821***	0,134
Alter 65+	1,508***	0,185
Konstante	-2,225***	0,785

Tabelle 1: Ergebnisse der Panelregression

Hinweis: *p<0,1; **p<0,05; ***p<0,01

Das Austrian Corona Panel Project (ACPP) war ein Projekt der Universität Wien, in dem rund 1.500 Teilnehmer:innen von Ende März 2020 bis Juli 2023 Fragen zu sich selbst, ihren Lebensumständen und Einstellungen (u. a. hinsichtlich der COVID-19-bezogenen Maßnahmen) beantworteten. Für

die Analyse der Daten in der vorliegenden Studie wurde ein logistisches Panelmodell gewählt, da die abhängige Variable (Zustimmung zu Schulschließungen) keine numerische, sondern eine kategorielle Variable ist. Zudem wurde eine Panelauswertung vorgenommen, da die Daten regelmäßig über mehrere Zeitpunkte erhoben wurden und immer wieder Befragte ausschieden bzw. neu dazukamen. Diese Analyse lässt Rückschlüsse darüber zu, welche unabhängigen Variablen (z. B. sozioökonomische Charakteristika der Befragten) einen möglichen Einfluss auf die Zustimmung zu Schulschließungen haben.

Sodann wurde eine Paneldatenregression durchgeführt, in welcher die Zustimmung zu den Schulschließungen als abhängige Variable von verschiedenen soziodemographischen Merkmalen untersucht wurde. Der Koeffizient der Tabelle zeigt, wie stark das jeweilige Merkmal die Wahrscheinlichkeit verändert, dass die befragten Personen Schließungen der Schulen zustimmen. Aufgrund der getesteten statistischen Voraussetzungen wurde die abhängige Variable in eine binäre Form gebracht, um eine logistische Regression durchführen zu können.

1.2 FALLSTUDIE 5: WISSENSCHAFTSSKEPSIS –
METHODISCHES VORGEHEN

1.2.1 DIE DATENGRUNDLAGE

Die quantitative Befragung für die „Fallstudie: Wissenschaftsskepsis“ wurde im Rahmen des Austrian Corona Panel Projects (ACPP) realisiert. Konkret wurde im Zuge der mehrwelligen Online-Panelbefragung eine weitere Erhebung (Welle 35) mit einem Fokus auf das Thema Wissenschaftsskepsis im Juni bzw. Juli 2023 (23. 6.–6. 7. 2023) durchgeführt. Zu der Befragung wurden die Teilnehmer:innen aus den vorherigen Befragungen erneut eingeladen sowie neue Teilnehmer:innen rekrutiert, um die Zielfallzahl und die demographischen Quotenvorgaben zu erreichen. Die Zielpopulation der Befragung war dabei wie bereits in den vorherigen Befragungen die österreichische Wohnbevölkerung ab 14 Jahren. Insgesamt nahmen 1.555 Personen an der Umfrage teil, und die durchschnittliche Befragungsdauer (Median) betrug 28,5 Minuten.

Die Rohdaten der ACP-Befragungen weisen bereits grundsätzlich eine hohe Repräsentativität auf (Kittel et al., 2021). Dennoch bleiben bestimmte Bevölkerungsgruppen weiterhin schwer für (Online-)Umfragen erreichbar, woraus sich Abweichungen von zu schätzenden Zielgrößen ergeben können. Um dafür zu korrigieren, wurde bei sämtlichen deskriptiven Analysen im Bericht eine Anpassung der demographischen Randverteilungen an die des Mikrozensus mittels einer Gewichtung vorgenommen.

1.2.2 DER FRAGEBOGEN UND GEMESSENE KONSTRUKTE

Der Fragebogen enthielt mehrere Module, die eine detaillierte Abfrage von relevanten Einstellungen und Perzeptionen vorsahen.¹ So wurde neben dem Interesse und Vertrauen in Wissenschaft (siehe 3.1.) auch das Objekt der Skepsis, also worauf sich diese bezieht, näher erfasst (siehe 3.2.). Hierbei wurde zwischen den Schnittstellen der Wissenschaft mit anderen gesellschaftlichen Bereichen – Politik, Wirtschaft, Öffentlichkeit – einerseits und der Skepsis gegenüber dem Kern der Wissenschaft – ihren Grundannahmen, dem Weltbild und Methoden – andererseits unterschieden. Des Weiteren wurde auch eine themenspezifische Ablehnung gegenüber 8 wissenschaftlichen Erkenntnissen erfasst. Dabei wurden ausgehend von existierenden Fragebatterie zu „specific denial“ (Lewandowsky et al., 2013; Rutjens et al., 2022; Meier & Krämer, 2023) die folgenden 8 Themen berücksichtigt: Gentechnik, Klimawandel, Impfungen, Corona-Maßnahmen, Homöopathie, 5G, Evolution und Tabakrauch.

Je nach verwendetem Indikator – Interesse, Vertrauen, Skepsis oder Ablehnung – unterscheiden sich bisherige Einschätzungen und Diagnosen etwas dahingehend, wie skeptisch die österreichische Bevölkerung ist. Um angesichts der Vielfalt dieser Indikatoren eine Gesamteinschätzung zu geben, war es ein Ziel der vorliegenden Studie, eine Synthese zu leisten. Hierzu wurden Cluster von Einstellungsprofilen in der österreichischen Bevölkerung mit Hilfe einer latenten Profilanalyse (Masyn, 2013) identifiziert. Dafür wurden zunächst additive Indizes für Schnittstellen- und Kernablehnung sowie die Ablehnung von wissenschaftlichen Aussagen erstellt, da diese theoretischen Konstrukte jeweils mit mehreren Items gemessen wurden. Für die themenspezifische Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse wurde ausgezählt, wie viele der 8 Aussagen mit „eher falsch“ oder „sicher falsch“ beantwortet wurden. Anschließend wurden alle Skalen auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert. Verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Clusteranzahlen wurden berechnet, wobei schließlich eine dreiteilige Clusterlösung gewählt wurde (siehe 3.4), um eine ausgewogene Balance zwischen Differenzierung und Komplexität zu gewährleisten.

Abgesehen von den Orientierungen gegenüber Wissenschaft wurden zudem auch weitere Konzepte erfasst, die das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sowie auch weitere Hintergründe der Wissenschaftsskepsis näher beleuchten sollten. Ein zentrales Ergebnis der bisherigen Forschung war, dass sich Wissenschaftsskepsis insbesondere im Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik manifestiert. Empirisch war aber bislang noch wenig zu kon-

kreten Problemlagen in diesem Spannungsfeld bekannt. Deshalb wurden drei Item-Batterien entworfen, um Einstellungen und Erwartungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik zu erfassen. Die erste befasste sich grundlegend mit der Frage, wie das Verhältnis von Wissenschaft und Politik gestaltet sein sollte. Dabei wurden Aspekte behandelt, die sich auf das Verhältnis von Interessenrepräsentation und wissenschaftlichem Wissen, die wissenschaftliche Politikberatung und Einstellungen zur Technokratie bezogen (siehe 4.1). Zudem wurden retrospektive Wahrnehmungen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik im Kontext der COVID-19-Pandemie (siehe 4.2) sowie prospektive Einstellungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel erfasst (siehe 4.3).

Zur Beleuchtung der Hintergründe von Wissenschaftsskepsis wurde zunächst das Konzept der Scientific Literacy operationalisiert, um die kognitiven Grundlagen von Wissenschaftsskepsis zu erfassen. Die Batterie zur Messung von Scientific Literacy umfasste in Anlehnung an Miller (1998) sowohl Items zu Faktoren- als auch Prozesswissen. Dabei wurden die oft verwendeten naturwissenschaftlichen Statements um zwei Statements zum historisch-politischen Faktenwissen ergänzt. Alle Statements mussten auf einer Fünf-Punkte-Skala von „sehr sicher, dass die Aussage richtig ist“ bis „sehr sicher, dass die Aussage falsch ist“ beantwortet werden. Die Messung des Prozesswissens (zu Konzepten wie Wahrscheinlichkeiten, der Logik von Experimenten und der Veränderlichkeit des Wissens) wurden dabei ebenso im geschlossenen Antwortformat erfasst wie auch das Faktenwissen. Die Batterie wurde mit fünf korrekten und fünf inkorrekten Aussagen ausbalanciert, um zu verhindern, dass Muster im Antwortverhalten wie eine allgemeine Zustimmungstendenz das Messergebnis zu sehr beeinflussen. Nach Abschluss der Befragung wurde die Fragebatterie auf ihre Dimensionalität hin überprüft, und es ergab sich empirisch, trotz der theoretisch differenzierbaren Dimensionen, eine eindimensionale Faktorstruktur. Da in der Literatur Wissenschaftsskepsis zuweilen mit einer Überschätzung des eigenen Wissens in Verbindung gebracht wird (Dunning, 2011; Fonseca et al., 2023), wurde bei der Auswertung zwischen der Anzahl der korrekten, Weiß-nicht- und inkorrekten Antworten unterschieden.

Die Batterie zur Messung von populistischen Einstellungen (siehe 5.2) entspricht im Wesentlichen dem Instrument, das auch in der international vergleichenden Literatur verwendet wird (Akkerman et al., 2014; Hobolt et al., 2016; Castanho Silva et al., 2020; Jungkunz et al., 2021). Die Item-Batterie war auch bereits in früheren Wellen der Befragungen des Austrian Corona Panel Projects enthalten, und die einzelnen Items wurden auch im Rahmen der IHS-Ursachenstudie verwendet. Hier wurde für die Analyse des Zusammenhangs von populistischen Einstellungen mit der Wissenschaftsskepsis ein additiver Index aus den vorhandenen Items gebildet. Die interne Konsistenz der Skala war da-

¹ Der vollständige Fragebogen ist über die Website des Austrian Corona Panel Projects abrufbar: <https://viecer.univie.ac.at/coronapanel/austrian-corona-panel-data/fragebogen/>

SOZIODEMOGRAPHISCHE EIGENSCHAFTEN DER CLUSTER

	Wissenschafts- affin	Distanziert	Wissenschafts- skeptisch	Gesamt
Alter in Jahren				
14–29 J.	26,4 %	20,5 %	10,5 %	20,3 %
30–49 J.	29,8 %	33,3 %	29,0 %	31,8 %
50–64 J.	23,2 %	24,0 %	39,9 %	26,3 %
65+ J.	20,7 %	22,2 %	20,6 %	21,6 %
Geschlecht				
männl.	54,6 %	47,2 %	46,4 %	48,8 %
weibl.	45,4 %	52,8 %	53,6 %	51,2 %
Höchster Bildungsabschluss				
kein/Pflichtschule	24,1 %	35,1 %	43,1 %	33,7 %
Lehre	22,5 %	37,8 %	37,3 %	34,1 %
Matura	21,9 %	15,7 %	11,8 %	16,6 %
Universität	31,5 %	11,3 %	7,8 %	15,6 %
Wahlverhalten: Nationalratswahl 2019				
ÖVP	28,7 %	28,4 %	16,2 %	26,6 %
SPÖ	11,2 %	16,7 %	14,6 %	15,0 %
FPÖ	6,9 %	11,2 %	20,2 %	11,5 %
Grüne	21,5 %	6,6 %	4,4 %	9,9 %
NEOS	11,0 %	4,5 %	2,7 %	5,8 %
Sonst.	3,7 %	2,9 %	3,2 %	3,1 %
Nichtwahl/Ungültig/ Nicht wahlberechtigt	17,1 %	29,7 %	38,7 %	28,0 %

Tabelle 1: Spaltenprozentage nach Merkmal. (Daten: ACPP; 23.6.–6.7.2023; n = 1.555 Personen der österreichischen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren; gewichtet)

bei mit einem Wert von 0,75 für Cronbachs Alpha insgesamt zufriedenstellend. Die Skala wurde auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert, wobei 0 die maximale Ablehnung und 1 die maximale Zustimmung zu den einzelnen Items bedeutet.

Bislang wurde die Bedeutung eines radikalisierten Freiheitverständnisses sowie der anthroposophisch-spirituellen Überzeugungen vor allem im Rahmen von qualitativen Studien betont (Frei & Nachtwey, 2021). Ziel war es, im Kontext der „Fallstudie: Wissenschaftsskepsis“ auch eine quantitative Messung dieser Konzepte vorzunehmen, um eine Einschätzung ihrer Relevanz für die Wissenschaftsskepsis in Österreich geben zu können. Die Batterie zur Messung des libertären Freiheitsverständnisses (siehe 5.3) wurde dabei in Anlehnung an die Messungen in Iyer et al. (2012) entwickelt. Basierend auf den inkludierten Items wurde ein additiver Index gebildet, der mit einem Cronbachs Alpha von 0,79 eine akzeptable interne Konsistenz aufweist. Spirituelle Einstellungen wurden in der Literatur zur Wissenschafts-

skepsis bisher vorwiegend durch eine Selbsteinschätzung der eigenen Spiritualität gemessen, ohne näher auf die spirituellen Glaubensinhalte einzugehen. Um den Aspekt der Anthroposophie bei der Messung zu berücksichtigen, wurde eine neue Item-Batterie zu Vorstellungen zum Verhältnis von Mensch und Natur und zur Entstehung von Krankheiten durch ein Ungleichgewicht von Körper, Geist und Seele entwickelt (siehe 5.4). Wiederum wurde ein additiver Index auf Basis dieser Items gebildet, der mit einem Cronbachschen Alpha von 0,77 eine akzeptable interne Konsistenz aufweist. Beide Skalen wurden auf einen Wertebereich von 0 bis 1 standardisiert, wobei 0 die maximale Ablehnung und 1 die maximale Zustimmung zu den einzelnen Items bedeutet.

1.2.3 DATENAUSWERTUNG

Für die Auswertung der vorliegenden quantitativen Daten kommen vor allem Visualisierungen der deskriptiven Verteilungen (z. B. gestapelte Balkendiagramme) zum Einsatz.

Für die Beschreibung der Ergebnisse der latenten Profilanalyse wurde ein Liniendiagramm verwendet. Zudem wurden zur Bestimmung der Zusammenhänge der Items aus der Batterie zur themenspezifischen Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse die bivariaten Korrelationen (nach Pearson) berechnet. Die bivariaten Zusammenhänge mit Hintergrundvariablen wurden ebenfalls durch Balkendiagramme visualisiert. Sämtliche Auswertungen wurden mit dem Statistikprogramm Stata (Version 18) vorgenommen.

1.2.4 SOZIODEMOGRAPHISCHE CHARAKTERISIERUNG DER CLUSTER

Abschließend möchten wir die soziodemographischen Hintergrundmerkmale für die drei identifizierten Cluster darlegen (siehe Tabelle 1). Grundsätzlich weisen alle drei Cluster Personen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen auf, und keiner der Cluster bildet eine sozial homogene Gruppe. Zum Beispiel besteht lediglich ein schwacher Zusammenhang mit dem Lebensalter (Cramér's $V = 0,11^{***}$). Es ist aber ersichtlich, dass unter den Wissenschaftsskeptiker:innen Personen unter 30 Jahren etwas unterrepräsentiert sind. Auch zwischen Geschlecht und Wissenschaftsskepsis besteht nur ein schwacher Zusammenhang (Cramér's $V = 0,09^{***}$), wobei Männer etwas häufiger im wissenschaftsaffinen und Frauen etwas häufiger im wissenschaftsskeptischen Cluster anzutreffen sind. Ein mäßiger Zusammenhang besteht mit dem Bildungsgrad (Cramér's $V = 0,21^{***}$). Im wissenschaftsaffinen Cluster haben 31,5 Prozent der Befragten einen Hochschulabschluss, während im wissenschaftsskeptischen Cluster 43,1 Prozent entweder keinen oder nur einen Pflichtschulabschluss haben. Auch in Bezug auf die Parteiwahl bei der Nationalratswahl 2019 besteht ein mäßiger Zusammenhang (Cramér's $V = 0,23^{***}$). Insbesondere sind die Grünen und NEOS im Cluster der Wissenschaftsaffinen überrepräsentiert, während im wissenschaftsskeptischen Cluster FPÖ-Wähler:innen und vor allem Nichtwähler:innen besonders häufig vertreten sind. Insgesamt zeigen sich vorwiegend nur schwache bis mäßige Zusammenhänge mit den Hintergrundmerkmalen.

1.2.5 LITERATUR

Akkerman, A., Mudde, C., & Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, 47(9), 1324–1353.

Castanho Silva, B., Jungkunz, S., Helbling, M., & Littvay, L. (2020). An empirical comparison of seven populist attitudes scales. *Political Research Quarterly*, 73(2), 409–424.

Dunning, D. (2011). The Dunning–Kruger effect: On being ignorant of one's own ignorance. *Advances in Experimental Social Psychology*, 44, 247–296.

Hobolt, S. B., Anduiza, E., Carkoglu, A., Lutz, G., & Sauger, N. (2016). *Democracy Divided? People, Politicians and the Politics of Populism* (CSES Planning Committee

Module 5 Final Report). *Comparative Study of Electoral Systems*.

Iyer, R., Koleva, S., Graham, J., Ditto, P., & Haidt, J. (2012). Understanding libertarian morality: The psychological dispositions of self-identified libertarians. *Plos One*, 7(8), e42366.

Jungkunz, S., Fahey, R. A., & Hino, A. (2021). How populist attitudes scales fail to capture support for populists in power. *Plos One*, 16(12), e0261658.

Fonseca, C., Pettitt, J., Woollard, A., Rutherford, A., Bickmore, W., Ferguson-Smith, A., & Hurst, L. D. (2023). People with more extreme attitudes towards science have self-confidence in their understanding of science, even if this is not justified. *Plos Biology*, 21(1), e3001915.

Masyn, K. E. (2013). Latent class analysis and finite mixture modeling. In T. D. Little (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Quantitative Methods in Psychology* (Vol. 2: Statistical Analysis, S. 551–610). New York: Oxford University Press.

Meier, Y., & Krämer, N. (2022). *General Science Skepticism: Development and Validation of a New Scale*. PsyArXiv. <https://doi.org/10.31234/osf.io/x9jng>

Miller, J. D. (1998). The measurement of civic scientific literacy. *Public Understanding of Science*, 7(3), 203–223.

Rutjens, B. T., Sengupta, N., van der Lee, R., van Koningsbruggen, G. M., Martens, J. P., Rabelo, A., & Sutton, R. M. (2022). Science Skepticism Across 24 Countries. *Social Psychological and Personality Science*, 13(1), 102–117.

2. DIALOGPROZESS

2.1 DIE 185 EMPFEHLUNGEN DER BÜRGER:INNEN

In dieser Tabelle sind alle Empfehlungen der Bürger:innen im Originaltext dargestellt. Angegeben ist zudem der Veranstaltungsort; pro Ort wurden an fünf Tischen jeweils eine Empfehlung an die Akteure Medien, Bevölkerung, Politik

und Wissenschaft formuliert. In der letzten Spalte finden sich die Nummern jener Unterkategorien (UkNr.), die in der jeweiligen Empfehlung identifiziert und zur weiteren Gliederung genutzt wurden.

Nr.	Ort	Akteur	Empfehlung	UkNr.
1.	Wien	Medien	Positiv optimistisch durch die Krise: Mindestens 30% Positives berichten, z. B. Nachbarschaftshilfe, Erfahrungen von Genesenen, Positiv-Auswirkungen von erhaltenen Hilfestellungen (z. B. Bonus). Zudem sollen Fragen und Antworten zu wichtigen Problemen in der Krise gedruckt werden (wie Dr. Sommer in der Bravo), z. B. von Familien-Expert:innen, Lebensberater:innen, Umgang mit Wut.	1, 3
2.	Wien	Bevölkerung	Bevölkerung an die Macht (hört auf die Bevölkerung): Die Errichtung eines repräsentativen Gremiums, das beratend den Politiker:innen zur Seite steht und die Sicht der Bevölkerung einbringt. Alle Bevölkerungsschichten (Alter, ...) sollen vertreten sein.	2
3.	Wien	Politik	Politikübergreifende Zusammenarbeit: Die Errichtung eines parteiübergreifenden Gremiums mit Mitgliedern aller Parteien, Interessenvertretungen, Vereinen und NGOs. Es sollen Empfehlungen ausgesprochen werden und keine Verpflichtungen. Es soll keine Angst verbreitet werden und kein Druck auf die Bevölkerung ausgeübt werden. „Politik-Wunderwuzzi“ präsentieren die Empfehlungen leicht verständlich und neutral.	4, 5
4.	Wien	Wissenschaft	Vereinfachte Wissenschaftskommunikation: Ein Team wird entsprechend der anstehenden Krise ernannt, mit Gütesiegel (z. B. ÖAW/Initiiert von der Politik). Wichtig sind immer Psycholog:innen („auf die Psyche geht alles“). Nominierung eines Mitglieds, das die Aufgabe hat, die Ergebnisse in leicht verständlicher Sprache zu vermitteln (ein „Wunderwuzzi“).	6, 5, 8
5.	Wien	Politik	Politisches „Modell Österreich“: Sofort bessere Rahmenbedingungen schaffen: IT-Infrastruktur für Info-Fluss (+ Datenverarbeitung), Gesundheits-Miliz-System (siehe Vision). Entwicklung von umfassenden ethischen Simulationsmodellen (alle Bevölkerungsgruppen betreffend). Einbindung einer repräsentativen Bevölkerungsgruppe in der Krise. Detaillierte Infos der Bevölkerung zumuten, ohne sich hinter dem Datenschutz zu verstecken. Alle Parteien arbeiten zusammen und treten einheitlich auf.	9, 10, 1
6.	Wien	Wissenschaft	Konzentration auf die Wissenschaft: Nur sicheres Wissen weitergeben; Mut zur Lücke; sich auf die eigene Expertise konzentrieren; Bevölkerungsinteresse vor Eigeninteresse; neuesten Stand der weltweiten Forschung darlegen. Zusammenarbeiten, statt sich zu bekriegen, die Politik unterstützen beim Aufbau einer Gesundheits-Miliz & neuem Gesundheitssystem; KI & Digitalisierung für Standarduntersuchungen in der Medizin nutzen.	9, 11
7.	Wien	Medien	Medienbranche im Umbruch – sachliche Berichterstattung: Regelmäßige, sachliche, nicht bewertende Informationen ohne Panikbilder, dafür mit Tipps & dem tatsächlichen Status, sachliche Schlagzeilen, die zeigen, was im Artikel ist (Meinung, Wissenschaft), Artikel, die aufklären, verschiedene Positionen zeigen, mit Mut zur Lücke, wenn etwas noch nicht bekannt ist. Journalist*innen für so eine Berichterstattung generell & im Krisenfall gut ausbilden.	7, 11, 14, 1
8.	Wien	Bevölkerung	Miteinander, füreinander im Dialog: Empathie für-/untereinander, sich in verschiedene Situationen hineinversetzen, eine gemeinsame Gesprächsbasis suchen & pflegen, Dialog suchen und solche Angebote nutzen (z. B. von VHS o. ä.), Toleranz für andere Sichtweisen, keine Radikalisierung, sich weiterbilden & informieren. Schwächeren Hilfestellungen geben.	12, 13
9.	Wien	Medien	Wertfreie Information: Neutrale und wertfreie Information ohne politische Einflüsse. Trennung von Politik und Staatsmedien. Keine politische Besetzung der Posten beim ORF. Beim ORF Information im Vordergrund.	14, 11
10.	Wien	Politik	Gemeinsam für die Zukunft: Parteiübergreifende Entscheidungen basierend auf Faktenlage. Ansprechstelle / Termine für BürgerInnen mit verschiedenen PolitikerInnen zusammen mit ExpertInnen. Ursachen erforschen, warum Maßnahmen nicht funktionieren.	15, 3
11.	Wien	Wissenschaft	Wissen für alle: Inhalte in einfacher und bürgernaher Sprache, für jeden verständlich, erklären. Eventuell Übersetzungsbüros für einfache Sprache und andere Sprachen nutzen. Öffentlich geförderte Studien, unabhängiger von Unternehmen. Bekenntnis zur Grundlagenforschung. Regelmäßige Formate z. B. mit Themenschwerpunkten (ORF, YouTube etc.).	16, 10
12.	Wien	Bevölkerung	Lebenslanges Lernen: Mehr Toleranz & Meinungsfreiheit. In der Kommunikation mit anderen auf das Gemeinsame und nicht das Trennende achten. Medienkunde als Schulfach. Verpflichtender Ethik Unterricht, um ethischen und moralischen Diskurs und Kommunikation zu fördern.	17, 12

13.	Wien	Bevölkerung	Solidarität: > aktiv Gespräche suchen und führen > Respekt Vorleben > sich auf andere Meinungen einlassen.	12
14.	Wien	Medien	Verantwortung: Repräsentation aller möglichen Meinungen (nicht nur die Extremen).	18
15.	Wien	Wissenschaft	Gut verständliche Informationen: Neutrale und geschulte Vertreter der Wissenschaft, die Kernbotschaften verständlich erklären. Mittels Flyer die Vorgeschichte des wissenschaftlichen Prozesses veröffentlichen – laiengerecht.	5, 16, 10
16.	Wien	Politik	Bürgernähe: Tages- & Wochenrückblicke in einfacher Sprache, Gebärdensprache, Fremdsprachen. Bürgerfragestunde mit Spitzenpolitikern.	16
17.	Wien	Medien	Unabhängig informieren: > Rasche Informationen > mehr Sachlichkeit, richtige & korrekte Informationen > Kommunikationsplan > Kommunikation in verschiedenen Sprachen & mit Übersetzungen > Fairness in der Berichterstattung.	14, 6, 16
18.	Wien	Wissenschaft	Kooperieren & kopieren: > Zielgruppenangepasste Kommunikationskanäle einrichten und nutzen > unterschiedliche Meinungen der Wissenschaft mit Vor- und Nachteilen präsentieren > Zusammenarbeit und Austausch zwischen unterschiedlichen Disziplinen vorantreiben.	18, 8
19.	Wien	Bevölkerung	Gesellschaftlicher Zusammenhalt: > Vertrauensvorschuss an die EntscheidungsträgerInnen > Bewusstseinsbildung für Medien und Umgang damit > Eigenverantwortung übernehmen > Gemeinschaftsbildende Angebote initiieren & nutzen.	17, 19
20.	Wien	Politik	Geschlossenheit in der Krise zeigen: > Klare Definition, wer im Krisenfall was entscheiden darf > Gut organisierte und regelmäßige Kommunikation nach Zuständigkeit > Solidarisch statt parteipolitisch handeln > Zuversicht kommunizieren, anstatt Angst zu vermitteln > Präventionspläne entwickeln für versch. Krisenszenarien > Mutig, aber mit Augenmaß vorangehen > Praktikale Verordnung im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit > kein gegenseitiges Ausspielen, stattdessen Einigkeit.	5, 1, 14, 20
21.	Salzburg	Wissenschaft	Magazin: wissenschaftsbasierter Faktencheck: Populärwissenschaftliches Magazin mit Beiträgen, die mit Schulnotenprinzip bewertet sind (1 ist höchster wissenschaftlicher Standard, ...). Skalierung kann auch in sonstigen Medienformaten verwendet werden. Zusätzlich gibt es die Kategorie „Meinung“.	6, 14
22.	Salzburg	Bevölkerung	Gemeinde-Amtstafel „Ich brauche / ich biete“: Bürger:innen helfen sich gegenseitig und teilen die Angebote bzw. den Bedarf via schriftlicher Notiz auf Amtstafel in der Gemeinde mit.	19
23.	Salzburg	Medien	Schnell, faktenbasiert, transparent, informativ: Quellen sind transparent und nachvollziehbar. Sachliche Berichterstattung ohne Superlative mit neutraler Wortwahl für jeden verständlich (ORF). Moderatoren Schulung: Neutralität muss erhalten bleiben, weniger Suggestivfragen, ausreden lassen. Spekulation vermeiden. Ausgewogene Mischung: Good News, Bad News.	11, 10, 14, 1
24.	Salzburg	Politik	Mocht's eure Arbeit': Klarer Fahrplan + Koordinator in der Krise. Koordinator = Mediator, der parteiübergreifend agiert. Entdeckungen der Kontrollorgane wie z. B. Rechnungshof müssen Konsequenzen haben. Sparsames Ressourcenmanagement (Medikamente). Laufende Evaluierung und Nachbearbeitung von Krisen (transparent) -> Österreich am Wort öfters.	20, 5
25.	Salzburg	Wissenschaft	Sinnvolle Koordination: Situationsspezifisches Expertenteam (je nach Krisenart) + Koordinator. Diagramm mit Verbindungen gezeichnet: Koordinator 1. Verbindung: intern -> (bundes-einheitliche Maßnahmen) 2. Verbindung: extern; extern verbunden mit Politik; Politik wechselseitig verbunden mit Maßnahmen; Maßnahmen verbunden mit Bürger über die Medien; Bürger wechselseitig verbunden mit extern.	4, 8, 10
26.	Salzburg	Bevölkerung	Gemeinsam durch die Krise: Keine Panik! Keine Hamsterkäufe. Kaufe regional. Nachbarschaftshilfe: frage Menschen in deinem Umfeld. Übernehme Eigenverantwortung. Respektiere andere Einstellungen, ohne zu werten. Ziehe verschiedene Kanäle zur Information heran.	1, 12, 17
27.	Salzburg	Wissenschaft	Neutraler Sprecher / Politik: Parteiübergreifend. Österreichweit. Lösungsempfehlungen. Neutraler Sprecher. -> angesiedelt in der Hofburg.	5, 20
28.	Salzburg	Bevölkerung	Bürger: Achtsames Einholen von Infos aus verschiedenen Quellen und wertschätzender Dialog miteinander. Überall (online und im realen Leben).	12, 17
29.	Salzburg	Wissenschaft	Wissenschaft: Transparente, ehrliche Datenerfassung, die interdisziplinär und realitätsgetreu weiterverarbeitet und kommuniziert wird. EU-weite Datenbank mit Parametern.	9, 10, 8
30.	Salzburg	Medien	Medien: Information statt Meinungsmache. Diskussion, keine persönlichen Angriffe. Neutrale Berichte ohne politische Meinung.	14, 21
31.	Salzburg	Politik	An das Wohl der Gemeinschaft denken: Nachhaltige Entscheidungen treffen – enkelfähig; Bildung, Gesundheit, Pension. Volksnähe, Allgemeinheit mehr einbinden -> Fachbeirat/ Krisenmanagement. Schulterchluss bei wichtigen Entscheidungen; Mehrdimensionale Informationen zur Verfügung stellen (pro & contra).	4, 8, 22

32.	Salzburg	Bevölkerung	„Denken hilft“: Vertrauenswürdige Informationsquellen (Mehrzahl!) aufbauen. Durch Eigenverantwortung. Mindestens eine analoge Informationsquelle! Themen diskutieren, andere Sichtweisen und Perspektiven zulassen.	17, 21, 12
33.	Salzburg	Medien	Basis schaffen für individuelle Meinungsbildung; Ehrliche Berichterstattung; Mehr Perspektiven zu einem Thema; Vielfalt an Meinungen; Basis zur Bildung einer eigenen Meinung; Meinungen aktiv einholen = Interessensgruppen; Entpolitisierung der Medien (öffentliche, neutrale Medien) -> zumindest Transparenz; Bewusstsein der Verantwortung (Aufklärung statt Verwirrung).	18, 14, 10
34.	Salzburg	Wissenschaft	Verstehbare Information: Statistik-Relationen darstellen; Vergleiche schaffen; Fachbegriffe vermeiden/erklären; Klare nachweisbare Fakten und Vorgehensweise zur Datenermittlung; Schutz vor medialem/psychischem Druck.	10, 16, 7
35.	Salzburg	Bevölkerung	Fair Play: BürgerInnen holen Informationen selbst ein. Respekt: Vermittlung von Respekt und Wertschätzung bereits bei Kindern, ... -> in Schulen ... Jede(r) sieht sich als Vorbild und lebt respektvolle Haltung im Alltag; FairPlay im Alltag. Gemeinsames sehen (nicht nur Trennendes).	17, 21, 13
36.	Salzburg	Wissenschaft	Wissens-Schnittstelle: Ein kommunikatives Bindeglied (!) zwischen Öffentlichkeit transportiert verständlich und nachvollziehbar wesentliche Informationen. Wissenschaftler selbst kommunizieren Wesentliches sachlich und verständlich.	5, 16
37.	Salzburg	Politik	Einigkeit + Lösungsorientierung: Einigkeit + Lösungsorientierung wird erzielt + transportiert -> Trennung zwischen persönlicher Meinung + Fakten -> siehe öffentlich-rechtlicher Rundfunk (Medien). Im Parlament sitzt die Durchschnitts-Menge der Bevölkerung. Es gibt eine konstruktive Fehlerkultur.	14, 1, 23
38.	Salzburg	Medien	Vertrauen in Medien: > Transparenz gegenüber der Bevölkerung bezüglich Geldgaben > Objektivität des ORF losgelöst von Parteizugehörigkeit > Klarheit der Sprache > Vielfalt staatlich und privat beibehalten	14, 16, 22
39.	Eisenstadt	Politik	Transparente und menschnahe Politik: Verantwortung übernehmen für Fehler und Entscheidungen. Fehler werden eingestanden und zugegeben, klare Auftragsvergabe inklusive Begründung und transparente Einsicht, Perspektive statt Angst, Krisen eignen sich nicht für Föderalismus (EU weite Entscheidungen).	21, 1, 23
40.	Eisenstadt	Medien	Qualität statt Sensationslust: Eine objektive, faktenbasierte, klar verständliche Berichterstattung, die alle Seiten beleuchtet. Statt Klicks soll Lesedauer belohnt werden. Medien sollen wieder „Anwalt des Lesers“ werden. Nachrichtensendungen mit einer guten Nachricht beenden.	1, 11, 18
41.	Eisenstadt	Wissenschaft	Wissenschaft statt Politik: Grenzen der Forschung transparenter und einfacher aufzeigen, Wissenschaft soll frei von Politik sein und sich nicht von Politik und Wirtschaft kaufen lassen. Prognosen dürfen nur aufgrund von validen Daten erfolgen.	14, 11, 10
42.	Eisenstadt	Bevölkerung	Gemeinsam miteinander zuhören: Wir empfehlen den Bürgerinnen eine breite Medienbildung (Politik), die in der Schule beginnt. Wir empfehlen ein gemeinsames Ziel (Defaults?) zu haben, um eine offene Geisteshaltung beizubehalten.	17
43.	Eisenstadt	Politik	Politik für alle (Vernunft & Fairness): (Besonders) in Krisenzeiten sollen Politiker:innen über Parteigrenzen hinweg unabhängig von Geldgebern (Parteispenden etc.) zusammenarbeiten, Eigeninteressen hinten anstellen und aufs große Ganze schauen. Sinnvolle & gut vorbereitete Maßnahmen werden so gestaltet, dass alle mitgedacht werden & konkret, verbindlich, auf den Punkt und achtsam kommuniziert -> keine polarisierende Sprache (negativ-Beispiel „Pandemie der Ungeimpften“).	4, 2
44.	Eisenstadt	Wissenschaft	Vernetzt euch und bleibt unabhängig: Erschafft euch einen gemeinsamen Datenpool, tauscht euch mehr über neue Forschung, Hypothesen etc. aus, bevor ihr an die Öffentlichkeit kommuniziert. Arbeitet zusammen und bleibt unabhängig in eurer Forschung.	9, 8, 14
45.	Eisenstadt	Bevölkerung	Miteinander füreinander: Denkt euch in die Situation Anderer, seid offen für andere Perspektiven, seid empathisch und lasst unterschiedliche Meinungen nebeneinanderstehen und akzeptiert unterschiedliche Werte und Ängste eurer Mitmenschen. Fühlt euch als Gemeinschaft in eurer Heimat und seid solidarisch.	13, 21, 19
46.	Eisenstadt	Medien	Ehrlich auf den Punkt gebracht: Durch die Medien transportierte Informationen sollen sachlich und unabhängig recherchiert werden und folgendermaßen kommuniziert werden: keine polarisierende & sensationsgierige Headline, auf den Punkt gebrachte, faktenbasierte Inhalte & verständlich und klar kommuniziert.	14, 11, 16
47.	Eisenstadt	Politik	Neutrale Krisenregierung: Insbesondere in Krisenzeiten mit gutem Beispiel vorangehen, und sich gegenseitig unterstützen. Keine Wahlwerbung oder Alleingänge, sondern Schulterchluss und Mittragen von Regierungsbeschlüssen. Stimmen, statt Parteizwang.	4, 14

48.	Eisenstadt	Wissenschaft	Eine Stimme: Die Einrichtung von fachspezifischem, politisch unabhängigem, repräsentativem, diversem Weisenrat mit periodisch wechselnder Besetzung. Ziel ist die Kommunikation mit einer Stimme nach Außen - es wird ein*e Sprecher*in festgelegt. Die Kommunikation soll für „Otto Normalverbraucher*innen“ verständlich sein, sachlich und auf den Zusammenhalt ausgerichtet.	5, 4, 16
49.	Eisenstadt	Medien	Transparenter Quellenhinweis: Selbstverpflichtung ALLER Medien, ein „Inserat“ (Fußnote/ Zitat) bei Berichterstattungen dauernd einzublenden, um die Seriosität der Quelle nachvollziehen zu können.	10
50.	Eisenstadt	Bevölkerung	Interaktion & Austausch leben: Vorhandene Möglichkeiten für Austausch nutzen & neue Plattformen schaffen, um einander respektvoll, offen und mit Akzeptanz zu begegnen.	19, 21
51.	Eisenstadt	Wissenschaft	Die Wissenschaft, die Wissen schafft: Wir empfehlen der Wissenschaft, über den Tellerrand hinauszuschauen & in einem bunten Diskurs zusammen zu arbeiten. Die empfohlenen Maßnahmen sollen in allgemein verständlicher Sprache kommuniziert werden. Die Maßnahmen sollen lösungsorientiert, gesamtheitlich, nicht profitorientiert & möglichst nachhaltig erarbeitet beziehungsweise ausgearbeitet & präsentiert werden.	8, 2, 16
52.	Eisenstadt	Medien	Wir bleiben bei der Wahrheit: Wir empfehlen den Journalist*innen, neutral und umfassend zu recherchieren; von der Politik entkoppelte, objektive Berichterstattung selbst zu recherchieren, statt voneinander abzuschreiben (Fake News vermeiden!). In Talkshows sollen alle Meinungen zu Wort kommen können & Personenanzahl zu verschiedenen Meinungen soll ausgewogen sein (nicht: alle gegen 1). Werbung für rezeptpflichtige Medikamente (z. B. Impfung) soll, so wie bereits gesetzlich verankert, weiterhin nicht erlaubt sein.	14, 18, 24
53.	Eisenstadt	Bevölkerung	Niemals Gewalt, alles bereden!: Wir empfehlen einen regelmäßigen „Stammtisch“ -> in einem Wirtshaus oder Heuriger ... wo alle Bürger*innen (immer wieder) eingeladen werden zum Austausch & Diskurs zur „Vernetzung“. Wir sollen liebevoll & wertschätzend miteinander kommunizieren: ohne Vorurteile & um Bedürfnisse & Ängste der Mitmenschen zu erkennen.	2, 21, 13
54.	Eisenstadt	Politik	Politik auf Augenhöhe statt auf Gürtellinie: Wir empfehlen der Politik eine Kommunikation & Diskussion auf Augenhöhe statt auf Gürtellinie. Ungerechtfertigte Schuldzuweisungen sollen unterlassen werden, Polarisierung vermieden werden. Politiker*innen sollen zum Wohl der Bürger*innen denken & nicht in Legislaturperioden oder parteipolitisch. Kommunikation an Bürger*innen auf Augenhöhe! Bei von der Wissenschaft empfohlenen „einschneidenden“ Maßnahmen (z. B. Impfpflicht, Lockdown) sollen mit zuvor gut aufbereiteten Informationen Volksbefragungen durchgeführt werden.	21, 23, 22, 27
55.	Eisenstadt	Politik	Vertrauenswürdige Politik: Dass sie nach Zusammenhalt + Konsens streben, orientieren sich an Lebenswirklichkeiten und an gemeinsamen Werten, halten sich aus Medien raus, informieren sachlich und appellieren an Eigenverantwortung, arbeiten daran, das Vertrauen der Menschen in Österreich wiederherzustellen, indem sie ehrlich, transparent + authentisch kommunizieren + handeln.	19, 14, 22
56.	Eisenstadt	Medien	Vertrauenswürdige Medien: sachliche Berichterstattung (nicht emotional, nicht polarisierend, nicht politisch, ...), unabhängige Berichterstattung (von Parteien, Investoren), Berufsethik!, bringen auch positive Nachrichten, Vorbilder, ...	14, 1
57.	Eisenstadt	Wissenschaft	Vielfalt + hochwertig: Abkoppelung von der Politik -> Unabhängigkeit, Toleranz gegenüber konträren Ansichten, Wissenschaft wird finanziert von öffentlichen Geldern -> Abkoppelung von politischen und anderen Interessensgruppen.	14, 21
58.	Eisenstadt	Bevölkerung	Zusammenhalt: > Bürgerinnen und Bürger treffen eigenverantwortlich Entscheidungen für sich selbst und auch in Hinblick auf die Gemeinschaft, UND tolerieren Entscheidungen die andere für sich treffen. > Zusammenhalt stärken durch -> zuhören + stehen lassen + Verständnis haben -> füreinander da sein (kleine Hilfsdienste) -> Interessen teilen („Strichclub“) > unterschiedliche Meinungen tolerieren.	19, 21, 19
59.	Feldkirch	Politik	Auf Augenhöhe durch die Krise führen: konkrete, klare Linie – parteiübergreifend; Empfehlungen > Pflichten: vertrauen in Vernunft & Mündigkeit der Bevölkerung, gute Entscheidungen für sich & andere zu treffen; der Bevölkerung zu empfehlen, im Krankheitsfall Maske zu tragen & Stigmatisierung zu verhindern; Rahmenbedingungen schaffen (Fachkräfte, Besetzung) damit Krankenstand angstfrei genommen wird; Politiker*innen als Expert*innen, nahe am echten Leben.	38, 32, 14, 44, 45, 47, 58
60.	Feldkirch	Medien	Hoffnung statt Angst, Medien als Helfer & Vermittler: unabhängig, einfache und positive + verbindende Sprache und Berichterstattung (inklusive Bildwahl); vernünftige Diskurs & Gesprächskultur vorleben: verschiedene Meinungen haben Platz, auch innerhalb einer Plattform; Krisenbezogene Nachrichten gestaffelt, nicht permanent (z. B. Sondersendung am Sonntag); Sondersendungen „Ratgeber & Erfahrungsberichte“, evtl. Themenschwerpunkte wie Kinder, etc. ...	16, 18, 35, 1, 54
61.	Feldkirch	Bevölkerung	Zusammenhalt statt Spaltung: Entscheidungen von anderen respektieren und akzeptieren; Offenheit für andere Meinungen und Bereitschaft zuzuhören; sich trotz unterschiedlicher Meinungen durch die Krise helfen; Gemeinsamkeiten voranstellen und auch an andere denken; Medienkompetenz stärken (lernen).	19, 21, 12, 17

62.	Feldkirch	Wissenschaft	Unabhängige, interdisziplinäre Ratgeber*innen: Zusammenarbeit mit anderen Expert*innen (insbesondere aus betroffenen Berufsgruppen) -> breit aufgestellte, interdisziplinäre Teams; transparente, begründete & unabhängige Entscheidungsfindung -> Nachvollziehbarkeit, insbesondere in einfacher Sprache - auch mehrsprachlich; Quellenangaben (Qualifikation, Abhängigkeiten).	4, 16, 8, 22
63.	Feldkirch	Politik	Krise ist kein Wahlkampf: keine Panikmache: Vertrauen durch Fakten; gemeinsames Auftreten: Diskussionen intern führen; Transparenz: Förderungen, nicht Gießkannenprinzip -> Forschungsgelder veröffentlichen, Krisenmaßnahmen -> Krisenpartei – Kernteam gründen mit Vertretern aller Parteien -> aktueller Stand informieren & weitere Maßnahmen.	7, 14, 10, 32, 44
64.	Feldkirch	Medien	Ehrliche und belegte Nachrichten: keine Fakenews; -> nur belegbare Quellen, sonst kennzeichnen, das muss kontrolliert werden (Kontrollstelle, wird bestraft); politisch unabhängig (Kontrollstellen); Berichterstattung über andere Themen; freier Zugang zu den Medien (keine Abos).	6, 10, 1, 48, 39
65.	Feldkirch	Bevölkerung	Gemeinschaft (vor-)leben: Toleranz und Respekt leben -> Kurse / Weiterbildungen anbieten (Kommunikation, EDV, Persönlichkeitsbildung); Wissen: Anlaufstelle z. B. Bürgerservice anbieten; Hilfestellung von Risikopatienten -> Einkaufen gehen, EDV-Hilfe (Impfung etc.).	12, 13, 17, 41, 19, 45
66.	Feldkirch	Wissenschaft	Miteinander statt Gegeneinander: Ehrlichkeit: belegbare Erkenntnisse mit Beispielen erklären, damit jeder verstehen kann (Fragestunden); Gemeinsame Sprache: keine Einzelstimmen, zuerst einigen; Transparenz: wo stehen sie gerade, wie geht es weiter, Zahlen in Relation stellen (z. B. zu Grippezahlen); kein Konkurrenzkampf in Krisenzeiten -> miteinander -> vor Veröffentlichung von Ergebnissen auf einheitliche Sprache einigen. -> Ergebnisse müssen von Wissenschaftlern, nicht Politikern präsentiert werden.	16, 10, 49, 15, 5, 32, 8
67.	Feldkirch	Politik	Verhaltenskodex für die Politik in Krisenzeiten: Politische Entscheidungen nur auf Grundlage fundierter Wissenschaft; in Krisensituationen soll die Politik einheitlich auftreten; kein Wahlkampf und Klientelpolitik in Krisenzeiten -> Politik für die Gesellschaft; Potenziell gefährdete (systemrelevante) Gruppen präventiv schützen + stärken; Respekt + Solidarität vorleben / Vorbildfunktion.	32, 44, 14, 19, 30, 21, 1
68.	Feldkirch	Wissenschaft	Wissen macht stark und schafft Vertrauen: wissenschaftliche Erkenntnisse einfach + allgemeinverständlich darstellen; Informationen aus unterschiedlichen Blickwinkeln bewerten; Informationskommunikation über verschiedene Kanäle (offline + online); offener + sicherer Informationsaustausch national + international; unterschiedliche Informationstiefen schaffen.	16, 35, 24
69.	Feldkirch	Medien	Medien als Bindeglied: Qualität anstelle von Quantität fördern (finanziell); journalistische Sorgfalt und Pressekodex; politische Unabhängigkeit und neutrale Berichterstattung; wissenschaftliche Berichterstattung; keine Panikmacherei.	7, 14, 46
70.	Feldkirch	Bevölkerung	geteilte Eigeninitiative (Bürgerinitiative): Respektvolle, werteorientierte Erziehung; Eigenverantwortung; Toleranz, Gegenargumente akzeptieren; Selbstreflexion; politische + wissenschaftliche Entscheidungen akzeptieren + mittragen und Fehlentscheidungen tolerieren; im Alltag bewusst Zeit miteinander verbringen; aktive kommunikative Aufarbeitung.	21, 38, 23, 12
71.	Feldkirch	Politik	Strukturen schaffen: Krisenmanagementgesetz mit Notfallplan (Verantwortung, Kompetenzen); Kennzahlen stehen aus allen Bereichen zur Verfügung und können für die Entscheidungsbildung ausgewertet werden (zielgerichtet); Basis der Entscheidung ist öffentlich; Kommunikation muss geregelt ablaufen -> was ist „öffentlich“ -> WER/WAS/WANN/WIE; Kartellamt stärken, unabhängig, Eingriffsrechte.	14, 33, 20
72.	Feldkirch	Medien	Social Media: Soziale Medien sollten ihren Usern die Möglichkeit geben, keine Informationen zu einer Krise zu bekommen; Soziale Medien sollten ihren Usern die Möglichkeit bieten, den Anteil von positiven zu negativen Nachrichten in ihrem Newsfeed zu steuern.	1, 52
73.	Feldkirch	Wissenschaft	Global Connections: Expertengremium (3–4 zentralisiert); Länderübergreifende Forschungsmöglichkeiten; fundierte Datenerhebung – Auswertung – Prognose; beratende Funktion Empfehlungen; Anreize für Virologie (Nachwuchs); Vernetzung international; Offenheit für Alternativmedizin; Wissenschaft für alle verständlich.	8, 14, 16, 35, 9
74.	Feldkirch	Politik	Krise gemeinsam meistern: Digitalisierung vorantreiben; Impfpass, Krankmeldungen – Vernetzung mit Datenbank; regionale Daten aus den Gemeinden stehen dem Krisenmanagement zur Entscheidung zur Verfügung; Austausch im nahen Umfeld, im Gespräch / Handlung bleiben, unleserlich, Soziales.	13, 9, 1
75.	Feldkirch	Medien	Kontextualisierung von Nachrichten: Die Leser benötigen Kontext zu den Informationen, die sie bekommen; Öffentliche Quellen sollten genannt werden; kontroverse Meinungen sollten nicht überproportional vertreten sein; die Kontroversen sollten aufgezeigt werden.	10, 18
76.	Feldkirch	Wissenschaft	Wissenschaft in die Mitte: Wissenschaft muss in der Öffentlichkeit präsenter werden; Wie: verständliche Sprache für Laien, Studien öffentlich zugänglich machen, Fokus auf relevante Themen.	16, 53, 55, 17

77.	Feldkirch	Bevölkerung	Empathie + Respekt: ein tolerantes, respektvolles + hilfsbereites Miteinander; WIE: Eigenverantwortung übernehmen, z. B. Vorsorge (Medikamente, ...); Informationen hinterfragen; Empathie statt Verurteilung.	21, 38, 13, 32
78.	Feldkirch	Politik	Volk vor Partei: die Parteien sollen miteinander ein Expertenteam (Virologen, Ärzte, Wirtschaft + Soziologen) erstellen. Die Politik sollte den Experten erlauben, die Maßnahmen der Bevölkerung mitzuteilen; WIE: Gemeinwohl über eigene Interessen stellen! Krisenmanagement über die Interessen der Parteien stellen!	4, 5, 44, 32, 14
79.	Feldkirch	Medien	Ehrlichkeit + Nachvollziehbarkeit: eine sachliche + transparente Berichterstattung in verständlicher Ausdrucksweise; WIE: Journalistenkodex einhalten und sich der Verantwortung bewusstwerden, was nicht recherchierte + reißerische Headlines anrichten können.	10, 14, 16, 7
80.	Innsbruck	Politik	Keine Quarantäne für sterbende Menschen; strafrechtliche Verfolgung von Fake News und Hasspostings; wenn Testpflicht -> Kostenlose Testmöglichkeit; Versorgungssicherheit für z. B. Medikamente muss in EU durch z. B. Fördermöglichkeiten gesichert werden; Alternativen zu Schulschließungen; streng zweckgebundene Förderungen, die zeitnah ausbezahlt werden; es gibt große Transparenz und Einsicht.	42, 10, 49, 56, 39
81.	Innsbruck	Bevölkerung	Möglichkeit zu Organisation von Bürgerforen; freiwillige Bürger tragen sich in eine Liste ein; es braucht eine Moderation und Zielsetzung sowie Gesprächsregeln.	2, 45, 19
82.	Innsbruck	Wissenschaft	Wissenslücken offenlegen; objektive und verständliche Wissenschaft inklusive Abwägen der jeweiligen Vor- und Nachteile; zukunftsorientierte Wissenschaft.	11, 36, 16, 14
83.	Innsbruck	Medien	Keine täglichen „Breaking News“ mit z. B. Infektionszahlen -> sind aber transparent (online) abrufbar; kindergerechte Einbindung in etwaige Krisensituation; Social Media ist nur mit Klarnamen und z. B. Handysignatur nutzbar.	7, 52, 7
84.	Innsbruck	Bevölkerung	Rücksichtnahme & Alltagshilfe: Unterstützung der Kinder: Online-Liste mit Aktivitäten für Eltern (zur Anleitung); Möglichkeiten, miteinander zu spielen, thematisieren von Krisensituationen durch (Schul-)Psycholog:innen; Nachbarschaftshilfe für Schwächere & Hilfsbedürftige, z. B. Einkauf -> durch App unterstützt.	54, 19
85.	Innsbruck	Medien	Moralischer Kompass: staatliche Medien als Fels in der Brandung: faktenbasiert, informativ, qualitativ, positiv; andere Medien bieten konstruktive Kritik und stellen den Eigennutzen nicht in den Vordergrund -> Leitlinien: z. B.: „Wir handeln für die Menschen“.	1, 14
86.	Innsbruck	Politik	Transparenz: Austausch mit Wissenschaft vor Kommunikation mit Öffentlichkeit; mit einer Stimme sprechen: Bundespräsident:in gibt Informationen kund für Maßnahmen & Handhabung; nach gegebener Zeit evaluieren & eventuell anpassen; „kein Slalom“.	14, 5, 49, 23
87.	Innsbruck	Wissenschaft	Wie soll Wissenschaft kommuniziert werden?: Fachlicher Austausch wissenschaftlicher Details untereinander bevor Informationen in Medien kommuniziert werden; Einigung untereinander, Kommunikation des „Warum“.	5, 10, 8, 12
88.	Innsbruck	Politik	Allgemeine Empfehlungen für die Politik: Präsentiert von einem Ruhepol (z. B. Bundespräsident); Politik am Bürger (sich in den Bürger denken); keine Parteipolitik, einheitlich; Angst nehmen, versöhnlich + motivierend agieren; transparente, unabhängige Experten, Bürgerforen; aktuelle Infos werden von Staatsmedien transparent präsentiert. Worten auch Taten folgen lassen (Kundenbetreuung, Pflege + Gesundheitsberufe (Entlohnung)).	5, 32, 44, 7, 60, 2, 40, 14, 39
89.	Innsbruck	Bevölkerung	Österreich on Board: Wir würden empfehlen untengenannte Punkte gemeinsam mit österreichischen Medien an Bevölkerung zu kommunizieren; Ruhe bewahren & keine Panik verbreiten; Themenpause (nicht über Krise sprechen); Respektvoller Umgang miteinander + Empathie; Verständnis für Politiker; nach bestem Wissen & Gewissen für Gesellschaft handeln; Meinungen akzeptieren & gelten lassen.	7, 1, 13, 21, 23, 57, 32
90.	Innsbruck	Wissenschaft	Wissenschaftskommunikation: Fakten der Woche werden unabhängig und transparent (ohne Konkurrenzdruck von Natur- und Geisteswissenschaftler*innen, sowie Fachjournalisten logisch zusammengefasst -> Einfacher Einstieg in die Materie mit Verständnis für Unverständnis; Präsentationen/Fragerunden von Expert*innen in Hörsälen und online.	8, 60, 16, 5, 3, 15
91.	Innsbruck	Medien	Allgemeine Medienempfehlung: Als Empfehlung geben: Sensationslust herunterschrauben; Vorsicht wem eine Bühne geboten wird (Angst); Hassbotschaften & Schuldzuweisungen meiden; Vorschläge für Sendungen/Artikel: Good News, Alltagshelden, Fakten Check, Gesundheits- & Mitmachangebote, aufklärende Internetseite: gute Übersicht & Möglichkeit zur Vertiefung (aktuelle Wissenslage).	14, 1, 7, 19, 10
92.	Innsbruck	Politik	Gemeinsam für Alle: auf Aufklärung setzen, kein Zwang, keine Verbote (Verbote erst letztes Mittel); finanzielle Maßnahmen vorsichtig, nachhaltig, für alle Berufsgruppen einfach zu beantragen, keine Einmalzahlungen; sensible Kommunikation (nicht polarisieren); politische Bildung als Pflichtfach in Pflichtschule; Kommunikation in mehreren Sprachen; parteiübergreifendes Gremium mit Sprecher:in; Mitpreisdeckel & Teuerungsstopp; Unsicherheiten und Hypothesen kommunizieren; bessere Bezahlung im Sozialbereich; Investition in Ausbildungen.	31, 22, 39, 4, 21, 11, 40, 41, 44, 5

93.	Innsbruck	Medien	Sachlich, neutral, positiv: Ergebnisse der Forschung sachlich kommunizieren; nicht zu viel Information (auch anderen Themen Raum geben), aber bei komplexen Themen Kontext bieten; kein Naheverhältnis zur Politik; Fake News nachverfolgen, löschen, sperren (Social Media); objektive Berichterstattung; Zuspitzungen vermeiden (im Wording); Medienformat Pro & Contra (Bspw. Impfung); Quellen angeben; auch positive News kommunizieren.	14, 16, 10, 1, 42, 52
94.	Innsbruck	Wissenschaft	Wissenschaftssprecher:in: 1. Austausch (öffentlich oder nicht?) unter Kolleg:innen 2. Kommunikation durch neutrale:n Wissenschaftssprecher:in: Kontext bieten; verständlich kommunizieren (Begriffe definieren, einfache Sprache); Unsicherheiten transparent machen (Hypothese vs. Ergebnisse); Quellen nicht Personen-bezogen (besser: Institute).	8, 5, 10, 11, 16
95.	Innsbruck	Bevölkerung	Auffangnetz: Selbstinitiativ konsumfreie Räume gemeinsam für Vernetzungstreffen nutzen: Austausch mit Menschen anderer Meinung für Zusammenhalt, Inhalte diskutieren, Quellen überprüfen, auf Volksbefragungen und Wahlen hinweisen und diese wahrnehmen; Generationen zusammenbringen & gegenseitige Unterstützung fördern, Info über kulturelle Veranstaltungen teilen, Eigenverantwortung fördern.	19, 12, 38, 42, 43
96.	Innsbruck	Politik	Krisenmanagement + politische Verantwortung: Bilden einer Krisenregierung, welche unparteiisch agiert in der Zeit der Krise – in der Zusammenarbeit mit Personen aus der Praxis (Interessensvertretung). Diese Regierung handelt im Wohle des Volkes ohne wirtschaftliche Interessen. Es gibt einen Krisenvertrag für die Parteien. Es gibt Volksumfragen (z. B. Internet) um die Stimmung zu erfragen. Alle Bundesländer werden einbezogen.	4, 27, 44
97.	Innsbruck	Medien	Sachlich, konkret + verständlich: Die Informationen sollen neutral sein, konkret + für alle verständlich. Es soll eine klare Transparenz geben – auch ob es sich um Fakten oder Meinungsaustausch handelt. Der Zugang soll über verschiedene Medien möglich sein. Die Berichterstattung + wichtige Dokus sollen zeitlich möglichst passend ausgestrahlt werden (nicht zu spät). Keine politischen Posten in den Medien. Kritische Meinungsbildung als Schulfach.	12, 16, 17, 24
98.	Innsbruck	Bevölkerung	Zusammen sind wir stark: Dankbarkeit + Zuversicht wird vorgelebt. Vorteile von Empathie + Mitgefühl werden bewusst gemacht – z. B. durch „AlltagsheldInnen“-Geschichten in den Medien. Es gibt Nachbarschaftshilfe + SozialarbeiterInnen, die auf Alleinstehende zugehen. Es werden (online) Treffen (mit ExpertInnen) auf Gemeindeebene organisiert. Konfliktmanagement als Schulfach. Soziale Aktivitäten auch außerhalb der Krise.	1, 13, 19, 3, 15
99.	Innsbruck	Wissenschaft	Unabhängige, vertrauenswürdige Wissenschaft: Forschung soll autonom sein (unabhängig von wirtschaftlichen Interessen). Es soll eine internationale Vernetzung erfolgen. Es soll eine klare Empfehlung vermittelt werden, in verständlicher + einfacher Weise. Nicht-Wissen soll transparent gemacht werden, Fächer übergreifender Diskurs – abrufbare ExpertInnen (z. B. VirologInnen + PsychologInnen).	60, 16, 31, 8, 5
100.	Klagenfurt	Bevölkerung	Ein friedliches Nebeneinander und Miteinander: verschiedener Meinungen zulassen und akzeptieren; Zivilcourage zeigen, indem man die eigene Meinung sagt und ohne Vorurteile andere Meinungen wahrnimmt; Respektvoller Umgang der Generationen; Erfahrungen austauschen; Miteinander kultivieren; Nachbarschaftshilfe, gemeinsam Feste feiern.	21, 12, 19, 45
101.	Klagenfurt	Wissenschaft	Unabhängige Forschung: Empfehlen ein unabhängiges, neutrales, übergeordnetes, regionales wissenschaftliches Gremium. Bei Kontroversen (Finanzen) letztendlich Entscheidung durch Weisenrat ...	8, 60, 25, 44
102.	Klagenfurt	Medien	Wunsch einer objektiven Berichterstattung: 1. Klare für jedermann verständliche Ausdrucksweise; 2. Angabe der Informations-Quelle; woher stammt diese Info; 3. Gewissenhafte Recherchen, um Fake News zu vermeiden; 4. Öffentliche Medien müssen Parteien-politisch neutral sein!	16, 10, 17, 14
103.	Klagenfurt	Politik	„Leistungs-Schau“: Vertrauen wieder stärken; Mittel: Nachvollziehprozess „Entscheidungs-Tracking“; Transparenz von der Entscheidung bis zur Umsetzung ...	10
104.	Klagenfurt	Medien	Kanal „Österreich hör zu!“: Einen unabhängigen, freien Kanal zu schaffen: „Österreich hör zu“. Hier gibt es eine Melodie, Einleitung, Stimme mit (positivem) Wiedererkennungswert. Täglich um 17:45 gibt es von einer überparteilichen Respektperson sachlich, verständlich, neutrale Info zur Lage (auch positiv!). Auf Kanal keine politischen Vertreter*innen. Die Infos sollen aus zuverlässigen Quellen stammen. Wissenschaftlich unterstützt.	1, 14
105.	Klagenfurt	Politik	Politiker hört zu!: Dass sie für ihre Posten fachliche & Praxis-Kompetenzen mitbringen sollen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können (oder Managerqualitäten mit fachlich fundiertem Beraterstab). Sie sind Vertreter des Volks & sollten dessen Interessen uneigennützig vertreten, das Volk miteinbeziehen & sich bewusst sein über die Auswirkung ihrer Entscheidungen. Sie sollen sich ihrer Verantwortung als Vorbild (Respekt, Toleranz, Wertschätzung, Zusammenarbeit) bewusst sein & sie übernehmen. In Krisen miteinander arbeiten & keine Streitgespräche in Medien	4, 22, 14, 12, 21

106.	Klagenfurt	Bevölkerung	Von Mensch zu Mensch: Dass jeder auf die Eigenverantwortung schaut & Eigeninitiative ergreift. Jeder ist gefragt, wird gehört, ist wichtig & Teil der Lösung, jeder passt sich an die Krisensituation an. Alle halten & helfen zusammen (Zivilcourage) & fühlen sich für die Mitbürger & die Situation mitverantwortlich. Resilienzschaffung vorab (Schule, Familie, Altersheim, Vereine usw.). Eventuell Bürgerforum in Gemeinden andenken. Respektvolle Diskussionen & Toleranz!	38, 32, 45, 21, 19, 2
107.	Klagenfurt	Wissenschaft	Experten, erklärt uns!: Dass sie eine gut verständliche Sprache nutzen und unvoreingenommen arbeiten, nämlich ergebnisoffen & mit offen gehaltener Diskussion, in der andere Meinungen zugelassen werden können. Sie sollen Ernsthaftigkeit & Wichtigkeit statt Panik vermitteln & sollen weltweit in Krisen besser zusammenarbeiten & sich abstimmen. Diskussionen nicht in Öffentlichkeit führen & unterschiedliche Wege nicht werten (falsch, richtig) & wissenschaftliche Irrtümer nicht tabuisieren.	16, 14, 7, 25, 23, 13, 35, 36
108.	Klagenfurt	Medien	Zukunftsmedien!: Objektive Berichterstattung; nur sachliche & gesicherte Informationen verbreiten; unabhängige kritische Berichterstattung; Qualitätsjournalismus fördern; keine Desinformation durch Weglassen von Information.	14, 6, 10, 46, 37
109.	Klagenfurt	Bevölkerung	Wissen ist Macht!: Selbstverantwortung im Sinne von Gemeinwohl durch Bildung. Informationen kritisch hinterfragen. Zusammenhalt und gemeinschaftsfördernd durch Kommunikation.	38, 17, 41
110.	Klagenfurt	Politik	Zusammen sind wir Politik!: Klare Kommunikation über die Parteigrenzen hinaus; wertschätzende Kommunikation. Akzeptanz durch Transparenz (erst denken, dann verkünden, nachvollziehbar für den Bürger bleiben, Fehler offen & öffentlich eingestehen); fachliche Entscheidungen durch medizinische Fachexperten, nicht durch Politik; Angemessene Schulungsangebote zur Krisenbewältigung; Vereinsarbeit fördern und unterstützen; Lernräume, Begegnungsräume schaffen; Europäische Forschungseinrichtungen für ansteckende Krankheiten.	21, 4, 23, 50, 19, 22, 33
111.	Klagenfurt	Wissenschaft	Zusammenarbeit schafft mehr Wissen!: Einfach verständliche Sprache; Auf das Wohl der Bürger:innen achten; Europäische Forschungseinrichtung für ansteckende Krankheiten vorbeugend einrichten.	33, 16, 60
112.	Klagenfurt	Medien	Medien zwischen Unabhängigkeit und Koordination: Verschiedene Medien sollen aktuelle, wahrheitsgetreue, neutrale Informationen berichten ohne Stellung zu beziehen. Keine Angst verbreiten, Quellenangaben hinzufügen. Trotz Notsituation nicht nur negative Informationen senden; Unabhängigkeit; streng zwischen Nachrichten und Meinungen trennen, koordinierte Leitstelle ähnlich wie Zivilschutzbehörde, die objektive Nachrichten sendet.	14, 10, 7, 1, 5
113.	Klagenfurt	Politik	Vereint durch die Krise: In Krisensituationen sollen Parteien an einem gemeinsamen Strang ziehen, um Entscheidungen treffen zu können, die für alle Menschen wertvoll sind. Dabei sollen Konsequenzen für alle Gesellschaftsgruppen mitbedacht werden. Notfall- & Sicherheitspläne entwickeln, um zu wissen, wie konkret vorgegangen werden soll. Klare und transparente Kommunikation. Infos sollen einfach zugänglich und auf einen Infokanal gebündelt werden. Politik soll nicht im Kämmerlein sondern draußen bei den Menschen gemacht werden, damit Sorgen + Ängste wahr- und entgegengenommen werden können.	32, 22, 33, 5, 15
114.	Klagenfurt	Wissenschaft	Klarer Kommunikationsstil gibt Sicherheit: Verständliche Informationen, die für die Bevölkerung wichtig ist, anstatt Wissenschaftsjargon; große zentrale Stelle ohne Gewinnorientierung, kein Wettbewerb; erst an die Öffentlichkeit gehen, wenn eine/mehrere Lösungen vorhanden sind; breite öffentliche wissenschaftliche Diskussion fördern/ermöglichen.	16, 37, 60, 36, 35
115.	Klagenfurt	Bevölkerung	Um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern: Leben und leben lassen, Ruhe bewahren. Maßnahmen der Regierung annehmen, aber auch reflektieren. Sich nicht radikalisieren (lassen), auf Quellen von Infos achten und „gesunden Menschenverstand“ einsetzen. Dem Gegenüber zuhören, mit mehreren Meinungen auseinandersetzen, bevor man für sich eine Entscheidung trifft. Bürgerforen für gegenseitigen Austausch auf Gemeinde- & virtueller Ebene einrichten.	21, 7, 12, 17, 51
116.	Klagenfurt	Wissenschaft	Wissenschaft verstehen: Wissen/Erkenntnisse öffentlich machen; der Bevölkerung vermitteln wie Wissenschaft funktioniert; unabhängiger sein (mehr Finanzierung vom Staat); Wissenschaft verständlich erklären über verschiedene Kanäle (YouTube,...); Wissenschaft erklärt und überzeugt nicht; wissenschaftliche Aufklärung durch öffentlich-rechtlichen Rundfunk.	10, 60, 16, 14, 53
117.	Klagenfurt	Medien	Medienkultur in der Krise: sobald eine Krise offiziell ausgerufen ist, sich an folgende Standards halten: (quotenunabhängig!) Sendungsformate klar definieren (Bericht, Diskussion, Satire, ...); Negativschlagzeilen vermeiden; bedacht gewähltes Bildmaterial; neutrale Moderater*innen; Fakten + Checks ergänzen; Quellenangaben; Befürworter + Kritiker.	14, 7, 14, 10, 18
118.	Klagenfurt	Bevölkerung	Gegenseitige Akzeptanz: gesunde Diskussionen/ Konfrontationen in der Familie führen; Spaltung vermeiden und andere Meinungen respektieren; mehr zuhören und nicht aufzwingen wollen; transparente, nachvollziehbare, fundierte Vorschriften eines unabhängigen Gremiums einhalten	12, 21, 4, 10

119.	Klagenfurt	Politik	Von der Politik autonomes Krisenmanagement: die Gründung einer unabhängigen (von der Politik) Behörde im Vorfeld, die Krisenpläne erstellt und Entscheidungen transparent & verständlich trifft. Weiters gibt sie rote Linien in einer Krise vor und definiert den Begriff „Krise“ klar. Die Verantwortlichen haben klare Befugnisse. Die Krise hat eine zeitliche Begrenzung.	33, 4, 16, 20
120.	Graz	Medien	Positive, korrekte & unabhängige Berichterstattung: Eine unabhängige Stelle gründen, die Herausgeber verpflichtet, nachweisliche Falschinformationen an prominenter (!) Stelle zu widerrufen.	42
121.	Graz	Politik	Koordinator/in: Installation einer unparteiischen Person, um in der Pandemie zu koordinieren. Überzeugungsarbeit leisten, das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen (auch eventuell gegen Parteiinteressen). In der Sache kompetent, klar in der Kommunikation!	20, 14
122.	Graz	Wissenschaft	Expertenteam: Permanentes Expertenteam (von der Wissenschaft ernannt). Anforderungsprofil: In der Sache kompetent Inhalte verständlich an die Bevölkerung weitergeben. Immer gleichbleibende Personen stärken das Vertrauen!	8, 5, 16
123.	Graz	Bevölkerung	Bewusstseinsbildung: Gemeinsame Freizeitaktivitäten nutzen, um gegensätzliche Themen wertschätzend zu diskutieren.	12, 19, 21
124.	Graz	Medien	Medialer Zirkus: ein neutrales, öffentlich-rechtliches unabhängiges Medium schaffen (ähnlich Wunsch Wissenschaft) mit fixer Bezahlung & parteiunabhängiger Kontrollinstanz (Expert*innenrat inklusive Bürger*innen). Anstatt auf Verkaufszahlen zu schauen, schafft eine neue Diskussionskultur (TN-Auswahl, neutrale Moderation, Dialog) und sendet mehr Dokumentationen (Bildungsauftrag). Setzt auf seriöse Berichterstattung und unterbindet Fake-News, stellt Krisenpläne transparent & bewertet.	14, 8, 46, 41
125.	Graz	Politik	Wunsch ans Christkind: ihren Beruf zu lernen (dienen dem Volk), ähnlich einer Diplomaten-schule (inhaltlich: Ehrlichkeit, Krisenmanagement, Führungskompetenz, Meinungsfreiheit, Bürgernähe + Kontakt, Diplomatie, geschichtliche Grundbildung, unparteiliche Entscheidungen in Krisen treffen) mit Prüfungen. Bei Einbeziehung von Expert*innen darauf zu achten, dass sie heterogen sind, es muss alles offengelegt werden (welche Verbindungen parteilich, finanziell, zu Firmen), um Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Fehlentscheidungen müssen für Politiker Konsequenzen haben (politischer Ausschluss o. Ä.). Basis-Krisenpläne erstellen als Grundgerüst, die schnell umsetzbar & sofort abrufbar sind (Verantwortung in Politik).	47, 59, 14, 23, 33
126.	Graz	Bevölkerung	Schaut auf euch!: Vertraut auf euch & der (Wunsch-)Politik & Wissenschaft (siehe Empfehlungen), schaut auf eure Gesundheit, setzt die empfohlenen Maßnahmen um, übernimmt Selbst- & Eigenverantwortung, schaut auf euch selbst und dann (Bspw. Atemmaske Flugzeug) auf die Familie, die Nachbarn etc., fragt euch „was kann ich für mich & andere tun?“ und nehmt Rücksicht auf die allgemeine Gesundheit. Informiert euch, vertraut nicht nur auf 1 Medium, macht euch ein Gesamtbild und heizt keine Gegensätze untereinander an. Lernt aus vergangenen Krisen!	38, 19, 32
127.	Graz	Wissenschaft	Wunschtraum: von der Allgemeinheit finanzierte, unabhängige Forschung betreiben soll (politisch & wirtschaftlich unabhängig). In Krisenfällen nach außen verständlich zu kommunizieren. Gemeinsame Empfehlungen basierend auf unterschiedlichen Experten-Meinungen zu verfassen, die transparent sind (bspw. wie zur generellen Empfehlung gekommen wurde). sich einzusetzen gegen Wissenschaftsfeindlichkeit.	14, 60, 16, 32, 8
128.	Graz	Politik	Krisenteam: Erstellung eines Krisenteams bestehend aus: Mediator/ Moderator --> Sprachrohr; Bürger; Politiker (parteiübergreifend); anlassbezogene Fachkräfte; Lockerung der Mobilisierungsanforderungen des Bundesheers im Krisenfall.	33, 4
129.	Graz	Bevölkerung	„Reißt's euch zam“: Respektvolles Miteinander (z. B. Ausreden lassen); Eigenverantwortliches Handeln (z. B. Informationsbeschaffung); Schulfach: kritisches Denken und (Social) Media Bildung; Krisenpsychologie bei Bürgerservice als Unterstützung bei z. B. Familienauseinandersetzungen.	21, 38, 41, 17, 62
130.	Graz	Wissenschaft	Verantwortungsvoll agieren: Staaten- und fachübergreifend forschen und arbeiten; stets Konsequenzen miteinbeziehen (z. B. Lockdown); Schwankungsbreiten und Unsicherheiten bei Prognosen angeben; verständliche Kommunikation.	60, 36, 35, 16
131.	Graz	Medien	Think what you print/ Denke was du druckst: Bei Prozentangaben auch Absolutzahlen angeben; Berichterstattung soll verständlich, faktenbasiert neutral, unabhängig und transparent sein, ohne Eigeninterpretation; Bessere Verbreitung und Nutzung von KATWARN bzw. SMS.	16, 14, 9, 63, 34
132.	Graz	Politik	Entscheidungen mit Weitblick (über eine Legislaturperiode hinaus gehend): Wir empfehlen der Politik, schon heute einen Krisen-/Maßnahmen-Plan für die nächste Krise zu erstellen. Grundlage ist eine neutrale Institution (partei-politisch neutral; Fachexpert:innen aus allen relevanten Bereichen). Seid euch eurer Vorbildwirkung bewusst, denkt grenzüberschreitend, trifft umsetzbare Entscheidungen im Sinne der gesamten Bevölkerung und begründet diese glaubwürdig & verständlich. Hinterfragt euch selbstkritisch und gesteht Fehler öffentlich ein. Für zukünftige Generationen empfehlen wir, ein Schulfach soziale Kompetenz einzuführen.	33, 8, 22, 23, 50, 41, 25

133.	Graz	Bevölkerung	Verantwortungsvolles Miteinander: Hinterfragt Informationen kritisch und tauscht euch respektvoll in Diskussionsrunden aus. Trefft eigenverantwortlich Entscheidungen, steht zu diesen und seid euch etwaiger Konsequenzen für Andere bewusst. Lasst andere Meinungen auch einfach mal stehen und seid euch auch mal darin einig, euch nicht einig zu sein. Fördert die soziale Kompetenz eurer Kinder. Stärkt eure Widerstandsfähigkeit, indem ihr bewusst auch das Positive (und Haltgebende) seht/sucht.	41, 12, 64, 21, 1
134.	Graz	Wissenschaft	Wissenschaft erklärt: Wissenschaft soll möglichst wertfrei arbeiten und Fördermittel transparent kommunizieren. In Form eines Wissenschaftsformats (z. B. Fernsehsendung zu guter Sendezeit mit Erklärvideos, Interviews etc.) werden wiss. Fakten/Erkenntnisse klar und verständlich kommuniziert. Die darin angeführten Quellen verweisen auf eine öffentlich zugängliche Plattform, die detailliertes Hintergrundwissen zu Studien etc. bereitstellt.	14, 10, 65
135.	Graz	Medien	Fair News: Was?: vollständige Berichterstattung inklusive Hintergrundinformationen; auch mal etwas positives. Wie?: Wertfreie, neutrale, faktenorientierte, transparente, verständliche Berichterstattung; auch kritische Meinungen zulassen; ohne reißerische Schlagzeilen und polarisierende Sprache. Wozu?: Informationen zur eigenständigen Meinungsbildung (Berichterstattung nicht lenkend).	10, 1, 14, 18, 29, 16, 64
136.	Graz	Bevölkerung	ICH + DU = WIR: Dass die zur Corona-Pandemie schon sehr gut funktionierende Nachbarschaftshilfe zu vertiefen und andere Meinungen zu respektieren, akzeptieren und tolerieren. Informiere dich selbstständig und handle eigenverantwortlich. Behandle deinen Gegenüber so wie du selbst auch behandelt werden willst.	19, 21, 64, 38
137.	Graz	Politik	Wir sind Politik!: Lasst kompetente Fachleute zu Wort kommen, habt eine einheitliche Kommunikation und zieht an einem Strang. Motiviert uns zur Eigeninitiative und vergesst die Randgruppen dabei nicht. Seid offen für Inputs aus der Bevölkerung. Gebt Fehler zu, entschuldigt euch und seid authentischer!	16, 14, 8, 38, 23, 2, 34, 32, 5
138.	Graz	Wissenschaft	Hallo Wissenschaft? :) Sprecht in verständlicher Sprache, betrachtet die Gesellschaftsgruppen vor den Maßnahmen, bleibt ehrlich auch bei fehlendem Wissen, bleibt in eurem eigenen Fachbereich und informiert uns über den momentanen Stand der Dinge.	16, 11, 36, 14, 36
139.	Graz	Medien	Nichts als die Wahrheit!: Haltet euch mit reißerischen Schlagzeilen zurück und berichtet die Wahrheit entsprechend. Spielt die Politik nicht gegeneinander aus und berichtet auch Positives. Bietet uns eine Plattform für sichere Nachrichten. Gebt Verschwörungstheorien KEINEN Platz!	7, 1, 32
140.	St. Pölten	Politik	Für die Politik: Die Zusammenarbeit aller Parteien ist in einer Krise das Wichtigste. Ohne Partei Politik. Vorbild Wirkung der Politiker auf Bürger steht über der Medienwirksamkeit auf potenzielle Wähler. Die Politik sollte in jedem Fall Bürger näher sein und auf das Wohl der Bürger achten. Politik und Ehrlichkeit sollte wenigstens in einer Krise funktionieren. Mit den Bürgern auch über unbequeme Dinge sprechen. Allgemeinwohl über Partei Interessen. Falschaussagen von Politikern im Parlament oder der Öffentlichkeit sollten gesetzlich geahndet werden.	32, 44, 42
141.	St. Pölten	Medien	Gute Info. über öffentliche Medien!: Informationspflicht für alle Arten von Nachrichten; politisch unabhängige Berichterstattung; faire Berichterstattung (keine (politische) Benachteiligung; keine Beleidigung oder Hetze); Medien sollen deeskalieren!; auch positive Berichterstattung (auch gute Nachrichten sind positive Nachrichten); Berichte und Beiträge über und für Altersgruppen.	37, 21, 7, 1
142.	St. Pölten	Bevölkerung	Bürger:innen in der Krise: Akzeptanz für die Krise -> für unbedingt notwendige Maßnahmen; eigenverantwortliche Information über mehrere verschiedene Medien und Info-Veranstaltungen; Meinungsvielfalt akzeptieren, Toleranz üben!; mit Mitmenschen/Funktionären ins Gespräch kommen; Hilfe anbieten/annehmen	32, 38, 21, 19
143.	St. Pölten	Wissenschaft	Empfehlungen an die Wissenschaft: Die Wissenschaft sollte den Krisenstab des Landes bilden, ohne diesen politisch zu beeinflussen oder zu besetzen, da dies wiederum polarisieren würde. Mehr Förderung für Studien im In- und Ausland. Egal ob es um Grundlagen oder spezielle Themen geht. Wissenschaft dient dem Allgemeinwohl und nicht der Gewinnmaximierung. Die verständliche Weitergabe der wissenschaftlichen Erkenntnisse an die Bevölkerung und die Politik. Genauen Ablauf bei Zulassung von Impfungen veröffentlichen. Die Wissenschaft braucht mehr GELD!	16, 60, 16
144.	St. Pölten	Medien	Wahr und Klar: Faktenorientierte Info (Prüfung des Wahrheitsgehaltes, Quellenangabe); keine Schlagzeilenhysterie und Sachlichkeit; kein Lobbying-Journalismus; Klarheit statt Verwirrung schaffen.	10, 14, 7, 37
145.	St. Pölten	Bevölkerung	Bürgervorbereitung: Vorsorge treffen, planen (Diskussion, Vorräte schaffen, Budget); Positives Denken (Vertrauen zur Bewältigung, Zuversicht, Besonnenheit); Hilfestellung für Mitmenschen (anbieten und annehmen); Alternativen überlegen (mehr Schlaf, Medikation, gesundes Essen); breite Informationen einholen; Lösungen statt Schuldige suchen.	33, 1, 32, 7, 22, 31, 64

146.	St. Pölten	Wissenschaft	Ehrliche Wissenschaft: Bestmögliche und verständliche Information durch – einheitliches Gesundheits-Dashboard; wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich machen; unabhängige Forschungsergebnisse aus öffentlicher Wissenschaft; Keine Mutmaßungen auf Faktenbasierender Aussage; Mehrere Lösungsvorschläge, kein Tunneldenken, es gibt mehr als einen Weg!; Vorbeugende und akute wissenschaftliche Empfehlung für die Gesellschaft; Klare Bestimmung der Ursache der Gesundheitskrise, z. B. Gesundheit der Gesellschaft, Krisenstab.	9, 10, 60, 31, 67, 4
147.	St. Pölten	Politik	Ehrliche Politik: Krisenvorsorge mit durchgängiger Planung; Bürgerwohl vor Parteiwohl; Verantwortung übernommen und Vorbild sein; Budget für Gesundheit, Forschung und Hilfe; Sicherstellen der Grundversorgung; Transparenz der Entscheidungsfindung; Vereinfachte Steuerliche Entlastung; Wahrheit statt Bequemlichkeit.	33, 10, 39, 32, 40, 68
148.	St. Pölten	Wissenschaft	Ein Gremium bilden, das stetige Krisenszenarien aktualisiert: klare verständliche Aussagen und faktenbasierte Veröffentlichungen; nachvollziehbare Beweisketten; Offenlegung wirtschaftlicher Interessen; Bereitschaft zum globalen Austausch auch mit benachbarten Berufsgruppen; Transparenz bei unterschiedlichen Standpunkten; Wissenschaftliche Bildung in der Schule.	16, 10, 50, 35, 60, 36
149.	St. Pölten	Bevölkerung	Wir ist mehr als ich: Bereitschaft zur Solidarität und Einhaltung der Regeln; Eigenverantwortung übernehmen; Bereitschaft zur Nachbarschaftshilfe; Toleranz im Alltag leben; unterschiedliche Standpunkte und Meinungen akzeptieren; bedürfnisorientierte Hilfeleistungen; die Bereitschaft persönliche Bedürfnisse zurückzustellen zum Wohle der Gemeinschaft; sich aktiv informieren, Fakten prüfen.	32, 25, 19, 21, 39, 64
150.	St. Pölten	Politik	Klarheit und Offenheit: Schutz der Bevölkerung und des Landes; einheitliche und österreichweite Regelungen; Vorausschauendes Schaffen von Gesetzen und Erlässen zur Vorbereitung auf die mögliche Krise; Schaffen des Expertengremiums (weisungsfrei); klare Kommunikation des Notfallplans; Ressourcen (Wasser, Lebensmittel, medizinisches Personal, Energie, Kommunikation); Fehler eingestehen und daraus Verbesserungen entwickeln.	25, 33, 22, 20, 8, 5, 16
151.	St. Pölten	Medien	Breitenwirksame Information in der Krise: objektive, sachliche und nachvollziehbare Berichterstattung; unkommentierte Wiedergabe des Kommissionssprechers; konkrete Verhaltensvorschläge für Personengruppen und Lebenssituationen -> von Kommissionssprecher; verständlich und für alle zugänglich; politisch unabhängig; auf Wahrheitsgehalt geprüft; kindgemäße Medienvermittlung; angstfreie Rhetorik; mehr wissenschaftliche Sendungen.	14, 5, 6, 17, 7, 65, 31
152.	St. Pölten	Wissenschaft	Wissen – schaffen: Transparenz: Auftraggeber; Maßnahmen; Gruppenfindung (Experten); Vernetzung; Verständlichkeit bei Kommunikation; Vorbereitung; Nachbereitung; Krisenmanagement; Alle betroffenen Bereiche miteinbeziehen.	10, 35, 8, 16
153.	St. Pölten	Medien	Ihr habt Verantwortung für Österreich: Klare nachvollziehbare Information; verständliche Sprache; Unabhängigkeit; Schwerpunkte der Krise einheitlich kommunizieren; keine Panikmache, Hetze; auch positive Nachrichten.	10, 16, 5, 1, 7, 21
154.	St. Pölten	Bevölkerung	Füreinander – Miteinander: Nachbarschaftshilfe; gemeinsame Verantwortung durch Vorbildwirkung; Mittragen und Einhalten der Vorgaben; in den Diskurs treten und an der Lösungsfindung mitwirken; keine Ausgrenzungen; kritisches Hinterfragen + Informieren (Quellennachweis).	19, 32, 12, 21, 64, 10, 58
155.	St. Pölten	Politik	Vertrauensvolle Politik: Keine Parteipolitik; einen Strang ziehen; Rahmen für Krisenmanagement; Bürger im Mittelpunkt; Angebote Dialogformate fördern + abgelten; Kernaufgabe Rahmenbedingungen – Sozial – Bildung – Wirtschaft; – Gesundheit...; Offene Fehlerkultur.	14, 19, 33, 32, 2, 22
156.	St. Pölten	Politik	Gemeinsames Arbeiten: parteiübergreifend, geschlossen auftreten, ohne Klientelpolitik; Notfallplan mit konkreten Maßnahmen gemeinsam mit Wissenschaftler:innen erstellen; faktenbasierte Kommunikation; Einrichten einer Hotline und einer Bürgerplattform; Bildungswesen reformieren und digitale Kompetenzen aufbauen, Weiterbildung von Lehrerinnen/Professorinnen und Ausstattung bereitstellen; Attraktiveren des Gesundheits- & Pflegewesens; Vorbild sein; keine Drohungen, mit Augenmaß entscheiden, Anreize schaffen.	32, 4, 33, 8, 14, 21, 51, 50, 40
157.	St. Pölten	Bevölkerung	Aktive Bürger:innen: 1) Sozialunterstützung + gemeinschaftliche Hilfestellung. 2) Nachrichten vergleichen und die Quellen hinterfragen. 3) Bereitgestelltes Bürgerforum aktiv nützen. 4) Achtsamkeit und Unterstützung auf mentale Veränderung und Gesundheit bei sich selbst und anderen. 5) Verantwortung übernehmen und Offenheit + Akzeptanz für andere Meinungen. 6) Positive Einstellung.	19, 64, 51, 43, 13, 21, 32, 1
158.	St. Pölten	Wissenschaft	Vertrauen in die Wissenschaft: 1) Klare, verständliche Kommunikation der Wissenschaft für die „breite Masse“; explizites Kennzeichen von Annahmen/ noch nicht Erwiesenem. 2) Wissenschaftliche Studien/Erkenntnis zugänglich für alle machen + Kommunikation dieser Quellen. 3) Austausch (interdisziplinär, international) mit Kollegen/Kolleginnen. 4) (möglichst) unabhängige Forschung (sowohl von Partei als auch Wirtschaft).	16, 6, 10, 53, 60, 35, 11
159.	St. Pölten	Medien	Verhaltenskodex für die Medien: 1) Klare, wissenschaftsbasierte Fakten mit Tatsachenbelegung anstatt Gerüchten. 2) Konsequenzen für die Verbreitung von Fake-News und anonymen Drohungen im Internet. 3) Präsentation von Verhaltensregeln in Zusammenarbeit mit der Politik in allen Medien. 4) Eindeutige Kennzeichnung von Quellen und deren Vertrauenswürdigkeit. 5) Ergebnisse aus Bürgerforum kommunizieren.	14, 42, 5, 10, 66

160.	Linz	Wissenschaft	Ethisches Forschen I: transparent & unabhängig agieren (Finanzierung und Direktiven offenlegen); breite, öffentliche Diskussion auch mit kritischen Kolleg*innen; verantwortungsvolles, ethisches Handeln zum Wohlergehen & Schutz der Bevölkerung; verständliche & leicht zugängliche Informationsplattform; ungeschönt Vor- & Nachteile aufzeigen.	60, 10, 35, 16, 36
161.	Linz	Wissenschaft	Ethisches Forschen II: Zulassen von wissenschaftlichem Diskurs; Ehrlichkeit und Menschlichkeit -> eingestehen, dass niemand perfekt ist; ganzheitliche Aspekte einfließen lassen; eine Pandemie rechtfertigt keine zwangsweisen Versuche am Menschen; das große Ganze nicht aus den Augen verlieren.	23, 36, 35, 22
162.	Linz	Medien	Ethische Berichterstattung: parteiunabhängig, neutral, vollumfänglich informieren (nicht tendenziös, reißerisch oder herabwürdigend), inklusive kritischer Stimmen; ehrlich, wertfreie Hilfestellung wie man positiv durch die Krise kommt -> Hoffnung geben; Respekt gegenüber anderen Medien und Meinungen; Ausgewogenheit zwischen positiven und negativen Nachrichten; Transparenz: Eigentumsverhältnisse und Geld; für alle verständliche Sprache.	7, 14, 35, 1, 37, 24, 16
163.	Linz	Politik	zum Wohle der Bevölkerung; mit Expert*innen & Laien sprechen, zuhören und einbeziehen; geht verantwortungsvoll mit Vertrauensvotum um, und missbraucht es nicht; Allparteieregierung (ab 5%) -> transparente Entscheidungen -> Volksabstimmungen bei strittigen Themen; ehrliche, transparente Entscheidungen; zeitgerechte, sorgfältige Krisen-Prävention.	2, 44, 33, 27, 30
164.	Linz	Politik	zum Wohle der Bevölkerung II: unabhängig von Konzernen & anderen Beeinflussern; nachhaltige Politik zugunsten der Menschen statt kurzfristiger Fang von Wählerstimmen; kritische Stimmen in Bevölkerung ernst nehmen und regelmäßig in Diskurs gehen; nicht scheuen Fehler zuzugeben und neuen Weg einschlagen; an eigene Vorschriften halten.	22, 30, 23, 68
165.	Linz	Bevölkerung	Miteinander statt gegeneinander I: ruhig und besonnen handeln, ohne Angst; an Empfehlungen & Maßnahmen halten sowie rücksichtsvoll & ethisch handeln; Wahrnehmung der Möglichkeiten der Bürgerbeurteilung und nach bestem Wissen & Gewissen zu entscheiden, nicht nach Partei-Zugehörigkeit; sucht das Gemeinsame und stellt es über das trennende; Respekt & Akzeptanz anderen gegenüber, mit ihren Bedürfnissen, Werte & Meinungen; handelt selbstbestimmt, aber nicht auf Kosten anderer; Fokus auf Positivität und bereits Geschafften; Dankbar dafür, in Österreich leben zu dürfen.	7, 32, 2, 27, 38, 58
166.	Linz	Bevölkerung	Miteinander statt gegeneinander II: Reflexion, was aus der Krise gelernt wurde (z. B. Vorräte, Lebensführung, etc.); zögert nicht, euch Hilfe zu Suchen und anzubieten.	19, 33
167.	Linz	Politik	Bürgerpolitik an der Realität: Kontrollsystem für Ausgaben/Aufträge/Unterstützungen während Pandemie; Politik macht keine Werbung, nur Info (z. B. Impfen); Zusammenstellung eines Krisenstabes mit unterschiedlichen Fachrichtungen (z. B. VirologInnen, ÄrztInnen, JuristInnen) + Bevölkerung (z. B. wie System bei Schöffen); Schulterchluss aller Parteien (Einigkeit); Angebote für Auswirkungen nach der Pandemie (z. B. Physio-, Psychotherapie); keine Korruption und Unehrlichkeit; Laufende Evaluierung von Maßnahmen + Interessensausgleich; Lösungsansätze zu Ende denken; VGH in Gesetzgebung miteinbinden; Dringende Empfehlungen zur Impfung durch Krisenstab + Transparenz zu Alternativen wie Medikamenten; Unabhängigkeit von Drittländern bei bestimmten Produkten.	26, 8, 32, 39, 49, 71
168.	Linz	Medien	Neutrale Medienkultur: keine Werbung für Politik; Medienförderung nur wenn von Politik entkoppelt; alle Meinungen sollen vertreten sein -> breiter Diskurs; nur Fakten kommunizieren; Themenvielfalt während Krise aufrechterhalten (nicht nur Corona Bericht); genaue Recherche vor Publikation; Zentrale Information wo alles zusammenkommt z. B. auf Plattform (Info über Krisenstab) – andere Medien sollen aber auch berichten dürfen; nicht nur Schreckensnachrichten / Panikmache – mehr positive Nachrichten.	37, 24, 14, 7, 1
169.	Linz	Wissenschaft	Transparente Wissenschaft: Expertenstab mit Wissenschaftlern aus allen Fachbereichen; Ausgewogenheit der Absichten; Transparenz von Verflechtungen zwischen Experten und Wirtschaftsvertretern/Konzernen; Quellenangaben von Experten (unbezahlt); keine Datenverfälschung aufgrund wirtschaftlicher Interessen, finanzielle Entkoppelung von Krankheitsleistungen; Kontrolle und Regulierung von Pharmakonzernen (in Krisenzeiten).	8, 60, 10, 71
170.	Linz	Bevölkerung	Menschlichkeit leben: Mitmenschen über Politik stellen; Regionale Gegebenheiten beachten; Gemeinden stärken – Gemeinden bauen Netzwerke für Hilfsleistungen auf; Heimhilfen für Kranke (z. B. Gemeindefrankenschwester, Hilfe bei Kinderbetreuung, wie Miliz: schnell abrufbare niederschwellige Hilfe z. B. Team Österreich; Aufbau einer Bürgerhilfe oder Nachbarschaftshilfe -> zur Stärkung bzw. Entlastung des Gesundheitssystems; Initiativen in Medien präsentieren; Plattform für freiwillige Hilfen – Ausnahmeregelungen; Mittel Bereitstellung dafür bzw. finanzieller Ausgleich für HelferInnen.	19, 39
171.	Linz	Bevölkerung	Haltet euch an die Maßnahmen, die euch die Politik zumutet! Hinweis und Appell an Eigenverantwortung, Verantwortungsbewusstsein & Respekt; Miteinander statt Gegeneinander, Respekt & Toleranz; eigenständige Informationsbeschaffung; eigene Gesundheitskompetenzen (Für sich selbst) auf- und ausbauen.	32, 38, 21

172.	Linz	Medien	an den „Medienkodex“ halten!; objektiv informieren & keine Präsentationsplattform für Politiker bieten; in Diskussionsrunden auch konträre Meinungen zum Austausch zulassen; Infos in einfacher Sprache & klar kennzeichnen: was sind Meinungen, was sind die Quellen; keine Angstmache & Objektivität behalten, um Polarisierung entgegenzuwirken.	14, 24, 16, 7, 18
173.	Linz	Medien	Berichterstattung ohne Beeinflussung: bildnerische Darstellung von wichtigen Infos; Infos in verschiedenen Sprachen, Informationsplattform in Beiträgen immer wieder nennen, damit sie bekannt wird; gleichwertige Bespielung der diversen Medienkanäle.	10, 24, 34
174.	Linz	Wissenschaft	Lasst's euch net dreinreden!: sollen fundiertes Wissen liefern; standhaft bleiben & Rückgrat beweisen; der Politik Maßnahmen vorschlagen; einfache Sprache verwenden; auf neutrale Namensfindung achten; intensiv für zukünftige Krisen forschen.	30, 36, 60, 16, 55
175.	Linz	Politik	übernehmen „empfohlene Maßnahmen“ von Wissenschaft von unterschiedlichen Disziplinen und wägen ab auf „Zumutbarkeit“ (sozial, psychologisch, medizinisch, juristisch...); weniger emotionsgeladene Sprache (z. B. „ungemütliche Weihnachten für Ungeimpfte“); positive Lehren aus Pandemie ziehen & umsetzen (was hat gut funktioniert, z. B. Digitalisierung).	1, 21, 30, 33
176.	Linz	Politik	Liahts mi net an! : arbeiten parteiübergreifend zum Wohle der Bevölkerung zusammen; Bund & Länder arbeiten zusammen (-> keine Länderlösungen); keine „Schnellschussaktionen“ bei Maßnahmen; Transparenz für Maßnahmen; zentrale „Informations-Anlaufstellen“; zentrale Informationsplattform in verschiedenen Sprachen; Info-Broschüren in verschiedenen Sprachen liegen bei praktischen Ärzten & Religionsgemeinschaften auf; Informationen auf „schwarzen Bretter“ in verschiedenen Sprachen in Mehrfamilienhäusern.	32, 44, 24, 68, 16
177.	Linz		Friedensgruß ade!: Hier speziell die katholische Kirche: Schafft diesen Friedensgruß ab; Förderung über Wertschätzung in der Gesellschaft.	21
178.	Linz	Bevölkerung	Respektvoller Umgang miteinander: Jährliches Bewusstmachen des krisenplanes + Übungen, Infos für Bürger:innen; Aufbau von Selbsthilfegruppen (Austausch über Krisenbewältigung); Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen; Wahrnehmung von Empfehlungen; Eckpfeile der gesellschaftlichen Gemeinschaft anerkennen (respektvoller Umgang).	19, 21, 32, 33
179.	Linz	Wissenschaft	Volksnahe Wissenschaft: Wissenschaft adaptiert Empfehlungen bei neuem Kenntnisstand und begründet diese; vernetzte, unabhängige Wissenschaft arbeitet an raschen und sicheren Lösungen; Ergebnisse werden in leicht verständlicher und unterschiedlicher. Detailtiefe veröffentlicht; Vielseitige, wissenschaftliche Meinung (+ Alternativen) finden Gehör; unterschiedliche Behandlungsmethoden.	60, 23, 16, 35
180.	Linz	Medien	Transparenz: Verpflichtende jährliche Veröffentlichung des Krisenplanes; Bekanntmachung von Selbsthilfegruppen; Einführung der Charta der Krisenkommunikation (neutrale Berichterstattung, Pros + Kontras, keine hetzerischen Meldungen...) inklusive der freien Journalisten.	19, 33, 7, 29
181.	Linz	Politik	Politische Verantwortung und Ziele: Überparteiliche, neutrales Krisenmanagement mit definierten Masterplan, einsehbar für die Öffentlichkeit -> jährliches Bewusstseinsmachen des Krisenplanes; Gesetz gegen Bereicherung durch die Krise, Krisenprofitverbot, Korruptionsgesetz verschärfen; Anlaufstellen für individuelle Krisen-Bewältigung; Longcovid, psychisch, finanziell, rechtliche Ansprüche; Unterstützung von Selbsthilfegruppen; Stufenplan für eine faire, verhältnismäßige finanzielle Unterstützung (Unternehmen, Privat) existenzielle Absicherung zur Angstminderung; Anreize für die Produktion von Systemerhaltenden Betrieben: Krankenhäusern, Medikamente, Nahrung, Energie, Wasser; Erhaltung und Ausbau der medizinischen. Infrastruktur; Schulfach für soziale Kompetenz.	44, 19, 69, 39
182.	Linz	Wissenschaft	Wissensdurst: Einfache und klare Formulierung (Mehrsprachigkeit, Zugänglichkeit) über verschiedene Kanäle; Unabhängigkeit der Wissenschaft (separate Finanzierung); Präventive Forschung; Verantwortung (Quellen, Prozess, laienhafte Sprache); Separater Krisentopf.	16, 60, 55, 33
183.	Linz	Medien	Extrablatt: Unabhängigkeit (Aufwertung des Berufstandes); Objektive und fundierte Berichterstattung; In Krisenzeiten keine Werbung -> Krisenfinanzierung; Keine Clickbait-Schlagzeilen; Quellnachweispflicht; Alle österreichischen Printmedien sind für alle zugänglich (kostenlos in Krisenzeiten).	37, 14, 10, 48, 29
184.	Linz	Politik	Politische Verantwortung: Transparenz (Weg zur Entscheidung z. B. Paper veröffentlichen); Arbeitsgruppe (Parteiübergreifend, neutral moderiert, parteilose Experten); KEINE Angstmache; Verantwortung für Entscheidungen übernehmen (Fehlerkultur), Internationaler Weitblick (Erfahrungen anderer Länder).	68, 4, 8, 7, 23, 10
185.	Linz	Bevölkerung	Für dich selbst: Mentale Gesundheit fördern (Bildungsangebote, über Arbeit / öffentlich, über Vereine) und Zugang erleichtern (auch finanziell), auch bereits im Schulalter -> Bewusstseinsbildung; Gegenseitige Unterstützung (Generationsübergreifend, Nachbarschaftshilfe, Sport, Austausch), Interkulturelle Toleranz (z. B. Kaffeetreff), präventiv.	19, 70

2.2 GLIEDERUNG DER BÜRGEREMPFEHLUNGEN NACH UNTERKATEGORIEN

In dieser Tabelle sind alle 71 Unterkategorien nach Nummer der Unterkategorie (Uk-Nr.) aufgelistet. Die Unterkategorien stellen Zusammenfassungen gleichartiger Empfehlungen

dar. In der dritten Spalte findet sich jeweils die Beschreibung der Unterkategorie.

Uk-Nr.	Titel Unterkategorie	Beschreibung
1	Positives auch berichten	Lösungen, Best-Practices und Vorbild-Projekte solle in der Krise in den Fokus kommen, um davon zu lernen und Zuversicht zu stärken, auch selbst Vorbild sein; Medien sollen auch Positiv-Nachrichten bringen und auch Themen abseits der Krise; Politik soll auch schauen: was hat in Krise gut funktioniert (z. B. Digitalisierung).
2	Bürgerforen von Politik initiiert	Bürger:innen-Räte sollen eingesetzt werden und Politiker:innen beraten; Heurigenmodell (Stammtisch).
3	Praktische Tipps für alltägliche Probleme	Praktische Tipps und Ratschläge für alltägliche Probleme werden gegeben (Dr. Sommer).
4	Parteiübergreifendes Beratungsgremium einsetzen	Vertreter:innen aller Interessensgruppen beraten die Politik.
5	Zentraler:er Sprecher:in für Regierung & Gremien	Politik-Wunderwuzzi, Konsensuale Meinungen vermitteln, mit einer Stimme sprechen (auch für jeweilige Disziplin), auch Entscheidungen, Mediator-Rolle; koordinierende Leitstelle, bzw. auch zentrale Botschaft.
6	Gütesiegel für Wissenschaftliches Wissen	Für Wissenschaft und richtige Informationen, Annahmen vs. Fakten, etc. al. Schulnotensystem.
7	Sensationsgeilheit runterschrauben	Keine Panik, keinen Druck machen, kein Sensationsjournalismus; Ruhe bewahren; keine Konzentration auf „Spitzenwerte“ (Infektionszahlen) in den Meldungen wie im Sport („Corona-Olympiade“); „keine Angstmache & Objektivität behalten, um Polarisierung entgegenzuwirken“ (Bürger-Forderung).
8	Multidisziplinäre Expert:innengremien	Unterschiedliche Wissenschaftler:innen, Weisenrat; multidisziplinärer Expert:innenrat; teilweise aber auch Bürger-Wunsch, dass der Expert:innenrat durch Bürger-Expertise ergänzt wird.
9	IT-Infrastruktur, KI-Lösungen	Für Informationsfluss, Entscheidungen, Dashboards, Datenbank, Daten bereitstellen und verarbeiten dürfen (Gesundheitsdaten; ELGA etc.).
10	transparente Informationen	Auch zum (Forschungs-) Prozess, Entscheidungstracking, zu Quellen bei Medien; auch zur Verteilung von Forschungsgeldern, Förderquellen.
11	Unsicherheit des Wissens kommunizieren	Auch sagen, was man noch nicht weiß; siehe 36.
12	Einander zuhören	Siehe 21.
13	Empathie pflegen	Sich in andere hineinversetzen, auch als Schulfach.
14	Fakten statt Meinungen	Trennung von Wissen und Meinung, Neutralität wahren, sachlich bleiben (es geht um Inhaltliches und Institutionelles); faktenbasierte Entscheidungen; Unabhängigkeit der Medien von Politik; Trennung von Politik und Staatsmedien (ORF); Versachlichung/Neutralität nicht wertend; ergebnisoffen sein; „staatliche Medien als Feld in der Brandung: faktenbasiert, informativ, qualitativ, positiv“ (Bürger-Statement).
15	Sprechstunden mit Politik	Zwischen Politik, Wissenschaft und Bevölkerung (siehe 2), Politik nicht im Kämmerlein machen, sondern draußen bei den Menschen.
16	einfache Sprache	Klare Kommunikation, Laiengerecht, Fremdsprachen, etc.
17	Medienkunde	Medienbildung in der Schule, in der Bevölkerung; Fake News erkennen können
18	Alle Seiten beleuchten	Alle Meinungen präsentieren, alle Seiten beleuchten; keine polarisierende Darstellung von Meinung; nicht nur Gegenstimmen berücksichtigen.
19	Nachbarschaftshilfe	Solidarität zeigen, Einigkeit leben (anstatt ausspielen); füreinander einkaufen gehen; auch: Gemeindeebene stärken (Subsidiarität), damit Hilfe schneller/ effektiver wirkt; auch interkulturell; Selbsthilfegruppen aufbauen
20	Klare Entscheidungsbäume/ Zuständigkeiten	

21	wertschätzende Kommunikation	Respekt, Toleranz anderer Meinungen; keine Abwertung des Gegners (Unge­mütliche Weihnachten für Ungeimpfte, Pandemie der Ungeimpften, jetzt ist's mit der Solidarität vorbei).
22	Zukunft, an Enkel denken	An die Enkel/ Zukunft denken, praktikabel, auf die Rahmenbedingungen achten – weniger auf inhaltliche Ausgestaltung; „nachhaltig“ meint bei Bürger:innen auch manchmal: Allgemeinwohl in den Vordergrund stellen, nicht kurzfristiger Fokus auf Wählerstimmen; Lösungen statt Schuldige suchen.
23	Konstruktive Fehlerkultur pflegen	Konsequenzen z. B. Rechnungshof, Fehler eingestehen/sich entschuldigen, Accountability, wiss. Fehler nicht tabuisieren; Fehlentscheidungen tolerieren.
24	Medienvielfalt	Priv. und öffentliche Medienvielfalt; national und international; auch: kritische Stimmen (Expert:innen) hören; auch: Themenvielfalt (nicht nur Corona-Themen); auch: in verschiedenen Sprachen senden (Infos liegen bei praktischen Ärzt:innen und Religionsgemeinschaften auf).
25	Überregionale Entscheidungen/ Regeln	Mit EU koordinieren (siehe 45).
26	keine Werbung für Medikamente	Politik soll nur informieren, aber keine Werbung fürs Impfen machen.
27	Bürgerbefragungen durchführen	Bei strittigen Fragen.
28	Repräsentatives Parlament (Durchschnittsbürger:innen sitzen im Parlament)	Im Parlament soll die Durchschnittsbevölkerung sitzen.
29	Qualitätsmedien fördern	Anreizstruktur der digitalen Medien sollen geändert werden; Qualität belohnen, Werbe-getriebene Anreizstruktur aufbrechen, Charta der Krisenkommunikation.
30	Informierte Entscheidungen	Politik soll sich von Expert:innen beraten lassen; aber auch Laien sollen eine Stimme haben; gerade in Krisen ist es wichtig, konkrete Erfahrungen der Bürger:innen zu berücksichtigen; Politik soll vielfältige Aspekte berücksichtigen (psychisch, sozial, ökonomisch...).
31	Empfehlungen statt Pflicht	Optionen, Tipps aber keine Gesetze, es gibt mehrere Wege, kein Druck – wird von Gremien erstellt.
32	Schulterschluss	Über politische Grenzen hinweg, und zwischen Bevölkerung und Politik; „Volk vor Partei“ (so die Überschrift einer Bürger:innenempfehlung); Schulterschluss meint mit Blick auf die Bürger:innen selbst auch: sie sollen sich an die Maßnahmen halten.
33	Vorsorglich handeln; Präventionspläne/ Krisenpläne erarbeiten	Für nächste/unterschiedliche Krisen, Entscheidungsabläufe festlegen und koordinieren; z. B. EU-Forschungseinrichtungen für ansteckende Krankheiten, Krisennotfallplan, Vorsorgesicherheit; Krisenpläne sollen öffentlich bekannt sein; „Krisenübungen“.
34	Zielgruppenspezifische Kommunikationskanäle (siehe Wien, Tisch 5, Wissenschaft)	Randgruppen etc.
35	Vielfalt der wiss. Meinungen darstellen	Auch kritische Expert:innen hören (in Wissenschaft, Medien); das kann auch heißen: Infos aus verschiedenen Blickwinkeln bewerten (diff. Problem-Framings); Seitenaspekt: Offenheit für Alternativmedizin, eine Gruppe schreibt „Ganzheitliche Aspekte einfließen lassen“.
36	Grenzen der eigenen Disziplin/Expertise anerkennen	Expertise im Dienst der Allgemeinheit, Aussagen auf die eigene Disziplin beschränken, die Grenzen der eigenen Disziplin/Wissens kennen.
37	Unabhängige Wissenschaft	Unabhängig von Politik, Lobbys, ergebnisoffen sein, Finanzierung offenlegen; Politik soll „wenigstens in Krisenzeiten ehrlich sein“; Allgemeinwohl im Vordergrund.
38	Mündigkeit	Leben aber auch fördern, dazu motivieren, konkret: sich Infos beschaffen, zu Wahlen gehen, an Partizipationsformaten teilnehmen; eigenständige Gesundheitskompetenz aufbauen.
39	Unbürokratische/gezielte Hilfe	Leichte Beantragung von Hilfszahlungen, steuerliche Entlastung; Hilfe nach Pandemien (medizinisch, psychotherapeutisch).
40	Attraktivierung von Sozialberufen	Bessere Bezahlung im Sozialbereich.
41	Politische Bildung fördern	Politik, EDV, Persönlichkeit, Kommunikation.
42	Fake News verfolgen	Auch strafrechtlich, ev. auch Hasspostings/anonyme Drohungen; Falschaussagen von Politiker:innen im Parlament oder der Öffentlichkeit sollten gesetzlich geahndet werden.

43	Sich politisch beteiligen	Zu Wahlen/Volksbefragungen gehen.
44	Einigkeit statt Parteiengezänk	Expert:innenregierung, die unparteiisch in der Krise arbeitet (oder Weisenrat); gegen Parteienstreit, ideologische Auseinandersetzungen; „Krise ist kein Wahlkampf“ (Motto einer Bürger:innenempfehlung aus Feldkirch).
45	Expert:innensprechstunde	Bürgerservice, z. B. Expert:innen; Leute sollen ihren Krankenstand angstfrei nehmen können.
46	gratis Qualitätsmedium	Qualitätsmedium ohne Politik
47	Fachlich kompetente Politiker:innen einsetzen	Fach und Praxiskompetenz für Politiker:innen
48	Medienzugang für alle	
49	Maßnahmen evaluieren	
50	Schulangebote zur Krisenbewältigung	Soziale Kompetenz, Empathie, Wissenschaft.
51	Bürger:innen sollen sich aber auch eigenständig zusammenfinden	Auf regionaler Ebene, Online-Foren zum Austausch einrichten.
52	Social Media Nachrichten managen	Möglichkeit, Social Media selbst zu kontrollieren, z. B. Anteil von positiv/negativ, Krisennachrichten ausschalten, Social Media nur mit Klarnamen/Handysignatur nutzbar etc.
53	Mehr Wissenschaft in der Öffentlichkeit	Mehr Wissenschaftskommunikation; „Wissenschaft in die Mitte“ (so übertiteln die Bürger:innen ihre Empfehlung), also vom Rand der Gesellschaft ins Zentrum.
54	Auf vulnerable Gruppen achten [Kinder]	Schulpsycholog:innen; Empfehlungen für Online-Aktivitäten.
55	Fokus auf relevante Themen	Wissenschaft; heißt auch: an Krisenthemen forschen (zukunftsfähige Wissenschaft), präventionsorientiert.
56	Keine Quarantäne für Sterbende	
57	Themenpause von der Krise, nicht nur von der Krise berichten	Nicht nur über die Krise berichten, nicht nur Breaking News.
58	Toleranz für andere Verhaltensweisen	Keine Ausgrenzung, keine Stigmatisierung, auch wenn das Verhalten anderer den eigenen Werten und Anschauungen zuwiderläuft.
59	Ausbildung für Politiker:innen	Politiker:innen sollten eine eigene Ausbildung erhalten (wie Diplomatenakademie)
60	unabhängige Wissenschaft	Unabhängig von Politik, Lobbys, ergebnisoffen sein, Finanzierung offenlegen; mehr Finanzierung vom Staat.
61	Mobilisierung fürs Bundesheer	
62	Krisentelefon	Inklusive Krisenpsychologie für Konflikte in Familien.
63	KATWarn und SMS für Kommunikation nutzen	
64	Selbstständig kritisch denken	Informationen kritisch hinterfragen.
65	Wissenschaftssendungen	Wissenschaftliche Fakten werden zu einer guten Sendezeit präsentiert.
66	Ergebnisse aus Bürger:innen-Foren kommunizieren	
67	Klare Ursachenanalyse der Krise	
68	Maßnahmen transparent entwickeln und begründen	Betrifft die Politik.
69	Gesetz gegen Krisenprofite	Gesetz gegen Bereicherung durch die Krise, Krisenprofitverbot, Korruptionsgesetz verschärfen.
70	Mentale Gesundheit fördern	Finanziell, aber auch auf Info-Ebene (in den Betrieben, Schulen...).
71	Kontrollinstanz während der Krise	Bezüglich der Ausgaben/Aufträge, bzgl. der Pharmakonzerne etc. (Maßnahmen-evaluation).

2.3 ZUSAMMENFASSUNG DER UNTERKATEGORIEN IN KERNIDEEN

In dieser Tabelle sind die 71 Unterkategorien dargestellt, die zu neun Kernideen zusammengefasst wurden. Die Kernideen bilden die zentrale Stoßrichtung inhaltlich zusammenhängender Empfehlungen ab. Zudem ist dargestellt, aus

welchen Unterkategorien eine der 38 Empfehlungen entwickelt wurde. Die 38 Empfehlungen wurden den Teilnehmer:innen nach dem Dialogprozess in einem Fragebogen zur Priorisierung vorgelegt.

Unterkategorie	Uk-Nr.	Empfehlung
Kernidee: Respektvollen Dialog anregen		
Bürgerforen von Politik initiiert	2	Die Politik soll Bürger:innenforen durchführen und die Ergebnisse veröffentlichen.
Bürgerbefragungen durchführen	27	
Ergebnisse aus Bürger:innen-Foren kommunizieren	66	
Empathie pflegen	13	Gerade in Krisenzeiten soll die Bevölkerung offen und respektvoll miteinander reden, einander zuhören und sich in die Situation von anderen hineinversetzen.
Einander zuhören	12	
Wertschätzende Kommunikation	21	
Sprechstunden mit Politik	15	In der Krise soll es Sprechstunden geben, wo Politiker:innen und/oder Expert:innen Rede und Antwort stehen.
Expert:innensprechstunde	45	
Kernidee: Angst reduzieren		
Sensationsgeilheit runterschrauben	7	Medien sollen in Krisenzeiten keine Angst erzeugen, sondern auch über Positives berichten.
Positives auch berichten	1	
Themenpause von der Krise, nicht nur von der Krise berichten	57	
Social Media Nachrichten managen	52	In den sozialen Medien soll die Bevölkerung selbst bestimmen können, welche (positiven/negativen) Krisennachrichten sie sehen wollen und welche nicht.
Praktische Tipps für alltägliche Probleme	3	In der Krise sollen Medien wissenschaftsbasierte Tipps für den Alltag geben.
Kernidee: Sachlich bleiben		
Fakten statt Meinungen	14	In den Medien sollen Fakten und Meinungen klar getrennt dargestellt werden, beispielsweise durch ein Gütesiegel.
Gütesiegel für Wissenschaftliches Wissen	6	
Unabhängiger ORF/unabhängige Medien	37	Der ORF und andere Medien sollen von der Politik unabhängig sein.
Fake News verfolgen	42	Die Politik soll Fake News und Hass im Internet verfolgen.
Transparente Informationen	10	Medien sollen ihre Quellen offenlegen müssen.
Fachlich kompetente Politiker einsetzen	47	Die fachliche Kompetenz der Politiker:innen soll durch eine spezifische Ausbildung verbessert werden.
Ausbildung für Politiker:innen	59	
Keine Werbung für Medikamente	26	Die Politik soll nur informieren aber keine Werbung für spezielle Medikamente oder Lösungswege machen.
Kernidee: Einigkeit zeigen		
Einigkeit statt Parteigezänk	44	In Krisensituationen soll die Politik nicht streiten, sondern mit Expert:innen einheitlich auftreten und mit einer Stimme sprechen.
Informierte Entscheidungen	30	
Parteiübergreifendes Beratungsgremium einsetzen	4	
Schulterschluss	32	

Zentraler Sprecher für Regierung & Gremien	5	
Überregionale Entscheidungen/Regeln	25	In Krisensituationen sollen politische Entscheidungen mit den Ländern und der EU abgestimmt sein.
Kernidee: Vertrauen in die Wissenschaft stärken		
Grenzen der eigenen Disziplin/Expertise anerkennen	36	Gerade in Krisensituationen sollen Wissenschaftler:innen die Grenzen ihrer Disziplin kennen und offenlegen, was sie (noch) nicht wissen.
Unsicherheit des Wissens kommunizieren	11	
Mehr Wissenschaft in der Öffentlichkeit	53	Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen bspw. in Fernsehsendungen zielgruppenspezifisch und einfach kommuniziert werden.
Wissenschaftssendungen	65	
Einfache Sprache	16	
Zielgruppenspezifische Kommunikationskanäle	34	
Fokus auf relevante Themen	55	In der Krise soll die Wissenschaft die Ursachen der Krise und wichtigen Themen im Zusammenhang mit der Krise untersuchen.
Klare Ursachenanalyse der Krise	67	
Unabhängige Wissenschaft	60	Die Wissenschaft soll transparent und von Politik und Wirtschaft unabhängig sein.
Kernidee: Vorsorglich, nachhaltig und fürsorglich handeln		
Vorsorglich handeln; Präventionspläne/ Krisenpläne erarbeiten	33	Die Politik soll langfristige Präventionspläne mit klaren Zuständigkeiten für verschiedene Krisenszenarien entwickeln.
Klare Entscheidungsbäume/ Zuständigkeiten	20	
IT-Infrastruktur, KI-Lösungen	9	Die Politik soll die nötige Daten-Infrastruktur aufbauen, um in der Krise datenbasierte Entscheidungen und Kommunikation zu ermöglichen.
KATWarn und SMS für Kommunikation nutzen	63	
Zukunft, an Enkel denken	22	Die Politik soll auch in der Krise langfristig gute Rahmenbedingungen erarbeiten, anstatt nur kurzfristige Lösungen zu suchen.
Unbürokratische/gezielte Hilfe	39	Gerade in Krisensituationen soll die Politik auf hilfsbedürftige Gruppen (z. B. Kinder, Ältere) achten und den Zugang zu Hilfsangeboten unbürokratisch gestalten.
Auf vulnerable Gruppen achten [Kinder]	54	
Keine Quarantäne für Sterbende	56	
Attraktivierung von Sozialberufen	40	Sozialberufe sollen attraktiver gemacht werden (bspw. mehr Lohn).
Mobilisierung fürs Bundesheer	61	In Krisen soll die Mobilisierung des Bundesheers schneller möglich sein.
Krisentelefon	62	In Krisen soll es Angebote für die psychische Gesundheit geben (Krisentelefon, Schulangebote etc.).
Mentale Gesundheit fördern	70	
Kernidee: Fehler akzeptieren aber auch Kontrolle		
Konstruktive Fehlerkultur pflegen	23	In Krisen passieren Fehler: Die Politik soll ihre Fehler eingestehen und die Bevölkerung soll dafür Nachsicht haben.
Maßnahmen evaluieren	49	Die Politik soll Maßnahmen transparent entwickelt, fortlaufend unabhängig prüfen lassen und gegebenenfalls ändern.
Kontrollinstanz während der Krise	71	
Maßnahmen transparent entwickeln und begründen	68	

Gesetz gegen Krisenprofite	69	In der Krise soll die Politik die Wirtschaft stärker kontrollieren (z. B. Krisenprofite verhindern).
Kernidee: Eigenverantwortung stärken		
Politische Bildung fördern	41	Die Politik soll spezielle Bildungsangebote in Schulen und außerhalb anbieten, die den Umgang mit Krisen verbessern können (z. B. Medienverständnis, politische Bildung, Empathie).
Medienkunde	17	
Schulangebote zur Krisenbewältigung	50	
Selbständig kritisch denken	64	Die Bevölkerung soll selbständig und kritisch denken und Bildungsangebote annehmen (z. B. Medienverständnis, politische Bildung, Empathie).
Mündigkeit	38	Die Politik soll der Bevölkerung Vertrauen schenken und sie dazu motivieren, sich auch ohne Verbote verantwortungsvoll zu verhalten.
Empfehlungen statt Pflicht	31	
Bürger sollen sich aber auch eigenständig zusammenfinden	51	Die Bevölkerung soll an politischen Prozessen (Volksabstimmungen, Bürger:innenforen) teilnehmen und selbst welche organisieren.
Sich politisch beteiligen	43	
Nachbarschaftshilfe	19	In Krisenzeiten soll die Bevölkerung füreinander sorgen und die Gemeinschaft durch Aktivitäten wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe stärken
Kernidee: Vielfalt erhöhen und akzeptieren		
Repräsentatives Parlament	28	Im Parlament sollen Durchschnittsbürger:innen sitzen.
Multidisziplinäre Expert:innengremien	8	Ein Gremium sollte für jedes Krisenthema zur Verfügung stehen und die Vielfalt der wissenschaftlichen Perspektiven einbringen.
Vielfalt der wiss. Meinungen darstellen	35	
Einigkeit statt Parteiengezänk	44	
Medienvielfalt	24	Die Politik soll Anreize für (kostenlose zugänglich) Qualitätsmedien schaffen und die Medienvielfalt sicherstellen.
Qualitätsmedien fördern	29	
Medienzugang für alle	48	
Gratis Qualitätsmedium	46	
Toleranz für andere Verhaltensweisen	58	In Krisensituationen sollen unterschiedliche Verhaltensweisen gleichermaßen toleriert werden (z. B. ob jemand eine Maske trägt oder nicht).
Alle Seiten beleuchten	18	Die Medien sollen alle Seiten und die Bandbreite aller Meinungen darstellen, nicht nur die extremen Positionen.

AUSFÜHRLICHES INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	5
ULRIKE DIEBOLD	
KAPITEL I: EINLEITUNG	6
ALEXANDER BOGNER	
KAPITEL II: SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FALLSTUDIEN	9
FALLSTUDIE 1: POLARISIERUNG IN MEDIEN UND ÖFFENTLICHKEIT	10
TOBIAS EBERWEIN, GABRIELE MELISCHEK UND JOSEF SEETHALER	
1. Einleitung	10
2. Literatur	10
TEIL 1: MEDIALE KOMMUNIKATION WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE	
EIN SCOPING REVIEW	11
GABRIELE MELISCHEK UND JOSEF SEETHALER	
1. Einleitung und Problemstellung: Medien in Krisensituationen	11
2. Methode	11
3. Empirische Ergebnisse	13
3.1 „Rallying around the flag“ als Antwort auf den Ausbruch der Pandemie	13
3.2 Erste Anzeichen einer Polarisierung	13
3.3 Desinformation und Verschwörungstheorien destabilisieren	14
3.4 Selektive Nachrichtennutzung begünstigt polarisierende Tendenzen	15
3.5 Weltanschaulich begründete Gruppenbildung im Impfdiskurs	15
4. Fazit: Kann man von einer Polarisierung durch Medien sprechen?	16
5. Praktische Empfehlungen	19
6. Literatur	20
TEIL 2: VERTRAUEN IN DER KRISE: DIE VOLATILE MEDIENREZEPTION	
WÄHREND DER PANDEMIE	22
ANDY KALTENBRUNNER, SONJA LUEF UND RENÉE LUGSCHITZ	
1. Einleitung: Spezifika des österreichischen Medienmarktes während der Krise	22
2. Methode	23
3. Empirische Ergebnisse	24
3.1 Mediennutzung im Pandemieverlauf: Hochsaison im Lockdown	24
3.2 Auf der Suche nach vertrauter Qualität: Mediennutzung nach Kanälen und Marken	25
3.3 Von Informationsüberflutung zur Nachrichtenverweigerung: die wachsende Skepsis gegenüber Medien und Journalismus	28
3.4 Symbiotischer Vertrauensverlust: der Imagewandel von Politik und Medien in der Krisenkommunikation	30
3.5 Medientitel und Polarisierung: die Impfdebatte als Distinktionsmerkmal für Publikum – und Produzent:innen	30
4. Zusammenfassung und Konklusionen	33
5. Literatur	34

TEIL 3: JOURNALISMUS IN DER KRISE: EINE INTERVIEWSTUDIE	
MIT MEDIENSCHAFFENDEN WÄHREND DER COVID-19-PANDEMIE.....	35
TOBIAS EBERWEIN, MARIE RATHMANN UND FLORIAN WOSCHNAGG	
1. Einleitung und Problemstellung: die Perspektive der Medienpraxis.....	35
2. Methode und sozialwissenschaftlicher Hintergrund.....	35
3. Ergebnisse 1: Herausforderungen während der Pandemie	36
3.1 Journalismus in Krisenzeiten	36
3.2 Rollenverständnis von Journalist:innen	37
3.3 Polarisierung und Integration.....	37
4. Ergebnisse 2: Lösungsansätze.....	38
4.1 Glaubwürdigkeit – ein zentraler Ankerpunkt.....	38
4.2 Das Krisennarrativ als Gratwanderung	39
4.3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt	40
4.4 Verständnis als verbindende Dimension.....	40
4.5 Strategien für allgemeine Krisenberichterstattung	41
5. Zusammenfassung.....	41
6. Literatur	42
FALLSTUDIE 2: ZUM POLITISCHEN UMGANG MIT ZIELKONFLIKTEN I	
DIE IMPFPFLICHT	44
ALEXANDER BOGNER UND ANDREAS ALBIEZ	
1. Einleitung	44
2. Theoretische Grundlagen: Zielkonflikte, deliberative Politik	
und Vertrauen.....	45
3. Chronologie der Impfpflicht in Österreich.....	46
4. Debatten um die Impfpflicht in Deutschland und der Schweiz	47
4.1 Ergebnisoffenheit und Vielfalt – die deutsche Debatte	48
4.2 „Ein freiwilliger Akt“ – zur Impfpflicht in der Schweiz	49
5. Die Impfpflicht – Kompromiss ohne Kontroverse.....	50
5.1. Das breite Desinteresse an politischer Debatte.....	50
5.2 Die Rhetorik der Alternativlosigkeit.....	51
5.3 Die Moralisierung der Impfung	52
6. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	53
7. Literatur	55
FALLSTUDIE 3: ZUM POLITISCHEN UMGANG MIT ZIELKONFLIKTEN II	
DISTANCE LEARNING / SCHULSCHLISSUNGEN	56
URSULA HOLTGREWE, ANNA DEUTSCHMANN, LEONIE DWORSKY,	
LINA KLINGBACHER, MARTINA LINDORFER UND TATJANA NEUHUBER	
1. Einleitung	56
2. Theorie und Methode	57
2.1 COVID-19-Krise, politische Zielkonflikte und politisches Handeln	57
2.2 Entscheiden und Handeln untersuchen: methodisches Vorgehen	58
3. Bildungspolitik in der Krise: Schulschließungen und	
Entscheidungsprozesse in der Schweiz und in Deutschland	59
4. Distanzlernen in Österreich: Entscheidungen und Argumente	60
4.1 Schließen und Öffnen	60
4.2 Kontakteinschränkung versus Bildung und Kindeswohl:	
Argumente und Themen	62
4.3 Die Einstellung der Bevölkerung	64
5. Reden, Entscheiden, Manövrieren: die Politik der Schulschließungen	65

5.1 Argumente und Entscheidungen trennen: die Kommunikation des Bildungsministeriums.....	65
5.2 Entscheidungen: „Durchwurscheln“ zwischen Virologie und Wirtschaft	66
5.3 Die Mobilisierung von Evidenz: von Infektionsrisiken zu Datenquellen	67
6. Schlussfolgerungen und Empfehlungen: umsichtiger Inkrementalismus.....	68
7. Literaturverzeichnis.....	69

**FALLSTUDIE 4: EVIDENZ UND EINDEUTIGKEIT – HERAUSFORDERUNGEN
DER ORGANISATION WISSENSCHAFTLICHER POLITIKBERATUNG 72
ALEXANDER BOGNER UND PAUL BUNTFUSS**

1. Einleitung.....	72
2. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik.....	72
2.1 Zwei Welten: Unterschiede zwischen Wissenschaft und Politik.....	73
2.2 Wissenschaftliche Politikberatung: Brücken bauen zwischen den Welten.....	73
2.3 Werte in Wissenschaft und Politik	74
3. Die Organisation wissenschaftlicher Politikberatung in der Pandemie.....	76
3.1 Die Gremienlandschaft in Österreich	76
3.2 Die Beratungslandschaft in Deutschland und Großbritannien	77
4. Die GECKO an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik.....	78
4.1 Das Problem der Problemstellung	78
4.2 Wie Beratung in der GECKO funktionierte	80
4.3 Vereindeutigung – und ihre Risiken	82
4.4 Politische Entscheidungen von epistemischer Tragweite.....	84
5. Empfehlungen für die Organisation von Politikberatung.....	84
6. Literatur	86

**FALLSTUDIE 5: WISSENSCHAFTSSKEPSIS 88
JULIA PARTHEYMÜLLER, JAKOB-MORITZ EBERL, SYLVIA KRITZINGER
UND ALEXANDER BOGNER**

1. Einleitung.....	88
2. Wissenschaftsskepsis: Begriffsklärung und Forschungsstand.....	89
2.1 Wissenschaftliche Skepsis und Wissenschaftsskepsis.....	89
2.2 Ausgangspunkt: Wissenschaftsskepsis in Österreich	90
2.3 Anknüpfungspunkte und Erweiterungen des Forschungsstandes	91
3. Synthese wissenschaftsskeptischer Einstellungen in Österreich: zwischen Interesse, Vertrauen und Ablehnung.....	92
3.1 Interesse und Vertrauen im Vergleich	92
3.2 Schnittstellenablehnung und Kernablehnung.....	93
3.3 Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse.....	94
3.4 Identifizierung von Einstellungsprofilen zur Wissenschaft	95
3.5 Exkurs: Der individuelle Weg zur Wissenschaftsskepsis – Einblicke aus qualitativen Interviews.....	97
4. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im demokratischen Kontext...98	98
4.1 Bevölkerungserwartungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik	98
4.2 Rückblick: Politik und Wissenschaft während der COVID-19-Pandemie	100
4.3 Ausblick: Politik und Wissenschaft im Kontext der Klimakrise.....	102
4.4 Zusammenfassung: zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft	102
5. Hintergründe der Wissenschaftsskepsis: eine Betrachtung kognitiver und affektiver Faktoren	104
5.1 Die Relevanz von Scientific Literacy für die Wissenschaftsskepsis	104
5.2 Populistische Einstellungen: Wissenschaftsskepsis als Ausdruck genereller Skepsis gegenüber der Institutionenpolitik	106

5.3 Libertäres Freiheitsverständnis: gegen jede staatliche Einschränkung individueller Freiheit	106
5.4 Anthroposophisch-spirituelle Überzeugungen: der Glaube an die Natur als moralische Instanz	108
5.5 Zusammenfassung: zu den Hintergründen der Wissenschaftsskepsis	109
6. Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in die Wissenschaft	111
6.1 Maßnahmen zur Wissenschaftsvermittlung: <i>Science Education</i> und <i>Science Communication</i>	111
6.2 Maßnahmen gegen Polarisierung: Dialogbereitschaft und -kompetenz	113
6.3 Zusammenfassung: zu den Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens	113
7. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	113
8. Literatur	115

KAPITEL III: „ÖSTERREICH AM WORT“ –

EIN DIALOGPROZESS ZUR AUFARBEITUNG DER CORONA-KRISE	117
ULRIKE BECHTOLD, ALEXANDER BOGNER UND KATHARINA GANGL	

1. Einleitung	118
2. Methode, Prozess und wissenschaftliche Begleitung der Dialogveranstaltungen	119
2.1 Auswahl von Teilnehmer:innen und Moderator:innen	120
2.2 Ablauf des Dialogprozesses	122
2.3 Methoden der wissenschaftlichen Begleitforschung	126
3. Was sich die Bürger:innen wünschen: Ergebnisse des Dialogprozesses	127
3.1 Was die Bürger:innen für die Bewältigung zukünftiger Krisen empfehlen	127
3.2 Welche Empfehlungen sind den Bürger:innen besonders wichtig?	130
3.3 Wie die Teilnehmer:innen den Dialogprozess bewerten	134
4. Konflikt und Konsens: zur Diskussionsatmosphäre	136
5. Schlussfolgerungen	137

KAPITEL IV: KURZFASSUNG DES GESAMTBERICHTS	141
---	------------

KAPITEL V: ANHANG	147
--------------------------------	------------

Online-Anhang zur Fallstudie 1 (Teil 2): Polarisierung	148
Online-Anhang zu Kapitel III: Dialogprozess	148
1. Wissenschaftliches Projekt	149
1.1 Fallstudie 3: Distance Learning/Schulschließungen	149
1.2 Fallstudie 5: Wissenschaftsskepsis – Methodisches Vorgehen	149
2. Dialogprozess	153
2.1 Die 185 Empfehlungen der Bürger:innen	153
2.2 Gliederung der Bürgerempfehlungen nach Unterkategorien	166
2.3 Zusammenfassung der Unterkategorien in Kernideen	169

AUSFÜHRLICHES INHALTSVERZEICHNIS	172
---	------------

Impressum	176
------------------------	------------

IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten.

Copyright © 2023

Die inhaltliche Verantwortung und das Copyright für die einzelnen Beiträge liegen bei den jeweiligen Autor:innen.

ISBN: 978-3-7001-9569-6

Herausgeber

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Dr. Ignaz Seipel-Platz 2, 1010 Wien

www.oeaw.ac.at

Herausgeber des Bandes

Alexander Bogner (ÖAW), abogner@oeaw.ac.at

Grafische Gestaltung

Angelika Eckel, Öffentlichkeit & Kommunikation der ÖAW; Christian Högl, creativbox.at

Coverbild: unsplash.com/silke

Druck

Print Alliance, printalliance.at

Vertrieb

Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

verlag.oeaw.ac.at



**VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN**



WWW.OEAW.AC.AT